



Kanton Zürich
Regierungsrat

Geschäftsbericht 2023

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei



Der Geschäftsbericht des Regierungsrates besteht aus drei Teilen:

Teil I: Regierungsrat

Teil II: Direktionen und Staatskanzlei (vorliegend)

Teil III: Finanzbericht

Sämtliche Inhalte sind in elektronischer Form auf folgender
Internetseite abrufbar:

zh.ch/gb

Inhaltsverzeichnis

01 Staatskanzlei	1
Überblick	2
Legislaturziele	3
Finanzierung	3
Personal- und Lohnstatistik	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Leistungsgruppen	5
02 Direktion der Justiz und des Innern	9
Überblick	10
Legislaturziele	11
Finanzierung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Parlamentarische Vorstösse	14
Leistungsgruppen	16
03 Sicherheitsdirektion	59
Überblick	60
Legislaturziele	60
Finanzierung	61
Personal- und Lohnstatistik	62
Parlamentarische Vorstösse	62
Leistungsgruppen	64
04 Finanzdirektion	85
Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzierung	88
Personal- und Lohnstatistik	90
Parlamentarische Vorstösse	91
Leistungsgruppen	92
05 Volkswirtschaftsdirektion	119
Überblick	120
Legislaturziele	122
Finanzierung	122
Personal- und Lohnstatistik	123
Parlamentarische Vorstösse	123
Leistungsgruppen	125
06 Gesundheitsdirektion	139
Überblick	140
Legislaturziele	141
Finanzierung	141
Personal- und Lohnstatistik	142
Parlamentarische Vorstösse	142
Leistungsgruppen	144
07 Bildungsdirektion	165
Überblick	166
Legislaturziele	167
Finanzierung	168
Personal- und Lohnstatistik	169
Parlamentarische Vorstösse	169
Leistungsgruppen	172
08 Baudirektion	209
Überblick	210
Legislaturziele	212
Finanzierung	215
Personal- und Lohnstatistik	216
Parlamentarische Vorstösse	216
Leistungsgruppen	220

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat	263
Abrechnung Budgetkredite	263
Rücklagen und Gewinnverwendung	269
Anhang	271
Behörden	273
Rechtspflege	279
Zu konsolidierende Organisationen	298
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	330
Andere Organisationen	339
Kreditübertragungen	341
Bewilligte Kreditüberschreitungen	352
Definitionen und Konventionen	354

01

Staatskanzlei

Überblick	2
Legislaturziele	3
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	3
Finanzierung	3
Übersicht	3
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	4
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	4
Personal- und Lohnstatistik	4
Beschäftigungsumfang	4
Lohnaufwand	4
Anstellungsverhältnisse	4
Parlamentarische Vorstösse	4
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	4
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	4
Leistungsgruppen	5
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	5

Überblick

Umsetzung Strategie Digitale Verwaltung

Im Berichtsjahr konnten bei der Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung wichtige Meilensteine erreicht werden. Der Kantonsrat hat eine Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (DigiLex) beschlossen. Künftig werden Geschäfte mit Verwaltungsbehörden im Kanton Zürich elektronisch und ohne Medienbrüche abgewickelt werden. Die Vernehmlassung zur Verordnung über elektronische Verfahrenshandlungen im Verwaltungsverfahren wurde eröffnet. Die Entwicklungsarbeit vom Zürikonto ist weit vorangeschritten: Im Frühling 2024 erfolgt das Go-live. Das auf der kantonalen Webseite integrierte Zürikonto dient Bevölkerung und Unternehmen als zentraler Einstiegspunkt für den Bezug digitaler Leistungen. Dabei wird für die Benutzererkennung AGOV eingesetzt, das neue, passwortfreie Login der Behörden. Im Rahmen der strategischen Initiativen wurden verschiedene Vorhaben mit Querschnittcharakter lanciert: beispielsweise für den Aufbau einer verwaltungsweiten Unternehmensarchitektur, eines Verzeichnisses über eingesetzte algorithmische Entscheidungssysteme oder einer Initiative für Change-Netzwerke und -Begleitungen. Die strategischen Initiativen dienen hierbei als Umsetzungsinstrument, mit dem die kantonale Verwaltung die digitale Transformation ganzheitlich angehen, gemeinsam ausrichten und steuern kann.

Verhältnis Schweiz-Europa

Im März des Berichtsjahres verabschiedeten die Kantone an der Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen am Flughafen Zürich einstimmig ihre neue europapolitische Standortbestimmung. In dieser werden neue Verhandlungen mit der Europäischen Union unterstützt. Der Kanton konnte im Erarbeitungsprozess seine Haltung zur Europapolitik gezielt einbringen: Die Grundlagen dazu wurden von einer internen Arbeitsgruppe unter der Leitung der Staatskanzlei erarbeitet. Der Kanton begrüsst, dass der Bundesrat bei der Weiterentwicklung der Beziehungen zur Europäischen Union konkrete Schritte unternommen und im Dezember einen entsprechenden Entwurf eines Verhandlungsmandats in Konsultation gegeben hat. Der Entwurf bewegt sich im Rahmen der Stellungnahme der Kantone und wird somit unterstützt.

Integrales Risikomanagement

Risiken, die ausserordentliche Lagen gemäss Bevölkerungsschutzgesetz auslösen und weitere vom Regierungsrat als wesentlich erachtete Risiken werden neu durch das integrale Risikomanagement erfasst und gesteuert. Die Staatskanzlei hat im Berichtsjahr unter Einbezug der Sicherheitsdirektion und der Finanzdirektion die Einführung des integralen Risikomanagements auf Stufe Regierungsrat vorangetrieben. Dazu wurde die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung mit Vorgaben zum integralen Risikomanagement ergänzt. Um das integrale Risikomanagement zu initialisieren und den Regelbetrieb aufzunehmen, hat der Regierungsrat Grundsätze, Prozesse und Aufträge an die Verwaltung festgelegt. Die bei der Kantonspolizei angegliederte verantwortliche Stelle nahm im Herbst gemeinsam mit den Direktionen und der Staatskanzlei die materielle Erarbeitung des Risikomanagements auf.

Rekurse aus dem Covid-19-Härtefallprogramm

Im Rahmen eines Härtefallprogramms konnten von der Coronapandemie betroffene Unternehmen Gesuche um finanzielle Unterstützung in Form von nicht rückzahlbaren Beiträgen und Darlehen einreichen. Gegen Verfügungen mit negativen Entscheiden konnte Rekurs beim Regierungsrat erhoben werden. Bis Ende des Berichtsjahres sind insgesamt 1538 Rekurse eingegangen, 43 davon im Berichtsjahr. 1467 Rekurse (95,4%) wurden bis Ende des Berichtsjahres erledigt, 71 (4,6%) waren noch pendent. Die Bewältigung dieser sehr grossen Anzahl an Rekursen bedingte die vorübergehende Vergrösserung des Personalbestandes in der Rekursabteilung. Auch wenn weiterhin vereinzelt Rekurse im Zusammenhang mit diesem Programm eingehen werden, so ist doch absehbar, dass bis Ende 2024 praktisch alle erledigt sein werden.

Erfolgreiche Veranstaltungen: OLMA und Soirée Suisse

Gleich zweimal präsentierte sich der Kanton Zürich unter Federführung der Staatskanzlei an bedeutenden Anlässen. Mit «Familie Zürchers Garten», einer sympathischen, überraschenden und farbenfrohen Gartenschau, begeisterte er als Olma-Gastkanton Tausende Menschen aus der ganzen Schweiz – «unzürcherisch» bescheiden und trotzdem selbstbewusst.

Als Gastkanton vertreten war Zürich im Juni auch in einem anderen Garten: in jenem der Schweizer Botschaft in Paris. An der «Soirée Suisse» nutzte der Kanton die Chance, sich vor einem Publikum aus verschiedenen Kreisen, namentlich aus Diplomatie, nationalen Ministerien, Wirtschaft, Hochschulen und kulturellen Institutionen in seiner ganzen Vielfalt mit Tradition und Moderne zu präsentieren.

Neue Arbeitswelt

Das Team der Staatskanzlei ist seit Mai in einer neuen Arbeitsumgebung tätig. Die Staatskanzlei agiert in diesem Bereich als Pilotbetrieb für die Verwaltungsgebäude Walche Zürich. Die Anzahl an Arbeitsplätzen wurde zugunsten von Fläche für gemeinsames Arbeiten und flexibler Nutzung reduziert. Unterschiedlich eingerichtete Räume ermöglichen in Kombination mit den digitalen Tools projektorientiertes und aktivitätsbasiertes Arbeiten.

Legislaturziele

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 10	Die Verwaltungsstrukturen sind an die Aufgabenerfüllung angepasst, die Attraktivität als Arbeitgeber ist gestärkt und mit der digitalen Transformation ist das Leistungsangebot konsequent auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet.		
RRZ 10a	Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 unterstützen, das Impulsprogramm weiterentwickeln und die Erneuerung der Strategie ab 2023 vorbereiten.	1000	2023
RRZ 10b	Den Kulturwandel zur Unterstützung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung in Gang setzen und erste Massnahmen umsetzen.	1000	2023
RRZ 10c	Die Organisationsstrukturen und Prozesse der Verwaltung hinsichtlich der digitalen Transformation überprüfen, den Handlungsbedarf festlegen und Massnahmen einleiten.	1000	2023
RRZ 10d	Vermeehrt digitale Angebote schaffen für Dienstleistungen und Behördenverkehr innerhalb der Verwaltung und gegen aussen.	1000	2023
RRZ 10i	Überarbeitung des kantonalen Krisenmanagements aufgrund der Erfahrungen aus der Coronakrise.	1000	2023

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

SK 10.2	Durch klare Leitlinien und gute Vernetzung den Auftrag der Staatskanzlei in einem ambivalenten Umfeld wirkungsvoll durchsetzen.		
SK 10.2a	Den Gesetzesauftrag, KEF und Budget des Kantons mit Angaben zu Leistungen und Wirtschaftlichkeit zu belegen, klären und die Verwaltung bei der Umsetzung unterstützen.	1000	2023
SK 10.2b	Die Unterstützung von Regierungsrat und Direktionen in der Public Corporate Governance gewährleisten.	1000	2023
SK 10.2d	Den Fachbereich Geschäftsarchitektur E-Government formell und personell im Rahmen der strategischen Initiative Leistungen etablieren.	1000	2023
SK 10.2e	Das Thema Verwaltungsführung im Kanton voranbringen.	1000	2023
SK 10.2f	Die Verbindungsstelle zum Kantonsrat entwickeln.	1000	2023
SK 10.2g	Das kantonale Krisenmanagement aufgrund der Erfahrungen aus der Coronakrise überarbeiten: Monitoring und Umsetzung der Aufträge an die Staatskanzlei.	1000	2023
SK 10.3	Die integrierte Sicht auf die digitale Transformation stärken.		
SK 10.3a	Die Erneuerung der Transaktionsplattform ZHservices (Impulsprogramm 7.4) umsetzen.	1000	2023
SK 10.3b	Die Initialisierung des Projekts E-Behördenverzeichnis abschliessen und die Freigabe der Konzeptphase erwirken (neuer Projektname: eDirectory).	1000	2023
SK 10.3c	Die Einhaltung und Verbesserung der Zugänglichkeit des kantonalen Webauftritts formell und personell etablieren.	1000	2023
SK 10.4	Um die Position des Kantons nach aussen zu stärken, eine Gesamtsicht der Interessen schaffen und in einem einheitlichen Auftritt vertreten.		
SK 10.4a	Die vom Regierungsrat beschlossenen Empfehlungen aufgrund der China-Evaluation umsetzen.	1000	2023
SK 10.4b	Die Gastauftritte in Paris, Frankfurt und an der Olma erfolgreich durchführen.	1000	2023
SK 10.4d	Das Teilprojekt Arbeitgeber-Marketing der HR-Strategie einleiten.	1000	2023
SK 10.4e	Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen.	1000	2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.1	3.9	0.0	0.0	3.9	4.3	0.4	9.8
Aufwand	-27.0	-30.2	0.0	-0.4	-30.6	-34.2	-3.5	-11.6
Saldo	-24.9	-26.3	0.0	-0.4	-26.7	-29.8	-3.2	-11.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-2.1	0.0	0.0	-2.1		2.1	100.0
Saldo		-2.1	0.0	0.0	-2.1		2.1	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-3.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.6	1000	- Höherer Personalaufwand aufgrund Zusatzbedarfs an juristischem Personal zur Bewältigung der Rekurse im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms
-2.6	1000	- Höherer Personalaufwand aufgrund RRB Nr. 1331/2022 Digitalisierung und digitale Transformation
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

- Erneuerung ZHservices, RRB Nr. 237/2020
- Erneuerung KEF- und GB-Tools
- Übrige

	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	0.0			
	0.0	-1.8	0.0	-1.8
	0.0	-0.3	0.0	-0.3
	0.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	74.4	71.6	89.4	17.8	24.8

Δ abs.	LG	Begründungen
17.8		Abweichungen total R23 zu B23
15.0	1000	- Zunahme aufgrund RRB Nr. 1331/2022 Digitalisierung und digitale Transformation, Stellenpläne
2.8	1000	- Zusätzliche befristete Ressourcen für die Bearbeitung der Härtefallrekurse
0.0		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei
Total

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	11974	11598	14320	2722	23.5
Total	11974	11598	14320		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei
Total

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
	108	45	63	66	42
Total	108	45	63	66	42

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
5/2021	One-Stop-Shop (Postulat Martin Huber, Neftenbach, Cyrill von Planta, Zürich, und Tobias Weidmann, Hettlingen)	Vorlage 5a/2021 vom 08.02.2023	19.04.2021
160/2021	Digital first (Postulat Beatrix Frey, Meilen, Marc Bourgeois, Zürich, und Raffaella Fehr, Volketswil)	Vorlage 160a vom 06.09.2023	27.09.2021
9/2022	Transparenz über den Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung (Postulat Nicola Yuste, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 5923 vom 05.07.2023	25.04.2022

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
158/2021	Digitale Grundleistungen Kanton und Gemeinden (Motion Beatrix Frey, Meilen, Marc Bourgeois, Zürich, und Raffaella Fehr, Volketswil)	17.09.2021
348/2021	Schaffung einer kantonalen E-ID für natürliche Personen (Motion Beatrix Frey, Meilen, und Mitunterzeichnende)	21.02.2022
323/2022	Qualitätsanforderungen beim Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Verwaltung (Postulat Gabriel Mäder, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	28.11.2022
401/2019	Anstandsregel für scheidende Regierungsrätinnen und Regierungsräte (Motion Anne-Claude Hensch Frei und Selma L'Orange Seigo, Zürich)	27.03.2023
240/2021	Gesetzliche Grundlage zur Bestellung von Führungsorganen in selbständigen Organisationen (Motion Esther Staub, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.03.2023
124/2021	Kundenfreundliche Einsicht in amtliche Publikationen (Motion Kommission für Planung und Bau)	27.03.2023

1000 Regierungsrat und Staatskanzlei

Aufgaben

- A1 Den Regierungsrat und das Präsidium beraten und unterstützen: Sitzungsvor- und -nachbereitung, Rechtsberatung, Rekursinstruktion, gesamtpolitische Planung und Berichterstattung, Verwaltungsführung und Repräsentation
- A2 Den Regierungsrat in der Wahrnehmung seiner Aussenbeziehungen unterstützen
- A3 Den Regierungsrat bei der Information der Öffentlichkeit und Kommunikation unterstützen: Medienarbeit und Medienbeobachtung, Bewirtschaftung des Internetauftritts des Kantons, amtliche Publikationsorgane, Umsetzung IDG
- A4 Für die Verwaltung entwickelnd, koordinierend und unterstützend wirken: Leitung direktionsübergreifender Gremien, Bewirtschaftung Intranet, Postdienst, Weibeldienst
- A5 Die Umsetzung der digitalen Verwaltung fördern und koordinieren

Bemerkungen

- A5 Die fünf strategischen Initiativen konnten lanciert werden; mehrere Vorhaben wurden gestartet und erste Resultate erreicht. Ende des Berichtsjahres erteilte der Regierungsrat den Auftrag zur Strategieerneuerung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Vor- und nachbereitete Regierungsratsbeschlüsse	A1	1704	1300	1486	186	14.3
L2	Erledigte Rekurse	A1	548	30	285	255	850.0
L3	Betreute Verfahren der gesamtpolitischen Steuerung und Berichterstattung	A1	4	4	4	0	0.0
L4	Entgegengenommene und weitergeleitete Eingaben an den Regierungsrat	A1	1496	1200	842	-358	-29.8
L5	Dokumentationen an die Zürcher Mitglieder der Bundesversammlung über die Haltung des Kantons	A2	26	30	36	6	20.0
L6	Für den Regierungsrat organisierte Repräsentationsanlässe (ohne Grossanlässe)	A1	150	245	248	3	1.2
L7	Medienkonferenzen	A3	85	60	45	-15	-25.0
L8	Medienmitteilungen	A3	366	300	300	0	0.0
L9	Erstellte Seiten der amtlichen Publikationsorgane und des Regierungsratsprotokolls	A3	18292	16600	16756	156	0.9
L10	Geleitete direktionsübergreifende Koordinationsgremien	A4	17	14	17	3	21.4
L11	Geleitete und begleitete Vorhaben zur Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 (Zielwert)	A5	16	5	15	10	200.0
L12	Auf ZHservices bereitgestellte E-Government-Angebote (Zielwert)	A5	31	17	15	-2	-11.8
L13	Bearbeitete Postsendungen (intern/extern)	A4	3411378	3600000	3264668	-335332	-9.3
L18	Bearbeitete Gesuche um Herausgabe von Regierungsratsbeschlüssen	A3	87	100	93	-7	-7.0
L19	Betreute interkantonale und internationale Gremien	A2	15	14	18	4	28.6
L20	Von der Redaktionskommission behandelte Vorlagen	A1	29	22	24	2	9.1
W2	Auf ZHservices abgewickelte Transaktionen	A5	2420000	1700000	1330000	-370000	-21.8
W3	Durchschnittliche Anzahl Besuche auf zh.ch pro Tag	A3	50757	60000	47000	-13000	-21.7

Bemerkungen

- L1, L2 Im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms des Kantons Zürich gingen 2021–2023 insgesamt 1538 Rekurse ein, was in diesem Zeitraum auch die Zahl der erledigten Rekurse (L2) stark ansteigen liess. Dies hat Einfluss auf die Zahl der vor- und nachbearbeiteten Regierungsratsbeschlüsse (L1). Die Zahl der erledigten Rekurse wird auch 2024 deutlich über dem Zielwert liegen, in den Folgejahren jedoch wieder auf den ursprünglichen Wert sinken.
- L4 Am 1. Oktober 2022 trat eine Änderung des Verwaltungsrechtspflegegesetzes in Kraft, die zur Folge hat, dass dem Regierungsrat nicht mehr alle Entscheide des Verwaltungsgerichts zugestellt werden. Dies führte im Berichtsjahr zu einem markanten Rückgang der Zahl der Eingänge.
- L7 Schwankungen aufgrund der Aktualität
- L19 Im Berichtsjahr wurden drei neue Gremien betreut: eCH Fachgruppe Künstliche Intelligenz, AG E-ID Bund und IBK, Fachgruppe Digitalisierung.
- W3 Mit dem Ende der Coronapandemie wurde zh.ch weniger als erwartet besucht.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 10a Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018-2023 unterstützen, das Impulsprogramm weiterentwickeln und die Erneuerung der Strategie ab 2023 vorbereiten.</p> <p>Die Umsetzung der Strategie Digitale Verwaltung 2018–2023 wird im Rahmen der strategischen Initiativen weitergeführt. Wichtige Meilensteine wurden im Berichtsjahr erreicht. Ende November wurden die Arbeiten zum Erneuerungsprozess der Strategie Digitale Verwaltung ab 2025 gestartet.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>RRZ 10b Den Kulturwandel zur Unterstützung der digitalen Transformation in der kantonalen Verwaltung in Gang setzen und erste Massnahmen umsetzen.</p> <p>Im Rahmen eines Projekts wird das Thema Change Management als wichtige Basis der Kulturentwicklung vorangetrieben. Das Projekt wird partnerschaftlich von der Staatskanzlei und dem Personalamt zusammen mit den Direktionen konzipiert und umgesetzt. Führungspersonen und Projektleitende befassen sich mit Fragen des Kulturwandels und agieren als wichtige Multiplikatoren.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>RRZ 10c Die Organisationsstrukturen und Prozesse der Verwaltung hinsichtlich der digitalen Transformation überprüfen, den Handlungsbedarf festlegen und Massnahmen einleiten.</p> <p>Die Prüfung der Organisationsstrukturen und Prozesse der Verwaltung hinsichtlich der digitalen Transformation soll im Rahmen des Erneuerungsprozesses der Strategie Digitale Verwaltung weitergeführt werden.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>RRZ 10d Vermehrt digitale Angebote schaffen für Dienstleistungen und Behördenverkehr innerhalb der Verwaltung und gegen aussen.</p> <p>Mit ZHservices und dem geplanten Zürikonto steht eine sichere und skalierbare Infrastruktur zur Verfügung. Neue Angebote für natürliche Personen wurden realisiert oder in die Planung aufgenommen. Mit unterschiedlichen Verwaltungseinheiten wurden Erstgespräche zur Digitalisierung von Leistungen geführt. Mit den elektronischen Arbeitsbewilligungen steht ein erstes Leistungsangebot für Unternehmen zur Verfügung.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>RRZ 10i Überarbeitung des kantonalen Krisenmanagements aufgrund der Erfahrungen aus der Coronakrise.</p> <p>Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>SK 10.2a Den Gesetzesauftrag, KEF und Budget des Kantons mit Angaben zu Leistungen und Wirtschaftlichkeit zu belegen, klären und die Verwaltung bei der Umsetzung unterstützen.</p> <p>Die Vorgaben zur Verbindung von Leistungen und finanziellen Mitteln gemäss §§ 2 Abs. 2 lit. c und 28 Abs. 2 des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung sind Gegenstand der Weisung zum KEF und Budget. Der Erklärungsgrad der mit dem Globalbudget der Erfolgsrechnung der einzelnen Leistungsgruppen beantragten finanziellen Mittel durch Leistungs- und Wirtschaftlichkeitsindikatoren wurde den Direktionscontrollerinnen und -controllern bekannt gegeben. Bei Bedarf werden die Leistungsgruppen bei der Überarbeitung ihrer Indikatoren unterstützt.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>SK 10.2b Die Unterstützung von Regierungsrat und Direktionen in der Public Corporate Governance gewährleisten.</p> <p>Die erstmalige Erstellung der Beteiligungsstrategie gemäss § 95 Abs. 3 des Kantonsratsgesetzes ist auf Kurs. Ihr Inhalt und das Vorgehen bei ihrer Umsetzung wurden erarbeitet. Der Regierungsrat und die Finanzkommission wurden im November darüber informiert. Das Projekt zur Zusammenarbeit des Kantons in einfachen Gesellschaften und Vereinen, Rechtsgrundlagen, wurde gestartet. Der Regierungsrat hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt und die Staatskanzlei beauftragt, bis Ende 2024 einen Bericht vorzulegen. Die Massnahme wird im Rahmen der Legislaturziele der Staatskanzlei 2023–2027 als Massnahme SK 10.2d weitergeführt.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>SK 10.2d Den Fachbereich Geschäftsarchitektur E-Government formell und personell im Rahmen der strategischen Initiative "Leistungen" etablieren.</p> <p>Die Stelle konnte besetzt werden. Erste Aktivitäten sind gestartet und fliessen in Vorhaben der strategischen Initiative Leistungen ein. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem Amt für Informatik im Projekt ArchitekturmanagementZH zum Aufbau einer verwaltungsweiten Unternehmensarchitektur.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>SK 10.2e Das Thema Verwaltungsführung im Kanton voranbringen.</p> <p>Eine Projektarbeit im Rahmen der kantonalen Kadernachwuchsförderung zum Thema Eingabe von Ideen zur Verbesserung der Verwaltungspraxis durch Mitarbeitende wurde begleitet. Aufgrund anderer Prioritäten und starker Auslastung konnte die Massnahme nicht weiter vorangetrieben werden.</p>	Sistiert	2023

SK 10.2f Die Verbindungsstelle zum Kantonsrat entwickeln.

Die Verbindungsstelle zum Kantonsrat wurde erfolgreich etabliert. Für die Geschäfte der Staatskanzlei besteht ein Monitoring. Regelmässiger Austausch, Informationen und Hilfsmittel gewährleisten eine effektive Bearbeitung der Anfragen und Themen in diesem Bereich. Abgeschlossen 2023

SK 10.2g Das kantonale Krisenmanagement aufgrund der Erfahrungen aus der Corona-Krise überarbeiten: Monitoring und Umsetzung der Aufträge an die Staatskanzlei.

Vgl. RRZ 10i Abgeschlossen 2023

SK 10.3a Die Erneuerung der Transaktionsplattform ZHservices (Impulsprogramm 7.4) umsetzen.

Im Rahmen des Betriebs und der Weiterentwicklung wurden im Berichtsjahr drei neue Angebote realisiert und die Basisdienste anhand der Bedürfnisse erweitert. Abgeschlossen 2023

SK 10.3b Die Initialisierung des Projekts E-Behördenverzeichnis abschliessen und die Freigabe der Konzeptphase erwirken (neuer Projektname: eDirectory).

Der Abschluss der Initialisierung verzögerte sich infolge Engpässen bei den Ressourcen und anderer Prioritäten. Die Arbeiten der Konzeptphase starten 2024. Verzögert 2023

SK 10.3c Die Einhaltung und Verbesserung der Zugänglichkeit des kantonalen Webauftritts formell und personell etablieren.

Die Koordinationsstelle für digitale Barrierefreiheit konnte besetzt werden. Es wurden unter anderem vermehrt Videos mit Gebärdensprache ergänzt. Die mit der Inhaltserstellung beauftragten Mitarbeitenden sind in der Anwendung der technischen Möglichkeiten weitergebildet worden (z.B. barrierefreie PDF-Dateien). Abgeschlossen 2023

SK 10.4a Die vom Regierungsrat beschlossenen Empfehlungen aufgrund der China-Evaluation umsetzen.

Der China-Austausch zwischen dem Bund und den Kantonen wurde im Berichtsjahr wieder durchgeführt. Zudem wurden im November (und im Januar 2024) von der Staatskanzlei zwei Weiterbildungen für Verwaltungsangestellte zum Thema China-Kompetenz organisiert. Abgeschlossen 2023

SK 10.4b Die Gastauftritte in Paris, Frankfurt und an der Olma erfolgreich durchführen.

Die Gastauftritte an der OLMA sowie an der Soirée Suisse in Paris verliefen äusserst erfolgreich. Der Kanton nutzte die Gelegenheit, sich in seiner Vielfalt wirkungsvoll und selbstbewusst zu präsentieren. Davon zeugte auch die positive Resonanz der Besuchenden und der Gäste. Abgeschlossen 2023

SK 10.4d Das Teilprojekt Arbeitgeber-Marketing der HR-Strategie einleiten.

Das Projekt wurde mit RRB Nr. 634/2022 abgeschlossen. Die Arbeitsmarktkampagne wurde im dritten Quartal 2023 erfolgreich lanciert. Abgeschlossen 2023

SK 10.4e Den Regierungsrat bei der Entwicklung seiner Haltung zum Verhältnis Schweiz-EU unterstützen.

Der Kanton Zürich brachte seine europapolitische Haltung bei der Erarbeitung der entsprechenden Standortbestimmung der Konferenz der Kantonsregierungen ein. Diese Neupositionierung der Kantone wurde im März einstimmig beschlossen, darin werden neue Verhandlungen mit der EU begrüsst und die Grundlage für die Beurteilung eines allfälligen Verhandlungsmandats geschaffen (der Bundesrat gab den Entwurf im Dezember in Konsultation). Die Staatskanzlei wird den Regierungsrat auch weiterhin unterstützen, die Interessen des Kantons im Rahmen der Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU einzubringen. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wird mit leicht angepasster Stossrichtung weiterhin als Entwicklungsschwerpunkt aufgenommen, mit Frist bis 2025. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	74.4	71.6	89.4	17.8	24.8

Bemerkungen R23 zu B23

15.0 Zunahme aufgrund von RRB Nr. 1331/2022 Digitalisierung und digitale Transformation, Stellenpläne

2.8 Zusätzliche befristete Ressourcen für die Bearbeitung der Härtefallreurse

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2.1	3.9	0.0	0.0	3.9	4.3	0.4	9.8
Aufwand	-27.0	-30.2	0.0	-0.4	-30.6	-34.2	-3.5	-11.6
Saldo	-24.9	-26.3	0.0	-0.4	-26.7	-29.8	-3.2	-11.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-2.1	0.0	0.0	-2.1		2.1	100.0
Saldo		-2.1	0.0	0.0	-2.1		2.1	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.6	A1	- Höherer Personalaufwand aufgrund des Zusatzbedarfs an juristischem Personal zur Bewältigung der Rekurse im Rahmen des Covid-19-Härtefallprogramms
-2.6	RRZ 10a	- Höherer Personalaufwand aufgrund RRB Nr. 1331/2022 Digitalisierung und digitale Transformation
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.1	0.0	2.1	
- Erneuerung ZHservices, RRB Nr. 237/2020	-1.8	0.0	1.8	- Teilkreditübertragung in das Jahr 2024
- Erneuerung KEF- und GB-Tools	-0.3	0.0	0.3	- Projekt wird 2024 begonnen.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-320169	56284	0	-263885	56284

Bemerkungen

Die Rücklagen werden ausschliesslich für Personalanlässe verwendet.

02

Direktion der Justiz und des Innern

Überblick	10
Legislaturziele	11
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	11
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	11
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	12
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	12
Finanzierung	13
Übersicht	13
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	13
Personal- und Lohnstatistik	13
Beschäftigungsumfang	13
Lohnaufwand	13
Anstellungsverhältnisse	14
Parlamentarische Vorstösse	14
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	14
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	14
Leistungsgruppen	16
2201 Generalsekretariat	16
2204 Staatsanwaltschaft	19
2205 Jugendstrafrechtspflege	22
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	25
2207 Gemeindeamt	29
2216 Kantonaler Finanzausgleich	32
2217 Abwicklung Investitionsfonds	34
2221 Handelsregisteramt	35
2223 Statistisches Amt	37
2224 Staatsarchiv	39
2232 Kantonale Opferhilfestelle	42
2233 Fachstelle Gleichstellung	44
2234 Fachstelle Kultur	46
2241 Fachstelle Integration	49
2251 Bezirksräte	52
2261 Statthalterämter	54
2270 Religionsgemeinschaften	56
2934 Kulturfonds	57

Überblick

Zu den Aufgaben der Direktion der Justiz und des Innern gehören die Strafverfolgung und der Vollzug von Strafen und Massnahmen sowie die Wiedereingliederung von straffällig gewordenen Personen. Weitere Aufgaben sind die Opferhilfe, die Beziehungen zu den Gemeinden, Bezirken und Religionsgemeinschaften, das Archivwesen, die Integration der ausländischen Wohnbevölkerung, die Kulturförderung und die Gleichstellung, das Handelsregisteramt und das Statistische Amt, das auch für Wahlen und Abstimmungen zuständig ist. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit der Direktion ist die Stärkung der gesellschaftlichen, politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen.

Förderung der Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen

Das Statistische Amt ist für die Durchführung von Wahlen und Abstimmungen zuständig. Aufgrund der Regierungsrats- und Kantonsratswahlen im Februar und den Nationalrats- und Ständeratswahlen zwischen Oktober und November band dieser Verantwortungsbereich im Berichtsjahr besonders viele Ressourcen.

Hasszuschriften an Politikerinnen und Politiker sind nicht nur für Betroffene belastend, sondern stellen auch eine Gefahr dar für die politische Teilhabe und die Demokratie. Das gilt insbesondere in einem Wahljahr wie dem Berichtsjahr. Eine Befragung von Politikerinnen und Politikern aller drei Staatsebenen soll Aufschluss über das konkrete Ausmass geben. Als Sofortmassnahme bot die Direktion Betroffenen juristische Hilfe an. Das Pilotprojekt lief bis Ende des Berichtsjahres. Die Ergebnisse des Pilotprojekts und der Umfrage werden zeigen, wie wirksam gegen Hasszuschriften vorgegangen werden kann. Bei Bedarf wird ein ständiges Angebot etabliert.

Im Juni des Berichtsjahres hat die Koordinationsstelle Teilhabe ihre Arbeit aufgenommen. Die neue Koordinationsstelle ist dem Statistischen Amt angegliedert und hat zum Ziel, die politische Teilhabe weiter zu fördern, beispielsweise durch innovative Formate wie Bevölkerungspanels, zu denen sie einen Leitfaden veröffentlicht hat.

Am 1. Juli ist das neue Bürgerrechtsgesetz in Kraft getreten. Es soll die Einbürgerungspraxis in den Gemeinden vereinheitlichen, nachdem eine vor der Gesetzesänderung durchgeführte Studie aufgezeigt hat, dass sich die Praktiken stark voneinander unterscheiden. Das neue Gesetz schreibt unter anderem einheitlichere Regeln für die Prüfung von Deutsch- und Grundkenntnissen vor, verankert digitale Einbürgerungsverfahren und regelt das Vorgehen beim Einbürgerungsgespräch genauer. Zukünftige Evaluationen sind bereits in Planung und sollen zeigen, wie sich das neue Recht auf die Einbürgerungspraxis auswirkt.

Im Rahmen des Schwerpunkts «Kulturförderung in der Region» hat die Fachstelle Kultur die Grundlagen für eine substanzielle Unterstützung der mittelgrossen Städte gelegt. In Ergänzung zum «Kulturprogramm Gemeinden» erhalten jene Städte zusätzliche Unterstützung, die über professionelle Kulturförderstrukturen verfügen und Zentrumsleistungen im Bereich Kultur übernehmen. Diese ist an die Auflage geknüpft, dass die Mittel direkt in die Förderung des lokalen Kulturangebots fliessen. Mit dem neuen Förderinstrument werden zum einen die Kulturförderung der regionalen Zentrumsstädte und zum anderen das Kulturschaffen vor Ort gestärkt.

Forensic Nurses

2018 hat sich die Schweiz mit der Ratifizierung der Istanbul-Konvention verpflichtet, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt verstärkt zu bekämpfen. Eine direktions- und fachübergreifende Arbeitsgruppe hat überprüft, ob die Anforderungen der Istanbul-Konvention im Kanton erfüllt sind. Die Arbeitsgruppe hält in ihrem Schlussbericht fest: «Opfer sexueller Gewalt erhalten die benötigte medizinische Untersuchung niederschwellig und in hoher Qualität.» Im November des Berichtsjahres hat der Regierungsrat beschlossen, den Opferschutz bei sexueller und häuslicher Gewalt weiter zu stärken (RRB Nr. 1320/2023). Spitäler können jederzeit den aufsuchenden Dienst Forensic Nurses des Instituts für Rechtsmedizin der Universität Zürich beiziehen. Mit dieser Stärkung forensischer Kompetenzen bei der Spurensicherung wird der Opferschutz bei sexueller und häuslicher Gewalt verbessert. Die Einführung erfolgt voraussichtlich im zweiten Quartal 2024 als Pilotprojekt und wird gemeinsam von der Gesundheitsdirektion, der Direktion der Justiz und des Innern sowie der Bildungsdirektion getragen. Das Zürcher Modell schafft ein niederschwelliges Angebot für die Betreuung von Opfern sexueller und häuslicher Gewalt.

Eine moderne Untersuchungshaft

Die Modernisierungsvorhaben in der Untersuchungshaft schreiten voran. Das Gefängnis Zürich West hat schrittweise Module des Bereichs Untersuchungshaft in Betrieb genommen. Das neue Gefängnis hat hohe Ansprüche an die Betreuung von Festgenommenen und verfügt über modernste Sicherheitssysteme.

Im Berichtsjahr schuf der Regierungsrat zugunsten des Gefängnisbetriebs im Polizei- und Justizzentrum 82 neue Stellen. Die Erfahrungen aus dem ersten Betriebsjahr zeigten, dass der Stellenbedarf deutlich höher ist als bei Planung des Polizei- und Justizzentrums vor vielen Jahren angenommen. Die Knappheit an Personal führte im Berichtsjahr zu einer starken Belastung der bestehenden Mitarbeitenden, hoher Fluktuation und angespannter Stimmung. Die zusätzlichen Stellen sollen zu einem dauerhaft stabilen Betrieb führen.

Zehn Jahre Kinder- und Erwachsenenschutzrecht

Das Einführungsgesetz zum Kinder- und Erwachsenenschutzrecht besteht seit zehn Jahren. Es löste das alte Vormundschaftsrecht ab und bildet die rechtliche Grundlage der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden im Kanton. Die Leitidee des Gesetzes besteht in der Unterstützung von verletzlichen und schutzbedürftigen Menschen, dem Schutz des Wohls von betroffenen Personen und der möglichst weitgehenden Wahrung ihrer Selbstbestimmung. Die Direktion der Justiz und des Innern hat dieser grundlegenden Neuorientierung im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzes mit einer Jubiläumsfeier am 30. Oktober im Festsaal des Kunsthauses gedacht. Eingeladen waren Vertretungen aller Zürcher Behörden, die sich mit Fragen des Kindes- und Erwachsenenschutzes beschäftigen.

Datenschutz und Informationssicherheit

Das Gesetz über die Information und den Datenschutz wurde totalrevidiert. Die Neuerungen umfassen die Einführung eines Beauftragten für das Öffentlichkeitsprinzip, die Regelung von offenen Behördendaten (Open Government Data) zur Förde-

rung der Datennutzung sowie Bestimmungen zum Umgang mit künstlicher Intelligenz. Die Gliederung des Gesetzes wurde übersichtlicher gestaltet. Weiter wurden die Einwilligung zur Datenbearbeitung, Regelungen für Pilotversuche und die Harmonisierung mit dem Bundesgesetz über den Datenschutz angepasst. Die vom Regierungsrat verabschiedete Vorlage geht nun zur Beratung an die zuständige Kantonsratskommission.

Im Berichtsjahr begann die Direktion zudem mit der Umstellung auf den Digitalen Arbeitsplatz. Aufgrund dessen und im Rahmen der strategischen Initiative Daten beschäftigte sich die Direktion intensiv mit der Informationssicherheit und dem Datenschutz.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 1	Die Sicherheit ist unter Berücksichtigung der digitalen Kriminalität gewährleistet.		
RRZ 1a	Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraftaten schützen.	2204	2023
RRZ 1b	Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und internationalen Behörden bekämpfen.	2204	2023
RRZ 1c	Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern.	2204 2205	2023 2023
RRZ 1d	Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen.	2204 2206	2023 2023
RRZ 1e	Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen.	2204	2023
RRZ 1f	Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime».	2204 2205	2023 2023

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

LG bis

Jl 1.1	Die Rechtssicherheit des Wirtschaftsstandorts Zürich wird gestärkt.		
Jl 1.1a	Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)	2204	2026
Jl 1.2	Die Schwerpunkte der Strafverfolgung und Kriminalitätsbekämpfung werden umgesetzt.		
Jl 1.2a	Umsetzung der Istanbul-Konvention	2232	2024
Jl 1.2b	Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie	2232	2024
Jl 1.2c	Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz	2232	2024
Jl 1.3	Das Risikomanagement im Straf- und Justizvollzug wird ausgebaut.		
Jl 1.3a	Weiterentwicklung Forensik, Risikomanagement	2206	2023
Jl 1.4	Die Wiedereingliederung als Kernauftrag des Justizvollzugs wird ausgebaut.		
Jl 1.4a	Inhaltliche Weiterentwicklung der Untersuchungshaft: Betrachtungsweise als Gesamtprozess (insbesondere durchgehende Betreuung), Ausbau Gruppenvollzug, Einführung Zweiphasenmodell / Modellversuch Untersuchungshaft	2206	2023
Jl 1.6	Die justiziellen Verfahrensschritte in der JI werden kindgerecht vorgenommen.		
Jl 1.6a	Entwicklung von Massnahmen zum Thema «Child friendly justice» im Bereich der JI	2201	2024
Jl 1.7	Die Haft- und Vollzugsangebote für Frauen sind jenen der Männer gleichgestellt.		
Jl 1.7a	Gleichstellung weiblicher Inhaftierter im Hinblick auf die Haft- und Vollzugsangebote, offene Kurzvollzugsplätze für Frauen im Kanton Zürich bereitstellen	2206	2023

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 3	Alle Menschen können an der Zivilgesellschaft partizipieren.		
RRZ 3a	Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften prüfen.	2201	2023
RRZ 3b	Gemeinsame Schwerpunkte zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften erarbeiten.	2201 2270	2023 2023
RRZ 3c	Die Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben stärken.	2234	2023

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5	Alle Bevölkerungsgruppen sind in eine vielfältiger werdende Gesellschaft eingebunden.		
RRZ 5b	Der Diskriminierung entgegenwirken.	2201 2241	2023 2023
RRZ 5c	Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der spezifischen Integrationsförderung weiterentwickeln.	2241	2023
RRZ 5d	Die spezifische Integrationsförderung für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge im Rahmen der Integrationsagenda umsetzen und weiterentwickeln.	2241	2023
RRZ 5e	Die politische Beteiligung stärken.	2201	2023
RRZ 5f	Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft in bestehenden und neuen Formen stärken.	2201 2233	2023 2023
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
Jl 5.1	Die kantonale Einbürgerungspraxis wird vereinheitlicht und rechtsstaatlich gestärkt.		
Jl 5.1a	Erlass eines neuen Bürgerrechtsgesetzes	2207	2023
Jl 5.1b	Einführung des elektronischen Einbürgerungsverfahrens	2207	2023

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 10	Die Verwaltungsstrukturen sind an die Aufgabenerfüllung angepasst, die Attraktivität als Arbeitgeber ist gestärkt und mit der digitalen Transformation ist das Leistungsangebot konsequent auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet.		
RRZ 10g	Die Aufsicht über Bezirksbehörden und Gemeinden zur Erhaltung und Stärkung guter Rahmenbedingungen transparent organisieren.	2201	2023
RRZ 10h	Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden prüfen.	2201 2207	2023 2023
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
Jl 10.1	Die kommunalen Strukturen sind eigenständige und eigenverantwortliche Träger des Service public.		
Jl 10.1a	Stärkung der Gemeinden (Gemeinden 2030)	2201	2025
Jl 10.1b	Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen	2207	2025
Jl 10.2	Das Öffentlichkeitsprinzip und der Datenschutz werden in das digitale Zeitalter übergeführt.		
Jl 10.2a	Totalrevision IDG	2201	2025
Jl 10.2b	Aufbau eines zentralen Datenmanagements sowie Regelung der Datennutzung und Datenverantwortlichkeit (Impulsprogramm 3.1 «Strategie Datenmanagement und Data-Governance»)	2201	2025
Jl 10.3	Kanton und Gemeinden sind in der Lage, elektronische Informationen langfristig zu archivieren.		
Jl 10.3a	Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)	2224	2026
Jl 10.4	Die Führungs- und Organisationskultur wird auf eine kollaborative Arbeitsweise ausgerichtet.		
Jl 10.4a	Der Kanton fördert die Diversität und strebt eine der Gesellschaft entsprechende Zusammensetzung der Verwaltung an.	2233	2024
Jl 10.5	Die Arbeitsabläufe und Prozesse sind weitgehend digitalisiert.		
Jl 10.5a	Die JI unterstützt eine medienbruchfreie Abwicklung von Strafverfahren (Justitia 4.0, Impulsprogramm 6.1 «Fachapplikation Justizvollzug»)	2201	2025
Jl 10.5c	Vereinfachung des elektronischen Behördenverkehrs	2221	2024
Jl 10.5f	Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen	2224	2026
Jl 10.6	Die Verständlichkeit im Schriftverkehr der JI wird verbessert.		
Jl 10.6a	Die Verwendung der «einfachen Sprache» im amtlichen Verkehr mit den Bürgerinnen und Bürgern wird durch Leitfäden und Schulungen unterstützt.	2201	2025

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 196.0	1 234.7	0.0	0.0	1 234.7	1 258.1	23.3	1.9
Aufwand	-2 195.5	-2 331.1	0.0	-22.4	-2 353.6	-2 348.9	4.6	0.2
Saldo	-999.5	-1 096.4	0.0	-22.4	-1 118.8	-1 090.9	28.0	2.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-2.9	-10.9	0.0	-14.4	-25.4	-3.2	22.2	87.5
Saldo	-2.9	-10.9	0.0	-14.4	-25.4	-3.2	22.2	87.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
28.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
14.4	2234	- Geringerer Nettobedarf Fachstelle Kultur (v.a. Covid-Gelder)
11.2	2201	- Geringerer Nettobedarf Generalsekretariat
6.3	2241	- Geringerer Nettobedarf Fachstelle Integration (v.a. Status-S-Gelder)
4.3	2216	- Geringerer Nettobedarf Kantonalen Finanzausgleich
2.2	2205	- Geringerer Nettobedarf Jugendstrafrechtspflege
0.8	2207	- Geringerer Nettobedarf Gemeindeamt
0.8	2221	- Geringerer Nettobedarf Handelsregisteramt
-0.3	2224	- Höherer Nettobedarf Staatsarchiv
-0.3	2251	- Höherer Nettobedarf Bezirksräte
-0.7	2223	- Höherer Nettobedarf Statistisches Amt
-1.0	2261	- Höherer Nettobedarf Statthalterämter
-1.6	2232	- Höherer Nettobedarf Kantonale Opferhilfestelle
-1.9	2204	- Höherer Nettobedarf Staatsanwaltschaft
-6.4	2206	- Höherer Nettobedarf Justizvollzug und Wiedereingliederung
0.2		- Übrige Abweichungen

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	1 969.6	2 124.7	2 088.2	-36.4	-1.7

Δ abs.	LG	Begründungen
-36.4		Abweichungen total R23 zu B23
10.0	2251, 2261	- Bezirksräte, Statthalterämter: Aushilfsstellen
-4.0	2201	- Generalsekretariat: Verzögerte Stellenbesetzungen und Praktikumsstellen
-4.9	2204	- Staatsanwaltschaft: Verzögerte Stellenbesetzungen
-7.9	2221, 2223, 2224	- Handelsregisteramt, Statistisches Amt, Staatsarchiv: Verzögerte Stellenbesetzungen und Praktikumsstellen
-29.7	2206	- Justizvollzug und Wiedereingliederung: Verzögerte Stellenbesetzungen und Praktikumsstellen
0.1		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
2201 Generalsekretariat	10 636	11 846	12 236	390	3.3
2204 Staatsanwaltschaft	51 750	54 216	54 939	723	1.3
2205 Jugendstrafrechtspflege	10 670	10 834	11 174	340	3.1
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	110 250	119 407	120 270	863	0.7
2207 Gemeindeamt	6 912	7 109	7 512	403	5.7
2221 Handelsregisteramt	6 211	6 428	6 296	-132	-2.1
2223 Statistisches Amt	4 112	4 369	4 610	241	5.5
2224 Staatsarchiv	5 550	5 754	6 480	726	12.6
2232 Kantonale Opferhilfestelle	926	1 087	1 055	-32	-2.9
2233 Fachstelle Gleichstellung	436	461	462	1	0.2
2234 Fachstelle Kultur	2 283	1 663	1 831	168	10.1
2241 Fachstelle Integration	1 645	1 549	1 606	57	3.7
2251 Bezirksräte	6 696	6 601	7 251	650	9.8
2261 Statthalterämter	8 891	9 319	10 109	790	8.5
2270 Religionsgemeinschaften	0	0	0	0	
Total	226 968	240 643	245 831		

Direktion der Justiz und des Innern
Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
2201 Generalsekretariat	103	41	62	72	31
2204 Staatsanwaltschaft	489	321	168	308	181
2205 Jugendstrafrechtspflege	109	81	28	58	51
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	1332	542	790	941	391
2207 Gemeindeamt	70	50	20	39	31
2221 Handelsregisteramt	67	43	24	45	22
2223 Statistisches Amt	42	14	28	22	20
2224 Staatsarchiv	97	59	38	37	60
2232 Kantonale Opferhilfestelle	11	11	0	3	8
2233 Fachstelle Gleichstellung	4	4	0	0	4
2234 Fachstelle Kultur	15	14	1	2	13
2241 Fachstelle Integration	16	14	2	8	8
2251 Bezirksräte	72	62	10	20	52
2261 Statthalterämter	121	91	30	46	75
Total	2548	1347	1201	1601	947

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
141/2020	Einführung eines Notstandsgesetzes (Postulat Benjamin Fischer, Volketswil, und Martin Hübscher, Wiesendangen)	Vorlage 5839b vom 01.03.2023	07.09.2020
343/2017	Film- und Medienförderung (Postulat Kommission für Bildung und Kultur)	Vorlage 5846b vom 04.10.2023	30.11.2020
143/2021	Strategien im Umgang mit Jugendgewalt (Postulat Dieter Kläy, Winterthur, Angie Romero, Zürich, und Thomas Vogel, Thalwil)	Vorlage 143a/2021 vom 28.06.2023	27.09.2021
5/2019	Einführung e-Collecting, elektronische Unterschriftensammlung für Initiativen und Referenden im Internet oder auf mobilen Endgeräten (Motion Andrew Katumba, Zürich, Jörg Mäder, Opfikon, und Rafael Steiner, Winterthur)	Vorlage 5a/2019 vom 22.11.2023	29.11.2021
23/2019	Das Öffentlichkeitsprinzip stärken (Motion Judith Anna Stofer und Silvia Rigoni, Zürich)	Vorlage 5923 vom 05.07.2023	28.03.2022
147/2022	Herkunft der Bilder der Bührlé-Sammlung lückenlos aufklären und die Entstehung der Sammlung historisch kritisch aufarbeiten (dringliches Postulat Anna Stofer, Selma L'Orange Seigo und Sibylle Marti, Zürich)	Vorlage 147a/2022 vom 31.05.2023	13.06.2022

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
33/2019	Zusammenarbeit der Gemeinden im Gesundheitsbereich verbessern (Motion Ronald Alder, Ottenbach, Hans-Peter Brunner, Horgen, und Karin Fehr Thoma, Uster)	28.03.2022
324/2019	Wohnsituation von Asylsuchenden und vorläufig aufgenommenen Personen in kantonalen Unterkünften und in Gemeinden (Postulat Jasmin Pokerschnig, Zürich, Cristina Cortellini, Dietlikon, und Mark Anthony Wisskirchen, Kloten)	30.05.2022
226/2019	Neue partizipative Formen der Demokratie dank Digitalisierung (Postulat Claudia Hollenstein, Stäfa, und Cristina Cortellini, Dietlikon)	30.05.2022
116/2020	Kultur für alle statt für wenige (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Sarah Akanji, Winterthur)	12.09.2022
155/2020	Illegale Auslandsadoptionen (Postulat Sybille Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	12.09.2022
237/2022	Effizienzsteigerung an den Bezirksgerichten (Postulat Beat Habegger, Zürich, Alex Gantner, Maur, und Angie Romero, Zürich)	26.09.2022
364/2022	Optimierte Organisation der Friedensrichterkreise (Motion Michael Biber, Bachenbülach, Urs Glättli, Winterthur, und Thomas Marthaler, Zürich)	28.11.2022
377/2020	Gleichstellung von LGBTI-Menschen und Massnahmen gegen Hasskommunikation (Postulat Hannah Pfalzgraf, Mettmenstetten, und Mitunterzeichnende)	04.09.2023
233/2023	Schaffung einer Rechtsgrundlage zur Einführung eines Stimm- und Wahlrechts in den Gemeinden für Menschen mit einer Beistandschaft (Behördeninitiative Gemeinderat Zürich)	18.09.2023

Direktion der Justiz und des Innern
Parlamentarische Vorstösse

438/2020	Anpassung der Möglichkeit zur Bildung von finanzpolitischen Reserven im Gemeindegesetz (Postulat André Müller, Uetikon, und Fabian Müller, Rüschlikon)	30.10.2023
287/2023	Mehr Flexibilität für kirchliche Bauten (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023

2201 Generalsekretariat

Die drei Stellen für die strategische Initiative Recht konnten rekrutiert und im Generalsekretariat integriert werden. Das Generalsekretariat erarbeitete im Zusammenhang mit der Einführung des digitalen Arbeitsplatzes eine Weisung zum sicheren Umgang mit der Kollaborationsplattform. Die Direktionsvorsteherin ernannte Franziska Driessen-Reding zur neuen Religionsdelegierten.

Die Abteilung Kommunikation hat im Berichtsjahr unter anderem einen internen Leitfaden für die Verwendung von verständlicher Sprache verfasst, sie hat zwei Projekte gegen Hasszuschriften gegen Politikerinnen und Politiker durchgeführt und zum zehnjährigen Bestehen der Kindes- und

Erwachsenenschutzbehörden einen Dankes Anlass für Behördenmitglieder in diesem Umfeld veranstaltet. Die Abteilung Finanzen, Controlling und Logistik wickelte die Buchhaltungen für das Generalsekretariat und weitere Leistungsgruppen ab. Zudem übernahm die Abteilung die Bestellerrolle im Mietmodell.

Im Berichtsjahr wurde die Mitarbeitendenumfrage Puls@JI durchgeführt und ausgewertet sowie der Rollout des digitalen Arbeitsplatzes vorbereitet und die damit verbundenen Veränderungen begleitet. Bei ersten Leistungsgruppen erfolgte die Umstellung auf den digitalen Arbeitsplatz.

Aufgaben

- A1 Unterstützung der Vorsteherin und der nachgeordneten Verwaltungseinheiten. Politische Lagebeurteilung und Planung. Führung stabseigener Projekte
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Direktion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A3 Gesetzgebungsdienst der Verwaltung (GGD)
- A4 Informatikunterstützung für die Direktion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Rekurerledigungen (inkl. Begnadigungen)	A2	201	170	177	7	4.1
L2 Betreute PC-Arbeitsplätze	A4	2339	2500	2560	60	2.4
L3 RR-Anträge der Direktion	A1	265	200	220	20	10.0
L4 Pressekonferenzen und Medienveranstaltungen	A2	13	12	8	-4	-33.3
L5 Gesetzgebungsdienst, geprüfte Vorlagen	A3	67	60	60	0	0.0
L6 Betreute Fachapplikationen/Fachlösungen	A4	24	27	25	-2	-7.4
B4 Durchschnittliche Kosten pro betreute Fachapplikation/Fachlösung	A4	326166	375926	320885	-55041	-14.6
W5 Professionalisierung der Rekrutierung: Geringe Fluktuation in den ersten zwei Dienstjahren, in % (Maximalwert)	A3	10	10	10	0	
W7 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer bis zur Behebung einer Betriebsstörung (über alle Dringlichkeitsstufen), in Tg.	A4	1	1	1	0	0.0
W8 Durchschnittliche Bearbeitungsdauer eines Service-Request-Auftrags (über alle Dringlichkeitsstufen), in Tg.	A4	5	5	5	0	0.0

Bemerkungen

- B4 Infolge tieferen Informatikaufwands und einer leicht höheren Anzahl betreuter PC-Arbeitsplätze ergibt sich ein tieferer Durchschnittswert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3a Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Staat und Religionsgemeinschaften prüfen.

Die anerkannten Religionsgemeinschaften haben zusammen mit der Direktion der Justiz und des Innern gemeinsame Legislatorschwerpunkte verabschiedet. Abgeschlossen 2023

RRZ 3b Gemeinsame Schwerpunkte zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften erarbeiten.

Die drei für die Umsetzung zuständigen gemischten Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit planmässig beendet. Ergebnisse sind unter anderem zwei Studien zu den kirchlichen Leistungen mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen und eine Studie zu Bedürfnissen der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften. Abgeschlossen 2023

RRZ 5b Der Diskriminierung entgegenwirken.

Zusammen mit der Stadt Zürich wurde der Zürcher Anlaufstelle Rassismus ein Leistungsauftrag erteilt, um Einzelpersonen und Institutionen aus dem Kanton Informationen, Beratung und Unterstützung bei Vorfällen im Bereich rassistischer, ethnischer, kultureller und religiöser Diskriminierungen sowie bei Ereignissen, die durch Betroffene als benachteiligend oder ausgrenzend wahrgenommen werden, zu unterstützen (Fachstelle Integration). Abgeschlossen 2023

RRZ 5e Die politische Beteiligung stärken.

Im Berichtsjahr hat die Koordinationsstelle Teilhabe ihre Arbeit aufgenommen. Angegliedert ist sie neu beim Statistischen Amt. Unter anderem mit Massnahmen wie der Organisation und Evaluierung von Bürgerpanels fördert sie die Bereitschaft der Bevölkerung, sich an politischen Prozessen zu beteiligen. Im Berichtsjahr wurde das Pilotprojekt «Stop hate!» lanciert. Ein als Pilotversuch angebotener Online-Service richtete sich an Personen im Kanton, die in ein politisches Amt auf Gemeinde-, Kantons- oder Bundesebene gewählt wurden oder für ein solches kandidierten und Opfer von Hassnachrichten wurden. So soll Betroffenen unbürokratisch dabei geholfen werden, sich auf ihr Amt zu konzentrieren und sich nicht mit der Abwehr von Anwürfen beschäftigen zu müssen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 5f Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft in bestehenden und neuen Formen stärken.

Das Programm «Teilhabe» erprobte neue Formen der Bürgerbeteiligung. Die direktionsübergreifende Vernetzungsgruppe zur Teilhabe organisierte zudem Veranstaltungen und erarbeitete eine Checkliste für die Sensibilisierung von Mitarbeitenden der Verwaltung.

Abgeschlossen 2023

RRZ 10g Die Aufsicht über Bezirksbehörden und Gemeinden zur Erhaltung und Stärkung guter Rahmenbedingungen transparent organisieren.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 10h Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden prüfen.

Die Plattform «Gemeinden 2030» richtet sich an die Politik (Exekutive) und die Verwaltung. In einem Austausch denken Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden und des Kantons über die Zukunft der Gemeinden nach. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in Zusammenarbeit mit dem Gemeindeamt (Leistungsgruppe Nr. 2207) umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

JI 1.6a Entwicklung von Massnahmen zum Thema «Child friendly justice» im Bereich der JI

Es wird untersucht, wie die Kinderrechte im Zuständigkeitsbereich der Direktion umgesetzt werden. Wo angezeigt, werden entsprechende Massnahmen zur Verbesserung der Kinderrechte eingeleitet.

Planmässig 2024

JI 10.1a Stärkung der Gemeinden (Gemeinden 2030)

Der verstärkte Einbezug der Gemeinden durch den Kanton ist mit dem Klimadialog und dem von der Baudirektion etablierten partizipativen Prozess mit den Gemeinden etabliert.

Abgeschlossen 2025

JI 10.2a Totalrevision IDG

Der Entwurf zur Totalrevision des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) durchlief im Berichtsjahr ein breitabgestütztes Vernehmlassungsverfahren. Nach der Verarbeitung der Vernehmlassungsantworten verabschiedete der Regierungsrat den Gesetzesentwurf samt Erläuterungsbericht zuhanden des Kantonsrates.

Abgeschlossen 2025

JI 10.2b Aufbau eines zentralen Datenmanagements sowie Regelung der Datennutzung und Datenverantwortlichkeit (Impulsprogramm 3.1 «Strategie Datenmanagement und Data-Governance»)

Der Entwicklungsschwerpunkt wurde 2021 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2025

JI 10.5a Die JI unterstützt eine medienbruchfreie Abwicklung von Strafverfahren (Justitia 4.0, Impulsprogramm 6.1 «Fachapplikation Justizvollzug»)

Das Nachfolgeprodukt für RIS1 musste Ende des Berichtsjahres abgebrochen werden, die Arbeiten für einen Plan B sind bereits aufgenommen worden. Das Nachfolgeprodukt für RIS2 wird im Projekt Helium erarbeitet, der Abschluss Initialisierungsphase erfolgte Ende des Berichtsjahres.

Verzögert 2025

JI 10.6a Die Verwendung der «einfachen Sprache» im amtlichen Verkehr mit den Bürgerinnen und Bürgern wird durch Leitfäden und Schulungen unterstützt.

Das Generalsekretariat koordiniert die direktionsweiten Bemühungen um einen Einsatz von verständlicher Sprache und setzt eigene Projekte um. Im Berichtsjahr wurde ein Sprachleitfaden erarbeitet.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
75.6	90.9	86.9	-4.0	-4.4

Bemerkungen R23 zu B23

4.0 Im Budget sind auch die Ausbildungsstellen enthalten; diese werden im Geschäftsbericht nicht ausgewiesen.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2201

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	22.7	20.4	0.0	0.0	20.4	23.7	3.4	16.5
Aufwand	-29.9	-36.8	0.0	-3.0	-39.7	-31.9	7.8	19.7
Saldo	-7.2	-16.4	0.0	-3.0	-19.4	-8.2	11.2	57.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.8	-7.4	0.0	-5.0	-12.4	-0.3	12.1	97.9
Saldo	-0.8	-7.4	0.0	-5.0	-12.4	-0.3	12.1	97.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
11.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
5.5	A4	- Minderaufwand im Informatikbereich, verzögerte Einführung DAP und Migration Datacenter JI (Kreditübertragung aus Vorjahr 1.5 Mio. Franken).
3.4	A4	- Höherer interner Verrechnungsertrag für Informatikdienstleistungen
2.0	A4	- Minderaufwand ELFA (Elektronische Fallführung Justizvollzug) infolge Stopp des Projekts (Kreditübertragung aus Vorjahr 1.2 Mio. Franken)
0.8	A1, A2, A3, A4	- Tieferer interner Verrechnungsaufwand für Raum- und Nebenkosten (Immobilienamt)
-0.2	A4	- Höherer interner Verrechnungsaufwand für kantonale Informatikdienstleistungen
-0.5	A1, A2, A3	- Mehraufwand aufgrund Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-12.4	-0.3	12.1	
- SMASH (ehem. DigServices Insassen/Projekt Mediennetz)	-3.4	0.0	3.4	
- Projekt ELFA (ehem. FAJuV)	-0.1	0.0	0.1	- Projektstopp
- IKT Digitaler Arbeitsplatz (ehem. PC-Ersatz & Enterprise Agreement 2022)		0.0		
- Digitalisierung und Realisierung Impulsprogramme (inkl. Elektra, WaMoRIS1 & DataCenter Betrieb RIS2 bis Ablösung)	-2.0	-0.1	1.9	- Verzögerte Einführung DAP und Migration Datacenter JI
- CR Business (Ersatz HR-Inkasso)	-0.3	0.0	0.3	- Realisierung verzögert infolge umfassenderen Konzepts zur Anbindung der Fachapplikation an Kantonsapplikation SAP
- GZW-Programm (Insassen-Identifikationssystem Gefängnis Zürich West)	-0.5	-0.2	0.3	
- NGV HIS (Neue Geschäftsverwaltung/Ablösung RIS2)		0.0		
- RESys (Neues Resultatermittlungssystem Wahlen & Abstimmungen)	-1.0	0.0	1.0	- Infolge Submissionsergebnis (Saas-Lösung) geringerer Investitionsbedarf (RRB Nr. 894/2023)
- Justitia 4.0 HIS		0.0		
- Übrige	-5.1	0.0	5.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-317321	92707	0	-224614	92707

Bemerkungen

Das Generalsekretariat beantragt keine Rücklagen.

2204 Staatsanwaltschaft

Im Berichtsjahr gingen insgesamt 32270 Geschäfte bei der Staatsanwaltschaft ein, was im Vergleich zu 2022 einer Zunahme von 6% entspricht. Innerhalb von nur zwei Jahren ist das Fallaufkommen somit um hohe 15,6% gestiegen und liegt deutlich über dem kantonalen Bevölkerungswachstum und auch über dem Niveau vor Ausbruch der Coronapandemie. Das Berichtsjahr stand unter anderem im Zeichen der Vorbereitung auf die per Januar 2024 angepasste Strafprozessordnung. Die von den eidgenössischen Räten beschlossenen Änderungen bei der Abwicklung von Strafverfahren erforderten die Anpassung von verschiedenen Arbeitsprozessen sowie die Schulung der Mitarbeitenden.

Weiter hat sich die Staatsanwaltschaft im Berichtsjahr mit den Missbrauchsvorwürfen in der katholischen Kirche auseinandergesetzt. Der Regierungsrat legte im Berichtsjahr fünf Schwerpunkte in der Strafverfolgung für die Jahre 2023 bis 2027 fest und setzt dort an, wo die Bevölkerung am verletzlichsten ist: bei der Bekämpfung von Pädokriminalität im Netz und von häuslicher Gewalt sowie beim Schutz von Seniorinnen und Senioren. Die weiteren Schwerpunkte bilden die digitale Beweisführung und die Verhinderung von clanartigen kriminellen Strukturen. Mit den ersten Umsetzungsarbeiten wurde im zweiten Halbjahr des Berichtsjahres gestartet.

Aufgaben

- A1 Führung von Strafverfahren gegen Erwachsene im Kanton Zürich. Als Grundlage dafür gelten die Strafgesetze des Bundes und des Kantons Zürich, die Strafprozessordnung sowie das Gesetz über die Gerichts- und Behördenorganisation im Zivil- und Strafprozess. Strafverfahren werden als Anklagen, Strafbefehle oder Einstellungen erledigt.
- A2 Die Oberstaatsanwaltschaft plant, führt und steuert die Erwachsenenstrafverfolgung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Anklagen	A1	1753	2000	1749	-251	-12.5
L2	Einstellungen der Verfahren (inkl. Sistierungen)	A1	16855	18300	18265	-35	-0.2
L3	Strafbefehle	A1	15365	15300	15902	602	3.9
L4	Total der Erledigungen (Summe L1-L3)	A1	33973	35600	35916	316	0.9
L5	Rekurs- und Beschwerdeentscheide	A1	81	75	97	22	29.3
L6	Pendenzen total (Zielwert)	A2	11311	8600	12586	3986	46.3
L7	Pendenzen älter als 1 Jahr, in % (Zielwert)	A2	17.7	11.3	17.4	6.1	
L8	Pendenzen älter als 2 Jahre, in % (Zielwert)	A2	7.4	3.3	6.9	3.6	
B1	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Regionalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	2362	2400	2435	35	1.5
B2	Bruttoaufwand pro erledigten Fall der Kantonalen Staatsanwaltschaften, in Fr.	A2	20816	21500	21457	-43	-0.2
W1	Einstellungen und Nichteintretensverfügungen ohne Sistierungen, in %	A1	40.4	40	41.2	1.2	
W2	Erstmalige Strafbefehle, in %	A1	82.0	80	82.4	2.4	
W3	Zugelassene Anklagen, in %	A1	96.8	98	96.4	-1.6	

Bemerkungen

- L1, L2, Mit der Anzahl der Erledigungen konnten die ambitionierten Budgetvorgaben leicht übertroffen und die Leistung gegenüber dem Vorjahr um rund 2000 Erledigungen, mithin um gut 5%, gesteigert werden. Mit der Zahl der erhobenen Anklagen wurde der Budgetwert zwar verfehlt, der Vorjahreswert jedoch praktisch egalisiert. Knapp erreicht wurden die Budgetvorgaben im Bereich der Einstellungen, übertroffen wurden sie bei den Strafbefehlen. Bei beiden Leistungsindikatoren ist gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Steigerung zu verzeichnen. Diese konnte dank effizienter Arbeit und zusätzlichen personellen Ressourcen erreicht werden.
- L6 Das Fallwachstum setzte sich im Berichtsjahr ungebremst fort. Im Vergleich zu 2022 stiegen die Falleingänge um 6%, innert zweier Jahre gar um hohe 15,6%. Als Folge dieser stark gestiegenen Eingangszahlen wurde trotz der deutlichen Steigerung der Erledigungen die Budgetvorgabe beim Pendenzenbestand deutlich verfehlt. Auch gegenüber dem Vorjahr ist der Pendenzenbestand entsprechend um über 10% angestiegen. Die Staatsanwaltschaft prüft deshalb, ob der Entwicklungsplan den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden sollte, um die stetig steigenden Eingangszahlen bewältigen zu können.
- L7, L8 Aufgrund der massiv steigenden Eingangszahlen im Berichtsjahr konnten die Budgetvorgaben in Bezug auf die Pendenzen älter als ein Jahr bzw. älter als zwei Jahre nicht erreicht werden. Gegenüber dem Vorjahr konnte die Altersstruktur dank der Steigerung bei den Erledigungszahlen trotz steigenden Eingangs- und Pendenzenzahlen leicht verbessert werden.
- B1, B2 Mit den Bruttoaufwänden pro erledigten Fall der Regionalen bzw. der Kantonalen Staatsanwaltschaften konnten die Budgetvorgaben eingehalten werden, wobei eine leichte Aufwandsteigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen ist.
- W3 Der Anteil zugelassener Anklagen als Indikator für die Qualität der geleisteten Arbeit entspricht praktisch dem Vorjahreswert, wobei die Budgetvorgaben knapp verpasst wurden.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1a Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraf-taten schützen.

Stand bis

Die Staatsanwaltschaften führten verschiedene Verfahren im Bereich der seniorenzentrierten Kriminalität und erwirkten verschiedene Schuldsprüche gegen die Täterschaften. Aufgrund des erkannten Handlungsbedarfs wird der Entwicklungsschwerpunkt «Schutz von Seniorinnen und Senioren» in der Legislaturperiode 2023–2027 weitergeführt. Dabei werden als weiterführende Massnahmen ein altersadäquater Umgang mit Geschädigten im Strafverfahren sowie der Bedarf an altersspezifischen Unterstützungsangeboten bei der Verarbeitung der Deliktfolgen geprüft. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde gemeinsam mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1b Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und inter-nationalen Behörden bekämpfen.

Es wurden verschiedene Handlungsempfehlungen zur verbesserten Bekämpfung der Geldwäscherei umgesetzt. Als Implementierungsmassnahme sind zum Beispiel die Unterstützung der Kontrollen durch Selbstregulierungsorganisationen sowie verstärkte Kontrollen von Bargeldtransporten an Flughäfen zu nennen. Als weitere Massnahme wurde die Weiterbildung der Strafverfolgungsbehörden im Bereich neuer Technologien (Kryptowährungen usw.) konzipiert und durchgeführt. Der neue Schwerpunkt «Digitale Beweisführung: Umgang mit digitalen Spuren und Kryptowährungen» (Legislaturperiode 2023–2027) vertieft diese Kompetenzentwicklung weiter. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde gemeinsam mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1c Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern.

Ab Januar des Berichtsjahres wurde das Fachkonzept «Aktenmanagement STA.ZH» mit einer Abteilung getestet. Die Auswertung ergab, dass die geprüfte Lösung nicht weiterverfolgt wird. Im zweiten Halbjahr wurden die definierten Anforderungen umfassend überarbeitet. Sie werden in einem nächsten Schritt mit dem vom Amt für Informatik (AFI) beschafften Input-/Outputmanagement-System abgeglichen. In diesem gemeinsam durch die Staatsanwaltschaft und die Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) verantworteten Schwerpunkt hat sich die Notwendigkeit einer noch engeren Abstimmung bei der Konzeption und Umsetzung einer medienbruchfreien Zusammenarbeit gezeigt. Ein besonderes Augenmerk ist auf neue Technologien wie Kryptowährungen sowie auf den Umgang mit diesen im Strafverfahren zu richten.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1d Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen.

In diesem zusammen mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) und Justizvollzug und Wiedereingliederung (Leistungsgruppe Nr. 2206) geführten Entwicklungsschwerpunkt wurden verschiedene Massnahmen getroffen, um bestehende Versorgungslücken im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern zu schliessen. Die positiven Erfahrungen veranlassten dazu Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote sowie Ersatzmassnahmen definitiv in das Leistungsangebot der Bewährungs- und Vollzugsdienste zu übernehmen. Als Erkenntnis aus dem Schwerpunkt, werden in Zukunft Antworten auf den Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern im Alltag der Strafverfolgungsbehörden und des Justizvollzugs gefunden werden müssen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1e Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen.

Die intensiven Arbeiten in allen Teilprojekten dieses – gemeinsam mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) umgesetzten – Schwerpunktes dauern an. Die laufende Umsetzung der Istanbul-Konvention nimmt viele Ressourcen und Zeit in Anspruch, weshalb dieser Entwicklungsschwerpunkt in der Legislaturperiode 2023–2027 weitergeführt wird.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1f Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime».

Es wurden verschiedene Verfahren im Bereich der Cyberkriminalität (Ransomware, Romance Scam, Online-Anlagebetrug usw.) geführt. Dieser Entwicklungsschwerpunkt wurde gemeinsam mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) und der Jugendstrafrechtspflege (Leistungsgruppe Nr. 2205) umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

Jl 1.1a Konsequente Verfolgung der Straftaten mit den dafür notwendigen Ressourcen gewährleisten (Umsetzung Entwicklungsplan)

Ab 2024 werden gemäss Entwicklungsplan fünf neue Stellen geschaffen, davon drei für Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie zwei Verwaltungsassistenten.

Planmässig 2026

2204 1a Verbesserung der Altersstruktur der Pendenzen (L7/L8: Pendenzen älter als 1 Jahr / 2 Jahre)

Eine Verbesserung der Altersstruktur konnte im Berichtsjahr nicht erreicht werden. Bei den über zwei- und dreijährigen Pendenzen kam es zu einer Verschlechterung der Altersstruktur, wobei jedoch wenigstens im Segment der zwei- bis dreijährigen Verfahren ein Rückgang um 13% erzielt werden konnte. Die Verschlechterung der Altersstruktur ist insbesondere auf den deutlichen Anstieg der Eingangszahlen um 6% zurückzuführen. Unter anderem dank den zusätzlich bewilligten Stellen und den hierdurch im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Verfahrensabschlusszahlen von 2,2% gelang es, den erneuten Pendenzenzuwachs auf 1275 Verfahren zu beschränken.

Planmässig 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
391.7	408.4	403.5	-4.9	-1.2

Bemerkungen R23 zu B23

-4.9 Mit RRB Nr. 603/2021 wurden in der Staatsanwaltschaft 9 neue Stellen per 1. Januar 2023 geschaffen, die im Laufe des Berichtsjahres besetzt wurden. Die Unterschreitung von -4.9 Stellen ergibt sich aus Verzögerungen bei der Stellenbesetzung.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Ertrag	38.9	30.2	0.0	0.0	30.2	29.2	-1.0
Aufwand	-117.9	-127.6	0.0	0.0	-127.6	-128.4	-0.8	-0.6
Saldo	-79.0	-97.4	0.0	0.0	-97.4	-99.2	-1.9	-1.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Einnahmen							
Ausgaben	-0.3	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.7	0.0	4.2
Saldo	-0.3	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.7	0.0	4.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.4	A1	- Höhere beschlagnahmte Vermögenseinzahlungen auf Staatskasse (TEVG). Dieser Wert schwankt jährlich stark.
1.1	A1, A2	- Minderaufwand bei ICT-Kosten
0.4	A1, A2	- Minderaufwand bei Dolmetscherauszahlungen
-0.6	A1, A2	- Höherer Abschreibungsaufwand von Auszahlungen bei amtlichen Verteidigungen
-0.7	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-1.1	A1, A2	- Mehraufwand Forderungsverluste und effektive Abschreibungskosten auf Untersuchungen
-2.4	A1	- Tieferer Ertrag bei Bussen, Geldstrafen und Verfahrensgebühren
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-1701216	0	0	-1701216	0

Bemerkungen

Die Staatsanwaltschaft beantragt keine Rücklagen.

2205 Jugendstrafrechtspflege

Im Berichtsjahr wurden die Bemühungen im Kampf gegen die Jugendgewalt weitergeführt. Die Behandlung von Gewaltdelikten blieb prioritär. Mit gezielten Interventionen versuchte die Jugendstrafrechtspflege, Negativentwicklungen zu stoppen, Jugendliche von weiterer Delinquenz abzuhalten und sie in die Gesellschaft zu integrieren.

Seit Herbst 2022 werden im Rahmen des Fokusthemas Schutzmassnahmen Weiterbildungen durchgeführt mit dem Ziel, das Wissen der Mitarbeitenden zu erweitern und dadurch das Handeln zu verbessern.

Im Rahmen von Führungstagungen haben sich die Oberjugendanwaltschaft und die Leitenden Jugendanwältinnen und -anwälte mit Themen von Untersuchung und Vollzug auseinandergesetzt. In der Folge fiel der Entscheid, dass keine Schutzmassnahmen (auch keine vorsorglich angeordnete) in

den Jugendabteilungen von Gefängnissen vollzogen werden sollen. Dies setzt voraus, dass in den Kantonen die notwendigen Institutionen geschaffen werden.

Im Berichtsjahr gab die Oberjugendanwaltschaft zusammen mit Justizvollzug und Wiedereingliederung bei der Hochschule Luzern eine Studie in Auftrag zum Angebot, aktuellen und zukünftigen Bedarf an Plätzen bei (jugend)strafrechtlich angeordneten stationären Einweisungen/Unterbringungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Studie ist Teil der langjährigen Bemühungen um tragfähige Institutionen von Oberjugendanwaltschaft und Justiz und Wiedereingliederung.

Die Digitalisierung wurde bei übergeordneten Bundes- und Kantonsprojekten vorangetrieben.

Aufgaben

- A1 Strafverfolgung bei fehlbaren Jugendlichen, einschliesslich Verfahrensabschluss durch Strafbefehl, Verfahrenseinstellung oder Anklageerhebung beim Jugendgericht sowie Rechtsmittelverfahren
- A2 Pädagogisch ausgerichteter Vollzug der durch die Jugendanwaltschaften und Jugendgerichte angeordneten jugendstrafrechtlichen Sanktionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Verurteilungen von Jugendlichen (mit Strafbefehl verurteilte Jugendliche)	A1	4593	5000	5868	868	17.4
L2	Anklagen an das Jugendgericht	A1	39	45	25	-20	-44.4
L3	Einstellungen der Verfahren (inkl. Teileinstellungen, Sistierungen und Nichtanhandnahmen)	A1	2266	2200	2132	-68	-3.1
L4	Stationäre Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich angeordneter Unterbringungen bei Privatpersonen und in Erziehungs- oder Behandlungseinrichtungen)	A2	49	65	51	-14	-21.5
L5	Ambulante Schutzmassnahmen (Vollzug jugendgerichtlich und jugendanwaltschaftlich angeordneter Aufsichten, persönlicher Betreuungen und ambulanten Behandlungen)	A2	247	270	255	-15	-5.6
L6	Vorsorgliche stationäre Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer Unterbringung während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	97	100	104	4	4.0
L7	Vorsorgliche ambulante Schutzmassnahmen (Jugendliche in einer ambulanten Schutzmassnahme während des Untersuchungsverfahrens)	A1, A2	93	110	85	-25	-22.7
L8	Zu persönlichen Leistungen verurteilte Jugendliche	A1, A2	808	900	828	-72	-8.0
L9	Angeordnete persönliche Leistungen von Jugendlichen, in Tg.	A1, A2	3208	3500	2216	-1284	-36.7
L10	Haftfälle (Untersuchungshaft und Freiheitsentzüge)	A1, A2	64	70	55	-15	-21.4
L11	Schutzaufsichten (Begleitungen/Bewährungshilfen bei bedingten Strafen)	A2	869	750	862	112	14.9
L12	Pendenzen pro Jugendanwältin/-anwalt (Zielwert)	A1	84	85	68	-17	-20.0
L13	Durchschnittliches Pendenzenalter, in Tg. (Zielwert)	A1	125	140	156	16	11.4
L14	Pendenzen > 365 Tage, in % (Zielwert)	A1	5.3	9	10	1	
L15	Belegungstage in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	28618	32000	27766	-4234	-13.2
B1	Durchschnittliche Untersuchungsdauer, in Tg.	A1		95	97	2	2.1
B2	Innert 180 Tagen abgeschlossene Untersuchungen, in %	A1	84	80	82	2	
B3	Durchschnittliche Kosten pro Belegungstag in stationären Einrichtungen (Familien, Heimen, Kliniken usw.)	A1, A2	561	580	580	0	0.0
W1	Soziale Integration von Jugendlichen (als sozial integriert aus dem jugendstrafrechtlichen Massnahmenvollzug Entlassene), in %	A2	63	65	65	0	

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2205

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W2	Rechtsmittel (von Angeschuldigten und Geschädigten eingelegte Rechtsmittel, inkl. Rechtsbehelfen), in %	A1	1.1	2	1.2	-0.8	

Bemerkungen

- L1, L2 Insgesamt wurden von den Jugendanwaltschaften und Jugendgerichten 83 (Vorjahr: 85) Schutzmassnahmen, davon 9 (10) stationäre und 74 (75) ambulante Schutzmassnahmen sowie 5524 (4401) Strafen ausgesprochen. Als Strafen wurden ausgefällt: 3582 (2515) Verweise, 828 (808) Persönliche Leistungen, 974 (955) Bussen und 138 (144) Freiheitsentzüge. In 2 (0) Fällen wurde von einer Bestrafung abgesehen. Bei 19 (22) Verurteilten ordneten die Jugendanwaltschaften und Gerichte 24 (33) Erwachsenenstrafen an.
- L4, L5 Am 31. Dezember befanden sich 31 (Vorjahr: 41) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten stationären und 170 (172) Jugendliche im Vollzug einer mit rechtskräftigem Urteil angeordneten ambulanten Schutzmassnahme.
- L11 Die vermehrte Anordnung von bedingten Strafen führte zu mehr Schutzaufsichten, da das Jugendstrafgesetz dies bei bedingten Strafen zwingend verlangt.
- L15 Da weniger Jugendliche als angenommen untergebracht werden mussten liegt die Anzahl Belegungstage tiefer als budgetiert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 1c Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern.

Stand bis

Das Projekt zur Abbildung von Prozessabläufen wurde abgeschlossen. Die Durchführung des nächsten Schrittes – die Abläufe auf Praxistauglichkeit zu prüfen und schrittweise umzusetzen – konnte nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr an die Hand genommen werden, sondern steht erst 2024 an. Dieser Entwicklungsschritt wird gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft (Leistungsgruppe Nr. 2204) und der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) umgesetzt.

RRZ 1f Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime».

Seit 2016 wird das deliktische Verhalten von Jugendlichen im Internet analysiert. Die Ergebnisse wurden mit einer Medienmitteilung veröffentlicht. Ziel ist es, Jugendliche und Eltern regelmässig für die Gefahren des Internets zu sensibilisieren. Dieser Entwicklungsschritt wird gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft (Leistungsgruppe Nr. 2204) und der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) umgesetzt.

2205 1a Anstieg der von Jugendlichen verübten Gewaltdelikte verringern

Die Jugendstrafrechtspflege behandelte die Gewaltstraftaten weiterhin mit oberster Priorität und intervenierte nach Möglichkeit sofort. Die enge Zusammenarbeit mit der Polizei, anderen Behörden und Beteiligten sowie der frühe Einbezug von Sozialarbeitenden wurde intensiviert. Die bisherigen Massnahmen zur Reduktion der von Jugendlichen verübten Gewaltdelikten werden auch in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt.

2205 1b Verkürzung der Verfahrensdauer bei jugendstrafrechtlichen Verfahren

Trotz der prioritären Behandlung der Gewaltstraftaten und einer erneuten Zunahme der Falleingänge konnte die durchschnittliche Verfahrensdauer auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden.

2205 1c Senkung der Anzahl Wiederholungstäter bei mittelschweren und schweren Delikten

Bei schweren Gewaltdelikten intervenierten die Jugendanwaltschaften wenn möglich sofort. Bei Bedarf ordneten sie vorsorgliche Schutzmassnahmen an, um weitere Straftaten zu verhindern. Die bisherigen Massnahmen werden auch in der nächsten Legislaturperiode weitergeführt.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	86.6	89.0	90.1	1.1	1.3

Bemerkungen R23 zu B23

- 1.1 Doppelbesetzung von Stellen aufgrund von länger dauernden Abwesenheiten (Mutterschaftsurlaube, Krankheitsfälle) sowie befristete Anstellungen zum Abbau von Pendenzen

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2205

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.7	1.8	0.0	0.0	1.8	1.7	-0.2	-8.9
Aufwand	-39.9	-42.9	0.0	0.0	-42.9	-40.6	2.3	5.4
Saldo	-38.1	-41.1	0.0	0.0	-41.1	-38.9	2.2	5.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.7	A2	- Geringerer Sachaufwand; Minderaufwand für Dienstleistungen Dritter insbesondere für stationäre jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen
1.2	A2	- Interne Verrechnungen: Minderaufwand für jugendstrafrechtliche Strafen und Schutzmassnahmen insbesondere für stationäre jugendstrafrechtliche Schutzmassnahmen
-0.1	A1	- Höherer Sachaufwand: Mehraufwand für amtliche Verteidigungen
-0.2	A2	- Geringerer Ertrag: weniger Beiträge an Schutzmassnahmen
-0.4	A1, A2	- Höherer Personalaufwand: Doppelbesetzung von Stellen und befristete Einsätze von zusätzlichen Mitarbeitenden
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-94531	0	0	-94531	0

Bemerkungen

Die Jugendstrafrechtspflege beantragt keine Rücklagen.

2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung

Im Berichtsjahr haben die Bewährungs- und Vollzugsdienste an den Grundlagen für ein Pilotprojekt zum Electronic Monitoring gearbeitet. Das Projekt betrifft die Kontrolle von Auflagen im Kontext von häuslicher Gewalt (dynamische elektronische Überwachung). Der Pilot startete im Herbst des Berichtsjahres. Im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft wurden aufgrund der Rechtsprechung die Öffnungszeiten der Zellen, die Besuchs- und Spazierzeiten verlängert sowie die Verfügbarkeit des Internets ausgeweitet. In der Justizvollzugsanstalt Pöschwies fand der Ersatzneubau der Sicherheitszentrale einen Abschluss und konnte erfolgreich in Betrieb genommen werden. Zudem arbeitete die

Justizvollzugsanstalt weiter an der Umsetzung des Vollzugs-konzepts Normalvollzug+, mit dem der Schutz der Mitarbeitenden markant verbessert und die Rückfallquote weiter gesenkt werden soll. Im Massnahmenzentrum Uitikon löste Carmelo Campanello Gregor Tönnissen nach dessen Pensionierung als Direktor ab. Im Gefängnis Zürich West konnte die Untersuchungshaft eröffnet werden. Auch startete im Herbst der Modellversuch Untersuchungshaft mit dem Ziel, die Untersuchungshaft noch konsequenter auf die Vermeidung von Haftschäden und den Erhalt von Ressourcen der inhaftierten Personen auszurichten.

Aufgaben

- A1 Vollzug aller durch zürcherische Gerichte und Strafbehörden ausgefallten Freiheitsstrafen und Massnahmen einschliesslich Bewährungshilfe und Weisungskontrolle
- A2 Durchführung von Untersuchungs- und Sicherheitshaft, ausländerrechtlicher Administrativhaft sowie vorläufige Festnahme
- A3 Betrieb und Planung der notwendigen Justizvollzugsinstitutionen
- A4 Betreuung, Beschäftigung und Ausbildung inhaftierter und verurteilter Personen
- A5 Durchführung, Evaluation und Weiterentwicklung von Therapie-/Behandlungsformen und Interventionsprogrammen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Aufenthaltstage in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen	A3	369591	450000	409794	-40206	-8.9
L2	Davon Aufenthaltstage Untersuchungs- und Sicherheitshaft	A2	116575	145000	129116	-15884	-11.0
L11	Aufenthaltstage von Zürcher Fällen in externen Institutionen	A1	147182	160000	130989	-29011	-18.1
L3	Auslastung aller Gefängnisse und Vollzugseinrichtungen, in %	A3	75.4	85	83.9	-1.1	
L10	Vollzugsfälle Bewährungs- und Vollzugsdienste (Bestand Jahresende)	A1	3999	4700	4259	-441	-9.4
L4	Davon Freiheitsstrafen (Bestand Jahresende)	A1	2110	2200	2117	-83	-3.8
L8	Psychiatrisch-psychologische Konsultationen und Behandlungen	A5	13268	17000	13335	-3665	-21.6
L9	Lerngruppen «Bildung im Strafvollzug» (Bestand Jahresende)	A4	27	30	25	-5	-16.7
B6	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro Aufenthaltstag in Zürcher Justizvollzugsinstitutionen, in Fr.	A3	385	320	364	44	13.8
B7	Durchschnittliche Kosten pro Aufenthaltstag in externen Institutionen (Kostgelder), in Fr.	A1	469	440	539	99	22.5
B8	Durchschnittliche Kosten pro Vollzugsfall (Bestand) der Bewährungs- und Vollzugsdienste im Jahr (exkl. Kostgelder), in Fr.	A1	4103	4000	4698	698	17.5
W1	Ausbrüche aus gesicherten Gefängnissen und Vollzugseinrichtungen	A3	1	0	3	3	
W2	Übergriffe auf Personal	A4	22	15	23	8	53.3
W3	Suizide	A4	3	0	2	2	
W4	Quote korrekt absolvierter Urlaube aus geschlossenem Regime, in %	A4	99.1	95	98.2	3.2	
W5	Bedingte Entlassungen aus dem Strafvollzug	A1	262	350	259	-91	-26.0
W6	Erfolgreiche Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit, in %	A1	81.1	80	75.1	-4.9	

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der Aufenthaltstage in den Untersuchungsgefängnissen ist im Vergleich zum Vorjahr angestiegen. Die budgetierten Aufenthaltstage wurden nicht erreicht. Die Aufenthaltstage in den Untersuchungsgefängnissen hängen von exogenen Faktoren wie der Anzahl Verhaftungen durch die Polizei und der Anordnungen der Staatsanwaltschaft ab.
- L11 Die Aufenthaltstage sind unter Budget infolge Kapazitätsengpässen in Sicherheitsabteilungen bei psychiatrischen Kliniken. Inhaftierte Personen warten in den Institutionen des Justizvollzugs auf adäquate Plätze.
- L10 Die Bestände der Vollzugsfälle hat im Vergleich zum Vorjahr zugenommen, liegen jedoch Ende Jahr weiterhin unter dem erwarteten Budgetwert. Bei der Budgetierung wurde eine höhere Zahl an Fallzuweisungen durch die Gerichte angenommen.
- L8 Die psychiatrisch-psychologischen Konsultationen und Behandlungen bewegen sich auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr, was sich jedoch angesichts der gestiegenen Auslastung der Institutionen und der hohen psychischen Belastung als unzureichend erweist. Justizvollzug und Wiedereingliederung ist deshalb daran, die psychiatrische Grundversorgung in seinen Institutionen zu stärken.
- L9 Infolge Kündigungen von Lehrpersonen in der Justizvollzugsanstalt Pöschwies konnten vorübergehend zwei Lerngruppen nicht angeboten werden. Inzwischen sind diese Stellen wieder besetzt und die Lerngruppen werden wieder durchgeführt.
- B6 Infolge der Zunahme der Auslastung in den Institutionen hat der durchschnittliche Nettoaufwand pro Aufenthaltstag wieder etwas abgenommen, ist durch die Erhöhung des Personalschlüssels aber über dem budgetierten Wert.
- B7 Infolge tieferer Anzahl Aufenthaltstage in externen Institutionen sind die durchschnittlichen Kosten höher. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Aufenthaltstage von Personen mit erhöhtem Betreuungsbedarf (Massnahmenvollzug) sich auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr bewegen, während die Vollzugstage von Personen mit wenig Betreuungsaufwand abgenommen haben.
- B8 Die durchschnittlichen Kosten pro Vollzugsfall der Bewährungs- und Vollzugsdienste nahmen vor allem aufgrund gesunkener Erträge aus Bussen infolge einer Änderung im Inkassoverfahren zu.
- W1 Im Juli brachen drei Personen aus dem Massnahmenzentrum Uitikon aus. Zwei Personen wurden nach kurzer Zeit gefasst. Eine Person befindet sich noch auf der Flucht.
- W2 Die Übergriffe auf das Personal liegen über dem Budget, sind im Vergleich zum Vorjahr aber ungefähr gleich hoch.
- W3 Im Berichtsjahr gab es zwei Suizide in den Institutionen, eine 76-jährige Frau im Gefängnis Dielsdorf und ein 45-jähriger Mann im Gefängnis Pfäffikon.
- W5 Die Anzahl bedingter Entlassungen ist tiefer als budgetiert, bewegt sich aber im Bereich der Vorjahre.
- W6 Die Quote der erfolgreichen Abschlüsse Gemeinnützige Arbeit ist tiefer als budgetiert, bewegt sich aber im Bereich der Vorjahre.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1d Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen.

In diesem zusammen mit der Kantonspolizei (Leistungsgruppe Nr. 3100) und der Staatsanwaltschaft (Leistungsgruppe Nr. 2204) geführten Entwicklungsschwerpunkt wurden verschiedene Massnahmen getroffen, um bestehende Versorgungslücken im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern zu schliessen. Die positiven Erfahrungen veranlassten dazu, Tätigkeits-, Kontakt- und Rayonverbote sowie Ersatzmassnahmen definitiv in das Leistungsangebot der Bewährungs- und Vollzugsdienste zu übernehmen. Als Erkenntnis aus dem Schwerpunkt werden in Zukunft Antworten auf den Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern im Alltag der Strafverfolgungsbehörden und des Justizvollzugs gefunden werden müssen.

Abgeschlossen 2023

Jl 1.3a Weiterentwicklung Forensik, Risikomanagement

Im Vorjahr wurden Trainingsmodule entwickelt, welche die sozialen Fertigkeiten der Klientinnen und Klienten fördern. Im Berichtsjahr wurden Schulungen für die Fachpersonen der Bewährungshilfe für einen bedarfsorientierten Einsatz dieser Module durchgeführt.

Abgeschlossen 2023

Jl 1.4a Inhaltliche Weiterentwicklung der Untersuchungshaft: Betrachtungsweise als Gesamtprozess (insbesondere durchgehende Betreuung), Ausbau Gruppenvollzug, Einführung Zweiphasenmodell / Modellversuch Untersuchungshaft

Mittlerweile sind in sämtlichen Untersuchungsgefängnissen die Inhaftierten während mindestens acht Stunden ausserhalb der Zellen und können von verschiedenen Angeboten wie Schule, Arbeit, Bibliothek, Fitness oder Kursen Gebrauch machen. So wird bereits in der Untersuchungshaft der Grundstein für eine erfolgreiche Wiedereingliederung gelegt. Der vom Regierungsrat bewilligte Modellversuch (2023–2027) ist angelaufen (RRB Nr. 1477/2021). In diesem Rahmen wurden bereits ein standardisierter Eintrittsprozess und interdisziplinäre runde Tische eingeführt. Weitere vorgesehene Interventionen, wie beispielsweise ein Trainings- und Weiterbildungsangebot für Mitarbeitende wurden vorbereitet.

Abgeschlossen 2023

JI 1.7a Gleichstellung weiblicher Inhaftierter im Hinblick auf die Haft- und Vollzugsangebote, offene Kurzvollzugsplätze für Frauen im Kanton Zürich bereitstellen

Das Angebot offener Vollzugsplätze für Frauen aus dem Kanton in der konkordatlichen Strafanstalt Gmünden wurde etabliert. Innerhalb des Kantonsgebiets steht in der Halbgefangenschaft Winterthur eine kleine Anzahl offener Frauenvollzugsplätze zur Verfügung. Die Anzahl der Vollzüge von Frauen ist nach wie vor tief. Um die notwendige Flexibilität für einen qualitativ hochstehenden und bedarfsgerechten Sanktionenvollzug sicherzustellen, hat sich in der Deutschschweiz ein Frauenverbundsystem entwickelt. Abgeschlossen 2023

2206 1b Strategie Untersuchungshaft im Kanton Zürich: Bau und Inbetriebnahme GZW (Gefängnis Zürich West; 2022), Neubau GFW (Gefängnis Winterthur; 2023), Entscheid zu Weiterentwicklung und allfälliger Sanierung (Neubau) GFZ (Gefängnis Zürich; 2024) im Bezirksgebäude

Das Gefängnis Horgen hat sich als Ausgleichsgefängnis etabliert und hilft mit, die Unterbringung der Inhaftierten während der zahlreichen Sanierungs- und Bauarbeiten in den Untersuchungsgefängnissen zu gewährleisten. Das Gefängnis Pfäffikon musste wegen der anstehenden Renovationsarbeiten für rund zwei Jahre den Betrieb einstellen. Der Neubau des Gefängnisses Winterthur eröffnet planmässig im Frühjahr 2024. Für den geplanten Neubau des Gefängnisses Zürich wurde im Berichtsjahr ein offener Architekturwettbewerb abgeschlossen. Mithilfe der zusätzlichen vom Regierungsrat bewilligten Personalressourcen konnten im Oktober die ersten Abteilungen für Untersuchungshaft im Gefängnis Zürich West eröffnen (RRB Nr. 420/2023). Der Weg zu einer zeitgemässen Untersuchungshaft wird konsequent weiterverfolgt. Planmässig 2024

2206 1c Bauliche Konzipierung und Schaffung eines Zentrums für ausländerrechtliche Administrativhaft im heutigen Flughafengefängnis

Die ausschliessliche Nutzung des ehemaligen Flughafengefängnisses für den Vollzug der ausländerrechtlichen Administrativhaft wurde planmässig bereits am 1. April 2022 mit der Schliessung der Abteilung Strafvollzug umgesetzt. Entsprechend erfolgte die Umbenennung in «Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft» (ZAA). Schweizweit bestehen bereits mit mehr als der Hälfte aller Kantone Leistungsvereinbarungen betreffend Übernahme und Vollzug der Administrativhaft. Das 2022 lancierte Umbauprojekt verzeichnet Fortschritte. Planmässig 2026

2206 1d Konzipierung und Planung der JVA Pöschwies Plus (Ersatz für Strafvollzugsplätze im Gefängnis Horgen und Affoltern sowie Flughafengefängnis); weitere Differenzierung des Angebots: Verwahrung (Abteilung für Langstrafenvollzug), älter werdende Gefangenenpopulation; Pflegefälle usw.

Mit der Umsetzung der ersten strukturellen Schritte im Projekt Normalvollzug+ und dem baulichen Vorprojekt in diesem Bereich konnte zusammen mit dem Hochbauamt und dem Immobilienamt die Grundlage für die ersten Anpassungen gelegt werden. Für das Projekt JVA+ konnte der Studienauftrag nach Fertigstellung der Machbarkeitsstudie vorbereitet werden, der Anfang 2024 publiziert werden soll. Die Präqualifikationsphase bis zur Jurierung soll Ende 2024 abgeschlossen sein. Abgeschlossen 2023

2206 1h Einführung Fachapplikation Justizvollzug (Ablösung RIS)

Als Folge des Verkaufs des Fachbereichs Justiz der Abraxas AG musste das Vorhaben ELFA abgebrochen werden. Ein Plan B wird seit Mitte des Berichtsjahrs vorbereitet. Sistiert 2023

2206 1i Vollständige Übernahme Haftform vorläufige Festnahme von der Kantonspolizei.

Der Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2022 abgeschlossen. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1034.3	1148.8	1119.1	-29.7	-2.6

Bemerkungen R23 zu B23

- 34.8 Vakante Stellen konnten nicht zeitnah besetzt werden.
- 9.9 Ausbildungsstellen wurden budgetiert, sind im Ist-Beschäftigungsumfang nicht enthalten.
- 15.0 Aufgrund der hohen Anzahl Ein- und Austritte eingewiesener Personen, verlängerter Haftraumöffnungszeiten sowie erhöhten Betreuungsbedarfs (aufgrund physischer und psychischer Auffälligkeiten – im Bereich Sozialdienst, Gesundheitsdienst, aber auch Betreuung und Arbeit) wurden im Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA) und im Gefängnis Affoltern befristete Stellen geschaffen.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2206

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	85.8	103.5	0.0	0.0	103.5	91.5	-12.0	-11.6
Aufwand	-316.5	-341.1	0.0	0.0	-341.1	-335.5	5.6	1.6
Saldo	-230.7	-237.6	0.0	0.0	-237.6	-243.9	-6.4	-2.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Ausgaben	-0.3	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-0.6	0.4	43.1
Saldo	-0.3	-1.0	0.0	0.0	-1.0	-0.6	0.4	43.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
8.2	A3	- Minderaufwand interne Verrechnung IKT (Verzögerung Einführung digitaler Arbeitsplatz)
0.9	A2	- Minderaufwand Abschreibungen da Erstausrüstung Mobilien des Polizei- und Justizzentrums erst 2024 dem Gefängnis Zürich West (GZW) übertragen werden (RRB Nr. 819/2021).
0.8	A3	- Minderaufwand Lebensmittelbezug im Gefängnis Zürich West (GZW) infolge verspäteter Inbetriebnahme Untersuchungshaft
-1.2	A3	- Mehraufwand Personal aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-1.9	A1	- Minderertrag aus Bussen infolge einer Änderung im Inkassoverfahren
-2.8	A3	- Mehraufwand interne Verrechnung Nebenkosten und Miete mit Immobilienamt (IMA)
-3.9	A1	- Minderertrag Kostgelder (interne Verrechnung) aufgrund tieferer Anzahl Einweisungen durch die Jugendanwaltschaft ins Massnahmenzentrum Uitikon (MZU) und durch das Migrationsamt in das Zentrum für ausländerrechtliche Administrativhaft (ZAA)
-6.8	A1	- Tieferer Kostgeldertrag aufgrund tieferer Anzahl Einweisungen, insbesondere weniger ausserkantonale Einweisungen in das Massnahmenzentrum Uitikon und in die Justizvollzugsanstalt Pöschwies
0.3		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-729532	321787	0	-407745	321787

Bemerkungen

Im Berichtsjahr wurden Fr. 321 787 über Rücklagen finanziert. Dabei handelt es sich um Personalaufwand für befristete Stellen. Justizvollzug und Wiedereingliederung beantragt keine Rücklagen.

2207 Gemeindeamt

Die Abteilung Gemeinderecht hat im Berichtsjahr eine Änderung des Gemeindegesetzes entworfen, die virtuelle Sitzungen von Gemeindebehörden erlauben soll. Die Vernehmlassung ist Ende Jahr gestartet. Zudem hat die Abteilung damit begonnen, eine umfassende Übersicht über die vertragliche Zusammenarbeit unter Gemeinden zu erstellen. Weiter hat sie die Schaffung einer Einheitsgemeinde, die Auflösung von zwei Zweckverbänden und fünf Ausgliederungen begleitet. Die Abteilung Gemeindefinanzen hat den Finanzausgleich mit einem Ausgleichsvolumen von 1,44 Mrd. Franken vollzogen. Sie hat die Jahresrechnungen von 90 gemeinderechtlichen Organisationen vertieft geprüft. Die Abteilung Zivilstandswesen inspizierte 14 Zivilstandsämter. Dabei prüfte sie, ob die

Ämter rechtskonform geführt werden und ob die amtlichen Traulokale hindernisfrei zugänglich sind. Die Abteilung Einbürgerungen führte die Fachapplikation zur elektronischen Abwicklung der Einbürgerungsgesuche ein. Zudem trat Mitte Jahr das neue Kantonale Bürgerrechtsgesetz in Kraft, das für Kanton und Gemeinden Anpassungen im Verfahren mit sich brachte. Die Abteilung unterstützte die Gemeinden dabei mit Schulungen und Beratung. Die Abteilung Einwohnerwesen hat eine Vorlage zur Änderung des Gesetzes über das Meldewesen und die Einwohnerregister fertiggestellt und in die Vernehmlassung gegeben. Ausserdem sind die Arbeiten zur Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform termingerecht gestartet.

Aufgaben

- A1 Aufsicht über die rechtskonforme Organisation, Haushaltführung und Rechnungslegung der Gemeinden und gemeinderechtlichen Organisationen
- A2 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs (vgl. Leistungsgruppe Nr. 2216, Kantonaler Finanzausgleich)
- A3 Aufsicht über das Meldewesen und die Einwohnerregister der Gemeinden
- A4 Aufsicht über das Zivilstandswesen der Gemeinden, Erfüllung der kantonalen Zivilstandsaufgaben und Bearbeitung der Namensänderungsgesuche
- A5 Aufsicht über das Bürgerrechtswesen der Gemeinden und Vollzug der kantonalen Einbürgerungen
- A6 Aufsicht über den Kindes- und Erwachsenenschutz

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Behördenschulungstage (Zielwert)	A1	58	31	29	-2	-6.5
L2	Berichtigungen/Löschungen im informatisierten Standesregister	A4	1 879	2 600	2 183	-417	-16.0
L3	Erledigte Namensänderungen	A4	1 102	1 300	1 171	-129	-9.9
L4	Erledigte ordentliche Einbürgerungen	A5	6 389	5 500	5 652	152	2.8
L5	Erledigte erleichterte Einbürgerungen	A5	1 372	1 400	1 353	-47	-3.4
B1	Durchschnittliche Anzahl Arbeitsstunden je ordentliche Einbürgerung	A5	2.3	2.5	2.7	0.2	8.0
W1	Zufriedenheit Kursteilnehmender mindestens «gut», in %	A1	95.55	90	98.1	8.1	
W2	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei ordentlichen Einbürgerungen, in Mt.	A5	18.4	20.6	19.2	-1.4	-6.8
W3	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei erleichterten Einbürgerungen, in Mt.	A5	6.6	5.9	6.2	0.3	5.1
W4	Durchschnittliche Verfahrensdauer bei Namensänderungen, in Mt.	A4	2.5	2	2.5	0.5	25.0
W5	Beantwortung telefonischer juristischer Anfragen innert 24 Stunden, in %	A1	92	90	98	8	

Bemerkungen

- L1 Das Gemeindeamt bietet Schulungsveranstaltungen für Mitglieder von Gemeinde- sowie von Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden an. Im Berichtsjahr gab es zwei neue Kurse zur Einbürgerungspraxis. Die Nachfrage war gesamthaft rückläufig. Im Vorjahr war die Nachfrage besonders gross, weil in den Gemeinden Wahlen stattgefunden haben und die neuen Behördenmitglieder vermehrten Schulungsbedarf hatten. Es ist üblich, dass die Nachfrage in den folgenden drei Jahren wieder sinkt.
- L2 Mit Berichtigungen und Löschungen korrigiert die kantonale Aufsichtsbehörde im Zivilstandswesen fehlerhafte Einträge der kommunalen Zivilstandsämter.
- L3 Wer seinen Vor- oder Nachnamen ändern will, muss dafür achtenswerte Gründe nennen. Die Nachfrage nach Namensänderungen ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen.
- L4 Die Anzahl der erledigten ordentlichen Einbürgerungen ist leicht höher als geplant.
- L5 Das erleichterte Einbürgerungsverfahren wird vom Bund geleitet. Der Bund überwies im Berichtsjahr im Vergleich zum Vorjahr etwas weniger Gesuche.

- B1 Die durchschnittliche Bearbeitungszeit zur Erledigung eines Gesuchs um ordentliche Einbürgerung ist höher als im Vorjahr und auch leicht höher als budgetiert. Das hängt mit der Einführung der elektronischen Sachbearbeitung und der damit verbundenen notwendigen Anpassung der Prozesse zusammen. Dies führte insgesamt zu einem Mehraufwand, was zu einer durchschnittlich höheren Bearbeitungszeit pro Gesuch führte.
- W1 Die Teilnehmenden, welche die Veranstaltungen evaluierten, geben beim Gesamturteil zu rund 41% «sehr zufrieden» und zu rund 57% «zufrieden» an.
- W2 Trotz Einführung der digitalen Sachbearbeitung und dem damit verbundenen initialen Mehraufwand fiel die durchschnittliche Bearbeitungszeit nur leicht höher aus als im Vorjahr und dank einem umsichtigen Ressourceneinsatz deutlich tiefer als budgetiert.
- W3 Trotz Einführung der digitalen Sachbearbeitung und dem damit verbundenen initialen Mehraufwand fiel die durchschnittliche Bearbeitungszeit sogar tiefer aus als im Vorjahr und nur leicht höher als budgetiert.
- W4 Die durchschnittliche Verfahrensdauer hat sich auf 2,5 Monate erhöht. Diese Erhöhung ist zur Hauptsache auf den Abschluss von mehreren langjährigen Verfahren mit Verhandlungen im Ausland zurückzuführen. Der Medianwert der Verfahrensdauer aller abgeschlossenen Verfahren beträgt 1,6 Monate.
- W5 Das Gemeindeamt beantwortet in all seinen Tätigkeitsbereichen telefonische Anfragen von Gemeindebehörden, Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden, Verwaltungsfachleuten und Privatpersonen. Der Indikator bezieht sich ausschliesslich auf juristische Anfragen an die Abteilung Gemeinderecht. Sie betreffen insbesondere Fragen zu Wahlen und Abstimmungen, Zuständigkeitsordnungen, Ausgabenbewilligungen, zum Organisationsrecht, zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 10h Neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Kanton und Gemeinden prüfen.</p> <p>Von 2018 bis 2022 wurden im Rahmen der Plattform «Gemeinden 2030» in vier Arbeitsgruppen Lösungen zu den Themen Miliztätigkeit, Zusammenarbeit zwischen Gemeinden und Kanton, digitale Transformation und interkommunale Zusammenarbeit entwickelt. Die Arbeiten wurden in allen vier Themenfeldern abgeschlossen: Zur Förderung der Miliztätigkeit wurde eine Kampagne durchgeführt, der Entwurf für eine Revision des Einführungsgesetzes zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht wird voraussichtlich im ersten Quartal 2024 in die Vernehmlassung gegeben, die Vernehmlassung zur Anpassung des Gemeindegesetzes für digitale Behördensitzungen begann im Dezember des Berichtsjahres und eine Behördeninitiative zur Neugliederung des Kantons wird von der Kommission für Staat und Gemeinden des Kantonsrates beraten. Der Entwicklungsschwerpunkt wurde in Zusammenarbeit mit dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern (Leistungsgruppe Nr. 2201) umgesetzt.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>Jl 5.1a Erlass eines neuen Bürgerrechtsgesetzes</p> <p>Das Gesetz ist am 1. Juli 2023 in Kraft getreten.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>Jl 5.1b Einführung des elektronischen Einbürgerungsverfahrens</p> <p>Die Fachapplikation zur digitalen Gesuchseinreichung und -bearbeitung ist seit 1. Januar des Berichtsjahres in Betrieb. Alle seither eingereichten Gesuche bearbeiten Kanton und Gemeinden elektronisch.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>Jl 10.1b Finanzausgleich auf seine Wirksamkeit überprüfen und allfällige Anpassungen vorschlagen</p> <p>Die Berichterstattung des Regierungsrates zur Wirksamkeit des Finanzausgleichs erfolgte erstmals im Rahmen des Gemeinde- und Wirksamkeitsberichts 2017. Im Zentrum stand dabei die Frage, ob der Finanzausgleich seine gewünschte Wirkung erzielte. Der nächste Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht wird 2025 publiziert, die Vorbereitungsarbeiten starteten im Berichtsjahr.</p>	Planmässig	2025
<p>2207 10a Bereitstellung eines Behördenschulungsangebots, das die ganze Breite der Gemeindeaufgaben abdeckt, dies in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Fachdirektionen</p> <p>Das Gemeindeamt hat im Berichtsjahr ein breites Schulungsangebot bereitgestellt. Dieses wird auch weiterhin mit aktuellen Themen ergänzt und ausgebaut.</p>	Abgeschlossen	2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	57.3	59.4	59.3	-0.1	-0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.0	4.4	0.0	0.0	4.4	4.3	-0.1	-1.4
Aufwand	-13.1	-15.3	0.0	-0.1	-15.4	-14.5	0.9	5.7
Saldo	-8.1	-10.9	0.0	-0.1	-11.0	-10.2	0.8	7.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.6	-1.7	0.0	0.0	-1.7	-1.0	0.7	41.9
Saldo	-1.6	-1.7	0.0	0.0	-1.7	-1.0	0.7	41.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.8	A3	- Tieferer Aufwand der Informatikkosten für Betrieb, Unterhalt und Lizenzen der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP)
0.3	Jl 5.1b	- Tieferer Aufwand für Abschreibungen der Applikation eEinbürgerungZH aufgrund tieferer Investitionsausgaben
0.1	A5	- Tieferer Aufwand der Gemeindeanteile am Ertrag für erleichterten Einbürgerungen
0.1	A5	- Tieferer Aufwand für die Weiterentwicklung des Grundkenntnistests und des kantonalen Deutschtests im Einbürgerungsverfahren
0.1	A1	- Höhere Aufwendungen für das Gemeindeforum sowie Vorarbeiten für den Gemeinde- und Wirksamkeitsbericht 2025
-0.1	A3	- Tieferer Ertrag aus Gebühren für die Nutzung der Applikation eUmszugCH sowie für die Nutzung der Applikation eDrittmeldung
-0.5	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Höhere Aufwendungen aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022, befristeter Stellen, Doppelbesetzungen bei Pensionierungen sowie Weiterbildungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.7	-1.0	0.7	
- Investitionsausgaben für das Projekt Pflege- und Supportvertrag sowie Weiterentwicklung der kantonalen Einwohnerdatenplattform (KEP; RRB Nr. 789/2022)	-1.0	-1.0	0.0	
- Investitionsausgaben für das Projekt eEinbürgerungZH: durchgängige Digitalisierung des Einbürgerungsverfahrens (RRB Nr. 888/2019), geplante Inbetriebnahme ab 1. Januar 2022	-0.2	0.0	0.2	- Für das Projekt eEinbürgerungZH sind nur noch geringfügige Investitionsausgaben angefallen.
- Investitionsausgaben für Anpassungen der Applikation eEinbürgerungZH an das Kantonale Bürgerrechtsgesetz	-0.5	0.0	0.5	- Die Kosten für Anpassungen der Applikation eEinbürgerungZH an das neue kantonale Bürgerrechtsgesetz wurden als nicht aktivierbar beurteilt und der Erfolgsrechnung belastet.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

2216 Kantonaler Finanzausgleich

Der Ressourcenausgleich ist das wichtigste Instrument des kantonalen Finanzausgleichs. Im Berichtsjahr wurden bei finanzstarken Gemeinden 928 Mio. Franken abgeschöpft und 897 Mio. Franken an finanzschwache Gemeinden ausbezahlt.

Zur Abgeltung der Zentrumslasten erhielt die Stadt Zürich 410,6 Mio. Franken und die Stadt Winterthur 85,7 Mio. Franken.

Aufgaben

A1 Vollzug des kantonalen Finanzausgleichs mit den folgenden fünf Instrumenten: 1) Der Ressourcenausgleich vermindert die Steuerkraftunterschiede, die eine unterschiedliche Steuerbelastung in den Gemeinden hervorruft. Er stärkt finanzschwache Gemeinden mit Zuschüssen. Die finanzstarken Gemeinden werden durch Abschöpfungen an seiner Finanzierung beteiligt. 2) Der demografische Sonderlastenausgleich unterstützt Gemeinden mit ausserordentlichen Aufwendungen als Folge eines besonders hohen Bevölkerungsanteils an Personen unter 20 Jahren. 3) Der geografisch-topografische Sonderlastenausgleich gleicht besondere Lasten dünner Besiedlung und unwegsamer Topografie aus. 4) Der individuelle Sonderlastenausgleich trägt übermässige Lasten einzelner Gemeinden, die sich mit den generellen Instrumenten nicht fassen lassen. 5) Der Zentrumslastenausgleich leistet den Städten Zürich und Winterthur einen Beitrag an die finanziellen Folgen ihrer zentralörtlichen Leistungen und Lasten.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W1	Ressourcendisparität vor Finanzausgleich, in Fr.		12906	13607	13607	0	0.0
W2	Ressourcendisparität nach Finanzausgleich, in Fr.		3756	3972	3972	0	0.0
W3	Ressourcenbedingte Steuerfussdisparität, in %		42	41	41	0	
W4	Ausgleichsvolumen, in Mio. Franken		1325	1423	1419	-4	-0.3

Bemerkungen

- W1 Die Ressourcendisparität drückt den Unterschied der Steuerkraft pro Kopf zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde aus. Ohne Finanzausgleich betrug dieser im Berichtsjahr Fr. 13 607. Das ist etwas mehr als im Vorjahr. Die Disparität wurde grösser, weil die Steuerkraft in der ressourcenstärksten Gemeinde stärker zugenommen hat als in der ressourcenschwächsten Gemeinde.
- W2 Der Finanzausgleich soll die Ressourcendisparität verringern. Die Abnahme der Disparität von Fr. 13 607 vor Finanzausgleich auf Fr. 3972 pro Kopf nach Finanzausgleich zeigt die Wirkung des Finanzausgleichs. Auch die Ressourcen-disparität nach Finanzausgleich hat gegenüber dem Vorjahr zugenommen, weil die Steuerkraft in der ressourcenstärksten Gemeinde stärker zugenommen hat als in der ressourcenschwächsten Gemeinde.
- W3 Gemeinden mit einer hohen Steuerkraft brauchen einen tieferen Steuerfuss als eine Gemeinde mit einer geringeren Steuerkraft, um den gleichen Aufwand zu decken. Um diese Gegenüberstellung unabhängig von den tatsächlichen Aufwänden einer Gemeinde zu berechnen, wird für diesen Indikator in allen Gemeinden von einem einheitlichen Nettoaufwand pro Kopf ausgegangen. Der Wert der ressourcenbedingten Steuerfussdisparität zeigt, wie viele zusätzliche Steuerprozent die ressourcenschwächste Gemeinde gegenüber der ressourcenstärksten Gemeinde nach dem Finanzausgleich erheben muss, damit der jeweils gleiche Aufwand gedeckt werden kann. Dieser Wert ist mit 41 gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert geblieben.
- W4 Das Volumen zeigt den Bruttoaufwand des Finanzausgleichs. Der Bruttoaufwand hat sich gegenüber dem Vorjahr vergrössert, unter anderem wegen des grösseren Unterschieds zwischen der ressourcenstärksten und der ressourcenschwächsten Gemeinde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	892.6	941.0	0.0	0.0	941.0	941.0	-0.0	-0.0
- Ressourcenabschöpfung	880.3	928.4	0.0	0.0	928.4	928.4	-0.0	-0.0
- Beitrag aus Strassenfonds	12.4	12.6	0.0	0.0	12.6	12.6	0.0	0.0
Aufwand	-1331.5	-1446.8	0.0	0.0	-1446.8	-1442.5	4.3	0.3
- Ressourcenzuschuss	-795.2	-896.8	0.0	0.0	-896.8	-896.8	-0.0	-0.0
- Zentrumslastenausgleich	-489.1	-496.3	0.0	0.0	-496.3	-496.3	0.0	0.0
- Geografisch-topografischer Sonderlastenausgleich	-20.4	-20.5	0.0	0.0	-20.5	-20.5	0.0	0.0
- Demografischer Sonderlastenausgleich	-5.2	-4.7	0.0	0.0	-4.7	-4.7	0.0	0.0
- Individueller Sonderlastenausgleich	-0.7	-5.0	0.0	0.0	-5.0	-1.1	4.0	78.5
- Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilung	-0.9	-3.6	0.0	0.0	-3.6	-3.3	0.4	10.1
- Zusatzunterstützung Gemeinden infolge STAF	-20.0	-20.0	0.0	0.0	-20.0	-20.0	0.0	0.0
Saldo	-438.9	-505.9	0.0	0.0	-505.9	-501.5	4.3	0.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
4.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.0	A1	- Tieferer individueller Sonderlastenausgleich
0.4	A1	- Tiefere Beiträge an Veränderungen der Gemeindeeinteilungen (Fusionsbeiträge)
-0.1		- Übrige Abweichungen

2217 Abwicklung Investitionsfonds

Seit das Finanzausgleichsgesetz 2012 in Kraft getreten ist, wurden keine Investitionsbeiträge mehr bewilligt. Seit 2017 werden auch keine Beiträge mehr ausbezahlt. Der Aufwand beschränkt sich deshalb auf die Verzinsung und Abschreibung des Fonds.

Aufgaben

- A1 Ziel des Investitionsfonds war die Verminderung von Investitionslasten der Gemeinden durch Beiträge des Kantons. Nach dem 31. Dezember 2013 waren keine neuen Beträge zugesichert worden.
- A2 Die Leistungsgruppe «Abwicklung Investitionsfonds» dient dem Abschreiben und Verzinsen der bilanzierten Investitionsbeiträge, die bis 2017 ausbezahlt wurden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-0.8	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.6	0.0	0.3
- Abschreibungen	-0.8	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.5	0.0	0.3
Saldo	-0.8	-0.6	0.0	0.0	-0.6	-0.6	0.0	0.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

2221 Handelsregisteramt

Die Anzahl der eingetragenen aktiven Gesellschaften stieg gegenüber dem Vorjahr um 4125 (3,3%) auf 128 635. Dieser Zuwachs liegt über dem schweizweiten Durchschnitt (2,9%). Damit haben weiterhin über 17% aller Unternehmen in der Schweiz ihren Sitz im Kanton Zürich. Die Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) war einmal mehr die bevorzugte Rechtsform. Nach einer Zunahme von 2062 (4,6%) sind im Berichtsjahr nun 46 802 aktive GmbH eingetragen. Die Zahl der Einzelunternehmen stieg um 1356 (4,3%) auf 32 851, jene der Aktiengesellschaften um 505 (1,4%) auf 36 924. Diese drei Rechtsformen machen über 90% aller eingetragenen, aktiven Unternehmen aus. Der Bestand der Stiftungen (-23), Kommanditgesellschaften (-15), ausländischen Zweigniederlassungen (-7) und Genossenschaften (-4) verringerte sich.

Das neue Aktienrecht trat am 1. Januar des Berichtsjahres in Kraft. Es hat unter anderem das Unterzeichnen der Handelsregisteranmeldung vereinfacht, indem es den Kreis der Anmeldeberechtigten erweiterte. Neu ist beispielsweise, dass die Generalversammlung unter bestimmten Bedingungen auch virtuell, im Ausland oder auf schriftlichem Weg durchgeführt werden kann. Zudem wurden die Möglichkeiten in Bezug auf das Kapital deutlich ausgedehnt. Seit Januar des Berichtsjahres ist das Kapital auch in Fremdwährung möglich und der Nennwert der Aktie muss nur noch grösser als null betragen.

Aufgaben

- A1 Das Handelsregister dient der Konstituierung und der Identifikation von Rechtseinheiten. Es bezweckt die Erfassung und Offenlegung rechtlich relevanter Tatsachen über Rechtseinheiten und dient der Rechtssicherheit sowie dem Schutz Dritter im Rahmen zwingender Vorschriften des Zivilrechts.
- A2 Führen eines aktuellen und wahren Registers

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Zu bewirtschaftende Gesellschaften	A1	393682	399000	404505	5505	1.4
L2	Rechtsauskünfte	A1	22729	25000	22758	-2242	-9.0
L3	Eintragungen ins Tagesregister	A1	51542	50000	53502	3502	7.0
L4	Registerauskünfte	A1	48107	50000	45062	-4938	-9.9
L5	Kontinuierliche Überprüfung der eingetragenen Tatsachen, in % (Zielwert)	A1	100	80	100	20	
B1	Kostendeckung Leistungsgruppe Handelsregisteramt, in %	A1	100	93	101	8	
W2	Periodische Kundenumfrage bezüglich Zufriedenheit	A1					
W3	Revisionsbericht EHRA	A1					
W4	Kundenumfrage: Beratungsqualität	A1					

Bemerkungen

- L1 Die Anzahl der zu bewirtschaftenden Gesellschaften nimmt kontinuierlich zu.
- L2 Im Berichtsjahr wurden weniger kostenlose Fachauskünfte erteilt sowie weniger Anmeldungen erstellt (verbesserte Navigation auf der Webseite).
- L3 Die Anzahl Eintragungen ins Tagesregister liegt über den Erwartungen.
- L4 Aufgrund einer Praxisänderung fallen interne Statutenbeglaubigungen weg.

Entwicklungsschwerpunkte

J1 10.5c Vereinfachung des elektronischen Behördenverkehrs

Das Handelsregisteramt hat die Navigation auf der Webseite weiter verbessert und die Rund-um-die-Uhr-Bestellmöglichkeit für Produkte wie Handelsregisterbelege vereinfacht.

Stand bis

Planmässig 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	60.3	61.8	59.0	-2.8	-4.5

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Verzögerte Stellenbesetzungen führen zu einem tieferen Beschäftigungsumfang.

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2221

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10.4	10.9	0.0	0.0	10.9	10.5	-0.4	-3.3
Aufwand	-10.4	-11.6	0.0	0.0	-11.6	-10.4	1.2	10.2
Saldo	-0.0	-0.8	0.0	0.0	-0.8	0.1	0.8	108.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.6	A1	- Tieferer Sachaufwand (insbesondere Dienstleistungen Dritter, Softwareunterhalt und Unterhalt Hochbauten)
0.3	A1	- Tieferer Personalaufwand
0.2	A1	- Tiefere interne Verrechnung der Informatikdienstleistungen
-0.4	A1	- Tiefere Gebühreneinnahmen
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-323737	0	0	-323737	0

Bemerkungen

Das Handelsregisteramt beantragt keine Rücklagen.

2223 Statistisches Amt

Das Statistische Amt führte mit den Gemeinden die Kantonsrats- und Regierungsratswahlen und die Nationalrats- und Ständeratswahlen durch. Im Juni stimmte die Stimmberechtigten zudem über drei eidgenössische Vorlagen ab. Das Statistische Amt hat ein neues Webportal für ein umfassendes Informations- und Datenangebot für Wahlergebnisse entwickelt, das rege genutzt und geschätzt wird. In Zusammenarbeit mit der Bundeskanzlei entwickelte das Statistische Amt die App Votefno erfolgreich weiter. Das Statistische Amt veröffentlichte unter anderem vertiefte Analysen zu den Ein- und Auszugsmieten im Kanton, zu den kantonalen Wahlen im Frühjahr, zur Verbreitung von Photovoltaikanlagen und zum Mobilitätsverhalten der Bevölkerung. Die Stellen zur Umsetzung der Vorhaben der strategischen Initiative Daten sind besetzt,

und erste zentrale Vorhaben wie die koordinierte Datenbewirtschaftung, die kantonsweite Datenplattform und der kantonsweite Datenkatalog sind gestartet. Das neu aufgebaute Kompetenzzentrum für Datenwissenschaften hat verschiedene Verwaltungseinheiten mit Pilotprojekten im Bereich Machine Learning unterstützt. Für verschiedene Direktionen und Gemeinden hat das Statistische Amt Vernehmlassungen und Befragungen durchgeführt. Zur Umsetzung der Massnahmen RRZ 5a und RRZ 5b der Legislaturplanung des Regierungsrates 2023–2027 wurde die Koordinationsstelle Teilhabe neu im Statistischen Amt angesiedelt. Zur Umsetzung der Massnahme RRZ 1d läuft ein Projekt mit dem Ziel, eine umfassende Datengrundlage zu häuslicher Gewalt bereitzustellen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der statistischen Grundversorgung im Kanton Zürich
- A2 Organisation von kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen und Wahlen
- A3 Kundenspezifische Dienstleistungen (Auswertungen, Studien, Befragungen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L3 Veröffentlichungen von vertieften statistischen Analysen (Zielwert)	A1	18	18	18	0	0.0
L5 Kundenspezifische Dienstleistungen mit Honorar > Fr. 1000 je Fall (Zielwert)	A3	124	110	170	60	54.5
B1 Kostendeckungsgrad kundenspezifische Dienstleistungen (variable Kosten), in %	A3	91.9	100	113.0	13.0	
W1 Berichte in den Medien über statistische Analysen	A1	95	85	90	5	5.9
W3 Beurteilung des Angebots (Web, Publikationen, Dienstleistungen) durch Nutzer (Anteil zufriedener Nutzer, in %)	A1		75			
W4 Kundenorientierung des Auskunftsdienstes: Rangfolge unter 7 vergleichbaren Ämtern	A1		2			
W5 Zufriedenheitsgrad der beteiligten Instanzen bei Wahlen und Abstimmungen, in %	A2		90	96	6	
W6 Zufriedenheitsgrad der Kunden, in %	A3		75	93	18	
W7 Veröffentlichung der Abstimmungsergebnisse auf Kantonsebene nach Eintreffen des letzten Gemeinderesultats, in Min.	A2	3.5	5	2	-3	-60.0

Bemerkungen

- L5 Durchführung von Benchmarking-Projekten, bei denen sich besonders viele Institutionen angemeldet haben (46 Einzelrechnungen über Fr. 1000)
- W3, W4 Indikatoren werden derzeit überarbeitet, weshalb für die Berichtsperiode keine Werte vorliegen.

Entwicklungsschwerpunkte

2223 10e Umsetzung Statistikkoordination gemäss StatG

Die Zusammenarbeit mit den Amtsstellen hat sich etabliert. 48 Erhebungen wurden rapportiert. Stand bis
Planmässig 2024

2223 10f Verankerung von Open Government Data (OGD) und Unterstützung von Verwaltungseinheiten und öffentlich-rechtlichen Anstalten bei Erschliessung ihrer Datenbestände und Publikation als OGD

Im Berichtsjahr haben weitere Stellen begonnen, offene Behördendaten / Open Government Data (OGD) zu publizieren. Insgesamt wurden 181 neue Ressourcen veröffentlicht. Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	30.8	35.7	33.0	-2.7	-7.6

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2223

Bemerkungen R23 zu B23

- 4.0 Ausbildungsstellen wurden budgetiert, diese werden jedoch beim Ist-Wert nicht ausgewiesen.
- 2.1 Stellen im B23 noch nicht enthalten, u.a. strategische Initiative Daten (RRB Nr. 1311/2022) und Koordinationsstelle Teilhabe
- 0.8 Stellenplan war bei Fluktuationen nicht durchgehend vollständig ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.7	0.0	0.0	1.7	1.8	0.0	0.6
Aufwand	-7.4	-8.8	0.0	0.0	-8.8	-9.5	-0.7	-7.7
Saldo	-6.0	-7.1	0.0	0.0	-7.1	-7.8	-0.7	-9.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.1	A2	- Höhere Beiträge an Stadt Zürich (Zentrales Register Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer)
-0.2	A2	- Höherer IC-Aufwand für Wahlen (Papierkosten)
-0.3	A1, A2, A3	- Höherer Personalaufwand (u.a. strategische Initiative Daten, Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-124172	44870	0	-79302	44870

Bemerkungen

Das Statistische Amt beantragt keine Rücklagen.

2224 Staatsarchiv

Die Behebung der Mängel von Bau 3 steht vor dem Abschluss. Der Ersatz des Gebäudeleitsystems für Bau 1 und Bau 2 ist weiterhin in Planung. Das Forschungsprojekt über Adaptionen in den Kantonen Zürich und Thurgau 1973–2002 (mit dem Kanton Thurgau) ist weit fortgeschritten. Die Publikation der Ergebnisse ist für Herbst 2024 geplant. Im Projekt über zivil- und strafrechtliche Versorgungsinstrumente der Schweiz (mit dem Generalsekretariat der Direktion der Justiz und des Innern und der Abteilung Forschung und Entwicklung von Justizvollzug und Wiedereingliederung) beginnen die Arbeiten Anfang 2024, ebenso im Projekt Zeichen der Erinnerung. Vom Angebot Integrierte Informationsverwaltung für

Gemeinden profitieren ab Anfang 2024 weitere sieben Gemeinden. Der Pilot für die Inbetriebnahme des Systems DIMAG im Rahmen von DigDataZH konnte für die Zürcher Gemeinden erfolgreich abgeschlossen werden; die entsprechenden Arbeiten für das Staatsarchiv sind im Gang. In der Erschliessung versucht das Staatsarchiv weiterhin nach Kräften, die Rückstände zu verkleinern. Für das Projekt Digitale Nutzungsplattform konnte das Staatsarchiv mehrere Partnerkantone gewinnen. Das Projekt Amtsblatt befindet sich weiterhin auf Kurs, ebenso verschiedene Projekte in der Beständeerhaltung.

Aufgaben

- A1 Überlieferungsbildung: Bildung und Gewährleistung einer authentischen Überlieferung gemäss archivwissenschaftlichen Gesichtspunkten (Bewertung und Übernahme der angebotenen Akten)
- A2 Aktenerschliessung: Erschliessung der übernommenen Unterlagen unter Berücksichtigung der Kundeninteressen
- A3 Nacherschliessung und Digitalisierung: Erschliessung vormoderner Bestände bis 1830 sowie Digitalisierung zentraler Aktenserien und wichtiger Quellen des Kantons
- A4 Individuelle Kundendienste: Gewährleistung bzw. Herstellung einer möglichst weitgehenden Benutzbarkeit der Archivbestände durch die Öffentlichkeit
- A5 Beständeerhaltung: Gewährleistung der dauernden Lesbarkeit aller Unterlagen durch konservatorische und restauratorische Massnahmen
- A6 Bereich Gemeindearchive: Unterstützung und Beaufsichtigung der Gemeinden bei der Wahrnehmung ihres gesetzlichen Archivierungsauftrags

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2	Ablieferungen anbietepflichtiger Stellen	A1	78	80	86	6	7.5
L3	Ablieferungen nicht anbietepflichtiger Stellen	A1	22	30	24	-6	-20.0
L4	Abgelieferte Akten anbietepflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	858	700	929	229	32.7
L5	Abgelieferte Akten nicht anbietepflichtiger Stellen, in Laufmetern	A1	133	100	49	-51	-51.0
L6	Erschlossene, im Durchschnitt der letzten vier Jahre abgelieferte analoge Unterlagen + 600 Laufmeter Restanzen, in %	A2	71	100	78	-22	
L7	Nacherschliessungen von Endarchivbeständen, in Laufmetern	A2, A3	96	100	71	-29	-29.0
L15	Erschlossene Verzeichnungseinheiten im Archivinformationssystem (AIS)	A2, A3	97723	100000	98800	-1200	-1.2
L8	Besucher/innen und schriftliche Anfragen	A4	2277	2000	2393	393	19.7
L11	Konservierte/restaurierte Bestände, in Laufmetern	A5	342	350	365	15	4.3
L12	Konservierte/restaurierte audiovisuelle Bestände (bestellbare Einheiten)	A5	5704	8000	6951	-1049	-13.1
L14	Gemeindearchivberatungen pro Jahr	A6	60	50	65	15	30.0
B1	Anteil Ablieferungen mit elektronischen Metadaten, die für die Aktenerschliessung direkt verwendbar sind, in %	A1	65	60	59	-1	
B2	Innerhalb einer Woche beantwortete schriftliche Anfragen, in %	A4	90	90	100	10	
B3	Innerhalb von drei Monaten katalogisierte Neuzugänge in der Bibliothek, in %	A4	90	90	90	0	
B4	Verfügbarkeit des Online-Archivkatalogs und des Online-Bestellschalters, in %	A4	98	98	98	0	
W3	Positive Rückmeldungen der anbietepflichtigen Stellen in Bezug auf die Dienstleistungen in den Bereichen Records Management und Ablieferungsprozess, in %	A1		90	95	5	
W4	Verbesserung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen, in %	A1		8			
W6	Zufriedenheit der externen Kunden mit den Dienstleistungen vor Ort und auf dem Korrespondenzweg, in %	A4	90	90	90	0	

Direktion der Justiz und des Innern Leistungsgruppe 2224

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W7	Zufriedenheit der externen Kunden mit der Qualität und der Verfügbarkeit des Online-Angebots, in %	A4	90	90	90	0	
W8	Recherchen auf Online-Datenbank (in Mio.)	A4	2.2	2	0.0409	-1.9591	-97.9550
W9	Verfügbarkeit nachgefragter Unterlagen, in %	A5	99	99	99	0	
W10	Angebot «Integrierte Informationsverwaltung für Zürcher Gemeinden»: Erfüllungsgrad der Dienstleistungsverträge	A6	99	95	100	5	5.3
W1	Nennungen in Medien (Printmedien, TV, Radio)	A1, A2, A3, A4, A5, A6	23	50	38	-12	-24.0

Bemerkungen

- L2, L4 Die Werte liegen im normalen Schwankungsbereich.
- L5 Bei den Ablieferungen nicht anbietepflichtiger Stellen handelte es sich um kleinere Aktenangebote.
- L6, L7 Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 1289 Laufmeter Akten. Der Zielerfüllungsgrad von L6 konnte gegenüber dem Vorjahr um 7% auf 78% gesteigert werden.
- L12 Der Zielwert konnte nicht erreicht werden, gegenüber dem Vorjahr konnten jedoch 1 247 mehr audiovisuelle Bestände konserviert/restauriert werden.
- L14 Im Zusammenhang mit elektronischer Informationsverwaltung besteht bei den Gemeinden viel Beratungsbedarf.
- W4 Die Grundlagen zur Berechnung der Entwicklung der durchschnittlichen Überlieferungslage aller anbietepflichtigen Stellen wurde 2022 neu festgelegt. Der Indikator W4 wird deshalb nicht weitergeführt und es wurden im Berichtsjahr keine Werte mehr erhoben. Neu wird der Anteil anbietepflichtiger Stellen mit einer guten Informationsverwaltung, in %, gemessen.
- W6, W7 Die durchgeführte Umfrage ergab, dass sich das Staatsarchiv mit seiner Digitalisierungsstrategie auf dem richtigen Weg befindet. Das umfangreiche Dienstleistungsangebot und seine Qualität werden von der Kundschaft sehr geschätzt und als Markenzeichen des Staatsarchivs wahrgenommen.
- W8 Im Berichtsjahr musste aus technischen Gründen ein neues Messverfahren für die Nutzung des Online-Archivkatalogs eingerichtet werden. Dabei zeigte sich, dass das frühere angewendete Verfahren entgegen den Vorgaben neben menschlichen Zugriffen auch solche von Bots und Crawlern gemessen hatte, die zuletzt über 90% ausmachten. Aus diesem Grund bewegt sich die Zahl der Recherchen (Besuche auf der Webseite) im Vergleich zu den Vorjahren auf deutlich tieferem Niveau. Wir hoffen, dass die neuen Messwerte über möglichst viele Jahre stabil erhoben werden können.
- W10 Die Zufriedenheit der Gemeinden mit den Dienstleistungen des Staatsarchivs ist weiterhin sehr hoch. Ab 2024 nutzen 39 Gemeinden das Angebot.

Entwicklungsschwerpunkte

Jl 10.3a Aufbau einer abgestuften Lösung für Kanton und Gemeinden zur elektronischen Archivierung (DigDataZH)

Der Pilot für die Gemeinden ist abgeschlossen. Die Planungsarbeiten sind auf Kurs. Stand bis

Planmässig 2026

Jl 10.5f Förderung integrierte Informationsverwaltung bei den öffentlichen Organen

Mit zahlreichen Organen haben individuelle Beratungen zur Informationsverwaltung stattgefunden. Der Leitfaden zur Verordnung über die Informationsverwaltung und -sicherheit wird 2024 abgeschlossen und publiziert. Stand bis

Verzögert 2026

2224 10b Aktenerschliessung Akten 20./21. Jahrhundert

Die vorhandenen Ressourcen reichten nicht für die planmässige Zielerreichung. Erschlossen wurden 1289 Laufmeter, was einem Rekord entspricht. Der Zielerfüllungsgrad liegt bei 71%. Die Zielerreichung bei der Anzahl erschlossener Verzeichnungseinheiten lag bei 99%, es wurden 98 800 Einheiten erschlossen. Es sind weitere Leistungssteigerungen zu erwarten. Umgekehrt fallen weiterhin grosse Mengen analoger Akten aus der Verwaltung an. Dieser Umstand verzögert seinerseits den Abbau der Restanzen aus dem Zwischenarchiv. Stand bis

Verzögert 2026

2224 10c Abbau Restanzen Zwischenarchiv

Es konnten 590 Laufmeter erschlossen werden, der Zuwachs betrug 494 Laufmeter, somit konnte das Zwischenarchiv um 96 Laufmeter abgebaut werden. Stand bis

Verzögert 2026

2224 10d Betrieb leistungsfähiger Kundendienst vor Ort und für korrespondierende Kundschaft

Das quellenbasierte Lernangebot für Schulen wurde weiter konsolidiert, insbesondere im Hinblick auf das Gastspiel mehrerer Kantonsschulen auf dem Campus Irchel ab 2024. Stand bis

Planmässig 2026

2224 10e Betrieb Online-Plattform (Portal, Query, Bestellschalter) / Koppelung mit Portal Museum / Ein Projekt zur Erneuerung der digitalen Kundenumgebung ist in Planung

Die Nutzung der Online-Werkzeuge nimmt weiter zu. Für das Projekt Digitale Nutzungsplattform konnten mehrere Kantone und die Stadt Zürich als Partner gewonnen werden. Planmässig 2026

2224 10f Zürichs zentrale Quellenserien des 19. und 20. Jahrhunderts sind online verfügbar.

Die Arbeiten für die Nacherschliessung und Digitalisierung zentraler Quellen aus älteren Beständen (Projekt NED26) laufen planmässig. Das Projekt Amtsblatt ist weiterhin in Realisierung. Mehrere Projekte wie die Bullinger-Edition oder die Georef-Sammlung PLAN konnten erfolgreich vorangebracht oder abgeschlossen werden. Planmässig 2026

2224 10g Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Lesbarkeit/Zugänglichkeit von Beständen

Die neue technische Infrastruktur (Nassreinigung usw.) wird erfolgreich eingesetzt. Planmässig 2026

2224 10h Betrieb Kompetenzzentrum Medien und Daten

Die Beschaffung weiterer Geräte (Scanning) brachte erste Erfolge. Planmässig 2026

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.6	72.4	70.0	-2.4	-3.4

Bemerkungen R23 zu B23

Allgem ein Im Beschäftigungsumfang sind Lernende und Praktikantinnen im Umfang von 4.8 Stellen nicht einberechnet. Der Beschäftigungsumfang einschliesslich Lernender und Praktikantinnen beträgt insgesamt 74.8 Stellen – die effektive Abweichung von 2.4 Stellen ist auf die Beschäftigung von Aushilfen (Ukraine) zurückzuführen.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.2	1.1	0.0	0.0	1.1	1.3	0.2	23.4
Aufwand	-11.2	-12.0	0.0	0.0	-12.0	-12.5	-0.5	-4.2
Saldo	-10.0	-10.9	0.0	0.0	-10.9	-11.2	-0.3	-2.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.0							
Ausgaben		-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.1	0.0	21.2
Saldo	0.0	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.1	0.0	21.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
	-0.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.3		A1, A2, A3, A4, A5	- Tieferer Aufwand Anschaffungen und Unterhalt Möbel, Geräte und Maschinen
0.1		A1, A2, A3, A4, A5	- Tieferer Aufwand Betriebs- und Büromaterial, Fachliteratur
0.1		A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Tieferer Aufwand Informatik
-0.8		A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Höherer Personalaufwand Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 / Beschäftigung ukrainischer Aushilfen
0.0			- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-156982	156982	0	0	156982

2232 Kantonale Opferhilfestelle

Insgesamt richtete die Kantonale Opferhilfestelle im Berichtsjahr finanzielle Leistungen im Umfang von 6,2 Mio. Franken (Vorjahr: 4,9 Mio. Franken) an Opfer und Angehörige aus. Die acht vom Regierungsrat anerkannten Opferberatungsstellen erhielten Staatsbeiträge von 8,5 Mio. Franken (Vorjahr: 7,9 Mio. Franken) als Abgeltung für ihre Leistungen. Sie führten 13 109 (Vorjahr: 12 457) Beratungen durch. Die Fallzahl hat sich weiter erhöht. Obwohl die Beratungsstellen zusätzliche Ressourcen erhielten, blieb die pro Fall zur Verfügung stehende durchschnittliche Zeit bei tiefen 4,37 Stunden. Zudem hat die Komplexität der Fälle in den vergangenen Jahren sowohl in der Beratung als auch bei der finanziellen Hilfe zugenommen. Häufig bestehen bei Opfern von Gewalt Mehrfachbelastungen. Dies führt zu einem erhöhten Klärungsbedarf hinsichtlich Zuständigkeiten und zu einer aufwendigen

Koordination zwischen den beteiligten Organisationen. Die Arbeiten an der Opferhilfestrategie wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Das Projekt soll 2024 abgeschlossen werden. Im Anschluss werden die beschlossenen Massnahmen umgesetzt. Die Prozesse zur digitalen Transformation und zur Beschaffung einer neuen Fachapplikation wurden im Berichtsjahr gestartet. Die Anpassung der Kantonalen Opferhilfverordnung konnte abgeschlossen werden. Das teilrevidierte Einführungsgesetz zum Opferhilfegesetz und die Kantonale Opferhilfverordnung werden auf den 1. April 2024 in Kraft gesetzt. Die bei der Opferhilfe aufgrund der Änderung des Gewaltschutzgesetzes (Beratungsstelle für Minderjährige, ABI 2023-07-07) notwendigen Umsetzungsarbeiten sind im Gang.

Aufgaben

- A1 Beurteilung und Entscheid betreffend Gesuche von Opfern um finanzielle Hilfe
- A2 Administrative Aufsicht über Beratungsstellen
- A3 Finanzierung der Beratungsstellen
- A4 Geltendmachung der Ansprüche gegenüber der Täterschaft (Regress)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Neu eröffnete Opferhilfverfahren	A1	798	850	800	-50	-5.9
L2 Abgeschlossene Opferhilfverfahren	A1	778	750	731	-19	-2.5
L4 Neu eröffnete Regressverfahren	A4	49	35	77	42	120.0
L5 Beratungsstellen mit Leistungsvertrag	A2	8	8	8	0	0.0
L6 Einge kaufte Beratungsstunden bei den Beratungsstellen	A3	54505	53735	57305	3570	6.6
B2 Durchschnittliche Kosten je Opferhilfverfahren, in Fr. (inkl. Personalaufwand und finanzieller Leistungen an Opfer)	A1	6922	7200	8431	1231	17.1
B3 Kosten pro eingekaufte Beratungsstunde	A3	144	144	149	5	3.5
B4 Abgeltung anderer Kantone für Opferberatungsleistungen (Gesamtbetrag)	A3	705540	640000	693781	53781	8.4
B5 Vereinnahmte Erträge aus Regressverfahren	A4	83340	120000	130886	10886	9.1
W1 Durchschnittliche Dauer der Opferhilfverfahren (ohne Dauer einer allfälligen Sistierung), in Mt.	A1	1.5	1.5	1.73	0.23	15.33
W3 Neu eröffnete Beschwerdeverfahren	A1	7	10	2	-8	-80.0
W4 Durch das Sozialversicherungsgericht vollumfänglich oder teilweise gutgeheissene Beschwerden	A1	3	2	2	0	0.0

Bemerkungen

- L2, B2, Komplexere Fallstrukturen, längere Bearbeitungsdauern und weniger abgeschlossene Verfahren führten zusammen mit W1 den deutlich gestiegenen Mehraufwänden für Genugtuungen zu höheren durchschnittlichen Kosten pro Opferhilfverfahren.
- L4, B5 Die Regressbemühungen wurden erfolgreich intensiviert.
- W3 Grössere Akzeptanz der ausgefallenen Beschlüsse

Entwicklungsschwerpunkte

J1 1.2a Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Kantonale Opferhilfestelle setzt die in den Zuständigkeitsbereich der Opferhilfe fallende Massnahme 3.3 (RRB Nr. 338/2021) im Rahmen der Opferhilfestrategie um. Stand bis
Planmässig 2024

J1 1.2b Erarbeitung einer umfassenden Opferhilfestrategie

Die Arbeiten an der Opferhilfestrategie wurden im Berichtsjahr weitergeführt. Planmässig 2024

J1 1.2c Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Opferhilfegesetz

Die Teilrevision des EG OHG konnte abgeschlossen werden. Die Anpassung der Kantonalen Opferhilfverordnung wurde vom Regierungsrat beschlossen (RRB Nr. 1470/2023). Die Änderungen treten voraussichtlich am 1. April 2024 in Kraft. Abgeschlossen 2024

Direktion der Justiz und des Innern

Leistungsgruppe 2232

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	7.6	8.5	7.9	-0.6	-7.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.1	1.1	0.0	0.0	1.1	1.9	0.8	71.8
Aufwand	-14.4	-15.1	0.0	0.0	-15.1	-17.6	-2.5	-16.3
Saldo	-13.3	-14.0	0.0	0.0	-14.0	-15.6	-1.6	-11.8

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.7	A4	- Höherer Ertrag aus Regressforderungen (demgegenüber höhere Forderungsverluste und Wertberichtigungen)
-0.3	A3	- Teuerungsausgleich an Beratungsstellen
-0.4	A3	- Höhere Anzahl Beratungsstunden eingekauft
-0.6	A4	- Mehraufwand für Forderungsverluste infolge hoher Abschreibungen und Zunahme Wertberichtigungsbedarf (demgegenüber höherer Ertrag aus Regressnahme)
-1.0	A1	- Höhere Genugtuungen nach Opferhilfegesetz
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-4210	3015	0	-1195	3015

Bemerkungen

Die Kantonale Opferhilfestelle beantragt keine Rücklagen.

2233 Fachstelle Gleichstellung

Der Fokus lag im Berichtsjahr auf der Neustrukturierung der Fachstelle nach dem Leitungswechsel. Im Rahmen des Strategieprozesses, der auf einem im gleichen Jahr durchgeführten Monitoring basierte, hat die Fachstelle die Auftragsklärung und wissensbasierte Weiterentwicklung der Handlungsfelder adressiert. Darauf aufbauend hat die Fachstelle ein dreifaches Umsetzungskonzept zu Strategie, Koalition und Produkten entwickelt. Zur Strategie starteten die Arbeiten für eine direktionsübergreifende Bestandesaufnahme zu Projekten mit Gleichstellungsbezug. Zu Koalition fand ein Workshop mit der Gleichstellungskommission statt, um den Dialog zu fördern und mehrheitsfähige Massnahmen zu entwickeln. Der Fokus Produkte konzentriert sich auf Instru-

mente zur Gleichstellungsförderung. Im Berichtsjahr hat die Fachstelle das Projekt Nutzenzentrierte Angebotsentwicklung initiiert, das Angebote zur Förderung der Gleichstellung für kleine und mittlere Unternehmen und Gemeinden weiterentwickelt. Zudem sensibilisierte die Fachstelle im Berichtsjahr Organisationen zu sexueller Belästigung, Diskriminierungsschutz, Lohn und Vereinbarkeit. Sie engagierte sich nach Vorfällen in Betrieben aktiv, beriet Privatpersonen und Fachkräfte zum Gleichstellungsgesetz. Zudem reichte sie beim Bund ein Gesuch um Finanzhilfen für das Strategieprojekt zur Angebotsentwicklung ein, das im Berichtsjahr bewilligt wurde.

Aufgaben

- A1 Förderung der rechtlichen und tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in allen Lebensbereichen
- A2 Unterstützung von Regierungsrat und Kantonsrat in der effizienten Steuerung der Gleichstellungspolitik
- A3 Sensibilisierung der Bevölkerung und der Arbeitgebenden in der Umsetzung von Chancengleichheit

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2 Erarbeiten von Stellungnahmen (Zielwert)	A2	22	20	18	-2	-10.0
L4 Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Std.	A3	2100	2394	1246	-1148	-48.0
L6 Auskünfte und Beratungen (Zielwert)	A1	830	800	300	-500	-62.5
B1 Aufwand pro Stellungnahme, in Fr.	A2	579				
B2 Aufwand pro Beratung, in Fr.	A1	171	280	197	-83	-29.6
B3 Aufwand für Vorträge, Medienarbeit, Workshops, Schulungen usw., in Fr.	A3	345124	265451	143371	-122080	-46.0
W2 Einbezug der Fachstelle durch Arbeitgebende und Bildungsinstitute	A1, A3	74	80	75	-5	-6.3

Bemerkungen

Allg. Unter der neuen Fachstellenleitung (seit Frühjahr des Berichtsjahrs) erfolgte eine strategische Neuausrichtung mit Fokussierung auf den gesetzlichen Auftrag.

L4, L6, Es wird nicht mehr jeder einzelne Kontakt, sondern fallbezogen gezählt. Eine Beratung kann auch eine Serie von Beratungen in demselben Fall beinhalten.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5f Die Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft in bestehenden und neuen Formen stärken.

Im Berichtsjahr trug die Fachstelle durch verschiedene Veranstaltungen und Projekte wie den Prix Inclusion oder die Arbeiten zur Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention zum Abbau von Zugangsbarrieren und zur Teilhabe der verschiedenen Bevölkerungsgruppen an der Gesellschaft bei. Die Beratungen der Fachstelle unterstützten die Umsetzung des Gleichstellungsgesetzes und stärkten damit einen gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt.

In einem im Berichtsjahr gestarteten Projekt wurden mit Methoden des Design-Thinkings bestehende, die Gleichstellung fördernde Angebote für Arbeitgebende weiterentwickelt zu Themen wie Prävention sexueller Belästigung, Lohngleichheit oder Vereinbarkeit. Die Angebote sind niederschwellig zugänglich und bedarfsorientiert anwendbar. Die Entwicklung orientiert sich an einem Innovationsprozess, der in einem strukturierten Vorgehen verschiedene nutzenzentrierte Methoden umfasst. Die Massnahme geht ab 2024 in den laufenden Betrieb über.

Jl 10.4a Der Kanton fördert die Diversität und strebt eine der Gesellschaft entsprechende Zusammensetzung der Verwaltung an.

Die Analyse von Gleichstellungskennzahlen und des Diversity-Benchmarkings der Hochschule St. Gallen unterstützte die Umsetzung des Entwicklungsschwerpunkts. Die Fachstelle nahm einen vertieften Blick auf Rekrutierungsverfahren und Stellenbewertungsprozesse vor dem Hintergrund des digitalen Wandels vor. Mit der systematischen Erfassung der Projekte mit Gleichstellungsbezug sowie der Bedürfnisse der Direktionen und Ämter schaffte die Fachstelle Grundlagen für die 2024 folgenden Zielgruppenanalysen und die Weiterentwicklung der Wirkungsindikatoren. Die Massnahme geht ab 2024 in den laufenden Betrieb über.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

Abgeschlossen 2024

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2233

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
3.2	3.8	3.1	-0.8	-19.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)

R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-43.4
-0.8	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.8	0.0	2.9
-0.8	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.8	0.0	1.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)

R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %

Rücklagen

Bestand 31.12.2022

plus Bildung 2022

-7178

Verwendung

2023

1486

Antrag Bildung 2023

(verbucht 2024)

0

Bestand 31.12.2023

plus Bildung 2023

-5692

Veränderung Bestand

1486

Bemerkungen

Die Fachstelle Gleichstellung beantragt keine Rücklagen.

2234 Fachstelle Kultur

Das Kulturförderungsgesetz verpflichtet die Kulturförderung des Kantons zur Stärkung der kulturellen Vielfalt. Das Leitbild Kulturförderung regelt die Ausgestaltung der Kulturförderung. Die Fachstelle hat im Berichtsjahr mehr als 100 Kulturinstitutionen (einschliesslich Opernhaus Zürich und Theater Kanton Zürich) sowie 70 Kulturprogramme von Gemeinden mit 105 Mio. Franken unterstützt. Hinzu kommen Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsbeiträge sowie die sogenannten Legislatur-Tranchen für die grossen Kulturinstitutionen der Städte Winterthur und Zürich. Die Fachstelle hat mit der Kulturförderungskommission insgesamt 2005 Gesuche geprüft und 811 davon mit über 13 Mio. Franken unterstützt. Gemäss Bericht zum Postulat KR-Nr. 248/2015 kommt bei der Finanzierung der Kulturförderung das sogenannte Zwei-

säulenmodell (Finanzierung aus Kulturfondsmitteln und Staatsmitteln) zum Tragen. Einmalige Unterstützungsbeiträge wie die Projektförderung, Beiträge an Investitionsvorhaben, die Legislatur-Tranchen sowie kleinere Betriebsbeiträge werden aus Kulturfondsmitteln finanziert, Beiträge an die Kulturprogramme der Gemeinden sowie grössere Betriebsbeiträge mit Staatsmitteln.

Im Berichtsjahr konnten die Transformationsprojekte zur Abfederung der wirtschaftlichen Folgen der Coronakrise abgeschlossen werden. Insgesamt hat der Kanton mit dieser Finanzierungshilfe 113 Kulturunternehmen mit über 16 Mio. Franken unterstützt. Die Kosten trugen Bund und Kanton je zur Hälfte.

Aufgaben

- A1 Unterstützung von kulturellen Werken und künstlerisch Begabten
- A2 Unterstützung öffentlicher und privater Kulturinstitutionen und -organisationen
- A3 Subventionierung von professionellen kommunalen Kulturprogrammen
- A4 Mitfinanzierung des Opernhauses Zürich (Kostenbeitrag Betrieb, Kostenanteil Bauunterhalt und Subvention Bauvorhaben)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützte Projekte (neu: ohne Betriebsbeiträge, kommunale Kulturprogramme; Zielwert)	A1	676	700	811	111	15.9
L2	Unterstützte öffentliche und private Kulturinstitutionen (Zielwert)	A2	112	110	109	-1	-0.9
L3	Unterstützte kommunale Kulturprogramme (Zielwert)	A3	63	75	70	-5	-6.7
L4	Opernhaus Zürich: Aufführungen Hauptbühne (Zielwert)	A4	227	200	235	35	17.5
L5	Opernhaus Zürich: Premieren (Zielwert)	A4	12	10	12	2	20.0
L6	Opernhaus Zürich: Volksvorstellungen (Zielwert)	A4	31	20	28	8	40.0
B1	Anteil Verwaltungskosten am Total der Förderbeiträge (ohne Subvention Bauvorhaben und ohne Kostenanteil Opernhaus Zürich), in %	A1, A2, A3, A4	2.05	2	2.04	0.04	
B2	Opernhaus Zürich: Eigenwirtschaftlichkeit, in %	A4	34	33	36	3	
W1	Nachwuchsprojekte und Starthilfebeiträge	A1	67	60	62	2	3.3
W2	Unterstützte Veranstaltungen in den Gemeinden (ohne Zürich und Winterthur)	A3	1340	1500	1571	71	4.7
W3	Opernhaus Zürich: Auslastung, in %	A4	83	78	89	11	

Bemerkungen

L1, L2, Die Indikatoren umfassen sowohl die über die LG 2234, Fachstelle Kultur, als auch die über die LG 2934, Kulturfonds, L3, B1, unterstützten Projekte, Institutionen und Beiträge.

W1,

W2

L1 Die Zahl der eingereichten Gesuche hat im Berichtsjahr stark zugenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3c Die Teilnahme aller Menschen am kulturellen Leben stärken.

Zur Stärkung der kulturellen Teilhabe hat die Fachstelle im Berichtsjahr das Förderprogramm «Transformationsbeiträge Kulturelle Teilhabe» für Kulturinstitutionen lanciert. Unterstützt werden organisatorische und strukturelle Veränderungsprozesse in Kulturinstitutionen, die darauf abzielen, die Vielfalt unserer Gesellschaft im Kulturbetrieb abzubilden. Die Fachstelle verlieh im Berichtsjahr die Anerkennungsbeiträge im Bereich kulturelle Teilhabe.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

2234 3a Regionale Strukturen und Kooperationen stärken

Die regionalen Förderstrukturen im Zürcher Oberland wurden weiterentwickelt und das Pilotprojekt im Zürcher Unterland in der regulären Förderung fortgeführt. Im Rahmen der von der Fachstelle organisierten regelmässigen Treffen mit den kommunalen Kulturbeauftragten wurde die Idee einer gemeinsamen kantonalen Informationsplattform für Kulturveranstaltungen lanciert. Zudem wurden im Berichtsjahr die Grundlagen für das neue Kulturprogramm für mittelgrosse Städte erarbeitet.

Planmässig 2026

2234 3b Weiterentwicklung der Zusammenarbeit mit den urbanen Zentren Zürich und Winterthur und den grossen Kulturinstitutionen

Mitarbeitende der Fachstelle sowie Dritte nahmen im Auftrag des Regierungsrates Einsitz in Aufsichtsgremien von ausgewählten Kulturinstitutionen der Städte Zürich und Winterthur. Die Fachstelle tauschte sich regelmässig mit den Kulturabteilungen der beiden Städte aus. Im Mai bewilligte der Kantonsrat die Legislatur-Tranche 2019–2023 von insgesamt 14 Mio. Franken für Investitionen und Sonderprojekte der drei grossen Kulturinstitutionen der Städte Winterthur (7 Mio.) und Zürich (7 Mio.) (Vorlage 5868). Planmässig 2026

2234 3c Förderung der Entstehung künstlerischer Werke und deren Vertrieb und Vermittlung

In Ergänzung zu den etablierten Instrumenten der projekt- und personenbezogenen Förderung hat die Fachstelle das Instrument der mehrjährigen Förderung lanciert. Damit konnte in Bereich der Förderung von Ensembles, Theatergruppen und Kunstveranstaltungen eine Lücke geschlossen werden. Die Leiterin der Fachstelle Kultur präsidierte die Arbeitsgruppe Künstlersaläre, die Leiterin Tanz/Theater wirkte in der Arbeitsgruppe Diffusion der Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten mit. Planmässig 2026

2234 3d Sicherung der Kulturfinanzierung mittels Zwei-Säulen-Modell (Budgetmittel und Gemeinnütziger Fonds bzw. Kulturfonds)

Mit dem neuen Lotteriefondsgesetz, das 2021 in Kraft trat, wurde ein Meilenstein für die Sicherung der Kulturfinanzierung gelegt. Die etappierte Umsetzung des Zweisäulenmodells in der Finanzierung der übrigen Kulturförderung konnte im Berichtsjahr weiter vorangetrieben werden. Planmässig 2026

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.8	10.5	10.9	0.4	3.4

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Aushilfsstellen für die Bearbeitung der Covid-19-Gesuche für Transformationsprojekte und Ausfallentschädigungen; Aushilfsstelle infolge Langzeitabsenz

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	31.4	10.4	0.0	0.0	10.4	13.3	2.8	26.9
- Mittel aus Kulturfonds	1.1	2.4	0.0	0.0	2.4	2.4	0.0	0.0
- Mittel aus ILV	8.0	8.0	0.0	0.0	8.0	8.0	0.0	0.0
Aufwand	-137.3	-97.6	0.0	-19.4	-116.9	-105.4	11.6	9.9
- Kostenbeitrag Betrieb Opernhaus Zürich	-81.4	-82.5	0.0	0.0	-82.5	-85.1	-2.6	-3.2
- Kostenanteil Opernhaus Zürich	-4.3	-4.3	0.0	0.0	-4.3	-4.3	0.0	0.1
- Theater Kanton Zürich	-2.4	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-2.5	-0.1	-5.1
- Übrige Kulturförderung	-2.6	-4.4	0.0	0.0	-4.4	-4.4	0.0	0.0
Saldo	-105.9	-87.1	0.0	-19.4	-106.5	-92.1	14.4	13.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ausgaben		0.0	0.0	-9.4	-9.4	-0.6	8.9	94.0
Saldo		0.0	0.0	-9.4	-9.4	-0.6	8.9	94.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.	A/E	Begründungen
	14.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
	16.7	A1, A2	- Covid-19: Minderaufwand für Ausfallentschädigungen und Transformationsprojekte zugunsten Kanton nach Schlussabrechnung mit dem Bund
	0.5	A4	- Minderaufwand Abschreibungen und Zinsen infolge Verzögerungen bei Investitionsprojekten des Opernhauses Zürich
	-2.7	A2, A4	- Opernhaus Zürich, Theater Kanton Zürich: Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
	-0.1		- Übrige Abweichungen

Direktion der Justiz und des Innern
Leistungsgruppe 2234

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-9.4	-0.6	8.9	
- Bauvorhaben OHZ (Zukunft Oper, Überbrückungsbau)	-9.4	-0.6	8.8	- Verzögerung Gesamtplanung infolge Einbezug der Bevölkerung im Dialogverfahren; Realisierung Überbrückungsbau in spielfreier Zeit im Sommer 2024
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-6836	0	0	-6836	0

2241 Fachstelle Integration

Die Fachstelle Integration definierte im Berichtsjahr zusammen mit wichtigen Stakeholdern die Ziele und Massnahmen für die spezifische Integrationsförderung im Kantonalen Integrationsprogramm 2024–2027 (KIP 3). Sie erneuerte die Rahmenverträge und Leistungsvereinbarungen mit 60 Vertragsgemeinden im Ausländerbereich und mit allen 160 Zürcher Gemeinden im Asyl- und Flüchtlingsbereich für die nächsten vier Jahre.

Die Qualitätsstandards der Integrationsangebote im Fördersystem für Geflüchtete wurden durch ein Re-Akkreditierungsverfahren überprüft. Den fallführenden Stellen der Sozialdienste steht weiterhin eine breite Palette an professionellen Integrationsangeboten zur Verfügung.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Verbesserung des Reportings im Einklang mit der kantonalen Digitalisierungsstrategie. Ein Vorprojekt mit Vertretungen aus Gemeinden und Kanton diente dazu, Optimierungsmöglichkeiten zu identifizieren. Als Nächstes prüft die Fachstelle, wie sich diese Lösungsansätze umsetzen lassen.

Die Anzahl der Personen mit Schutzstatus S im Fördersystem für Geflüchtete blieb im Berichtsjahr hoch. Zudem stieg die Zahl der Asylsuchenden. Dies erhöhte den Bedarf an Sprachkursen und Bildungsangeboten für unbegleitete minderjährige Asylsuchende, weshalb die Fachstelle zusätzliche Sprachangebote und neue Ganztagesstrukturangebote für diese Zielgruppe akkreditierte. Neu sind im kantonalen Angebotskatalog auch drei Sprachförderangebote in Deutschschweizer Gebärdensprache.

Aufgaben

- A6 Prüfung der Auswirkungen von Rechtsetzung und Verwaltungstätigkeit auf die Stärkung der Chancengleichheit und Integration
- A7 Koordination der kantonalen Integrationsförderung in den und ausserhalb der Regelstrukturen
- A8 Unterstützung von kommunalen Angeboten in den Gemeinden sowie Bereitstellung von ergänzenden überkommunalen Angeboten zur Integration der ausländischen Wohnbevölkerung
- A9 Unterstützung der Gemeinden durch die Bereitstellung von Integrationsangeboten für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2	Leistungsvereinbarungen mit Gemeinden	A8, A9	58	58	58	0	0.0
L7	Bearbeitete politische Geschäfte	A6	30	30	38	8	26.7
L8	Sitzungen in Gremien	A7	73	52	74	22	42.3
L9	Ergänzende überkommunale Angebote des Kantons	A8	35	30	24	-6	-20.0
L10	Integrationsangebote des Kantons für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge	A9	16	17	16	-1	-5.9
L11	Teilnahmen aus den Gemeinden an Integrationsangeboten des Kantons	A9	12200	13000	21600	8600	66.2
B4	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro Gemeinde	A8	79600	79400	79600	200	0.3
B5	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro ergänzendes überkommunales Angebot des Kantons	A8	38700	47600	49400	1800	3.8
B6	Durchschnittlicher finanzieller Beitrag pro kantonales Integrationsangebot	A9	2 165 000	2 107 000	4 347 000	2 240 000	106.3
W3	Anteil der Ausländerinnen/Ausländer des Kantons, die in den Vertragsgemeinden leben, in %	A8	84	84	84	0	
W4	Anteil Gemeinden, welche die kantonalen Integrationsangebote nutzen, in %	A9	98	90	98	8	

Bemerkungen

- L8 Hoher Koordinations- und Abstimmungsaufwand kantonal und national infolge der Geflüchteten aus der Ukraine (Status S).
- L9 Bei der Budgetierung wurde ein Durchschnittswert angenommen. Die Anzahl der ausgewählten Projekte in der Schwerpunktausschreibung schwankt jährlich.
- L11 Infolge der gestiegenen Flüchtlingszahlen (einschliesslich Personen mit Status S) und einer intensiveren Förderpraxis sind die Angebotsteilnahmen gestiegen. Der Budgetwert 2023 war ohne Personen mit Status S.
- B6 Aufgrund der gestiegenen Flüchtlingszahlen (vorläufig aufgenommene Personen, Flüchtlinge und Personen mit Status S) stehen mehr Bundesmittel zur Verfügung, die Anzahl Angebotskategorien (16) ist gleichbleibend. Der Budgetwert 2023 war ohne Personen mit Status S.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 5b Der Diskriminierung entgegenwirken.

Die von der Fachstelle Integration und der Integrationsförderung der Stadt Zürich gemeinsam finanzierte Zürcher Anlaufstelle Rassismus leistete im Berichtsjahr wiederum mehr Beratungsstunden als im Vorjahr. Mit der 2022 aufgeschalteten Webseite «Schutz vor rassistischer Diskriminierung» macht die Fachstelle auf das Angebot und die Wichtigkeit des Themas aufmerksam. Überdies setzt die im Hinblick auf das Kantonale Integrationsprogramm KIP 3 überarbeitete Projektförderstrategie einen Schwerpunkt auf Projekte, die der rassistischen Diskriminierung entgegenwirken.

Stand bis
Abgeschlossen 2023

RRZ 5c Die Zusammenarbeit mit den Gemeinden im Bereich der spezifischen Integrationsförderung weiterentwickeln.

Im Berichtsjahr beriet und begleitete die Fachstelle wiederum ihre Vertragsgemeinden bei der Umsetzung ihrer Integrationsförderprogramme. Neben dem jährlichen Vernetzungstreffen für kommunale Integrationsbeauftragte bot die Fachstelle vier Fachaustauschtreffen für Integrationsbeauftragte und weitere Fachpersonen an. Die Veranstaltungen konzentrierten sich auf Themen aus den Förderbereichen Sprache, frühe Kindheit, Zusammenleben und Diskriminierungsschutz.

Abgeschlossen 2023

RRZ 5d Die spezifische Integrationsförderung für vorläufig Aufgenommene und Flüchtlinge im Rahmen der Integrationsagenda umsetzen und weiterentwickeln.

Die Fachstelle entwickelte im Berichtsjahr ein Konzept, um die Kapazitäten in den Integrationsangeboten für Geflüchtete zu erfassen. Die Verfügbarkeit der Plätze wurde regelmässig erhoben und es wurde durch zusätzliche Akkreditierungen zeitnah auf den steigenden Bedarf reagiert. Weiter organisierte die Fachstelle zwei Vernetzungsanlässe für die fallführenden Stellen der Sozialdienste zu den Themen Fallführung von Personen mit Schutzstatus S, Bildungsangebote (insbesondere die Integrationsvorlehre) sowie Zusammenarbeit mit den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren. Auch führte die Fachstelle im Berichtsjahr fünf Online-Schulungen zu den akkreditierten Angeboten durch, um neue Mitarbeitende der fallführenden Stellen in das Fördersystem für Geflüchtete einzuführen.

Abgeschlossen 2023

2241 5a Information und Kommunikation mit den relevanten Akteuren und der Öffentlichkeit zum Potenzial von Migration, Integration und Diversität

Die Fachstelle erweiterte im Berichtsjahr ihre Webseite «Willkommen im Kanton Zürich» mit Informationen für Neuzugezogene, um die Sprachen Polnisch und Russisch. Zudem beteiligte sich die Fachstelle an einem Projekt der Abteilung Standortförderung im Amt für Wirtschaft und Arbeit, das die Qualität maschineller Übersetzungen analysiert und Empfehlungen für deren Einsatz erarbeitet. Weiter nahm die Fachstelle an Veranstaltungen und Fachtagungen teil, um über chancengerechte Zugänge für Migrantinnen und Migranten zu staatlichen Dienstleistungen und das Potenzial von Migration zu informieren. Dabei wurden verstärkt Themen im Zusammenhang mit dem Fachkräftemangel diskutiert und Lösungen erarbeitet für die bessere Nutzung des inländischen Fachkräftepotenzials.

Planmässig 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
13.9	13.6	13.7	0.1	0.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	40.4	42.0	0.0	0.0	42.0	75.0	33.1	78.8
- Beiträge vom Bund, Integrationsförderung	5.6	5.9	0.0	0.0	5.9	5.4	-0.6	-9.4
- Beiträge vom Bund, Asyl- und Flüchtlingsbereich	34.8	36.0	0.0	0.0	36.0	69.7	33.6	93.3
Aufwand	-43.1	-51.1	0.0	0.0	-51.1	-77.8	-26.8	-52.4
- Beiträge an Gemeinden	-34.1	-39.6	0.0	0.0	-39.6	-64.0	-24.4	-61.7
- Beiträge an andere Direktionen	-4.2	-4.0	0.0	0.0	-4.0	-8.6	-4.6	-116.8
- Beiträge an Dritte	-2.3	-4.7	0.0	0.0	-4.7	-2.8	1.9	40.1
Saldo	-2.7	-9.1	0.0	0.0	-9.1	-2.8	6.3	69.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
6.3	RRZ 5d	- Geringere Saldowirkung für Status S, es erfolgt eine Kreditübertragung.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	Veränderung Bestand
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	
-2149	2149	0	0	2149

2251 Bezirksräte

Die Bezirksräte visitierten Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunale Anstalten, Alters- und Pflegeheime, Invalideinrichtungen und Spitex-Organisationen. Sie prüften die Jahresrechnungen der Gemeinden, Zweckverbände, (inter)kommunalen Anstalten und beaufsichtigten Stiftungen. Bei wesentlichen Mängeln sind die Bezirksräte aufsichtsrechtlich eingeschritten und haben die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes sichergestellt. Im Berichtsjahr prüften die Bezirksräte insbesondere, ob die Gemeinden ihr Recht nach § 7 Abs. 2 des Gemeindegesetzes in einer systematischen Rechtssammlungen veröffentlichten und die Offenlegung der Interessenbindungen der Behördenmitglieder vorhanden ist. Die Zahl der Geschäftseingänge der Rechtsmittel und insbesondere der Kindes- und Erwachsenenschutz-

fälle befinden sich auf einem konstant hohen Niveau. Die Anzahl Geschäfte gemäss Bundesgesetz über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland stabilisierte sich ebenfalls auf hohem Niveau. Die pendenten Rechtsmittel konnten aufgrund der Steigerung der Effizienz abgebaut werden. Die Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern sowie von Gemeinden stiegen stetig. Die Wissensdatenbank wurde weiter ausgebaut. Die Definition der Anforderungen an ein neues Geschäftsverwaltungssystem sowie generell Fragen der Digitalisierung und die Umstellung auf den neuen digitalen Arbeitsplatz benötigten ebenfalls zahlreiche Ressourcen bei den Bezirksratskanzleien. Zudem wirkten die Bezirksratskanzleien in Arbeitsgruppen des Kantons mit und erarbeiteten zahlreiche Vernehmlassungen.

Aufgaben

- A1 Der Bezirksrat ist erste Rechtsmittelinstanz für die Behandlung von Rekursen gegen Entscheide der Gemeinde oder deren Behörden einschliesslich Sozialbehörden und Schulpflegen sowie Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden.
- A2 Der Bezirksrat ist Aufsichtsbehörde über die Gemeindebehörden und -verwaltungen einschliesslich deren Anstalten und Zweckverbände, die gemeinnützigen privatrechtlichen Stiftungen sowie im Sozialbereich die Fürsorgebehörden, Heime und Spitex-Organisationen (u.a. Aufsichtsbeschwerden, Jahresrechnungen und Revisionsberichte).
- A3 Der Bezirksrat nimmt Verwaltungsaufgaben wahr. Er ist wahlleitende Behörde für Bezirkswahlen und entscheidet über Bewilligungen von Grundstückserwerb durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie über die Entbindungen vom Amtsgeheimnis, Entlassungen und Bewilligungen zur Beendigung der Amtsdauer der unter seiner Aufsicht stehenden kommunalen Behörden.
- A4 Der Bezirksrat übernimmt Bezirksaufgaben, für die keine andere Behörde zuständig ist, und steht den Gemeindebehörden wie auch Privaten für Auskünfte zur Verfügung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L9 Eingänge Rechtsmittel, Aufsichtsbeschwerden	A1, A2		1340	1388	48	3.6
L1 Erledigte Rechtsmittel	A1, A2	1379	1500	1408	-92	-6.1
L3 Erledigte erstinstanzliche Entscheide (die nicht bereits von L1, L4, L5 erfasst sind)	A2, A3	777	700	860	160	22.9
L10 (L3) davon erledigte Lex Koller	A3		460	472	12	2.6
L2 Erteilte Rechtsauskünfte für das Gemeinwesen sowie Privatpersonen	A4	8214	8200	8334	134	1.6
L4 Geprüfte Jahresrechnungen und Revisionsberichte, durchgeführte Visitationen beim Gemeinwesen im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	1717	1600	1738	138	8.6
L11 (L4) davon Visitationen gemeinderechtliche Organisationen	A2		200	223	23	11.5
L12 (L4) davon geprüfte Jahresrechnungen	A2		360	317	-43	-11.9
L5 Durchgeführte Visitationen bei Heimen, Spitex-Organisationen und Sozialbehörden im Rahmen des Aufsichtsrechts	A2	801	900	768	-132	-14.7
L7 Pendente Geschäfte spruchreif	A1, A2, A3	302	500	284	-216	-43.2
L8 Pendente Geschäfte total	A1, A2, A3	795	800	878	78	9.8
B1 In 60 Tagen erledigte Rekurse, in % (gemäss § 27c VRG)	A1	69.6	71.7	75.53	3.83	
W1 Weiterzüge der Rechtsmittelentscheide, in %	A1	12.33	11.6	11.20	-0.40	
W2 Rückweisungen der nächst höheren Instanz, in %	A1		1.1	0.68	-0.42	

Bemerkungen

- L3 Anstieg von erstinstanzlichen Entscheiden, insbesondere mehr Entlassungen
 L4, Die Schwankungen entstehen aufgrund der unterschiedlichen Visitationsperioden.
 L11,
 L12,
 L5
 L7, L8 Die Verfahrensdauer bis zur Spruchreife ist abhängig von verschiedenen exogenen Faktoren, weshalb die Zahl der penden-
 denten Geschäfte schwierig beeinflussbar ist. Ein Abbau bei den spruchreifen Fällen konnte dank Effizienzsteigerungs-
 massnahmen erzielt werden. Mehr Fälle gingen gegen Ende des Berichtsjahres ein und sind damit noch nicht spruch-
 reif.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2251 10a Verkürzung der Behandlungsdauer der Rechtsmittelverfahren (§ 27c VRG) durch Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung.

Planmässig 2025

Der Regierungsrat hat die Bezirksverwaltungen mit Beschluss Nr. 886/2019 angewiesen, Optimierungspotenzial zwecks Steigerung der Effizienz zu eruieren. Die Arbeitsgruppe Optimierungspotenzial hat ihre Arbeit im Berichtsjahr abgeschlossen. Dank der Umsetzung der Wissensdatenbank und der abgeschlossenen Einarbeitung der zusätzlichen ausserordentlichen Ratsschreibenden konnte die Behandlungsdauer verkürzt und die Anzahl pender Rechtsmittel gesenkt werden.

2251 10b Konsolidieren der einheitlichen Praxis KESB

Planmässig 2025

Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) haben die Bezirksräte in Anwendung der geltenden Rechtsprechung und Rechtsentwicklung entschieden. Massgebliche Rechtsfragen haben die Bezirksratsschreibenden regelmässig im Kollegium besprochen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	47.8	43.3	48.1	4.9	11.2

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Aufgrund von Mutterschaftsurlauben und hoher Pendenzenlast waren weiterhin Aushilfsstellen notwendig.
 Allg.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.5	1.6	0.0	0.0	1.6	1.4	-0.2	-10.1
Aufwand	-10.9	-11.2	0.0	0.0	-11.2	-11.3	-0.1	-1.1
Saldo	-9.4	-9.7	0.0	0.0	-9.7	-9.9	-0.3	-2.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.1	A1	- Höherer Personalaufwand durch bewilligte Aushilfsstellen
-0.2	A1	- Geringerer Ertrag: Die Budgeterwartungen sind nicht eingetroffen.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022		Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022		2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-47953		17625	0	-30328	17625

Bemerkungen

Die Bezirksräte beantragen keine Rücklagen.

2261 Statthalterämter

Die Statthalterämter vollziehen das Übertretungsstrafrecht (Bundesrecht, kantonales Recht und kommunales Recht) in ihren Bezirken. Sie entscheiden über die Erteilung von Waffentragscheinen und über die administrative Beschlagnahme oder Einziehung von Waffen. Ihnen obliegt die Aufsicht über die Ortspolizeien, das Strassenwesen der Gemeinden sowie das Feuerwehrwesen. Zudem sind sie Aufsichts- und Rechtsmittelinstanz in diesen Bereichen. Im Berichtsjahr ist

die Zahl der Übertretungen erneut stark angestiegen, sowohl die Eingänge als auch die Erledigungen erreichten ein Allzeithoch. Die Statthalterämter konnten den Anstieg teilweise durch Effizienzsteigerungsmassnahmen auffangen. Einmal mehr war ein Anstieg der administrativen Beschlagnahmen und Einziehung von Waffen zu verzeichnen. Auch die Zahl der beantragten Waffentragbewilligungen hat zugenommen.

Aufgaben

- A1 Übertretungsstrafrecht von Bund und Kanton vollziehen (Untersuchen, Aufklären und Urteilen)
- A2 Aufsicht über das Polizeiwesen, das Strassenwesen, das Feuerwehr- und Feuerpolizeiwesen der Gemeinden sowie Bearbeiten von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden in diesen Bereichen. Inspektionen der Feuerwehren
- A3 Ausgabe von Mofavignetten und die Abnahme von Handgelübden
- A4 Wirkung als Präsidenten der Schätzungskommission bei der Abschätzung grösserer Schadenereignisse
- A5 Durchsetzung der Rechtsordnung im Übertretungsstrafrecht, Umsetzung des Waffenrechts, Zusammenarbeit mit der Polizei und der Staatsanwaltschaft

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L6	Neueingänge Straffälle	A1		69950	74527	4577	6.5
L1	Erledigte Straffälle	A1	72563	67960	73930	5970	8.8
L3	Ausgestellte Bewilligungen/Ausweise	A3, A5	324	400	289	-111	-27.8
L2	Rekurse, erstinstanzliche Verfahren (inkl. Aufsichtsbeschwerden)	A2, A5	413	330	474	144	43.6
L7	(L2) davon Waffenbeschlagnahmen/-einziehungen	A5		270	360	90	33.3
L4	Übrige Aufsichtstätigkeit und Amtshandlungen	A2, A3, A4	316	200	224	24	12.0
L5	Bussenbezugsmassnahmen	A1	133953	127800	125031	-2769	-2.2
B1	Kostendeckungsgrad Übertretungsstrafrecht gebührenfinanziert, in %	A1	78.77	82	79.91	-2.09	
W1	Einsprachen gegen Strafbefehle	A1	2860	2700	2451	-249	-9.2
W2	Einsprachequote gegen Strafbefehle	A1	3.94	3.9	3.32	-0.58	
W7	Erledigte Einsprachen ohne Weiterzüge	A1		2500	2281	-219	-8.8
W8	Erledigungsquote Einsprachen ohne Weiterzüge	A1		92.5	93.06	0.56	
W3	Pendente Straffälle Ende Jahr	A1	9192	9500	9987	487	5.1
W4	Quote pendente Straffälle Ende Jahr	A1	11.24	12.1	11.93	-0.17	
W5	Pendenzen Strafverfolgung älter als sechs Monate; Anzahl Fälle	A1	6289	3500	4105	605	17.3
W6	Quote Pendenzendauer Strafverfolgung älter als sechs Monate	A1	8.67	5.1	5.55	0.45	
W10	Einstellungen Strafverfahren	A1		4400	5477	1077	24.5
W11	Einstellungsquote Strafverfahren	A1		6.5	7.41	0.91	

Bemerkungen

- L3 Rückläufige Ausgabe von Mofavignetten
- L2, L7 Zunahme von Waffensicherstellungen durch Polizei, vermehrt Rekurse gegen Verkehrsanordnungen
- W1, W7 Strafbefehle werden mit grossem Untersuchungsaufwand erledigt, mit klar nachvollziehbaren Entscheiden. Dies führt zu mehr Akzeptanz und zu weniger Rechtsmittelbeanspruchung durch die Betroffenen.
- W10, W11 Verschiedene Gründe wie fehlende Beweislage, Sistierung des Strafverfahrens infolge unbekanntem Aufenthaltsorts der beschuldigten Person oder bei unbekannter Täterschaft
- L6, W5, W6 Durch die Zunahme der Neueingänge konnte die Zahl der Pendenzen, die älter als sechs Monate sind, nicht im gewünschten Rahmen abgebaut werden.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

2261 1a Planmässige Umsetzung neuer Rechtsentscheide und Optimierung der Abläufe zwecks Effizienzsteigerung

Massgebliche Rechtsentscheide bespricht die Statthalterkonferenz regelmässig. Neue Rechtslagen fliessen laufend und umgehend in Praxisentscheide ein. Im Frühjahr des Berichtsjahres führten alle Statthalterämter die gemeinsam mit Justizvollzug und Wiedereingliederung erarbeiteten neuen Prozesse ein. Durch ein konsequentes Mahnen und Betreiben und ein standardisiertes Vorgehen sollen inskünftig weniger Verurteilte ihre Strafe im Strafvollzug verbüssen.

Planmässig 2025

2261 6a Konsequentes Anwenden und Durchsetzen des Strassenverkehrsgesetzes

Durch die enge Zusammenarbeit mit der Polizei optimieren die Statthalterämter die Durchsetzung des Strassenverkehrsgesetzes, dadurch fliessen neue Rechtslagen laufend und umgehend in Praxisentscheide ein.

Planmässig 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	79.2	78.6	83.7	5.1	6.5

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Es wurden zusätzliche Aushilfsstellen bewilligt.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	31.0	32.0	0.0	0.0	32.0	31.1	-0.9	-2.9
Aufwand	-24.5	-24.2	0.0	0.0	-24.2	-24.3	-0.1	-0.2
Saldo	6.5	7.8	0.0	0.0	7.8	6.8	-1.0	-12.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.1	A1, A5	- Höherer Personalaufwand durch bewilligte Aushilfsstellen
-0.9	A1, A5	- Geringerer Ertrag: Budgeterwartungen konnten trotz steigender Fallzahlen im Übertretungsstrafrecht nicht erreicht werden.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -154482	2023 38684	0	-115798	38684

Bemerkungen

Die Statthalterämter beantragen keine Rücklagen.

2270 Religionsgemeinschaften

Die verfassungsrechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften erbringen wichtige Leistungen für die gesamte Gesellschaft, zum Beispiel im Bereich von Jugendarbeit, Sozialberatungen oder Bildung. Dafür erhielten die Religionsgemeinschaften einen finanziellen Beitrag von 50 Mio. Franken. Beitragsberechtigt sind die Evangelisch-reformierte Landeskirche, die Römisch-katholische Körperschaft, die Christkatholi-

sche Kirchgemeinde, die Israelitische Cultusgemeinde und die Jüdisch Liberale Gemeinde. Weitere 5 Mio. Franken wurden zur Kompensation für die Einbussen an die Landeskirchen entrichtet, die diese durch die Umsetzung der Steuerreform und AHV-Finanzierung bei den Steuereinnahmen für juristische Personen erlitten.

Aufgaben

A1 Begleitung bei der Erstellung von Tätigkeitsprogrammen und Entrichtung der Kostenbeiträge nach §§ 19 ff. des Kirchengesetzes

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3b Gemeinsame Schwerpunkte zwischen Staat und anerkannten Religionsgemeinschaften erarbeiten.

Stand bis

Die drei für die Umsetzung zuständigen gemischten Arbeitsgruppen haben ihre Arbeit planmässig abgeschlossen 2023 beendet. Ergebnisse sind unter anderem zwei Studien zu den kirchlichen Leistungen mit gesamtgesellschaftlichem Nutzen und eine Studie zu Bedürfnissen der nicht anerkannten Religionsgemeinschaften.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	-0.0	-0.0
Saldo	-55.0	-55.0	0.0	0.0	-55.0	-55.0	-0.0	-0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

2934 Kulturfonds

Gemäss Lotteriefondsgesetz ist die Fachstelle Kultur für die Verwaltung des Kulturfonds zuständig. Wie unter Leistungsgruppe Nr. 2234, Fachstelle Kultur, dargestellt, werden gemäss Bericht zum Postulat KR-Nr. 248/2015 die einmaligen Unterstützungsbeiträge (projekt- und personenbezogene Förderung, Beiträge an Sonderprojekte und Investitionsvorhaben, Legislatur-Tranchen für die Städte Winterthur und Zürich) sowie kleinere Betriebsbeiträge mit Mitteln des Kulturfonds finanziert. Aufgrund der über mehrere Jahre gestaffelten Einführung des Zweisäulenmodells hat die Fachstelle

Kultur im Berichtsjahr auch einige grössere Betriebsbeiträge sowie einen Teil der Beiträge an die Kulturprogramme der Gemeinden über den Kulturfonds finanziert. Insgesamt wurden im Berichtsjahr über den Kulturfonds Beiträge von 28,5 Mio. Franken ausgerichtet (einschliesslich Übertrag an die Fachstelle Kultur für die übrige Kulturförderung). Von den im Rahmen der Legislatur-Tranchen bewilligten 14,2 Mio. Franken konnten im Berichtsjahr 5,2 Mio. Franken ausbezahlt werden.

Aufgaben

A1 Die Mittel des Kulturfonds werden für gemeinnützige Zwecke im kulturellen Bereich verwendet.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-34.7	-27.2	-36.3	-9.0	-33.3
Finanzierung	34.7	27.2	36.3	9.1	33.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.9	32.6	0.0	0.0	32.6	30.3	-2.3	-7.1
- Swisslos	30.9	25.2	0.0	0.0	25.2	30.3	5.1	20.3
- Entnahme Bestandeskonto		7.4	0.0	0.0	7.4		-7.4	-100.0
Aufwand	-30.9	-32.6	0.0	0.0	-32.6	-30.3	2.3	7.1
- Beiträge	-21.5	-30.2	0.0	0.0	-30.2	-26.3	3.9	13.0
- Einlage in Bestandeskonto	-8.3					-1.6	-1.6	0.0
- Übertrag an Fachstelle Kultur	-1.1	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-2.4	-0.0	-0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
5.1	A1	- Höhere Swisslos-Erträge
3.9	A1	- Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich (v.a. Betriebsbeiträge, Sonderprojekt-/Investitionsbeiträge, Kulturprogramme Gemeinden)
-1.6	A1	- Fondseinlage infolge Mehrertrag Swisslos und Minderaufwand Beiträge für gemeinnützige Zwecke im Kulturbereich
-7.4	A1	- Keine Fondsentnahme
0.0		- Übrige Abweichungen

03

Sicherheitsdirektion

Überblick	60
Legislaturziele	60
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	60
Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)	61
Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)	61
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	61
Finanzierung	61
Übersicht	61
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	61
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	61
Personal- und Lohnstatistik	62
Beschäftigungsumfang	62
Lohnaufwand	62
Anstellungsverhältnisse	62
Parlamentarische Vorstösse	62
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	62
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	62
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	63
Leistungsgruppen	64
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	64
3100 Kantonspolizei	66
3200 Strassenverkehrsamt	70
3300 Migrationsamt	73
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	75
3500 Sozialamt	77
3700 Sportamt	79
3910 Sportfonds	81
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht	82
3930 Schutzraumfonds	84

Überblick

Zu den Aufgaben der Sicherheitsdirektion zählen die öffentliche Sicherheit, die soziale Sicherheit, die Verkehrssicherheit, die Bewältigung von ausserordentlichen Lagen, das Ausländerrecht und der ausser-schulische Sport. Mit ihrer Arbeit trägt die Sicherheitsdirektion dazu bei, dass Zürich ein sicherer, sozialer und sportlicher Kanton ist.

Weiterhin hohe Asylmigration

Die Lage im Asylwesen blieb für Kanton und Gemeinden sehr anspruchsvoll. Dem Kanton wurden gemäss Asylnachrichtendienst im Berichtsjahr rund 6500 Personen (rund 4300 Personen mit Schutzstatus S und 2200 Personen aus dem Asylbereich) zur Betreuung zugewiesen. Um die Aufgabe zu bewältigen, hat der Kanton seine Kapazitäten mit zusätzlichen (temporären) Unterkünten ausgebaut. So verfügt er zurzeit über 18 Zentren mit rund 2200 Plätzen. Die Gemeinden leisteten ihrerseits einen grossen Einsatz, um die per 1. Juni des Berichtsjahres auf 1,3% erhöhte Aufnahmequote zu erfüllen. Da die bestehenden Rahmenverträge für die Leistungen im Asylbereich Ende Februar 2024 auslaufen, hat der Kanton die Aufträge nach Abschluss eines offenen Submissionsverfahrens per 1. März 2024 neu vergeben. Mit der Absicht, die Schwankungsfähigkeit zu verbessern, wurden für den Betrieb der kantonalen Durchgangszentren und der spezialisierten Wohn-einrichtungen für unbegleitete Minderjährige neue Rahmenverträge mit mehreren Fachorganisationen abgeschlossen.

Präventionsabteilung der Kantonspolizei – zentraler Standort für eine Kernaufgabe

Die Präventionsarbeit ist eine Kernaufgabe der Polizei. Die Bevölkerung erwartet, dass die Polizei den Menschen nicht nur in Notsituationen hilft, sondern sie auch rechtzeitig auf Gefahren hinweist und schützt. Der neue Standort der Präventionsabteilung an zentraler Lage unterstreicht die Bedeutung der Präventionsarbeit der Kantonspolizei. Die neuen Räume an der Reitergasse 1 in Zürich konnten im September eröffnet werden. Damit sind die Kräfte der Präventionsabteilung der Kantonspolizei an einem Standort konzentriert. Die Abteilung vereint unter anderem die Dienste Gewaltschutz, Jugendintervention sowie Kinder- und Jugendinstruktion. Zur Präventionsabteilung gehören auch die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt, die Fachstelle Brückenbauer und die Interventionsstelle gegen Radikalisierung.

50 Jahre Strassenverkehrsamt in Zürich Albisgütli

Der Hauptsitz des Strassenverkehrsamts in Zürich Albisgütli feierte sein 50-jähriges Bestehen mit einem Tag der Verkehrssicherheit. Mehreren Tausend Besucherinnen und Besucher erhielten einen vielfältigen Einblick in die Tätigkeiten des Strassenverkehrsamtes und verschiedener Partnerorganisationen sowie in das Thema Verkehrssicherheit. Das Jubiläum wurde zudem zum Anlass genommen, erstmals ein zweistelliges Auto-Kontrollschild zu versteigern. Die Online-Auktion von ZH 50 endete mit dem Höchstgebot von Fr. 202'000 zugunsten der allgemeinen Staatskasse des Kantons.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 1	Die Sicherheit ist unter Berücksichtigung der digitalen Kriminalität gewährleistet.		
RRZ 1a	Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraftaten schützen.	3100	2023
RRZ 1b	Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und internationalen Behörden bekämpfen.	3100	2023
RRZ 1c	Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern.	3100	2023
RRZ 1d	Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen.	3100	2023
RRZ 1e	Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen.	3100	2023
RRZ 1f	Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime».	3100	2023

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
DS 1.1	Verkehrssicherheit weiter erhöhen		
DS 1.1b	Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen	3200	2023
DS 1.1c	Ablösung der Kerngeschäftsfallapplikation	3200	2023
DS 1.1d	Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)	3200	2023
DS 1.2	Kundenorientierter Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter Berücksichtigung der Interessen der verschiedenen Anspruchsgruppen		
DS 1.2a	Elektronisches Bewilligungsverfahren (Datentransfer Ausländer/Einwohnerkontrolle/Migrationsamt)	3300	2023
DS 1.2b	Erneuerung Fachapplikationen Migrationsamt	3300	2024

DS 1.3 Ausbildungsstand des Zivilschutzes und Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes optimieren

DS 1.3a	Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern	3400	2023
DS 1.3b	Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen	3400	2023
DS 1.3c	Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen	3400	2023
DS 1.3d	Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen	3400	2023

Kultur, Sport und Freizeit (Politikbereich 3)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 3	Alle Menschen können an der Zivilgesellschaft partizipieren.		
RRZ 3d	Die Zürcher Sportvereine nachhaltig unterstützen und den Zugang zu Sportangeboten erleichtern, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einem sportfernen Umfeld.	3700	2023

Gesellschaft und soziale Sicherheit (Politikbereich 5)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 5	Alle Bevölkerungsgruppen sind in eine vielfältiger werdende Gesellschaft eingebunden.		
RRZ 5a	Einen Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention erarbeiten.	3500	2023

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
DS 10.1	Kundenorientierte Ausstellung von Ausweisen und Bewilligungen		
DS 10.1b	Umsetzung des Bundesprojekts «ESYSP», Rollout neuer Biometriestationen	3300	2023
DS 10.1c	Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte	3000	2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1367.2	1377.1	0.0	0.0	1377.1	1478.6	101.6	7.4
Aufwand	-2740.2	-2820.6	0.0	0.0	-2820.6	-2902.6	-82.0	-2.9
Saldo	-1373.0	-1443.5	0.0	0.0	-1443.5	-1424.0	19.6	1.4

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.6	1.9	0.0	0.0	1.9	1.0	-0.8	-44.2
Ausgaben	-55.1	-73.1	0.0	-7.3	-80.4	-57.6	22.8	28.4
Saldo	-52.5	-71.2	0.0	-7.3	-78.5	-56.5	22.0	28.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
19.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
43.1	3500	- Geringere Nettoaufwendungen für wirtschaftliche Hilfe und Zusatzleistungen zur AHV/IV aufgrund der guten konjunkturellen Lage und der Ergänzungsleistungsreform des Bundes
-24.8	3500	- Höhere Beiträge an Soziale Einrichtungen (v.a. Teuerung) und Nettoaufwendungen im Asylbereich aufgrund der hohen Zuwanderung
1.3		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-57.6			
- ICT (Hard- und Software) sowie Kommunikationsmittel, u.a. Funknetz «Polycom» bei der Kantonspolizei	-23.6			
- Weitere Sachinvestitionen (v.a. Fahrzeuge) bei der Kantonspolizei	-5.7			
- v.a. Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen beim Sozialamt	-21.8			
- Übrige	-6.5			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
---------------------------------	-----	-----	-----	--------	-----

4486.9	4552.5	4539.1	-13.3	-0.3
--------	--------	--------	-------	------

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	8554	9567	9244	-323	-3.4
3100 Kantonspolizei	382250	392137	396045	3908	1.0
3200 Strassenverkehrsamt	38903	38925	39975	1050	2.7
3300 Migrationsamt	15045	16207	16863	656	4.0
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	12969	13483	13544	61	0.5
3500 Sozialamt	19146	20054	20541	487	2.4
3700 Sportamt	1675	1502	1762	260	17.3
Total	478542	491875	497974		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung	89	57	32	49	40
3100 Kantonspolizei	3951	1373	2578	2980	971
3200 Strassenverkehrsamt	445	176	269	341	104
3300 Migrationsamt	208	135	73	150	58
3400 Amt für Militär und Zivilschutz	145	44	101	117	28
3500 Sozialamt	249	152	97	91	158
3700 Sportamt	21	12	9	5	16
Total	5108	1949	3159	3733	1375

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
477/2020	Berichterstattung über Massnahmen zur Bekämpfung häuslicher Gewalt (Motion Judith Anna Stofer, Dübendorf, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 5899 vom 08.04.2023	19.04.2021
376/2020	Grundlagen für eine fachgerechte Sozialhilfe (Motion Esther Straub, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 5940 vom 06.12.2023	06.12.2021
	Kantonale Volksinitiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung (Anti-Chaoten-Initiative)	Vorlage 5892 vom 07.03.2023	21.11.2022

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
309/2022	Liberalisierung der Kennzeichenvergabe und Stärkung deren Halterrechte (Einzelinitiative Adolf Flüeli, Winterthur)	16.01.2023
477/2022	Kantonspolizei Oberrieden, Seepolizei, Gesamtinstandsetzung (13043) (dringliches Postulat Domenik Ledergerber, Herrliberg, und Mitunterzeichnende)	23.01.2023
30/2023	Auch ZL-Bezügerinnen und -Bezüger haben Anrecht auf ein Einzelzimmer in einer Altersinstitution (Postulat Christoph Fischbach, Kloten, und Mitunterzeichnende)	10.07.2023
278/2023	Abänderung Text §19 Abs. 4 des Zusatzleistungsgesetzes des Kantons Zürich (Einzelinitiative Bruno Roth, Hettlingen)	18.09.2023
176/2023	Ertrag aus Kontrollschilderversteigerung für den Strassenfonds (Motion Karl Heinz Meyer, Neerach, Martin Huber, Neftenbach, und Janine Vannaz, Aesch)	27.11.2023

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgendes Postulat mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben.

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
230/2022	Keine Subventionierung der persönlichen Work-Life-Balance (Postulat Marc Bourgeois, Zürich, Doris Meier, Bassersdorf, und Angie Romero, Zürich)	03.04.2023

Das Postulat verlangt eine Auslegeordnung bezüglich Personen, die freiwillig auf erzielbares Einkommen verzichten und staatliche Unterstützungsleistungen beziehen. Sie sollen nur in dem Umfang Leistungen erhalten, wie sie solche bei voller Erwerbstätigkeit erhalten würden. Im Auftrag der Sicherheitsdirektion hat die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften dazu ein Gutachten erstellt. Dieses wurde am 21. Dezember des Berichtsjahres unter [\[direktion/generalsekretariat/publikationen.html\]\(https://zh.ch/de/sicherheitsdirektion/generalsekretariat/publikationen.html\) publiziert. Das Gutachten kommt zum Schluss, dass keine Massnahmen angezeigt sind, da der Kanton nur in wenigen Bereichen Handlungsspielraum hat, nur sehr wenige Personen betroffen wären und der Aufwand zur Abklärung in keinem Verhältnis zu den möglicherweise einzusparenden Kosten stünde. Damit ist das Postulat als erledigt abzuschreiben.](https://zh.ch/de/sicherheits-</p></div><div data-bbox=)

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung

Die Leistungsgruppe ist unterteilt in das Generalsekretariat, die Zentralen Vollzungsaufgaben, die sich aus dem Passbüro, dem Schalter Gewerbebewilligungen und Beglaubigungen und den Eichämtern zusammensetzen, sowie die Rekursabteilung. Für das Generalsekretariat standen die Unterstützung des Direktionsvorstehers im gesamten Aufgabenbereich der Direktion sowie als Regierungspräsident und das Koordinieren der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter im Vordergrund. Die Gesetzgebungsvorhaben erfolgten mit Unterstützung der Ämter unter Federführung des Generalsekretariats. Dieses vertrat die Direktion in verschiedenen direktionsübergreifenden Querschnittsprojekten, vor

allem in den Bereichen Personal, Finanzen, Informatik und Infrastruktur.

Die Zahl der durch das Passbüro bearbeiteten Ausweisgeschäfte stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 14,8% und erreichte beinahe den Wert von 350 000 Ausweisen. Dies ist hauptsächlich auf den Zehnjahreszyklus (Gültigkeit der Pässe) sowie auf in den Vorjahren aufgeschobene Passerneuerungen zurückzuführen. Die Rekursabteilung behandelt Rekurse gegen Verfügungen der Ämter, vor allem im Ausländerrecht (Migrationsamt) sowie im Strassenverkehrsrecht (Strassenverkehrsamt). Die Zahl der erledigten Rekurse bewegte sich im Berichtsjahr leicht unter derjenigen des Vorjahres.

Aufgaben

- A1 Unterstützung des Direktionsvorstehers und der Ämter. Politische Lagebeurteilung und Planung («Think Tank»)
- A2 Koordination der Aufgabenerfüllung der unterstellten Ämter
- A3 Dienstleistungen und Unterstützung für die Sicherheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Personal, Finanzen, IT (Fachapplikationen), Infrastruktur, Controlling und Kommunikation
- A4 Sicherstellen eines einheitlichen, kompetenten Auftretens der Direktion nach aussen
- A5 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen, Bewilligungen von Geldspielen, Unterschriftenbeglaubigungen, Messwesen
- A6 Bearbeitung von Ausweisgeschäften (Pässe und Identitätskarten) sowie Ausstellung von provisorischen Pässen
- A7 Bearbeitung der Rekurse gegen Verfügungen der unterstellten Verwaltungseinheiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Durch Sicherheitsdirektion beantragte RRB	A1, A2, A3, A4	114	100	134	34	34.0
L2 Gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Geldspiele	A5	275	500	285	-215	-43.0
L3 Beglaubigungen	A5	36021	33000	34772	1772	5.4
L4 Geeichte/geprüfte Messmittel	A5	13410	13000	12844	-156	-1.2
L5 Statistisch geprüfte Fertigpackungs-Lose	A5	1492	1800	1691	-109	-6.1
L6 Ausweisgeschäfte	A6	301833	330000	346368	16368	5.0
L7 Erledigte Rekurse	A7	816	900	771	-129	-14.3
B1 Anteil Mitarbeitende Führungsunterstützung am Gesamtpersonalbestand der Direktion, in % (Beschäftigungsumfang)	A2	0.6	0.5	0.7	0.2	
B2 Anteil Sachaufwand Führungsunterstützung am Sachaufwand der Direktion, in %	A2	0.5	0.6	0.4	-0.2	
W3 Fristgerechte Bearbeitung von parlamentarischen Vorstössen und Vernehmlassungen, in %	A1, A2, A3, A4	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L2 Weniger gewerbepolizeiliche Bewilligungen und Geldspiele (v.a. Lotterien und Tombolas) aufgrund von höheren Anforderungen im neuen Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz, SR 935.51)
- L6 Höhere Nachfrage nach Ausweisgeschäften, insbesondere aufgrund der zehnjährigen Gültigkeitsdauer des Passes

Entwicklungsschwerpunkte

DS 10.1c Umsetzung des Bundesprojekts zur Erneuerung des Passes und der Identitätskarte

Mit der Einführung der neuen Identitätskarte am 3. März 2023 wurde das Projekt abgeschlossen. Stand bis Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
	69.8	82.9	76.3	-6.6	-7.9

Bemerkungen R23 zu B23

- 6.6 Die höhere Anzahl Ausweisgeschäfte im Passbüro konnte mit weniger Personalressourcen als geplant bewältigt werden.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	11.6	13.0	0.0	0.0	13.0	13.3	0.3	2.4
Aufwand	-15.8	-16.9	0.0	0.0	-16.9	-16.5	0.4	2.4
Saldo	-4.2	-3.9	0.0	0.0	-3.9	-3.2	0.7	18.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1							
Ausgaben	-1.0	-0.2	0.0	-0.1	-0.3	-0.1	0.2	72.2
Saldo	-0.9	-0.2	0.0	-0.1	-0.3	-0.1	0.2	72.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.7	A6	- Mehrertrag aus Ausweisgeschäften (vgl. Indikator L6) sowie geringerer Personal- und Sachaufwand
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.3	-0.1	0.2	
- Passbüro: insbesondere schweizweiter Ersatz der Biometrieerfassungsstationen (Bundessystem)	-0.2	-0.1	0.1	
- Anpassung Fachapplikationen an digitalen Arbeitsplatz	-0.1			
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-4351	0	0	-4351	0

3100 Kantonspolizei

Die Digitalisierung der Polizeiarbeit hat weiter zugenommen: Zahlreiche kriminalpolizeiliche Phänomene sind heute teilweise oder gar ausschliesslich auf den digitalen Bereich fokussiert, darunter verschiedene Betrugsformen. Auch Veranstaltungen, die eine spontane sicherheitspolizeiliche Reaktion erfordern, werden heute häufig über digitale Kanäle koordiniert; Beispiele dafür sind Kundgebungen oder Protestaktionen. Auf diese Entwicklungen reagiert die Kantonspolizei gezielt und konsequent.

Trotz allgemein anspruchsvoller Situation auf dem Personalmarkt gelang es der Kantonspolizei, die Klassen der Polizeischule mit guten Bewerberinnen und Bewerbern zu füllen. Die Kantonspolizei bleibt ein begehrter und geschätzter Arbeitgeber.

ber. Sichtbar wird das daran, dass es ihr gelingt, den Sollbestand zu gewährleisten.

Auf das rasch wieder angestiegene Passagieraufkommen im Flugverkehr hat die Flughafenpolizei mit verschiedenen Massnahmen reagiert. Dank verstärkter Rekrutierung und Ausbildung konnten zügig mehr Sicherheitsbeauftragte eingesetzt werden. Neben den geschilderten Entwicklungen hatte die Kantonspolizei in Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen rund um die Uhr Gefahren, Störungen, Straftaten und Unglücksfälle zu verhindern, zu beseitigen, aufzuklären und Fehlere den Konsequenzen zuzuführen. Zum Jahresbeginn übernahm Kommandant Marius Weyermann die Führung der Kantonspolizei.

Aufgaben

- A1 Durchsetzen der Rechtsordnung
- A2 Prävention (sichtbare Präsenz, Beratung und Information)
- A3 Aufrechterhaltung/Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung
- A4 Ermittlung/Aufklärung/Strafverfolgung
- A5 Schutz von Menschen und Sachwerten vor kriminellen Handlungen, polizeiliche Ermittlungen bei strafbaren Handlungen
- A6 Grenzkontrolle im Flughafen Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Spezialkontrollen (z.B. Schwerverkehrs- und Schwerpunktkontrollen)	A1	133	270	170	-100	-37.0
L2 Aktivitäten Kinder-/Jugendinstruktion (Unterricht, Aktionen)	A2	9480	9700	9904	204	2.1
L3 Notrufe	A5	216515	220000	255273	35273	16.0
L4 Interventionen über Einsatzzentralen	A1	129971	130000	130366	366	0.3
L5 Verkehrsunfälle (ohne Städte Zürich und Winterthur)	A3	9841	9500	9836	336	3.5
L6 Ordnungsdienst-Stunden	A3	36256	36000	54794	18794	52.2
L7 Geschwindigkeitskontrollen	A1	2292	2100	2380	280	13.3
L8 Erfasste Straftaten StGB/BetmG	A4	105735	105000	114147	9147	8.7
L9 Erfasste Straftatverdächtige StGB/BetmG	A4	23037	22500	24356	1856	8.2
L10 Ordnungsbussen	A1	62987	25000	26759	1759	7.0
L11 Arrestanteneingänge	A4	11070	11500	11459	-41	-0.4
L12 Arrestantentransporte	A4	36215	35000	31312	-3688	-10.5
L13 Patrouillenstunden der Flughafenpolizei	A2	226977	240000	231875	-8125	-3.4
L14 Sicherheitskontrollierte Passagiere, in Mio.	A3	11.3	11	14.4	3.4	30.9
L15 Sichergestellte gefährliche Gegenstände im registrierten Gepäck	A3	72515	60000	90337	30337	50.6
L16 Rückführungen auf dem Luftweg	A1	2710	2500	2900	400	16.0
L17 Grenzkontrollierte Passagiere durch Flughafenpolizei, in Mio.	A6	8.3	7.3	10.7	3.4	46.6
B1 Budgetunterschreitung Erfolgsrechnung, in %		-1.0	0	0.5	0.5	
B2 Interventionen pro Korpsangehörige/n	A1	73	60	75	15	25.0
B3 Aufwand für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken			21	20.9	-0.1	-0.5
B4 Ertrag aus dem Betrieb des PJZ, in Mio. Franken			21	20.9	-0.1	-0.5
B5 Investitionen für den Betrieb des PJZ, in Mio. Franken			0.9	0.2	-0.7	-77.8
B6 Mitarbeitende für den Betrieb des PJZ, Beschäftigungsumfang			166.4	164.6	-1.8	-1.1
W1 Zufriedenheit der Bevölkerung mit Polizeikontakt, Befragung, in %	A1	95	90	86	-4	
W2 Durchschnittliche Interventionszeit bei Notrufen, in Min.	A1	16	18	17	-1	-5.6
W3 Anteil Interventionszeit über 30 Min., in %	A1	12	9	13	4	
W4 Aufklärungsquote (alle Delikte StGB/BetmG), in %	A4	44	45	42	-3	
W5 Aufklärungsquote (Verbrechen gegen Leib und Leben), in %	A4	80	85	81	-4	

Bemerkungen

- L1 Tiefere Anzahl ausgewiesener Spezialkontrollen; Budgetwert zu hoch, im Budget 2024 auf 130 angepasst
- L3 Anstieg der Anzahl Notrufe auf Einsatzzentralen
- L6 Mehr Ordnungsdienststunden, unter anderem für das WEF, am Flughafen Zürich (unter anderem für Rückführungen), am Hauptbahnhof Zürich und zum Schutz von Gerichtsvorführungen
- L8 Höhere Anzahl erfasste Straftaten Strafgesetzbuch/Betäubungsmittelgesetz, vor allem aufgrund der Zunahme von Vermögensdelikten (Diebstahl/Cyberdelikte) und Urkundenfälschungen (unter anderem für Covid-Darlehen)
- L9 Höhere Anzahl erfasste Straftatverdächtige Strafgesetzbuch/Betäubungsmittelgesetz aufgrund der Zunahme bei den Straftaten (vgl. Indikator L8)
- L10 Anzahl Ordnungsbussen auf dem Niveau vor der Coronapandemie
- L14 Mehr sicherheitskontrollierte Passagiere aufgrund des Anstiegs der Reisetätigkeit
- L15 Höhere Anzahl von sichergestellten gefährlichen Gegenständen im registrierten Gepäck aufgrund des Anstiegs der Reisetätigkeit
- L16 Rückführungen auf dem Luftweg leicht über dem Vorjahresniveau. Für die Ausschaffungen sind das Bundesamt für Migration (Asygesetz) und die kantonalen Migrationsämter (Ausländer- und Integrationsgesetz [AIG]) zuständig.
- L17 Höhere Anzahl grenzkontrollierter Passagiere durch die Flughafenpolizei aufgrund des Anstiegs der Reisetätigkeit
- B2 Anzahl Interventionen pro Korpsangehörige/n auf Vorjahresniveau
- W1 Bezüglich Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit Polizeikontakt wurden Betroffene eines Gewaltdelikts befragt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 1a Seniorinnen, Senioren und Hilfsbedürftige gegen Gewalt- und Vermögensstraf-taten schützen.

Die Fachstelle Seniorenschutz der Kriminalpolizei hat mit dem interdisziplinären Netzwerk weitere Workshops und Vernetzungsanlässe durchgeführt. Dabei wurden das Netzwerk um weitere Partnerorganisationen erweitert, die arbeitsteilige Bearbeitung der identifizierten Handlungsfelder vereinbart und weitere Handlungsoptionen zur Erkennung von Missbräuchen und Straftaten zum Nachteil von älteren Menschen identifiziert. Insbesondere prüfte eine Arbeitsgruppe niederschwellige Meldemöglichkeiten für Verdachtsfälle. Weiter wurde die Koordination von Interventions- und Hilfsmassnahmen im Einzelfall vertieft. Sodann sorgte die Fachstelle mit einem Ereignismonitoring und mit Kriminalanalysen für die Früherkennung neuer Phänomene und für den Aufbau von Fachkompetenz zum polizeilichen Umgang mit Seniorinnen und Senioren bei Delikts- und Missbrauchssachverhalten. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1b Geldwäscherei in enger Zusammenarbeit mit kantonalen, nationalen und inter-nationalen Behörden bekämpfen.

Es wurden verschiedene Massnahmen in den Bereichen Standardisierung, Instruktion, nationale und internationale Vernetzung und Zusammenarbeit sowie gezielte Aktionen konzipiert und umgesetzt. Im Rahmen von Strafverfahren konnten wiederum Vermögenswerte in mehrfacher Millionenhöhe zur späteren Einziehung sichergestellt werden. Die Erkenntnisse aus den geführten Strafverfahren wurden auch für spezifische Präventionsmassnahmen genutzt. Im Rahmen von Aktionswochen wurden zudem neue polizeiliche Vorgehensstandards zur spezifischen Kontrolle von verdächtigem grenzüberschreitendem Barmittelverkehr umgesetzt. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1c Die Effizienz und Effektivität der Ermittlung und Strafverfolgung mit digitalen Prozessen und Verfahren verbessern.

Die Abteilung Cybercrime erzielte gewichtige Ermittlungs- und Verhaftungserfolge u.a. bei der Bekämpfung internationaler Ransomware-Delikte und von Pädokriminalität im Internet. Weiter setzte sie ein Konzept zur Entwicklung digitaler Kompetenzen für die Ermittlungsarbeit um und erstellte technische Hilfsmittel zur Vereinfachung digitaler Ermittlungsaufgaben. Sodann entwickelt sie im Projekt Daten- und Informationsmanagement Prozesse und Vorgaben für die Zusammenarbeit zur gezielten und effizienten Auswertung umfangreicher Datensicherstellungen. Nach entsprechenden Pilotverfahren wurde die flächendeckende Einführung der digitalisierten Edition von Bankkontoinformationen vorbereitet. Mit dem Programm Asservatenmanagement wird der Umgang der Strafverfolgungsbehörden mit Sicherstellungen und Beschlagnahmungen durchgängig, einheitlich und medienbruchfrei mit digitalen Mitteln gewährleistet. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit den Leistungsgruppen Nrn. 2204, Staatsanwaltschaft, und 2205, Jugendstrafrechtspflege, umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 1d Im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern Anschlusslösungen nach dem justiziellen Verfahren schaffen.

Die Ansprechpersonen des Kantonalen Bedrohungsmanagements wurden im Umgang mit psychisch auffälligen Gefährdern geschult. Verschiedene Massnahmen zur Schliessung bestehender Versorgungslücken wurden getroffen. Die Fachstelle Forensic Assessment & Risk Management unterstützte die Polizei, Staats- und Jugendanwaltschaft sowie die psychiatrischen Kliniken massgeblich mit Risiko einschätzungen und Interventionsempfehlungen. Die Bewährungs- und Vollzugsdienste setzten die im Vorjahr erarbeiteten Leistungen bei Ersatzmassnahmen im Regelbetrieb um. Die interdisziplinäre Fachkommission zur Behandlung und Unterbringung gewaltbereiter Personen bei der Psychiatrischen Universitätsklinik setzte sich weiterhin intensiv mit der Erweiterung von gesicherten Unterbringungsmöglichkeiten auseinander. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt. Abgeschlossen 2023

RRZ 1e Gewalt gegen Frauen vermindern und potenzielle Opfer besser schützen.

Die Interventionsstelle gegen Häusliche Gewalt hat die Umsetzung der Istanbul-Konvention im vierten Zwischenbericht per Ende Oktober des Berichtsjahres festgehalten. An der jährlichen Fachtagung Bedrohungsmanagement wurden die Entwicklungen in ausgewählten Bereichen einschliesslich Häuslicher Gewalt vorgestellt und die Vernetzung unter den Fachpersonen gestärkt. Die Kampagne «Stopp Gewalt gegen Frauen» wird 2024 mit «Häuslicher Gewalt» erweitert. Die Vorbereitungen sind im Gang. Mit regelmässigen Posts via Social Media wurde die Sensibilität in der Bevölkerung weiter erhöht sowie auf Hilfs- und Unterstützungsangebote hingewiesen. Niederschwellige Meldungen führten zu vermehrten Interventionen durch die Frontpolizei. Es wurden auch mehr Schutzmassnahmen gemäss Gewaltschutzgesetz angeordnet. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit der Leistungsgruppe Nr. 2204, Staatsanwaltschaft, umgesetzt. Abgeschlossen 2023

RRZ 1f Internetkriminalität konsequent bekämpfen und die Prävention ausbauen, insbesondere gegen Cybermobbing und neue Phänomene wie «Hatecrime».

Die Kompetenzen der Angehörigen der Kriminalpolizei zum Einsatz von digitalen Ermittlungsmassnahmen wurden weiter gestärkt und die Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialistinnen und Spezialisten neu organisiert. Neben Massnahmen zum Wissenserwerb und technischen Hilfsmitteln zur Vereinfachung von Arbeitsprozessen wurde auch die kriminalpolizeiliche Zusammenarbeit für die Bearbeitung digitaler Spuren und Beweismittel neu konzipiert. Die von der Kantonspolizei betriebene Webseite Cybercrimepolice.ch hat sich dabei als interaktiver Kommunikationskanal weiter etabliert. Unter der Leitung der Kantonspolizei wird deshalb im Auftrag der Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren eine schweizweite Ausweitung des Webauftritts entwickelt. Diese Massnahme wurde gemeinsam mit den Leistungsgruppen Nrn. 2204, Staatsanwaltschaft, und 2205, Jugendstrafrechtspflege, umgesetzt. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	3514.2	3561.3	3544.4	-16.9	-0.5

Bemerkungen R23 zu B23

-16.9 Vor allem Verzögerungen bei Stellenbesetzungen aufgrund der schwierigen Arbeitsmarktsituation

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	205.7	206.6	0.0	0.0	206.6	213.6	7.0	3.4
Aufwand	-653.9	-668.2	0.0	0.0	-668.2	-677.4	-9.3	-1.4
Saldo	-448.2	-461.6	0.0	0.0	-461.6	-463.9	-2.3	-0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	1.7	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.1	-69.3
Ausgaben	-34.3	-38.1	0.0	-3.0	-41.1	-29.6	11.6	28.1
Saldo	-32.6	-38.0	0.0	-3.0	-41.0	-29.5	11.5	28.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-2.3	A1	- u.a. Mehraufwand aufgrund der Teuerung
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3100

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.1	0.0	-0.1	
- Übrige	0.1	0.0	-0.1	
Ausgaben total	-41.1	-29.6	11.6	
- ICT (Hard- und Software) sowie Kommunikationsmittel, u.a. Funknetz «Polycom»	-28.7	-23.6	5.1	- v.a. Verzögerungen bei diversen Weiterentwicklungen und Beschaffungen
- Weitere Sachinvestitionen (v.a. Fahrzeuge)	-11.5	-5.7	5.8	- Lieferverzug u.a. bei Fahrzeugen
- PJZ (v.a. Nutzereinrichtungen)	-0.9	-0.2	0.7	
- Übrige	-0.0	-0.1	-0.1	
 Rücklagen				
Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	Veränderung Bestand
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	
-1245916	27591	0	-1218325	27591

3200 Strassenverkehrsamt

Im Berichtsjahr hat der Bund den neuen Führerausweis im Kreditkartenformat eingeführt. Die Ausweise sind mit zusätzlichen Sicherheitsmerkmalen ausgestattet und werden zentral für die ganze Schweiz produziert. Die blauen, papierenen Ausweise müssen bis Herbst 2024 umgetauscht werden. Es wurden 50 000 Personen angeschrieben, 30 000 Ausweise wurden umgetauscht. Gesamthaft müssen im Kanton 100 000 blaue Ausweise umgetauscht werden.

Mit einem Tag der Verkehrssicherheit für die Bevölkerung hat das Strassenverkehrsamt den 50. Geburtstag des Standorts

Zürich Albisgütli gefeiert. Rund 4500 Personen besuchten Mitte August des Berichtsjahres den Anlass.

Zum ersten Mal wurde mit ZH 50 ein zweistelliges Auto-Kontrollschild versteigert. Die Versteigerung ergab einen Erlös von Fr. 202 000.

Die Ablösung der Kerngeschäftsfallapplikation durch die neue Fachapplikation CARi war auch im Geschäftsjahr das bestimmende Projekt. Zusammen mit dem Anbieter wird diese Kerngeschäftsfallapplikation auf die Bedürfnisse des Kantons angepasst.

Aufgaben

- A1 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung der Verkehrstüchtigkeit von Fahrzeugneulenkern und Fahrzeugneulenkern anlässlich der Führerprüfungen
- A2 Förderung der Verkehrssicherheit durch objektive Beurteilung des Fahrzeugzustandes anlässlich der Fahrzeugprüfungen sowie Überprüfung der Konformität mit den Bundesvorschriften
- A3 Zulassung von Fahrzeugen, Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern gemäss Bundesvorschriften sowie Beantwortung von Anfragen
- A4 Aufrechterhaltung und Verbesserung der Verkehrssicherheit durch Anordnung von Administrativmassnahmen nach dem Strassenverkehrsrecht (SVG) gegenüber fehlbaren oder nicht fahrgerechten Fahrzeugführerinnen und Fahrzeugführern (Verwarnung, Führerausweisentzug, Verkehrsunterricht usw.)
- A5 Kontrollschilderentzüge (fehlende Motorfahrzeugversicherung bzw. geschuldete Verkehrsabgaben), Rechnungstellung und Inkasso kantonaler Verkehrsabgaben und Gebühren sowie der pauschalen Schwerverkehrsabgabe des Bundes (PSVA)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	30464	30000	34569	4569	15.2
L2	Praktische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	33945	30000	31696	1696	5.7
L3	Technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	246241	270000	226981	-43019	-15.9
L4	Überwachungsaufgaben (Garagen und Fahrlehrer)	A2	352	500	464	-36	-7.2
L5	Zulassungsgeschäfte (Geschäftsfälle)	A3	789244	850000	853182	3182	0.4
L6	Beantwortete Anfragen (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	481161	520000	532976	12976	2.5
L7	Eingegangene/verarbeitete Polizeirapporte	A4	50024	52000	54391	2391	4.6
L8	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle)	A4	95823	95000	107932	12932	13.6
L9	Erstellte Rechnungen, in Mio.	A5	1.77	1.88	1.72	-0.16	-8.51
L10	Erstellte Inkassobelege (Mahnungen, Entzugsverfügungen, Betreibungen, Polizeiaufträge)	A5	260610	260000	271864	11864	4.6
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen)	A5	173748	150000	180008	30008	20.0
L12	Chauffeurfahrten		1653	1500	1470	-30	-2.0
L13	Selbstfahrten durch Verwaltungsmitarbeitende		4200	5500	5321	-179	-3.3
B1	Theoretische und praktische Führerprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A1	484	460	499	39	8.5
B2	Technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexperten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge)	A2	1849	1840	1709	-131	-7.1
B3	Zulassungsgeschäfte pro Mitarbeiter/in (Geschäftsfälle)	A3	6977	7500	7375	-125	-1.7
B4	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Fahrzeug- und Führerzulassung)	A3	4254	4600	4607	7	0.2
B5	Administrativrechtliche Anordnungen, inkl. Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiter/in	A4	1829	1700	2017	317	18.6
B6	Beantwortete Anfragen pro Mitarbeiter/in (Rechnungswesen)	A5	12150	11000	11321	321	2.9
B7	Gebührenerträge, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	71	77	72	-5	-6.5

Sicherheitsdirektion Leistungsgruppe 3200

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
B8	Erträge aus Kontrollschilderversteigerungen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	5.5	4	4.9	0.9	22.5
B9	Kostendeckungsgrad Gebühren, in %	A1, A2, A3, A4, A5	90	105	87	-18	
W1	Kundenzufriedenheit (Erhebung alle 2-4 Jahre)		gut				

Bemerkungen

L1	Mehr theoretische Führerprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) infolge höherer Nachfrage als erwartet
L3	Weniger technische Fahrzeugprüfungen (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) unter anderem wegen eingeschränkter Personalkapazitäten (neue Verkehrsexpertinnen und Verkehrsexperten in Ausbildung)
L8	Mehr administrativrechtliche Anordnungen, einschliesslich Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle) wegen Verfahrensänderung bei verkehrsmedizinischen (Folge-)Untersuchungen sowie mehr Auflagen im Führerausweis der Fahrzeuglenkerinnen und -lenker (z.B. Brillentragpflicht)
L11	Beantwortete Anfragen (Rechnungswesen) auf Vorjahresniveau (Budgetwert zu tief, wurde im Budget 2024 erhöht)
B2	Weniger technische Fahrzeugprüfungen pro Verkehrsexpertin oder -experten (Strassen- und Wasser-Fahrzeuge) infolge Ausbildung von neu eingestellten Verkehrsexpertinnen und -experten
B5	Mehr administrativrechtliche Anordnungen, einschliesslich Verkehrsmedizin (Geschäftsfälle), pro Mitarbeiterin oder Mitarbeiter infolge höherer Anzahl administrativrechtlicher Anordnungen einschliesslich Verkehrsmedizin (vgl. Indikator L8)
B7	Tiefere Gebührenerträge infolge geringerer Anzahl Fahrzeugprüfungen (vgl. Indikator L3) sowie tieferen Gebührenertrags aus Fahrzeugzulassungsgeschäften
B8	Mehr Erträge aus Kontrollschilderversteigerungen; abhängig von der Attraktivität der einzelnen Kontrollschilder
B9	Geringerer Kostendeckungsgrad der Gebühren infolge tieferer Gebührenerträge (vgl. Indikator B7)

Entwicklungsschwerpunkte

DS 1.1b Umsetzung der «Via sicura»-Gesetzesänderungen

Die verabschiedeten Gesetzesänderungen des Verkehrssicherheitspakets Via sicura sind eingeführt. Abgeschlossen Einzelne Anpassungen sind im Bundesparlament pendent. Stand bis

DS 1.1c Ablösung der Kerngeschäftsfallapplikation

Die neue Kerngeschäftsfallapplikation CARi wird am 1. August 2024 eingeführt. Verzögert 2023

DS 1.1d Digitalisierung von Geschäftsprozessen (u.a. Sprach-, Texterkennungsroboter sowie Ausbau der digitalen Verwaltungsgeschäfte)

Der Sprachroboter für Auskünfte im Bereich des Rechnungswesens ist eingeführt. Weitere Sprachroboter sind in der Umsetzungsphase. Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	404.8	402.5	405.5	3.0	0.7

Bemerkungen R23 zu B23

3.0 Leicht höherer Beschäftigungsumfang

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Ertrag	431.8	439.1	0.0	0.0	439.1	434.1	-5.1
- Verkehrsabgaben	339.4	341.0	0.0	0.0	341.0	340.2	-0.8	-0.2
Aufwand	-417.8	-421.7	0.0	0.0	-421.7	-422.2	-0.4	-0.1
- Übertrag an Strassenfonds	-337.8	-339.8	0.0	0.0	-339.8	-338.5	1.3	0.4
Saldo	14.0	17.4	0.0	0.0	17.4	11.9	-5.5	-31.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Einnahmen							
Ausgaben	-1.9	-7.1	0.0	-2.6	-9.7	-2.6	7.2	73.8
Saldo	-1.9	-7.1	0.0	-2.6	-9.7	-2.6	7.2	73.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-5.5		- Minderertrag aus Gebühren (-5,0 Mio. Franken, insbesondere aus technischen Fahrzeugprüfungen; vgl. Indikator L3) sowie Mehraufwand für Energie
0.0		- Übrige Abweichungen

Sicherheitsdirektion
Leistungsgruppe 3200

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-9.7	-2.6	7.2	
- Fachapplikationen (Soft- und Hardware; v.a. Ablösung Kerngeschäftsfallapplikation durch «CARI»)	-8.7	-1.2	7.5	- Minderausgaben v.a. wegen Verschiebung der Einführung der Kernapplikation «CARI» auf 2024
- Maschinen, technische Prüfgeräte sowie Fahrzeuge	-1.0	-1.2	-0.2	
- Übrige	0.0	-0.2	-0.2	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-56802	56802	0	0	56802

3300 Migrationsamt

Die ständige ausländische Wohnbevölkerung im Kanton nahm im Vergleich zum Vorjahr erneut deutlich zu. Ende Dezember des Berichtsjahres waren 443 063 Personen mit Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung ansässig; dies entspricht einem Zuwachs von rund 14 600 Personen (+3,4%). Einem Zugang von rund 52 600 Personen, der durch die effektive Einwanderung, Geburten und den Zuzug aus anderen Kantonen begründet ist, steht dabei ein Abgang von 38 000 Personen gegenüber. Zudem erhielten knapp 13 000 Personen im Kanton eine unterjährige Kurzaufenthaltsbewilligung. Diese ausserordentliche Entwicklung war insbesondere bei den Bewilligungsabteilungen spürbar und konnte vorübergehend zu längeren Verfahrensdauern führen. Insgesamt wurden im Berichtsjahr in der Schweiz 30 223 Asyl-

gesuche eingereicht, was einen Anstieg von mehr als 23% im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Infolgedessen stieg die Anzahl der dem Kanton zugewiesenen Asylsuchenden erneut. Neben der starken Zuwanderung im Ausländerbereich und dem Anstieg der Asylsuchenden fanden im Berichtsjahr rund 3 200 Personen aus der Ukraine neu Schutz. Die Asyladministration und der Vollzugsbereich des Migrationsamtes waren entsprechend stark gefordert.

Das Migrationsamt erteilte im Berichtsjahr den Zuschlag für die Erneuerung seiner Fachapplikationen und startete mit der Umsetzung. Damit kann der digitale Geschäftsverkehr mit Privaten und anderen Behörden, insbesondere den Einwohnerkontrollen, erweitert werden.

Aufgaben

- A1 Vollzug des Ausländerrechts des Bundes unter möglichst optimaler Abstimmung der Interessen und Erwartungen der verschiedenen Anspruchsgruppen (Personen ausländischer Nationalität, Öffentlichkeit, Arbeitgebende, Behörden, kommunale, kantonale und eidgenössische Amtsstellen u.a.)
- A2 Vollzug der kantonalen Aufgaben im Rahmen des Asylrechts des Bundes (u.a. Ausweiserstellung und -verlängerung, Befragungen, Prüfung und Entscheid über Härtefallgesuche)
- A3 Treffen von Rückkehrmassnahmen im Falle von Wegweisungen und Ergreifen von angemessenen Massnahmen im Falle von Straffälligkeit, Missbräuchen, illegaler Anwesenheit, dauerhaftem Sozialhilfebezug oder Verstössen gegen öffentliche Sicherheit und Ordnung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%	
L1	Bewilligte Einreisegesuche	A1	12 499	13 000	11 915	-1 085	-8.3
L2	Visageschäfte/Schaltevorsprachen	A1	51 357	45 000	58 862	13 862	30.8
L3	Geschäfte zur Anwesenheitsregelung	A1	192 906	211 000	238 373	27 373	13.0
L5	Massnahmen gegen ausländische Personen	A3	7 247	10 000	7 875	-2 125	-21.3
L6	Administrativhaft, in Tg.	A2	8 778	18 000	4 947	-13 053	-72.5
L7	Beantwortete telefonische Anfragen (Ø pro Tag)	A1	581	650	643	-7	-1.1
L8	Ausländerausweise im Kreditkartenformat	A1	171 819	195 000	228 093	33 093	17.0
B1	Saldo pro Bewilligung, in Fr. (Berechnung auf Teilkostenbasis)	A1	-1	-3	4	7	-233.3
B2	Mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall, in Tg.	A1	3	2	7	5	250.0
W2	Anteil der gutgeheissenen Rekurse, in %	A1	12.2	13	16	3	

Bemerkungen

- L1 Tiefere Anzahl bewilligte Einreisegesuche infolge des Wegfalls der Visumpflicht für Drittstaatsangehörige mit gültigem Aufenthaltstitel eines Schengenstaates (seit 1. Oktober 2022)
- L2 Die hohe Zuwanderung führte zu kapazitätsbedingten Rückständen bei der Ausstellung von Ausländerausweisen, weshalb mehr Rückreisevisa ausgestellt werden mussten
- L3 Höhere Anzahl Geschäfte zur Anwesenheitsregelung aufgrund der hohen Zuwanderung im Ausländerbereich und der hohen Anzahl Asylsuchender
- L5 Weniger Massnahmen gegen ausländische Personen aufgrund der höheren Anforderungen der Rechtsprechung an die Haftanordnungen im Bereich des Dublin-Übereinkommens. Zudem gab es weniger Haftanordnungen und Eingrenzungen wegen der geringeren Anzahl Nothilfebezüglerinnen und Nothilfebezügler.
- L6 Geringere Anzahl Administrativhafttage aufgrund der höheren Anforderungen an Haftanordnungen im Bereich des Dublin-Übereinkommens infolge der Rechtsprechung zur Administrativhaft
- L8 Höhere Anzahl Ausländerausweise im Kreditkartenformat infolge der hohen Zuwanderung sowie der Umstellung der Papiausweise N und F auf den Ausweis im Kreditkartenformat.
- B1 Höherer Saldo pro Bewilligung aufgrund der hohen Zuwanderung, der grossen Anzahl Asylgesuche und der Verrechnung der Verlängerungsgesuche für den Schutzstatus S
- B2 Höhere mittlere Bearbeitungsdauer pro Geschäftsfall aufgrund der hohen Zuwanderung und der damit verbundenen Rückstände in der Bearbeitung

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.2a Elektronisches Bewilligungsverfahren (Datentransfer Ausländer/Einwohnerkontrolle/Migrationsamt)

Der Ausbau des elektronischen Datenaustausches mit den Gemeinden wurde technisch weiter optimiert. Mit easyGov konnte die digitale Gesuchstellung für Unternehmen für ausgewählte Einreiseprozesse eingerichtet werden. Zudem konnte mit den Kantonen Thurgau und Graubünden der elektronische Dossier austausch umgesetzt werden. Abgeschlossen 2023

DS 10.1b Umsetzung des Bundesprojekts «ESYSP», Rollout neuer Biometriestationen

Das Projekt wurde mit dem Austausch aller Biometriestationen und dem Einbau einer zusätzlichen Station per Mitte April des Berichtsjahres abgeschlossen. Abgeschlossen 2023

DS 1.2b Erneuerung Fachapplikationen Migrationsamt

Das Projekt wurde im Oktober des Berichtsjahres gestartet und läuft bis Ende 2025. Der Start verzögerte sich, weil das Beschaffungsverfahren länger als geplant dauerte. Verzögert 2024

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	163.7	172.1	179.7	7.6	4.4

Bemerkungen R23 zu B23

7.6 Höherer Beschäftigungsumfang wegen befristeter Anstellungen zur Bewältigung der höheren Zuwanderung und der Bewilligungsabwicklung für den Schutzstatus S

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	16.3	19.4	0.0	0.0	19.4	19.1	-0.2	-1.2
Aufwand	-28.3	-34.6	0.0	0.0	-34.6	-31.7	2.9	8.4
Saldo	-12.0	-15.2	0.0	0.0	-15.2	-12.5	2.7	17.5

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-1.3	0.0	-0.4	-1.7	-0.8	0.9	53.9
Saldo		-1.3	0.0	-0.4	-1.7	-0.8	0.9	53.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.9	A1	- Minderaufwand, v.a. bei der Administrativhaft
-0.2	A1	- Mehrertrag aus Gebühren (+1.7 Mio. Franken) und mengenabhängiger Verwaltungskostenpauschale des Bundes (+0.7 Mio. Franken), überlagert durch Minderertrag bei der Administrativhaft (-2.6 Mio. Franken)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.7	-0.8	0.9	
- Erneuerung Fachapplikationen und Digitalisierung Bewilligungsverfahren	-1.3	-0.4	0.9	- Projektverzögerung
- Schweizweiter Ersatz der Biometrieerfassungsstationen (Bundessystem)	-0.4	-0.4	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

3400 Amt für Militär und Zivilschutz

Alle Dienstpflichtigen im Kanton werden während ihrer Militär- oder Zivilschutzlaufbahn bis zur Abrüstung und Entlassung durch das Amt für Militär und Zivilschutz begleitet. An den angebotenen Orientierungstagen in der Kaserne Reppischtal in Birmensdorf wurden rund 6000 stellungspflichtige Männer über die Möglichkeiten ihrer Dienstverfüllung informiert. Die für Frauen separat organisierten freiwilligen Informationsveranstaltungen wurden von 219 Teilnehmerinnen besucht. Über 1300 Angehörige der Armee wurden im November feierlich aus der Militärdienstpflicht entlassen. Die Dienstleistungen der Retablierungsstelle (Logistikbasis der Armee) und des kantonalen Zeughauses wurden von über 6000 Armeeangehörigen und Dritten in Anspruch genommen.

Dank der Infanterie-Durchdienerschule und der Militärakademie an der ETH Zürich war der Waffenplatz Zürich-Reppischtal mit seinen Schiess- und Ausbildungsplätzen gut ausgelastet. Der Zivilschutz bildete in einer elftägigen Grundausbildung rund 1200 Personen für den Zivilschutz aus und führte Weiterbildungskurse für die Kader und Spezialisten der 37 Zivilschutzorganisationen durch. Das moderne und bestens ausgerüstete Ausbildungszentrum Andelfingen wurde für Schulungen von Zivilschutz, Feuerwehr und Polizei intensiv genutzt. Der Zivilschutz leistete rund 2500 Einsatztage zugunsten der Gemeinschaft sowie zur Nothilfe. Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagte mehr als 39000 Ersatzpflichtige.

Aufgaben

- A1 Die Militärverwaltung führt die Orientierungstage durch, bietet zur Rekrutierung auf und entlässt die Armeeangehörigen aus der Militärdienstpflicht. Sie erledigt das Kontroll-, Schiess-, Straf- und Dienstverschiebungswesen.
- A2 Der Zivilschutz (ZS) bildet Stabsassistenten, Pioniere und Betreuer sowie das Gros der Kader und Spezialisten für die Zivilschutzorganisationen der Gemeinden aus und ist für den Unterhalt der Zivilschutzinfrastrukturanlagen zuständig.
- A3 Die Waffenplatzverwaltung stellt im Auftrag des VBS den Unterhalt der Kasernenanlagen und die Infrastruktur der Ausbildungsplätze sicher.
- A4 Das Zeughaus ist zuständig für die persönliche Ausrüstung der Angehörigen der Armee und des Zivilschutzes und betreibt einen Armee-Shop.
- A5 Die Wehrpflichtersatzverwaltung veranlagt die Ersatzpflichtigen, bezieht die Ersatzabgabe, setzt deren Eingang durch, klärt die Befreiung oder den Erlass von Ersatzabgaben ab und prüft Rückerstattungsansprüche.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Geschäftsfälle im Kontrollwesen (Mutationen, Gesuche)	A1	47780	33000	42794	9794	29.7
L2	Informierte Stellungspflichtige und entlassene Armeeangehörige	A1	7826	8100	8064	-36	-0.4
L3	Durchgeführte Kursteilnehmertage im Bereich des Zivilschutzes	A2	12119	9500	10584	1084	11.4
L4	Belegungspersonentage in der Kaserne Zürich-Reppischtal	A3	145000	160000	145000	-15000	-9.4
L5	Revisionen und Instandhaltungen von Sturmgewehren	A4	4000	4000	4000	0	0.0
L6	Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes	A5	34832	40000	33393	-6607	-16.5
B1	Durchschnittliche Kosten pro Teilnehmer/in an Orientierungstagen und Entlassungen, in Fr.	A1	62	52	57	5	9.6
B2	Aufwand pro Geschäftsfall im Kontrollwesen, in Std.	A1	0.2	0.2	0.2	0.0	0.0
B3	Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen, in %	A2	82	80	60	-20	
B4	Aufwand pro Gesuch betreffend Schutzraumbauten, in Std.	A2	3	3	3	0	0.0
B5	Kosten pro Belegungspersonentag in der Kaserne Zürich-Reppischtal, in Fr.	A3	66	55	66	11	20.0
W1	Genügend informierte Stellungspflichtige an Orientierungstagen, in %	A1	94.6	95	95	0	
W2	Zivilschutzorganisationen, welche die Inspektionsübung erfüllt haben, in %	A2	100	90	95	5	
W3	Zufriedene Kunden des Zeughauses, in %	A4	92	90	92	2	

Bemerkungen

- L1 Höhere Anzahl bearbeiteter Geschäftsfälle im Kontrollwesen wegen des Wechsels der Fachapplikation (Budgetwert zu tief, im Budget 2024 auf 42 000 angepasst)
- L6 Geringere Anzahl Rechnungen im Bereich des Wehrpflichtersatzes aufgrund des flexiblen Starts (19. bis 25. Altersjahr) als Folge des revidierten Bundesgesetzes über die Wehrpflichtersatzabgabe (WPEG)
- B3 Geringere Auslastung des Ausbildungszentrums Andelfingen aufgrund der vorübergehend reduzierten Nachfrage
- B5 Höhere Kosten pro Belegungstag in der Kaserne Zürich-Reppischtal wegen höherer Raumnebenkosten bei gleichzeitig geringerer Anzahl Belegungspersonentage (vgl. auch Indikator L4)

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

DS 1.3a Ausbildungsqualität im Zivilschutz weiter verbessern

Die Ausbildungsqualität wurde durch die Verlängerung der Offiziersausbildung und die Einführung des Praktischen Dienstes weiter verbessert. Abgeschlossen 2023

DS 1.3b Inspektionsübungen der Zivilschutzorganisationen weiterführen

Die Inspektionsübungen wurden durchgeführt und mit Ausbildungsblöcken verbunden. Abgeschlossen 2023

DS 1.3c Zivilschutzkommandanten zur Zusammenarbeit mit den übrigen Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes befähigen

Nebst den ordentlichen Kommandantenkursen wurden in Zusammenarbeit mit den Partnern des Bevölkerungsschutzes freiwillige Kommandantenworkshops durchgeführt, die rege besucht wurden. Abgeschlossen 2023

DS 1.3d Gemeinsame Übungen des Zivilschutzes mit den Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes durchführen

Regelmässige kombinierte Einsatzübungen mit Feuerwehr, Polizei, Seerettung und Sanität dienten der weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	127.7	131.5	130.2	-1.3	-1.0

Bemerkungen R23 zu B23

-1.3 Geringerer Beschäftigungsumfang, u.a. infolge vorübergehend vakanter Stellen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.8	26.2	0.0	0.0	26.2	28.6	2.4	9.2
Aufwand	-41.2	-39.8	0.0	0.0	-39.8	-40.8	-1.1	-2.7
Saldo	-10.4	-13.6	0.0	0.0	-13.6	-12.3	1.3	9.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.9	1.8	0.0	0.0	1.8	0.7	-1.0	-59.1
Ausgaben	-1.5	-2.7	0.0	0.0	-2.7	-1.4	1.3	48.1
Saldo	-0.6	-0.9	0.0	0.0	-0.9	-0.7	0.2	26.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.3	A1, A5	- v.a. Mehrertrag (insbesondere bei der Wehrpflichtersatzverwaltung und wegen Bussen für Schiesspflichtversäumnisse)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.8	0.7	-1.0	
- Saldoneutrale, durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten	1.8	0.7	-1.1	- Tiefere durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-2.7	-1.4	1.3	
- Saldoneutrale, durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten	-1.8	-0.7	1.1	- Tiefere durchlaufende Investitionsbeiträge für Schutzbauten
- Tiefbauinvestitionen auf dem Waffenplatz Zürich-Reppischtal	-0.8	-0.7	0.1	- Projektverzögerung
- Übrige	-0.1	0.0	0.1	

3500 Sozialamt

Das Kantonale Sozialamt hat im Berichtsjahr unter direktem Einbezug von Menschen mit Behinderung und verschiedenen Verbänden und Organisationen die Einführung des am 1. Januar 2024 in Kraft getretenen Selbstbestimmungsgesetzes vorbereitet. Neben Wegleitungen wurden Abklärungsinstrumente, Anforderungen an die Leistungsanbieterinnen und -anbieter sowie die Voucher erarbeitet. Weiter wurde eine digitale Plattform bereitgestellt.

Aufgrund der hohen Zuwanderung im Asylbereich und aus der Ukraine musste der Kanton weiterhin stark ausgebaute Kapazitäten betreiben; insbesondere mussten die spezialisierten Unterbringungskapazitäten für unbegleitete minder-

jährige Asylsuchende verdoppelt werden. Da die bestehenden Rahmenverträge für die Leistungen im Asylbereich Ende Februar 2024 auslaufen, hat der Kanton die Aufträge neu ausgeschrieben und vergeben.

Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des Entwicklungsschwerpunkts RRZ 5c «Die Gemeinden bei der Umsetzung der Behindertenkonvention unterstützen» der Legislaturperiode 2023–2027 Vorbereitungen für die Aktionstage Behindertenrechte 2024 gestartet. Des Weiteren stellt die kantonale Koordinationsstelle Behindertenrechte den Gemeinden verschiedene Angebote wie Beratung, Inklusionscheck und Inklusionsförderprogramm zur Verfügung.

Aufgaben

- A1 Prüfung und Auszahlung des Kostenersatzes und der Staatsbeiträge an Gemeinden sowie Behandlung von Kostengutsprache gesuchten von Dritten. Durchführung der Verfahren bei interkantonaler Weiterverrechnung von Sozialhilfekosten und Finanzierung bei Zuständigkeit. Erbringung von Beratungsdienstleistungen für die Gemeinden
- A2 Koordination der Asylfürsorge
- A3 Prüfung und Auszahlung der Staatsbeiträge an die Gemeinden für die Zusatzleistungen zur AHV/IV sowie Abrechnung mit dem Bund
- A4 Auszahlung der Familienzulagen für Nichterwerbstätige an die Familienausgleichskassen des Kantons Zürich. Vergütung der Durchführungsentschädigung sowie Kontrolle der jährlichen Revisionsberichte der Familienausgleichskassen
- A5 Aufsicht, Bewilligung und Subventionierung von stationären und ambulanten Angeboten im Erwachsenenbereich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Unterstützungsanzeigen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe	A1	5064	2900	3287	387	13.3
L2	Vom Bund zugewiesene Asylsuchende	A2	1184	650	1711	1061	163.2
L3	Fürsorgeabhängige Asylsuchende im Kanton Zürich	A2	802	650	1792	1142	175.7
L4	Plätze in Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarung	A5	10289	10400	10335	-65	-0.6
L5	Fälle im Bereich Zusatzleistungen zur AHV/IV	A3	52542	52300	53053	753	1.4
L6	Fälle im Bereich Familienzulagen für Nichterwerbstätige	A4	3832	4000	3639	-361	-9.0
B1	Auslastungsgrad Asylunterkünfte, in %	A2	72	85	86	1	
B2	Auslastungsgrad Invalideneinrichtungen mit Leistungsvereinbarungen, in %	A5	95	95	95	0	
W1	Kostenersatz für wirtschaftliche Hilfe, Leistungen im Asylbereich, Beiträge an soziale Einrichtungen, an die Zusatzleistungen zur AHV/IV und an die Familienzulagen, in Mio. Franken	A1, A2, A3, A4, A5	1433.3	1537.8	1610.5	72.7	4.7

Bemerkungen

- L1 Der Anstieg von Unterstützungsanzeigen im Bereich der öffentlichen Sozialhilfe ist insbesondere auf nicht im Budget des Berichtsjahres enthaltene Anträge für Notfallhilfen für Personen aus der Ukraine zurückzuführen (Anzahl R23: 337; R22: 2531).
- L2 Höhere Anzahl der vom Bund zugewiesenen Asylsuchenden im Kanton aufgrund der gesamtschweizerisch stark angestiegenen Gesuchszahlen.
- L3 Höhere Anzahl fürsorgeabhängiger Asylsuchender im Kanton wegen höherer Anzahl Zuweisungen von Asylsuchenden vom Bund (L2) und den vielen Verfahrenspendenzen beim Bund
- W1 Der Gesamtaufwand bzw. der Kostenersatz steigt wegen höherer gesetzlich gebundener Beiträge im Asylbereich, vor allem aufgrund der grossen Anzahl Personen mit Schutzstatus S.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 5a Einen Aktionsplan für die Umsetzung der UNO-Behindertenrechtskonvention erarbeiten.

Der im Vorjahr vom Regierungsrat verabschiedete Aktionsplan Behindertenrechte 2022–2025 (RRB Nr. 980/2022) umfasst 26 Massnahmen in sieben Handlungsfeldern: Behindertengleichstellung, Bau- und Mobilitätsinfrastruktur, Selbstbestimmtes Leben, Bildung, Arbeit und Beschäftigung, Kultur, Freizeit und Sport sowie Gesundheit. Die Umsetzungsarbeit wurde in allen Direktionen und der Staatskanzlei aufgenommen und die Evaluation durch externe Fachexpertinnen und -experten unter Einbezug von Menschen mit Behinderung initialisiert. Der Stand der Umsetzung kann auf der Webseite des Kantons je Massnahme eingesehen werden.

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	192.2	188.0	188.0	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	624.1	631.0	0.0	0.0	631.0	722.2	91.3	14.5
- Rückerstattung wirtschaftliche Hilfe	81.1	78.9	0.0	0.0	78.9	85.5	6.6	8.4
- Rückerstattung an Asylaufgaben	204.7	207.0	0.0	0.0	207.0	288.3	81.4	39.3
- Rückerstattungen an Zusatzleist. und Familienzulagen	325.7	334.3	0.0	0.0	334.3	336.5	2.2	0.7
Aufwand	-1532.8	-1594.2	0.0	0.0	-1594.2	-1662.7	-68.5	-4.3
- Beiträge wirtschaftliche Hilfe	-172.2	-191.5	0.0	0.0	-191.5	-163.4	28.1	14.7
- Beiträge an Asylaufgaben	-208.0	-216.7	0.0	0.0	-216.7	-309.6	-93.0	-42.9
- Beiträge an Zusatzleist. und Familienzulagen	-727.0	-758.6	0.0	0.0	-758.6	-753.2	5.4	0.7
- Beiträge an Soziale Einrichtungen	-368.7	-371.1	0.0	0.0	-371.1	-384.3	-13.2	-3.5
- Beiträge an Sozialversicher. des Bundes	-1.6	-1.8	0.0	0.0	-1.8	-1.5	0.3	15.1
Saldo	-908.6	-963.2	0.0	0.0	-963.2	-940.5	22.7	2.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen						0.3	0.3	0.0
Ausgaben	-15.2	-23.4	0.0	-1.1	-24.5	-22.7	1.8	7.4
Saldo	-15.2	-23.4	0.0	-1.1	-24.5	-22.4	2.1	8.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
22.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
43.1	A1, A3	- Geringere Nettoaufwendungen für wirtschaftliche Hilfe (34.7 Mio. Franken) und Zusatzleistungen zur AHV/IV (8.4 Mio. Franken), hauptsächlich aufgrund der guten konjunkturellen Lage und der Ergänzungsleistungsreform des Bundes
-24.8	A2, A5	- Höhere Beiträge an Soziale Einrichtungen (-13.2 Mio. Franken, v.a. Teuerung) und Nettoaufwendungen im Asylbereich aufgrund der starken Zuwanderung (-11.6 Mio. Franken)
4.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.3	0.3	
- Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen	0.0	0.3	0.3	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-24.5	-22.7	1.8	
- v.a. Investitionsbeiträge an Soziale Einrichtungen	-21.5	-21.8	-0.3	
- Übrige	-3.0	-0.9	2.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -226127	Verwendung 2023 42929	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -183198	Veränderung Bestand 42929
--	-----------------------------	---	--	------------------------------

3700 Sportamt

Das Sportamt lancierte Anfang des Berichtsjahres mit «18plus coach» ein niederschwelliges Kursangebot für erwachsene Vereinsleiterpersonen ohne J+S-Anerkennung. Es soll die Qualität der Trainings im Jugend- und Breitensport im Kanton fördern und die Vereine stärken. Erste Kurse fanden in den Sportarten Unihockey, Volleyball, Fussball und Turnen statt.

Alle Streckenführungen für die Rad-WM 2024 konnten bestätigt werden, und die ersten Begleitmassnahmen zeigten bereits Wirkung. So fand von Mai bis Oktober der «Züri Velo Cup» statt, und der «slowUp Zürichsee» wurde bis nach Zürich verlängert.

Am 18. Dezember des Berichtsjahres genehmigte der Kantonsrat einen Beitrag von 3,5 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für die «UEFA Women's EURO 2025». Zudem wurde Peter Zahner, CEO der ZSC Lions, mit dem Sportpreis 2023 des Kantons ausgezeichnet.

Der Anteil der sportlich aktiven Frauen ist im Kanton in den letzten Jahren gestiegen. Der Anteil der mehrmals wöchentlich sportlich aktiven Frauen liegt mit 51% fast gleich hoch wie derjenige der Männer mit 53% (siehe Indikator W1). Im Weiteren lag im Berichtsjahr der Mädchen- bzw. Frauenanteil bei den Mitgliedern in Sportvereinen bei 39%, bei den Teilnehmenden an J+S-Kursen und -Lagern bei 41%, bei der Teilnahme an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen bei 37%, bei den Teilnehmenden in Jugendsportlagern bei 46%, bei den sportlichen Talenten (Swiss Olympic Talent Cards) bei 35% und bei den Teilnehmenden an 1418coach-Weekends bei 57%. Im Vereinssport sind Frauen nach wie vor untervertreten. Sie sind häufiger in privaten Sportangeboten (Yoga-Studios, Tanzschulen, Fitnesscenter usw.) und ungebunden sportlich aktiv.

Aufgaben

- A1 Bearbeiten der Belange des Sportfonds zur Förderung des organisierten (Vereinssport) und ungebundenen Sports mit dem Ziel, dass sich möglichst viele Menschen im Kanton Zürich sportlich betätigen
- A2 Fördern von Aktivitäten, damit Kinder und Jugendliche im Kanton Zürich täglich sportlich aktiv sind (Jugend+Sport sowie freiwilliger Schulsport)
- A3 Unterstützen von Gemeinden und Dritten bei Bau und Sanierung von Sportanlagen für eine bedarfsgerechte Abdeckung des Kantons Zürich mit Sportanlagen
- A4 Koordinieren des kantonalen Auftritts im Bereich des ausserschulischen Sports, insbesondere bei breitenwirksamen Anlässen und bei Sport-Grossveranstaltungen
- A5 Koordinieren der kantonalen Aktivitäten im Nachwuchsleistungssport für eine gute Vereinbarkeit von Schul- bzw. Berufsbildung und sportlicher Laufbahn sowie fördern der Qualität der Leistungszentren im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Gesuche für den Bau und die Sanierung von Sportanlagen	A1, A3	120	150	143	-7	-4.7
L2 Bearbeitete Gesuche für Projekte und Veranstaltungen	A1, A4	149	130	151	21	16.2
L3 Abgerechnete J+S-Kurse und -Lager	A2	13979	14100	14053	-47	-0.3
L4 Unterstützte freiwillige Schulsportkurse	A1, A2	1614	1600	1786	186	11.6
L5 J+S-Leiteraus- und -weiterbildungskurse	A2	134	110	129	19	17.3
L6 Kantonale Jugendsportlager	A2	34	32	35	3	9.4
L7 Bearbeitete Gesuche von Leistungszentren	A1, A5	98	100	97	-3	-3.0
B2 Nettoaufwand pro Einwohner/in, in Fr.	A1, A2, A3, A4, A5	2	2	2	0	0.0
W1 Bevölkerungsanteil der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven, in % (Erhebung alle fünf Jahre)	A1					
W2 Mitglieder in Sportvereinen	A1	366489	375000	368438	-6562	-1.7
W3 Teilnahmen an J+S-Kursen und -Lagern	A2	151832	172000	151434	-20566	-12.0
W4 Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen	A2	3681	3400	3875	475	14.0
W5 Teilnehmende in Jugendsportlagern	A2	1250	1300	1203	-97	-7.5
W6 Sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Cards)	A5	3331	3100	3579	479	15.5
W7 Teilnehmende an 1418coach-Weekends	A2	548	450	534	84	18.7

Bemerkungen

- L2 Höhere Anzahl bearbeiteter Gesuche für Projekte und Veranstaltungen, insbesondere für Projekte im öffentlichen Raum (z.B. Sportinstallationen wie Pumptrack und Powerstation)
- L4 Mehr unterstützte freiwillige Schulsportkurse wegen zusätzlicher Angebote von Schulen und Gemeinden
- L5 Anzahl J+S-Leiteraus- und -Weiterbildungskurse auf Vorjahresniveau
- W1 Die nächste Erhebung des Bevölkerungsanteils der mehrmals wöchentlich sportlich Aktiven (in %) ist für 2025 geplant und die Ergebnisse liegen 2026 vor.
- W3 Anzahl Teilnehmende an J+S-Kursen und -Lagern auf Vorjahresniveau
- W4 Mehr Teilnehmende an J+S-Aus- und -Weiterbildungskursen wegen hoher Nachfrage nach Fussballkursen
- W6 Mehr sportliche Talente (Swiss Olympic Talent Card), unter anderem in den Sportarten Fussball und Handball
- W7 Anzahl Teilnehmende an 1418coach-Weekends auf Vorjahresniveau

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 3d Die Zürcher Sportvereine nachhaltig unterstützen und den Zugang zu Sportangeboten erleichtern, insbesondere für Kinder und Jugendliche aus einem sportfernen Umfeld.

Neben der Lancierung von «18plus coach» wurden Projekte wie sportkids, MidnightsSports, Open Sunday, MiniMove und «ä Halle wo's fägt» unterstützt. Stand bis

Abgeschlossen 2023

3700 3c Förderung von offen zugänglichen Angeboten, insbesondere von in losen Gruppen ausgeübten Sportangeboten für Erwachsene

Bereits neun Gemeinden setzen Active City um und lassen ihre Bevölkerung während der Sommermonate von frei zugänglichen, geleiteten Sportprogrammen profitieren. Stand bis

Abgeschlossen 2023

3700 3d Unterstützung und Begleitung von Sport-Grossveranstaltungen im Kanton Zürich (Unihockey-WM 2022, Rad-WM 2024)

Alle Streckenführungen für die Rennen der Rad-WM 2024 sind bestätigt und die ersten Begleitmassnahmen zeigen bereits Wirkung. Der Kantonsrat genehmigte einen Beitrag von 3,5 Mio. Franken aus dem Gemeinnützigen Fonds für die «UEFA Women's EURO 2025». Stand bis

Planmässig 2024

3700 3e Ausweitung des Förderprogramms Jugend+Sport und Stärkung der ehrenamtlichen Arbeit (Jugend+Sport-Agenda 2025)

Die neue Nationale Datenbank Sport des Bundesamtes für Sport ist in Betrieb, und für die Erfassung von Aktivitäten in der Anwesenheitskontrolle steht neu die auf die Bedürfnisse der J+S-Leiterinnen und -Leiter ausgerichtete App «Mobile NDS» zur Verfügung. Stand bis

Planmässig 2026

3700 3b Förderung und Sicherung der sportlichen Nutzung im öffentlichen Raum

Zusammen mit der Fachstelle Veloverkehr wurde der Bestand und Bedarf an Mountainbike-Infrastruktur im Kanton erhoben und damit eine wertvolle Grundlage geschaffen. Stand bis

Planmässig 2027

3700 3f Bedarfsgerechte Entwicklung und Optimierung der schulischen und beruflichen Ausbildungsmöglichkeiten für anerkannte Sporttalente

Das Angebot an Ausbildungsplätzen für Sporttalente für den Beruf Kauffrau bzw. Kaufmann wurde ausgebaut und mit einem weiteren Angebot an der Berufsbildungsschule Winterthur ergänzt (vgl. RRB Nrn. 823/2023 und 824/2023). Zudem bewilligte der Regierungsrat eine Erweiterung der Sporttalentklasse in Wädenswil (RRB Nr. 956/2023) und eine neue Sporttalentklasse an der Sekundarschule Spitz in Kloten (RRB Nr. 957/2023). Stand bis

Planmässig 2027

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	14.5	14.2	15.0	0.8	5.9

Bemerkungen R23 zu B23

0.8 Leicht höherer projektbedingter Beschäftigungsumfang (v.a. für Nationale Datenbank Sport des Bundesamtes für Sport und «UEFA Women's EURO 2025»)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	2.2	1.7	0.0	0.0	1.7	2.2	0.5	27.2
Aufwand	-5.8	-5.1	0.0	0.0	-5.1	-5.7	-0.5	-10.6
Saldo	-3.5	-3.4	0.0	0.0	-3.4	-3.5	-0.1	-2.4

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

3910 Sportfonds

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Interkantonale Landeslotterie Swisslos wurden dem Sportfonds 30,3 Mio. Franken (Vorjahr: 30,9 Mio. Franken) zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils. Insgesamt wurden Beiträge von rund 29,4 Mio. Franken zur Förderung des Jugend- und Breitensports sowie des Nachwuchs- und Leistungssports ausbezahlt: 14,2 Mio. Franken an 140 Sportanlagen, 1,3 Mio. Franken für den Nachwuchsleistungssport und 1,15 Mio. Franken an 1786 schulsport.zh-Kurse, 0,2 Mio. Franken an den Kantonalverband Zürich für Sport in der Schule, 3,6 Mio. Franken an 97 Sportveranstaltungen, 1,19 Mio. Franken an 16 Sportprojekte, 0,3 Mio. Franken für 1418coach, Fr. 66'000 an 21 Schulen mit dem Label für sportfreundliche Schulen und 5,9 Mio. Franken an den Zürcher Kantonalverband für Sport für seine Mitgliederverbände und -vereine. Der Betrieb des kantonalen Sportzentrums Kerenzlerberg und somit die vergünstigte Nutzung für Zürcher Sportlerinnen und Sportler wurde mit 1,6 Mio. Franken unterstützt. Der Bau und der Unterhalt des Sportzentrums belasteten den Fonds mit 4,7 Mio. Franken (einschliesslich Zinsen und Abschreibungen). Im Sportzentrum wurden im Berichtsjahr 32'305 Übernachtungen verzeichnet.

Aufgaben

A1 Einsatz/Verwendung der Gelder des kantonalen Sportfonds zur Förderung des Jugend-, Breiten- und Amateursports (Beiträge an Sportorganisationen, Gemeinden und Private [vor allem Sportveranstaltungen, Kurse, Sportmaterial, Sportanlagen und Sportprojekte]; Betrieb des Sportzentrums Kerenzlerberg, Filzbach GL)

Fonds	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	81.3	77.5	78.4	-0.1	-0.1
Fondsbestand	-101.6	-99.2	-97.3	1.9	1.9
Finanzierung	20.3	21.7	19.9	-1.8	-8.3

Bemerkungen R23 zu B23

1.9 Der Fondsbestand verringert sich gegenüber dem Budget um rund 1.9 Mio. Franken und gegenüber dem Vorjahr um rund 4.3 Mio. Franken. Der Fondsbestand beträgt per 31. Dezember des Berichtsjahres rund 97.3 Mio. Franken.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	32.1	28.9	0.0	0.0	28.9	34.7	5.8	20.1
- Swisslos	30.9	25.2	0.0	0.0	25.2	30.3	5.1	20.3
- Zinsen								
- Entnahme Bestandeskonto		2.4	0.0	0.0	2.4	4.3	1.9	76.7
Aufwand	-32.1	-28.9	0.0	0.0	-28.9	-34.7	-5.8	-20.1
- Beiträge	-24.3	-24.0	0.0	0.0	-24.0	-29.4	-5.4	-22.5
- Einlagen in Bestandeskonto	-4.2							
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.4	-0.3	0.0	-0.1	-0.4	-0.5	-0.1	-41.3
Saldo	-1.4	-0.3	0.0	-0.1	-0.4	-0.5	-0.1	-41.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
	A1	- Höhere Fondsentnahme (1.9 Mio. Franken), u.a. wegen höherer Beiträge für Bauvorhaben von Gemeinden sowie der Gewährung eines rückzahlpflichtigen Überbrückungsbeitrags an den Verein Rad-WM 2024 (vgl. RRB Nr. 372/2023)
0.0		- Übrige Abweichungen

3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht

Die Kantone erhalten jährlich 10% des Reingewinns aus der Spirituosenbesteuerung des Bundes im Verhältnis zur Bevölkerungszahl (Alkoholzehntel). Die Mittel sind für die Bekämpfung der Ursachen und Folgen von Suchtproblemen zu verwenden. Beiträge gingen an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme und an verschiedene Einrichtungen im Präventions- und Behandlungsbereich. Die Leistungsabgeltung an die Zürcher Beratungsstellen für Alkohol- und Suchtprobleme erfolgte auf der Grundlage von Berechnungen des Schweizer Instituts für Sucht- und Gesundheitsforschung.

Gemäss dem Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordat (GSK) erhalten die Kantone 0,5% des Bruttospielertrags der Lotterieuunternehmen. Diese Mittel sind zur Prävention und Bekämpfung von Spielsucht zu verwenden (Art. 66 in Verbindung mit Art. 50 und 65 GSK). Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr mit Beschluss Nr. 1148/2023 der Weiterführung des Zentrums für Spielsucht und andere Verhaltenssuchte bis Ende 2026 zugestimmt. Das Zentrum wird vom Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich fachlich begleitet.

Aufgaben

- A1 Der Alkoholfonds dient der Bekämpfung des Alkoholismus in seinen Ursachen und Wirkungen und richtet finanzielle Beiträge an öffentliche und private Institutionen aus. Übertrag von Mitteln an die Erfolgsrechnung der Gesundheitsdirektion (Bereich Prävention)
- A2 Der Spielsuchtfonds dient der Bekämpfung der Spielsucht in ihren Ursachen und Wirkungen. Er richtet finanzielle Beiträge an die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht und an Institutionen aus.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Durchschnittlicher Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstellen (Vorjahreswert), in Fr.	A1	35.35	30	35.32	5.32	17.73
B1 Bestand Alkoholfonds, in % der jährlichen Ausgaben	A1	46	54	47	-7	
W1 Erfüllung der Grundvoraussetzungen durch die Alkoholberatungsstellen gemäss kantonalem Behandlungskonzept, in %	A1	100	100	100	0	
W2 Erfüllung der Grundvoraussetzungen für die Umsetzung des Konzepts Prävention und Bekämpfung von Spielsucht, in %	A2	100	100	100	0	

Bemerkungen

- L1 Der durchschnittliche Kostenbeitrag pro Leistungsstunde der Alkoholberatungsstelle ist aufgrund der höheren Ausschüttung des Alkoholzehntels höher als budgetiert bzw. auf Vorjahresniveau.
- B1 Der Bestand des Alkoholfonds in % der jährlichen Ausgaben entspricht dem Vorjahresniveau.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-4.1	-4.0	-4.2	-0.2	-5.4
Finanzierung	4.1	4.0	4.2	0.2	5.0

Bemerkungen R23 zu B23

- Total Fondsbestand am 31.12.2023 (gerundet): 4.2 Mio. Franken (0.2 Mio. Franken höher als gegenüber dem Budget 2023, davon
- Alkoholfonds (gerundet): 2.3 Mio. Franken (Budget 2.3 Mio. Franken)
 - Spielsuchtfonds (gerundet): 1.8 Mio. Franken (Budget 1.7 Mio. Franken)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	5.9	5.3	0.0	0.0	5.3	6.1	0.7	13.9
Alkoholfonds:								0.0
- Anteil am Eid. Alkoholmonopol	5.0	4.5	0.0	0.0	4.5	5.0	0.5	10.5
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto	-0.0	0.1	0.0	0.0	0.1		-0.1	-100.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Anteil aus Bruttospielerträgen d. Lotterieunternehmen	0.8	0.7	0.0	0.0	0.7	1.1	0.4	54.0
- Zinsen aus Bestandeskonto								
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1		-0.1	-100.0
Aufwand	-5.9	-5.3	0.0	0.0	-5.3	-6.1	-0.7	-13.9
Alkoholfonds:								0.0
- Betriebsbeiträge	-2.7	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-2.7	-0.6	-29.5
- Übertrag an GD/Prävention Alkoholismus	-2.3	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-2.3	0.2	7.7
- Einlagen in Bestandeskonto						-0.0	-0.0	0.0
Lotteriespielsuchtfonds:								0.0
- Dienstleistung Dritter	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.0	0.1	91.1
- Betriebsbeiträge	-0.7	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-1.0	-0.3	-47.9
- Einlagen in Bestandeskonto						-0.1	-0.1	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ausgaben								
Saldo								

3930 Schutzraumfonds

Für nicht erstellte Schutzräume gemäss Art. 61 des Bundesgesetzes über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz flossen im Berichtsjahr Ersatzbeiträge von 4,8 Mio. Franken (Vorjahr: 6,7 Mio. Franken) in den kantonalen Schutzraumfonds. Die Gemeinden wurden für das Inkasso der Ersatzbeiträge mit Fr. 128800 (Vorjahr: Fr. 114400) entschädigt. Im Rahmen der Ausgleichsgebietsplanung sowie für die Erneue-

rung eines Schutzraums wurden insgesamt rund Fr. 7800 ausbezahlt. Weitere Ausschüttungen wurden nicht vorgenommen, da die Gemeinden zurzeit noch über genügend finanzielle Mittel aus früheren Ersatzbeiträgen für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume, die Erneuerung von privaten Schutzräumen sowie weitere Zivilschutzmassnahmen verfügen.

Aufgaben

A1 Der Kanton führt einen Schutzraumfonds, der aus Ersatzbeiträgen für nicht erstellte Schutzräume im Sinne von Art. 61 des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) gespeist wird. Das Amt für Militär und Zivilschutz verwendet die Mittel gestützt auf Art. 62 BZG, Art. 76 der Zivilschutzverordnung (ZSV) und § 28 der Kantonalen Zivilschutzverordnung (KZV) für die Finanzierung der öffentlichen Schutzräume der Gemeinden, die Erneuerung privater Schutzräume sowie für weitere Zivilschutzmassnahmen.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-72.2	-77.6	-77.0	0.6	0.8
Finanzierung	72.2	77.6	77.0	-0.6	-0.8

Bemerkungen R23 zu B23

0.6 Der Fondsbestand verringert sich gegenüber dem Budget um rund 0.6 Mio. Franken. Gegenüber dem Vorjahr nimmt er um 4.7 Mio Franken zu. Der Fondsbestand beträgt am 31. Dezember des Berichtsjahres rund 77.0 Mio. Franken.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.7	6.0	0.0	0.0	6.0	4.9	-1.1	-18.8
- Ersatzbeiträge d. ersatzpflichtigen								
Bauherren an Gemeinden	6.7	6.0	0.0	0.0	6.0	4.9	-1.1	-18.8
- Zinsen		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
- Entnahme Bestandeskonto								
Aufwand	-6.7	-6.0	0.0	0.0	-6.0	-4.9	1.1	18.8
- Kostenbeiträge/Entschädigungen an								
Gemeinden	-0.1	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.1	0.5	79.3
- Abschreibungen und Zinsen								
- Einlagen in Bestandeskonto	-6.6	-5.3	0.0	0.0	-5.3	-4.7	0.6	11.3
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
	A1	- Tiefere Fondseinlage (+0.6 Mio. Franken) wegen tieferer Ersatzbeiträge (-1.1 Mio. Franken) und geringerer Kostenbeiträge an die Gemeinden (+0.5 Mio. Franken)
0.0		- Übrige Abweichungen

04

Finanzdirektion

Überblick	86
Legislaturziele	88
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	88
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	88
Finanzierung	88
Übersicht	88
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	88
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	89
Personal- und Lohnstatistik	90
Beschäftigungsumfang	90
Lohnaufwand	90
Anstellungsverhältnisse	90
Parlamentarische Vorstösse	91
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	91
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	91
Leistungsgruppen	92
4000 Generalsekretariat	92
4100 Finanzverwaltung	94
4400 Steuern Betriebsteil	97
4500 Personalamt	100
4610 Amt für Informatik	102
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	105
4700 Drucksachen und Material	107
4910 Steuererträge	109
4921 Schadenausgleich	110
4930 Zinsen und Beteiligungen	111
4950 Sammelpositionen	113
4960 Nationaler Finanzausgleich	115
4980 Gemeinnütziger Fonds	116

Überblick

Stand Finanzhaushalt und Investitionen in Infrastruktur

Bei der Erarbeitung des Kantonalen Entwicklungs- und Finanzplans 2024–2027 wurde deutlich, dass die Finanzplanung mittelfristig ein Ungleichgewicht aufweist. Der Saldo der Erfolgsrechnung liegt durchschnittlich rund 370 Mio. Franken im Minus. Bei der Finanzierungsrechnung beträgt das Minus durchschnittlich rund 770 Mio. Franken, was zu einer jährlichen Neuverschuldung in dieser Höhe führen würde. Die Differenz der beiden Saldi ist auf das hohe Investitionsniveau zurückzuführen. Deshalb ist die Finanzplanung auf noch nicht abgebildete Verbesserungen und Verschlechterungen hin zu überprüfen, um den Handlungsbedarf realistisch abzuschätzen. Gestützt darauf sind Massnahmen vorzubereiten. Um die aktuelle Aufgabenerfüllung möglichst nicht zu beeinträchtigen, sind die noch beeinflussbaren Investitionsvorhaben zu priorisieren. Das Vorhaben betrifft alle Konsolidierungskreise. Im Berichtsjahr wurden die entsprechenden Grundlagen für das 2024 zu beschliessende weitere Vorgehen erarbeitet.

Sensibilisierung des Personals für Compliance-Regeln

Die Compliancebeauftragte hat im Berichtsjahr die folgenden Massnahmen umgesetzt mit dem Ziel, Mitarbeitende und Führungskräfte für Compliance-Fragestellungen zu sensibilisieren und zu deren Einhaltung zu verpflichten:

- Mit analogen Schulungen und Präsentationen wurden rund 1100 Mitarbeitende erreicht.
- Im Intranet wurden ergänzend neun Folgen des Compliance-Ratgebers «Darf ich das?» publiziert. Dabei handelt es sich um kurze Beschreibungen von fiktiven Fällen aus der Verwaltung und dem jeweils korrekten Verhalten. Nicht zuletzt können die Mitarbeitenden in einem Online-Quiz mit acht kurzen Fragen ihr Wissen zum Verhaltenskodex testen.
- Zusammen mit dem Zentrum für Cybersicherheit wurde darüber hinaus die Vitrinen-Kampagne «sicher und korrekt» durchgeführt. Die Plakate waren vom 1. September bis 8. November des Berichtsjahres in den Vitrinen am Walchertor ausgestellt. Zu deren Abschluss wurden Passantinnen und Passanten zur Kampagne befragt. Ihre Aussagen und die Meinung des Finanzdirektors wurden in einem Video festgehalten. Das Video sowie die Plakate werden in einer Wanderausstellung in der kantonalen Verwaltung weiterverwendet.
- Zudem wurde im Berichtsjahr eine anonyme Online-Umfrage für Amts- und Fachstellenleitende entwickelt mit dem Ziel, im Jahr 2024 weitere Compliance-Handlungsfelder zu ermitteln und entsprechende Sensibilisierungs- und Schulungsmassnahmen umzusetzen. Teilweise dient die Umfrage auch der Beantwortung des Postulats KR-Nr. 158/2023 (Compliance in der kantonalen Verwaltung).

Zeitgemässe Finanzsysteme

Im Querschnittbereich Finanzen erreichten die grossen Digitalisierungsvorhaben im Berichtsjahr sichtbare Resultate. Das neue System MaxFlow zur Verarbeitung von Kreditorenrechnungen mit Genehmigungsworkflow wurde bei allen Buchungskreisen eingeführt. Im Projekt eVorhaben zur Digitalisierung von Ausgabenbewilligungen wird der Pilot durchgeführt, wobei der künftige Ausgabenbewilligungsgenerator zwecks einheitlichen und vollständigen Aufbaus von Ausga-

benbewilligungen erstellt wurde und im Projektausschuss Zustimmung fand. Beim Vorhaben «Planungs- und Budgetierungstool» ist der Pilot so weit fortgeschritten, dass die Budgetierung und Planung der Pilotämter Finanzverwaltung und Amt für Informatik 2024 auf dem neuen Tool erfolgen kann. Im Vorhaben Bargeldlose Zahlungsabwicklung wurden die Zahlungsmittel an Kassen einschliesslich der notwendigen Hardware sowie in Webshops neu ausgeschrieben und vereinheitlicht.

Attraktivität am Arbeitsmarkt

Die einheitliche kantonale Arbeitgeberpositionierung dient als Basis für die konsistente Vermarktung des Kantons als Arbeitgeber. Darauf aufbauend wurde die Webseite Arbeiten beim Kanton inhaltlich und optisch überarbeitet mit dem Ziel, die Attraktivität des Kantons als Arbeitgeber zu stärken. Die erste kantonale Employer-Branding-Kampagne startete im September des Berichtsjahres auf den kantonalen sozialen Medien sowie in der Google-Suche. Dabei wird mittels ansprechender Bild- und Filmmaterialien die Sichtbarkeit des Kantons als vielfältiger, fortschrittlicher und attraktiver Arbeitgeber bei den Zielgruppen erhöht, der sich nahbar und ehrlich zeigt und dessen Mitarbeitenden als authentische Markenbotschafterinnen und -botschafter wirken. Dabei wird hervorgehoben, was den Kanton ausmacht und dass man mit einer Stelle beim Kanton auch privat profitiert. Um die jeweiligen Zielgruppen noch direkter anzusprechen, wurden die Arbeitgeberprofile in sozialen Medien sowie auf den Jobplattformen angepasst.

Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie

Im Berichtsjahr lag der Fokus auf der Schaffung einer Grundlage für eine stabile und effektive Programmstruktur, welche die Cybersicherheitsstrategie des Kantons gliedert und in konkrete Projekte überführt. Es wurden wegweisende Schritte unternommen, um die Sicherheit des digitalen Systems weiter zu stärken. Erster Schritte zur Einführung eines Bug-Bounty-Programms verdeutlichen das Engagement für proaktive Sicherheitsmassnahmen. Durch die Einbindung von Sicherheitsexpertinnen und -experten wird eine zusätzliche Schutzschicht geschaffen, um potenzielle Schwachstellen aufzudecken und zu beheben. Parallel dazu wurden Vernetzungsaktivitäten sowohl auf kantonaler als auch auf Bundesebene angestossen. Diese Netzbemühungen hatten das Ziel, die Zusammenarbeit mit relevanten Partnern zu stärken und den Informationsaustausch auf dem Gebiet der Cybersicherheit zu intensivieren. Diese enge Kooperation auf verschiedenen Ebenen bildet eine solide Grundlage für eine effektive Bewältigung von Herausforderungen im Bereich der digitalen Sicherheit.

Ein weiterer Schwerpunkt lag auf der Realisierung erster Pilotprojekte im Bereich der Lieferkettensicherheit. Diese Initiativen dienen dazu, die Resilienz der Lieferketten gegenüber digitalen Bedrohungen zu erhöhen und innovative Sicherheitsansätze in diesem essenziellen Bereich zu testen.

Produktion des Wahlmaterials für die eidgenössischen Wahlen vom 22. Oktober

Alle vier Jahre steht die Produktion des Wahlmaterials für die Nationalrats- und Ständeratswahlen an, die jeweils durch die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale sichergestellt

wird. Enge Termine und die hohe Komplexität des Auftrags verlangten eine minutiöse Planung. Bereits 2021 begannen die Vorbereitungen. Die Ausführung des Wahlsets wurde evaluiert, Drucktests wurden durchgeführt und Alternativszenarien geprüft. Aufgrund der schwierigen Versorgungslage mussten frühzeitig 170 Tonnen Papier beschafft werden, um die Produktion zu sichern. Die eingereichten 44 Nationalratslisten, so viele wie noch nie, ergaben ein 96-seitiges Wahlset, das im Dreischichtbetrieb in einer externen Druckerei hergestellt wurde. Zur Qualitätssicherung waren zwei Mitarbeitende der Kantonalen Drucksachen- und Materialzentrale vor Ort. Der Versand von rund 1 Mio. Wahlkuverts an die Wählerinnen und Wähler erfolgte durch die Gemeinden und spezialisierte Versanddienstleister.

Stand Interkantonale Leistungsabgeltung und Prüfung Abschöpfung im Ressourcenausgleich

Die Konferenz der Kantonsregierungen hat die Abgeltungen im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit mit Lastenausgleich im Hinblick auf den nächsten Wirksamkeitsbericht zum Nationalen Finanzausgleich untersucht und einen neuen Leitfaden für die Kantone verabschiedet. Darin werden bestehende Grundsätze für die Festlegung der Abgeltungen und Berechnung der Standortvorteile vertieft. Kantonsintern hat eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe die ungedeckten Kosten des Kantons aufgrund des ausserkantonalen Leistungsbezugs wie zum Beispiel ausserkantonale Studierende, Kulturbesucherinnen und -besucher oder ÖV-Fahrgäste beziffert. Die Analyse zeigte, dass insbesondere pauschale Abzüge für Standortvorteile zu einer Kostenunterdeckung führen, weshalb diese 2024 näher untersucht werden sollen. Ausserdem soll 2024 eine Studie zur Abschöpfung im interkantonalen Ressourcenausgleich durchgeführt werden.

Stand der Umsetzung des Härtefallprogramms

Im Berichtsjahr erfolgte die Mitwirkung an noch hängigen Rechtsmittelverfahren sowie die Neubeurteilung von Gesuchen aufgrund vereinzelter Rückweisungen aus abgeschlossenen Rechtsmittelverfahren. Im Rahmen der nachträglichen Überprüfung sowie der Kontrolle der Einhaltung von Auflagen und Bedingungen mussten verschiedentlich Beiträge zurückgefordert werden. Als zunehmend aufwendig erwies sich die Bewirtschaftung der vergebenen Darlehen einschliesslich Inkassomassnahmen. Daneben beteiligte sich der Kanton an der Evaluation der Härtefallprogramme durch den Bund.

Steuerliche Entlastungen

Im Berichtsjahr wurden für natürliche und juristische Personen steuerliche Entlastungen beschlossen oder vorbereitet. So hat die Finanzdirektion auf den 1. Januar 2024 die kalte Progression ausgeglichen. Dabei wurden Abzüge und Tarife bei der Einkommens- und der Vermögenssteuer um 3,3% erhöht. Dies entlastet die natürlichen Personen um rund 100 Mio. Franken. Weiter hat der Kantonsrat am 12. Dezember des Berichtsjahres beschlossen, den Steuerfuss für die Steuerfussperiode 2024/2025 von 99% auf 98% zu senken. Dies entspricht einer Entlastung für natürliche und juristische Personen von rund 75 Mio. Franken. Schliesslich hat der Regierungsrat dem Kantonsrat beantragt, Schritt 2 der Steuervorlage 17 umzusetzen. Dazu soll die einfache Gewinnsteuer von heute 7% auf 6% gesenkt werden, wodurch die Gewinnsteuerbelastung um einen Siebtel reduziert wird. Mittelfristig ergeben sich dadurch für den Kanton keine Minder-

einnahmen. Weiter soll die Teilbesteuerung von qualifizierten Dividenden von 50% auf 60% erhöht werden. Dies führt zu Mehrerträgen von rund 30 Mio. Franken.

Anstellungsbedingungen

Ein Themenschwerpunkt der 2019 festgelegten Personalstrategie 2019–2023 (RRB Nr. 907/2019) war die Weiterentwicklung der Anstellungsbedingungen unter ausgewogener Berücksichtigung der Interessen der Arbeitnehmenden und des Kantons. Nach der Projektfreigabe wurde in einer Umfrage bei den Stakeholdern der Anpassungsbedarf erhoben. Der Fokus wurde unter Einbezug der Stakeholder und Finanzdirektor Ernst Stocker einvernehmlich auf sechs Themen gelegt (Pensionierung/Vorsorge, Lohnfortzahlung, Kündigungsprozess, Arbeitszeitmodelle, Urlaub und Bereinigung). Sämtliche Themenbereiche wurden in der Arbeitsgruppe erarbeitet und mit den Sozialpartnern sowie dem Soundingboard thematisiert und anschliessend dem Projektausschuss vorgelegt. Gestützt darauf wurde ein Normkonzept erstellt, in dem die Problemlage, die Zielsetzung, der Lösungsweg und der zeitliche Ablauf der geplanten Rechtsetzungsvorhaben beschrieben werden. Das Normkonzept wurde im Mitberichtsverfahren unter anderem den Direktionen und der Staatskanzlei sowie den Gerichten und Sozialpartnern zur Stellungnahme vorgelegt. Gegenwärtig werden die Rückmeldungen ausgewertet, sodass das Normkonzept dem Regierungsrat Anfang 2024 vorgelegt und von ihm beschlossen werden kann. Gestützt auf das vom Regierungsrat verabschiedete Konzept mit den definierten Stossrichtungen bzw. Eckpfeilern wird die Finanzdirektion mit der Ausarbeitung der entsprechenden Erlassentwürfe beauftragt.

Stand Rollout digitaler Arbeitsplatz

Nach dem Rollout in der Finanzdirektion, Baudirektion und der Staatskanzlei im Vorjahr wurde der Digitale Arbeitsplatz im Frühjahr des Berichtsjahres in der Ombudsstelle, der Finanzkontrolle und im zweiten und dritten Quartal in der Volkswirtschaftsdirektion erfolgreich ausgerollt. Im vierten Quartal wurde mit dem Pilot-Betrieb in der Direktion der Justiz und des Innern begonnen, die voraussichtlich im Mai 2024 migriert sein wird. Das Projekt liegt im Zeitplan, um alle Direktionen bis zum zweiten Quartal 2025 auf den Digitalen Arbeitsplatz umzustellen. Im Rahmen der Migration wurden bis zum Ende des Berichtsjahres rund 5300 Nutzende migriert. Gemäss den nach dem Rollout flächendeckend durchgeführten Umfragen wird die Zufriedenheit bei einer grossen Mehrheit als gut bis sehr gut beurteilt.

Legislaturziele

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 9 Das Ressourcenpotenzial des Kantons ist gestärkt.			
RRZ 9a Die interkantonale Leistungsabgeltung im nächsten Wirksamkeitsbericht zum nationalen Finanzausgleich diskutieren und neue Lösungen vorschlagen.	4100		2023
RRZ 9b Die Unternehmenssteuerreform (SV17) vollständig umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten und das Steuersubstrat sichern.	4400		2023
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
FD 9.1 Das Finanzrecht soll revidiert werden.			
FD 9.1a Revision Finanzrecht	4100		2023

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 10 Die Verwaltungsstrukturen sind an die Aufgabenerfüllung angepasst, die Attraktivität als Arbeitgeber ist gestärkt und mit der digitalen Transformation ist das Leistungsangebot konsequent auf die Kundenbedürfnisse ausgerichtet.			
RRZ 10e Die HR-Organisation des Kantons bezüglich Wirksamkeit und Effizienz überprüfen sowie ein zukunftsorientiertes HR-Geschäftsmodell für den Kanton entwickeln.	4500		2023
RRZ 10f Die Umsetzung des IKT-Programms voranbringen.	4610		2023
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
FD 10.2 Mit der digitalen Transformation die Leistungserbringung in den Aufgabenbereichen der Finanzdirektion optimieren und weiterentwickeln			
FD 10.2a Das Compliance-Konzept im Hinblick auf die digitale Verwaltung überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln	4000		2023
FD 10.2b Weiterentwicklung der zentralen Finanztools (Kreditabrechnung, Budgetierung) zwecks Vereinfachung der Abläufe	4100		2023
FD 10.2c Digitalisierung Zahlungsverkehr vorantreiben (E-Rechnung weiter ausbreiten, einheitliche Zahlungslösungen im ganzen Kanton ausbreiten)	4100		2023
FD 10.2d Neuausrichtung der Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich und laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten	4400		2023
FD 10.2e Festlegung des Vorgehens hinsichtlich einer Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden und hinsichtlich einer Neuausrichtung der Prozesse und der Organisation im Steuerbereich.	4400		2023
FD 10.2f Erarbeitung und Umsetzung einer HR-IT-Strategie mit Stossrichtung Vereinheitlichung von IT-Tools, Standardisierung	4610		2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	10467.2	9422.5	0.0	0.0	9422.5	9855.0	432.4	4.6
Aufwand	-1356.1	-1141.9	0.0	-30.7	-1172.6	-1280.0	-107.4	-9.2
Saldo	9111.1	8280.7	0.0	-30.7	8250.0	8575.0	325.0	3.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	36.1	21.6	0.0	0.0	21.6	36.5	15.0	69.4
Ausgaben	-15.1	-12.2	0.0	-30.1	-42.4	-11.9	30.5	72.0
Saldo	21.0	9.3	0.0	-30.1	-20.8	24.6	45.4	218.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
325.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
248.6	4910	- Staatssteuern Nachträge Natürliche Personen: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2023 (71.2), Mehrerträge für die Steuerperiode 2019 (56.2) und Perioden vor 2019 (31.2) sowie positive Korrekturen für die Steuerperioden 2020 und 2021 (90.0)
163.6	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand für den Teuerungsausgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.

133.3	4910	- Staatssteuern Nachträge Juristische Personen: Leicht tiefere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2023 (-3.9), Mehrerträge für die Periode 2019 (10.9) und die Perioden vor 2019 (16.3) sowie positive Korrektur der Steuerperiode 2021 (110.0)
123.7	4910	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Zahlungseingängen und späterem Abfluss in die Nachträge infolge nachträglicher ordentlicher Veranlagung gemäss Quellensteuerreform (freiwillige Unterstellung unter die nachträgliche ordentliche Veranlagung)
78.2	4910	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
51.0	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
39.1	4910	- Staatssteuern laufende Periode 2023 Natürliche Personen: Tiefere Erträge aus der Einkommenssteuer (-25.7) und Mehrertrag aus Vermögenssteuern (64.8)
31.5	4910	- Staatssteuern laufende Periode 2023 Juristische Personen: Höhere Gewinnsteuererträge (69.7) infolge Fortschreibung des Niveau-Effekts aus dem Vorjahr, Mindererträge in der Kapitalsteuer (-38.2)
30.2	4610	- Tiefere Aufwände im Amt für Informatik (insbesondere Informatik-Nutzungs-, externer und Softwareaufwand) infolge Repriorisierungen und Verzögerungen im IKT-Programm und weiteren Vorhaben
23.7	4910	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
20.0	4950	- Der im Budget zentral eingestellte Pauschalbetrag für IKT-Vorhaben fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
12.4	4930	- Tieferer Zinsaufwand aufgrund weniger Kapitalaufnahmen
10.2	4930	- Höhere Gewinnausschüttung der Flughafen Zürich AG
8.2	4400	- Hard- und Softwareaufwand im Steueramt: Minderaufwand infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (6.3) sowie für die Fachapplikationen und in den betrieblichen Projekten (2.4) gegenüber Mehraufwand infolge erweiterten ZHprivateTax-Supports (-0.4)
6.6	4930	- Höherer Zinsertrag
6.1	4930	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
5.2	4930	- Höhere Abgeltung des Dotationskapitals der Zürcher Kantonalbank
4.4	4620	- Tieferer Honorar- und Personalaufwand infolge verzögerter Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022)
3.9	4930	- Werterhöhung verschiedener Beteiligungen im Finanzvermögen
3.5	4950	- Tieferer Aufwand für den Vollzug des Covid-19-Härtefallprogramms
2.6	4950	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm
2.5	4100	- Tieferer Aufwand in der Finanzverwaltung für geplante Projekte wegen Verschiebung aufgrund des Covid-19-Härtefallprogramms des Kantons Zürich
-3.9	4610	- Höherer Personalaufwand im Amt für Informatik infolge des höheren Beschäftigungsumfanges
-4.8	4950	- Höhere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund Reduktion des technischen Zinssatzes um rund 0.2 Prozentpunkte (-1.4 Mio. Franken) sowie abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung (-3.4 Mio. Franken)
-6.0	4910	- Übrige Steuererträge: Tiefere Nachsteuererträge aufgrund der weiterhin rückläufigen Fälle von straflosen Selbstanzeigen (-8.6), höhere Einnahmen aus Verzugszinsen in der Staatssteuer (2.6)
-15.5	4930	- Geringere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
-16.6	4950	- Höhere Auszahlungen von Covid-19-Kreditausfallgarantien über teilnehmende Geschäftsbanken
-26.6	4610	- Tiefere interne Erträge (grösstenteils bei der Direktion der Justiz und des Innern sowie der Bildungsdirektion [MBA Sek II]) infolge Repriorisierungen und Verzögerungen im IKT-Programm unter anderem in Bezug auf den Rollout des neuen Digitalen Arbeitsplatzes (DAP).
-36.5	4910	- Verrechnungssteuer: Tiefere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
-236.8	4930	- Keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
-336.7	4950	- Die im Budget zentral eingestellte pauschale Budgetkürzung wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
	-11.9			
- Programm IKT (LG 4610 AFI)	-3.9	-41.5	-21.2	-20.3
- Projekt zur Einführung der SAP-HCM-Standardlösung (LG 4500 PA)	-2.3	-4.4	-2.3	-2.1
- Neue Covid-19-Darlehen (LG 4950 SAPO)	-1.1			
- Ersatzbeschaffungen Hard- und Software (LG 4400 STA)	-0.7	-3.2	-2.2	-1.0
- Planungs- und Budgetierungstool (LG 4100 FV)	-0.6	-1.4	-0.6	-0.7
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume (LG 4610 AFI)	-0.6	-16.1	-0.6	-15.4
- Telefonie-Infrastruktur Schulen Sek II (LG 4610 AFI)	-0.6	-0.6	-0.6	-0.1

Finanzdirektion
Finanzierung, Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

- eVorhaben: Bewilligungs-, Beschaffungs- und Bezahl-Workflow (LG 4100 FV)	-0.4	-1.7	-0.4	-1.3
- Bot-Anwendungen (LG 4610 AFI)	-0.3	-0.5	-0.4	-0.1
- Ausbau Waltersbachstrasse 5 (LG 4610 AFI)	-0.3	-0.5	-0.4	-0.0
- OneOffixx (LG 4610 AFI)	-0.3	-0.3	-0.3	-0.0
- Ersatzinvestitionen Produktionsmittel (LG 4700 kdmz)	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0
- Nutanix-Plattform (LG 4610 AFI)	-0.2	-0.2	-0.2	-0.0
- Ablösung dipsIN (LG 4100 FV)	-0.2	-1.2	-0.8	-0.4
- DirX-Lizenzen (LG 4610 AFI)	-0.1	-0.8	-0.5	-0.3
- Übrige	-0.1			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	1013.3	1065.0	1072.8	7.8	0.7

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
4000 Generalsekretariat	-2487	-2692	-2821	-129	-4.8
4100 Finanzverwaltung	-6541	-6796	-6993	-197	-2.9
4400 Steuern Betriebsteil	-84136	-87995	-87601	394	0.4
4500 Personalamt	-9275	-9459	-10164	-705	-7.5
4610 Amt für Informatik	-18659	-20683	-23627	-2944	-14.2
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	-389	-1558	-968	590	37.9
4700 Drucksachen und Material	-3254	-3771	-3800	-29	-0.8
4950 Sammelpositionen		-163566	0	163566	100.0
Total	-124741	-296520	-135974		

Bemerkungen

- 4000 Bildung zusätzlicher Rückstellungen für den Personalaufwand, um 0.3 Stellen höherer Beschäftigungsumfang und nicht budgetierte Praktikantenanstellung
- 4100 Hauptsächlich höherer Beschäftigungsumfang bei befristeten Aushilfen sowie aufgrund einer noch vorhandenen Stellenplanüberschreitung für das Covid-19-Härtefallprogramm, aber auch eine bewusste Reduktion der Zeitsaldi und damit Auflösung der entsprechenden Rückstellungen
- 4400 Vor allem tiefere Dienstaltersgeschenk-Auszahlungen als budgetiert, aber auch tieferer Beschäftigungsumfang
- 4500 Hauptsächlich höherer Beschäftigungsumfang und geringere Lernendenlöhne infolge einer geringeren Lernendenzahl (KV-Reform)
- 4610 Um 22.7 Stellen höherer Beschäftigungsumfang, der Teuerungseffekt sowie zusätzliche Rückstellungen aus Zeitsaldoerhöhungen
- 4620 Um 3.7 Stellen tieferer Beschäftigungsumfang
- 4950 Zentral im Budget 2023 eingestellter Teuerungsausgleich, der in der Rechnung 2023 in den übrigen Leistungsgruppen angefallen ist

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
4000 Generalsekretariat	21	8	13	14	7
4100 Finanzverwaltung	64	29	35	42	22
4400 Steuern Betriebsteil	774	377	397	603	171
4500 Personalamt	78	61	17	39	39
4610 Amt für Informatik	202	51	151	176	26
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter	10	4	6	9	1
4700 Drucksachen und Material	42	13	29	33	9
Total	1191	543	648	916	275

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
91/2019	Vorbildfunktion des kantonalen Personals in Bezug auf Flugreisen (Postulat David John Galeuchet, Bülach, Silvia Rigoni, Zürich, und Karin Fehr Thoma, Uster)	Vorlage 91a/2019 vom 22.03.2023	04.04.2022
90/2020	Verpflichtung der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zu einer aktiven Klimapolitik im Sinne des Pariser Klimaabkommens (Postulat Beat Bloch und Esther Guyer, Zürich, und Thomas Forrer, Erlenbach)	Vorlage 90a/2020 vom 14.06.2023	16.05.2022
167/2022	Die Steuerpflicht für Einspeisevergütungen sei im Gesetz zu streichen (Einzelinitiative Wilfried Kärcher, Dübendorf)	Vorlage 167a/2022 vom 22.11.2023	03.10.2022
478/2022	Einmalige Unterstützung des SAZ (Dringliches Postulat Daniel Sommer, Affoltern am Albis, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 478a/2022 vom 23.08.2023	30.01.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
297/2020	Diversität beim Staatspersonal: Chancengerechtigkeit durch anonymisierte Bewerbungsverfahren (Postulat Melissa Näf, Bassersdorf, Birgit Tognella-Geertsen und Silvia Rigoni, Zürich)	23.01.2023
318/2020	Home Office unterstützen – auch nach der Pandemie (Postulat Beat Habegger, Zürich, Barbara Franzen, Niederweningen, und Arianne Moser, Bonstetten)	23.01.2023
158/2023	Compliance in der kantonalen Verwaltung (Postulat der Finanzkommission)	26.06.2023
184/2021	Steuerliche Gleichbehandlung von Arbeit im Homeoffice und am Arbeitsplatz (Postulat Martin Farner, Stammheim, Beat Habegger, Zürich, und Beatrix Frey-Eigenmann, Meilen)	21.08.2023
309/2021	Auslegeordnung bezüglich Steuerabzügen bei natürlichen Personen im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	21.08.2023
157/2022	Eine kantonale Gerichtsinanz in Steuerverfahren (Motion Michael Zeugin und Dieter Kläy, Winterthur, sowie Roland Scheck, Zürich)	21.08.2023
246/2023	Digitale Steuererklärung – es geht noch besser (Postulat Harry Robert Brandenberger, Gossau, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
112/2023	Finanzpolitische Reserve (Postulat André Müller, Uitikon, Tobias Weidmann, Hettlingen, und Farid Zeroual, Adliswil)	18.12.2023
109/2023	Kantonale Empfehlung zum Teuerungsausgleich (Postulat Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023
29/2023	Kündigungsfristen für das höhere Kader des Staatspersonals (Motion Mario Senn, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023

4000 Generalsekretariat

Neben der Erfüllung der betrieblichen Aufgaben des Generalsekretariats sowie der Koordination der Legislaturplanung 2023–2027 in der Finanzdirektion wurden folgende Schwerpunktthemen bearbeitet:

- Das Generalsekretariat hat die IKT-Governance in der Finanzdirektion mit verschiedenen Massnahmen gestärkt, unter anderem hinsichtlich der Führung des Applikationsportfolios und der Zuständigkeiten für die Anwendungen. Im Bereich Dienste wurde im Berichtsjahr eine Stelle für das IT- und Risikomanagement geschaffen (RRB Nr. 675/2022). Für 2024 wurden Vorarbeiten geleistet für die Ergänzung dieses Bereichs um die Stelle der oder des IKT-Verantwort-

lichen der Finanzdirektion, ebenso für die Übernahme der Stelle der oder des Informationssicherheitsbeauftragten der Finanzdirektion vom Amt für Informatik.

- Am 1. Juni des Berichtsjahres hat Dr. Marc Ehrensperger die Nachfolge von Hansruedi Bachmann als Generalsekretär angetreten. Im Zug dieses Wechsels wurde ein Leitbild entwickelt und darin der Auftrag und die Ambition des Generalsekretariats konkretisiert. Im Leitbild des Generalsekretariats liegen die Schwerpunkte auf der jederzeit korrekten, qualitativ hochstehenden und effizienten Leistungserbringung, einem aktiven Informationsaustausch und der Nutzung der Vorteile der Digitalisierung.

Aufgaben

- A1 Stabsaufgaben: Unterstützung des Direktionsvorstehers, Koordinationsaufgaben gegenüber den Ämtern und anderen Direktionen sowie Dritten, Kommunikation, Compliance
- A2 Rechtsmittel: Bearbeitung von Rekursen und Aufsichtsbeschwerden gegen die Ämter der Finanzdirektion sowie von Rekursen gegen Gebührenrechnungen der Notariate
- A3 Staatshaftung und Versicherung: Bearbeitung von Staatshaftungsfällen, Abschluss und Verwaltung der Versicherungspolice, Begleitung der versicherten Schadenfälle
- A4 Sonderaufgaben: Bearbeitung von Erbschaften des Kantons, Betreuung des Salzregals, Erlass von Darlehen und Aufhebung diesbezüglicher Sicherheiten
- A5 Gemeinnütziger Fonds: Bearbeitung von Beitragsgesuchen und Beitragscontrolling

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L11 Überprüfte RR-Antragsentwürfe der FD	A1	131	115	107	-8	-7.0
L12 Stellungnahmen zu RR-Geschäften anderer Direktionen	A1	1579	1200	1385	185	15.4
L13 Erledigte Rechtsmittel	A2	18	15	4	-11	-73.3
L14 Erledigte nicht versicherte Haftpflichtfälle	A3	61	80	70	-10	-12.5
L15 Erledigte versicherte Haftpflichtfälle	A3	20	20	19	-1	-5.0
L16 Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen	A3	34	30	17	-13	-43.3
L17 Erledigte Erbfälle	A4	10	8	11	3	37.5
B1 Durchschnittliche Stunden pro nicht versicherten Haftpflichtfall	A3	43.3	35	43.8	8.8	25.1
B2 Durchschnittliche Stunden pro versicherten Haftpflichtfall	A3	4.23	10	4.3	-5.7	-57.0
B4 Geleistete Stunden im Bereich A1 «Stabsaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A1	59	55	58	3	
B5 Geleistete Stunden im Bereich A2 «Rechtsmittel» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A2	2.20	5	1	-4	
B6 Geleistete Stunden im Bereich A3 «Staatshaftung und Versicherung» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A3	34.25	35	35	0	
B7 Geleistete Stunden im Bereich A4 «Sonderaufgaben» an den gesamten Stunden in den Bereichen A1 bis A4, in %	A4	4.54	5	6	1	

Bemerkungen

- L11, L12 Diese Leistungsindikatoren sind durch das Generalsekretariat nicht beeinflussbar.
- L13 Die geringe Anzahl erledigter Rechtsmittel ist insbesondere auf die geringe Anzahl eingegangener Rechtsmittel zurückzuführen (vgl. auch Wirtschaftlichkeitsindikator B5).
- L14 Die Anzahl der erledigten Haftpflichtfälle hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle und von deren Komplexität ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- L16 Die Anzahl der Abschlüsse, Änderungen und Aufhebungen von Policen hängt von den jeweiligen Bedürfnissen der Organisationseinheiten ab, die in das Versicherungskonzept des Kantons eingebunden sind. Diese Bedürfnisse sind sehr vielfältig und veränderlich und deshalb schwer vorhersehbar.

- L17 Die Anzahl der erledigten Erbfälle umfasst nur die Erbfälle mit Vermögensanfall. Nicht mitgezählt werden bei diesem Indikator insbesondere Erbfälle ohne Vermögensanfall, Vermächnisse, Schenkungen zu Lebzeiten und Nachlasskonkurse. Die Anzahl hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle, von deren Komplexität und von externen Faktoren ab. Sie kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- B1, B2 Die aufgewendeten Stunden pro nicht versicherten oder pro versicherten Schadenfall hängt wesentlich von der Komplexität der einzelnen Fälle ab und kann deshalb schwanken.
- B5 Der geringe Zeitaufwand für die Bearbeitung von Rechtsmitteln ist insbesondere auf die geringe Anzahl eingegangener Rechtsmittel zurückzuführen.
- B7 Der Zeitaufwand für die Bearbeitung von Sonderaufgaben, worunter insbesondere die Bearbeitung von Erbfällen fällt, hängt unter anderem von der Anzahl der eingegangenen Fälle, von deren Komplexität und von externen Faktoren ab. Er kann deshalb von Jahr zu Jahr stark schwanken.
- Allg. Bei Indikatoren, die sich auf Haftpflichtfälle beziehen, werden Haftpflichtfälle, die auf Verkehrsunfälle zurückzuführen sind, nicht mitgezählt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

FD 10.2a Das Compliance-Konzept im Hinblick auf die digitale Verwaltung überprüfen und gegebenenfalls weiterentwickeln

Diese Massnahme der Legislaturperiode 2019–2023 konnte bereits 2022 abgeschlossen werden. Für weitere Erläuterungen wird deshalb auf den Geschäftsbericht 2022 des Generalsekretariats verwiesen.

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	15.3	16.9	17.2	0.3	1.8

Bemerkungen R23 zu B23

- 0.5 Assistentin der Compliancebeauftragten
- 0.5 Spätere Besetzung der Stelle des IT- und Risikomanagers und des IKT-Verantwortlichen des Generalsekretariats
- 0.5 Überführung einer Praktikums- in eine befristete Aushilfsanstellung im Fach- und Rechtsdienst
- 0.3 Reduktionen Beschäftigungsgrad im Kommunikationsbereich
- 0.1 Überschneidung bisheriger/neuer Generalsekretär

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	8.8	5.6	0.0	0.0	5.6	2.5	-3.1	-55.4
- Übertrag aus Gemeinnützigem Fonds	0.6	0.6	0.0	0.0	0.6	0.6	0.0	0.0
- Ertrag aus Erbanfällen	7.7	4.5	0.0	0.0	4.5	1.5	-3.0	-67.7
- Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-6.7
Aufwand	-4.1	-4.4	0.0	-0.4	-4.8	-4.9	-0.1	-1.9
Saldo	4.7	1.2	0.0	-0.4	0.8	-2.4	-3.2	-402.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.1	A1	- Tiefere Erträge aus Verwaltungsratshonoraren (SNB und Schweizer Salinen AG)
-0.2	A1	- Höherer Lohnaufwand aufgrund des höheren Beschäftigungsumfangs und höherer Rückstellungen auf Personalaufwänden
-3.0	A4	- Geringere Erträge aus Erbfällen, insbesondere aufgrund der noch nicht möglichen Realisierung in einem grösseren Erbfall
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -23536	0	0	-23536	0

4100 Finanzverwaltung

Der Regierungsrat hat mit Beschluss Nr. 432/2023 vom 5. April die Freigabe für das Planungs- und Budgetierungstool erteilt. Nach einer kurzen Konzeptphase wurde mit der Realisierung begonnen, die bis ca. Ende des Berichtsjahres abgeschlossen wird. Im Januar 2024 beginnt die Einführungsphase, damit das Projekt bis zur nächsten KEF-Planung im März für den Piloten einsatzbereit ist. Im Anschluss wird der weitere Rollout geplant. Für die Umsetzung der Lösung «eVorhaben» wurde mittels

Ausschreibung ein Umsetzungspartner gefunden. Der Regierungsrat hat am 12. Juli des Berichtsjahres die Ausgabenbewilligung und Vergabe beschlossen (vgl. RRB Nr. 920/2023). Die Konzeptphase wurde abgeschlossen und seit September des Berichtsjahres läuft die Realisierungsphase. Die Einführung ist für Ende 2024 geplant.

Die Umstellung aller Buchungskreise auf das Kreditorenworkflowsystem MaxFlow ist bis auf den Spezialprozess «Vorgezogene Zahlungsfreigabe Hochbauten» erfolgt.

Aufgaben

- A1 Vorbereitung von finanziellen Steuerungsentscheiden sowie Erstellung des Budgets und des Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplans (KEF)
- A2 Sicherstellung eines konzeptionell korrekten und leistungsfähigen Finanz- und Rechnungswesens sowie Erstellung des Jahresabschlusses des Kantons
- A3 Operative Rechnungswesen-Dienstleistungen für die kantonale Verwaltung
- A4 Tresorerie
- A5 Finanzielle Schnittstelle zum Bund und zu den Kantonen
- A6 Führungsunterstützung / Betriebswirtschaftliche Steuerung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Kantonsratsgeschäfte	A1	7	12	7	-5	-41.7
L5 Anfragen Kantonales Rechnungswesen	A2	1 132	1 000	1 322	322	32.2
L6 Bearbeitete Kreditorenbelege	A3	381 487	340 000	398 790	58 790	17.3
L7 Anfragen Buchungszentrum	A3	7 771	7 500	8 621	1 121	14.9
L8 Bankbelege bzw. -positionen	A3	89 849	90 000	93 693	3 693	4.1
L23 Volumen Cash-Bewegungen, in Mrd. Franken	A4	59	50	63	13	26.0
L24 Bewirtschaftete Legate und Stiftungen	A4	22	15	22	7	46.7
L25 Projekte über Fr. 100 000	A1, A2, A3, A4, A5, A6	8	6	6	0	0.0
L26 Stellungnahmen zu Anträgen an den Regierungsrat	A1	1 136	1 050	1 238	188	17.9
B1 Verarbeitungszeit pro Kreditorenbeleg, in Min.	A3	3.3	2.5	3.0	0.5	20.0
B3 Digitale Kreditorenbelege, in %	A3	47	55	66	11	
B5 Verwaltungskosten für Legate und Stiftungen, in %	A4	0.15	0.05	0.14	0.09	
W3 Kreditwürdigkeit: Rating Standard & Poor's	A1	AAA	AAA	AAA		

Bemerkungen

- L1 Nicht beeinflussbarer Indikator
- L5 Nicht beeinflussbarer Indikator; erhöhter Unterstützungsbedarf, unter anderem aufgrund der Zunahme der Verarbeitungsmengen und des Schulungsbedarfs im Bereich der Anlagenbuchhaltung
- L6 Nicht beeinflussbarer Indikator; die Annahmen für das Budget des Berichtsjahres waren zu tief, es gibt aber eine leichte Zunahme der Belege gegenüber R22.
- L7 Zunahme der Anfragen infolge der Einführung von MaxFlow und der höheren Anzahl der Belege
- L23 Primär getrieben durch höhere Aktivität am Geldmarkt
- L24 Geringere Anzahl Übertragungen der treuhänderischen Vermögensverwaltung von der Finanzdirektion an selbstständige Anstalten
- L26 Nicht beeinflussbarer Indikator; höhere Anzahl Antragsbereinigungen und Stellungnahmen zu Regierungsratsanträgen
- B1 Durch die aufgrund technischer Herausforderungen langsamere Einführung von MaxFlow konnten noch nicht alle geplanten Effizienzgewinne erzielt werden.
- B3 Mit der Umstellung auf MaxFlow wird die digitale Rechnung gefördert und häufiger genutzt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 9a Die interkantonale Leistungsabteilung im nächsten Wirksamkeitsbericht zum nationalen Finanzausgleich diskutieren und neue Lösungen vorschlagen.

Die interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich ist ein Schwerpunkt des nächsten Wirksamkeitsberichts zum Nationalen Finanzausgleich. Die Konferenz der Kantonsregierungen hat die interkantonalen Abteilungen vertieft untersucht und einen neuen Leitfaden für die Kantone verabschiedet. Kantonsintern hat eine direktionsübergreifende Arbeitsgruppe die ungedeckten Kosten des Kantons aufgrund des ausserkantonalen Leistungsbezugs beziffert. Die Arbeiten der Arbeitsgruppe werden in der Legislaturperiode 2023–2027 weitergeführt.

Abgeschlossen 2023

FD 9.1a Revision Finanzrecht

Die Änderung des Gesetzes über Controlling und Rechnungslegung ist am 1. Juli 2022 in Kraft getreten. Fortan wird ein Zwischenbericht pro Jahr erstellt anstelle von bisher zwei Zwischenberichten. Der Zeitablauf wurde so angepasst, dass er eine sinnvollere Aussage ermöglicht.

Abgeschlossen 2023

FD 10.2b Weiterentwicklung der zentralen Finanztools (Kreditabrechnung, Budgetierung) zwecks Vereinfachung der Abläufe

Beim Projekt eVorhaben erfolgte mit RRB Nr. 920/2023 die Vergabe und Ausgabenbewilligung. Seitdem ist das Projekt in der Realisierung. Die Einführung des Ausgabenbewilligungsgenerators und der systembasierten fortlaufenden Kreditabrechnung in den Pilotämtern ist Ende 2024 geplant. Beim Planungs- und Budgetierungstool erfolgte im April mit RRB Nr. 432/2023 die Vergabe und Ausgabenbewilligung. Seitdem ist das Projekt in der Realisierung. Die Einführung in den Pilotämtern sowie die neue Intercompany-Abstimmung für den ganzen Kanton ist mit dem KEF 2025–2028 im März 2024 geplant. Die Weiterentwicklung der Finanztools wurde in der Legislaturperiode 2023–2027 wieder als Massnahme aufgenommen.

Abgeschlossen 2023

FD 10.2c Digitalisierung Zahlungsverkehr vorantreiben (E-Rechnung weiter ausbreiten, einheitliche Zahlungslösungen im ganzen Kanton ausbreiten)

Die technischen Voraussetzungen der neuen Kreditorenlösung MaxFlow konnten im Berichtsjahr umgesetzt werden. Mittlerweile erreichen uns zwei Drittel der Belege digital als E- und PDF-Rechnungen. Der Anteil Papierrechnungen wird durch gezielte Massnahmen weiter reduziert. Im zentralen SAP-System sind für 46 Buchungskreise Herkunftsbezeichnungen angelegt. Weitere Erweiterungen erfolgen kontinuierlich. Die akzeptierten Zahlungsmittel wurden vereinheitlicht, und die digitale Verarbeitung der Zahlungen wurde weiter ausgebaut. Mit RRB Nr. 221/2022 wurden zudem die Grundlagen für eine einheitliche Beschaffung der Zahlungsterminals gelegt. Die Projekte zur Digitalisierung des Zahlungsverkehrs wurden in der Legislaturperiode 2023–2027 wieder als Massnahme aufgenommen.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	54.7	53.4	56.4	3.1	5.8

Bemerkungen R23 zu B23

3.1 Die Abweichung ist begründet durch befristete Aushilfen ausserhalb Stellenplan.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	1.9	5.7	0.0	0.0	5.7	5.8	0.1	1.9
- Interne Verrechnungen								
Dienstleistungen	1.9	5.7	0.0	0.0	5.7	5.8	0.1	1.9
- Int. Verrechnung SAP								
Finanzapplikationen		4.0	0.0	0.0	4.0	4.0	-0.0	-0.0
Aufwand	-13.4	-16.0	0.0	-1.3	-17.3	-15.9	1.4	7.9
- Personalaufwand	-8.5	-8.3	0.0	0.0	-8.3	-8.8	-0.5	-6.0
- Abschreibungen und Zinsen	-0.2	-0.4	0.0	0.0	-0.4	-0.2	0.2	50.9
- Int. Verrechnung SAP Betrieb								
Finanzapplikationen		-4.1	0.0	0.0	-4.1	-4.1	0.0	0.0
Saldo	-11.5	-10.3	0.0	-1.3	-11.6	-10.1	1.5	12.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-1.1	0.0	-2.3	-3.4	-1.3	2.2	63.4
Saldo	-0.2	-1.1	0.0	-2.3	-3.4	-1.3	2.2	63.4

Finanzdirektion Leistungsgruppe 4100

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.5	A1, A2, A3, A4, A5, A6	- Tieferer Aufwand für geplante Projekte wegen Verschiebung aufgrund des Covid-19-Härtefallprogramms des Kantons Zürich
0.2	A2, A3, A4, A5	- Tiefere Abschreibungen aufgrund tieferer Investitionen im Berichtsjahr
0.1	A4	- Höhere verrechnete Erträge für Dienstleistungen der Abteilungen Rechnungsverarbeitung und Treuhandzentrum aufgrund höherer Anzahl verarbeiteter Kreditorenbelege und Treuhanddienstleistungen
0.0	A2	- Die Weiterverrechnung der SAP-Finanzapplikation durch das Amt für Informatik erfolgte aufgrund fehlender Ist-Daten auf Basis der Plan-Daten.
-0.1	A6	- Höhere interne Verrechnung für Projekte ausserhalb der Leistungsvereinbarung mit dem Amt für Informatik
-0.2	A3	- Höhere Betriebs- und Wartungskosten für die Kreditorenverarbeitung aufgrund längeren Parallelbetriebs von DipsIN und MaxFlow
-0.5	A3	- Höhere Personalkosten aufgrund der Teuerungsausgleichs und zusätzlicher befristeter Aushilfen in der Finanzverwaltung
-0.5	A3, A4	- Höhere Kosten für Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-3.4	-1.3	2.2	
- Automatisierung Reporting- und Informationsprozesse	-0.1	0.0	0.1	- Projekt Prozess Anlagebuchhaltung wurde tiefer priorisiert.
- Automatisierung Zahlungsverkehr	-0.2	0.0	0.2	- Wiederaufnahme des Vorhabens Ablösung MT940 durch das neue Zahlungsformat CAMT.053 2023 noch ohne Kostenfolgen
- Bestell- und Zahlprozess	-1.4	-0.6	0.8	- Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Ausgabenverschiebungen
- Planungstool	-0.6	-0.7	-0.1	- Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Verschiebung von Ausgaben von 2022 in 2023.
- Redesign Systeme Finanz- und Rechnungswesen	-0.9	0.0	0.9	- Projektphase Studie noch ohne Kostenfolgen
- IKS	-0.1	0.0	0.1	- Projektphase Studie noch ohne Kostenfolgen
- Übrige	-0.1	-0.0	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-326346	30726	0	-295620	30726

4400 Steuern Betriebsteil

Das 2022 lancierte Projekt zur Überarbeitung der Organisationsstruktur und zur Schaffung von Grundlagen für die Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Gemeinden und einheitliche, zielorientierte und durchgehende Prozesse wurde per 1. Juli des Berichtsjahres erfolgreich umgesetzt.

Am 4. Dezember des Berichtsjahres hat der Kantonsrat in erster Lesung eine Änderung des Steuergesetzes (Vorlage 5865; Elektronische Verfahren und weitere Anpassungen an das Bundesrecht) behandelt. Gemäss den neuen Bestimmungen kann der Kanton den Gemeindesteuerämtern künftig IT-Applikationen zum Vollzug des Steuergesetzes zur Verfügung stellen, und die Finanzdirektion kann deren gemeinsame Verwendung durch Kanton und Gemeinden vorschreiben. Damit

können die Abläufe der Steuererhebung künftig deutlich vereinfacht und die Digitalisierung vorangetrieben werden.

Im Hinblick auf die Umsetzung gemeinsamer Informatiklösungen für die Ablösung der bisherigen Hauptapplikation Züri-Primo/napeduv (Steuerveranlagungs- und -bezugslösung) wurde im September mit allen Gemeinden eine Grossgruppenveranstaltung durchgeführt. Dabei wurden die Themen Zusammenarbeit zwischen dem kantonalen Steueramt und den Gemeindesteuerämtern, Inputs zur gemeinsamen Informatik, Hoffnungen und Erwartungen intensiv diskutiert. Die entsprechenden Resultate werden in gemischten Arbeitsgruppen weiter vertieft und im März 2024 wieder mit allen Gemeinden an einer Ergebniskonferenz ausgetauscht.

Aufgaben

- A1 Veranlagung direkte Steuern Bund, Kanton und Gemeinden (Einschätzungen)
- A2 Bezug Bundessteuern
- A3 Veranlagung und Bezug Erbschafts- und Schenkungssteuern
- A4 Durchführung Quellensteuerverfahren für ausländische Arbeitnehmende und im Kanton arbeitende Personen mit Wohnsitz im Ausland

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L4	Total erledigte Steuererklärungen	A1	1010683	1075000	1050897	-24103	-2.2
L5	Durch Kanton erledigte Steuererklärungen (Zielwert)	A1	435502	465000	448256	-16744	-3.6
L6	Durch Gemeinden erledigte Steuererklärungen	A1	575181	610000	602641	-7359	-1.2
L19	Anteil durch Kanton erledigte Steuererklärungen, in % der total erledigten Steuererklärungen	A1	43	43	43	0	
L8	Total offene Steuererklärungen Ende Jahr	A1	260144	259000	275306	16306	6.3
L9	Fristgerechte Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	58	57	58	1	
L10	Fristgerechte Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	96	95	96	1	
L11	Fristgerechte Veranlagungen: 3 Jahre nach Steuerperiode, in % (Zielwert)	A1	99	99	99	0	
L12	Rechnungen Bundessteuer	A2	1950975	1905000	1944688	39688	2.1
L20	Erbschafts- und Schenkungssteuerveranlagungen mit Steuerbezug	A3	2444	2300	2222	-78	-3.4
L16	Abrechnungspflichtige Arbeitgeber im Quellensteuerverfahren	A4	34851	39000	34702	-4298	-11.0
L17	Abzurechnende Arbeitnehmer im Quellensteuerverfahren	A4	197515	202000	207248	5248	2.6
L18	Quellensteuer-Rechnungen	A4	169961	175000	179129	4129	2.4
L21	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: laufende Periode, in %	A4		66	75	9	13.6
L22	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 1 Jahr nach Steuerperiode, in %	A4		95	95	0	0.0
L23	Fristgerechte Quellensteuer-Veranlagungen: 2 Jahre nach Steuerperiode, in %	A4		99	100	1	1.0
W3	Mit Rechtsmitteln angefochtene Veranlagungsentscheide	A1	17945	21500	20367	-1133	-5.3
W4	Durch das Steueramt korrigierte angefochtene Veranlagungsentscheide im Verhältnis zu den angefochtenen Veranlagungsentscheiden, in %	A1	81	81	80	-1	
W5	Ermessenseinschätzungen	A1	50134	49000	51547	2547	5.2

Bemerkungen

- L4, L5, Tiefere Anzahl als budgetiert, da die Anzahl der Steuerpflichtigen nicht so stark gestiegen ist, wie ursprünglich erwartet
- L6 und sich der Trend zur späteren Einreichung der Steuererklärungen weiter fortsetzt.
- L8 Aufgrund der besonders hohen Anzahl von eingegangenen Steuererklärungen am Jahresende wurde das budgetierte Volumen überschritten.
- L12 Höhere Anzahl provisorischer und definitiver Rechnungen

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 9b Die Unternehmenssteuerreform (SV17) vollständig umsetzen und dabei die Konkurrenzfähigkeit des Kantons erhalten und das Steuersubstrat sichern.

Die mit Vorlage 5495 vom 1. April 2019 in Aussicht gestellte weitere Senkung des einfachen Gewinnsteuersatzes wurde im Berichtsjahr wieder aufgenommen. Gemäss dem Regierungsratsbeschluss vom 15. November des Berichtsjahres (RRB Nr. 1315/2023) soll der zweite Schritt der Steuervorlage nun per 1. Januar 2025 umgesetzt werden. Dieser umfasst eine Senkung des einfachen Gewinnsteuersatzes von 7% auf 6% und eine Erhöhung der Teilbesteuerung von Gewinnausschüttungen aus qualifizierten Beteiligungen von 50% auf 60%.

Stand bis
Verzögert 2023

FD 10.2d Neuausrichtung der Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich und laufen-der Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten

Die Umsetzung wird über die Legislaturperiode 2019–2023 hinausgehen. Die Massnahmen umfassen Anpassungen im Steuererklärungsverfahren, den papierlosen Steuererhebungsprozess mit zentraler Datentriage auf dem eGov-Server sowie Vorarbeiten zur Einführung des gemeinsamen Registers auf Basis des zentralen Registers im kantonalen Steueramt und zur Anpassung der Hilfsmittel bei der Steuererhebung von juristischen Personen.

Der vereinfachte Zugang zur Onlinesteuererklärung ZHprivateTax wird für die Steuerperiode 2023 mit dem neuen Behörden-Login des Bundes AGOV geschützt. Weitere Anpassungen sind aufgrund von Abhängigkeiten von den Vorhaben in den Bereichen ZHservices und Zürikonto der Staatskanzlei verzögert. Die Vorarbeiten zur Einführung des gemeinsamen Registers wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Deshalb und wegen Abhängigkeiten zu den strategischen Initiativen für die Digitale Verwaltung (insbesondere Zürikonto) sind diese verzögert. Die Vorarbeiten zur Anpassung der Hilfsmittel bei der Steuererhebung juristischer Personen wurden im Berichtsjahr gestartet.

Verzögert 2023

FD 10.2e Festlegung des Vorgehens hinsichtlich einer Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden und hinsichtlich einer Neuausrichtung der Prozesse und der Organisation im Steuerbereich.

Aufgrund der Verzögerungen der Massnahme FD 10.2d und strategischer Festlegungen wurden im Berichtsjahr keine Arbeiten gestartet und der Start auf 2024 verschoben. Im Berichtsjahr wurde im Rahmen einer Grossveranstaltung eine Erhebung der Anliegen der Gemeinden durchgeführt.

Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	716.3	742.0	719.2	-22.8	-3.1

Bemerkungen R23 zu B23

-22.8 Tieferer Bestand gegenüber Budget aufgrund aktueller Arbeitsmarktsituation (Fachkräftemangel)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	4.8	5.5	0.0	0.0	5.5	4.8	-0.7	-12.8
Aufwand	-163.0	-171.0	0.0	-4.1	-175.1	-165.9	9.1	5.2
- Personalaufwand	-103.3	-108.4	0.0	0.0	-108.4	-107.9	0.5	0.4
- Abschreibungen und Zinsen	-4.4	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-2.9	0.1	3.0
- Betrieb Informatik	-10.1	-10.6	0.0	-0.2	-10.8	-10.3	0.5	5.1
- Hard- und Softwareaufwand	-26.0	-29.1	0.0	-3.8	-32.9	-24.7	8.2	24.9
- Mieten und Sachaufwand	-19.2	-20.6	0.0	0.0	-20.6	-20.8	-0.2	-0.7
Saldo	-158.2	-165.5	0.0	-4.1	-169.6	-161.1	8.4	5.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-8.3	0.0	-6.6	-15.0	-0.7	14.2	95.0
Saldo	-1.3	-8.3	0.0	-6.6	-15.0	-0.7	14.2	95.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
8.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
8.2	A1, A2, A3, A4	- Hard- und Softwareaufwand: Minderaufwand infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (6.3) sowie für die Fachapplikationen und in den betrieblichen Projekten (2.4) gegenüber Mehraufwand infolge erweiterten ZHprivateTax-Supports (-0.4)
0.5	A1, A2, A3, A4	- Personalaufwand: Tieferer Personalaufwand, aufgrund der aktuellen Situation am Arbeitsmarkt (Fachkräftemangel) konnten Stellen nicht rechtzeitig besetzt werden (2.7), Effekt aus zentral budgetierten Teuerungsausgleich (-2.5), DAG überwiegender Bezug von Ferientagen (0.3)

- 0.5 A1, A2, A3, - Betrieb Informatik: Minderaufwand für Fachapplikationen und Testmanagement aufgrund betriebli-
A4 cher Optimierungen (0.8) sowie infolge teilweise verzögerter Projektarbeiten (0.2) gegenüber Mehrauf-
wand für die Veranlagungs-, Register- und Bezugslösung (-0.5)
- 0.1 A1, A2, A3, - Abschreibungen und Zinsen: Tieferer Aufwand aufgrund verzögerte Inbetriebnahmen
A4
- 0.2 A1, A2, A3, - Mieten- und Sachaufwand: Höherer Aufwand für Betriebsgebühren (-0.3), Mietnebenkosten (-0.5),
A4 Postspesen (-0.1), Honorare und externere Dienstleistungen (-0.1), Minderaufwand für Gerichts- und
Prozesskosten (0.3), Büromaterial (0.3), Mobiliar (0.2)
- 0.7 A1, A2, A3, - Tieferer Ertrag aus Dienstleistungen (-0.9) und Kostenrückerstattungen aus dem Inkasso (-0.3), Mehr-
A4 einnahmen aus Gebühren für Amtshandlungen (0.5)
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-15.0	-0.7	14.2	
- Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten (Bund, Kantone, Gemeinden, Steuerpflichtige)	-4.1	0.0	4.1	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich	-8.4	0.0	8.4	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben, Abhängigkeiten zu strategischen Vorhaben der Staatskanzlei.
- Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich	-0.6	0.0	0.6	- Bisherige Aktivitäten führten noch nicht zu Investitionsausgaben.
- Ersatzbeschaffungen Hard- und Software	-1.9	-0.7	1.2	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-1914312	99538	-250000	-2064774	-150462

Bemerkungen

Bildung von Rücklagen: Fr. 250 000 für Mehrleistungen in der Bundessteuer. Im Bereich Bundessteuern wurde eine höhere Anzahl Rechnungen verschickt. Der daraus resultierende Ertrag liegt im Rechnungsjahr 2023 mit 1.11 Mrd. Franken deutlich über dem Vorjahr (+45.8 Mio. Franken).

4500 Personalamt

Die Arbeiten zu den Handlungsfeldern der Personalstrategie 2019–2023 erfolgten planmässig. Im Handlungsfeld Anstellungsbedingungen wurden die in der Vergangenheit ausgearbeiteten Themenfelder in der Arbeitsgruppe weiter konkretisiert und mit den Sozialpartnern sowie dem Soundingboard thematisiert und anschliessend dem Projektausschuss vorgelegt. Gestützt darauf wurde ein Normkonzept erstellt. Gegenwärtig werden die Rückmeldungen aus dem Mitberichtsverfahren ausgewertet, sodass das Normkonzept dem Regierungsrat im Frühjahr 2024 zur Beschlussfassung vorgelegt werden kann.

Für das Projekt HR-Geschäftsmodell wurden Umsetzungsvorschläge erarbeitet, dem Regierungsrat vorgelegt und aufgrund der hohen Abhängigkeit zur Digitalisierungsstrategie neu priorisiert. In diesem Zusammenhang wurde der Fokus auf die Gestaltung der HR-Detailprozesse gelegt und Konzeptideen für das Kompetenzzentrums Systeme & Prozesse entworfen. Insgesamt wird damit eine verstärkte Harmonisierung des HR des Kantons über die administrativen HR-Prozesse erreicht.

Aufgaben

- A1 Grundlagen für die HR-Arbeit im Kanton erarbeiten, zur Verfügung stellen und einführen (Personalrecht, Personalführungskennzahlen, [Führungs-]Weiterbildung, HR-Instrumente, Case Management, Personalstrategie Kanton)
- A2 Sicherstellung der Lohnverarbeitung und -auszahlung sowie Abrechnung mit den Sozialversicherungen für die Konsolidierungskreise 1, 2 und Teile von 3
- A3 Koordinieren der beruflichen Grundbildung im Kanton sowie Organisieren der KV- und IKT-Lehrlingsausbildung einschliesslich Rekrutieren der Lernenden
- A4 Durchführen der professionellen HR-Arbeit in der Finanzdirektion

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L9 Projekte über Fr. 100 000	A1	2	3	2	-1	-33.3
L10 Projekte über Fr. 500 000	A1	2	1	2	1	
L11 Mitberichte und Einvernehmen	A1	58	65	70	5	7.7
L14 Case Management, offene Fälle	A1	158	152	206	54	35.5
L5 Lohnauszahlungen pro Monat	A2	42557	40500	43716	3216	7.9
L6 Bewirtschaftete Lohndossiers	A2	17067	17000	15900	-1100	-6.5
L3 Betreute Lernende KV und IKT (Zielwert)	A3	200	200	181	-19	-9.5
L12 Rekrutierungen FD	A4	200	200	180	-20	-10.0
L13 Betreute Mitarbeitende FD	A4	1150	1200	1170	-30	-2.5
B3 Kosten pro KV- und IKT-Lernende/n pro Jahr (ohne Arbeitsplatzkosten)	A3	24000	24000	24000	0	0.0
W4 Teilnehmerzufriedenheit (Führungs-)Weiterbildung, mind. «gut»	A1	95	90	95	5	
W6 Erfolgreiche KV- und IKT-Lehrabschlüsse, in %	A3	98	100	93	-7	
W5 Betreute Mitarbeitende pro VZÄ HRM	A4	235	250	230	-20	-8.0

Bemerkungen

- L9 Das Projekt Arbeitgebermarketing konnte bereits 2022 erfolgreich abgeschlossen werden.
- L14 Aufgrund steigender Mitarbeitendenzahlen steigt tendenziell auch die Anzahl Case-Management-Fälle.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10e Die HR-Organisation des Kantons bezüglich Wirksamkeit und Effizienz überprüfen sowie ein zukunftsorientiertes HR-Geschäftsmodell für den Kanton entwickeln.

Aufgrund der hohen Abhängigkeit zum Projekt «Einführung der neuen HCM-Standardlösung» wurde beschlossen, den Fokus des Projekts HR-Geschäftsmodell auf die Kernelemente der Digitalisierung und der damit verbundenen gesamtkantonalen Vereinheitlichung sowie Optimierung der digitalen HR-Service-Leistungen zu legen. In diesem Zusammenhang wurden 14 weitere HR-Soll-Detailprozesse gestaltet und der Aufbau des Kompetenzzentrums Systeme und Prozesse initiiert. Die Massnahme wird in der neuen Legislaturperiode wieder aufgenommen als Teil des RRZ 10h.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
Personal (Beschäftigungsumfang)	50.0	51.0	60.1	9.1	17.9

Bemerkungen R23 zu B23

- 5.5 Stellen in den Bereichen Change Management, New Learning und Fachapplikationsverantwortung im Rahmen des Vorhabens Digitalisierung und digitale Transformation (RRB Nr. 1331/2022)
- 1.0 Befristete Stellen für die Umsetzung der KV-Reform
- 1.0 Stellen für die zusätzlichen Rekrutierungen im Amt für Informatik gemäss RRB Nr. 873/2022
- 1.6 Befristete Stellen für Vertretung mehrerer Mutterschaftsurlaube

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.8	5.5	0.0	0.0	5.5	5.0	-0.5	-8.7
- Interner Ertrag Aus- und Weiterbildung	0.8	0.9	0.0	0.0	0.9	0.9	0.0	2.5
- Int. Verrechnung SAP Personalapplikation						3.8	3.8	0.0
Aufwand	-21.9	-24.8	0.0	-0.4	-25.1	-23.5	1.6	6.5
- Personalaufwand (einschliesslich Lernende)	-11.3	-11.8	0.0	0.0	-11.8	-12.4	-0.5	-4.4
- Int. Verrechnung SAP Personalapplikation						-3.8	-3.8	0.0
Saldo	-20.1	-19.3	0.0	-0.4	-19.7	-18.5	1.1	5.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	0.0	-2.2	0.0	-5.5	-7.7	-2.3	5.5	70.7
Saldo	0.0	-2.2	0.0	-5.5	-7.7	-2.3	5.5	70.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.3		- Tiefere Aufwände für Einführung der HCM-Standard-Lösung
-0.1	A4	- Höhere Betriebskosten Weiterbildungszentrum Vordere Au
-1.1	A1	- Höherer Personalaufwand aufgrund der Veränderung des Beschäftigungsumfangs
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-7.7	-2.3	5.5	
- Projekt zur Einführung der SAP-HCM- Standardlösung	-7.7	-2.3	5.4	- Von den budgetierten 7.7 Mio. Franken für die Einführung der HCM-Standard-Lösung wurden bisher erst 2.3 Mio. Franken verwendet. Die restlichen 5.5 Mio. Franken wurden im Rahmen des KEF-Prozesses 2024–2027 für Subskriptionen in die Erfolgsrechnung überführt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-326682	0	0	-326682	0

4610 Amt für Informatik

Das Hauptziel im Berichtsjahr war wiederum die Umsetzung der IKT-Strategie. Der Rollout des neuen Digitalen Arbeitsplatzes konnte fortgesetzt werden in der Ombudsstelle, der Finanzkontrolle, der Volkswirtschaftsdirektion sowie im Zürcher Verkehrsverbund. Bei der Direktion der Justiz und des Innern wurde mit Pilotbetrieben gestartet. Ein weiterer Schritt in Richtung Digitalisierung bildete der Entscheid für die Einführung eines Standard-Bot-Services (RRB Nr. 968/2022). Bot-Anwendungen unterstützen die kantonale Verwaltung, bestehende Dienstleistungen in einer digital voranschreitenden Welt zu optimieren und effizient abzuwickeln. Eine erste Implementierung erfolgte. Ebenfalls im Berichtsjahr wurde die interne Verrechnung der IKT-Grundversorgung durchgeführt.

Als weiteres Instrument zur konsequenten Standardisierung wurde die einheitliche Beschaffung von Audio- und Videotechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume beschlossen (RRB Nr. 38/2023).

Zudem ist das Projekt Aurora zur Ablösung des aktuellen HR-Systems SAP-Stäfa (PULS) in der Realisierungsphase. Die beiden Systeme der künftigen HXM-Lösung (SAP H4S4 und SAP Success-Factors) wurden technisch bereitgestellt. Im Rahmen der strategischen Initiative Infrastruktur startete das Projekt ArchitekturmanagementZH, um die Verwaltungseinheiten im Bereich der digitalen Transformation zu unterstützen.

Aufgaben

- A1 Führung der kantonalen IKT-Grundversorgung
- A2 Verwaltungsweites operatives Management der IKT-Sicherheit
- A3 Betrieb, Support und Erweiterungen der SAP-Fachapplikationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L20	Support: Tickets im IKT-Support	A1	31861	34900	47437	12537	35.9
L21	Support: Erstlösungsrate, in %	A1	68.26	50	63.14	13.14	
L22	Digitaler Arbeitsplatz: PC-Arbeitsplätze	A1	2500	10200	5300	-4900	-48.0
L23	Digitaler Arbeitsplatz: PC-Arbeitsplätze pro Mitarbeiter/in	A1					
L24	SAP-Entwicklungsanträge	A3	886	860	787	-73	-8.5
L25	Betriebene SAP- und SAP-nahe Systeme	A3	66	70	80	10	14.3
L26	Migrierte IT-Arbeitsplätze	A1	7700	12000	7700	-4300	-35.8
L27	Mitarbeitende im Amt für Informatik	A1	158	170	202	32	18.8
B1	Digitaler Arbeitsplatz: Kosten pro PC-Arbeitsplatz	A1					
W1	Netzwerk: Verfügbarkeit des Datennetzwerks LEUnet, in %	A1	99.5	99.4	99.5	0.1	
W3	Server/RZ: Verfügbarkeit SAP, in %	A3	99.7	99.5	99.97	0.47	
W4	Support: Zufriedenheit mit dem IKT-Support, in %	A1	78.4	70	75.25	5.25	

Bemerkungen

L22, Abweichung aufgrund Verschiebungen im DAP-Rollout

L26

L25 Für das Projekt Aurora werden während der Projektlaufzeit zusätzliche Systeme benötigt. Zudem werden aus Kompatibilitäts- und Migrationsgründen zusätzliche Datenbankserver benötigt.

L27 Mehr Mitarbeitende für den digitalen Wandel an den Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 873/2022) sowie für die Digitalisierung und digitale Transformation (RRB Nr. 1331/2022). Der Indikator zeigt die Anzahl Anstellungen. Er zeigt den Fortschritt der IKT-Zentralisierung im Kanton auf.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 10f Die Umsetzung des IKT-Programms voranbringen.

Stand bis

Verzögert 2023

Im Berichtsjahr wurde auf Programmebene eine aktuelle Gesamtterminplanung erarbeitet und mit den Direktionen abgestimmt. Es wurden über 5000 Arbeitsplätze mit dem neuen digitalen Arbeitsplatz ausgestattet. Die in den digitalen Arbeitsplatz integrierte Lösungen für Unified Communication und Collaboration sowie Messaging wurden parallel dazu eingeführt. Bei zwei Pilotschulen, der Berufsschule Bülach und der Kantonsschule Im Lee, Winterthur, wurde im Sommer die IKT-Grundversorgung Sek II erfolgreich ausgerollt. Im Projekt «Plattformen und Rechenzentren» konnten die Studien für die Volkswirtschafts-, Finanz-, Bau- und Gesundheitsdirektion sowie die Staatskanzlei abgeschlossen werden. Aus dem Projekt «Organisation, Steuerung, Führung» heraus wurden die Einführungsmaßnahmen zur Umsetzung der IKT-Governance in den Direktionen weitergeführt.

FD 10.2f Erarbeitung und Umsetzung einer HR-IT-Strategie mit Stossrichtung Vereinheitlichung von IT-Tools, Standardisierung

Verzögert 2023

Das Projekt zur Einführung des neuen, standardisierten IT-Tools hat die Konzeptphase abgeschlossen und befindet sich in der Realisierungsphase. Die Einführung der HXM-Lösung wird in zwei Wellen erfolgen. Die erste Welle per 1. Januar 2025 hat den Schwerpunkt Lohnverarbeitung und Zugriff für alle Mitarbeitenden auf die neue Plattform mit ersten Self Services wie Zugriff auf Lohnabrechnungen oder Lohnausweise umzusetzen. Mit der zweiten Welle, per 1. Oktober 2025, werden dann die harmonisierten, digitalisierten Personalprozesse eingeführt.

4610 10a Schaffung der betrieblichen Voraussetzungen für die Bereitstellung und Beschaffung der einheitlichen IKT-Grundversorgung: Aufbau- und Ablauforganisation AFI (IKT-Programm / Projekt 40.10)

Verzögert 2023

Das Projekt befindet sich in der Abschlussphase und soll 2024 abgeschlossen werden.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	144.1	155.8	178.5	22.7	14.6

Bemerkungen R23 zu B23

- 16.0 Neue Stellen für den digitalen Wandel an den Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 873/2022)
- 6.7 Neue Stellen für die Digitalisierung und digitale Transformation (RRB Nr. 1331/2022) zulasten LG 4950, Sammelpositionen

Finanzierung

	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	66.2	92.3	0.0	0.0	92.3	65.7	-26.6	-28.8
Aufwand	-98.9	-122.7	0.0	-21.2	-143.9	-117.6	26.3	18.3
Saldo	-32.8	-30.4	0.0	-21.2	-51.6	-51.9	-0.3	-0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-12.2	-0.4	0.0	-13.6	-14.0	-6.3	7.7	55.2
Saldo	-12.2	-0.4	0.0	-13.6	-14.0	-6.3	7.7	55.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
30.2		- Tiefere Aufwände (insbesondere Informatik-Nutzungs-, Externer und Software-Aufwand) infolge Repriorisierungen und Verzögerungen im IKT-Programm und weiterer Vorhaben
-3.9		- Höherer Personalaufwand infolge höheren Beschäftigungsumfangs
-26.6		- Tiefere interne Erträge, grösstenteils gegenüber der Direktion der Justiz und des Innern aufgrund Verzögerungen im DAP-Rollout und gegenüber dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt in der IKT-Grundversorgung Diwa Sek II infolge Projektverschiebungen.
0.0		- Übrige Abweichungen

**Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4610**

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-14.0	-6.3	7.7	
- Programm IKT	-9.6	-3.9	5.7	- Verzögerungen im IKT-Programm unter anderem in Bezug auf den Rollout des neuen digitalen Arbeitsplatzes
- Audio- und Videomedientechnik für Unterrichts- und Besprechungsräume	0.0	-0.6	-0.6	
- Telefonie-Infrastruktur Schulen Sek II	0.0	-0.6	-0.6	
- Bot-Anwendungen	0.0	-0.3	-0.3	
- Ausbau Waltersbachstrasse 5	0.0	-0.3	-0.3	
- OneOffixx	0.0	-0.3	-0.3	
- Nutanix Plattform	0.0	-0.2	-0.2	
- IAM-Lizenzen	-0.1	-0.1	0.0	
- Einrichtung ICT-Lernendenlabor	0.0	-0.0	-0.0	
- Zusätzliche Software/Lizenzen	-2.3	0.0	2.3	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Erneuerung Infrastruktur-Software	-0.8	0.0	0.8	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Benutzer- und Berechtigungsverwaltung (IAM: E-Gov) und E-ID	-0.8	0.0	0.8	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Ersatzbeschaffung Drucker	-0.1	0.0	0.1	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- CORA-Automaten	-0.2	0.0	0.2	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Server	-0.1	0.0	0.1	- Verzögerung aufgrund Repriorisierung
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-55829	0	0	-55829	0

4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter

Während der Berichtsperiode lag das Hauptaugenmerk auf der weiteren Entwicklung und dem Ausbau der Ressourcen des kantonalen Zentrums für Cybersicherheit. Es wurden mehrere neue Positionen in den Bereichen Programmmanagement, Audit, Kommunikation sowie Cyberrisikomanagement erfolgreich besetzt. Eine Programmstruktur wurde etabliert, mit der die Cybersicherheitsstrategie in Projekte gegliedert und umgesetzt wird, sowie Vernetzungsaktivitäten auf kantonaler und Bundesebene durchgeführt. Weiterhin wurden erste Initiativen zur Etablierung eines Bug-Bounty-Programms eingeleitet sowie erste Pilotprojekte im Bereich Lieferkettensicherheit gestartet.

Im Bereich Security Awareness erfolgten verstärkte Investitionen in die Sicherheitskultur. Mehrere Kampagnen wurden durchgeführt, um ein Bewusstsein für sicheren Umgang mit Wechseldatenträgern, Social Engineering und Phishing

zu schaffen. Durch die Einführung von Phishing-Simulationen konnte das Personal gezielt geschult werden. Im zweiten Halbjahr lag ein Schwerpunkt auf der Sensibilisierung der Führungskräfte. Im Rahmen eines Kaderanlasses, an dem die Führungskräfte des Kantons sowie die Geschäftsführungsebene kantonsnaher Organisationen teilnahmen, wurde das Thema Cybersicherheit in die Chefetagen getragen und die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger für das Thema sensibilisiert.

Das Regelwerk Informationssicherheit hat erfolgreich den nächsten Überarbeitungszyklus durchlaufen und wurde entsprechend aktualisiert. Darüber hinaus wurden umfassende Audits durchgeführt, die verschiedene Prüftätigkeiten im Amt für Informatik, der digitalen Verwaltung sowie punktuelle Prüfungen in den Direktionen und der Staatskanzlei umfassten.

Aufgaben

- A1 Festlegung der Informationssicherheitsstrategie für ein durchgängiges und adäquates Sicherheitsniveau in der kantonalen Verwaltung
- A2 Proaktive Identifikation und transparente Kommunikation von Risiken im Bereich Informationssicherheit
- A3 Weiterentwicklung und Umsetzung der Allgemeinen und der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinien

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
L1	Anteil der Kantons- und Fachapplikationen mit durchgeführter Schutzbedarfsanalyse und Risikobetrachtung in der Staatskanzlei und den Direktionen	A2					
B1	Durchschnittliches zentral bereitgestelltes Budget pro Mitarbeitende/n für die Sensibilisierung und Schulungsmassnahmen im Bereich Informationssicherheit	A3					
W1	Zufriedenheitsumfrage unter den internen und externen Zielgruppen der Cybersicherheitsstrategie mit den Dienst- und Koordinationsleistungen des kantonalen Zentrums für Cybersicherheit (CCCS)	A2, A1					

Bemerkungen

Allg. Die Indikatoren werden ab 2024 ausgewiesen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	2.4	10.0	6.3	-3.7	-37.4

Bemerkungen R23 zu B23

-3.7 Verzögerte Stellenbesetzungen für die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022) infolge Fachkräftemangels im Bereich der IT-Sicherheit

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-1.2	-7.5	0.0	-0.3	-7.8	-2.7	5.1	65.8
Saldo	-1.2	-7.5	0.0	-0.3	-7.8	-2.7	5.1	65.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

**Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4620**

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
5.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.4		- Tieferer externer und Personalaufwand infolge verzögerter Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022)
0.7		- Tieferer Bezug von externen Dienstleistungen aus dem Expertenpool für die Umsetzung der Besonderen Informationssicherheitsrichtlinien (BISR) in den Direktionen und der Staatskanzlei (RRB Nr. 1193/2020)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
0	0	0	0	0

4700 Drucksachen und Material

In ihrer Funktion als Lead Buyer für die Materialgruppen Büromaterial, Publikationen und Multifunktionsgeräte hat die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale ein grosses Beschaffungsvolumen abgewickelt. Bei zahlreichen Beschaffungsgütern und Dienstleistungen war eine weiterhin hohe Nachfrage zu verzeichnen. Besonders zu erwähnen sind die Beschaffungs- und Logistikaufträge für die Wahlunterlagen der Nationalrats- und Ständeratswahlen, verbunden mit sehr hohen Anforderungen an die Qualitätssicherung und einer anspruchsvollen Projektplanung. Zudem wurden mehrere kantonale Stellen bei der Gestaltung und Aufbereitung von Drucksachen nach dem kantonalen Corporate Design unterstützt. Bei der Materialbeschaffung konnten die bestehenden digitalen Bestellprozesse mit Einbezug der Lieferanten weiter optimiert werden.

Die Nachfrage von kantonalen Stellen und weiteren öffentlichen Institutionen nach Dienstleistungen im Beschaffungswesen nahm zu, insbesondere zur Durchführung von Submissionen und zur vielfältigen Unterstützung in unterschiedlichen

Beschaffungsaufgaben. Zudem konnte der Online-Shop für verschiedene Materialgruppen und weitere Lead Buyer ausgebaut werden. Im Berichtsjahr besonders zu erwähnen ist die Realisierung des Umzugsportals für das Immobilienamt, das eine strukturierte Bestellung von Umzugsdienstleistungen ermöglicht.

Zur Förderung der Vernetzung und des Austauschs von Informationen zwischen Beschaffungsfachleuten der kantonalen und kommunalen Verwaltung wurde mit dem Generalsekretariat der Baudirektion auch im Berichtsjahr ein Beschaffungsforum durchgeführt. Die Veranstaltung mit den Themen Cyberrisiken in der Lieferkette, schlanke Wettbewerbsverfahren für komplexe Bauaufgaben sowie Klima und Mobilität stiess auf grosses Interesse.

Seit 2003 verfügt die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale über ein zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem nach ISO 9001:2015. Im Berichtsjahr wurde die Zertifizierung mit dem erfolgreich durchgeführten Aufrechterhaltungs-Audit erneut bestätigt.

Aufgaben

- A1 Beschaffung verwaltungswweit genutzter Güter mehrerer Materialgruppen (u.a. Büromaterial, Drucksachen, Multifunktionsgeräte)
A2 Unterstützung und Beratung bei Beschaffungsaufgaben (u.a. Durchführung von Submissionen)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)

	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%	
L1	Abgewickelte Beschaffungsaufträge	A1	41 286	47 000	39 692	-7 308	-15.5
L3	Bewirtschaftete Kundenadressen	A1	4 373	4 400	3 884	-516	-11.7
L4	Durchgeführte Lieferantenbewertungen	A1	13	40	30	-10	-25.0
L5	Durchgeführte Submissionen im offenen Verfahren und im Einladungsverfahren	A2	16	15	18	3	20.0
B1	Durchschnittliche Prozesskosten je Beschaffungsauftrag, in Fr.	A1	124	110	127	17	15.5
W2	Abgewickelte Beschaffungsaufträge ohne Reklamationen, in %	A1	99	98	99	1	
W3	Durchgeführte Submissionen ohne gutgeheissene Rekurse, in %	A2	100	95	100	5	

Bemerkungen

- L1, L3, Die Werte der Indikatoren L1, L3, und B1 weichen aufgrund der Anpassung von Beschaffungsstrategien und der laufenden Optimierung der Beschaffungsprozesse teilweise deutlich von den Budgetwerten ab.
L4 Die Anzahl der Lieferantenbewertungen hat sich aufgrund veränderter Beschaffungsstrategien und eines angepassten Lieferantenportfolios reduziert.
L5 Der Dienstleistungsbedarf für Vergabeverfahren hat sich über den Erwartungen entwickelt.

Entwicklungsschwerpunkte

4700 10a Gezielte Nutzung des Digitalisierungspotenzials durch weitere Förderung IT-gestützter Prozesse im Beschaffungswesen

Die Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale hat die Optimierung der IT-gestützten Prozesse erfolgreich vorangetrieben. Sie verfügt über einen durchgängig digitalisierten Prozess für die Abwicklung von Beschaffungen, von der Online-Bestellung über die elektronische Anbindung von Lieferanten bis hin zur automatisierten Verarbeitung von E-Rechnungen. Die digitalen Beschaffungsprozesse können für verschiedene Warengruppen und Dienstleistungen genutzt werden.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	30.5	36.0	35.1	-0.9	-2.4

Bemerkungen R23 zu B23

- 0.9 Die Differenz ergibt sich teilweise aus der verzögerten Besetzung vakanter Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	19.4	21.4	0.0	0.0	21.4	20.3	-1.2	-5.4
Aufwand	-18.9	-21.5	0.0	0.0	-21.5	-19.9	1.7	7.7
- Betriebsaufwand (einschliesslich Personal)	-6.4	-7.0	0.0	0.0	-7.0	-7.4	-0.5	-6.8
Saldo	0.5	-0.1	0.0	0.0	-0.1	0.4	0.5	396.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1	-0.1	0.0	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	3.3
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	-0.1	-0.2	-0.2	0.0	3.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.5	A1, A2	- Die verzögerte Besetzung vakanter Stellen und das ausserordentliche Beschaffungsvolumen aufgrund der kantonalen und nationalen Wahlen führten zu einem im Vergleich zum Budget besseren Saldo.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.2	-0.2	0.0	
- Ersatzinvestitionen Produktionsmittel	-0.2	-0.2	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-410613	0	0	-410613	0

4910 Steuererträge

Aufgaben

A1 Die dem Kanton zustehenden Steuererträge erfassen und ausweisen

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W1 Steuerfuss, in % der einfachen Staatssteuer	A1	99	99	99	0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	8668.5	8366.8	0.0	0.0	8366.8	9002.3	635.5	7.6
- Staatssteuern	7168.5	6950.7	0.0	0.0	6950.7	7520.9	570.2	8.2
- davon Laufende Periode NP	4449.8	4550.0	0.0	0.0	4550.0	4589.1	39.1	0.9
- davon Laufende Periode JP	1310.4	1265.0	0.0	0.0	1265.0	1296.5	31.5	2.5
- davon Nachträge NP	985.2	784.0	0.0	0.0	784.0	1032.6	248.6	31.7
- davon Nachträge JP	22.1	134.0	0.0	0.0	134.0	267.3	133.3	99.5
- davon Quellensteuer	362.7	171.5	0.0	0.0	171.5	295.2	123.7	72.1
- davon Übrige Erträge	38.2	46.2	0.0	0.0	46.2	40.2	-6.0	-13.0
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	361.3	270.1	0.0	0.0	270.1	293.8	23.7	8.8
- Direkte Bundessteuer	1062.4	1030.0	0.0	0.0	1030.0	1108.2	78.2	7.6
- Verrechnungssteuer und EU- Zinsbesteuerung	76.4	116.0	0.0	0.0	116.0	79.5	-36.5	-31.5
Aufwand	-115.0	-119.9	0.0	0.0	-119.9	-119.4	0.5	0.4
- Staatssteuern	-113.4	-119.2	0.0	0.0	-119.2	-120.2	-1.0	-0.9
- Erbschafts- und Schenkungssteuer	-1.6	-0.7	0.0	0.0	-0.7	0.8	1.6	220.4
Saldo	8553.5	8246.9	0.0	0.0	8246.9	8882.9	636.0	7.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
636.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
248.6	A1	- Staatssteuern Nachträge NP: Höhere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2023 (71.2), Mehrerträge für die Steuerperiode 2019 (56.2) und Perioden vor 2019 (31.2) sowie positive Korrekturen für die Steuerperioden 2020 und 2021 (90.0)
133.3	A1	- Staatssteuern Nachträge JP: Leicht tiefere pauschale Nachträge für die laufende Periode 2023 (-3.9), Mehrerträge für die Periode 2019 (10.9) und die Perioden vor 2019 (16.3), sowie positive Korrektur der Steuerperiode 2021 (110.0)
123.7	A1	- Quellensteuern: Höhere Erträge aus höheren Zahlungseingängen und späterem Abfluss in die Nachträge infolge nachträglicher ordentlichen Veranlagung gemäss Quellensteuerreform (freiwillige Unterstellung unter die nachträgliche ordentliche Veranlagung)
78.2	A1	- Direkte Bundessteuer: Höhere Zahlungseingänge von natürlichen und juristischen Personen
39.1	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2023 NP: Tiefere Erträge aus der Einkommenssteuer (-25.7) und Mehrertrag aus Vermögenssteuern (64.8)
31.5	A1	- Staatssteuern laufende Periode 2023 JP: Höhere Gewinnsteuererträge (69.7) infolge Fortschreibung des Niveau-Effekts aus dem Vorjahr, Mindererträge in der Kapitalsteuer (-38.2)
23.7	A1	- Erbschafts- und Schenkungssteuer: Mehrerträge durch höhere Einzelfälle
0.5	A1	- Aufwand: höherer Aufwand infolge erhöhten Abschreibungsbedarfs (-6.6), jedoch Minderaufwand infolge Wertberichtigungen (5.3), höhere Entschädigungen an die Gemeinden (-2.1), tieferer Aufwand für Erlasse (0.3) und Vergütungszinsen (3.6)
-6.0	A1	- Übrige Erträge: tiefere Nachsteuererträge aufgrund der weiterhin rückläufigen Fälle von straflosen Selbstanzeigen (-8.6), höhere Einnahmen aus Verzugszinsen in der Staatssteuer (2.6)
-36.5	A1	- Verrechnungssteuer: Tiefere Auszahlung an die Kantone aus dem Verrechnungssteuerertrag des Bundes
-0.1		- Übrige Abweichungen

4921 Schadenausgleich

Aufgaben

A1 Aus dieser Leistungsgruppe werden den Amtsstellen Aufwendungen für nicht versicherte Haftpflichtschäden sowie Reparatur- und Ersatzbeschaffungskosten für nicht versicherte Sachschäden vergütet.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-0.7	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-1.7	0.8	32.5
- Versicherungsprämien	-0.8	-1.2	0.0	0.0	-1.2	-1.0	0.2	17.1
- Schadenausgleich	0.2	-1.3	0.0	0.0	-1.3	-0.7	0.6	46.8
Saldo	-0.7	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-1.7	0.8	32.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.6	A1	- Keine Schadenersatzzahlungen und tiefere Rückstellungsbildungen in Staatshaftungsfällen (B23: -1.3; R23: -0.7)
0.2	A1	- Tiefere Versicherungsprämienzahlungen, vor allem aus der Motorfahrzeugversicherung (B23: -1.2; R23: -1.0)
0.0		- Übrige Abweichungen

4930 Zinsen und Beteiligungen

Die Hauptereignisse werden in der Leistungsgruppe Nr. 4100, Finanzverwaltung, dargestellt.

Aufgaben

- A1 Verbuchung der Aktiv- und Passivzinsen des Kantonshaushalts insgesamt
A2 Verbuchung von Erlösen aus Beteiligungen, die in dieser Leistungsgruppe bilanziert werden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Bilanzierte Beteiligungen	A2	52	50	52	2	4.0
B1 Durchschnittlicher Zinssatz der ausstehenden langfristigen Finanzverbindlichkeiten, in %	A1	0.57	0.56	0.67	0.11	
W2 Interner Zinssatz, in %	A1	0.75	0.75	0.75	0.00	
W4 Neuer Indikator: Summe aller von der Kantonalbank geleisteten Entschädigungen für die Staatsgarantie (§ 6 Abs. 6 Kantonalbankgesetz), in Mio. Franken	A2		208	218.4	10.4	5.0

Bemerkungen

- L1 Zugang zwei neuer Beteiligungen im Vorjahr nicht in Budget berücksichtigt
B1 Höheres Zinsumfeld
W4 Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1331.8	679.1	0.0	0.0	679.1	512.7	-166.3	-24.5
- Finanzertrag	60.8	60.4	0.0	0.0	60.4	72.9	12.4	20.6
- Gewinnanteil Zürcher Kantonalbank	280.0	269.0	0.0	0.0	269.0	320.0	51.0	19.0
- Gewinnanteil Schweizerische Nationalbank	716.1	236.8	0.0	0.0	236.8		-236.8	-100.0
- Interner Zinsertrag	86.6	88.8	0.0	0.0	88.8	89.6	0.8	0.9
Aufwand	-53.4	-64.2	0.0	0.0	-64.2	-52.1	12.1	18.8
- Finanzaufwand	-30.5	-41.8	0.0	0.0	-41.8	-29.7	12.1	29.0
- Interner Zinsaufwand	-21.4	-22.4	0.0	0.0	-22.4	-22.3	0.1	0.3
Saldo	1278.4	614.9	0.0	0.0	614.9	460.6	-154.3	-25.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.5	0.1	0.0	0.0	0.1	7.0	6.9	5916.7
Ausgaben	0.0							
Saldo	0.5	0.1	0.0	0.0	0.1	7.0	6.9	5916.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-154.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
51.0	A2	- Höhere Gewinnausschüttung der Zürcher Kantonalbank
12.4	A1	- Tieferer Zinsaufwand aufgrund weniger Kapitalaufnahmen
10.2	A2	- Höherer Ertrag Flughafen Zürich AG
6.6	A1	- Höherer Zinsertrag
6.1	A1	- Höhere Entschädigung der Zürcher Kantonalbank für die Staatsgarantie
5.2	A2	- Höherer Zinsertrag Dotationskapital der Zürcher Kantonalbank
3.9	A1	- Werterhöhung verschiedener Beteiligungen im Finanzvermögen
2.4	A1	- Höherer Zinsertrag Bank- und Postkonten
0.9	A1	- Kursgewinne aus Fremdwährungskauf
0.2	A1	- Werterhöhung verschiedener Beteiligungen im Verwaltungsvermögen
-0.2	A2	- Keine Dividende SelfFin Invest AG
-0.5	A2	- Keine Dividende Schweizer Salinen AG
-15.5	A2	- Geringere Gewinnausschüttung der Elektrizitätswerke des Kantons Zürich
-236.8	A2	- Keine Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank
-0.2		- Übrige Abweichungen

Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4930

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.1	7.0	6.9	
- Rückzahlung Darlehen Zürcher Landwirtschaftliche Kreditkasse	0.1	6.4	6.3	
- Vorzeitige Rückzahlung Darlehen MCH Group AG	0.0	0.6	0.6	
- Übrige	0.0	-0.0	-0.0	

4950 Sammelpositionen

Aufgaben

- A1 Zentrale Korrekturen, wie z.B. Teuerungsausgleich und Intercompany-Ausgleiche im Rahmen der Konsolidierung
A2 Zentrale Verbuchung einzelner nichtbetrieblicher Positionen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	151.8	1.7	0.0	0.0	1.7	1.0	-0.7	-40.3
- Covid-19-Härtefallprogramm: Beiträge vom Bund	147.9	0.0	0.0	0.0	0.0	-2.1	-2.1	0.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: Zinserträge	1.1	0.7	0.0	0.0	0.7	0.8	0.2	24.7
Aufwand	-161.0	148.8	0.0	-3.0	145.8	-24.4	-170.2	-116.7
- Lohnentwicklung		-163.6	0.0	0.0	-163.6		163.6	100.0
- Verbesserte Anstellungsbedingungen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
- Rückstellung aus Ruhegehaltsordnung	7.3	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-7.8	-4.8	-160.8
- Zentral eingestellte Budgetkürzung		336.7	0.0	0.0	336.7		-336.7	-100.0
- IKT-Vorhaben	-0.3	-20.0	0.0	0.0	-20.0	0.0	20.0	100.0
- Covid-19-Beiträge an Gemeinden, Unterstützung Selbständige	-0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.0	-0.5
- Covid-19-Härtefallprogramm: nicht rückzahlbare Beiträge	-166.2	-0.4	0.0	0.0	-0.4	2.2	2.6	699.9
- Covid-19-Härtefallprogramm: Ausfall von Darlehen	-0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.4	-1.4	0.0
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug	-1.4	-1.0	0.0	-3.0	-4.0	-0.5	3.5	88.7
Saldo	-9.1	150.5	0.0	-3.0	147.5	-23.4	-170.9	-115.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	35.5	21.4	0.0	0.0	21.4	29.5	8.1	37.6
Ausgaben	-1.2	-0.0	0.0	-2.0	-2.0	-1.1	0.9	43.3
- Covid-19-Härtefallprogramm: Vollzug	-0.1	-0.0	0.0	-2.0	-2.0	0.0	2.0	100.0
Saldo	34.3	21.4	0.0	-2.0	19.4	28.4	8.9	46.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-170.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
163.6	A1	- Der im Budget zentral eingestellte Mehraufwand für den Teuerungsausgleich fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
20.0	A1	- Der im Budget zentral eingestellte Pauschalbetrag für IKT-Vorhaben fällt in den übrigen Leistungsgruppen an.
3.5	A2	- Tieferer Aufwand für den Vollzug des Covid-19-Härtefallprogramms
2.6	A2	- Höhere Rückzahlungen und Rückforderungen von nicht rückzahlbaren Beiträgen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm
1.2	A1	- Höhere Rückverteilung des Bundes aus der CO ₂ -Abgabe
0.2	A2	- Höhere Zinserträge aus Darlehen des Covid-19-Härtefallprogramms
-1.4	A2	- Höherer Ausfall Darlehen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm
-2.1	A2	- Weiterleitung von Rückforderungen aus dem Covid-19-Härtefallprogramm an den Bund
-4.8	A1	- Höhere Rückstellungsbildung aus der Ruhegehaltsordnung der Professorinnen und Professoren der Universität Zürich aufgrund Reduktion des technischen Zinssatzes um rund 0.2 Prozentpunkte (-1.4 Mio. Franken) sowie abweichender Entwicklung zwischen tatsächlicher und statistischer Lebenserwartung (-3.4 Mio. Franken)
-16.6	A2	- Höhere Auszahlungen von Covid-19-Kreditausfallgarantien über teilnehmende Geschäftsbanken
-336.7	A1	- Die im Budget zentral eingestellte pauschale Budgetkürzung wird dezentral durch die übrigen Leistungsgruppen kompensiert.
-0.4		- Übrige Abweichungen

Finanzdirektion
Leistungsgruppe 4950

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	21.4	29.5	8.1	
- Covid-19-Härtefallprogramm: Rückzahlungen Darlehen	21.4	29.5	8.1	- Vorlagen 5663a, 5663b, 5663c, 5663d
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-2.0	-1.1	0.9	
- Covid-19-Härtefallprogramm: Darlehen an Private	-2.0	-1.1	0.9	- Vorlagen 5663a, 5663b, 5663c, 5663d
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

4960 Nationaler Finanzausgleich

Aufgaben

A1 Die finanziellen Auswirkungen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) ausweisen.

Indikatoren

Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W1 Ressourcenindex, in %	A1	123.3	123.1	123.1	0.0	

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	109.0	125.4	0.0	0.0	125.4	125.4	0.0	0.0
- Soziodemografischer Lastenausgleich	109.0	125.4	0.0	0.0	125.4	125.4	0.0	0.0
Aufwand	-601.5	-622.6	0.0	0.0	-622.6	-622.6	0.0	0.0
- Ressourcenausgleich	-588.7	-610.8	0.0	0.0	-610.8	-610.8	0.0	0.0
- Härteausgleich	-12.8	-11.8	0.0	0.0	-11.8	-11.8	0.0	0.0
Saldo	-492.5	-497.2	0.0	0.0	-497.2	-497.2	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

4980 Gemeinnütziger Fonds

Der Kantonsrat bewilligte

- 16,8 Mio. Franken zugunsten der Zoo Zürich AG für jährliche Betriebsbeiträge 2023 bis 2027 (Vorlage 5864),
- 7,5 Mio. Franken zugunsten des Amtes für Landschaft und Natur für Leistungen im Bereich Naturbildung in den Jahren 2024 bis 2028 (Vorlage 5877),
- 6,5 Mio. Franken zugunsten der Stiftung Fotomuseum Winterthur für den Neubau und die Sanierung des Fotomuseums Winterthur (Vorlage 5863),
- 6,0 Mio. Franken zugunsten der Stiftung Kinderhospiz Schweiz für das Kinderhospiz Flamingo (Vorlage 5932),
- 5,0 Mio. Franken zugunsten des Vereins Zürcher Forum für die Phänomene (Vorlage 5866),
- 3,5 Mio. Franken zugunsten der Sicherheitsdirektion für die UEFA Women's EURO 2025 (Vorlage 5915).

Der Regierungsrat bewilligte

- 7,7 Mio. Franken für 34 allgemeine Beiträge,
- 3,6 Mio. Franken für 38 Beiträge für die Ausland- und Inlandhilfe.

Aus dem kantonalen Anteil am Ertrag der Genossenschaft Swisslos Interkantonale Landeslotterie wurden dem Gemeinnützigen Fonds 30,3 Mio. Franken zugewiesen. Dies entspricht 30% des kantonalen Ertragsanteils.

Aufgaben

- A1 Die Mittel des Gemeinnützigen Fonds werden für gemeinnützige Zwecke aller Art grundsätzlich ausserhalb der Bereiche Sport, Kultur und Denkmalpflege verwendet (§ 3 Abs. 1 LFG).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L9 Eingegangene Beitragsgesuche	A1	167	250	195	-55	-22.0
L10 Arbeitsstunden für Beitragsgesuche	A1	2740	2650	2582	-68	-2.6
L11 Vom Kantonsrat beschlossene Beiträge	A1	4	3	6	3	100.0
L12 Vom Regierungsrat beschlossene Beiträge	A1	68	85	72	-13	-15.3
L13 Aufwand für bereits beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	-98.0	-99.9	-109.4	-9.5	9.5
L14 Aufwand für noch nicht beschlossene Beiträge, in Mio. Franken	A1	0	-13.6	0	13.6	-100.0
L15 Anteil der Beiträge für Vorhaben ausserhalb des Kantons Zürich am Swisslos-Ertragsanteil des Gemeinnützigen Fonds, in %	A1	27.7	20	18	-2	
B1 Kosten pro Beitragsgesuch, in Fr.	A1	3293	2200	2821	621	28.2

Bemerkungen

- L9 Zunahme von Gesuchseingängen gegenüber dem Vorjahr, aber nicht so stark wie erwartet
- L11 Höhere Anzahl infolge mehr eingegangener und behandlungsreifer Gesuche für Beiträge über 1 Mio. Franken
- L13 Der Rechnungswert L13 ist mit den Budgetwerten L13 und L14 zu vergleichen (vgl. L14). Insgesamt ergibt sich eine Abweichung von +4.1 Mio. Franken bzw. von 3.6% gegenüber dem Budget.
- L14 Der Wert ist in der Rechnung immer null und fliesst in den Rechnungswert L13 ein.
- L15 Der Grenzwert von 20% gemäss § 5 Abs. 2 VGF wird um 10% bzw. 0.6 Mio. Franken unterschritten.
- B1 Höhere Kosten infolge geringerer Zunahme der Gesuche als erwartet (vgl. L9)

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-183.7	-154.0	-175.3	-21.3	-13.8
Finanzierung	183.7	154.0	175.3	21.3	13.8

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	103.1	113.6	0.0	0.0	113.6	109.4	-4.2	-3.7
- Interkantonale Landeslotterie/Swisslos	103.1	84.0	0.0	0.0	84.0	101.1	17.1	20.3
- Entnahme aus Bestandeskonto		29.6	0.0	0.0	29.6	8.3	-21.3	-71.8
- Kalkulatorischer Zinsertrag								
Aufwand	-103.1	-113.6	0.0	0.0	-113.6	-109.4	4.2	3.7
- Zahlungen an Private und Dritte	-18.1	-36.9	0.0	0.0	-36.9	-22.7	14.2	38.5
- Einlagen in Bestandeskonto	-5.1							
- Interne Überträge	-79.9	-76.7	0.0	0.0	-76.7	-86.7	-10.0	-13.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
17.1	A1	- Höherer Anteil am Ertrag der Swisslos infolge guten Ergebnisses im Geschäftsjahr 2022
14.2	A1	- Tiefere Auszahlungen von Beiträgen an Private und Dritte infolge geringerer Auszahlungsbegehren als erwartet und Verzögerungen
-10.0	A1	- Höhere Überträge an Leistungsgruppen infolge höherer Erträge von Swisslos (-10.9) und tiefere Auszahlungen (+0.9) infolge geringerer Auszahlungsbegehren als erwartet
-21.3	A1	- Geringere Entnahme aus dem Fondsbestand als geplant aufgrund der übrigen Entwicklungen
0.0		- Übrige Abweichungen

05

Volkswirtschafts- direktion

Überblick	120
Legislaturziele	122
Verkehr (Politikbereich 6)	122
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	122
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	122
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	122
Finanzierung	122
Übersicht	122
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	122
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	123
Personal- und Lohnstatistik	123
Beschäftigungsumfang	123
Lohnaufwand	123
Anstellungsverhältnisse	123
Parlamentarische Vorstösse	123
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	123
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	123
Leistungsgruppen	125
5000 Generalsekretariat	125
5205 Amt für Mobilität	126
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr	129
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	131
5920 Verkehrsfonds	134
5921 Flughafenfonds	136
5925 Strassenfonds	137

Überblick

Robuster Arbeitsmarkt, weiterhin Arbeitskräftemangel

Die Zürcher Wirtschaft steht auf einem soliden Fundament, der Arbeitsmarkt ist trotz der wirtschaftlichen Abkühlung in einer guten Verfassung. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote betrug im Berichtsjahr 1,7% (Vorjahr: 1,8%). Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist in den Herbstmonaten geringer ausgefallen, als aufgrund des Konjunkturverlaufs zu erwarten gewesen wäre. Die meisten Branchen rechnen mit einem unveränderten oder leicht steigenden Personalbedarf. Allerdings ist es für die Unternehmen in vielen Branchen aufgrund des Arbeitskräftemangels weiterhin schwierig, offene Stellen mit passendem Personal zu besetzen.

Stiftungsstandort stärken

Der Kanton ist mit rund 2200 gemeinnützigen Stiftungen ein wichtiger Stiftungsstandort, verzeichnete in den letzten Jahren im Vergleich mit anderen Kantonen aber einen Rückgang der Stiftungsgründungen. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr das von einer Projektkoordinationsgruppe erarbeitete Umsetzungskonzept zur Stärkung des Stiftungsstandorts genehmigt (RRB Nr. 96/2023). Vorgesehen sind unter anderem die Schaffung einer Koordinations- und Anlaufstelle für Stiftungen, die Durchführung von themenspezifischen Dialogrunden zwischen staatlichen Förderstellen und privaten Förderstiftungen sowie die Entwicklung von Grundlagen für steuer- und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen von gemeinnützigen Förderstiftungen im Kanton.

Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz verabschiedet

Der Regierungsrat setzt sich für attraktive Rahmenbedingungen ein mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschafts- und Innovationsstandorts weiter zu stärken. Mit dem im Berichtsjahr vom Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates verabschiedeten neuen Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz werden die wesentlichen Ziele und Grundsätze der Standortförderung gesetzlich verankert (RRB Nr. 586/2023). Zudem werden die Regelungen zur administrativen Entlastung der Unternehmen mit Anpassungen in das neue Gesetz überführt.

Vorbereitungsmassnahmen für Energiemangellage

Die Kantone unterstützen den Bund bei der Umsetzung seiner Massnahmen zur Abwendung und Bewirtschaftung einer möglichen Energiemangellage, insbesondere bei der Verbreitung von Informationen für die Öffentlichkeit. Im Berichtsjahr wurde ein Merkblatt für die Bevölkerung sowie einen Leitfaden für Unternehmen erstellt. Mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Wirtschaft wurden mehrere Anlässe und runde Tische durchgeführt, um sich zum Thema auszutauschen.

Meilensteine im Bereich Innovation

Die Standortförderung engagiert sich für eine stärkere Vernetzung zwischen kleinen und mittleren Unternehmen, Grossunternehmen, Start-ups und Wissenschaft. Daraus entstehende Kooperationen sollen Innovationen ermöglichen. Im Berichtsjahr konnte beim Generationenprojekt Innovationspark Zürich als nächster Meilenstein der kantonale Gestaltungsplan «Innovationspark Zürich mit Forschungs-, Test- und Werkflugplatz Dübendorf» für das Teilgebiet B öffentlich aufgelegt

werden. Aus mehreren Projekten der Innovation-Sandbox, die Raum für die Erprobung von Vorhaben im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) schafft, resultierten Leitfäden zu rechtlichen Aspekten und Empfehlungen zur technischen Implementierung von KI-Anwendungen. Schliesslich fand zum ersten Mal der Zürcher KMU-Innovationstag mit rund 200 Unternehmerinnen und Unternehmern statt.

Transformation des AWA in zwei Ämter

Das Amt für Wirtschaft und Arbeit setzte im Berichtsjahr die vom Regierungsrat in Auftrag gegebene Transformation in ein Amt für Wirtschaft und ein Amt für Arbeit um (RRB Nr. 944/2022). Das Amt für Wirtschaft betreut die Bereiche Standortförderung, Arbeitsbewilligungen, Arbeitsbedingungen und Volkswirtschaft. Das Amt für Arbeit ist zuständig für die öffentliche Arbeitsvermittlung, die Beratung der Stellensuchenden in den Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, die Oberaufsicht der Arbeitslosenversicherung und die Arbeitslosenkasse des Kantons (RRB Nr. 312/2023). Mit dieser Aufteilung können die Leistungen stärker gebündelt und auf den Wirtschaftsstandort bzw. den Arbeitsmarkt fokussiert werden. Die beiden neuen Ämter haben am 1. Januar 2024 ihre Arbeit aufgenommen.

Fachstelle Betrieblicher Gesundheitsschutz nimmt Arbeit auf

Die Fälle von Arbeitsunfähigkeit aufgrund psychischer Erkrankungen haben in den letzten Jahren stark zugenommen. Der Regierungsrat hat deshalb ein fünfjähriges Pilotprojekt für eine Fachstelle Betrieblicher Gesundheitsschutz bewilligt (RRB Nr. 1650/2022). Im Oktober des Berichtsjahres hat die Fachstelle die Arbeit aufgenommen. Der betriebliche Gesundheitsschutz befasst sich mit den Auswirkungen der Arbeitsplatzgestaltung und -organisation auf die Gesundheit der Mitarbeitenden. Die Fachstelle unterstützt Zürcher Unternehmen bei der Umsetzung einer aktiven und nachhaltigen Gesundheitsstrategie. Der Bereich psychosoziale Risiken soll dabei besonders hervorgehoben und angesprochen werden.

Taxi- und Limousinengesetz: Ausführungsbestimmungen verabschiedet und Vollzugsorganisation aufgebaut

Mit dem neuen Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen (PTLG) gehen alle Regulierungs- und Vollzugsaufgaben des Taxi- und Limousinenwesens von den Gemeinden auf den Kanton über, mit Ausnahme der Bewilligungen für Standplätze und der Anordnungen für die Benutzung von Tram- und Busspuren und der Fahrverbotszonen. Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat die dafür benötigte Vollzugsverordnung verabschiedet und die nötigen Stellen für die neue Fachstelle Gewerbmässige Personenbeförderung bewilligt. Das neue Gesetz und die dazugehörige Verordnung traten am 1. Januar 2024 in Kraft.

Agglomerationsprogramm: Gelder für die 4. Generation gesprochen

Ende des Berichtsjahres haben die eidgenössischen Räte die Beiträge für die Agglomerationsprogramm der vierten Generation genehmigt. Für die vom Kanton eingereichten drei Programme Limmattal, Stadt Zürich–Glattal und Oberland sprach der Bund eine Kostenunterstützung von insgesamt 430 Mio.

Franken. An den geplanten Massnahmen der Programme Limmattal und Oberland übernimmt er 35% der Kosten, beim Programm Stadt Zürich–Glattal 40%. Zu den positiv bewerteten A-Massnahmen zählen neben der Verlängerung der Glattalbahn unter anderem das Tram Affoltern, die geplanten Verbesserungen zur Erschliessung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum, eine Veloschnellroute und mehrere Velohauptstrassen-Abschnitte im Glattal, ein Teil der Veloschnellroute Limmattal, verschiedene Verkehrsmassnahmen im Zusammenhang mit der Gebietsentwicklung Regensdorf-Nord sowie der Ausbau des Bushofs in Pfäffikon.

Erstmalige Auszahlung Unterhaltsbeiträge für Gemeindestrassen

Im Juni 2022 trat die Änderung des Strassengesetzes zusammen mit der Verordnung über die Beiträge an den Unterhalt der Gemeindestrassen in Kraft. Für das Berichtsjahr hat der Kantonsrat im Budget 71,4 Mio. Franken zulasten des Strassenfonds für Beiträge an die Gemeinden beschlossen. Am 25. April des Berichtsjahres wurde die Festlegung der Beträge an den Unterhalt der Gemeindestrassen erstmals im Amtsblatt publiziert. Die Auszahlung der Beiträge an die Gemeinden erfolgte am 30. Juni.

Revision Baulinien: Vernehmlassung gestartet

Bei den meisten Staatsstrassen und vielen Gemeindestrassen bestehen Verkehrsbaulinien. Zu diesem Thema hat der Regierungsrat im Berichtsjahr eine Vernehmlassung gestartet. Mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sollen die Nutzungsmöglichkeiten durch vorspringende Gebäudeteile im Baulinienbereich präzisiert werden. Neu sind vorspringende Gebäudeteile nur so weit einzuschränken, wie es für die Landsicherung und für die ortsbauliche Gestaltung erforderlich ist. Für «offene» vorspringende Gebäudeteile (z.B. Balkone) soll eine grosszügigere Regelung gelten als für «geschlossene» vorspringende Gebäudeteile (z.B. Erker und Loggien). Sie sollen über die Hälfte des dazugehörigen Fassadenabschnittes bis zu zwei Meter in den Baulinienbereich hineinragen dürfen. Erdgeschosse sollen aus gestalterischen Gründen hingegen grundsätzlich frei bleiben von vorspringenden Gebäudeteilen. Zudem soll das bisher aufwendige Verfahren zur Anpassung von Baulinien, die im Quartierplanverfahren festgelegt wurden, in Fällen von untergeordneter Bedeutung vereinfacht und beschleunigt werden.

Flughafenpolitik und Eigentümerstrategie überarbeitet

Mit der Flughafenpolitik formuliert der Regierungsrat seine Vorstellungen und Erwartungen zur zukünftigen Entwicklung und zu den Herausforderungen des Flughafens. In der Eigentümerstrategie legt der Regierungsrat die Erwartungen des Kantons als Aktionär an die Flughafen Zürich AG fest. Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr die Flughafenpolitik und Eigentümerstrategie aktualisiert. Er verlangt einen sicheren und wettbewerbsfähigen Flughafen, der die Wertschöpfung in der Region stärkt, und erwartet, dass die Beeinträchtigungen der Bevölkerung durch den Flugbetrieb möglichst gering gehalten und die negativen Auswirkungen auf Umwelt und Klima begrenzt werden.

Verabschiedung ZVV-Strategie 2025–2029

Im Juli des Berichtsjahres verabschiedete der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates die mittel- und langfristigen Grundsätze über Angebot und Tarif des Zürcher Verkehrsverbundes für den Zeitraum 2025–2029. In Übereinstimmung mit den raumplanerischen, verkehrs- und umweltpolitischen Zielsetzungen soll der öffentliche Verkehr seine wichtige Rolle in der Bewältigung der künftigen Mobilität stärken. Dafür soll das Verkehrsangebot weiterentwickelt werden. Im Vordergrund stehen im Strategiehorizont 2025–2029 Projekte im Bereich der Tram- und Stadtbahnen. Darüber hinaus sollen die Entwicklungen der Digitalisierung im Bereich des Vertriebs und bei der Tarifgestaltung sowie die Dekarbonisierung konsequent vorangetrieben werden. All dies in einem anspruchsvollen politischen und finanziellen Umfeld. Gleichzeitig mit der Strategie beantragt der Regierungsrat einen Rahmenkredit für den Zürcher Verkehrsverbund für 2024 in der Höhe von 437,5 Mio. Franken.

Pilotbetrieb für ÖV-Ersatzfahrdienst für Menschen mit Behinderung

Ab 1. Januar 2024 müssen Menschen mit Behinderung laut dem Behindertengleichstellungsgesetz den öffentlichen Verkehr selbstständig nutzen können. Im Kanton Zürich sind die Fahrzeuge und das Rollmaterial bereits per Ende des Berichtsjahres praktisch vollständig niederflurig. Allerdings gibt es noch zahlreiche Haltestellen, die kein hindernisfreies Ein- und Aussteigen zulassen. In diesen Fällen muss eine Ersatzlösung angeboten werden. Der Regierungsrat stimmte deshalb im Berichtsjahr einem vierjährigen Pilotbetrieb eines durch den Zürcher Verkehrsverbund koordinierten Ersatzfahrdienstes für Menschen im Rollstuhl zu. Mit einem Shuttle-Fahrdienst werden nicht stufenfreie Abschnitte der öv-Reise überbrückt.

Massvolle Anpassung im ZVV-Tarif im Dezember des Berichtsjahres

Seit Dezember 2016 gab es im Zürcher Verkehrsverbund keine Tarifmassnahmen mehr. In der gleichen Zeitspanne wurde das öffentliche Verkehrsangebot insbesondere im Rahmen der vierten Teilergänzungen der Zürcher S-Bahn massiv ausgebaut. Zudem ist insbesondere in den letzten zwei Jahren auch wieder eine beachtliche Teuerung aufgelaufen. Nach sieben Jahren ohne Tarifmassnahmen hat der Zürcher Verkehrsverbund deshalb seine Preise im Dezember des Berichtsjahres erstmals wieder moderat erhöht. Dabei wurden die Ticketpreise differenziert um durchschnittlich 3,4% angehoben, mithin weniger als die tatsächliche Teuerung. Ausserdem ist die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4% in der Tarifierung enthalten.

Legislaturziele

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 6 Die steigende Nachfrage nach Mobilität bewältigen.			
RRZ 6b Zentrale Infrastrukturprojekte wie Ortsumfahrungen und -durchfahrten oder Projekte des Güterverkehrs vorantreiben.	5205		2023
RRZ 6c Eine Plattform «Dialog Mobilität der Zukunft» etablieren.	5205		2023

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 7 Die Belastung von Raum, Umwelt und Infrastruktur reduzieren, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Auswirkungen des Wachstums von Bevölkerung und Mobilität bewältigen.			
RRZ 7f Regionale Gesamtverkehrskonzepte in Gebieten mit hohem Abstimmungsbedarf Siedlung und Verkehr erarbeiten und deren Umsetzung vorantreiben.	5205		2023

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 8 Die Rahmenbedingungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft im Kontext der Digitalisierung sind zeitgemäss.			
RRZ 8a Das Angebot an digitalen Arbeitsmarktlichen Massnahmen auf- und ausbauen.	5300		2023
RRZ 8b Den Innovationspark zur Förderung einer breit diversifizierten Wirtschaft unterstützen.	5300		2023
RRZ 8c Schlüsselunternehmen erhalten und die Massnahmen mit Indikatoren fortlaufend bewerten.	5300		2023
RRZ 8e Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen der Standortentwicklung.	5300		2023

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 9 Das Ressourcenpotenzial des Kantons ist gestärkt.			
RRZ 9d Die Diversität der Wirtschaft stärken und aufrechterhalten, um die Gefahr von Branchenabhängigkeit zu vermeiden.	5300		2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	784.1	866.8	0.0	0.0	866.8	921.6	54.8	6.3
Aufwand	-1084.1	-1277.4	0.0	-1.5	-1279.0	-1227.9	51.1	4.0
Saldo	-300.1	-410.6	0.0	-1.5	-412.1	-306.3	105.9	25.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	30.8	30.0	0.0	0.0	30.0	14.4	-15.6	-52.1
Ausgaben	-143.5	-110.9	0.0	-23.3	-134.2	-66.1	68.1	50.7
Saldo	-112.7	-80.9	0.0	-23.3	-104.2	-51.8	52.5	50.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
105.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
89.5	5925	- Neubewertung der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds
20.2	5210	- Höhere Verkehrseinnahmen sowie geringere Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen führen zu einem tieferen Staatsbeitrag an den ZVV.
17.0	5925	- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität (v.a. tiefere Unterhaltspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur sowie Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen)
4.5	5300	- Tieferer Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV
-2.4	5925	- Geringerer Anteil an der LSVA
-3.7	5925	- Tieferer Ertrag aus Verkäufen von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds
-5.7	5925	- Höherer Übertrag an das Tiefbauamt (Mehrkosten bei den Strassen)
-9.8	5925	- Höhere Wertberichtigung der Liegenschaften im Strassenfonds, insbesondere aufgrund der durchgeführten Neubewertung
-3.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-66.1			
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-38.9			
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-11.4	-645.2	-399.9	-233.9
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-1.3	-22.3	-11.6	-9.4
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-2.5	-23.0	-8.5	-12.0
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2020	-5.0	-80.6	-66.7	-8.9
- Übrige	-7.0			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	823.2	800.7	739.9	-60.7	-7.6

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
5000 Generalsekretariat	-3280	-3472	-3705	-233	-6.7
5205 Amt für Mobilität	-7120	-7558	-8065	-507	-6.7
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	-78808	-75663	-73790	1873	2.5
Total	-89208	-86693	-85560		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
5000 Generalsekretariat	27	15	12	18	9
5205 Amt für Mobilität	75	32	43	47	28
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	706	413	293	516	190
Total	808	460	348	581	227

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
108/2021	Für die Bewilligung eines Kredites für einen Ausbau der Weinländer Bahnlinien Winterthur – Schaffhausen und Winterthur – Stein am Rhein (Eznelinitiative von Linus Meier, Adlikon)	Vorlage 108a/2021 vom 19.04.2023	30.08.2021
126/2020	Mobilitätsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip (Postulat Arianne Moser, Bonstetten, Beat Habegger, Zürich, und Andreas Geistlich, Schlieren)	Vorlage 126a/2020 vom 30.08.2023	06.09.2021
113/2020	Potenziale des Mobilitäts- und Parkierungsmanagements nutzen (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 113a/2020 vom 30.08.2023	06.09.2021
207/2021	Urbane Mobilität: Potential von Seil-/Hoch-/Hängebahn (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Thomas Wirth, Hombrechtikon, und Ruth Ackermann, Zürich)	Vorlage 207a/2021 vom 08.11.2023	22.11.2021

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
272/2020	Zürich Tourismus – Nachhaltiger Tourismus: Konzept und Massnahmen (Postulat Cristina Cortellini, Dietlikon, und Harry Robert Brandenberger, Gossau)	28.03.2022
364/2020	Sicheres und effizientes Velofahren dank Behebung der 1200 Schwachstellen bei der Veloinfrastruktur (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, und Mitunterzeichnende)	28.03.2022
365/2020	Sicheres Velofahren dank systematischer Überprüfung und Abgleichung von Strassenprojekten mit dem kantonalen Velonetzplan zur Behebung von Schwachstellen (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, und Mitunterzeichnende)	28.03.2022
458/2020	Verbesserung der Rechtsstellung von Care-Migrantinnen (Motion Nathalie Aeschbacher, Zürich, Claudia Frei-Wyssen, Uster, und Davide Loss, Thalwil)	28.03.2022
61/2021	Thesaurierender Fonds für Uferwege (Motion Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	29.08.2022

Volkswirtschaftsdirektion
Parlamentarische Vorstösse

62/2021	Thesaurierender Fonds für Radwege (Motion Tobias Mani, Wädenswil, und Mitunterzeichnende)	29.08.2022
281/2021	Fussgänger- und velofreundliche Lichtsignalsteuerung (Postulat Felix Hösch, Zürich, Thomas Schweizer, Hedingen, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	29.08.2022
424/2021	Anpassung der Wohnbauförderungsverordnung zur Stärkung des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Kanton Zürich (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	21.11.2022
88/2022	ZVV-Grundversorgung in Randstunden und am Wochenende (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	21.11.2022
176/2022	Personenschiffahrt auf CO ₂ -freien Antrieb umrüsten (Postulat Thomas Schweizer Hedingen, Daniel Heierli, Zürich, und Thomas Forrer, Erlenbach)	06.02.2023
35/2023	Schienegebundene Verbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon (Postulat Jean-Philippe Pinto, Volketswil, und Mitunterzeichnende)	26.06.2023
	Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich (Bericht und Antrag mit Gegenvorschlag); (Volksinitiative)	23.08.2023
473/2022	Optimierung des ÖVs in der Stadt Winterthur – Standortevaluation Busdepot Strassenverkehrsamt Winterthur (Postulat Susanna Lisibach, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	28.08.2023
	Gemeinsam vorwärtskommen auf Hauptverkehrsachsen – Ruhe im Quartier (Mobilitätsinitiative); (Volksinitiative)	12.12.2023

5000 Generalsekretariat

Im Berichtsjahr wurde die Direktionsvorsteherin in den Kantonsrats-Beratungen zu zwei Vorlagen unterstützt, die 2024 den Stimmberechtigten zur Abstimmung vorgelegt werden: die Verlängerung der beiden Pisten 28 und 32 am Flughafen Zürich und die Volksinitiative «Für öffentliche Uferwege mit ökologischer Aufwertung». Im Berichtsjahr hat der Regie-

rungsrat auch die Vollzugsverordnung zum Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen und die Stellen für die neue Fachstelle Gewerbsmässige Personenbeförderung bewilligt. Das Gesetz und die dazugehörigen Ausführungsbestimmungen traten am 1. Januar 2024 in Kraft.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Direktionsvorsteherin
A2 Rechtswesen (juristische Unterstützung der Direktionsvorsteherin und der Verwaltungseinheiten der VD; Rechtspflege sowie Führung von Rechtsmittelverfahren) und Aufsicht in den Bereichen Gastgewerbe, Ruhetage und Ladenöffnungszeiten

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	In der GEKO erfasste Direktionsgeschäfte, ohne RR-Anträge	A1	545	700	554	-146	-20.9
L2	RR-Anträge der VD	A1	119	110	140	30	27.3
L3	Erledigte Rekurse	A2	43	50	47	-3	-6.0
W1	Anteil Rekurse, die innerhalb von 5 Monaten erledigt sind, in %	A2	44	50	53	3	

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Direktionsgeschäfte wird durch externe Faktoren bestimmt, leichter Anstieg gegenüber Vorjahr.
L2 Mehr RR-Anträge als erwartet. Die Zahl ist weitgehend exogen gesteuert.
L3 Inhaltlich komplexe und zeitintensive Verfahren

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	21.2	22.6	23.5	0.9	3.8

Bemerkungen R23 zu B23

- 0.9 Leichter Anstieg des Beschäftigungsumfangs aufgrund der mit RRB Nr. 1331/2022 (Digitalisierung und digitale Transformation, Stellenpläne) bewilligten Stellen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.9	2.0	0.0	0.0	2.0	0.9	-1.1	-55.2
Aufwand	-5.4	-7.3	0.0	0.0	-7.3	-6.0	1.3	17.5
Saldo	-4.5	-5.3	0.0	0.0	-5.3	-5.1	0.2	3.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.2	A1	- Verschiedene IT-Projekte günstiger als geplant erfolgt oder nicht umgesetzt (folglich tieferer Aufwand und bei gleichzeitig geringeren internen Weiterverrechnungserträgen)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-37965	6191	-30000	-61774	-23809

Bemerkungen

Höhere Eigenleistungen der Mitarbeitenden

5205 Amt für Mobilität

Unter Einbezug der Planungsregionen und Gemeinden wurden mehrere regionale Gesamtverkehrskonzepte erarbeitet. Im Berichtsjahr abgeschlossen wurden die regionalen Gesamtverkehrskonzepte Pfannenstil und Weinland. Beide zeigen einen grossen Bedarf für die Abstimmung von Siedlung und Verkehr in den jeweiligen Regionen. Mit abgestimmten Massnahmen kann die Verkehrszunahme bewältigt und siedlungsverträglich abgewickelt werden.

Die Sicherstellung der Finanzierung von Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastrukturen sowie von Verkehrsangeboten ist Gegenstand der politischen Diskussion. Im Rahmen

der Stellungnahme zum Postulat KR-Nr. 126/2020 hat das Amt für Mobilität den Bericht «Mobilitätsfinanzierung nach dem Verursacherprinzip» erstellt. Dieser enthält eine umfassende Auslegeordnung zu den erforderlichen rechtlichen und praktischen Grundlagen sowie den erforderlichen politischen Entscheidungen.

Der Monitoringwert 2022 des Zürcher Fluglärm-Indexes, der die Zahl von Fluglärm Betroffenen ausweist, lag im Flughafenbericht 2023 mit 43448 Personen unter dem Richtwert von 47000 Personen.

Aufgaben

- A1 Planungen von öffentlichem Verkehr, motorisiertem Individualverkehr, Fuss- und Veloverkehr sowie Güterverkehr miteinander und mit der gewünschten Raumentwicklung abstimmen, z.B. im Rahmen der Agglomerationsprogramme und regionalen Gesamtverkehrskonzepte
- A2 Beobachten, prognostizieren und lenken von Verkehrsnachfrage und Verkehrsverhalten
- A3 Veloförderprogramm 2 umsetzen und das Umsetzungscontrolling Velonetzplan durchführen
- A5 Durchsetzen der hoheitlichen Verantwortung gemäss Strassengesetz bezüglich der Städte Zürich und Winterthur
- A6 Entscheidungsgrundlagen für Interessenausgleich am Flughafen Zürich zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Gesamtverkehrsplanungen	A1	3	1	2	1	100.0
L13 Bearbeitete Agglomerationsprogramme	A1	0	6	5	-1	-16.7
L2 Beantwortete Anfragen bezüglich Verkehrsgrundlagen	A2	42	30	65	35	116.7
L3 Informationskampagnen und Veranstaltungen im Rahmen des Veloförderprogramms (Zielwert)	A3	1	1	1	0	0.0
L6 Vom Regierungsrat beurteilte Projekte zu Strassen von überkommunaler Bedeutung in den Städten Zürich und Winterthur	A5	11	17	24	7	41.2
L9 Geprüfte Gesuche im Rahmen des Förderprogramms Wohnqualität Flughafenregion	A6	21	50	15	-35	-70.0
L10 Bearbeitete Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht	A6	302	250	295	45	18.0
L11 Anzahl überwachte Flüge während des bewilligungsfreien Verspätungsabbaus von 23.00 bis 23.30 Uhr (Zielwert)	A6	2151	2000	3209	1209	60.5
L12 Anzahl überwachte Flüge während des Nachtflugverbots von 23.30 bis 06.00 Uhr (Zielwert)	A6	231	200	295	95	47.5
B2 Aufwand pro Plangenehmigungsverfahren im Luftfahrtrecht, Jahresdurchschnitt in Std.	A6	6	8.4	6.5	-1.9	-22.6
W1 Anteil des öffentlichen Verkehrs am Verkehrsaufkommen öffentlicher Verkehr und motorisierter Individualverkehr im Kanton Zürich, Basis: Wege, in %	A1	31.6	34.6	31.9	-2.7	
W2 Anteil Veloverkehr am Gesamtverkehr der Zürcher Bevölkerung, Basis: Wegetappen, in %	A1, A3	5.6	9	6.3	-2.7	

Bemerkungen

- L1 Das rGVK Pfannenstil konnte 2022 nicht abgeschlossen werden und ist im Berichtsjahr gemeinsam mit dem rGVK Weinland bearbeitet (und abgeschlossen) worden.
- L2 Die generell hohe Planungsaktivität führt zu vielen Anfragen bezüglich Verkehrsgrundlagen. Mit der bereits teilweisen Verfügbarkeit des neuen Gesamtverkehrsmodells wurde die Nachfrage nach Verkehrsmodelldaten zusätzlich stimuliert.
- L9 Es sind weniger Gesuche als erwartet eingegangen. Das AFM hat mit einem Schreiben vom Dezember des Berichtsjahres die Handwerker- und Dienstleistungsunternehmer in der Flughafenregion auf die aktualisierten Förderbedingungen aufmerksam gemacht. Es ist anzunehmen, dass dies zu einer Erhöhung der Gesuche führen wird.
- L10 Nach der Pandemie war es schwierig abzuschätzen, wie viele (teilweise nach hinten geschobene) Baugesuche im Berichtsjahr eingereicht und zu bearbeiten sein werden.
- L11 Es wurden 60.5% mehr Flüge während des bewilligungsfreien Verspätungsabbaus abgewickelt als budgetiert. Mit der Aktualisierung des Massnahmenkonzepts im Jahr 2024 soll gegengesteuert werden.

- L12 Es wurden 47.5% mehr überwachte Nachtflüge während des Nachtflugverbots abgewickelt als budgetiert. Mit der Aktualisierung des Massnahmenkonzepts im Jahr 2024 soll gegengesteuert werden.
- B2 Differenz aufgrund verschiedener Optimierungen von Arbeitsprozessen
- W1 Die Wirkungen wurden noch nicht in gewünschtem Mass entfaltet. R23 beruht auf der Hochrechnung aus dem neuen Gesamtverkehrsmodell GVM-ZH2.
- W2 B23 resultiert aus politischen Vorgaben bzw. Zielsetzungen und basiert auf optimistischen Annahmen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6b Zentrale Infrastrukturprojekte wie Ortsumfahrungen und -durchfahrten oder Projekte des Güterverkehrs vorantreiben.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 6c Eine Plattform «Dialog Mobilität der Zukunft» etablieren.

Das Konzept zur Plattform «Dialog Mobilität der Zukunft» basiert auf der Strategie und dem Handlungsprogramm DiNaMo (Digitalisierung und Nachhaltigkeit der Mobilität im Kanton Zürich). Darin wurde als eine wichtige Massnahme eine neue Webseite erarbeitet, die Information und Beiträge zur neuen Mobilität bereitstellt und den Dialog mit Gemeinden, Unternehmen und der interessierten Bevölkerung fördert.

Abgeschlossen 2023

RRZ 7f Regionale Gesamtverkehrskonzepte in Gebieten mit hohem Abstimmungsbedarf Siedlung und Verkehr erarbeiten und deren Umsetzung vorantreiben.

Die Erarbeitung der regionalen Gesamtverkehrskonzepte Pfannenstil und Weinland wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und die Konzepte von den jeweiligen Projektsteuerungen (kantonale Stellen, Planungsregionen) sowie den Delegiertenversammlungen der Planungsregionen beschlossen. Die Planungs- und Umsetzungsstände der Massnahmen dieser beiden Konzepte sowie der vor dem Berichtsjahr abgeschlossenen regionalen Gesamtverkehrskonzepte Zimmerberg und Unterland plus wurden ab dem vierten Quartal erhoben. Die Ergebnisse der Erhebung werden im ersten Halbjahr 2024 mit den jeweiligen Planungsregionen besprochen mit dem Ziel einer zielgerichteten Umsetzung der Massnahmen in den nächsten Jahren.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	50.3	54.1	57.1	3.1	5.7

Bemerkungen R23 zu B23

- 3.1 Höherer Beschäftigungsumfang, insbesondere infolge neuer Vollzugsorganisation (Regulierungs- und Vollzugsaufgaben / Gesetz über den Personentransport mit Taxis und Limousinen)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	103.4	174.1	0.0	0.0	174.1	155.4	-18.7	-10.7
- Übertrag aus Strassenfonds und Flughafenfonds	99.1	168.7	0.0	0.0	168.7	151.2	-17.5	-10.4
Aufwand	-109.3	-181.6	0.0	0.0	-181.6	-163.1	18.5	10.2
- Eigene Beiträge an Städte und Gemeinden	-57.6	-125.9	0.0	0.0	-125.9	-115.9	9.9	7.9
- Abschreibungen	-30.5	-30.1	0.0	0.0	-30.1	-23.6	6.5	21.5
Saldo	-5.9	-7.5	0.0	0.0	-7.5	-7.7	-0.2	-2.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	9.8	1.0	0.0	0.0	1.0	8.4	7.4	740.0
Ausgaben	-73.6	-71.5	0.0	0.0	-71.5	-47.7	23.8	33.3
Saldo	-63.8	-70.5	0.0	0.0	-70.5	-39.3	31.2	44.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
		- Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Unterhaltspauschale gemäss § 47 StrG betragen per 31.12.2023 gemäss Schätzung rund 11 Mio. Franken.
-0.2		- Übrige Abweichungen

Volkswirtschaftsdirektion
Leistungsgruppe 5205

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.0	8.4	7.4	
- Beiträge des Bundes aus Agglomerationsprogrammen	0.0	4.7	4.7	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Agglomerationsprogramme
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	1.0	2.8	1.8	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Beiträge des Bundes für Lärmschutz	0.0	0.9	0.9	- Nicht budgetierbare Beiträge des Bundes für Lärmschutz
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-71.5	-47.7	23.8	
- Beiträge an Einhausung Autobahn Schwamendingen (Vorlagen 4162b und 4773), Total berechnet zum Baupreisindex vom Oktober 2020	-5.0	-5.0	0.0	
- Investitionsbeiträge an Städte und Gemeinden gemäss StrG	-65.0	-38.9	26.1	- Tiefere Baupauschalen, insbesondere da die Stadt Winterthur im Berichtsjahr keinen Anspruch auf die Baupauschale hat, da die vorhandene Reserve das Dreifache des ihr zustehenden Betrags überschritten hat (§ 46 Abs. 4 StrG). Die Reservestellungen der Städte Zürich und Winterthur für die Baupauschale gemäss § 46 StrG betragen per 31.12.2023 gemäss Schätzung rund 105 Mio. Franken.
- Durchlaufende Investitionsbeiträge an Gemeinden (Agglomerationsprogramme)	-1.0	-2.8	-1.8	- Höhere durchlaufende Investitionsbeiträge des Bundes an Gemeinden
- Übrige immaterielle Anlagen (Gesamtverkehrsmodell 2 ZH)	-0.5	-0.6	-0.1	
- Beschaffung und Einführung Fachapplikation Verfahrensplattform (RRB Nr. 659/2023)	0.0	-0.3	-0.3	
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-28800	25874	-60000	-62926	-34126

Bemerkungen

Infolge effizienter Leistungserbringung werden Rücklagen beantragt.

5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr

Diese Leistungsgruppe dient der Finanzierung des öffentlichen Verkehrs. Der Aufwand setzt sich zusammen aus dem Beitrag des Kantons an die Kostenunterdeckung des Zürcher Verkehrsverbundes (ZVV), der Einlage in den Verkehrsfonds und der Kantonseinlage in den Bahninfrastrukturfonds des

Bundes (BIF). Die Geschäfte des Verkehrsfonds sind unter der Leistungsgruppe Nr. 5920 beschrieben, jene des ZVV in der Leistungsgruppe Nr. 9300 und in dessen Geschäftsbericht.

Aufgaben

- A1 Beitrag an den ZVV: Der ZVV sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur.
- A2 Einlage in den Verkehrsfonds: Der Verkehrsfonds hat eine reine Finanzierungsfunktion auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten zur Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr).
- A3 Kantonseinlage gemäss Art. 87a der Bundesverfassung (BV) / Art. 57 des Eisenbahngesetzes (EBG) in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) des Bundes

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.1	25	25.3	0.3	1.2
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.0	13.1	13.0	-0.1	-0.8
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	52.8	53.7	53.3	-0.4	-0.7
B1	Kostenunterdeckung/Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.31	4.58	4.15	-0.43	-9.39
B4	Kostendeckungsgrad ZVV, in %	A1	62.4	62.1	65.3	3.2	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	3539	3685	n.a.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	78	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B4 Die geringere Kostenunterdeckung des ZVV ist primär auf den höheren Verkehrsertrag zurückzuführen, der für das Budget des Berichtsjahres noch im Frühling 2022, d.h. unter dem Eindruck der letzten Pandemieschutzmassnahmen (Aufhebung der Maskenpflicht im öV per 1. April 2022), geplant wurde. Der Aufwand liegt tiefer, da es u.a. bei einigen Verkehrsunternehmen zu ungeplanten Angebotsreduktionen infolge Personalmangels gekommen ist.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert bis ins Frühjahr.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	47.4	49.1	0.0	0.0	49.1	49.4	0.3	0.6
Aufwand	-406.9	-426.2	0.0	0.0	-426.2	-406.8	19.4	4.5
- Beitrag an den ZVV (LG 9300)	-197.6	-211.9	0.0	0.0	-211.9	-191.6	20.2	9.6
- Kantonseinlage Bahninfrastrukturfonds (BIF)	-139.3	-144.3	0.0	0.0	-144.3	-145.2	-0.8	-0.6
- Einlage in den Fonds für den öffentlichen Verkehr	-70.0	-70.0	0.0	0.0	-70.0	-70.0	0.0	0.0
Saldo	-359.5	-377.1	0.0	0.0	-377.1	-357.4	19.7	5.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
19.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
20.2	A1	- Dank höherer Verkehrseinnahmen sowie geringerer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung des ZVV um 40.5 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 20.2 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
-0.8	A2	- Höhere Einlage des Kantons Zürich in den Bahninfrastrukturfonds infolge der gesetzlich vorgesehenen Anpassung der Kantonseinlage an die Entwicklung des realen Bruttoinlandprodukts sowie des Landesindexes der Konsumentenpreise.
0.3		- Übrige Abweichungen

5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren konnten im Berichtsjahr rund 26 500 Stellensuchende erfolgreich an Arbeitgebende vermitteln. Für Personen mit Schutzstatus S wurden 2420 Arbeitsbewilligungen erteilt.

Die Unternehmen sind trotz leichter konjunktureller Eintrübungen nach wie vor mit einem Fach- und Arbeitskräftemangel konfrontiert. Die Anforderungen an die Arbeitskräfte werden sich mit der Digitalisierung weiter verändern, dies zeigt eine im Berichtsjahr erstellte Studie der Arbeitsmarktbeobachtung. Verschiedene Aktivitäten sollen mithelfen, das inländische Potenzial an Arbeitskräften zu mobilisieren. Im Berichtsjahr wurden Angebote für Stellensuchende im Bereich E-Learning gestärkt. Mit den Informatiktagen für Schülerinnen und

Schüler und der Kampagne «Women in Tech» sollen junge Menschen und vor allem Frauen stärker für die MINT-Berufe begeistert werden. Um die in Zukunft geforderten Skills genauer zu kennen, untersucht ein Projekt der Bereiche Arbeitsmarkt und Standortförderung gemeinsam mit Verbänden und Unternehmen von ICT- und Bankenbranchen, welche Fähigkeiten die Arbeitnehmenden in naher Zukunft mitbringen müssen.

Die Standortförderung war im Berichtsjahr bei rund 50 Veranstaltungen engagiert. Zu den Aktivitäten zählten der erstmals durchgeführte Zürcher KMU-Innovationstag, der Innovation-Zürich-Anlass, das erste Stiftungsgespräch Kanton Zürich und die fünfte Ausgabe von «Industrie im Dialog».

Aufgaben

- A1 Standortpflege, Standortentwicklung, Standortpromotion (GZA), Aussenwirtschaftsbeziehungen, Unternehmensentlastung
- A2 Begleitung des Innovationsparks Dübendorf zugunsten des Innovationsstandortes Zürich
- A3 Bearbeitung von Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen und Bearbeitung der Meldepflicht von Arbeitnehmenden
- A4 Rasche und dauerhafte Wiedereingliederung Stellensuchender (Vollzug AVIG und AVG)
- A5 Beratung und Kontrolle der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben zu den Arbeitsbedingungen und der Vollzug der FlaM, BGSA- und EKAS-Vorgaben
- A6 Kantonale Beschwerdebehörde für «Lex Koller»
- A7 Mitfinanzierung von Wohnbauvorhaben, die preisgünstigen Wohnraum bereitstellen (paritätisch mit Gemeinden)
- A8 Kantonale Zentralstelle für die wirtschaftliche Landesversorgung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Arbeitsbewilligungen für ausländische Personen	A3	11 258	13 000	11 240	-1 760	-13.5
L2	Meldeverfahren von EU-/EFTA-Staatsangehörigen	A3	103 895	100 000	109 799	9 799	9.8
L3	Arbeitssicherheit: Anzahl Betriebskontrollen (ArG/UVG)	A5	2 376	2 304	2 348	44	1.9
L4	Eingeschriebene Stellensuchende im Kanton (Jahresmittel)	A4	27 759	32 000	25 181	-6 819	-21.3
L5	Ausnützungsgrad des Rahmenkredits der Wohnbauförderung (180 Mio. Franken), in %	A7	76	72	78	6	
L6	Kontrollen Flankierende Massnahmen (FlaM)	A5	2 530	2 500	2 554	54	2.2
L7	Kontrollen Schwarzarbeit (BGSA)	A5	1 568	1 500	1 570	70	4.7
L8	Regierungsratsbeschlüsse mit einem Kapitel «Regulierungsfolgeabschätzung»	A1	46	20	36	16	80.0
B1	Kostenbeitrag durch den Bund, in % der Gesamtkosten des AVIG-Vollzugs (ohne Kantonsbeitrag nach Art. 92 Abs. 7 ^{bis} sowie Art. 59d AVIG)	A4	99.7	99.5	99.6	0.1	
B2	Durchlaufzeit pro Arbeitsbewilligungsgesuch, in Tg.	A3	13	20	13	-7	-35.0
W1	Wirkungsindex RAV gemäss Vereinbarung mit dem SECO	A4	105	100	104	4	4.0

Bemerkungen

- L4 Die Arbeitslosigkeit verharrt weiterhin auf einem sehr tiefen Niveau und lag im Berichtsjahr sogar noch einmal leicht tiefer als im Vorjahr.
- L8 36 Gesetzes- und Verordnungsvorlagen wurden hinsichtlich einer administrativen Belastung von Unternehmen geprüft. Davon wies eine Vorlage eine zusätzliche Belastung für Unternehmen aus.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 8a Das Angebot an digitalen Arbeitsmarktlichen Massnahmen auf- und ausbauen.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Stand bis
Abgeschlossen 2023

RRZ 8b Den Innovationspark zur Förderung einer breit diversifizierten Wirtschaft unterstützen.

Im Berichtsjahr sind der Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für den Innovationspark Zürich (Teilgebiete A und B gemäss Synthesebericht) und der Beschluss des Kantonsrates über die Bewilligung eines Verpflichtungskredits für die Planung der Erstellung des Konzepts «Aviatic Flugplatz Dübendorf» in Rechtskraft erwachsen. Damit liegen die Grundlagen für die Transformation des Flugplatzareals in Dübendorf vor. Das schafft die Voraussetzungen, um das Synergiepotenzial bei Ansiedlungsgeschäften, der Pflege ansässiger Unternehmen im Rahmen von Vernetzungsanlässen sowie beim Ausbau der Schlüsselbranchen wahrzunehmen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 8c Schlüsselunternehmen erhalten und die Massnahmen mit Indikatoren fortlaufend bewerten.

Einen wichtigen Pfeiler der Pflege der Schlüsselunternehmen bilden die Firmenbesuche mit der Direktionsvorsteherin sowie die Zusammenarbeit mit den regionalen Standortförderungen. Mit dem im Aufbau begriffenen Pilotangebot «KMU und Innovation» wurde kleinen und mittleren Unternehmen Unterstützung bei der Verfolgung von Innovationsprojekten angeboten. Bei verschiedenen Anlässen wie den Informatiktagen, dem Zürcher KMU-Innovationstag sowie dem Unternehmeranlass anlässlich des WEF wurden zudem Schlüsselunternehmen adressiert und eingebunden.

Abgeschlossen 2023

RRZ 8e Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen der Standortentwicklung.

Der Regierungsrat hat im Berichtsjahr das neue Standortförderungs- und Unternehmensentlastungsgesetz (SFUEG) zuhanden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 586/2023). Das Gesetz verankert die Ziele und Grundsätze der Standortförderung. Zudem wurden die Regelungen zur administrativen Entlastung der Unternehmen mit Anpassungen in das neue Gesetz überführt.

Abgeschlossen 2023

RRZ 9d Die Diversität der Wirtschaft stärken und aufrechterhalten, um die Gefahr von Branchenabhängigkeit zu vermeiden.

Der Diversität des Zürcher Wirtschaftsstandortes wird mit der Bearbeitung von mehreren Schwerpunktbranchen (Finance, Life Sciences, Cleantech, Hightech, ICT) sowie dem Aufbau von Ökosystemen zu neuen Branchen wie Food und Künstliche Intelligenz (KI) Rechnung getragen. Die Standortförderung vernetzt dabei Unternehmen, Start-ups sowie Forschung und leistet damit einen Beitrag zur Innovationsförderung. Im Berichtsjahr wurden mehrere Vernetzungs- und Informationsanlässe durchgeführt darunter der erste KMU-Innovationstag, das Firmennetzwerk-Treffen Autonome Systeme sowie der Innovation-Zürich-Event zum Thema branchenübergreifende Kollaboration. Zudem wurde die Finanzplatz-Studie 2023/2024 veröffentlicht, die eine Analyse der Zürcher Finanz- und Versicherungsbranche mit Fokus auf das Thema «Sustainable Finance» gibt.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
751.7	724.0	659.3	-64.7	-8.9

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Weniger Personalressourcen benötigt aufgrund tieferer Anzahl Stellensuchender, siehe auch Indikator L4.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	105.5	104.7	0.0	0.0	104.7	98.3	-6.5	-6.2
- Vollzug AVIG	92.3	91.8	0.0	0.0	91.8	84.0	-7.8	-8.5
Aufwand	-153.4	-161.9	0.0	-1.5	-163.4	-150.5	13.0	7.9
- Vollzug AVIG, ohne Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-91.2	-91.8	0.0	0.0	-91.8	-85.3	6.4	7.0
- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV	-30.6	-35.2	0.0	0.0	-35.2	-30.7	4.5	12.9
Saldo	-47.9	-57.2	0.0	-1.5	-58.7	-52.2	6.5	11.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	6.1	6.6	0.0	0.0	6.6	5.8	-0.8	-12.5
Ausgaben	-10.9	-16.4	0.0	0.0	-16.4	-2.4	14.0	85.4
Saldo	-4.8	-9.8	0.0	0.0	-9.8	3.4	13.2	134.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.5	A4	- Kantonsbeitrag zur Finanzierung der ALV tiefer als budgetiert
0.9	A4	- Minderaufwand EG AVIG
0.5		- Für den Schutzschirm für Publikumsanlässe fielen im Berichtsjahr keine Kosten mehr an.
0.6		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	6.6	5.8	-0.8	
- Übrige	6.6	5.8	-0.8	
Ausgaben total	-16.4	-2.4	14.0	
- Die Auszahlungen der Wohnbaudarlehen basiert auf der erwarteten Darlehensvergabe.	-14.4	-1.7	12.7	- Es konnten weniger Wohnbaudarlehen ausbezahlt werden als im Budget angenommen.
- Innovationspark Zürich (Teilgebiete A und B), Vorlage 5819	-2.0			- Aufgrund von Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen verzögert sich die Auszahlung der Darlehen.
- Übrige	0.0	-0.7	-0.7	

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	
plus Bildung 2022	221 595	-300 000	-678 251	-78 405
-599 846				

Bemerkungen

Verwendung Rücklagen 2023:

Mitarbeitergesamtanlass Fr. 129 000

Bildung von Rücklagen 2023:

Bedeutende Mehrarbeit im Zusammenhang mit dem Transformationsprozess zur Bildung des Amtes für Wirtschaft und des Amtes für Arbeit bei gleichzeitig unverändert hoher Qualität der Leistungserbringung.

5920 Verkehrsfonds

Im Berichtsjahr wurden die Projektierungsarbeiten für zwei bedeutende Stadtbahnprojekte weiter vorangetrieben, die Verlängerung der Glattalbahnen von Zürich Flughafen bis ins Entwicklungsgebiet Steinacker in Kloten sowie das Tram Affoltern in der Stadt Zürich. Die Verkehrsbetriebe Glattal und die Verkehrsbetriebe Zürich haben als zuständige Verkehrsunternehmen beim Bundesamt für Verkehr die jeweiligen Plangenehmigungsgesuche eingereicht.

Parallel zu den Plangenehmigungsverfahren werden zurzeit auf der Grundlage der Bauprojekte die jeweiligen kantonalen Finanzierungsvorlagen erarbeitet. Der Baustart ist für beide

Projekte frühestens ab 2026 geplant. Die Glattalbahnen soll voraussichtlich ab 2031 nach Kloten fahren. Die Inbetriebnahme des Trams Affoltern wird Ende 2029 angestrebt.

Die Projektierungsarbeiten für die Elektrifizierung der Buslinien 69 und 80 in der Stadt Zürich mit Gesamtkosten von rund 47 Mio. Franken wurden weiter vorangetrieben. Die Bauarbeiten können 2024 aufgenommen werden, nachdem Ende des Vorjahres die entsprechenden Staatsbeiträge bewilligt worden waren. Die Umstellung der beiden Linien auf den Trolleybusbetrieb ist ab Ende 2025 geplant.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Investitionen zugunsten des öffentlichen Personenverkehrs auf der Grundlage von Verpflichtungskrediten (§ 30 Gesetz über den öffentlichen Personenverkehr); Übertrag von Mitteln aus der laufenden Rechnung der Leistungsgruppe Nr. 5210, Finanzierung öffentlicher Verkehr

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	1275.8	1225.2	1216.9	-8.3	-0.7
Fondsbestand	-822.0	-813.7	-814.6	-0.9	-0.1
Finanzierung	-453.8	-411.5	-402.3	9.2	2.2

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	77.4	84.5	0.0	0.0	84.5	84.3	-0.2	-0.2
- Zinserträge	6.2	6.1	0.0	0.0	6.1	6.2	0.0	0.8
- Übertrag Erfolgsrechnung (LG 5210)	70.0	70.0	0.0	0.0	70.0	70.0	0.0	0.0
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.5	8.4	0.0	0.0	8.4	7.4	-0.9	-11.1
Aufwand	-77.4	-84.5	0.0	0.0	-84.5	-84.3	0.2	0.2
- Zinsaufwände	-9.7	-9.5	0.0	0.0	-9.5	-9.4	0.1	1.2
- Abschreibungen	-67.4	-74.7	0.0	0.0	-74.7	-74.7	0.0	0.1
- Einlagen in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	14.8	22.4	0.0	0.0	22.4	0.2	-22.2	-99.2
Ausgaben	-59.0	-23.0	0.0	-23.3	-46.3	-16.1	30.2	65.3
Saldo	-44.2	-0.6	0.0	-23.3	-23.9	-15.9	8.0	33.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.8	A1	- Rückstellungen für Beiträge der Nachbarkantone an die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie konnten im Berichtsjahr aufgelöst werden. Dies führt zu einem nicht budgetierten Transferertrag von 0.8 Mio. Franken.
-0.9	A1	- Nicht budgetierter Transferertrag aus der Auflösung von Rückstellungen für Beiträge der Nachbarkantone an die Vorfinanzierung der Durchmesserlinie führt u.a. zu einer geringeren Fondsentnahme.
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	22.4	0.2	-22.2	
- Investitionseinnahmen Bundesbeiträge Agglomerationsprogramme (Bruttoprinzip)	22.2	0.0	-22.2	- Entgegen der ursprünglichen Planung wurden bereits im Vorjahr Bundesbeiträge an die 2. Etappe der Limmattalbahnen entrichtet. Daher entfällt die Beitragsleistung im Berichtsjahr.
- Übrige	0.2	0.2	0.0	

Ausgaben total	-46.3	-16.1	30.2	
- Limmattalbahn (Vorlage 5111)	-15.3	-11.4	3.9	- Der Kredit musste im Berichtsjahr nicht vollständig in Anspruch genommen werden.
- 4. Teilergänzungen Zürcher S-Bahn (Vorlage 4675a)	-0.2	0.0	0.2	- Der Projektabschluss hat sich verzögert und konnte im Berichtsjahr nicht vollzogen werden.
- Stadtbahnverlängerung Flughafen-Kloten Industrie (RRB Nr. 1251/2020; Planungsmittel)	-7.4	-1.3	6.1	- Im Berichtsjahr wurden weniger Mittel für die Projektierung verwendet.
- Tram Affoltern (RRB Nr. 606/2020; Planungsmittel)	-7.1	-2.5	4.6	- Aufgrund des Projektfortschritts kam es im Berichtsjahr zu einem geringeren Mittelbezug.
- VBZ: Wendeschleife Rehalp	-0.3	0.0	0.3	
- SBW: Elektrifizierung Linien 5 & 7 (Vorlage 5777)	-7.6	-0.4	7.2	- Die Ausführung des Projekts verschiebt sich aus dem Berichtsjahr in das Folgejahr.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 69 (RRB Nr. 413/2019; Planungsmittel)	-0.7	-0.1	0.6	
- VBZ: Elektrifizierung Linie 80 (RRB Nr. 413/2019; Planungsmittel)	-1.3	-0.2	1.1	- Die Projektierung ist im Berichtsjahr weniger weit fortgeschritten, als bei der Budgetierung erwartet.
- VBZ: Elektrifizierung Linie 89	-0.2	0.0	0.2	
- AVA Doppelspurausbau (RRB Nr. 301/2022)	-0.7	0.0	0.7	- Da noch kein Leistungsauftrag erteilt wurde, sind bislang auch noch keine Investitionsausgaben angefallen.
- Beiträge an Gemeinden und deren Verkehrsbetriebe	-5.5	-0.1	5.4	- Im Berichtsjahr wurden nur in geringem Umfang Mittel für Projekte von Gemeinden aufgewendet.
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

5921 Flughafenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich Luftverkehr gemäss Flughafenfondsgesetz.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	-452.1	-452.5	-452.9	-0.4	-0.1
Finanzierung	452.1	452.5	452.9	0.4	0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.1
- Zinsertrag	3.4	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.1
Aufwand	-2.3	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-2.6	0.4	12.5
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-2.0	-2.5	0.0	0.0	-2.5	-2.0	0.5	21.7
Saldo	1.0	0.4	0.0	0.0	0.4	0.7	0.4	106.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.5		- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität, insbesondere infolge geringerer Aufwendungen für Dienstleistungen Dritter
-0.2		- Höhere Subventionen nach § 3 der Verordnung zum Zürcher Fluglärm-Index für das Förderprogramm Wohnqualität und für raumplanerische Massnahmen der Gemeinden
0.1		- Übrige Abweichungen

5925 Strassenfonds

Aufgaben

A1 Der Fonds dient zur Finanzierung der dem Staat zukommenden Aufgaben im Bereich der Strassen insbesondere gemäss Strassengesetz und Einführungsgesetz zum Nationalstrassengesetz.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	2085.0	2167.6	2147.9	-19.7	-0.9
Fondsbestand	-1664.6	-1700.8	-1780.1	-79.3	-4.7
Finanzierung	-420.4	-466.8	-367.8	99.0	21.2

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Die Zunahme des Fondsbestands ist insbesondere durch die Neubewertung der bebauten und unbebauten Grundstücke des Strassenfonds begründet. Daraus resultierte ein Ertrag von rund 80.4 Mio. Franken (netto). Dies konnte die erstmals im Berichtsjahr ausbezahlten Beiträge an den Unterhalt von Gemeindestrassen gemäss § 29 Abs. 1 StrG von rund 71.4 Mio. Franken kompensieren. Der Fondsbestand von 1.8 Mrd. Franken ist seinerseits in Relation zu setzen zur Verpflichtung des Strassenfonds gegenüber den von der Staatskasse vorfinanzierten, noch nicht abgeschrieben Investitionen und Investitionsbeiträgen für Strassenanlagen von rund 2.1 Mrd. Franken. Ende des Berichtsjahres besteht eine Nettoverschuldung von rund 368 Mio. Franken, hinzu kommen noch Zusicherungen für noch nicht beanspruchte, vom Kantonsrat und Regierungsrat genehmigte Kredite des Tiefbauamtes und des Amtes für Mobilität. Die entsprechenden Angaben werden im Finanzbericht, Abschnitt «Fonds im Eigenkapital», dargestellt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	446.1	449.1	0.0	0.0	449.1	530.0	80.9	18.0
- Buchgewinne (Liegenschaften)	6.6	6.9	0.0	0.0	6.9	92.7	85.9	1250.2
- Ertrag Mineralölsteuer	28.2	28.2	0.0	0.0	28.2	26.8	-1.4	-4.9
- Ertrag LSWA	62.0	61.9	0.0	0.0	61.9	59.5	-2.4	-3.9
- Übertrag kantonale Verkehrsabgabe aus LG 3200 StVA	337.8	339.8	0.0	0.0	339.8	338.5	-1.3	-0.4
Aufwand	-329.3	-413.0	0.0	0.0	-413.0	-414.5	-1.6	-0.4
- Vergütung an Strassenverkehrsamt	-7.1	-7.2	0.0	0.0	-7.2	-7.2	-0.0	-0.3
- Übertrag an Tiefbauamt	-209.0	-221.2	0.0	0.0	-221.2	-227.0	-5.7	-2.6
- Übertrag an Amt für Mobilität (AFM)	-97.1	-166.2	0.0	0.0	-166.2	-149.2	17.0	10.2
- Übertrag an kantonalen Finanzausgleich	-12.4	-12.6	0.0	0.0	-12.6	-12.6	-0.0	-0.0
- Übertrag an Kantonspolizei	-3.7	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-3.7	0.0	0.0
- Übertrag an AWEL						-2.3	-2.3	0.0
Saldo	116.8	36.2	0.0	0.0	36.2	115.5	79.3	219.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
79.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
89.5		- Wertzunahme der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Strassenfonds aufgrund einer im Berichtsjahr durchgeführten Neubewertung
17.0		- Geringerer Übertrag an das Amt für Mobilität, insbesondere infolge tieferen Transferaufwands von 9.9 Mio. Franken (tiefere Unterhaltungspauschalen an die Städte Zürich und Winterthur, neues Vorgehen bei der Auszahlung der Meteorwasser-/Siedlungsentwässerungsgebühren) sowie tieferer Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen von 6.5 Mio. Franken (da die Investitionsbeiträge, für die bei den Städten Zürich und Winterthur eine Reserve besteht, nicht mehr abgeschrieben werden dürfen).
-0.7		- Höherer Aufwand für Rückstellungen für latente Grundstückgewinnsteuern auf Verkäufen von Grundstücken des Strassenfonds
-1.3		- Geringerer Ertrag aus der Motorfahrzeugsteuer
-1.4		- Geringerer Anteil an der Mineralölsteuer
-2.3		- Neuer Übertrag an das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft für die Ausgaben im Bereich der Förderung von E-Ladestationen gemäss Kantonsratsbeschluss zur Vorlage 5842a
-2.4		- Geringerer Anteil an der LSWA
-3.7		- Tieferer Ertrag aus Verkäufen von bebauten und nicht bebauten Grundstücken des Strassenfonds

- 5.7 - Höherer Übertrag an das Tiefbauamt, insbesondere infolge Mehrkosten bei den Strassen, siehe dazu LG 8400
- 9.8 - Höhere Wertberichtigung der Liegenschaften des Strassenfonds, insbesondere aufgrund einer im Berichtsjahr durchgeführten Neubewertung
- 0.1 - Übrige Abweichungen

06

Gesundheits- direktion

Überblick	140
Legislaturziele	141
Gesundheit (Politikbereich 4)	141
Finanzierung	141
Übersicht	141
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	142
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	142
Personal- und Lohnstatistik	142
Beschäftigungsumfang	142
Lohnaufwand	142
Anstellungsverhältnisse	142
Parlamentarische Vorstösse	142
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	142
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	143
Leistungsgruppen	144
6000 Generalsekretariat	144
6010 Amt für Gesundheit	146
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	149
6150 Kantonsapotheke	154
6200 Prävention und Gesundheitsförderung	156
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	158
6400 Psychiatrische Versorgung	160
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien	162
6900 Tierseuchenfonds	164

Überblick

Die Gesundheitsdirektion sorgt für eine qualitativ hochstehende, bedarfsgerechte und wirtschaftlich tragbare Gesundheitsversorgung für die Zürcher Bevölkerung. Die Zürcherinnen und Zürcher sollen sich auf ein umfassendes Gesundheitswesen verlassen können. Dazu gehören neben sicheren Spitälern und weiteren medizinischen Institutionen auch einwandfreie Heil- und Lebensmittel sowie der Schutz vor Tierseuchen und Pandemien, wofür sich die Gesundheitsdirektion mit ihren vier Ämtern einsetzt.

Unterstützung für Kinder und Jugendliche

Die Gesundheitsdirektion hat auch im Berichtsjahr verschiedene Massnahmen zur Unterstützung von Kindern und Jugendlichen umgesetzt. Zur Sicherstellung der Kindernotfallversorgung wurden befristete Sofortmassnahmen getroffen. Dies erfolgte, nachdem sich die Anzahl Notfallkonsultationen in den drei Zürcher Spitälern mit Kindernotfallstationen, dem Universitäts-Kinderspital Zürich, dem Kantonsspital Winterthur und dem Stadtspital Zürich Triemli, um bis zu 30% erhöht hatte, was längere Wartezeiten, eine vollständige Belegung aller verfügbarer Behandlungsplätze und stark eingeschränkte Möglichkeiten für Verlegungen zur Folge hatte. Mit einer neu geschaffenen Koordinationsstelle im Kinderspital Zürich konnte die Disposition der zur Verfügung stehenden Betten sowie der notwendigen Verlegungen zentral erfolgen und die Notfallstationen und ihr Personal entlastet sowie schnelle und effiziente Abläufe bei den Verlegungen sichergestellt werden. Für eine weitere Entlastung der Kindernotfallstationen wurde den Kinderkliniken ein finanzieller Beitrag zugesprochen, um das zur Sicherstellung der Kindernotfallversorgung benötigte, zusätzliche Personal anzustellen. Der Regierungsrat hatte für diese Massnahmen für das Berichtsjahr zusätzlich zu den bereits bestehenden finanziellen Beiträgen eine Subvention im Umfang von 4 Mio. Franken bewilligt. Der Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsleistungen nimmt seit einigen Jahren zu. Die Ursachen sind vielfältig: das Bevölkerungswachstum, soziale Medien, Herausforderungen im schulischen und familiären Umfeld, Krisenereignisse wie Pandemie und Kriege, aber auch die Enttabuisierung psychischer Krankheiten. Zur Förderung der Versorgung wurden für die Jahre 2024 bis 2027 insgesamt rund 16 Mio. Franken budgetiert. Damit können bestehende Angebote wie jenes des Kriseninterventionszentrums für Jugendliche Life der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich wie auch zusätzliche Angebote wie die neu eröffnete Tagesklinik der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland und das neue Hometreatment-Angebot für psychisch schwer kranke Kinder und Jugendliche der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich unterstützt werden. Hinzu kommen die erhöhten Beiträge an die Zürcher Listenspitäler für die ärztliche Weiterbildung in der Grundversorgung, unter anderem in Psychiatrie und Kinder- und Jugendmedizin. Mit den getroffenen Massnahmen konnte eine Stabilisierung der Situation erreicht werden, wenn auch auf hohem Auslastungsniveau.

Aus Kantonsapotheke Zürich wird ZüriPharm AG

Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Einbindung in die kantonale Verwaltung für einen Produktions-, Handels- und Dienstleistungsbetrieb wie die Kantonsapotheke nur beschränkt tauglich ist. Mit dem Gesetz über die Verselbst-

ständigung der Kantonsapotheke und einer Änderung des Gesundheitsgesetzes (siehe Vorlage 5481) wurden deshalb die Grundlage für eine zukunftsfähige Organisationsform der Kantonsapotheke geschaffen. Seit dem 1. Januar 2024 tritt diese unter dem neuen Namen ZüriPharm AG auf und ist kein Amt der Gesundheitsdirektion mehr. Mit dem Namen sollen die breitgefächerten Kerntätigkeiten, die Herstellung, die Beschaffung, der Vertrieb und die Abgabe von Arzneimitteln sowie die pharmazeutische Beratung zum Ausdruck gebracht werden. ZüriPharm ist weiterhin Spitalapotheke des Universitätsspitals Zürich und der anderen kantonalen Spitäler. Die Funktion des Kantonsapothekers wurde neu bei der Kantonalen Heilmittelkontrolle (siehe Leistungsgruppe Nr. 6100) angegliedert.

Neues Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung

Prävention und Gesundheitsförderung sind wichtige Pfeiler einer hochstehenden Gesundheitsversorgung. Sie können helfen, die Lebensqualität zu verbessern, Krankheiten zu verhindern und unnötige Behandlungen zu vermeiden, die zu steigenden Gesundheitskosten beitragen. Prävention und Gesundheitsförderung sind in der Kantonsverfassung und im Gesundheitsgesetz verankert. Das bisherige Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung stammte aus dem Jahr 2004. Seither haben sich nicht nur die Bevölkerung selbst, sondern auch die Gesundheitsversorgung und der gesundheitspolitische Kontext verändert. Als derzeitige Herausforderungen sind beispielsweise der demografische Wandel, die Nutzung von sozialen Medien sowie der zunehmende Bedarf an kinder- und jugendpsychiatrischen Versorgungsleistungen zu nennen. Im Berichtsjahr hat die Gesundheitsdirektion ein neues Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung erarbeitet. Es dient als Basis für die Weiterführung bestehender Aktivitäten und Programme sowie zur Initiierung neuer Massnahmen. Neben einer übergeordneten Vision umfasst es strategische Ansätze und hält wichtige Handlungsebenen sowie Werte und Haltungen fest. Darüber hinaus werden verschiedene Themenschwerpunkte, wie die psychische, körperliche und soziale Gesundheit, benannt. Verschiedene Programme befassen sich bereits mit diesen Themen, zum Beispiel die kantonalen Aktionsprogramme für Kinder und Jugendliche sowie für ältere Menschen. Ein weiteres etabliertes, direktionsübergreifendes Programm konzentriert sich auf die Suizidprävention. In den kommenden Jahren stellt die Stärkung der psychischen Gesundheit der Zürcher Bevölkerung, insbesondere von Kindern und Jugendlichen, auch im Präventionsbereich einen Schwerpunkt dar.

Anlaufstelle weibliche Genitalbeschneidung (Mädchenbeschneidung)

Zum Schutz von betroffenen und bedrohten Mädchen und Frauen hat die Gesundheitsdirektion eine Anlaufstelle zum Thema Genitalbeschneidung eingerichtet. Für die Planung und Konzeption der Anlaufstelle wurden mit dem Thema vertraute Expertinnen und Experten, darunter Ärztinnen und Ärzte, das Netzwerk gegen Mädchenbeschneidung Schweiz sowie Vertretungen der Schulen, der Opferhilfe und der Polizei, beigezogen. Die Anlaufstelle nahm im Januar 2024 den Betrieb auf. Sie wird vom Stadtärztlichen Dienst der Stadt Zürich im zentral gelegenen Ambulatorium Kanonengasse

betrieben. Die Hauptaufgaben der Anlaufstelle umfassen:

- Information und Beratung von Angehörigen, Betroffenen und Gefährdeten sowie bei Bedarf Überweisung an spezialisierte Fachpersonen
- Austausch mit Verbänden und Organisationen, die in Kontakt mit Betroffenen und mit Kulturen sind, in denen weibliche Beschneidung praktiziert wird, insbesondere für die Community-Arbeit
- Beratung, Vernetzung und Sensibilisierung von institutionellen Leistungserbringern, z.B. Spitälern, Ärztinnen und Ärzten, Fach- und Beratungsstellen, Schulen und Kindertagesstätten, Asyl- und Flüchtlingsstrukturen

Bei der weiblichen Genitalbeschneidung werden die äusseren weiblichen Geschlechtsorgane ohne medizinische Notwendigkeit teilweise oder vollständig entfernt. Die meisten Eingriffe erfolgen bei Mädchen im Alter zwischen 4 und 14 Jahren, häufig ohne Betäubung und unter unhygienischen Umständen. Viele betroffene Mädchen und Frauen leiden ihr Leben lang an den gesundheitlichen und seelischen Folgen der Beschneidung. Einige sterben gar während des Eingriffs oder an dessen Folgen. Der Regierungsrat verurteilt diese Praxis scharf. Da es sich bei der weiblichen Genitalbeschneidung um eine schwere Menschenrechtsverletzung handelt,

verbieten das internationale Recht, die Gesetzgebung der Schweiz und die allermeisten weiteren nationalen Gesetzgebungen diese Eingriffe. Schätzungen zufolge sind dennoch schweizweit rund 22 000, im Kanton etwa 2900 Mädchen und Frauen betroffen oder gefährdet, wobei die meisten Eingriffe vor allem in afrikanischen Ländern sowie in einigen Ländern Asiens und im Nahen Osten erfolgen.

«Züri Trinkwasser Map»

Das Trinkwasser im Kanton ist von guter Qualität. Damit dies auch in Zukunft so bleibt, führen das Kantonale Labor Zürich und die Wasserversorgungen der Gemeinden regelmässige Kontrollen durch. Die Resultate der Kontrollen werden der Bevölkerung seit Ende März des Berichtsjahres in der «Züri Trinkwasser Map» im Internet zur Verfügung gestellt. Auf der interaktiven Karte werden wöchentlich Resultate aus Untersuchungen von amtlichen Lebensmittelkontrollen und Resultate aus Selbstkontrolluntersuchungen der Wasserversorgungen veröffentlicht. Ein Schwerpunkt liegt in einem ersten Schritt auf den zwei am häufigsten vorkommenden Rückständen des Pflanzenschutzmittels Chlorothalonil, dessen Einsatz nicht mehr gestattet ist. Die «Züri Trinkwasser Map» soll im Zukunft um zusätzliche Parameter erweitert werden.

Legislaturziele

Gesundheit (Politikbereich 4)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

LG bis

RRZ 4 Die Steuerungsinstrumente für die Gesundheitsversorgung sind weiterentwickelt.

RRZ 4a	Mit der neuen Spitalplanung den stationären Bereich besser steuern, die Qualität erhöhen, Schnittstellen optimieren und die Kosteneffizienz unter anderem mittels neuer und weiterentwickelter Benchmarks weiter verstärken.	6300 6400	2023 2023
RRZ 4b	Die ambulante Versorgung in der Psychiatrie gezielt fördern.	6400	2023
RRZ 4c	Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und die erforderlichen Daten erheben, um die vom Bund angestrebte Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene vorzubereiten.	6300 6400	2023 2023
RRZ 4d	Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.	6010 6100 6200	2023 2023 2023
RRZ 4e	Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung steigern.	6010 6200	2023 2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{Plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	869.0	845.0	0.0	0.0	845.0	892.3	47.3	5.6
Aufwand	-2963.3	-3017.3	-13.4	-0.1	-3030.7	-3075.3	-44.6	-1.5
Saldo	-2094.3	-2172.2	-13.4	-0.1	-2185.7	-2183.0	2.7	0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{Plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	30.2	3.4	0.0	0.0	3.4	3.5	0.1	2.7
Ausgaben	-2.4	-4.8	0.0	-147.5	-152.3	-94.7	57.6	37.9
Saldo	27.8	-1.4	0.0	-147.5	-148.9	-91.2	57.7	38.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
2.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
33.1	6700	- Mehrertrag aufgrund des höheren Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung und des höheren Übertrags der Sicherheitsdirektion für Prämienübernahmen im Asylbereich
24.7	6300	- Tieferer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale in der Akutsomatik und Rehabilitation
21.7	6700	- Minderaufwand bei der Prämienübernahme für Sozialhilfe- und Ergänzungsleistungsbeziehende sowie für Entschädigungen für Verlustscheine
-3.4	6400	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale in der psychiatrischen Versorgung
-6.0	6200	- Aufwand für die Bewältigung der Coronapandemie
-6.5	6150	- Höherer Nettoaufwand Kantonsapothekens insbesondere aufgrund der unveränderten Preisgestaltung
-61.4	6700	- Mehraufwand im Bereich der individuellen Prämienverbilligung infolge der nachträglichen Senkung des Eigenanteils im Rahmen der Justierung des neuen Systems
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)

Ausgaben

- Darlehen für Neubau Kinderspital gemäss RRB Nr. 1185/2015
- Übrige

R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
-94.7			
-90.0	150.0	95.0	55.0
-4.7			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	439.0	454.8	456.5	1.7	0.4

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
6000 Generalsekretariat	7278	7352	7883	531	7.2
6010 Amt für Gesundheit	9310	9980	9695	-285	-2.9
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	19919	20442	21813	1371	6.7
6150 Kantonsapothekens	13366	14615	14389	-226	-1.5
Total	49873	52389	53780		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
6000 Generalsekretariat	63	44	19	35	28
6010 Amt für Gesundheit	93	63	30	53	40
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	222	126	96	133	89
6150 Kantonsapothekens	168	114	54	110	58
Total	546	347	199	331	215

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
257/2018	Jugendschutz auf E-Zigaretten & Co. ausweiten (Motion Beat Monhart, Gossau, Mark Anthony Wisskirchen, Kloten, und Daniel Sommer, Affoltern a.A.)	Vorlage 5800b vom 19.05.2023	08.06.2020
42/2021	Notfallversorgungsqualität der Randregionen verbessern (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 42a/2021 vom 05.04.2023	19.04.2021
245/2021	Nachhaltige Bekämpfung weiblicher Genitalverstümmelung (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 245a/2021 vom 13.09.2023	27.09.2021
170/2020	Geschlechterunterschiede in der Medizin (Postulat Nicola Yuste, Zürich, und Karin Cometta-Müller, Winterthur)	Vorlage 170a/2020 vom 20.09.2023	27.09.2021
141/2019	Keine unnötigen Krankenkassen-Betreibungen (Postulat Sibylle Marti und Thomas Marthaler, Zürich)	Vorlage 141a/2019 vom 20.09.2023	27.09.2021
234/2022	Zweckgebundene und transparente Verwendung der Beiträge für Assistenzärztinnen und Assistenzärzte am USZ (Postulat Linda Camenisch, Wallisellen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 234a/2022 vom 10.05.2023	16.01.2023
110/2021	Konzept Gesundheitsförderung und Prävention (Postulat Benjamin Walder, Wetzikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 110a/2021 vom 15.11.2023	25.09.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
41/2021	Palliative Care (Postulat Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, und Mitunterzeichnende)	19.04.2021
279/2021	Zeitgemässe Verordnung zum Epidemiengesetz (Postulat Bettina Balmer-Schildknecht, Zürich, Linda Camenisch, Wallisellen, und Jörg Kündig, Gossau)	27.09.2021
368/2021	Förderung der koordinierten ambulanten Versorgung (Postulat Pia Ackermann, Zürich, und Mitunterzeichnende)	21.02.2022
150/2019	Stärkung der Aufsicht über den Notfalldienst (Motion Nicole Wyss, Zürich, Benjamin Fischer, Volketswil, und Esther Guyer, Zürich)	23.05.2022
235/2022	Konzept zur Umsetzung der nationalen Digitalisierungsstrategie im Zürcher Gesundheitswesen (Postulat Bettina Balmer, Zürich, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Arianne Moser, Bonstetten)	26.09.2022
269/2020	Unabhängige Ombudsstelle (Motion Janine Vannaz, Aesch, Andreas Daurù, Winterthur und Claudia Hollenstein, Stäfa)	26.09.2022
367/2022	Schaffung einer stationären Einrichtung zur temporären Entlastung von pflegenden Angehörigen schwerkranker Kinder (Postulat Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit)	28.11.2022
451/2020	Zeitgemässe Palliative-Care in Alters- und Pflegeheimen (Motion Brigitte Rööfli, Illnau-Effretikon, und Mitunterzeichnende)	03.04.2023
183/2021	Konversionstherapien, diskriminierende Umpolungstherapien für LGBTIQ-Personen verbieten (Motion Florian Heer, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	06.11.2023
5920	Volksinitiative für eine psychisch gesunde Jugend (Gesunde Jugend Jetzt!)	06.11.2023
208/2021	Massnahmen zur Eindämmung der übermässigen Vermehrung von Freigängerkatzen (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, und Mitunterzeichnende)	16.11.2023

6000 Generalsekretariat

Die organisatorische Weiterentwicklung des Generalsekretariats hat sich auch im Berichtsjahr bewährt. Neben der Vielzahl an ordentlichen Tätigkeiten und Dienstleistungen sind die Vorbereitungsarbeiten für die Verselbstständigung der Kantonsapotheke (Leistungsgruppe Nr. 6150) besonders hervorzuheben. Weiter wurde das Projekt für die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes aufgegleist (RRZ 4e Legislaturziele 2023–2027).

Der Regierungsrat fällte einen Beschluss zur Unterstützung des Elektronischen Patientendossiers (RRB Nr. 515/2023,

RRZ 4d Legislaturziele 2023–2027). Der Kanton übernimmt die Kosten für die Eröffnung eines Patientendossiers für seine Einwohnerinnen und Einwohner. Die Stammgemeinschaften werden ergebnisorientiert vergütet und erhalten für jedes eröffnete Patientendossier einen fixen Betrag zugesprochen. In Bezug auf die vier kantonalen Spitäler, erfolgten im Berichtsjahr zum einen die Gesamterneuerungswahlen der Spitalräte und zum anderen die erstmalige Berichterstattung zu den auf das Jahr 2022 überarbeiteten Eigentümerstrategien.

Aufgaben

- A1 Planung und Bearbeitung von politischen und strategischen Geschäften, Unterstützung der Direktionsvorsteherin
- A2 Dienstleistungen und Unterstützung für die Gesundheitsdirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Recht, Finanzen, Controlling, Informatik, Personal und Kommunikation
- A5 Führen von Beteiligungen des Kantons

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Erlasse in Bearbeitung (Gesetzgebungsprogramm)	A1	4	3	3	0	0.0
L2	Erledigte Rekurse	A2	59	75	50	-25	-33.3
L3	Parlamentarische Vorstösse (erledigt und in Bearbeitung)	A1	65	40	51	11	27.5
L8	Geführte Beteiligungen	A5	5	5	5	0	0.0
B1	Entwicklung Krankenkassenprämien Kanton Zürich, in %	A1	0	4.2	6.4	2.2	
B2	Entwicklung Krankenkassenprämien Schweiz, in %	A1	0.1	4.2	5.8	1.6	

Bemerkungen

- L2 Die erwartete Zunahme von Rekursen ist nicht eingetroffen und eine vorübergehende Vakanz beeinflusste die Anzahl der erledigten Rekurse.
- L3 Höhere Anzahl von parlamentarischen Vorstössen als angenommen
- B1, B2 Die Prämienteuierung fiel höher aus als angenommen, sie lag im Kanton Zürich leicht über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt.

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
Personal (Beschäftigungsumfang)	55.6	55.1	58.0	2.9	5.3

Bemerkungen R23 zu B23

- 3.9 Anteiliger Beschäftigungsumfang im Berichtsjahr aus den 5.2 zusätzlich bewilligten Stellen für die Digitalisierung gemäss RRB Nrn. 1331/2022 und 941/2023
- 1.0 Verzögerung bei der Besetzung von Vakanzen

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ%
Ertrag	1.5	1.5	0.0	0.0	1.5	1.4	-0.1	-7.7
Aufwand	-15.1	-17.6	0.0	0.0	-17.6	-16.5	1.1	6.2
Saldo	-13.7	-16.1	0.0	0.0	-16.1	-15.2	1.0	6.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ%
Einnahmen								
Ausgaben	-0.1	-1.1	0.0	-0.9	-1.9	-0.1	1.8	96.8
Saldo	-0.1	-1.1	0.0	-0.9	-1.9	-0.1	1.8	96.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.4	A2	- Tieferer interner und externer Informatikaufwand insbesondere im Hinblick auf die bevorstehende Übernahme der IT-Grundversorgung durch das Amt für Informatik
0.4	A2	- Tiefere Kosten für die Entschädigung der Sozialversicherungsanstalt in Bezug auf das Versicherungsobligatorium (RRB Nr. 1539/2022), da ein Teil der IT-Entwicklungskosten bereits im Vorjahr abgegolten wurde.
0.4	A2	- Tiefere Mietkosten aufgrund der anteiligen Weiterbelastung an das Amt für Gesundheit (Leistungsgruppe Nr. 6010)
0.3	A1, A2	- Tiefere Kosten für externe Dienstleistungen insbesondere aufgrund der Neulancierung der Totalrevision des Gesundheitsgesetzes
-0.5	A1, A2, A5	- Höherer Personalaufwand infolge des Teuerungsausgleichs und der zusätzlichen Stellen für die Digitalisierung
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.9	-0.1	1.8	
- Projektportfolio Digitalisierung (Grundlage Digitalisierungsstrategie der GD) / Umsetzung der strategischen Initiativen	-1.2	-0.0	1.2	- Projektverzögerungen
- Verschiedene «Kleinprojekte» und Hardware-Anschaffungen	-0.7	-0.0	0.7	- Tiefere Investitionen im Hinblick auf den Wechsel der Grundversorgung zum Amt für Informatik
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-97256	0	-100000	-197256	-100000

Bemerkungen

Mehrbelastung des Personals insbesondere im Bereich der Prämienverbilligung und für Eigenleistungen im Zusammenhang mit der Verselbstständigung der Kantonsapotheke sowie effiziente Überbrückung von Vakanzen

6010 Amt für Gesundheit

Das Amt für Gesundheit konnte sich als eigenständige Organisationseinheit im zweiten Jahr nach der Gründung weiter festigen. Zu seinen wichtigsten Aufgaben zählen die Sicherstellung einer guten Gesundheitsversorgung und Behandlungsqualität, die Bewilligung und Beaufsichtigung der gesundheitsberuflichen Tätigkeit, die Förderung der öffentlichen Gesundheit sowie die Eindämmung übertragbarer Krankheiten. Im Berichtsjahr standen neben der Versorgungssteuerung Massnahmen zur Bewältigung des Fachkräftemangels, die Sicherstellung der hausärztlichen Grundversorgung sowie die Weiterentwicklung der Prävention und der Gesundheitsförderung im Fokus.

Bewältigen lassen sich diese Herausforderungen nur mit vereinten Kräften. Die Koordination von Akteurinnen und Akteuren sowie Aktivitäten ist daher zentral. Im Berichtsjahr wurden in den genannten Bereichen verschiedene Projekte wei-

ter vorangetrieben und neue Vorhaben initiiert. Die Arbeiten zur Umsetzung der eidgenössischen Pflegeinitiative (RRZ 4b Legislaturziele 2023–2027) wurden gemeinsam mit dem Mittelschul- und Berufsbildungsamt der Bildungsdirektion weiter vorangetrieben. Um die Pflegeheimliste in Übereinstimmung mit den neuen nationalen Planungskriterien zu bringen, wurde in enger Abstimmung mit den Gemeinden das Projekt Pflegeheimbettenplanung aufgegleist. Und auch das Projekt elektronische Bewilligungen im Gesundheitswesen wurde entscheidend weiterentwickelt. Gegen Ende des Berichtsjahres folgte der Kantonsrat dem Beschluss des Regierungsrates und stimmte der kantonalen Volksinitiative Gesunde Jugend Jetzt zu. Die Gesundheitsdirektion wird in enger Zusammenarbeit mit der Bildungsdirektion eine Umsetzungsvorlage ausarbeiten.

Aufgaben

- A1 Planung, Sicherstellung und Steuerung der Gesundheitsversorgung
- A2 Aufsicht und Bewilligungen im Bereich der Gesundheitsberufe und -institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Akutsomatische Spitäler und Rehabilitationskliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	45	45	45	0	0.0
L2	Psychiatrische Kliniken auf der Zürcher Spitalliste	A1	15	15	16	1	6.7
L3	Ausstehende Darlehen und Sicherheiten an Listenspitäler	A1	9	9	9	0	0.0
L4	Erteilte Bewilligungen zur selbstständigen/unselbstständigen Berufsausübung	A2	4121	4000	4847	847	21.2
L5	Erteilte Bewilligungen zum Betrieb einer Institution	A2		400	538	138	34.5
L6	Erteilte Zulassung zur Tätigkeit zulasten der obligatorischen Krankenpflegeversicherung	A1		1500	1322	-178	-11.9
B1	Nettoaufwand für die Aufgaben des Amtes für Gesundheit pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	6.7	15.1	7.67	-7.43	-49.21
W1	Generelle Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit der Gesundheitsversorgung insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1	7.8	8	7.7	-0.3	-3.8
W2	Sicherheitsgefühl gegenüber Gesundheitsversorgung (Skala 1-10; min.)	A1	8.6	8	8.5	0.5	6.3
W3	Zugänglichkeit der medizinischen Dienste insgesamt (Skala 1-10; min.)	A1	8.5	8	8.3	0.3	3.8

Bemerkungen

- L2 Im Berichtsjahr wurde die Privatklinik Hoheneegg neu auf die Spitalliste Psychiatrie aufgenommen.
- L4 Die Anzahl von Bewilligungsgesuchen im Bereich der ambulanten Ärzteschaft und Zahnärzteschaft sowie der psychologischen Psychotherapie (neu bewilligungspflichtig) hat sich erhöht.
- L5 Es handelt sich um einen neuen Indikator. Der hohe Wert für das Berichtsjahr zeigt die allgemeine Zunahme der Bewilligungsgesuche.
- L6 Die ersten Erfahrungswerte für den neuen Indikator liegen unter dem Planwert. Die Planwerte wurden im KEF 2024–2027 bereits korrigiert.
- B1 Die Abweichung besteht zur Hauptsache wegen einer fehlerhaften Eingabe im KEF 2023-2026. Der tatsächlich geplante Indikatorenwert für das Berichtsjahr liegt bei 9.7. Die übrige Differenz begründet sich mit dem tieferen Nettoaufwand aufgrund des geringeren Saldos in der Erfolgsrechnung.
- W2 Die von der Bevölkerung wahrgenommene Versorgungssicherheit übertrifft die Erwartungen und ist auch im Berichtsjahr hoch.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4d Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Aufgrund der ausserordentlichen Belastung der Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronapandemie sowie anderer dringlicher Vollzugsaufgaben musste die Revision des Gesundheitsgesetzes zurückgestellt werden. Die Massnahme ist in der neuen Legislaturperiode wieder aufgenommen worden. Das entsprechende Projekt wurde im Berichtsjahr aufgegleist (siehe Leistungsgruppe 6000).

Verzögert 2023

RRZ 4e Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung steigern.

Gemäss dem im Berichtsjahr verabschiedeten neuen Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich wird Gesundheitskompetenz auch künftig bei Projekten in diesem Themenbereich als Querschnittsthema mitgedacht und berücksichtigt. Im Berichtsjahr konnte das durch die Gesundheitsdirektion beauftragte Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich in Zusammenarbeit mit dem Careum die Umsetzung verschiedener Teilprojekte im Programm Gesundheitskompetenz vorantreiben.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	73.8	76.9	77.7	0.8	1.0

Bemerkungen R23 zu B23

0.8 Höherer Beschäftigungsumfang aufgrund 2.0 zusätzlicher Stellen anteilmässig ab 1. Mai 2023 (RRB Nr. 437/2023)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	3.7	3.4	0.0	0.0	3.4	4.0	0.6	16.7
Aufwand	-14.4	-17.7	0.0	0.0	-17.7	-16.2	1.4	8.1
Saldo	-10.6	-14.3	0.0	0.0	-14.3	-12.3	2.0	14.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.0					0.0	0.0	0.0
Ausgaben	-0.2	-0.1	0.0	-1.3	-1.4	-0.9	0.4	31.5
Saldo	-0.2	-0.1	0.0	-1.3	-1.4	-0.9	0.4	32.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
2.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.8	A1, A2	- Tieferer Personalaufwand aufgrund Rotationsgewinnen, weniger Personalwerbung sowie deutlich tieferen Aus- und Weiterbildungskosten wegen dringender, nicht aufschiebbarer Aufgaben (z. B. Vorbereitungen zur Umsetzung der Pflegeinitiative, Weiterentwicklung der Prävention und Gesundheitsförderung sowie die Bewältigung des allgemeinen Fachkräftemangels)
0.6	A1, A2	- Tiefere Informatikkosten aufgrund Eigenentwicklung einer Softwarelösung sowie Verzögerungen im Projekt zum elektronischen Bewilligungsprozess
0.5	A2	- Mehreinnahmen durch Entgelte im Bewilligungs- und Zulassungswesen aufgrund Zunahme der Gesuche sowie Nachfakturen für 2022
0.4	A1	- Tiefere Mitgliederbeiträge für die Eidgenössische Qualitätskommission aufgrund einer Überdeckung aus dem Vorjahr
0.3	A1, A2	- Tiefere Abschreibungen aufgrund verzögerter Investitionsausgaben
0.2	A1	- Tieferer Transferaufwand insbesondere aufgrund tieferer Nachfrage für das Wiedereinsteigerprogramm für Pflegefachpersonen. Für das Folgejahr wurde das Programm für Pflegefachpersonen attraktiver gestaltet.
-0.4	A1, A2	- Höherer Honoraraufwand für Dienstleistungen Dritter aufgrund verschiedener ausserordentlicher Expertenberichte und Studien
-0.4	A1, A2	- Höherer Mietaufwand infolge der anteiligen Weiterbelastung aus dem Generalsekretariat (Leistungsgruppe Nr. 6000)
0.0		- Übrige Abweichungen

Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6010

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.4	-0.9	0.4	
- Elektronische Bewilligungsprozesse (Projekte aus Impulsprogramm Digitalisierung)	-1.0	-0.8	0.2	- Plan für das Berichtsjahr wurde eingehalten, Rückstand aus dem Vorjahr konnte aber nicht kompensiert werden.
- Umsetzung Bundespandemieplan	-0.1	0.0	0.1	- Bundespandemieplan wurde noch nicht veröffentlicht.
- Datenhaltung Gesundheitsversorgung Datenanalyse GV-DA	-0.1	0.0	0.1	- Projekt wurde eingestellt aufgrund Projekt SpiGes auf nationaler Ebene.
- EFAS; Umstellung Rechnungskontrolle	-0.2	0.0	0.2	- Vorlage zu EFAS wurde erst Ende 2023 durch die eidgenössischen Räte verabschiedet.
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-157 886	0	-130 000	-287 886	-130 000

Bemerkungen

Aufgrund einer Eigenentwicklung im Bereich Software konnte im Berichtsjahr Sachaufwand von rund Fr. 200 000 eingespart werden.

6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt

Die im Vorjahr initiierte Reorganisation der Kantonalen Heilmittelkontrolle wurde erfolgreich abgeschlossen. Die Aufsichtsverfahren bei den erteilten Berufsausübungsbewilligungen sowie die aus den Inspektionen der Betriebe resultierenden Mängelabklärungen, Massnahmenüberwachungen und Auskunftsbegehren benötigten im Berichtsjahr mehr Ressourcen als erwartet. Der Vollzug der Heilmittel- und Betäubungsmittelgesetzgebung als Kernauftrag konnte dennoch erfüllt werden.

Die Lebensmittelkontrolle, der Vollzug des Chemikalienrechts und die Kontrolle der Solarien, Kernaufgaben des Kantonalen Labors, konnten planmässig erfolgen. Bei der Kontrolle der Trinkwasserqualität wurden an verschiedenen Orten Spurenstoffe gefunden, sogenannte per- und polyfluorierte Alkylverbindungen. Die im Trinkwasser vorhandenen Mengen dieser Substanzen waren so gering, dass sowohl die aktuell gültigen

als auch die kommenden schärferen Grenzwerte eingehalten werden. Das Trinkwasser ist von guter Qualität und kann unbesorgt getrunken werden.

Das Veterinäramt war zwischen Februar und Mai wegen Vogelgrippe in erhöhter Bereitschaft. In dieser Zeit wurden zwei Geflügelhaltungen saniert. In den Überwachungszonen um die betroffenen Betriebe mussten weitere Haltungen beprobt werden. Weitere Schwerpunkte waren der korrekte Tierarzneimiteinsatz, die Überwachung des Tierverkehrs und die hygienische Primärproduktion. Die Einfuhr von Hunden und Katzen aus Tollwutgebieten blieb auf hohem Niveau, ebenso die Zahl der Bewilligungsverfahren und Auskunftsbegehren im Tierschutzbereich. Per 1. November des Berichtsjahres erhielt das Veterinäramt mit Lukas Perler einen neuen Amtschef, nachdem Regula Vogel nach fast 30 Jahren das Amt abgegeben hatte.

Aufgaben

- A1 Sichere Heilmittel gewährleisten (Marktzutritt und Marktüberwachung im Heilmittelbereich)
- A2 Verbraucherschutz durchsetzen (Prüfung von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen, Betriebskontrollen)
- A3 Schutz von Personen und Umwelt vor Schädigung durch Chemikalien und nichtionisierende Strahlung (Betriebs- und Marktkontrollen, Kontrolle von Solarien)
- A4 Tierseuchen vorbeugen und bekämpfen (Überwachung Tiere, Betriebskontrollen und Tilgung Seuchenfälle)
- A5 Tierschutz durchsetzen (Abklärung Mängelmeldungen, Bewilligungen und Betriebskontrollen und sicherer Umgang mit Hunden)
- A6 Lebensmittelsicherheit bei der Primärproduktion und beim Schlachten durchsetzen (Bewilligungen, Betriebskontrollen, Fleischkontrolle und Umgang mit Tierarzneimitteln)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Bewirtschaftete Kundendossiers im Heilmittelbereich	A1	16236	15200	17214	2014	13.3
L2	Inspektionen von Heilmittelbetrieben (min.)	A1	469	610	566	-44	-7.2
L3	Bewilligungen im Heilmittelbereich	A1	5372	5400	5411	11	0.2
L4	Mikrobiologische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	15309	12500	13213	713	5.7
L5	Chemische Prüfungen des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2	14330	15000	13557	-1443	-9.6
L6	Untersuchte Proben des Kantonalen Labors (min.; Zielwert)	A2, A3	21520	19000	18969	-31	-0.2
L7	Inspektionen im Chemikalienbereich (min.; Zielwert)	A3	100	100	100	0	0.0
L8	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierseuchenrecht, z.B. für Viehhandelspatente (min.; Zielwert)	A4	686	703	722	19	2.7
L10	Erteilte und zu überwachende Bewilligungen nach Tierschutzrecht, z.B. für Wildtiere, Tierversuche, Zoohandlungen, Hunde (min.; Zielwert)	A5	1835	1822	1845	23	1.3
L11	Fallaufarbeitungen im Tierschutz und mit auffälligen Hunden (min.; Zielwert)	A5	3113	2900	3483	583	20.1
L12	Durchgeführte Kontrollen in der Primärproduktion (min.; Zielwert)	A6	2513	3200	2390	-810	-25.3
L13	Fleischkontrollen (Zielwert)	A6	177257	185000	172933	-12067	-6.5
L14	Durchführungskontrollen bei Tierversuchen bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	100	100	103	3	
L15	Kontrollen in Versuchstierhaltungen/-zuchten bezogen auf die Bundesvorgaben, in % (Zielwert)	A5	81	100	96	-4	
L16	Erfüllungsgrad bundesrechtlicher Vorgaben betreffend Betriebskontrollen beim Vollzug Lebensmittelrecht, in % (Zielwert)	A2	89	93	96	3	

**Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6100**

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
B1	Nettoaufwand für Aufsicht und Bewilligungen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		13.66	14.6	14.76	0.16	1.10
W1	Anteil der kontrollierten Betriebe zur Herstellung, Vertrieb und Abgabe von Heilmitteln ohne kritische Mängel, in % (min.)	A1	81	80	79	-1	
W2	Anteil der kontrollierten Lebensmittelbetriebe mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A2	96	90	96	6	
W3	Anteil der Lebensmittelbetriebe mit Mängeln mit einer deutlichen Verbesserung innerhalb von 8 Monaten, in % (min.)	A2	88	80	90	10	
W4	Anteil vollständiger Einträge bei der Anmeldung von Chemikalien in das Produkteregister, in % (min.)	A3	93	-			
W5	Tierseuchenfälle mit Untersuchungspflicht (max.)	A4	61	100	61	-39	-39.0
W6	Anteil schwerer Tierschutzfälle, die innerhalb von zwei Tagen behoben sind, in %	A5	97	100	97	-3	
W7	Gemeldete schwere Bissvorfälle durch Hunde an Menschen (max.)	A5	84	80	92	12	15.0
W8	Anteil der kontrollierten Betriebe der Primärproduktion mit gewährleisteter Lebensmittelsicherheit, in % (min.)	A6	77	75	75	0	
W9	Anteil aller chemischen Produkte mit gesundheitlicher Gefahr im Produktregister des BAG mit nach den Vorgaben gemeldeter Zusammensetzung (UFI), in % (min.)	A3		30	28	-2	

Bemerkungen

- L1 Erhöhung der Kundendossiers aufgrund stark angestiegener Anzahl von Berufsausübungsbewilligungen für Ärztinnen und Ärzte
- L2 Weniger durchgeführte Inspektionen aufgrund von Langzeitausfällen (unter anderem Inspektorat, Mutterschaften)
- L4 Weiterführung des Abwassermonitorings für den Bund bis Ende Mai des Berichtsjahres mit zusätzlichen 700 Proben auf Sars-CoV-2
- L5 Mehr komplexe und zeitaufwendigere Untersuchungen pro Probe und daher weniger einfache chemische Untersuchungen
- L11 Zunahme aufgrund höherer Hundepopulation. Ausserdem setzt sich der Trend von vermehrten Meldungen im Heimtierbereich seit den letzten Jahren weiter fort. Dies wird mit erhöhter Sensibilisierung der Bevölkerung und anderer Behörden erklärt.
- L12 Weniger Routinekontrollen in der Primärproduktion infolge notwendiger Ressourcenverschiebung zur Bekämpfung hochansteckender Tierseuchen und Konzentration auf Tierschutzfälle
- L13 Die geleistete Zahl der Fleischkontrollen (pro Tier) unterschreitet den Planwert. Es wurden marktbedingt mehr Kühe und Rinder und weniger Schweine geschlachtet. Der zeitliche Aufwand für die Fleischkontrolle erhöhte sich dadurch gegenüber den Vorjahren und zeigte sich in höheren Kilogramm-Werten der verarbeiteten Schlachtmenge.
- L14 Der bundesrechtlich geforderte Kontrollumfang bei der Durchführung von Tierversuchen konnte umfassend erreicht werden.
- L15 Der bundesrechtlich geforderte Kontrollumfang bei den Versuchstierhaltungen und -zuchten konnte im Wesentlichen erreicht werden.
- W3 Nachhaltige Verbesserung der Hygiene in den Betrieben durch die Intensivierung der entsprechenden Kontrollen nach der Coronapandemie
- W5 Durch gezielte Präventions- und Informationsarbeit konnte die Anzahl Tierseuchenfälle tief gehalten werden. Bei den Geflügelbetrieben begrenzten sich die Seuchenfälle aufgrund guter Organisation auf Kleinhaltungen. Die etablierten Abläufe erlaubten eine rasche Sanierung und Begrenzung der Auswirkungen.
- W7 Die Hundepopulation nimmt seit Jahren zu, was statistisch gesehen zu mehr Bissvorfällen führen kann. Gemessen an der grossen Hundepopulation im Kanton sind die absoluten Zahlen aufgrund der erfolgreichen Präventions- und Informationsarbeit tief.
- W9 Die Meldung der eindeutigen Rezepturidentifikation UFI muss sich in der Industrie noch etablieren.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4d Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Aufgrund der ausserordentlichen Belastung der Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronapandemie sowie anderer dringlicher Vollzugsaufgaben musste die Revision des Gesundheitsgesetzes zurückgestellt werden. Die Massnahme ist in der neuen Legislaturperiode wieder aufgenommen worden. Das entsprechende Projekt wurde im Berichtsjahr aufgegleist (siehe Leistungsgruppe Nr. 6000).

Verzögert 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	171.5	173.7	178.9	5.3	3.0

Bemerkungen R23 zu B23

- 1.3 Kantonale Heilmittelkontrolle: Pensenreduktionen nach Mutterschaftsurlaub und verzögerte Neubesetzung Stellen
- 2.0 Kantonales Labor: Überbrückung von Langzeitausfällen
- 1.5 Kantonales Labor: Zusätzliche Stellen für das Nationale Fremdstoffuntersuchungsprogramm (NFUP) und für Kontrollen Badebetriebe (saldoneutral)
- 1.9 Veterinäramt: Zusätzlich bewilligte Stellen für die Digitalisierung (RRB Nr. 678/2022) und für Fleischkontrollen
- 1.1 Veterinäramt: Überbrückung von Langzeitausfällen

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	13.6	13.3	0.0	0.0	13.3	14.1	0.8	6.1
Aufwand	-35.2	-36.6	0.0	-0.1	-36.7	-37.7	-1.1	-2.9
Saldo	-21.5	-23.3	0.0	-0.1	-23.4	-23.6	-0.3	-1.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen							Δ abs.	Δ %
Ausgaben	-1.0	-1.4	0.0	-0.2	-1.6	-1.8	-0.2	-11.0
Saldo	-1.0	-1.4	0.0	-0.2	-1.6	-1.8	-0.2	-11.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.8	A2	- Mehrertrag im Kantonalen Labor für das Abwassermonitoring für den Bund und NFUP-Analytik sowie Gebühren (Normalisierung nach Coronakrise)
0.5	A4, A5, A6	- Tieferer Sachaufwand im Veterinäramt insbesondere infolge der bewussten Verzögerung im Digitalisierungsprojekt im Berichtsjahr für eine vertiefte Analyse
0.3	A2	- Tieferer Sachaufwand im Kantonalen Labor insbesondere für die Anschaffung und den Unterhalt von Geräten und Apparaturen sowie für externe Dienstleistungen
0.1	A1	- Tiefere Abschreibungen in der Heilmittelkontrolle aufgrund der Übergabe der Geräte an das Kantonale Labor und weniger Sachaufwand aufgrund ausgebliebener Anschaffung eines neuen Betriebsautos
0.1	A1	- Höhere Erträge in der Heilmittelkontrolle bei Inspektionen und Bewilligungen ohne Gebührenanhebung
-0.1	A4	- Mehraufwand im Veterinäramt wegen erneuten Ausbruchs der hochansteckenden Vogelgrippe in zwei Geflügelhaltungen
-0.3	A1	- Höherer Personalaufwand in der Heilmittelkontrolle infolge des Teuerungsausgleichs und vorzeitiger Entlassungen altershalber
-0.7	A2	- Höherer Personalaufwand im Kantonalen Labor infolge des Teuerungsausgleichs und Entlastung für Langzeitabwesenheiten
-1.0	A4, A5, A6	- Höherer Personalaufwand im Veterinäramt infolge des Teuerungsausgleichs, der zusätzlich bewilligten Stellen, der Anpassung der Lohnreihung der amtstierärztlichen Stellen und zusätzlicher Kosten für die Personalrekrutierung im Umfeld des Fachkräftemangels
0.0		- Übrige Abweichungen

Gesundheitsdirektion
Leistungsgruppe 6100

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-1.6	-1.8	-0.2	
- Ersatz Analysegeräte, Kantonales Labor	-0.9	-1.3	-0.4	- Nachträgliche Abrechnung der Baudirektion für Ausstattungen gemäss RRB Nr. 999/2020
- Software (Erneuerungen Fachapplikationen), Kantonales Labor	-0.7	-0.5	0.2	- Inbetriebnahme des Betriebsregisters 2024
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-665007	24 123	0	-640 884	24 123

Tierversuche: Bewilligungen und eingesetzte Tiere

Aufgrund der Beschaffungsfristen werden wie bisher die Daten des Vorjahres dargestellt. Unter den 863 gültigen Bewilligungen wurde im Kalenderjahr 2022 folgende Anzahl von Tieren eingesetzt:

Tiergruppe	Grundlagen- forschung	Entwicklung	toxiko- logische Prüfung	Krankheits- diagnostik	Ausbildung	anderer Zusammen- hang	Total	davon Tiere im Schwere- grad 0
Mäuse	72 059	13 066	466	873	1 088	1 369	88 921	16 185
Ratten	2 800	87	118	19	551	176	3 751	2 345
Hamster	0	0	0	0	0	0	0	0
Meerschweinchen	0	0	0	0	0	0	0	0
andere Nager	0	0	0	0	3	0	3	3
Kaninchen	38	22	0	0	0	44	104	0
Hunde	206	22	0	129	179	188	724	559
Katzen	25	0	0	19	20	131	195	174
Primaten	4	0	0	0	0	69	73	73
Rindvieh	26	0	0	963	932	491	2 412	1 867
Schafe, Ziegen	21	70	0	5	16	109	221	144
Schweine (einschliesslich Minipigs)	32	147	180	0	713	0	1 072	882
Pferde, Esel	93	168	0	7	48	21	337	175
Vögel (einschliesslich Geflügel)	373	0	0	9	1277	45	1 704	1 369
Amphibien, Reptilien	616	0	0	0	24	30	670	45
Fische	1 883	0	17 452	0	237	4 186	23 758	9 068
diverse Säuger	1 918	0	0	0	36	23	1 977	47
Wirbellose	0	0	0	0	6	0	6	0
Total	80 094	13 582	18 216	2 024	5 130	6 882	125 928	32 936
in %	63.6	10.8	14.4	1.6	4.1	5.5	100	26.2

Im Jahr 2022 wurden 207 Bewilligungen neu erteilt, fünf Gesuche wurden abgelehnt und 23 Gesuche wurden zurückgezogen. Zusätzlich wurden 309 Ergänzungs- und Änderungsbewilligungen ausgestellt.

Die Tierversuchskommission bearbeitet alle Gesuche betreffend Tierversuche, in deren Rahmen Tiere Belastungen erfahren. Sie besprach an elf Sitzungen neben allgemeinen Fragestellungen

62 neue und 26 Ergänzungsgesuche mit erhöhtem Schweregrad. Das Veterinäramt überprüfte 2022 die Durchführung von 172 der 863 laufenden Tierversuchsprojekte. In allen 42 Versuchstierhaltungen fanden Kontrollen statt, wobei das Veterinäramt 79 Teilkontrollen und Mitglieder der Tierversuchskommission weitere 74 Teilkontrollen zur Haltung, Zucht und Pflege der Tiere oder zur Dokumentation vornahm.

6150 Kantonsapotheke

Das 214. und letzte Geschäftsjahr der Kantonsapotheke stand im Zeichen der Überführung des kantonalen Amtes in eine Aktiengesellschaft im Besitz des Universitätsspitals Zürich. Das Gesetz über die Verselbstständigung der Kantonsapotheke trat am 1. Mai des Berichtsjahres in Kraft. Ende September genehmigte der Kantonsrat den Verkaufspreis der Institution. Die Überführung in die neue Rechtsform erfolgt auf den 1. Januar 2024. Dann tritt die neue Gesellschaft unter dem Namen ZüriPharm AG auf.

Im Alltag der Kantonsapotheke lag der Schwerpunkt auf der Bewältigung des Tagesgeschäfts sowie der Prozessoptimierung und den weiteren Vorbereitungsarbeiten im Hinblick auf den Wechsel in der Trägerschaft. Die massive Steigerung der Energiepreise belastete das letzte Jahresergebnis. Trotz Energiesparmassnahmen verdoppelten sich die Energiekosten gegenüber dem Vorjahr. Auch die allgemeine Teuerung führte zu einer zusätzlichen Belastung der Erfolgsrechnung.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung einer bedarfsgerechten, sicheren, qualitativ hochstehenden und wirtschaftlichen pharmazeutischen Versorgung und der damit verbundenen Dienstleistungen inkl. Arzneimittelbeschaffung des USZ, des KSW, der psychiatrischen Kliniken (PUK, ipw) und weiterer Krankenhäuser und kantonalen Betriebe
- A2 Herstellung von nicht auf dem Markt erhältlichen und patientenspezifischen Arzneimitteln
- A3 Sicherstellung der Vorhalteleistungen für die Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln bei Notfallsituationen und akuten Einzel- oder Grossereignissen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Ausgelieferte Bestellpositionen	A1	700891	784479	722284	-62195	-7.9
L2 Gelagerte/bewirtschaftete Arzneimittel	A1	4297	4400	3834	-566	-12.9
L3 Hergestellte Abgabeeinheiten sterile Arzneimittel	A2	269136	269702	265715	-3987	-1.5
L4 Hergestellte Abgabeeinheiten feste Arzneimittel	A2	230941	120000	134946	14946	12.5
L5 Hergestellte Abgabeeinheiten flüssige Arzneimittel	A2	11987	14000	12433	-1567	-11.2
L6 Hergestellte Abgabeeinheiten halbfeste Arzneimittel	A2	27568	20000	15083	-4917	-24.6
L7 Hergestellte Abgabeeinheiten Rezepturen	A2	48890	55000	39341	-15659	-28.5
L8 Hergestellte Zytostatika/Chemotherapien	A2	44646	49215	43011	-6204	-12.6
L9 Chemische und mikrobiologische Analysen/Qualitätskontrollen	A2	9218	9000	9120	120	1.3
L10 (Unterstützte) klinische Studien	A1, A2	94	100	62	-38	-38.0
L11 Lagerwert des Bestandes für Vorhalteleistungen, in % des Gesamtbestandes per 31.12. (min.; Zielwert)	A3	11.1	9	12.80	3.8	
B1 Kostendeckungsgrad der Arzneimittelversorgung (Verhältnis Ertrag zu Aufwand), in %	A1, A2, A3	90.6	99	96.60	-2.4	
W1 Kundenzufriedenheit in Punkten aus maximal 100 Punkten (min.)	A1, A2, A3	77	n.a.			
W2 Kritische Mängel bei Inspektionen (max.)	A1, A2	0	0	0	0	
W3 Fehllieferungsquote, in % der Anzahl Lieferpositionen (max.)	A1, A2, A3	0.015	0.01	0.0270	0.017	
W4 Essenzielle Arzneimittel mit Verbrauchsabdeckung von mindestens zwei Monaten (Vorhalteleistungen; min.)	A3	209	180	197	17	9.4

Bemerkungen

- L1 Geringeres Wachstum als erwartet aufgrund verminderten Bedarfs und Bestelloptimierungen bei Spitälern
- L2 Reduktion der gelagerten/bewirtschafteten Arzneimittel infolge Sortimentsoptimierungen mit den Spitälern
- L4, L5, L7, L8 Veränderte Nachfrage durch Spitälern und Abhängigkeit von Lieferengpässen (L4)
- L6 Stärkerer Rückgang als erwartet insbesondere im Bereichen von Salben und allgemeiner Trend weg von halbfesten Arzneimitteln
- L10 Abschluss zahlreicher Studien im Berichtsjahr und Rückgang bei den Anfragen
- L11 Erhöhte Lagerbestände zur Abdeckung der kritischen Versorgungslage durch verschärfte Lieferengpässe
- W3 Kurzzeitiger Anstieg der Fehlerquote im Berichtsjahr aufgrund einer Neukundenakquise im Grosshandel
- W4 Anpassung der Liste basierend auf aktuellen Risiken in Zusammenarbeit mit dem Amt für Gesundheit

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	138.1	149.2	141.9	-7.3	-4.9

Bemerkungen R23 zu B23

- 7.3 Verzögerte Stellenbesetzung aufgrund des Fachkräftemangels

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	240.0	235.3	0.0	0.0	235.3	245.4	10.1	4.3
Aufwand	-250.9	-237.4	0.0	0.0	-237.4	-253.9	-16.6	-7.0
Saldo	-10.9	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-8.5	-6.5	-314.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.0	-2.2	0.0	-0.5	-2.7	-1.7	1.0	37.8
Saldo	-1.0	-2.2	0.0	-0.5	-2.7	-1.7	1.0	37.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.0	A1, A2, A3	- Minderaufwand dank Kostensenkungsmassnahmen in der Höhe von 2.0 Mio. Franken anstatt der budgetierten 1.0 Mio. Franken
-0.7	A1, A2, A3	- Mehraufwand infolge gestiegener Gas- und Strompreise
-6.8	A1, A2, A3	- Tieferer Ertrag aufgrund Beibehaltung der Preisgestaltung trotz Kostensteigerungen
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.7	-1.7	1.0	
- Maschinen (Apothekenroboter/Unit-Dose-Vorrichtung)	-0.4	-0.2	0.2	- Günstigere Beschaffung
- Automatisierung und MDE-Geräte, Logistik	-1.2	0.0	1.2	- Keine Beschaffung aktivierbarer Geräte
- Systemwechsel/Analysegerät Qualitätskontrolle	-0.2	-0.4	-0.2	- Ersatzinvestition kombiniert mit Effizienzsteigerung
- Ersatz Produktion/Anlagen	-0.1	-0.1	0.0	
- Digitalisierungsprojekte/Fachapplikationen	-0.6	0.0	0.6	- Verschiebung aufgrund der Finanzierung des Notstromaggregats
- Notstromaggregat	0.0	-0.9	-0.9	- Massnahme im Zusammenhang mit der Energiemangellage
- Übrige	-0.2	-0.1	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-221	0	0	-221	0

6200 Prävention und Gesundheitsförderung

Im Berichtsjahr konnte ein neues Konzept zur Prävention nichtübertragbarer Krankheiten und zur Gesundheitsförderung fertiggestellt werden (RRB Nr. 1318/2023). Damit wird die Strategie an die derzeitigen Gegebenheiten angepasst und der Rahmen für die zukünftigen Arbeiten in diesem Bereich gesetzt. Mit dem Ziel, weibliche Genitalbeschneidung zu verhindern sowie Betroffene zu unterstützen und Fachleute besser zu vernetzen, wurde ein Leistungsauftrag zum Betrieb einer kantonalen Anlaufstelle vergeben (RRB Nr. 1062/2023). Für die Suizidprävention bei jungen Erwachsenen wurde eine neue Kampagnenwelle lanciert. Im Bereich der Suchtprävention wurden alle Eltern von Schülerinnen und Schülern der Sekundarstufe I mit einer Elternbroschüre

zum Konsum von Alkohol, Cannabis und Nikotin durch Jugendliche informiert. Im kantonalen Aktionsprogramm zur Stärkung der psychischen Gesundheit bei älteren Menschen lag der Fokus auf der Förderung der sozialen Teilhabe. Darüber hinaus beschäftigte Covid-19 die Gesundheitsdirektion auch im Berichtsjahr, weil noch nicht alle Prozesse in die Regelstruktur überführt werden konnten (z.B. Abrechnung der Impfung). In der zweiten Hälfte des Berichtsjahres nahmen sowohl die Covid-Fälle als auch andere respiratorische Infektionskrankheiten wieder zu, was jedoch zu keiner Überlastung in den Spitälern führte. Daneben stellten weitere übertragbare Krankheiten wie Masern, Diphtherie oder Affenpocken eine Herausforderung dar.

Aufgaben

- A1 Monitoring, Berichterstattung und Information über den Gesundheitszustand der Zürcher Bevölkerung
- A2 Unterstützung der Bevölkerung im Hinblick auf ein gesundheitsbewusstes Verhalten
- A3 Bekämpfung epidemiologisch bedeutsamer übertragbarer Krankheiten wie Tuberkulose, HIV/Aids oder Masern
- A4 Bekämpfung des Missbrauchs legaler und illegaler Suchtmittel

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Berichte über die Gesundheit der Zürcher Bevölkerung, inkl. Prüfung der Wirtschaftlichkeit (min.; Zielwert)	A1	0	0	0	0	
L2	Magazin «Prävention & Gesundheitsförderung im Kanton Zürich» (min.; Zielwert)	A1, A2	2	2	2	0	0.0
L3	Kommunikationseinheiten (Inserate, Radiospots, Plakate usw.) Prävention und Gesundheitsförderung (min.; Zielwert)	A2		140	164	24	17.1
L4	Öffentliche Präventionsveranstaltungen (min.; Zielwert)	A2	3	3	3	0	0.0
L5	Tuberkulose-Umgebungsuntersuchungen der Lunge Zürich (min.; Zielwert)	A3	47	100	60	-40	-40.0
L6	HIV-Tests der Zürcher Aidshilfe (min.; Zielwert)	A3	1583	2000	1805	-195	-9.8
L7	HPV-Impfungen (min.; Zielwert)	A3	20000	21000	24670	3670	17.5
L8	Magazine für Suchtprävention «laut & leise» (min.; Zielwert)	A4	3	3	3	0	0.0
L9	Von regionalen Suchtpräventionsstellen beratene Personen (min.; Zielwert)	A4	32887	25000	60035	35035	140.1
L10	Zur Verfügung gestellte Informationsmaterialien zur Suchtprävention (min.; Zielwert)	A4	359163	300000	519030	219030	73.0
B2	Nettoaufwand für die Prävention und Gesundheitsförderung pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		41.8	5.1	8.7	3.6	70.6
W1	Anteil der Bevölkerung, der die aktuelle Medienkampagne kennt, in % (min.)	A2	87	50	87	37	
W2	Besuche auf den von Gesundheitsförderung und Prävention (EBPI) betriebenen Webseiten (min.)	A2, A4	138099	140000	178796	38796	27.7
W3	Todesfälle wegen Herz- und Gefässkrankheiten (max.)	A2	3374	4000	3287	-713	-17.8
W4	Todesfälle wegen Krebs (max.)	A2	2764	2800	2694	-106	-3.8
W5	Selbsttötungen (max.)	A2	189	195	153	-42	-21.5
W6	Tuberkulose-Neuerkrankungen (max.)	A3	60	100	91	-9	-9.0
W7	Aids-Neuerkrankungen (max.)	A3	11	25	9	-16	-64.0
W8	Anteil Säuglinge mit zwei Masernimpfungen, in % (min.)	A3	95	93	95	2	
W9	Anteil 15-Jähriger mit mindestens einmal wöchentlichem Tabakkonsum, in % (max.)	A4	9.2	12			

Bemerkungen

- L3 Abhängig von preislichen Rahmenbedingungen bei Kampagnenschaltungen und Schaltungen zu Verhaltensempfehlungen bei Hitze aufgrund der Hitzeperiode
- L5, W6 Weniger Tuberkulosefälle als erwartet trotz Flüchtlingsströmen aus Ländern mit hoher Tuberkuloseprävalenz. Vermutlich führte auch die Pandemie zu weniger Ansteckungen.
- L6 Auswirkung der Pandemie, aber langsamer Anstieg der Testzahlen
- L7 Erfreulicherweise werden die während der Pandemie verpassten Impfungen aufgeholt.
- L9, L10 Grössere Erreichbarkeit aufgrund digitaler Möglichkeiten und flächendeckender Versand Elternbroschüre (L10)
- B2 Wegen Aufwendungen für die Bekämpfung der Coronapandemie fällt der Nettoaufwand höher aus.
- W5 Erfreuliche Entwicklung; Massnahmen im Bereich der Suizidprävention wirken vermutlich unterstützend.
- W7 Erfreuliche Entwicklung, zu der auch die Expositionsprophylaxe beitragen kann.
- W9 Dieser Indikator beruht auf der internationalen Studie «Health Behaviour in School-aged Children» (HBSC), die alle vier Jahre in über 50, grösstenteils europäischen Ländern durchgeführt wird, in der Schweiz durch «Sucht Schweiz». Die Erhebung 2022 gab keine verwendbaren Ergebnisse, da in den Antworten der Konsum von Tabak- und E-Nikotin-Produkten zum Tragen kam. Die Werte der Erhebung werden jeweils erst im Folgejahr publiziert.

Entwicklungsschwerpunkte

RRZ 4d Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Gesundheitsfachpersonen und die gesundheitspolizeiliche Aufsicht weiterentwickeln.

Stand bis

Aufgrund der ausserordentlichen Belastung der Gesundheitsdirektion im Zusammenhang mit der Bewältigung der Coronapandemie sowie anderer dringlicher Vollzugsaufgaben musste die Revision des Gesundheitsgesetzes zurückgestellt werden. Die Massnahme ist in der neuen Legislaturperiode wieder aufgenommen worden. Das entsprechende Projekt wurde im Berichtsjahr aufgegeben (siehe Leistungsgruppe Nr. 6000).

Verzögert 2023

RRZ 4e Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung steigern.

Gemäss dem im Berichtsjahr verabschiedeten neuen Konzept für Prävention und Gesundheitsförderung im Kanton Zürich wird Gesundheitskompetenz auch künftig bei Projekten in diesem Themenbereich als Querschnittsthema mitgedacht und berücksichtigt. Im Berichtsjahr konnte das durch die Gesundheitsdirektion beauftragte Institut für Epidemiologie, Biostatistik und Prävention der Universität Zürich in Zusammenarbeit mit dem Careum die Umsetzung verschiedener Teilprojekte im Programm Gesundheitskompetenz vorantreiben.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	49.7	5.9	0.0	0.0	5.9	7.5	1.6	26.3
Aufwand	-115.5	-14.1	0.0	0.0	-14.1	-21.5	-7.4	-52.5
Saldo	-65.9	-8.2	0.0	0.0	-8.2	-14.0	-5.8	-71.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1					0.1	0.1	0.0
Ausgaben								
Saldo	0.1					0.1	0.1	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-5.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.2	A2	- Tieferer Aufwand für Präventionsmassnahmen
-6.0	A3	- Nettoaufwand für die Bewältigung der Coronapandemie, insbesondere für den Betrieb von Impfzentren, für Zusatzentgelte Arztpraxen, Apotheken und Heime sowie für das Impftool und Supportleistungen
0.0		- Übrige Abweichungen

6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation

Nach dem Abschluss des Projekts Spitalplanung 2023 und der Festsetzung der neuen Spitallisten durch den Regierungsrat lag der Schwerpunkt im Berichtsjahr auf der Umsetzung der neuen Spitalplanung in der Akutsomatik und der Psychiatrie. Das Beschwerdeverfahren gegen die Spitalliste Rehabilitation konnte hingegen noch nicht abgeschlossen werden. Mit einer Zwischenverfügung im Juli des Berichtsjahres hiess das Bundesverwaltungsgericht das Gesuch um Verlagerung der Leistungsaufträge der Rehaklinik Kilchberg an den Standort der neuen Rehaklinik Limmattal im Rahmen von vorsorglichen Massnahmen gut. Seit dem 18. Dezember 2023 werden die entsprechenden Leistungen am Standort Limmattal erbracht. Die Rehaklinik Kilchberg stellte auf diesen Zeitpunkt ihre Tätigkeit ein.

In der Akutsomatik wurden bereits erste Projekte gestartet, um die Systematik der Spitalplanung weiterzuentwickeln und diese dadurch dem medizinischen Fortschritt anzupassen. Solche Anpassungen wurden beispielsweise in der Alters- und der Gefässmedizin vorgenommen. Ein weiterer Fokus lag auf der Optimierung der Versorgung in den Notfallstationen sowie auf den Massnahmen zur Bewältigung des Fachkräftemangels, insbesondere in der Grundversorgung und in der Pflege. Neue Projekte wurden schliesslich auch in der Qualitätsentwicklung lanciert. So soll sichergestellt werden, dass weiterhin eine gute Versorgungsqualität gewährt ist und das Monitoring in diesem Bereich effizienter und ressourcenschonender ist.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei somatischen Erkrankungen und Unfällen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Versorgung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit Leistungen der medizinischen Rehabilitation. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Somatik: Stationäre Normfälle KVG ZH, IV ZH	A1	212300	218000	207400	-10600	-4.9
L2 Somatik: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	5.0	5	5.0	0.0	0.0
L3 Somatik: Stationäre ausserkantonale Patientenaustritte im Kanton Zürich	A1	36750	40000	38341	-1659	-4.1
L4 Reha: Stationäre Pflorgetage KVG ZH, IV ZH	A2	300616	332000	313858	-18142	-5.5
L5 Reha: Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A2	25.4	25.2	25.5	0.3	1.2
L6 Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	1936	1974	1989	15	0.8
L7 Personen mit stationärem Aufenthalt (ohne Mehrfachzählungen; KVG ZH, IV ZH)	A1, A2	145727	152000	150000	-2000	-1.3
B1 Somatik: Subventionen pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr. (max.)	A1	29.7	31.9	33.3	1.4	4.4
B2 Somatik: Referenztarif, nicht universitäre Spitäler, in Fr.	A1	9672	9672	9750	78	0.8
W1 Beurteilung der Spitalbetreuung: Zufriedene und sehr zufriedene Patientinnen/Patienten, in % (min.)	A1, A2	77	80	88	8	
W2 Zürcher Reha-Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A2	31	31	29	-2	
W3 Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2		95			

Bemerkungen

- L1, L2, Die Erhebung der Indikatoren stützt sich neu auf eine Hochrechnung und nicht mehr auf eine Umfrage bei den Listenspitälern. Die definitiven Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2024 vor.
- L3 Die Kennzahl stammt aus der medizinischen Statistik MS / SDEP Daten 2022. Die Kennzahl für das Berichtsjahr wird nach Redaktionsschluss des Geschäftsberichts 2023 erhoben.
- B1 Subventionen gemäss § 11 SPFG (ohne Covid-Finanzierungsmassnahmen)
- B2 Mischwert aus den definitiven Tarifen gültig bis Juli des Berichtsjahres und gültig ab August des Berichtsjahres gemäss Verfügung der Gesundheitsdirektion
- W3 Audits werden ab 2024 durchgeführt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4a Mit der neuen Spitalplanung den stationären Bereich besser steuern, die Qualität erhöhen, Schnittstellen optimieren und die Kosteneffizienz unter anderem mittels neuer und weiterentwickelter Benchmarks weiter verstärken.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 4c Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und die erforderlichen Daten erheben, um die vom Bund angestrebte Planung der ambulanten Versorgung auf kantonalen Ebene vorzubereiten.

Die Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene fokussiert auf die Umsetzung der Zulassungsbeschränkung gemäss Art. 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Zur Umsetzung der Zulassungsbeschränkung mittels Höchstzahlen wurden die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Aufgrund verschiedener Reformprojekten auf nationaler Ebene (einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Bereich, neues Tarifierungssystem für ärztliche Leistungen u.a.), die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen, und um den Fokus auf die weitere Stärkung der Grundversorgung zu legen, wird die Zulassungsbeschränkung vorerst nicht umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	7.8	8.6	0.0	0.0	8.6	9.9	1.3	15.2
Aufwand	-1331.6	-1370.4	0.0	0.0	-1370.4	-1346.2	24.1	1.8
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-47.1	-51.1	0.0	0.0	-51.1	-53.4	-2.3	-4.5
- Covid-Finanzierungsmassnahmen	-8.1					-0.7	-0.7	0.0
Saldo	-1323.8	-1361.8	0.0	0.0	-1361.8	-1336.3	25.4	1.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	12.0	3.4	0.0	0.0	3.4	3.4	0.0	0.0
Ausgaben	0.0			-144.7	-144.7	-90.2	54.5	37.7
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	12.0	3.4	0.0	-144.7	-141.3	-86.8	54.5	38.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
25.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
18.0	A1, A2	- Geringerer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für Leistungen 2023 und Verschiebung der Leistungserbringung zu günstigeren Leistungserbringern
6.7	A1, A2	- Tieferer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für Leistungen 2022 und früher
2.0	A1, A2	- Aufwertung Darlehen aus umgewandelten altrechtlichen Investitionsbeiträgen und höherer Zinsertrag aus gewährten Darlehen
1.7	A1, A2	- Minderaufwand für sanitätsdienstliche Einsatzleitzentrale aufgrund Verzögerung Ersatz IT-System
-0.7	A1, A2	- Schlusszahlung für Covid-Finanzierungsmassnahmen
-2.3	A1, A2	- Höherer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG
-0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.4	3.4	0.0	
- Darlehensrückzahlungen	3.4	3.4	0.0	
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-144.7	-90.2	54.5	
- Darlehen für Neubau Kinderspital gemäss RRB Nr. 1185/2015	-144.7	-90.0	54.7	- Das Darlehen wurde im Berichtsjahr noch nicht vollständig abgerufen.
- Übrige	0.0	-0.2	-0.2	

6400 Psychiatrische Versorgung

Der Bedarf an ambulanten psychiatrischen Behandlungen im Allgemeinen und an Versorgungsleistungen für psychisch belastete Kinder und Jugendliche im Besonderen nimmt seit Jahren zu. Dieser Trend hat sich aufgrund der Coronapandemie und weiterer Krisen nochmals verstärkt, weshalb der Zürcher Regierungsrat bereits in den zwei Vorjahren Massnahmenpakete zur Verbesserung der Versorgungssituation beschlossen hatte (RRB Nrn. 598/2021 und 1476/2022). Im Berichtsjahr stand deren Umsetzung im Vordergrund. Die Auslastung in den stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen konnte so stabilisiert werden, verblieb allerdings auf sehr hohem Niveau. Zurzeit werden unter Ein-

bezug der Leistungserbringer weitere gezielte Massnahmen für den ambulanten Bereich entwickelt.

Um ein umfassenderes Bild des Fachkräftemangels in der Psychiatrie zu erhalten, fanden mehrere Expertenrunden statt. Dabei konnten konkrete Problembereiche definiert sowie mögliche Massnahmen abgeleitet werden, die sich teilweise bereits in Umsetzung befinden. So wurde beispielsweise der kantonale Beitrag an die ärztliche Weiterbildung in der Grundversorgung wesentlich erhöht. Auch zur Thematik der fürsorglichen Unterbringungen fanden Anhörungen statt, deren Ergebnisse der weiteren Verbesserung der psychiatrischen Versorgung dienen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellen der bedarfsgerechten stationären Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten bei psychischen Erkrankungen. Die Behandlung von Zürcher Patientinnen und Patienten in inner- und ausserkantonalen Listenspitälern wird durch Staatsbeiträge mitfinanziert.
- A2 Sicherstellen der bedarfsgerechten Behandlung und Betreuung von Zürcher Patientinnen und Patienten mit psychischen Erkrankungen in Ambulatorien sowie in Tages- und Nachtkliniken.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2 Stationäre Normtage KVG ZH, IV ZH	A1	547600	547000	550100	3100	0.6
L3 Durchschnittliche Aufenthaltsdauer KVG ZH, IV ZH, in Tg.	A1	32.0	32.2	33.2	1.0	3.1
L4 Versorgung in den Ambulatorien der psychiatrischen Kliniken, in Mio. Taxpunkten	A2	59.1	59	47.7	-11.3	-19.2
L5 Betreuung in Tageskliniken, in Tg.	A2	68639	70200	73701	3501	5.0
L6 Assistenzärztinnen/-ärzte in Weiterbildung zum eidg. Facharztstitel (Vollzeitäquivalente)	A1, A2	225	226	222	-4	-1.8
B1 Subventionen und Eigentümerbeitrag pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.	A1, A2	28.3	30.4	31.5	1.1	3.6
B2 TARPSY-Referenztarif Erwachsene, in Fr.	A1	743	743	740	-3	-0.4
W1 Zürcher Patientinnen/Patienten (KVG ZH, IV ZH), die im Kanton Zürich stationär behandelt werden, in % (min.)	A1	82	90	84	-6	
W2 Verhältnis der ambulanten Patientenaustritte zu allen Austritten KVG ZH, IV ZH, in % (min.)	A1, A2	76	77	77	0	
W3 Zürcher Spitäler mit bestandenem Qualitätsaudit, in % (min.)	A1, A2		95			

Bemerkungen

- L2, L3 Die Erhebung der Indikatoren stützt sich neu auf eine Hochrechnung und nicht mehr auf eine Umfrage bei den Listenspitälern. Die definitiven Daten des Berichtsjahres liegen erst Mitte 2024 vor.
- L4 Die Anpassung der Tarifstruktur aufgrund der Einführung des Anordnungsmodells für Psychologinnen und Psychologen wirkte sich auf die Anzahl abgerechneter Taxpunkte aus. Die Angabe kann daher nicht mit den Vorjahren verglichen werden.
- W2 Die Kennzahl entspricht dem Ist-Wert aus der Datenerhebung SDEP 2022. Der definitive Wert für das Berichtsjahr wird zu einem späteren Zeitpunkt im Rahmen von SDEP erhoben.
- W3 Audits werden ab 2024 durchgeführt.
- L5 Anstieg der Betreuungstage unter anderem aufgrund des Ausbaus der Kapazitäten für Jugendliche

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 4a Mit der neuen Spitalplanung den stationären Bereich besser steuern, die Qualität erhöhen, Schnittstellen optimieren und die Kosteneffizienz unter anderem mittels neuer und weiterentwickelter Benchmarks weiter verstärken.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 4b Die ambulante Versorgung in der Psychiatrie gezielt fördern.

Zur Förderung der ambulanten Versorgung in der Psychiatrie und zur Entlastung des stationären Versorgungsbereichs im Sinne von «ambulant vor stationär» wurde die Rahmenvereinbarung für die Tageskliniken überarbeitet. Auch wurden aufsuchende Angebote wie das stationsäquivalente Home-treatment sowie Angebote für chronisch kranke Patientinnen und Patienten gefördert. Um besonders die Versorgungssituation von psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen zu verbessern, wurden die entsprechenden ambulanten und tagesklinischen Angebote erweitert.

Abgeschlossen 2023

RRZ 4c Die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeiten und die erforderlichen Daten erheben, um die vom Bund angestrebte Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene vorzubereiten.

Die Planung der ambulanten Versorgung auf kantonaler Ebene fokussiert auf die Umsetzung der Zulassungsbeschränkung gemäss Art. 55a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung. Zur Umsetzung der Zulassungsbeschränkung mittels Höchstzahlen wurden die notwendigen Entscheidungsgrundlagen erarbeitet. Aufgrund verschiedener Reformprojekten auf nationaler Ebene (einheitliche Finanzierung ambulanter und stationärer Bereich, neues Tarifierungssystem für ärztliche Leistungen u.a.), die in den nächsten Jahren umgesetzt werden müssen, und um den Fokus auf die weitere Stärkung der Grundversorgung zu legen, wird die Zulassungsbeschränkung vorerst nicht umgesetzt.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.3	0.2	0.0	0.0	0.2	0.2	-0.0	-9.5
Aufwand	-259.3	-259.7	-3.1	0.0	-262.8	-266.6	-3.8	-1.4
- Subventionen gemäss § 11 SPFG	-41.3	-48.7	-3.1	0.0	-51.8	-52.1	-0.3	-0.6
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	-259.1	-259.5	-3.1	0.0	-262.6	-266.4	-3.8	-1.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	18.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Ausgaben	0.0							
- Covid-Finanzierungsmassnahmen								
Saldo	18.1	0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
3.2	A1	- Tieferer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für Leistungen 2022 und früher
-0.3	A1, A2	- Höherer Aufwand für Subventionen gemäss § 11 SPFG
-6.6	A1	- Höherer Aufwand für den kantonalen Anteil an der Fallpauschale für Leistungen 2023
-0.1		- Übrige Abweichungen

6700 Beiträge an Krankenkassenprämien

Im Berichtsjahr wurden die Eckwerte und der Kantonsbeitrag für die Prämienverbilligungen für das Jahr 2024 festgesetzt (RRB Nr. 1133/2023). Mit demselben Beschluss wurden die Eigenanteilssätze für das Jahr 2023 rückwirkend auf den 1. Januar gesenkt: für Verheiratete und in eingetragener Partnerschaft Lebende von 11,8% auf 5,9%, und für Einzelpersonen und Alleinerziehende von 9,4% auf 4,7%.

Darüber hinaus wurden weitere Erfahrungen mit dem neuen System der individuellen Prämienverbilligung gesammelt. Das auf Bedarfsgerechtigkeit ausgerichtete neue System ist zwar sehr gerecht, dadurch aber auch sehr kompliziert. Entsprechend werden Möglichkeiten zur Weiterentwicklung des Systems evaluiert.

Aufgaben

- A1 Der Kanton richtet in der obligatorischen Krankenversicherung individuelle Prämienverbilligungen (IPV) an Personen aus, die in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen leben. Er berücksichtigt familienpolitische Ziele gemäss Art. 65 Abs. 1^{bis} KVG.
- A2 Bei Ergänzungsleistungen beziehenden Personen (EL-Beziehenden) übernimmt der Kanton die effektive Prämie, maximal in der Höhe der regionalen Durchschnittsprämie.
- A3 Bei den Sozialhilfe Beziehenden übernimmt der Kanton die Prämien.
- A4 Der Kanton finanziert 85% der Ausstände aufgrund von Verlustscheinen (Prämien und Kostenbeteiligung).

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Versicherte mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	25	30	31	1	
L2 Haushalte mit Kindern mit Prämienverbilligung, in % (min.; Zielwert)	A1, A2, A3	41	43	44	1	
L3 Kantonsbeitrag, in % des Bundesbeitrags (min.; Zielwert)	A1, A2, A3, A4	76	92	94	2	
L4 IPV beziehende Personen (min.; Zielwert)	A1	316000	412400	416000	3600	0.9
L5 EL-Beziehende mit Prämienverbilligung (min.; Zielwert)	A2	59800	58100	59300	1200	2.1
L6 Sozialhilfe Beziehende mit Prämienübernahme (min.; Zielwert)	A3	64300	58800	61400	2600	4.4
L7 Betroffene Versicherte mit Verlustschein	A4	18900	22300	18200	-4100	-18.4
L8 Massgebendes Einkommen zur Selbstfinanzierung der Prämie (Eigenanteil) bei Haushalten von verheirateten Paaren, in %	A1	9.4	12.2	5.9	-6.3	
L9 Massgebendes Einkommen zur Selbstfinanzierung der Prämien (Eigenanteil) bei Haushalten von Alleinerziehenden und Alleinstehenden, in %	A1	7.5	9.8	4.7	-5.1	
B1 Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro bearbeitete/n Bezugsberechtigte/n bei der IPV, in Fr. (max.)	A1	37	27	36	9	33.3
B2 Vollzugsaufwand der Sozialversicherungsanstalt (SVA) pro betroffene/n Versicherte/n mit Verlustschein, in Fr. (max.)	A4	24	28	26	-2	-7.1
W1 Finanzielle Entlastung der unterstützten Personen und Haushalte bei den Krankenkassenprämien, in Mio. Franken (ohne Verlustscheine und ohne Vollzugsentschädigung an die SVA) (min.)	A1, A2, A3	888	1073	1061	-12	-1.1

Bemerkungen

- L1, L2 Der gegenüber dem Planwert leicht höhere Anteil der Versicherten mit Prämienverbilligung lässt sich mit der Senkung der Eigenanteilssätze im Rahmen der Justierung des neuen Systems begründen. Die Festlegung eines tieferen Eigenanteilssatzes führt unter anderem zu zusätzlichen Personen mit einem IPV-Anspruch.
- L3 Der höhere Kantonsanteil ist auf den leicht höheren Nettoaufwand zurückzuführen. Der Durchschnittswert des Indikators über drei Jahre (2021–2023) liegt bei 84%.
- L6 Höhere Anzahl wegen der unterstützten Geflüchteten aus der Ukraine, die im Planwert nicht enthalten sind.
- L7 Tieferer Wert infolge des allgemeinen Rückgangs der Verlustscheine in den letzten Jahren
- L8, L9 Der Regierungsrat hat im Herbst des Berichtsjahres die Eigenanteilssätze nachträglich gesenkt, um die Ausschöpfung der verfügbaren Mittel sicherzustellen (RRB Nr. 1133/2023).
- B1 Höherer Vollzugsaufwand pro bezugsberechtigte Person wegen des im Berichtsjahr eingeführten Nachversands

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	552.5	576.7	0.0	0.0	576.7	609.8	33.1	5.7
- Bundesbeitrag	509.8	531.1	0.0	0.0	531.1	540.5	9.4	1.8
Aufwand	-941.1	-1 063.6	-10.3	0.0	-1 073.9	-1 116.4	-42.4	-4.0
- Entschädigung SVA	-11.5	-11.9	0.0	0.0	-11.9	-14.6	-2.7	-22.9
- Individuelle Prämienverbilligung	-517.8	-572.8	-10.3	0.0	-583.1	-644.5	-61.4	-10.5
- Prämienübernahme EL	-288.6	-314.5	0.0	0.0	-314.5	-301.2	13.3	4.2
- Prämienübernahme Sozialhilfe	-81.9	-115.1	0.0	0.0	-115.1	-114.9	0.2	0.2
- Kantonsanteil Verlustscheine	-41.3	-49.3	0.0	0.0	-49.3	-41.1	8.2	16.7
Saldo	-388.7	-486.9	-10.3	0.0	-497.2	-506.5	-9.3	-1.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-9.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
33.1	A1, A2, A3, A4	- Mehrertrag aufgrund des höheren Übertrags der Sicherheitsdirektion für Prämienübernahmen im Asylbereich und eines höheren Bundesbeitrags an die Prämienverbilligung
13.3	A2	- Tiefere Prämienverbilligungen an Ergänzungsleistungsbeziehende, weil sich die 2021 in Kraft getretene EL-Reform stärker auswirkt als geplant
8.2	A4	- Minderaufwand für Verlustscheine wegen sinkender Anzahl Verlustscheine (Indikator L7)
0.2	A3	- Tiefere Prämienübernahme für Sozialhilfe-Beziehende infolge der rückläufigen Entwicklung der Sozialhilfefälle und der damit verbundenen Restprämienübernahmen
-2.7	A1, A3, A4	- Höhere Vollzugsentschädigung an die SVA wegen der zusätzlich zu bearbeitenden Anträge infolge des im Berichtsjahr eingeführten Nachversands. Der Nachversand stellt sicher, dass die nach Senkung des Eigenanteils neu berechtigten Personen ein Antragsformular erhalten.
-61.4	A1	- Höherer IPV-Aufwand infolge der nachträglichen Senkung des Eigenanteils im Herbst des Berichtsjahres, die darauf abzielte, die Ausschöpfung der Budgetmittel sicherzustellen und somit die Vorgaben des Einführungsgesetzes zum Krankenversicherungsgesetz zu erfüllen.
-0.0		- Übrige Abweichungen

6900 Tierseuchenfonds

Seit Inkrafttreten des totalrevidierten kantonalen Tierseuchengesetzes und der neuen kantonalen Tierseuchenverordnung werden sämtliche Kosten für die Prävention und die Bekämpfung von Tierseuchen über die Betriebsrechnung des Veterinäramtes (Leistungsgruppe Nr. 6100) abgerechnet. Zuvor wurden diese Kosten teilweise über den Tierseuchenfonds finanziert. Gestützt auf das Tierseuchengesetz wurden 2014 57% des Fondsbestands dem allgemeinen Kantonshaushalt zugeführt. Der Restbestand wird seither verwendet, um die ordentlichen und ausserordentlichen Tierhalterbeiträge zu senken. Allerdings profitieren davon nur jene Halterinnen und Halter, die vor dem 1. Januar 2014 Beiträge in den Tierseu-

chenfonds geleistet haben. Sobald der Restbestand des Fonds aufgebraucht ist, wird der Fonds aufgehoben. Dies ist bei ungefähr gleichbleibender jährlicher Entnahme 2025 der Fall.

Im Berichtsjahr wurden nur ordentliche Tierhalterbeiträge erhoben. Von einer Beitragssenkung konnten rund 30% der als beitragspflichtig registrierten Tierhaltungen profitieren. Für die Auszahlungen wurden rund Fr. 132'000 vom Fonds in die Betriebsrechnung des Veterinäramtes überführt. Der Fondsbestand am Ende des Berichtjahres betrug damit noch rund Fr. 230'000.

Aufgaben

A1 Fonds zur Senkung der Tierhalterbeiträge für die Tierseuchenbekämpfung

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-0.4	-0.2	-0.2	-0.0	-0.0
Finanzierung	0.4	0.2	0.2	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.6
Aufwand	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.0
- Senkung Tierhalterbeiträge (Übertrag an Veterinäramt)	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.0
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

07

Bildungsdirektion

Überblick	166
Legislaturziele	167
Bildung (Politikbereich 2)	167
Finanzierung	168
Übersicht	168
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	168
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	168
Personal- und Lohnstatistik	169
Beschäftigungsumfang	169
Lohnaufwand	169
Anstellungsverhältnisse	169
Parlamentarische Vorstösse	169
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	169
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	170
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	170
Leistungsgruppen	172
7000 Bildungsverwaltung	172
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	175
7100 Lehrmittelverlag	178
7200 Volksschulen	180
7301 Mittelschulen	184
7306 Berufsbildung	188
7401 Universität (Beiträge)	192
7402 Sonstige universitäre Leistungen	195
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	197
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	200
7501 Kinder- und Jugendhilfe	201
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	204
7930 Berufsbildungsfonds	207

Überblick

Dem Lehrkräftemangel entgegenwirken

Der generelle Fachkräftemangel ist auch an der Volksschule spürbar. Weiterhin besteht ein Mangel an Lehrpersonen. Zudem werden mit den stetig steigenden Schülerzahlen jährlich rund 120 zusätzliche Klassen geschaffen. Um den Schulbetrieb zu sichern, wurden die Gemeinden auf der Grundlage von § 7 Abs. 4 des Lehrpersonalgesetzes (LS 412.31) ermächtigt, im Schuljahr 2022/2023 für längstens ein Jahr Personen ohne Zulassung zum Schuldienst anzustellen. In einer gemeinsamen Aktion mit den Verbänden und der Pädagogischen Hochschule Zürich wurde im Frühling des Berichtsjahres erstmals eine Lehrpersonen-Stellenmesse durchgeführt. Im Herbst lancierte der Kanton gemeinsam mit elf weiteren Kantonen eine Imagekampagne für den Lehrberuf.

Stärkung und Unterstützung der Volksschule

Das Volksschulamt hat den Austausch mit den Führungspersonen der Schulen intensiviert. Pro Jahr finden neu zwölf Bezirkstreffen Schulführung statt. Diese bieten Gelegenheit für den Austausch und die Vernetzung zwischen der Verwaltung und den Schulleitungen. An den Bezirkstreffen stand die Integration von Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf im Fokus. Anlass dafür war der vom Regierungsrat beschlossene Aktionsplan zur Umsetzung UNO-Behindertenrechtskonvention (RRB Nr. 980/2022; RRZ 5a). Der Austausch über gute Praxisbeispiele trug zur Sensibilisierung für Behinderungen aller Art und für mehr Barrierefreiheit an Volksschulen bei. Zu den von den Schulleitungen eingebrachten Themen gehörten unter anderem Verhaltensauffälligkeiten, psychische Beeinträchtigungen, Seh-, Hör- und Körperbehinderungen sowie die Begabtenförderung.

Weiterentwicklung der nichtgymnasialen Mittelschulen

Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen, diese drei Ausbildungswege sind im Kanton wichtige Angebote und führen neben dem gymnasialen Weg an die Hochschule. Zur Weiterentwicklung und Stärkung des nichtgymnasialen Ausbildungsweges haben diese Schulen zum Schuljahr 2023/2024 ihr Ausbildungsangebot überarbeitet. Lehrpläne und Stundentafeln wurden angepasst. Dabei flossen neben den neuen nationalen Vorgaben auch Massnahmen ein, die im Zürcher Monitoringbericht von 2021 vorgeschlagen wurden. Mit der Weiterentwicklung der nichtgymnasialen Ausbildung werden die Fach-, Handels- und Informatikmittelschulen dem hohen Qualitätsanspruch und den Bedürfnissen von Studium und Arbeitsmarkt gerecht.

Klare Profile für die Berufsfachschulen

An den 19 kantonalen und den 12 nicht kantonalen Berufsfachschulen im Kanton werden Lernende in über 200 Berufen ausgebildet. Die Verteilung der Berufe auf die Berufsfachschulen wuchs historisch. Mit dem Projekt «Kompetenzzentren» wurden die Berufe ab 2021 neu auf die Schulen verteilt. Dadurch kann der Schulraum besser genutzt werden, und wachsende Berufe können sich optimal entfalten. Im Berichtsjahr wurden die letzten Verschiebungen vorgenommen und damit das Projekt erfolgreich abgeschlossen.

Kaufmännische Ausbildung und Detailhandel: Reform ist auf Kurs

Die kaufmännischen Grundbildungen und die Grundbildungen des Detailhandels sind die beiden grössten Berufsfelder in der Schweiz: Fast 30% aller Lernenden wählen eine Ausbildung in den vier Berufen Kauffrau/-mann EFZ, Büroassistent/in EBA, Detailhandelsfachfrau/-mann EFZ und Detailhandelsassistent/in EBA. Die Grundbildungen dieser Berufe wurden überarbeitet und damit an die Entwicklungen und Herausforderungen der Arbeitswelt angepasst. Ein Kernstück der Reform bildet die Umstellung des schulischen Unterrichts von der Fächer- auf die Handlungskompetenzorientierung. Die Bildungsdirektion hat die kantonale Umsetzung dieser Reform unterstützt und koordiniert. Die revidierten Detailhandelsberufe starteten bereits per Schuljahr 2022/2023, die revidierten kaufmännischen Berufe per Schuljahr 2023/2024.

Neubau für die Berufsfachschule in Winterthur

Ein Neubau wird das Raumangebot der Berufsfachschule optimieren und Platz für die steigende Anzahl Lernender bieten. Der Kantonsrat hat dafür am 4. Dezember einen Objektkredit von 78,6 Mio. Franken bewilligt. Das sechsgeschossige Neubauvorhaben ermöglicht, die dezentralen Schulstandorte in einem Campus an der Tösstalstrasse in Winterthur zu konzentrieren. Zur zeitgemässen Lernumgebung gehören neben 40 Unterrichtsräumen auch offene Lernnischen für individuelles Lernen und Gruppenarbeiten. Im Holz-Beton-Hybridbau sind zudem eine Cafeteria, ein Mehrzweckraum, eine Dreifachsporthalle sowie je ein Fitness- und Gymnastikraum angeordnet. Pro Tag werden bis 1000 Lernende aus den Berufsfeldern Detailhandel, Fachperson Betreuung oder Assistent/in Gesundheit und Soziales den Campus nutzen. Die Dachfläche wird begrünt und mit Photovoltaikmodulen ausgestattet. Die Beheizung wird durch das städtische Fernwärmenetz sichergestellt. Das Vorhaben erfüllt den Minergie-P-Eco-Standard.

Kinder- und Jugendheimgesetz wird weiter umgesetzt

Die Umsetzung des 2022 in Kraft getretenen neuen Kinder- und Jugendheimgesetzes verläuft plangemäss. Im Berichtsjahr lag der Schwerpunkt auf der Qualitätsentwicklung der Sozialpädagogischen Familienhilfen. Dazu hat die Hochschule Luzern im Auftrag des Amtes für Jugend und Berufsberatung das «Zürcher Qualitätskonzept SPF» erarbeitet. Es soll eine Einschätzung der Qualität erlauben, indem es konkrete Standards für die Leistungserbringung definiert. Auf dieser Grundlage wird das Amt die Qualitätskonzepte jener Anbietenden überprüfen, mit denen eine Leistungsvereinbarung besteht.

Im Rahmen der Gesamtplanung wurde das aktuelle Leistungsangebot der Gemeinden, der zuweisenden Stellen und der Leistungserbringenden sowie die Nutzung durch die Leistungsbeziehenden bewertet. Zudem wurde die Einschätzung von Vertretenden der angrenzenden Versorgungssysteme sowie der vorgelagerten Leistungsangebote der Kinder- und Jugendhilfe eingeholt. Das Ergebnis der Gesamtplanung ist ein Versorgungskonzept, das 2025 erstmals für die Jahre 2026–2029 festgelegt werden soll. Basierend auf der Gesamt-

planung werden laufend dringende Handlungsfelder eruiert und angegangen. Beispielsweise wurde ein Ausbau von Notfall- und Krisenplätzen auf diese Weise initiiert.

Positives Echo für «Deutsch»

Der Lehrmittelverlag Zürich trieb die Entwicklung und Publikation seines grössten Lehrmittels weiter voran: «Deutsch» vom Kindergarten bis zur 3. Sekundarschulklasse. Im Berichtsjahr erschienen Lehrmittel für die 2. und die 7. Klasse. Teile für die 3., 4. und 8. Klasse wurden in der Praxis erprobt. Das neue Lehrmittel hat von der Lehrmittelkommission, dem Bildungsrat sowie von Evaluationsstellen in anderen Kantonen begeisterte Rückmeldungen erhalten. Die bereits erschienenen Lehrwerkteile für den Kindergarten, die 1. und die 7. Klasse wurden mit zwei europäischen Auszeichnungen (BELMA Awards in Gold und in Silber) geehrt.

Eine neue Erhebungsapplikation für die Bildungsstatistik

Im Auftrag des Bundes werden jährlich Erhebungen bei den öffentlichen Bildungsinstitutionen durchgeführt. Erfasst werden alle Lernenden und Lehrpersonen. Die Daten dienen der Erstellung bildungspolitischer Planungs- und Entscheidungsgrundlagen für Bund und Kantone. Zur Erfüllung des Auftrags muss die aktuelle Erhebungsapplikation aus dem Jahr 2011 abgelöst werden. Das Vorhaben wurde im Berichtsjahr initialisiert und befindet sich nun in der Konzeptionsphase. Die Einführung der neuen Erhebungsapplikation ist schrittweise ab 2026 geplant.

Vorbereitungen zur Zürcher Lernverlaufserhebung

In der Zürcher Lernverlaufserhebung (RRB Nr. 306/2022) werden von 2024 bis mindestens 2035 rund 2000 Kinder auf ihrem Weg durch die Volksschule begleitet, vom Eintritt in den Kindergarten bis ans Ende der obligatorischen Schulzeit. Das Berichtsjahr stand im Zeichen der Vorbereitung der ersten Erhebungen. Durchgeführt wird die Studie von einem Konsortium, das sich aus Forschenden der Universität Zürich, der Pädagogischen Hochschule Zürich und der Pädagogischen Hochschule Thurgau zusammensetzt. Parallel dazu wurden weitere Forschende von der Bildungsdirektion eingeladen, Vorschläge für Vertiefungsstudien einzureichen. Damit soll das Wissen von zusätzlichen Expertinnen und Experten in die Zürcher Lernverlaufserhebung einfließen. Die Bildungsdirektion will die Ergebnisse aus der Lernverlaufserhebung zur weiteren Verbesserung des Bildungssystems und des Lernens von Kindern und Jugendlichen nutzen.

Mehr als 100 Schulen qualitativ überprüft

Im Schuljahr 2022/2023 wurden 110 Regelschulen und 10 Sonderschulen evaluiert. Den evaluierten Schulen wurde eine hohe Qualität ihrer Arbeit attestiert. In fast allen Bereichen fielen die Bewertungen leicht positiver aus als im Vorjahr. Das grösste Verbesserungspotenzial verorteten die Evaluationsteams bei der Digitalisierung im Unterricht sowie bei der Beurteilungspraxis. Die durchschnittlich höchsten Bewertungen erhielt zum ersten Mal die Unterrichtsgestaltung.

Legislaturziele

Bildung (Politikbereich 2)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen		LG	bis
RRZ 2	Den Schülerinnen und Schülern sowie den Lernenden gute Chancen für eine erfolgreiche Bildung ermöglichen.		
RRZ 2a	Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt unterstützen.	7501	2023
RRZ 2b	Den Kindergarten als Teil der Volksschule stärken und weiterentwickeln.	7200	2023
RRZ 2c	Die Unterrichtsqualität zugunsten verbesserter Lernleistungen der Kinder und Jugendlichen, welche die Grundkompetenzen nicht erreichen, erhöhen sowie eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen entwickeln.	7200	2023
RRZ 2d	Die gymnasiale Bildung und die Berufsbildung vor dem Hintergrund des Zürcher Lehrplans 21 weiterentwickeln sowie gezielt auf die Anforderungen aus Hochschulen und Wirtschaft ausrichten.	7301 7306	2023 2023
RRZ 2e	Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mit gezielten Massnahmen mittel- und langfristig erhöhen.	7301 7306	2023 2023
Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BI 2.1	Die Bildungsbereiche sind aufeinander abgestimmt und die Rollen und Kompetenzen zeitgemäss festgelegt.		
BI 2.1a	Strukturen und Prozesse an den Übergängen verstärkt aufeinander abstimmen und verbessern	7000	2023
BI 2.1b	Kompetenzen der Beteiligten im Volksschulbereich klären und Mittelzuteilung vom Kanton an die Gemeinden überprüfen und vereinfachen	7200	2023
BI 2.1c	Rollen und Prozesse der verschiedenen Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären	7301	2023
BI 2.1d	Rollen und Prozesse der verschiedenen Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären	7306	2023
BI 2.1e	Führungsstrukturen im Fachhochschulbereich prüfen und weiterentwickeln	7406	2023

BI 2.2 Das Bildungswesen ist auf die aktuellen Entwicklungen und den Bedarf der Gesellschaft ausgerichtet.

BI 2.2a	Bildungsinstitutionen mit Blick auf die digitalen Herausforderungen befähigen, den Einsatz digitaler Mittel, Prozesse sowie Lehr- und Lernmedien auf allen Bildungsstufen fördern	7000	2023
BI 2.2b	Die Ausbildung von genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen sicherstellen	7000	2023
BI 2.2c	Angesichts des prognostizierten Wachstums der Anzahl Schülerinnen und Schüler auf allen Stufen genügend Schulraum und eine zeitgemässe Infrastruktur bereitstellen	7000	2023

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1272.1	1221.6	0.0	0.0	1221.6	1316.0	94.4	7.7
Aufwand	-4416.8	-4089.8	0.0	-34.8	-4124.6	-4367.2	-242.6	-5.9
Saldo	-3144.7	-2868.2	0.0	-34.8	-2903.0	-3051.2	-148.2	-5.1

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.3	18.9	0.0	0.0	18.9	1.1	-17.8	-94.3
Ausgaben	-116.2	-160.7	0.0	-6.9	-167.6	-125.0	42.6	25.4
Saldo	-112.8	-141.8	0.0	-6.9	-148.7	-123.9	24.8	16.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
-148.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
10.4	7301, 7306	- Minderaufwendungen bei der IKT-Grundversorgung und dem Programm Digitaler Wandel Sekundarstufe II aufgrund von Projektverschiebungen
-7.0	7306	- Mehrkosten für die Umsetzung des pädagogischen und technischen Wandels an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe II, da die entsprechenden Budgetpositionen gemäss RRB Nr. 873/2022 in der zentralen Leistungsgruppe Nr. 4950, Sammelpositionen, eingestellt wurden.
-9.0	7402, 7407	- Höhere Beiträge gemäss IUV und FHV für mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und Fachhochschulen
-15.8	7200, 7301, 7306	- Mehraufwendungen bei den Volks-, Mittel- und Berufsfachschulen aufgrund des Teuerungsausgleichs gemäss RRB Nr. 1259/2022
-52.7	7501	- Höhere Nachfrage und Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung infolge nicht erfolgter interdirektionaler Mittelverschiebungen und bei der Begleitung und Vermittlung von Dienstleistungen in der Familienpflege
-73.4	7501	- Erhöhung der Rückstellungen zur Abwicklung der Versorgertaxen an die Gemeinden
-0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-125.0			
- Zürich, Universität Irchel, Neubau Y80 (multifunktionaler Laborneubau)	-16.2	-39.4	-33.4	-6.0
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wässerwies)	-13.3	-620.8	-48.4	-572.4
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	-9.5	-41.7	-22.1	-19.6
- Zürich, Universität Irchel, Schadstoffsanierung UZI 1.1	-8.6	-22.5	-18.0	-4.5
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-6.6	-29.0	-10.5	-18.5
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-2.2	-28.7	-17.0	-11.7
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklunik	-1.2	-25.2	-1.8	-23.3
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbaustufe (inkl. zusätzlicher Fläche)	-0.7	-250.8	-237.1	-13.7
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Auslagerung FGCZ, Neubau	-0.1	-24.7	-23.0	-1.7
- übriger Hochbau	-37.8			
- Entwicklungskosten Lehrmittelprojekte	-14.6			
- Mobilien / IT	-8.1			
- Investitionsbeiträge (Hochbau und Ausstattung)	-6.0			

- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform
- Übrige

-0.1
-0.0

Bemerkungen

Für weitere Informationen zur Investitionsrechnung siehe insbesondere die Leistungsgruppe Nr. 7050, Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion.

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	17195.2	17328.5	17637.8	309.3	1.8

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
7000 Bildungsverwaltung	45166	45642	49598	3956	8.7
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion				0	
7100 Lehrmittelverlag	6833	7056	7420	364	5.2
7200 Volksschulen	257082	266755	269599	2844	1.1
7301 Mittelschulen	295261	299504	312309	12805	4.3
7306 Berufsbildung	231978	233188	241598	8410	3.6
7401 Universität (Beiträge)				0	
7402 Sonstige universitäre Leistungen				0	
7406 Fachhochschulen (Beiträge)				0	
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen				0	
7501 Kinder- und Jugendhilfe	55501	57892	58743	851	1.5
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	18158	23035	19610	-3425	-14.9
7930 Berufsbildungsfonds				0	
Total	909979	933072	958877		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
7000 Bildungsverwaltung	489	336	153	195	294
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion	0	0	0	0	0
7100 Lehrmittelverlag	80	51	29	44	36
7200 Volksschulen	19438	15294	4144	4604	14834
7301 Mittelschulen	3409	1894	1515	735	2674
7306 Berufsbildung	2916	1369	1547	613	2303
7401 Universität (Beiträge)	0	0	0	0	0
7402 Sonstige universitäre Leistungen	0	0	0	0	0
7406 Fachhochschulen (Beiträge)	0	0	0	0	0
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	0	0	0	0	0
7501 Kinder- und Jugendhilfe	872	742	130	141	731
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge	232	180	52	43	189
7930 Berufsbildungsfonds	0	0	0	0	0
Total	27436	19866	7570	6375	21061

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
209/2019	Administrative Kosten sind vom Kanton zu tragen (Motion Astrid Furrer, Wädenswil, Jörg Kündig, Gossau, und Beatrix Stüssi, Niederhasli)	Vorlage 209a/2019 vom 08.02.2023	08.03.2021
340/2019	Frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) – faire Startchancen für alle (Postulat Monika Wicki und Judith Stofer, Zürich, sowie Christa Stünzi, Horgen)	Vorlage 340a/2019 vom 01.03.2023	22.03.2021
461/2020	Schutz der Kinder vor Misshandlungen im Kanton Zürich (Postulat Christina Zurfluh Fraefel, Wädenswil, und Janine Vannaz, Aesch)	Vorlage 461a/2020 vom 15.03.2023	19.04.2021
161/2021	Lernende dürfen wegen wirtschaftlichen Einschränkungen nicht durch die Maschen fallen (Postulat Dieter Kläy, Winterthur, Paul von Euw, Bauma, und Hanspeter Göldi, Meilen)	Vorlage 161a/2021 vom 01.03.2023	27.09.2021
180/2021	Berufsbildungsfonds in Krisen nutzen (Postulat Christa Stünzi, Horgen, Daniela Güller, Zürich, und Christoph Ziegler, Elgg)	Vorlage 180a/2021 vom 01.03.2023	27.09.2021

Bildungsdirektion Parlamentarische Vorstösse

92/2021	Mensen (Postulat Benjamin Walder, Wetzikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 92a/2021 vom 23.08.2023	04.07.2022
175/2022	Rückzahlung von zu viel bezahlten Kosten aufgrund eines Verwaltungsgerichtsentscheids gestützt auf das Gesetz über die Jugendheime und Pflegekinderfürsorge (dringliches Postulat Christian Müller, Steinmaur, Martin Hübscher, Wiesendangen, und Farid Zeroual, Adliswil)	Vorlage 175a/2022 vom 24.05.2023	04.07.2022
316/2022	Weiteranstellung von Lehrpersonen ohne Zulassung für das Jahr 2023/2024 (dringliches Postulat Raffaella Fehr, Volketswil, und Paul von Euw, Bauma)	Vorlage 316a/2022 vom 01.03.2023	31.10.2022

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
242/2020	Konzept für Fernunterricht (Postulat Christoph Ziegler, Elgg, Marc Bourgeois, Zürich, Carmen Marty Fässler, Adliswil)	07.03.2022
30/2022	Aktivere Informationen in der Volksschule für Berufswege (Postulat Carmen Marty Fässler, Adliswil, und Mitunterzeichnende)	25.04.2022
82/2022	Prävention im Bereich sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen in Schulen (Postulat Sibylle Marti, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.06.2022
125/2021	Mehr Studienplätze für Humanmedizin in Zürich (Motion Janine Vannaz, Aesch, und Mitunterzeichnende)	04.07.2022
4/2021	Eigentümerstrategie für die ZFH (Motion Raffaella Fehr, Volketswil, Rochus Burtscher, Dietikon, Karin Fehr Thoma, Uster)	04.07.2022
236/2022	Prävention sexueller Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im ausserschulischen Bereich (Motion Yvonne Bürgin, Rüti, und Mitunterzeichnende)	26.09.2022
295/2022	Wiedereinstieg in Lehrberufe fördern (Postulat Christoph Fischbach, Kloten, und Hanspeter Hugentobler, Pfäffikon)	31.10.2022
293/2022	Fiktive Abstimmungs- und Wahlunterlagen für den Unterricht zur politischen Bildung (Postulat Janine Vannaz, Aesch, und Yvonne Bürgin, Rüti)	28.11.2022
410/2022	Benützung von Räumlichkeiten, Anlagen und Einrichtung kantonaler Schulen für Trainingseinheiten von U20 Vereinsgruppen (Postulat Michael Bänninger, Winterthur, und Mitunterzeichnende)	16.01.2023
390/2022	Förderung und Weiterentwicklung des Berufes Fachperson Gesundheit EFZ durch Weiterbildungen und Fachausweise (Postulat Claudia Hollenstein, Stäfa, Nathalie Aeschbacher, Zürich, Ronald Alder, Ottenbach)	16.01.2023
387/2022	Speditive Abwicklung der Stipendiengesuche (Motion Kathrin Wydler, Wallisellen, Yvonne Bürgin, Rüti, und Marzena Kopp, Meilen)	16.01.2023
334/2023	Sonderprivatauszug bei Anstellungen an Kantons- und Berufsschulen (Postulat Sibylle Jüttner, Andelfingen, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
162/2021	Einsetzbarkeit und berufliche Mobilität der Zürcher Primarlehrpersonen verbessern (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, und Mitunterzeichnende)	18.12.2023

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgende Motionen mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben.

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
201/2021	Entkoppelung Lehrstuhl/Klinikdirektion / Umsetzung Bericht USZ KR-Nr. 58/2021 (1) (Motion der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit)	05.07.2021
202/2021	Neuausrichtung Berufungsprozess klinische Professuren / Umsetzung Bericht USZ KR-Nr. 58/2021 (2) (Motion der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit)	05.07.2021

Mit den Motionen KR-Nrn. 201/2021 und 202/2021 wurde die Umsetzung der Empfehlungen gemäss Bericht der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit vom 3. März 2021 über die Untersuchung zu besonderen Vorkommnissen an mehreren Kliniken des Universitätsspitals (USZ) (KR-Nr. 58/2021) verlangt. Der Kantonsrat hat die Frist zur Erledigung der Motionen bis zum 5. Juli 2024 erstreckt. Die Universität Zürich und die Universitätsspitäler (Universitätsspital Zürich [USZ], Universitätsklinik Balgrist, Kinderspital, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich) haben im Rahmen des bereits 2019 gestarteten Projekts «Re-Design Berufungen Medizinische Fakultät (MeF)» Grundlagen zur Umsetzung der Empfehlun-

gen erarbeitet, die sich an den geltenden Eckwerten für die Universitäre Medizin Zürich gemäss Universitätsgesetz und Verordnung über die Lehre und Forschung der Universität im Gesundheitsbereich orientieren. Die Universitätsspitäler werden damit künftig noch stärker in die Professuren- und Ressourcenplanung und in die daran anschliessenden Berufungsprozesse eingebunden. Zentrale Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang der Einsetzung einer gemeinsamen Arbeitsgruppe für jedes einzelne Berufungsverfahren zu, die das Profil und die Struktur des jeweiligen klinischen Lehrstuhls auf der Grundlage des universitären Entwicklungs- und Finanzplans für alle Parteien verbindlich festlegt. Uneinigkeit-

ten im Berufungsverfahren werden künftig in einem Differenzbereinungsverfahren auf Ebene des Universitätsrates und des obersten Organs des jeweiligen Universitätsspitals geklärt. Universität Zürich und Universitätsspital Zürich haben sich darüber hinaus auf eine paritätische Zusammensetzung der Berufungskommissionen mit Stimmrecht des USZ sowie, zwecks Beschleunigung der Verfahren, auf die gemeinsame Führung der Berufungsverhandlungen verständigt. Die weitere Verbesserung der Zusammenarbeit der Universität und des Universitätsspitals in Personalangelegenheiten (unter anderem Datenaustausch, gemeinsames Register für Nebenbeschäftigungen) ist in Erarbeitung. Mit dem neuen § 13a im Gesetzes über das Universitätsspital Zürich gibt es seitens Universitätsspitals eine entsprechende Grundlage für den Datenaustausch. Seitens Universität ist dies in der UZH-Verordnung geregelt. Die Universität und die Universitätsspitäler haben die Umsetzung dieser neuen Regelungen in Einzelvereinbarungen verbindlich festgelegt. Bildungsdirektion und Gesundheitsdirektion haben diesen Prozess unter Einbindung der Aufsichtskommission Bildung und Gesundheit eng begleitet.

Zur herausfordernden Zusammenarbeit der Akademie und Klinik haben sich national wie international verschiedene Zusammenarbeitsmodelle etabliert. Eine im Auftrag der Bildungsdirektion und der Gesundheitsdirektion breit angelegte Studie hat gezeigt, dass keines der Zusammenarbeitsmodelle als überlegenes Modell bezeichnet werden kann. Entscheidend ist in allen Modellen, dass die beteiligten Institutionen die Zusammenarbeit klar und transparent regeln. Zwischen der Universität und den Universitätsspitalern besteht der Konsens, dass das angepasste Modell UMZH die Ansprüche von Lehre, Forschung und Versorgung in ein ausgewogenes Verhältnis bringt und so für die universitäre Medizin am Standort Zürich optimale Rahmenbedingungen schafft. Ein weitergehender Anpassungsbedarf ist nicht gegeben. Die Motionen KR-Nrn. 201/2021 und 202/2021 sind aus diesen Gründen als erledigt abzuschreiben.

7000 Bildungsverwaltung

Aufgaben

- A1 Beitrag zur Steuerung des Bildungswesens des Kantons Zürich und Ausübung der behördlichen Aufsichtspflicht
- A2 Erarbeitung der gesetzlichen Grundlagen sowie weiterer Entscheidungsgrundlagen zuhanden von Regierungsrat und Kantonsrat
- A3 Verfolgen der aktuellen Entwicklungen im Bildungswesen auf nationaler und internationaler Ebene und Festlegung der Entwicklungsschwerpunkte
- A4 Koordination der Zusammenarbeit mit den anderen Kantonen und dem Bund
- A5 Unterstützung der Bildungsinstitute (Universität, Fachhochschulen, Mittel- und Berufsfachschulen, Volksschule, Sonderschulen sowie weiterer beitragsberechtigter Institutionen) in den Bereichen IT, Personal- und Finanzwesen, Bauten sowie Recht und Führen der Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Monitoring und Controlling; Erhebungen Struktur- und Leistungsdaten	A1, A3	6	6	6	0	0.0
L2	Monitoring und Controlling; Wirkungserhebungen	A1, A3	5	3	3	0	0.0
L3	Administrierte Leistungsgruppen (inkl. 9690, 9600, 9710, 9720, 9740)	A1	18	18	18	0	0.0
L4	Strategische Projekte	A1, A3	12	13	12	-1	-7.7
L5	Beschäftigungsumfang administrierte Mitarbeitende (BU)	A5	17198	17298	17638	340	2.0
L6	Erlasse in Bearbeitung	A1, A2, A5	11	16	7	-9	-56.3
L7	Eingegangene Rekurse	A5	266	230	279	49	21.3
L8	Erledigte Rekurse	A5	259	240	276	36	15.0
L9	Eingegangene parlamentarische Vorstösse	A2	62	45	41	-4	-8.9
L10	Erledigte parlamentarische Vorstösse	A2	54	50	45	-5	-10.0
L11	Interkantonale Gremien mit Zürcher Vertretung	A4	38	38	39	1	2.6
B1	Personalkosten Bildungsverwaltung in Bezug zum Nettoaufwand für Bildungsleistungen, in %	A5	1.78	2	2	0	
B2	Nettoaufwand (Saldo LG 7000) pro Leistungsgruppe der Bildungsdirektion, in Mio. Fr.	A1	3.68	3.93	4.02	0.09	2.29
W1	Anteil Privatschüler/innen am Total der Lernenden, in %	A1	6.7	6.6	6.6	0.0	

Bemerkungen

- L2 Im Indikator L2 enthalten sind: PISA 2022, Überprüfung der Erreichung der Grundkompetenzen (ÜGK), Verfassungsauftrag, SEB MS Ehemaligenbefragung.
- L5 Die Zunahme des Beschäftigungsumfangs ist überwiegend auf die wachsende Anzahl Lehrpersonen in den Volksschulen und den Mittelschulen infolge des Wachstums der Anzahl Schülerinnen und Schüler zurückzuführen. Für weitere Details siehe Überblick Bildungsdirektion sowie Leistungsgruppen.
- L8 Die erhöhte Anzahl erledigter Rekurse ist auf Effizienzgewinne bei gleichbleibenden personellen Mitteln zurückzuführen.
- B1 Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
- L6 Aufgrund von parlamentarischen Vorstössen und Rechtsetzungsvorhaben auf Bundesebene mussten verschiedene Rechtsetzungsvorhaben zurückgestellt werden.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.1a Strukturen und Prozesse an den Übergängen verstärkt aufeinander abstimmen und verbessern

Der Entwicklungsschwerpunkt wurde bereits 2022 abgeschlossen. Stand bis
Abgeschlossen 2023

BI 2.2a Bildungsinstitutionen mit Blick auf die digitalen Herausforderungen befähigen, den Einsatz digitaler Mittel, Prozesse sowie Lehr- und Lernmedien auf allen Bildungsstufen fördern

Im Hochschulbereich wurden im Rahmen der Umsetzung der Digitalisierungsinitiative (Vorlage 5523) weitere Projekte gestartet. Im Sommer wurden die ersten beiden Pilotschulen Kantonsschule Im Lee in Winterthur und Berufsfachschule Bülach in die neu bereitgestellte IKT-Grundversorgung sowie die neue Führungs- und Organisationsstruktur im Rahmen des Programms Digitaler Wandel der Sekundarstufe II überführt. Abgeschlossen 2023

BI 2.2b Die Ausbildung von genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen sicherstellen

Um den Lehrberuf in der Gesellschaft bekannter zu machen und das Image des Berufs zu stärken, hat der Kanton im Berichtsjahr zusammen mit anderen Kantonen eine breite Kampagne lanciert. Zusätzlich wurde im Frühling erstmals eine Lehrpersonen-Stellenmesse durchgeführt. Abgeschlossen 2023

BI 2.2c Angesichts des prognostizierten Wachstums der Anzahl Schülerinnen und Schüler auf allen Stufen genügend Schulraum und eine zeitgemässe Infrastruktur bereitstellen

Im Bereich der Schulbauten konnten verschiedene Projekte vorangetrieben oder neu lanciert werden. Neben kurzfristigen Provisorien, insbesondere im Bereich der Mittelschulen, wurden auch wichtige, langfristig geplante Neubauvorhaben im Hochschulbereich sowie im Mittel- und Berufsfachschulbereich weiter entwickelt. Für Einzelheiten vgl. Leistungsgruppen Nrn. 7050 und 8750. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	339.9	366.2	366.4	0.3	0.1

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	21.5	24.4	0.0	0.0	24.4	24.4	0.0	0.1
Aufwand	-87.7	-92.8	0.0	-1.8	-94.6	-96.7	-2.1	-2.2
Saldo	-66.2	-68.4	0.0	-1.8	-70.2	-72.3	-2.1	-3.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-0.4	-1.2	0.0	-0.5	-1.8	-0.7	1.1	62.6
Saldo	-0.4	-1.2	0.0	-0.5	-1.8	-0.7	1.1	62.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-2.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.6	A1	- Höhere Beiträge an Projekte und Organisationen der EDK
-1.6	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -734472	Verwendung 2023 0	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -734472	Veränderung Bestand 0
--	-------------------------	---	--	--------------------------

Bildungsstatistik

Gesamtübersicht der Lernendenzahlen im Kanton Zürich

Stand 5.2.2024, Bista, MS

Die Angaben beziehen sich auf ein Schuljahr (August bis Juli des Folgejahres), Stichtag ist der 15. September.

	Total	Total	Total	Frauen		Ausländer/innen		Öffentliche Schulen	
	2021	2022	2023	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Primarstufe 1-2	34 156	34 044	33 743	16 375	48.5	10 026	29.7	31 750	94.1
Regelkindergarten	33 210	32 999	32 608	16 042	49.2	9 478	29.1	30 728	94.2
Integrierte Sonderschulung	559	600	675	173	25.6	277	41.0	675	100.0
Separierte Sonderschulung	298	328	347	99	28.5	173	49.9	347	100.0
Alternativer Kindergarten ¹	89	117	113	61	54.0	98	86.7	0	0.0
Primarstufe 3-8²	97 657	99 811	101 136	49 389	48.8	28 083	27.8	96 242	95.2
Primarschule	92 155	93 790	94 922	47 219	49.7	24 844	26.2	90 907	95.8
Integrierte Sonderschulung	2 513	2 753	3 094	1 046	33.8	1 273	41.1	3 094	100.0
Besondere Klassen ³	440	650	534	228	42.7	458	85.8	533	99.8
Separierte Sonderschulung	1 627	1 686	1 708	499	29.2	721	42.2	1 708	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	922	932	878	397	45.2	787	89.6	0	0.0
Sekundarstufe I²	44 696	46 958	48 302	23 535	48.7	11 803	24.4	44 213	91.5
Sekundarschule	33 583	35 102	35 941	17 574	48.9	8 535	23.7	33 340	92.8
Integrierte Sonderschulung	785	862	972	323	33.2	368	37.9	972	100.0
Besondere Klassen ³	222	521	369	116	31.4	342	92.7	369	100.0
Separierte Sonderschulung	1 003	1 000	1 000	296	29.6	357	35.7	1 000	100.0
Gymnasien	8 074	8 403	8 784	4 655	53.0	1 324	15.1	8 298	94.5
Übrige Mittelschulen ⁴	193	179	234	95	40.6	23	9.8	234	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	836	891	1 002	476	47.5	854	85.2	0	0.0
Sekundarstufe II	62 450	61 934	63 253	30 469	48.2	13 918	22.0	55 778	88.2
Brückenangebote	2 177	2 008	2 167	1 000	46.1	1 052	48.5	2 004	92.5
Gymnasien	10 458	10 566	10 775	5 895	54.7	1 674	15.5	9 540	88.5
Übrige Mittelschulen ⁵	1 814	1 799	1 779	1 096	61.6	210	11.8	1 563	87.9
Berufslehren ⁶ (einschliesslich BMS I)	43 152	42 972	43 887	19 964	45.5	9 616	21.9	40 312	91.9
Anlehren	224	19	0	0	0.0	0	0.0	0	0.0
BMS II (nach Lehrabschluss)	2 955	2 814	2 811	1 579	56.2	268	9.5	2 089	74.3
Sonderschulen	229	263	270	93	34.4	92	34.1	270	100.0
Alternativer Lehrplan ¹	1 441	1 493	1 564	842	53.8	1 006	64.3	0	0.0
Tertiärstufe	73 555	71 958	72 268	40 186	55.6	13 679	18.9	60 743	84.1
Vorbereitung Berufsprüfung	5 719	5 630	5 553	2 221	40.0	930	16.7	3 041	54.8
Vorbereitung Höhere Fachprüfung	883	968	1 164	483	41.5	119	10.2	457	39.3
Höhere Fachschule HF	9 142	9 059	9 520	4 413	46.4	1 346	14.1	4 321	45.4
Übrige Fachausbildung	4 256	3 477	4 260	2 695	63.3	1 417	33.3	1 153	27.1
Fachhochschulen ⁷	25 455	24 951	23 813	13 794	57.9	3 398	14.3	23 813	100.0
Universität ⁸	28 100	27 873	27 958	16 580	59.3	6 469	23.1	27 958	100.0
Total	312 514	314 705	318 702	159 954	50.2	77 509	24.3	288 726	90.6

¹ Private Bildungseinrichtungen mit Abweichung vom Zürcher Lehrplan (meist ausländische Schulprogramme, die Rudolf Steiner Schulen sind hier nicht mehr enthalten)

² Aufgrund von HarmoS sind die Jahrgänge der 3. Klasse der Primarschule bis zur 2. Klasse der Sekundarstufe I um je rund 500 Schülerinnen und Schüler grösser.

³ einschliesslich Aufnahmeklassen Asyl; für 2022: knapp die Hälfte der Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, deutliche Abnahme 2023

⁴ nur Handelsmittelschule

⁵ Handelsmittelschule, Informatikmittelschule, Fachmittelschule, Passellenlehrgang

⁶ Berufliche Grundbildung, führt zu eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ) und eidgenössischem Berufsattest (EBA)

⁷ Fachhochschulen im Kanton Zürich (bis 2022 Zürcher Fachhochschule, Hochschule für Heilpädagogik; ohne Zürcher Standorte der Kalaidos Fachhochschule Schweiz und der Fernfachhochschule Schweiz). Infolge Aufhebung der Zürcher Fachhochschule ist die private Hochschule für Wirtschaft HWZ ab 2023 nicht mehr in den Zahlen enthalten.

⁸ Universität Zürich einschliesslich MAS

7050 Hochbauinvestitionen

Bildungsdirektion

Im Berichtsjahr hat der Kantonsrat den Objektkredit von 596,7 Mio. Franken für das Neubauvorhaben FORUM UZH am Standort Zentrum bewilligt. Bereits im Herbst des Berichtsjahres wurde das Baugesuch für das FORUM UZH bei der Stadt Zürich eingereicht. Beim Neubauvorhaben für das Zentrum für Zahnmedizin (ZZM) / Comprehensive Cancer Center Zürich (C3Z) am Standort des heutigen Kinderspitals in Hottingen wurde das Vorprojekt erfolgreich abgeschlossen. Am Standort Campus Irchel wurde der Projektwettbewerb für das Neubauvorhaben PORTAL UZH (Lehr-, Labor-, Technik- und Logistikflächen) ebenso erfolgreich

abgeschlossen. Damit wurde ein weiterer zentraler Meilenstein auf dem Weg zur Campus-Gesamtsanierung erreicht. Das Siegerprojekt zeichnet sich durch seine inneren Qualitäten und die gelungene Integration in den bestehenden Irchel-Campus aus. Für das Neubauvorhaben des multifunktionalen Laborgebäudes Y80 am Standort Irchel Strickhof wurde die Inbetriebnahme initialisiert.

Die Betreiberorganisationen für die Liegenschaften der Berufsfach- und Mittelschulen sowie des Amtes für Jugend und Berufsberatung hat im Berichtsjahr zwei Neubauten übernommen.

Aufgaben

- A1 Sicherstellung der Planung sowie Wahrnehmung und Vertretung der Investoreninteressen beim Immobilienportfolio der Universität Zürich (Delegationsmodell UZH)
- A2 Koordination der nutzerspezifischen Bedürfnisse und Bestellung von räumlichen Massnahmen (Mietermodell)
- A3 Betrieb und Unterhalt der Liegenschaften der Mittelschulen, Berufsfachschulen, Kinder- und Jugendhilfezentren sowie Berufsinformationszentren sicherstellen (Mietermodell)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Bewilligte Projekte > 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	0	2	3	1	50.0
L2	Bewilligte Projekte > 1 Mio. und < 20 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	9	15	13	-2	-13.3
L3	Bewilligte Projekte < 1 Mio. Franken im Delegationsmodell UZH	A1	90	40	75	35	87.5
L4	Abgerechnete Projekte (Kreditabrechnungen) im Delegationsmodell UZH	A1	70	60	80	20	33.3
L8	Bearbeitete Bestellungen im Mietermodell beim Immobilienamt	A2	73	50	72	22	44.0
L9	Durch die Betreiberorganisation bewilligte Unterhalts- und räumliche Massnahmen	A3	232	250	332	82	32.8
B1	Durchschnittliche bewilligte Ausgaben pro bewilligtes Projekt (Projekte zwischen 1 Mio. und 20 Mio. Franken) im Delegationsmodell	A1	3.3	4.3	2.5	-1.8	-41.9
W1	Mindestausnutzungsgrad des Investitionsbudgets im Delegationsmodell bzgl. verwendeter Mittel in % der verfügbaren Ausgaben	A1	81.2	90	91.7	1.7	

Bemerkungen

- L1, L2, Insgesamt wurden im Berichtsjahr 91 Projekte bewilligt, womit der Budgetwert um 34 Projekte übertroffen wurde. Die
- L3 zusätzlichen Projekte sind insbesondere auf den Nachholbedarf an baulichen Instandsetzungen zurückzuführen.
- L4 Die hohe Anzahl an Kreditabrechnungen ergibt sich vor allem aus der hohen Anzahl kleiner und mittlerer Projekte aus den Vorjahren.
- L8 Die Anzahl Bestellungen lag im Berichtsjahr ähnlich hoch wie im Vorjahr und somit über der Prognose.
- L9 Das Betriebsteam wurde im Berichtsjahr personell verstärkt. Es konnten verschiedene Massnahmen in Vorbereitung zu einer möglichen Energiemangellage realisiert werden.
- W1 Der Ausnutzungsgrad liegt bei rund 92% aufgrund von Projektverschiebungen in die Folgejahre.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

7050 2a Investitionstätigkeiten in die Infrastruktur der Universität erhöhen

Die Investitionstätigkeiten in die Infrastruktur der Universität befinden sich auf anhaltend hohem Niveau. Damit konnten der aufgestaute Instandsetzungsbedarf weiter abgebaut und wesentliche Schlüsselprojekte forciert werden. Abgeschlossen 2023

7050 2b Die Planung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum vorantreiben

Die grossen Neubauvorhaben FORUM UZH, ZZM/C3Z und PORTAL UZH wurden im Rahmen der langfristigen strategischen Immobilienplanung der UZH und der Planung des Hochschulgebiets Zürich Zentrum vorangetrieben. Für das Neubauvorhaben des multifunktionalen Laborgebäudes Y80 am Standort Irchel Strickhof wurde die Inbetriebnahme initialisiert. Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	114.7	113.0	0.0	0.0	113.0	114.3	1.2	1.1
Aufwand	-114.8	-113.6	0.0	0.0	-113.6	-114.7	-1.1	-1.0
Saldo	-0.1	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.4	0.2	29.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.3	17.9	0.0	0.0	17.9	0.4	-17.5	-98.0
Ausgaben	-102.0	-106.4	0.0	0.0	-106.4	-96.5	10.0	9.4
Saldo	-98.7	-88.5	0.0	0.0	-88.5	-96.1	-7.6	-8.6

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	17.9	0.4	-17.5	
- Bundessubventionen	11.9	0.0	-11.9	- Mindereinnahmen hauptsächlich aufgrund der Verschiebung der Beiträge für die 5. Ausbautetappe und des Neubau Y80 an der Universität Zürich Irchel in das Jahr 2024
- Beitrag Eleonoren-Stiftung an Rückbau altes Kinderspital	6.0	0.0	-6.0	- Mindereinnahmen aufgrund der Verschiebung der Beiträge in das Jahr 2026 gemäss aktualisiertem Terminplan
- Beiträge übrige	0.0	0.4	0.4	- Mieterausbau Westpark
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-106.4	-96.5	10.0	
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau für Wirtschafts- und Rechtswissenschaftliche Fakultät (Forum UZH / Wasserwies)	-13.9	-13.3	0.6	- Minderausgaben hauptsächlich aufgrund der Verschiebung von 1.9 Mio. Franken an Planungskosten für Ausstattung die über den Kredit für mobile Investitionen zu finanzieren sind
- Zürich, Universität Irchel, Neubau PORTAL UZH für Lehr-, Labor- und Technikflächen Irchel Mitte (Y10-Y51)	-2.2	0.0	2.2	- Verschiebung in das Jahr 2024 aufgrund einer Projektpriorisierung (Abhängigkeit FORUM UZH) und wegen Rekursen zur Festsetzung des Gestaltungsplans
- Zürich, Universität Irchel, Neubau für Chemische Institute, 5. Ausbautetappe (inkl. zusätzlicher Fläche)	-2.6	-0.7	1.9	- Minderausgaben aufgrund von Terminverschiebungen
- Zürich, Universität Zentrum, Neubau Zahnmedizin am Standort Hottingen	-2.3	-6.6	-4.3	- Mehrausgaben aufgrund einer zusätzlichen Planungsphase «Design to Use» zur Optimierung der Kosten (Kosten-Nutzen-Verhältnis) sowie des Flächenbedarfs
- Zürich, Universität Irchel, Stabilisierende Massnahmen UZI 2	-2.8	-0.6	2.2	- Minderausgaben aufgrund der Verschiebung des Auswahlverfahrens wegen Präzisierung der Bestellung/Projektauftrag sowie Einbindung eines Rahmenvertrags in das Verfahren

- Zürich, Universität Irchel, Neubau Y80 (multifunktionaler Laborneubau)	-6.3	-16.2	-9.9	- Mehrausgaben aufgrund einer Verzögerung im Bewilligungsverfahren des Objektkredits seitens Kantonsrat Zürich im Jahr 2021. Der Baubeginn erfolgte im November 2021 anstatt wie geplant im Frühjahr 2021.
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzungen div. Bestandesgebäude Irchel-Süd	-0.5	0.0	0.5	- Minderausgaben aufgrund der Verschiebung des Bauvorhabens in das Jahr 2026
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Stabilisierende Massnahmen UZI 1 Priorität 3	-10.0	-9.5	0.5	- Minderkosten aufgrund der Projektentwicklung und Abzug von nicht benötigten Reserven
- Zürich, Universität, ganze Universität, Erneuerung Audio-/Videoanlagen	-3.2	-2.2	1.0	- Minderausgaben aufgrund von Terminverschiebungen
- Zürich, Universität Irchel, Zwischennutzung: Auslagerung FGZ, Neubau	0.0	-0.1	-0.1	
- Zürich, Universität Zentrum, Gesamtinstandsetzung FOR	-0.4	0.0	0.4	- Minderausgaben aufgrund der Verschiebung des Bauvorhabens in das Jahr 2028
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung TPV, TBA, TDI	-4.5	-1.1	3.4	- Minderausgaben aufgrund von Terminverschiebungen (rund sechs Monate) in der Projektentwicklung (Phase Bauprojekt)
- Zürich, Universität Irchel, Instandsetzung Pferdeklinik	-4.8	-1.2	3.6	- Minderausgaben aufgrund von Terminverschiebungen (rund vier Monate) in der Projektentwicklung (Phase Bauprojekt)
- Zürich, Universität Irchel, Schadstoffsanierung UZI 1.1	-7.4	-8.6	-1.2	- Mehrausgaben aufgrund der Projektentwicklung: Leistungen, die ursprünglich für 2022 geplant waren, wurden auf das Berichtsjahr verschoben.
- Zürich, Universität Irchel, Spitalerbach inkl. Zoologieteich	-1.2	-0.3	0.9	- Minderausgaben von aufgrund Terminverschiebungen. Die Leistungsplanung wurde im Berichtsjahr erarbeitet.
- Investitionsbeiträge an Berufsfachschulen	-1.4	-0.4	1.0	- Minderausgaben aufgrund von Projektverschiebungen in das Folgejahr
- Weitere Hochbauprojekte < 20 Mio. Franken	-42.9	-35.7	7.2	- Minderausgaben aufgrund von Projektverschiebungen in das Jahr 2024 und Projektsistierungen
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

7100 Lehrmittelverlag

Der Lehrmittelverlag trieb neben seine Anstrengungen zur Modernisierung des Betriebs und der Lehrmittelnutzung die Entwicklung und Publikation seines grössten Lehrmittels weiter voran: «Deutsch» vom Kindergarten bis zur 3. Sek. Im Berichtsjahr erschienen die 2. und die 7. Klasse, Teile für die 3., 4. und 8. Klasse wurden in der Praxis erprobt, damit die entsprechenden Jahrgänge vor Erscheinen überarbeitet und

finalisiert werden können. Das Lehrmittel ist auf gutem Weg – das bezeugen neben den Prüfungen in der Lehrmittelkommission und dem Bildungsrat auch Evaluationen in anderen Kantonen, bei denen das Lehrmittel hervorragend abschnitt, sowie europäische Auszeichnungen für die bereits erschienenen Lehrwerkteile für den Kindergarten, die 1. und die 7. Klasse (BELMA Awards in Gold und in Silber).

Aufgaben

- A1 Der Lehrmittelverlag entwickelt, produziert und vertreibt politisch neutrale und interkantonal koordinierte Lehrmittel für die Zürcher Volksschule, die einen Beitrag für gleiche Bildungschancen gewährleisten (Kernleistung), sowie für andere Kantone und Bildungsbereiche (Mehrleistung) mit dem Ziel der finanziellen Entlastung des Kantons und der Gemeinden durch günstige Lehrmittelpreise.
- A2 Der Lehrmittelverlag produziert Lehrmittel für Zielgruppen mit geringen Absatzmengen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L4	Lehrmittelumsatz mit der Volksschule des Kantons Zürich (Kernleistung), in Mio. Franken	A1, A2	15.3	19	16.5	-2.5	-13.2
L5	Lehrmittelumsatz mit übrigen Schulen, anderen Kantonen und Dritten (Mehrleistung), in Mio. Franken	A1	18.4	17.5	15.6	-1.9	-10.9
B3	Ertrag pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	539571	579230	498871	-80359	-13.9
B4	Saldo pro Mitarbeiter/in, in Fr.	A1, A2	76310	89449	76022	-13427	-15.0
W8	Umsatzanteil mit Eigenentwicklungen ausserhalb der Volksschule des Kantons Zürich, in %	A1	59	57	56	-1	-1.8

Bemerkungen

- L4, L5 Aufgrund der Systemumstellung bei den Entwicklungsausgaben reduzierte sich der Umsatz. Die Ausgaben für die Erstellung von Lehrmittelkonzepten und Nachdrucke wurden nicht in die Investitionsrechnung übernommen. Diese bis Ende 2022 in den angefangenen Arbeiten aktivierten Ausgaben wurden deshalb erfolgswirksam über den Ertrag ausgebucht. Es handelt sich dabei um einen Einmaleffekt. Bereinigt um diese Ausbuchungen nahm der Umsatz gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zunahme fiel jedoch tiefer aus als geplant. Zudem erfolgte eine Verschiebung zugunsten der übrigen Schulen, anderer Kantone und Dritter.
- B3, B4 Der tiefere Umsatz führt zu einem tieferen Ertrag pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter und trotz reduziertem Aufwand zu einem tieferen Saldo pro Mitarbeiterin und Mitarbeiter.

Entwicklungsschwerpunkte

7100 2a Qualitativ hochstehende Lehrmittel für die Volksschule zur Umsetzung des Lehrplans 21 im Schulunterricht entwickeln

Die Entwicklung von Lehrmitteln zur Umsetzung des Lehrplan 21 verlief planmässig. In Entwicklung sind noch unter anderem Deutsch 1.–3. Zyklus sowie Englisch 2.–3. Zyklus. Im 1. Zyklus Deutsch wurden 2022 der Kindergarten und die 1. Klasse sowie im Berichtsjahr die 2. Klasse eingeführt. Im 3. Zyklus Deutsch wurde die 7. Klasse eingeführt.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

7100 2b Differenzierte und individuelle Lehr- und Lernprozesse mit digitalen Lehrmitteln fördern

Die Weiterentwicklung hybrider Lehrmittelformate zur besseren Verzahnung von Druck und Digital wurde weiter vorangetrieben. Als Beispiel kann das Lehrmittel im Fach Räume, Zeiten, Gesellschaften «Logbuch» erwähnt werden. Im 2. Zyklus wurden im Berichtsjahr Logbuch 4 und 5 eingeführt.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	62.4	63.0	64.4	1.4	2.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	33.7	36.5	0.0	0.0	36.5	32.1	-4.4	-12.0
Aufwand	-28.9	-30.9	0.0	0.0	-30.9	-27.2	3.6	11.8
Saldo	4.8	5.6	0.0	0.0	5.6	4.9	-0.7	-13.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.2	-9.6	0.0	0.0	-9.6	-14.6	-5.0	-52.1
Saldo	-0.2	-9.6	0.0	0.0	-9.6	-14.6	-5.0	-52.1

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
3.4	A1	- Die Entwicklungsausgaben für Lehrmittel werden seit 2023 in der Investitionsrechnung aktiviert und über eine feste Nutzungsdauer abgeschrieben. Bisher wurden diese in den angefangenen Arbeiten bilanziert. Durch diese Systemumstellung reduzierte sich per Saldo der Aufwand.
0.5	A1	- Tieferer Produktions- und Handelswarenaufwand
0.4	A1	- Tiefere Werbekosten (Messen und Ausstellungen, Kurse, Kommunikationsmittel usw.)
0.1	A1	- Tiefere Verwaltungskosten
-0.2	A1	- Höherer Mietaufwand aus dem Mietermodell
-0.5	A1	- Höherer Personalaufwand
-4.4	A1	- Aufgrund der Systemumstellung bei den Entwicklungsausgaben reduzierte sich der Ertrag. Die Ausgaben für die Erstellung von Lehrmittelkonzepten und Nachdrucke wurden nicht in die Investitionsrechnung übernommen. Diese bis Ende 2022 in den angefangenen Arbeiten aktivierten Ausgaben wurden deshalb erfolgswirksam über den Ertrag ausgebucht. Es handelt sich dabei um einen Einmal-effekt. Bereinigt um diese Ausbuchungen nahm der Ertrag gegenüber dem Vorjahr zu. Die Zunahme fiel jedoch tiefer aus als geplant.
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-9.6	-14.6	-5.0	
- Entwicklungskosten Lehrmittelprojekte	-8.9	-14.6	-5.7	- Die Entwicklungsausgaben, hauptsächlich für die Lehrmittelprojekte Deutsch und Englisch, sind höher als geplant ausgefallen.
- Investitionen für Möbel, Geräte und Maschinen	-0.1	0.0	0.1	- Es wurden keine Investitionen getätigt.
- Erneuerung Lizenzplattform	-0.6	0.0	0.6	- Die Ausgaben für die Lizenzplattform wurden über die Erfolgsrechnung gebucht.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7200 Volksschulen

Um einen guten und regelmässigen Austausch mit den Gemeinden zu pflegen, setzt das Volksschulamt verschiedene Kommunikationsformate ein. Eines davon sind die im Berichtsjahr definitiv eingeführten Treffen mit Führungspersonen auf Bezirksebene. Dieses Jahr haben an den zwölf Treffen rund 350 Schulleitungen und Leitungen Bildung teilgenommen. Zudem waren Geschäftsleitungsmitglieder des Verbandes Zürcher Schulleitungen und des Volksschulamtes sowie Mitarbeitende der Pädagogischen Hochschule Zürich als Gäste dabei und traten in den offenen Dialog. Am Treffen des Bezirks Meilen trat die Bildungsdirektorin vor Ort mit den Führungspersonen in den Austausch.

Attraktive Anstellungsbedingungen für Lehrpersonen sind in Zeiten des Fachkräftemangels und zur Qualitätssicherung der

Schulen von Bedeutung. Die Bildungsdirektion führte zu einer Reihe von Anpassungen des Regelwerks eine breite Vernehmlassung durch. Ebenfalls in der Vernehmlassung waren Vorlagen im Zusammenhang mit der Begabten- und Begabungsförderung wie auch dem erweiterte Lernraum.

Im Rahmen der ersten nationalen Austauschwoche vom 13. bis 17. November hat die kantonale Fachstelle Austausch und Mobilität ein vielfältiges und kostenloses Programm für Schüler und Schülerinnen sowie Lehrpersonen zusammengestellt. Die Leitenden der Volksschulämter der Kantone Waadt und Zürich unterzeichneten zum Start der Woche eine Kooperationserklärung im Bereich Austausch und Mobilität in der Volksschule. An der Austauschwoche beteiligten sich 625 Schülerinnen und Schüler.

Aufgaben

- A1 Unterricht von Volksschülerinnen und Volksschülern (Kindergarten, Primarstufe, Sekundarstufe) im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans
- A2 Unterricht von Sonderschülerinnen und Sonderschülern im Sinne des Zweckartikels des Volksschulgesetzes und des Lehrplans

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Unterrichtete Kindergartenschüler/innen	A1	31792	31219	31570	351	1.1
L2	Unterrichtete Primarschüler/innen	A1	92052	93202	93766	564	0.6
L3	Unterrichtete Sekundarschüler/innen	A1	32768	33805	34183	378	1.1
L4	Unterrichtete integrierte Sonderschüler/innen (von L1-L3)	A2	4006	4277	4428	151	3.5
L5	Separierte Sonderschüler/innen	A2	3193	3213	3298	85	2.6
L6	Volksschüler/innen, entspricht L1-L3	A1	156611	158226	159520	1294	0.8
B1	Durchschnittliche Klassengrösse Kindergartenstufe	A1	19.4	19.4	19.1	-0.3	-1.5
B2	Durchschnittliche VZE pro Kindergartenschüler/in	A1	0.05	0.05	0.05	0.00	0.00
B3	Durchschnittliche Klassengrösse Primarstufe	A1	20.7	20.7	20.6	-0.1	-0.5
B4	Durchschnittliche VZE pro Primarschüler/in	A1	0.07	0.06	0.07	0.01	16.67
B5	Durchschnittliche Klassengrösse Sekundarstufe	A1	18.6	18.5	18.7	0.2	1.1
B6	Durchschnittliche VZE pro Sekundarschüler/in	A1	0.07	0.07	0.07	0.00	0.00
B7	Personalaufwand pro Volksschüler/in (exkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr.	A1	11526	11548	12018	470	4.1
B8	Nettoaufwand (Saldo LG 7200) pro Volksschüler/in (inkl. sep. Sonderschüler/in), in Fr. (mit Berücksichtigung der Rückerstattungen der Gemeinden)	A1, A2	2838	3010	3012	2	0.1
W1	Regelverlaufsquote Primarschule, in %	A1	93.1	92.6	92.6	0.0	
W2	Anteil Schüler/innen mit einer Anschlusslösung an die Volksschule, in %	A1	96.2	96.1	96.3	0.2	
W3	Sonderschulungsquote: Anteil der Schüler/innen mit Sonderschulstatus am Total der Volksschüler/innen (L6 inkl. L5), in %	A2	4.5	4.6	4.7	0.1	
W4	Anteil der integrierten Sonderschüler/innen am Total der Schüler/innen mit Sonderschulstatus, in %	A2	55.6	57.1	57.3	0.2	

Bemerkungen

- L3 Die schrittweise Verschiebung des Schuleintrittsalters im Zuge von HarmoS führt vorübergehend zu übergrossen Schuljahrgängen. Nach Kindergarten und Primarschule erreicht dieser Effekt ab 2022 die Sekundarstufe.
- L4, L5 Die Entwicklung der Anzahl der Schülerinnen und Schüler führte auch zu mehr Sonderschülerinnen und -schüler.
- L6 Der Indikator enthält auch Kinder und Jugendliche aus der Ukraine. Deren genaue Anzahl ist aufgrund der Erhebung per Stichtag und des unregelmässigen Zu- und Wegzugs nicht genau ermittelbar. Im Berichtsjahr werden etwas mehr als 2000 Schülerinnen und Schüler mit ukrainischer Staatsbürgerschaft in den öffentlich finanzierten Schulen unterrichtet worden.
- B7 Aufgrund des nur zentral bei der Finanzdirektion budgetierten Teuerungsausgleichs und der Anpassung der Lohnkategorie für Kindergartenlehrpersonen erhöhen sich die Kosten pro Volksschülerin und Volksschüler.

W3 Die Zunahme der Quote ist insbesondere auf mehr integrierte Sonderschülerinnen und -schüler (vgl. L4) in den Regelschulen zurückzuführen. Zuständig für Sonderschulzuweisungen sind die Gemeinden. Gemeinden mit überhöhten Sonderschulungsquoten wird ein Monitoring angeboten und den Schulbehörden stehen verschiedenen Weiterbildungsangebote zur Steuerung von sonderpädagogischen Massnahmen zur Verfügung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2b Den Kindergarten als Teil der Volksschule stärken und weiterentwickeln.

Diese Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen.

Abgeschlossen 2023

RRZ 2c Die Unterrichtsqualität zugunsten verbesserter Lernleistungen der Kinder und Jugendlichen, welche die Grundkompetenzen nicht erreichen, erhöhen sowie eine gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit besonderen Begabungen entwickeln.

Auf der Grundlage des Evaluationsberichts zum Projekt «ALLE» (Aktive Lernzeit und Lernerfolg für alle), der Weiterentwicklung von «QUIMS» (Qualität in multikulturellen Schulen), sowie der Sprachförderung wurde mit der Erarbeitung von Massnahmen gestartet. Herausforderungen ergeben sich durch personelle Wechsel und notwendige Neuverortungen sowie Bündelungen von Folgemassnahmen mit anderen laufenden Projekten.

Abgeschlossen 2023

BI 2.1b Kompetenzen der Beteiligten im Volksschulbereich klären und Mittelzuteilung vom Kanton an die Gemeinden überprüfen und vereinfachen

Dieses langfristig angelegte Projekt ist in Teilprojekte aufgliedert (vgl. Entwicklungsschwerpunkt 7200 2j).

Abgeschlossen 2023

7200 2b Sicherung der Unterrichtsqualität zugunsten verbesserter Lernleistungen der Jugendlichen, denen es nicht gelingt, die Grundkompetenzen bis zum Ende der obligatorischen Volksschulzeit zu erreichen (Weiterentwicklung QUIMS / Projekt Aktive Lernzeit und Lernerfolg für ALLE)

Der Projektstart für die Weiterentwicklung von QUIMS verzögert sich aufgrund personeller Wechsel.

Verzögert 2023

7200 2c Sprachförderung (einschliesslich Unterricht Deutsch als Zweitsprache [DaZ]) in allen Fachbereichen und auf allen Stufen der Volksschule koordinieren und weiterentwickeln

Im Volksschulamt werden die verschiedenen Bereiche der Sprachförderung besser aufeinander abgestimmt. Weitere Entwicklungsschritte erfolgen 2024.

Verzögert 2023

7200 2d Kompetenzorientierung in der Beurteilung verankern (Lernfördersysteme, Weiterbildung Lehrpersonen)

Das Volksschulamt hat die Schulen mit einer neuen und einer neu aufgelegten Publikation mit Blick auf die Beurteilungspraxis unterstützt: «Beurteilung und Zeugnis – Informationen für Schulleitungen und Lehrpersonen» sowie «Mit Leitsätzen zu einer gemeinsamen Beurteilungskultur». Das Angebot der vom Volksschulamt subventionierten Weiterbildungen im Bereich Beurteilung wurde erweitert mit einer Starthilfe für Schulleitungen zum Aufbau einer gemeinsamen Beurteilungspraxis. Den Sekundarschulen steht neu eine Sammlung von Good Practice für das Lernfördersystem Lernpass plus zur Verfügung.

Abgeschlossen 2023

7200 2e Aktuelle Situation bezüglich Begabtenförderung im Kanton Zürich erheben, analysieren und darauf aufbauend weiteres Vorgehen festlegen

Das Massnahmenkonzept wurde erarbeitet und das Projekt läuft. Die Anpassungen für die rechtlichen Grundlagen wurden in die Vernehmlassung gegeben. Ein Lehrgang CAS Begabungs- und Begabtenförderung startete im Berichtsjahr.

Verzögert 2023

7200 2f Angebote zur Stärkung der Bildungschancen für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, insbesondere spät zugezogene Jugendliche

Dieser Schwerpunkt wird im Projekt des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes bearbeitet (vgl. Leistungsgruppe Nr. 7306).

Abgeschlossen 2023

7200 2g Übergang Frühbereich-Kindergarten-Primarschule (Dialogplattform): Aufbau eines Informations- und Austauschgefässes zwischen Beteiligten des Frühbereichs, des Kindergartens und der Primarschule. Damit soll der Übergang für die Schülerinnen und Schüler verbessert, der Informationsfluss zwischen den jeweiligen Mitarbeitenden sichergestellt sowie deren Zusammenarbeit verbessert werden.

Die Webseite zu den Übergängen Frühbereich–Kindergarten–Primarschule wurde überarbeitet, neu strukturiert und benutzerfreundlich gestaltet. Die Produkte zu den Übergängen sind einfacher zu finden. Die sonderpädagogischen Themen zum Übergang in den Kindergarten wurden aktualisiert. Informationen zur Sonderpädagogik zum Übergang vom Frühbereich in die Volksschule sollen auf der Webseite zu den Übergängen integriert und besser kommuniziert werden. Fach- und Kindergartenlehrpersonen sollen beim Übergang von Kindern mit besonderen Bedürfnissen bedarfsgerecht unterstützt werden.

Abgeschlossen 2023

7200 2h Übergang Volksschule-Berufsbildung (VSBB) verbessern: Fit für die Berufsbildung (Teilprojekt)

Unterstützungsangebote wurden publiziert: Weiterbildung Refresher Berufliche Orientierung (BO) für Sekundarlehrpersonen, kommentierter Lehrmittelvergleich BO, Informationsrefresher Gestaltung 3. Sek und BO für Schulleitungen und Lehrpersonen, zentrale Webseite mit allen Informationen zu BO. Zwölf Betriebe und acht Sekundarlehrpersonen erproben im Schuljahr 2023/2024 eine Vereinbarung zwischen Lehrbetrieb und Schüler/in 3. Sek (Publikation Anfang 2025 geplant). Ein Musterkonzept BO für Sekundarschulen ist kurz vor der Fertigstellung. Im Teilprojekt «Netzwerk VSBB» wurde ausgehend vom Konzept für ein kantonales Netzwerk zur Verbesserung von Kommunikation und Kooperation am Übergang von der Volksschule zur Berufsbildung eine Netzwerkgruppe einberufen.

Abgeschlossen 2023

7200 2i VSGYM vom Übergang Sekundarschule-Gymnasium auf den Übergang Primarschule-Gymnasium ausdehnen

Die Strategieguppe VSGYM hat Strategie und Struktur überprüft und angepasst. Die Finanzierung durch das Volksschulamt und das Mittelschul- und Berufsbildungsamt und die neue personelle Besetzung der Leitung VSGYM sind geklärt.

Abgeschlossen 2023

7200 2j Projekt ME flex (Mittelleinsatz flexibler gestalten): Das System der Mittelzuteilung in der Volksschule überprüfen und unter Berücksichtigung der Schulqualität vereinfachen. Den Handlungsspielraum der Gemeinden in der Gestaltung der Schulorganisation vergrössern und den administrativen Verwaltungsaufwand verringern

Ein erstes Konzept wurde unter Beteiligung von Vertretungen aus dem Schulfeld und den Gemeinden erstellt. Das Konzept wird nun amtsintern im Hinblick auf eine mögliche breite Vernehmlassung geprüft.

Abgeschlossen 2023

7200 2k Überprüfung Lehrmittelpolitik: Die Lehrmittelpolitik und ihre Prozesse, einschliesslich der Mitwirkung der Lehrpersonen und die Zusammenarbeit zwischen Verlagen und Verwaltung, werden überprüft. Dazu gehört auch das Obligatorium bzw. das Alternativobligatorium von Lehrmitteln.

Die Überprüfung der Lehrmittelpolitik wird dem Zeitplan der Vonselbstständigkeit des Lehrmittelverlags sowie aufgrund der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 19/2022 betreffend Qualitätswettbewerb statt Monopol bei den Lehrmitteln – für eine geleitete Lehrmittelfreiheit im Kanton Zürich angepasst.

Verzögert 2023

7200 2n Qualifikation Lehrpersonen in Medien und Informatik: Der Unterricht in Medien und Informatik wird an allen Primar- und Sekundarschulen von qualifizierten Lehrpersonen erteilt, die über die entsprechende Unterrichtsberechtigung verfügen.

Der Grundlagenkurs Medien und Informatik, in dem sich Lehrpersonen für den Unterricht im Fach Medien und Informatik qualifizieren konnten, wurde von der Pädagogischen Hochschule Zürich bis Ende des Schuljahres 2022/2023 angeboten. Der Bedarf an qualifizierten Lehrpersonen ist damit gedeckt (rund 3000 Lehrpersonen).

Abgeschlossen 2023

7200 2o Massnahmen prüfen aufgrund der Evaluation des neuen Berufsauftrags

Die Vernehmlassung konnte durchgeführt werden. Gestützt auf den Ergebnissen wird über das weitere Vorgehen entschieden.

Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	12517.8	12502.0	12806.0	304.0	2.4

Bemerkungen R23 zu B23

304.0 Der Beschäftigungsumfang fällt höher aus als budgetiert. Er erhöht sich insbesondere aufgrund der höheren Schülerzahlen 2023 (einschliesslich Niveaueffekt 2022) sowie mehr Stellen für Vikariate und Aufnahmeklassen als geplant.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	199.7	196.8	0.0	0.0	196.8	195.9	-0.9	-0.5
Aufwand	-653.3	-682.7	0.0	0.0	-682.7	-686.3	-3.6	-0.5
- Personalaufwand	-319.7	-330.7	0.0	0.0	-330.7	-335.9	-5.2	-1.6
Saldo	-453.6	-485.9	0.0	0.0	-485.9	-490.4	-4.5	-0.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.7	-6.6	0.0	-1.4	-8.0	-4.4	3.6	45.2
Saldo	-1.7	-6.6	0.0	-1.4	-8.0	-4.4	3.6	45.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.0	A1	- Geringere Kostenanteile an den Bereich Qualität in multikulturellen Schulen (QUIMS)
0.4	A1	- Geringere Kostenanteile an Spital- und Klinikschulen und höhere Erträge durch Rückerstattungen für Kinder und Jugendliche von Mittelschulen und Berufsbildung
0.1	A2	- Geringere Kostenanteile an Sonderschulen insbesondere aufgrund guter Auslastung und Verzögerungen bei geplantem Platzausbau. Jedoch höhere Kostenanteile an Gemeinden für die Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschulen (ISR) aufgrund erstmaliger Abrechnung der Schülerinnen und Schüler der Städte Winterthur und Zürich sowie zusätzlich mehr ISR-Schülerinnen und -Schüler
-1.5	A1	- Höhere Kostenanteile an die Schulung von Kindern von Asylsuchenden (-2.5 Mio.) wegen zusätzlichen Klassen verbunden mit höheren Erträgen durch Rückerstattungen des Bundes (+1.0 Mio.)
-5.2	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
0.7		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-8.0	-4.4	3.6	
- Investitionsbeiträge im Sonderschulbereich	-8.0	-4.4	3.6	- Realisierung von Investitionsvorhaben im Sonderschulbereich wie geplant; Verzögerungen bei grösseren Bauvorhaben und Mobilienanschaffungen, deren Kosten in den Folgejahren anfallen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7301 Mittelschulen

Im Berichtsjahr haben gesamthaft rund 5800 Schülerinnen und Schüler die zentrale Aufnahmeprüfung für das Kurz- und Langgymnasium, die Fachmittelschule, die Handelsmittelschule und die Informatikmittelschule bestanden und ihre Ausbildung in Angriff genommen. Für sie galt in diesem Jahr eine neue Aufnahmeverordnung mit weitgehend denselben Regeln für alle Schultypen. Im Projekt «Gymnasium 2022» wurden mehrere Meilensteine erreicht: Seit diesem Schuljahr werden die neuen Fächer Religionen, Kulturen, Ethik im Untergymnasium sowie Informatik im Unter- und Obergymnasium unterrichtet. Zudem hat der Bildungsrat das neue Schwerpunktfach Philosophie/Pädagogik/Psychologie 14 Schulen zugewiesen und die entsprechenden Stundentafeln und Lehrpläne beschlossen. Diese werden im Schuljahr 2024/2025 zur Anwendung kommen.

Die Fachmittelschulen, die Handelsmittelschulen und die Informatikmittelschulen haben ihre Stundentafeln und Lehrpläne auf der Grundlage der neuen nationalen Vorgaben und des Monitoringberichts überarbeitet und auf das Schuljahr 2023/2024 umgesetzt. Für die Gebäude der Kantonsschulen Zürich Nord, des Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Gymnasiums und des Realgymnasiums Rämibühl sowie der Kantonsschulen Freudenberg und Enge ist in den kommenden Jahren eine Gesamtinstandsetzung erforderlich. Im Berichtsjahr standen die vorbereitenden Arbeiten zur erfolgreichen Überführung des Betriebs der Kantonsschule Zürich Nord auf das Schuljahr 2024/2025 in ein Provisorium in Gebäuden der Universität Zürich am Standort Irchel im Fokus.

Aufgaben

- A1 Ausbildung nach Maturitätsprofilen gemäss Maturitätsanerkennungsreglement
- A2 Ausbildung an der Fachmittelschule bzw. Vorbereitung auf die Fachmaturität
- A3 Ausbildung zum eidgenössischen Fähigkeitszeugnis und zur Berufsmaturität an der Handelsmittelschule (inkl. Informatikmittelschule)
- A4 Durchführung von Vorbereitungskursen für das Aufnahmeverfahren an die Pädagogische Hochschule Zürich
- A5 Durchführung des einjährigen Vorbereitungskurses für Berufsmaturandinnen und Berufsmaturanden sowie der Prüfung für die «Passerelle» zur Hochschule

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Einhaltung des Maturitätsreglements: Lektionenfaktor	A1	1.93	1.93	1.93	0.00	0.00
L2	Schülerinnen und Schüler, die in den Leistungsaufträgen finanziert werden	A1, A2, A3	18466	18810	18976	166	0.9
L3	Schülerinnen und Schüler an Gymnasien und Fachmittelschulen	A1, A2	17804	18110	18333	223	1.2
L4	Schülerinnen und Schüler mit Zeugnissen zweisprachige Maturität	A1	423	490	459	-31	-6.3
L5	Bildungsabschlüsse: gymnasiale Maturitäten an öffentlichen Gymnasien inkl. Kantonaler Maturitätsschule für Erwachsene KME	A1	2702	2800	2960	160	5.7
L6	Bildungsabschlüsse: Fachmittelschulabschlüsse an öffentlichen Fachmittelschulen FMS	A2	208	210	228	18	8.6
L7	Bildungsabschlüsse: Fachmaturitäten an öffentlichen FMS	A2	137	180	164	-16	-8.9
B1	Nettoaufwand pro finanzierte/n Schüler/in, in Fr.	A1, A2, A3	21650	22550	22420	-130	-0.6
W1	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige zwei Jahre nach Schulabschluss, die mindestens «eher zufrieden» angeben, in %	A1	91				
W2	Hohe Ausbildungsqualität für den Studienbeginn oder Berufseinstieg: Befragte Ehemalige, welche die fachliche Vorbereitung auf die aktuelle Tätigkeit mindestens mit «eher gut» einschätzen, in %	A1	74				
W3	Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen, in %	A1	24.2	24.4	23.9	-0.5	
W5	Maturitätsquote: gymnasiale Maturitäten, in %	A1	21.1	20.6	21.5	0.9	
W6	Maturitätsquote: Fachmaturitäten, in %	A2	1.5	1.4	1.4	0.0	
W4	Abschlussquote Sekundarstufe II Allgemeinbildung, in %	A1, A2	23.2	22.9	24.1	1.2	

Bemerkungen

- L1 Lektionenfaktor 1.93 bedeutet, dass der Schule pro Schülerin und Schüler und Schuljahr 1.93 Lektionen pro Woche zur Verfügung stehen. Damit muss der unterrichtsnahe Personalaufwand finanziert werden, einschliesslich beispielsweise Projektwochen oder Maturitätsarbeit.
- L2 Anzahl Schülerinnen und Schüler nach Schultypus für das Berichtsjahr: Gymnasium 17 495, Fachmittelschulen 817, Handels-/Informatikmittelschulen 664
- L3 Der Indikator L3 enthält die gymnasialen Mittelschülerinnen und -schüler, ausgenommen die Schülerinnen und Schüler der Handels- und Informatikmittelschulen, diese erlangen ein eidgenössisches Fähigkeitszeugnis (EFZ) sowie eine Berufsmaturität und werden deshalb der Leistungsgruppe Nr. 7306, Berufsbildung, zugerechnet. Da die Lehrgänge jedoch an Mittelschulen durchgeführt werden, sind sie im Leistungsauftrag der betroffenen Mittelschulen und im Indikator L2 enthalten. Die Kosten für diese Schülerinnen und Schüler belaufen sich auf 15.0 Mio. Franken.
- W1, W2 Der Zufriedenheitsgrad wird mit einer Befragung ermittelt, die im Dreijahresrhythmus durchgeführt wird. Die nächste Publikation erfolgt 2025.
- W3 Dieser Indikator misst den Anteil Schülerinnen und Schüler im 10. Schuljahr der gymnasialen Mittelschulen, gemessen an den Volksschülerinnen und -schülern in der 6. Primarklasse vier Jahre zuvor.
- W4 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II Allgemeinbildung misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr einen Erstabschluss auf der Sekundarstufe II in der Schweiz mit gymnasialer Maturität, Fachmittelschulabschluss oder an einer internationalen Schule absolviert haben. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W5 Die gymnasiale Maturitätsquote misst die Anzahl der in einem bestimmten Jahr erteilten gymnasialen Maturitätszeugnisse in Prozent der 19-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W6 Die Fachmaturitätsquote misst die Anzahl der in einem bestimmten Jahr erteilten Fachmaturitätszeugnisse in Prozent der 20-Jährigen der ständigen Wohnbevölkerung. Dieser Indikator wird vom Bundesamt für Statistik erhoben.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2d Die gymnasiale Bildung und die Berufsbildung vor dem Hintergrund des Zürcher Lehrplans 21 weiterentwickeln sowie gezielt auf die Anforderungen aus Hochschulen und Wirtschaft ausrichten.

Die Abstimmung der gymnasialen Bildung auf den Lehrplan 21 wird mit den Änderungen im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» gewährleistet. Weitere Abstimmungen werden im Rahmen der Umsetzung des gesamtschweizerischen Projekts «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität» (WEGM) angegangen (vgl. 7301 2a). Zudem befasst sich das bereits installierte Nahtstellenprojekt HSGYM mit dem Übergang zwischen Gymnasium und Hochschulen. Abgeschlossen 2023

RRZ 2e Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mit gezielten Massnahmen mittel- und langfristig erhöhen.

Die Bestrebungen zur Erhöhung der Abschlussquote konzentrierten sich vor allem auf den Berufsbildungsbereich (vgl. Leistungsgruppe Nr. 7306, RRZ 2e). Abgeschlossen 2023

BI 2.1c Rollen und Prozesse der verschiedenen Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären

Das Projekt Governance Sek II, das die Rollen und Prozesse der Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären wird, wurde durch die Coronapandemie verzögert (vgl. 7301 2g). Verzögert 2023

7301 2a Im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» das Gymnasium auf den Lehrplan 21 abstimmen, neue obligatorische Fächer einführen und ein Rahmenkonzept mit Fachschaftsrichtlinien erarbeiten

Die schulischen Stundentafeln und Lehrpläne der neuen Fächer Religionen, Kulturen, Ethik sowie Informatik wurden vom Bildungsrat genehmigt und traten im August in Kraft. Im Obergymnasium wird neu das Schwerpunktfach Philosophie/Pädagogik/Psychologie eingeführt. Der Bildungsrat hat die entsprechenden Stundentafeln und Lehrpläne von 14 Schulen genehmigt. Die Einführung erfolgt auf das Schuljahr 2024/2025. Die systematische Lehrplanüberarbeitung sowie die Erarbeitung der Fachschaftsrichtlinien im Rahmen des Projekts «Gymnasium 2022» erfolgen zu einem späteren Zeitpunkt in Abstimmung mit dem gesamtschweizerischen Projekt «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)». Abgeschlossen 2023

7301 2b Vorarbeiten zur Umsetzung des kantonalen Rahmenkonzepts «Basale Kompetenzen»

Die Erarbeitung der schulspezifischen Konzepte wurde aufgrund der geplanten Überarbeitung der Lehrpläne im Rahmen des gesamtschweizerischen Projekts «Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität (WEGM)» sistiert. Die Vorüberlegungen fliessen nun in das kantonale Umsetzungsprojekt ein. Das Teilprojekt betreffend Lernsoftware aus dem Kanton St. Gallen (Lernnavi) wird weitergeführt und evaluiert. Abgeschlossen 2023

7301 2c Umsetzung zum digitalen Wandel gemäss RRB Nr. 259/2019

Im Sommer konnten die ersten beiden Pilotschulen (Kantonsschule Im Lee in Winterthur und Berufsschule Bülach) in die durch das Amt für Informatik bereitgestellte IKT-Grundversorgung sowie in die neue Führungs- und Organisationsstruktur überführt werden. Die daraus gesammelten Erfahrungen fliessen in die Vorbereitung der Migration der weiteren 37 kantonalen Schulen der Sekundarstufe II. Aufgrund der Grösse und der Komplexität des Bildungssystems der Sekundarstufe II mit rund 60 000 Benutzerinnen und Benutzern in den 39 kantonalen Mittel- und Berufsfachschulen wurde das Programm «Digitaler Wandel an kantonalen Schulen der Sekundarstufe II» bis Ende 2026 verlängert.

Verzögert 2023

7301 2d Überarbeitung der Vorgaben zum Qualitätsmanagement auf der Sekundarstufe II (ohne Berufsvorbereitungsjahre [BVJ])

Die Schulen sind daran, das auf Beginn des Schuljahres 2021/2022 in Kraft getretene Rahmenkonzept Qualitätsentwicklung und -sicherung umzusetzen und ihre schulischen Konzepte darauf auszurichten. Diese Anpassung muss bis im Sommer 2024 abgeschlossen sein. Zur Sicherstellung der nötigen Kompetenzen konnte eine entsprechende Weiterbildung bereits zweimal angeboten werden.

Abgeschlossen 2023

7301 2e Weiterbildung für Berufsfachschul- und Gymnasiallehrpersonen zum Thema Lehrplan 21 unter Einbezug des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes (MBA) und des Volksschulamtes umsetzen

Im Rahmen des Projekts VSGYM (Schnittstelle Volksschule–Gymnasium) wurden in der vergangenen Legislaturperiode mehrere Veranstaltungen zum Lehrplan 21 durchgeführt.

Abgeschlossen 2023

7301 2f Aufbauend auf den Bericht der Bildungsplanung (Bildungsmonitoring) zu den Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen Massnahmen prüfen

Die Fachmittelschulen, Handelsmittelschulen und Informatikmittelschulen haben ihre Studentafeln und Lehrpläne auf der Grundlage der neuen nationalen Vorgaben und des Monitoringberichts des Kanton überarbeitet und auf das Schuljahr 2023/2024 umgesetzt. Auf das Schuljahr 2024/2025 wird im Provisorium der Kantonsschule Wiedikon an der Hohlstrasse in Zürich ein dritter Fachmittelschul-Standort eröffnen. Der Bildungsrat hat im Juni festgelegt, dass dort die Profile Pädagogik sowie Kommunikation und Information unterrichtet werden.

Abgeschlossen 2023

7301 2g Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären. Stellenpläne Verwaltung und Betrieb an Mittel- und Berufsfachschulen flexibilisieren. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung, Mittelschulgesetz sowie Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung ändern (Governance-Projekt MBA)

Das Projekt Governance Sek II, das die Rollen und Prozesse der Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären wird, wurde durch die Coronapandemie verzögert. Der Vorentwurf der Ergebnisse des Projekts war bis Juli in der Vernehmlassung (RRB Nr. 268/2023). Gestützt auf den Ergebnissen wird über das weitere Vorgehen entschieden.

Verzögert 2023

7301 2h VSGYM vom Übergang Sekundarschule–Gymnasium auf den Übergang Primarschule–Gymnasium ausdehnen

Es wird neben der Plattform «VSGYM Sekundarstufe» auch eine Abteilung «VSGYM Primarstufe» geführt mit dem Ziel, den Übertritt von der Primarschule an das Langgymnasium zu optimieren.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
2054.1	2091.6	2106.5	14.9	0.7

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von den Schülerzahlen, vom Lektionenfaktor und von Projekten ab. Die Zunahme gegenüber dem geplanten Budget ist mit der höheren Anzahl Schülerinnen und Schüler begründet (Indikator L2).

7306 Berufsbildung

Im Berichtsjahr genehmigte das Mittelschul- und Berufsbildungsamt 12551 Lehrverträge (Vorjahr: 12393), davon 1222 für die zweijährige berufliche Grundbildung mit eidgenössischem Berufsattest (Vorjahr 1297). Insgesamt wurden mehr Lehrverträge (+158) genehmigt als im Vorjahr. 91,94% (0,01% weniger als im Vorjahr) der Lernenden bestanden das abschliessende Qualifikationsverfahren. Das Projekt «Kompetenzzentren» wurde im Berichtsjahr planmässig abgeschlossen.

Die Umsetzung der nationalen Reformen der kaufmännischen Grundbildung und der Grundbildungen des Detailhandels verlaufen planmässig. Die Grundbildungen der kaufmännischen Berufe haben im Berichtsjahr planmässig gestartet, die der Detailhandelsberufe im Jahr zuvor. Das Projekt soll 2026 mit der Durchführung der Qualifikationsverfahren der Kaufleute mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis beendet werden.

Aufgaben

- A1 Schulische Bildung im Vollzug des Berufsbildungsgesetzes an staatlichen und nichtstaatlichen Berufsfachschulen und Lehrwerkstätten: berufliche Grundbildung mit Attest; berufliche Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis; berufliche Grundbildung mit Berufsmaturität; Stützkurse, Freikurse
- A2 Organisation und Durchführung der berufsorientierten Weiterbildung und allgemeinen Weiterbildung in Form von Kursen und Lehrgängen. Organisation und Durchführung von Vorbereitungskursen auf Berufsprüfungen, höhere Fachprüfungen und von Bildungsgängen an höheren Fachschulen
- A3 Organisation und Durchführung der Qualifikationsverfahren der beruflichen Grundbildung
- A4 Festsetzung und Ausrichtung von Beiträgen an Berufsbildungsleistungen bei kommunalen und privaten Trägerschaften (z.B. Brückenangebote, kaufmännische Berufsfachschulen mit privater Trägerschaft, höhere Berufsbildung)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Lernende in beitragsberechtigten Berufsvorbereitungsjahren	A1	1847	1950	1781	-169	-8.7
L2 Lernende in der Grundbildung an öffentlichen und beitragsberechtigten Schulen	A1	43161	43310	43428	118	0.3
L6 Berufsmaturanden an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A1	6684	6850	6513	-337	-4.9
L7 Durchgeführte Abschlüsse im Qualifikationsverfahren	A3	15470	16240	15396	-844	-5.2
L8 Diplomprüfungen Berufsmaturität	A3	2595	2800	2632	-168	-6.0
L9 Berufe an öffentlichen und beitragsberechtigten Berufsfachschulen	A2	192	190	195	5	2.6
L11 Studierende/Teilnehmende höherer Fachschulen an öffentlichen und beitragsberechtigten Bildungsinstitutionen	A2	8564	8535	8727	192	2.2
B1 Nettoaufwand (Saldo) pro Lernende/n in der schulischen Grundbildung, in Fr.	A1	8772	8770	8962	192	2.2
B3 Aufwand Qualifikationsverfahren pro Kandidierende/n Schlussprüfung, in Fr.	A3	1677	1680	1708	28	1.7
B4 Nettoaufwand (Saldo) Kanton für Weiterbildung, in Mio. Franken	A2	68	74	71	-3	-4.1
W1 Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsbildung (ohne Berufsmaturität), in %	A1	49.9	53.8	49.6	-4.2	
W2 Abschlussquote Sekundarstufe II Berufsmaturität, in %	A1	17.9	18.3	18.5	0.2	
W3 Total der gesamten Abschlussquote Sekundarstufe II (inkl. Allgemeinbildung), in %	A1	91	95	92	-3	
W4 Abgeschlossene Lehrverträge	A1	12393	12940	12551	-389	-3.0
W5 Offene Lehrstellen	A1	2324	2024	2277	253	12.5

Bemerkungen

- L1 Die Erwartung, dass ukrainische Jugendliche ein Berufsvorbereitungsjahr in Anspruch nehmen müssen, ist durch die starke Wirtschaftslage und die stabile Lehrstellensituation nicht eingetroffen. Es hat sich gezeigt, dass Ausbildungsbetriebe auch Jugendliche aufnehmen, die erst seit kurzer Zeit in der Schweiz leben. Dies führte dazu, dass insgesamt weniger Jugendliche als angenommen ein Berufsvorbereitungsjahr in Anspruch nehmen mussten und der erwartete leichte Anstieg ausblieb.
- L7 Die 15 396 Abschlussprüfungen umfassen 12 560 von Lernenden im Kanton, 2742 von Lernenden mit Lehrort in einem anderen Kanton und 94 abgeschlossene Validierungsverfahren von Kandidatinnen und Kandidaten ohne Wohnsitz im Kanton.

- L8 Es ist ein Rückgang der Prüfungsquote im Vergleich zu den Eintritten ins erste Jahr zu beobachten.
- B1 Mehrkosten für die Umsetzung des pädagogischen und technischen Wandels an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 873/2022) führen zu einem höheren Nettoaufwand pro Lernende und Lernenden. Die Mehrkosten waren im Budget 2023 zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950, Sammelpositionen, eingestellt.
- B3 Der Aufwand für das Qualifikationsverfahren pro Kandidierende und Kandidierendem in der Schlussprüfung fiel aufgrund der tieferen Anzahl durchgeführter Abschlüsse (Indikator L7) und höherer Kosten für Lehrlingsprüfungen höher aus als geplant.
- B4 Der Indikator zeigt den Nettoaufwand für die Weiterbildung und setzt die KEF-Erklärung Nr. 29/2016 um. Der Aufwand von 71 Mio. Franken setzt sich zusammen aus 67 Mio. Franken für Angebote der höheren Berufsbildung und 4 Mio. Franken für Angebote der berufsorientierten und allgemeinen Weiterbildung.
- W1, W2, W3 Die Abschlussquote der Sekundarstufe II misst den Anteil Jugendlicher, die nach dem Ende der obligatorischen Schule bis zum 25. Altersjahr eine Erstausbildung auf der Sekundarstufe II in der Schweiz absolviert haben. Diese Indikatoren werden vom Bundesamt für Statistik erhoben.
- W4, W5 Die Indikatoren setzen die KEF-Erklärung Nr. 37/2020 um. In den kommenden Jahren wird ein Anstieg der Anzahl Lernender erwartet. Um dieses Wachstum angemessen beobachten zu können, wurden die beiden zusätzlichen Indikatoren «Abgeschlossene Lehrverträge» und «Offene Lehrstellen» eingefügt.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2d Die gymnasiale Bildung und die Berufsbildung vor dem Hintergrund des Zürcher Lehrplans 21 weiterentwickeln und gezielt auf die Anforderungen aus Hochschulen und Wirtschaft ausrichten.

Die Umsetzung der Neuausrichtung der Ausbildungen zu Detailhandel oder KV wurde gestartet. Zur Weiterentwicklung der gymnasialen Bildung wurden Massnahmen zur Sicherstellung des Zugangs an die universitären Hochschulen angegangen (Vernehmlassung Revision Maturitätsanerkennungsreglement [MAR]).

Abgeschlossen 2023

RRZ 2e Die Abschlussquote auf Sekundarstufe II mit gezielten Massnahmen mittel- und langfristig erhöhen.

Die Massnahmen und Gesetzgebungsverfahren zur Stärkung der Integrationsvorlehre, der Vorlehre, der Berufsvorbereitungsjahre sowie des Programms Grundkompetenzen sind aufgegleist und zum Teil bereits abgeschlossen. Damit wurde die Ausgangslage zur Erhöhung der Abschlussquote geschaffen. Die Massnahmen im Projekt Übergang 1 (Sekundarstufe I zu Sekundarstufe II) werden auch in der nächsten Legislatur weitergeführt. Zudem werden zur Steigerung der Abschlussquote sowie der Attraktivität der Berufslehre in Zusammenarbeit mit den Verbundpartnern laufend neue Ideen geprüft und wo möglich in die Prozesse eingepflegt.

Abgeschlossen 2023

BI 2.1d Rollen und Prozesse der verschiedenen Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären

Das Projekt Governance Sek II, das die Rollen und Prozesse der Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären wird, wurde durch die Coronapandemie verzögert (vgl. 7306 2l).

Verzögert 2023

7306 2a Überarbeitung der Vorgaben zum Qualitätsmanagement auf der Sekundarstufe II (ohne Berufsvorbereitungsjahre [BVJ])

Die Überarbeitung der Vorgaben ist abgeschlossen. Die Umsetzung erfolgt bis Ende des Schuljahres 2023/2024.

Abgeschlossen 2023

7306 2b Weiterbildung für Berufsfachschul- und Gymnasiallehrpersonen zum Thema Lehrplan 21 unter Einbezug des Mittelschul- und Berufsbildungsamtes und des Volksschulamtes umsetzen

Die Weiterbildungen wurden schulintern organisiert und durchgeführt.

Abgeschlossen 2023

7306 2c Durch die Neuordnung der Berufszuteilung die Berufsfachschulen zu Kompetenzzentren entwickeln

Auf Beginn des Schuljahres 2023/2024 waren alle Schulen auf dem neuen Sollbestand.

Abgeschlossen 2023

7306 2d Mit dem Projekt «Berufsbildung 2030» die Flexibilität und die Durchlässigkeit der Berufsbildung verbessern

Die Erhöhung von Flexibilität und Durchlässigkeit in der Berufsbildung sind zentrale Elemente der laufenden und geplanten nationalen Berufsrevisionen. Besondere Aufmerksamkeit wird in den nationalen und kantonalen Gremien der Schnittstellen zwischen Vorbereitung, beruflicher Grundbildung mit Berufsattest, beruflicher Grundbildung mit Fähigkeitszeugnis und Weiterbildung bemessen. Das Projekt «Berufsbildung 2030» wird auf Bundesebene weitergeführt.

Abgeschlossen 2023

7306 2e Grundkompetenzen Erwachsene: Befähigung der Betroffenen zum Wiedereinstieg in die persönliche Bildungslaufbahn, Umsetzung von Massnahmen zur Alltagsbefähigung und Arbeitsintegration im Zeitalter der Digitalisierung, Erhöhung der Zielgruppenerreichbarkeit durch niederschwellige Lernmassnahmen

Im Berichtsjahr hat der Kantonsrat der Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Berufsbildung zugestimmt, die dem Kanton ermöglicht, Angebote und Massnahmen im Bereich der Grundkompetenzen zu finanzieren und zu fördern. Damit wurde unter anderem die Grundlage geschaffen, damit das vom Kantonsrat bewilligte und bereits laufende «Programm Grundkompetenzen» erweitert werden kann. Im Rahmen des Programms wurden bereits sechs Lernstuben aufgebaut, die in mehreren Regionen niederschwellige Förderangebote anbieten. Das Programm dauert bis Ende 2024. Ein Nachfolgeprogramm ist im Aufbau. Abgeschlossen 2023

7306 2f Angebote für Jugendliche, welche die Anforderungen der Berufsbildung nicht erfüllen, konzipieren

Das Programm «Volksschule–Berufsbildung» wird gemeinsam mit dem Volksschulamt (Leistungsgruppe Nr. 7200) und dem Amt für Jugend und Berufsberatung (Leistungsgruppe Nr. 7306) durchgeführt. Die Projektinitialisierungsphase ist abgeschlossen. Bezüglich Angebote für Jugendliche mit verstärktem sonderpädagogischem Förderbedarf wird ein Projektauftrag erarbeitet zur Klärung der Zuständigkeit, Finanzierung und Notwendigkeit einer Änderung der Rechtsgrundlage. Mitzudenken ist zwingend der Bezug zur Integrationsagenda (Bund-Kantone). Die Rahmenbedingungen für die Berufsvorbereitungsjahre werden überarbeitet und sollen auf das Schuljahr 2025/2026 in Kraft gesetzt werden. Abgeschlossen 2023

7306 2g Lehrvertragsauflösungen verringern sowie die Erfolgsquote im Qualifikationsverfahren erhöhen

Das Projekt «Lehrbetriebscoaching» zur Unterstützung der Lehrbetriebe wurde im Berichtsjahr planmässig gestartet. Die gezielte Unterstützung von Betrieben, neben den Coaching-Angeboten für Lernende, wird auch im Zusammenspiel mit den Berufsinspektorinnen und Berufsinspektoren immer besser verankert. Gemeinsam mit den Berufsverbänden wird in der kommenden Legislatur weiterhin intensiv daran gearbeitet, das bildungspolitische Ziel von 95% Sek-II-Abschlüssen bis zum 25. Altersjahr zu erreichen. Abgeschlossen 2023

7306 2h Berufsmaturität fördern und konsolidieren

Die beiden Projekte zur Förderung der Berufsmaturität, Strategie zur Zuteilung der Angebote an die Schulen und prüfungsfreier Zugang zur BM 2 (Berufsmaturität nach Abschluss der Lehre) sind abgeschlossen. Abgeschlossen 2023

7306 2i Berufsabschluss für Erwachsene fördern, auch von Zugewanderten

Die Analyse des Handlungsbedarfs ist abgeschlossen. Die im Rahmen der «Berufsbildung 2023» auf nationaler Ebene erstellten Studie «Direkte und indirekte Kosten der beruflichen Grundbildung für Erwachsene: Schweizweite Bestandesaufnahme zu Finanzierungsmöglichkeiten und -lücken zum Berufsabschluss für Erwachsene» zeigt für den Kanton einen grossen Handlungsbedarf bei der Finanzierung. Dieses Thema wird in der nächsten Legislatur unter Einbezug der Integrationsagenda (Bund-Kantone) aufgenommen. Abgeschlossen 2023

7306 2j Übergang Volksschule–Berufsbildung (VSBB) verbessern: Risikogruppen an der Nahtstelle zwischen Sek I und Sek II (Berufsbildung) (Teilprojekt)

Die Konzeptionsphase ist abgeschlossen. Die entsprechenden Projekte befinden sich in der Umsetzung. Abgeschlossen 2023

7306 2k Berufsmaturität–Fachhochschule (BMFH) als Austauschplattform zur Verbesserung des Übergangs weiterentwickeln

Die Austauschplattform ist aufgebaut und eingeführt. Abgeschlossen 2023

7306 2l Rollen der verschiedenen Beteiligten auf Sekundarstufe II klären. Stellenpläne Verwaltung und Betrieb an Mittel- und Berufsfachschulen flexibilisieren. Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung, Mittelschulgesetz sowie Mittelschul- und Berufsschullehrerverordnung ändern (Governance-Projekt MBA)

Das Projekt Governance Sek II, das die Rollen und Prozesse der Beteiligten auf der Sekundarstufe II klären wird, wurde durch die Coronapandemie verzögert. Der Vorentwurf der Ergebnisse des Projekts war bis Juli des Berichtsjahres in der Vernehmlassung (RRB Nr. 268/2023). Gestützt auf die Ergebnisse wird über das weitere Vorgehen entschieden. Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	1564.7	1589.5	1603.4	13.9	0.9

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Der Beschäftigungsumfang umfasst sowohl die Verwaltungsstellen an den Schulen als auch die Lehrpersonenstellen. Die Verwaltungsstellen beruhen auf einem Stellenplan. Die Lehrpersonenstellen hängen von der Anzahl Klassen ab. Die Zunahme gegenüber dem geplanten Budget ist aufgrund der höheren Anzahl Lernender als prognostiziert (Indikator L2) sowie mit vermehrten Digitalisierungsbemühungen zu begründen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	286.0	308.8	0.0	0.0	308.8	301.6	-7.2	-2.3
Aufwand	-658.6	-682.3	0.0	-2.3	-684.7	-684.8	-0.1	-0.0
- Eigene Beiträge	-195.1	-202.7	0.0	0.0	-202.7	-193.4	9.4	4.6
Saldo	-372.6	-373.6	0.0	-2.3	-375.9	-383.2	-7.3	-1.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-2.6	-12.5	0.0	-1.4	-13.9	-4.6	9.4	67.2
Saldo	-2.5	-12.5	0.0	-1.4	-13.9	-4.5	9.4	67.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-7.3		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
5.2	A1	- Minderaufwendungen bei der IKT-Grundversorgung und dem Programm Digitaler Wandel Sekundarstufe II aufgrund von Projektverschiebungen
-4.6	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-7.0	A1	- Mehrkosten für die Umsetzung des pädagogischen und technischen Wandels an den kantonalen Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 873/2022) wurden zentral in der Leistungsgruppe Nr. 4950, Sammelpositionen, eingestellt.
-0.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	
Ausgaben total	-13.9	-4.6	9.4	
- Die Investitionen 2023 umfassen insbesondere Einrichtungen für das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen in Winterthur sowie einen Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule in Zürich, der auch 2024 zu Investitionen führt. 2024 betrifft zudem die Instandsetzung an der Gewerblichen Berufsschule in Wetzikon. Die Investitionen 2025 sind mehrheitlich für einen Neubau der Berufsfachschule Winterthur und die Gesamtinstandsetzung am Bildungszentrum Limmattal in Dietikon vorgesehen.	-12.5	-4.3	8.2	- Minderausgaben insbesondere wegen Verzögerungen bei Ausstattungen für das Zentrum für Ausbildung im Gesundheitswesen in Winterthur sowie für den Ersatzneubau der Baugewerblichen Berufsschule in Zürich
- Kreditübertrag	-1.4	-0.3	1.1	- Verzögerung Ersatzanschaffung Technische Berufsfachschule Zürich
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-11 000 000	0	0	-11 000 000	0

7401 Universität (Beiträge)

Die Universität Zürich und die universitären Spitäler haben unter Einbindung der Gesundheitsdirektion und der Bildungsdirektion ihre Zusammenarbeit in den Verfahren zur Besetzung von klinischen Professuren weiter verbessert. Die Universitätsspitäler werden künftig noch stärker in die Professuren- und Ressourcenplanung und in die daran anschliessenden Berufungsprozesse eingebunden. Das Profil und die

Struktur des jeweiligen klinischen Lehrstuhls werden auf der Grundlage des universitären Entwicklungs- und Finanzplans für alle Parteien verbindlich festgelegt. Die Universität und das Universitätsspital Zürich haben sich darüber hinaus auf eine paritätische Zusammensetzung der Berufungskommissionen mit Stimmrecht des Universitätsspitals sowie die gemeinsame Führung der Berufungsverhandlungen verständigt.

Aufgaben

- A1 Die Universität Zürich (UZH) vermittelt wissenschaftsbasierte Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau und fördert die nationale und internationale Zusammenarbeit.
- A2 Die UZH leistet wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen.
- A3 Die UZH fördert den wissenschaftlichen Nachwuchs.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L4 Studierende gesamt (L5-L8)	A1	27895	28400	27958	-442	-1.6
L5 Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14353	14720	14382	-338	-2.3
L6 Studierende in Masterstudiengängen	A1	7430	7400	7557	157	2.1
L7 Studierende Lehramt	A1	494	480	576	96	20.0
L8 Studierende im Doktoratsstudium	A1, A2, A3	5618	5800	5443	-357	-6.2
L3 Habilitationen	A2, A3	59	80	136	56	70.0
B1 Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2, A3	24252	24765	26071	1306	5.3
B2 Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2, A3	42.9	45	44.7	-0.3	
B3 Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten der Universität, in %	A1, A2, A3	10.8	11	11.1	0.1	
W4 Abschlüsse gesamt (W5-W10)	A1, A2, A3	5740	5905	6250	345	5.8
W5 Bachelorabschlüsse	A1	2589	2650	2776	126	4.8
W6 Masterabschlüsse	A1	2177	2300	2429	129	5.6
W7 Abschlüsse Lehramt	A1	226	205	174	-31	-15.1
W10 Verleihe Doktorate	A1, A2, A3	748	800	871	71	8.9
W3 Beschäftigung im ersten Jahr nach Abschluss, in %	A1, A3	98				

Bemerkungen

- L4 Studierende im Herbstsemester des Berichtsjahres. Anstiege verzeichnen insbesondere die Masterstudiengänge und das Lehramt, während die Zahl der Bachelorstudierenden und der Doktorate leicht zurückgeht.
- L5 Nach ausserordentlich hohem Wachstum während der Coronapandemie geht die Zahl der Bachelorstudierenden wieder leicht zurück.
- L8 Der Rückgang bei den Doktorierenden ist hauptsächlich auf Prozessoptimierungen der Universität zurückzuführen (insbesondere schnellere Exmatrikulation, vgl. Leistungsgruppe Nr. 9600)
- B1 Erhöhung vor allem aufgrund des teilweisen Ausgleichs des Mehraufwands der Universität für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 (im Budgetwert nicht enthalten).
- B2 Bezieht sich auf den aus der Leistungsgruppe Nr. 7401 ausgerichteten Kostenbeitrag (ohne Beiträge der Gesundheitsdirektion).
- W4 Die Abschlusszahlen erreichen neue Höchststände als Folge des ausserordentlichen Wachstums der Anzahl Studierender während der Coronapandemie.
- W3 Die zugrunde liegende Studie des Bundesamtes für Statistik wird alle zwei Jahre publiziert.
- Allg. Für Bemerkungen zu den weiteren Indikatoren vgl. Leistungsgruppe Nr. 9600

Entwicklungsschwerpunkte

7401 2a Die Nachwuchsförderung weiterentwickeln (Graduiertenprogramme und Doktoratsstufe)

Stand bis

Die Universität fördert den akademischen Nachwuchs durch zentrale Eigenmittel wie die UZH Candoc/Postdoc Grants (135 zugesprochen im Berichtsjahr), interuniversitäre Mobilitäts- und Doktoratsprogramme sowie Fördermittel spezifisch auf Postdocs ausgerichtet. Dies schlägt sich im Berichtsjahr mitunter in zahlreichen Auszeichnungen und Erfolgen nieder. Zudem implementierte die Universität neue Anstellungsbedingungen für Qualifikationsstellen auf Stufe Doktorat, um Promovierenden mehr Zeit für die eigene Forschung zu sichern.

Abgeschlossen 2023

7401 2b Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten der DIZH weiter ausgebaut; sämtliche DIZH-Bereiche befinden sich in der erfolgreichen Umsetzungsphase. Im Rahmen des DIZH-Innovationsprogramms wurden vier neue Ausschreibungen angeboten. Damit konnte die Förderung von innovativen Gründungsideen im Bereich der Digitalisierung an den Hochschulen ermöglicht und die Sichtbarkeit und Vernetzung der DIZH-Massnahmen unterstützt werden. Diese neuen Formate sprechen neben Forschenden auch Studierende der DIZH-Hochschulen in allen Disziplinen an. Auch wurden verschiedene Vernetzungsveranstaltungen durchgeführt. Die aktive Teilnahme an der «Scientifica» mit eigenen Exponaten und Workshops ermöglichte den Dialog mit einer breiten Öffentlichkeit.

Planmässig 2029

7401 2c Die Universitäre Medizin Zürich (UMZH) im Verbund der zuständigen Direktionen und weiterer Beteiligter stärken

Das Koordinationsgremium UMZH hat im Berichtsjahr die ersten Projekte der Mehrjahresplanung 2023–2026 aufgegleist. Der Schwerpunkt liegt dabei auf der Präzisionsmedizin mit Fokus Onkologie. Zur weiteren Stärkung der Präzisionsmedizin wurde im Rahmen einer ersten kompetitiven Ausschreibung das Projekt «Zürich Oncology Platform for Children» unter Leitung des Universitäts-Kinderspitals Zürich gefördert.

Abgeschlossen 2023

Weiter konnte die Biomedizininformatik-Plattform erfolgreich gestartet werden. Nicht nur Daten werden den Forschenden über ein einheitliches Portal zur Verfügung gestellt, sondern im Rahmen der UMZH-Biobank sollen auch Proben damit verbunden werden.

Als nationale und von der UMZH unterstützte Infrastruktur eröffnete der «Operating Room X» (OR-X) an der Universitätsklinik Balgrist seine Tore und steht als translationales Zentrum für Chirurgie für innovative und zukunftsgerichtete Forschung und Ausbildung zur Verfügung.

7401 2d Durchführung eines gesamtschweizerischen Studiengangs zur Qualifikation von zusätzlichen Informatik-Lehrpersonen, an dem sich die UZH mit fachwissenschaftlichen und fachdidaktischen Modulen beteiligt

Im Berichtsjahr haben insgesamt 44 Personen den Studiengang Informatik für Gymnasiallehrkräfte (GymInf) erfolgreich abgeschlossen. Damit erhöht sich die Zahl der Abschlüsse seit dem Start der schweizweit koordinierten Ausbildung auf 69 Personen.

Abgeschlossen 2023

7401 2e Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden

Im Studiengang Lehrdiplom für Maturitätsschulen der Universität stiegen die Studierendenzahlen erfreulicherweise erstmals seit sechs Jahren wieder an. Besonders hervorzuheben ist der Zuwachs vor allem in Geschichte mit einem Anstieg von über 50% gegenüber dem Vorjahr.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-678.3	-708.5	0.0	-18.6	-727.1	-731.1	-4.0	-0.5
- Kostenbeitrag an Universität	-677.4	-703.3	0.0	-8.3	-711.6	-730.4	-18.8	-2.6
Saldo	-678.3	-708.5	0.0	-18.6	-727.1	-731.1	-4.0	-0.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bildungsdirektion

Leistungsgruppe 7401

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
10.6		- Das Innovationsprogramm der DIZH (Vorlage 5523) ist in dieser Leistungsgruppe budgetiert. Die Zusprachen daraus werden den betroffenen Hochschulen gutgeschrieben. Ende des Berichtsjahres sind 42% der Mittel verpflichtet. 65 Innovationsprojekte sind gestartet, der entsprechende Aufwand wird hauptsächlich in den kommenden Jahren anfallen. Für die in der Aufbauphase nicht ausgeschöpften Budgetmittel wird eine Kreditübertragung beantragt.
1.7	A1, A2, A3	- Geringerer Aufwand für Dienstleistungen Dritter
-16.3	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag an die UZH: Vor allem teilweiser Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022, die nicht im Budgetkredit enthalten ist. Vom gesamten Mehraufwand von 28.6 Mio. Franken konnte die UZH 12.3 Mio. Franken anderweitig kompensieren (vgl. Leistungsgruppe Nr. 9600).
0.0		- Übrige Abweichungen

7402 Sonstige universitäre Leistungen

Aufgaben

- A1 Finanzierung der Ausbildung im Rahmen der Interkantonalen Universitätsvereinbarung (IUV)
A2 Vertraglich festgesetzte jährliche Kostenbeiträge des Kantons an die Zentralbibliothek (ZB) und das Sozialarchiv. Das Globalbudget der Zentralbibliothek ist in der Leistungsgruppe Nr. 9690 abgebildet.
A3 Kantonsanteil an die Investitionsfinanzierung der Zentralbibliothek

Bemerkungen

- A1 Die IUV umfasst einerseits das eingehende Entgelt für ausserkantonale Studierende an der Universität Zürich (UZH), andererseits den Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten. Die Abrechnung erfolgt durch die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK). Das eingehende Entgelt wird der UZH vollumfänglich weiterverrechnet, es ist deshalb vorliegend sowohl im Ertrag als auch im Aufwand enthalten. In der Leistungsgruppe Nr. 9600, Universität Zürich, ist das eingehende Entgelt in der Position «Beiträge anderer Kantone» ausgewiesen. Der Beitrag des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten ist in dieser Leistungsgruppe unter «Eigene Beiträge an Kantone (IUV)» ausgewiesen. Er wird der UZH nicht weiterbelastet.

A2, A3 Die Finanzierung durch Kanton und Stadt Zürich erfolgt im Verhältnis 80% zu 20%.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten mit IUV-Beitrag Kanton Zürich	A1	2725	2660	2718	58	2.2
L2	Ausleihen an der Zentralbibliothek	A2	246067	315000	266467	-48533	-15.4
B1	Interkantonaler Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung IUV	A1	13623	13500	13773	273	2.0
B2	Ausleihen an der ZB pro Vollzeitstelle	A2					
B3	Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate an der ZB pro Vollzeitstelle	A2	76079	66538	30771	-35767	-53.8
W2	ZB-Webseitenzugriffe	A2					
W3	Nutzung E-Medien und Eigendigitalisate ZB (Nutzungen in Mio.)	A2	13.46	12.03	5.56	-6.47	-53.78

Bemerkungen

- L1, B1 Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studentin und Studenten
L2 Gezählt werden die Printmedien. Im Vergleich zum Vorjahr (Tarifsteigerung Kurierdienste) nehmen die Ausleihen wieder zu, allerdings langsamer als erwartet.
B2, W2 Mit dem KEF 2022–2025 wurden diese Indikatoren aufgehoben.
B3, W3 Statistikbruch infolge erneuten Wechsels der Zählweise bzw. des Erhebungstools durch den Host der nationalen Kooperationsplattformen (ETH-Bibliothek). Eine Überleitung (z.B. mittels Restatement des Vorjahreswerts) ist nicht möglich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	161.7	161.8	0.0	0.0	161.8	152.3	-9.5	-5.9
Aufwand	-233.5	-231.9	0.0	0.0	-231.9	-225.4	6.5	2.8
- Eigene Beiträge an Kantone (IUV)	-36.8	-34.3	0.0	0.0	-34.3	-37.4	-3.1	-9.0
- Kostenbeiträge an Universitätsbibliotheken	-32.0	-32.9	0.0	0.0	-32.9	-32.8	0.0	0.0
Saldo	-71.8	-70.1	0.0	0.0	-70.1	-73.1	-3.0	-4.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.1	-3.8	0.0	0.0	-3.8	-1.2	2.5	67.3
Saldo	-1.1	-3.8	0.0	0.0	-3.8	-1.2	2.5	67.3

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-3.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-3.1	A1	- Mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten und höherer durchschnittlicher IUV-Beitrag pro Studentin und Studenten (vgl. Indikatoren L1 und B1)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7402

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-3.8	-1.2	2.5	
- Kantonsanteil an den Investitionsbeiträgen an die ZB (LG 9690). Der Kanton und die Stadt Zürich finanzieren die Investitionen der ZB im Verhältnis 80% zu 20%.	-3.8	-1.2	2.6	- Hauptsächlich Verzögerung im Bauprojekt «Sanierung Altbau», wofür ein Kreditübertrag beantragt wird.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7406 Fachhochschulen (Beiträge)

Der Kantonsrat beschloss am 13. November die zweite Vorlage der Revision des Fachhochschulgesetzes (Vorlage 5757 betreffend Organisationsstruktur). Die bisherige Dachorganisation Zürcher Fachhochschule der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, der Zürcher Hochschule der Künste und der Pädagogischen Hochschule Zürich wurde damit formell aufgehoben. Die Revision des Fachhochschulgesetzes im Hinblick auf die Erledigung der vom Kantonsrat überwiesenen Motion KR-Nr. 4/2021 betreffend Eigentümerstrategie für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich ist in Erarbeitung.

Der Zürcher Fachhochschulrat als oberstes Organ legte im strategischen Bereich einen Fokus auf seine Führungs- und Finanzinstrumente und legte die strategischen Themen fest, nach denen sich die Hochschulstrategien auszurichten haben. Mit den neuen Eigentümerstrategien soll seine strategische Führungs- und Aufsichtsrolle gestärkt werden. Der Fachhochschulrat befasste sich weiter mit Umsetzungsarbeiten im Hinblick auf das Inkrafttreten der ersten Vorlage der Revision des Fachhochschulgesetzes (Vorlage 5589; Personal der Zürcher Fachhochschule) auf Beginn des Herbstsemesters 2024/2025, per 1. August 2024 (RRB Nr. 911/2022).

Aufgaben

- A1 Die Fachhochschulen Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK) und Pädagogische Hochschule Zürich (PHZH) bereiten durch eine praxisorientierte Lehre auf berufliche Tätigkeiten vor, welche die Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden und, je nach Fachbereich, gestalterische und künstlerische Fähigkeiten erfordern.
- A2 Die Fachhochschulen betreiben anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und sichern damit die Verbindung zur Wissenschaft und Praxis. Im Weiteren engagieren sie sich in der Weiterbildung und bieten gemäss gesetzlichem Leistungsauftrag auch Dienstleistungen an.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende an ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	20376	20780	19568	-1212	-5.8
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	15957	16080	15175	-905	-5.6
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	4419	4700	4393	-307	-6.5
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	20486	20690	22638	1948	9.4
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der FH, in %	A1, A2	46.4	46.8	47.6	0.8	
B3	Anteil Administrationskosten an den Betriebskosten des FH-Bereichs der staatlichen Hochschulen, in %	A1, A2	11.3	11	12.0	1.0	
W1	Diplomabschlüsse ZHAW, ZHdK und PHZH gesamt	A1	5377	5340	5292	-48	-0.9
W2	Abschlüsse auf Bachelorstufe	A1	4000	3870	3811	-59	-1.5
W3	Abschlüsse auf Masterstufe	A1	1377	1470	1481	11	0.7
W4	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2480	2620	2485	-135	-5.2

Bemerkungen

- L1, W1 Infolge Auflösung der Dachorganisation Zürcher Fachhochschule (ZFH) ist die private Hochschule für Wirtschaft (HWZ) im Berichtsjahr nicht mehr in den Zahlen enthalten (R22: 835 Studierende und 228 Abschlüsse).
- L1, L2, L3 Ausgewiesen sind die aggregierten Studierendenzahlen der Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 (gewichtete Jahresmittelwerte). Die Studierendenzahlen liegen unter dem Budget. Für die Budgetierung wurden die Wachstumsraten der Vorjahre berücksichtigt, die sich aufgrund der Coronapandemie als ausserordentlich hoch erwiesen haben.
- B1 Der Anteil des Kostenbeitrags am Gesamtumsatz liegt über dem Budget und dem Vorjahr, hauptsächlich infolge des Mehraufwands für den Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1259/2022 (im Budget nicht enthalten).
- B3 Der Anteil der Administrationskosten an den gesamten Betriebskosten ist gegenüber dem Budget und dem Vorjahr gestiegen. Hauptgründe sind der Teuerungsausgleich gemäss RRB Nr. 1259/2022 (im Budget nicht enthalten), höhere Infrastrukturkosten und tiefere Studierendenzahlen.
- W1, W2, W3 Zahlen gemäss vorläufiger Abschluss-Statistik zuhanden des Bundesamtes für Statistik (Stand Februar 2024)
- W4 Die absolute Zahl der Projekte ist tiefer als budgetiert, jedoch haben deren Umfang und die dadurch akquirierten Drittmittel zugenommen.
- Allg. Für die Entwicklung der einzelnen Indikatoren einschliesslich Detailbegründungen pro Fachhochschule vgl. Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740.

Entwicklungsschwerpunkte

BI 2.1e Führungsstrukturen im Fachhochschulbereich prüfen und weiterentwickeln

Die Aufhebung der Zürcher Fachhochschule führte zu einer neuen Ausgestaltung des Zürcher Fachhochschulrates als oberstes Organ. Mit seiner Erneuerung und Erweiterung auf neun Mitglieder gewann er an zusätzlichem Profil und Professionalität. Die Prozesse und Schnittstellen zwischen dem Fachhochschulrat und den jeweiligen Hochschulleitungen wurden geklärt und Verbesserungen aufgeleistet (siehe auch 7406 2d).

Stand bis
Abgeschlossen 2023

7406 2a Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Im Berichtsjahr wurden die Aktivitäten der DIZH weiter ausgebaut; sämtliche DIZH-Bereiche befinden sich in der erfolgreichen Umsetzungsphase. Im Rahmen des DIZH-Innovationsprogramms wurden vier neue Ausschreibungen angeboten. Damit konnte die Förderung von innovativen Gründungsideen im Bereich der Digitalisierung an den Hochschulen ermöglicht und die Sichtbarkeit und Vernetzung der DIZH-Massnahmen unterstützt werden. Diese neuen Formate sprechen neben Forschenden auch Studierende der DIZH-Hochschulen in allen Disziplinen an. Auch wurden verschiedene Vernetzungsveranstaltungen durchgeführt. Die aktive Teilnahme an der «Scientifica» mit eigenen Exponaten und Workshops ermöglichte den Dialog mit einer breiten Öffentlichkeit.

Planmässig 2029

7406 2c Innovative Lösungen für neue Formen des Wissens- und Technologietransfers im Rahmen von Graduiertenprogrammen, Spin-offs und assoziierten Instituten entwickeln

Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, die Zürcher Hochschule der Künste und die Pädagogische Hochschule Zürich beteiligen sich an den vom Bund mit projektgebundenen Beiträgen unterstützten Zusammenarbeitsprojekten der Hochschulen von gesamtschweizerischer Bedeutung. Auf kantonaler Ebene betreiben die drei Hochschulen gemeinsam mit der Universität Zürich die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen und das Zentrum für nachhaltige Entwicklung.

Abgeschlossen 2023

7406 2e Überarbeiten der Verordnung über die Berufseinführung der Lehrpersonen der Volksschule, diese stammt aus der Gründungszeit der Pädagogischen Hochschule Zürich. Sie bildet die heutige Vielfalt der Bildungswege nicht mehr ab und muss deshalb überarbeitet werden.

Die Verordnung über die Berufseinführung der Lehrpersonen der Volksschule wurde vom Regierungsrat am 1. März erlassen und trat auf das Schuljahr 2023/2024, am 1. August, in Kraft (RRB Nr. 236/2023).

Abgeschlossen 2023

7406 2f Genügend Lehrpersonen für alle Bildungsstufen ausbilden

Die Studierendenzahlen an der Pädagogischen Hochschule Zürich bleiben weiterhin hoch. Die weitere Flexibilisierung der Studienangebote zur Ausbildung wird laufend geprüft. Die Möglichkeit, Personen ohne anerkanntes Diplom befristet als Lehrkraft anzustellen, wurde verlängert.

Abgeschlossen 2023

7406 2g Berufsmaturität-Fachhochschule (BMFH) als Austauschplattform zur Verbesserung des Übergangs weiterentwickeln

In den Fachgruppen wurden im Berichtsjahr verschiedenste Themen weiterbearbeitet. Im Oktober wurde eine weitere Konferenz durchgeführt, an der Fachgruppen die Ergebnisse ihrer Arbeiten vorstellten.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-415.3	-428.6	0.0	-12.0	-440.7	-440.1	0.6	0.1
- Kostenbeiträge an die staatlichen Teilschulen	-414.3	-427.7	0.0	-12.0	-439.7	-439.1	0.6	0.1
Saldo	-415.3	-428.6	0.0	-12.0	-440.7	-440.1	0.6	0.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
3.1	A1, A2	- Tieferer Kostenbeitrag an die ZHAW hauptsächlich infolge Projektverzögerungen
-0.9	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die PHZH hauptsächlich infolge nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-1.7	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag an die ZHdK hauptsächlich infolge nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-4000000	0	0	-4000000	0

7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Hochschulen, denen der Kanton Zürich im Rahmen einer spezifischen Interkantonalen Vereinbarung (Konkordat) als Träger angehört. Zurzeit betrifft dies die Interkantonale Hochschule für Heilpädagogik (HfH).
- A2 Ausrichtung von Beiträgen im Rahmen der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) an ausserkantonale Fachhochschulen (FH) und pädagogische Hochschulen (PH) für Zürcher Studierende

Bemerkungen

- A2 Die Finanzierung im Rahmen der FHV umfasst einerseits Beiträge des Kantons Zürich für Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH und PH und andererseits Entgelte der anderen Vereinbarungskantone für deren Studierende an den staatlichen Zürcher FH und PH. Die FHV-Beiträge des Kantons Zürich sind im Aufwand enthalten. Die FHV-Entgelte fliessen direkt an die Zürcher FH und PH und sind deshalb in dieser Leistungsgruppe nicht enthalten. Sie sind in den Leistungsgruppen Nrn. 9710, 9720 und 9740 in der Ertragsposition «Beiträge anderer Kantone» ausgewiesen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH/PH (Finanzierung FHV) und Studierende an Konkordatshochschulen	A1, A2	5689	5680	5924	244	4.3
B1 Beitrag des Kantons Zürich pro Studierende/n über Finanzierung FHV und Finanzierungsbeitrag Konkordatshochschulen	A1, A2	12813	13500	14078	578	4.3

Bemerkungen

- L1 Gegenüber dem Budget und dem Vorjahr studierten mehr Zürcherinnen und Zürcher an ausserkantonalen Fachhochschulen und pädagogischen Hochschulen.
- B1 Der Beitrag pro Zürcher Studierende und Studierenden ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag								
Aufwand	-72.9	-76.7	0.0	0.0	-76.7	-83.4	-6.7	-8.7
Saldo	-72.9	-76.7	0.0	0.0	-76.7	-83.4	-6.7	-8.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.8	A1	- Höhere Beiträge an die HfH
-5.9	A2	- Höhere Beiträge gemäss FHV an ausserkantonale Fachhochschulen und pädagogische Hochschulen für mehr Zürcher Studierende
0.0		- Übrige Abweichungen

7501 Kinder- und Jugendhilfe

Wenn der Verdacht einer Kindeswohlgefährdung besteht, kann die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde oder ein Gericht eine Kindeswohlabklärungen bei den Kinder- und Jugendhilfezentren des Kantons in Auftrag geben. Die Kinder- und Jugendhilfezentren führen diese Abklärungen seit 2018 nach dem fachlichen Ansatz des Berner und Luzerner Abklärungsinstruments durch. Neu hat das Amt für Jugend und Berufsberatung einen standardisierten Prozess für Abklärungen geschaffen. Der Standardprozess definiert den genauen Ablauf und die Zusammenarbeit mit den Partnerorganisationen. Zudem gibt es für betroffene Familien neu Broschüren und eine Webseite mit Informationen über Kindeswohlabklärungen.

Das vom Regierungsrat beschlossene Notfallteam hat im Mai des Berichtsjahres die Umsetzung gestartet mit dem Ziel, kurzfristig Beratungen für Kinder und Jugendliche in psychosozialen Krisen anzubieten (RRB Nr. 769/2022). Erfahrungen aus der Vernetzung mit Fachpersonen und aus den Beratungen fliessen laufend in die Angebotsentwicklung und Umsetzung ein. Die kurze Zeitspanne zwischen Kontaktaufnahme und erstem Beratungsgespräch ermöglicht eine Lösung, bevor sich Konflikte und Krisen chronifizieren. Die ersten Kontakte mit Fachpersonen und Familien zeigen, dass die rasche Aufnahme der Beratungen von den betroffenen Familien als hilfreich erlebt wird. Die Schulen können dadurch wirksam entlastet werden. Das Projekt ist befristet; Zugänglichkeit und Wirkungen des Angebots werden evaluiert.

Aufgaben

- A1 Mandatsführung und Abklärungen im Auftrag der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB) und der Gerichte
- A2 Beratung von Eltern und Jugendlichen in Erziehungs-, Entwicklungs- und allgemeinen Familienfragen (Erziehungs- und Familienberatung)
- A3 Beratung von Eltern mit Neugeborenen (Mütter- und Väterberatung)
- A4 Abwicklung Alimentenbevorschussung und -inkasso
- A5 Koordination und Mitfinanzierung sonderpädagogischer Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
- A8 Gewährleistung eines bedarfsgerechten Angebots an ergänzenden Hilfen zur Erziehung für Kinder und Jugendliche mit Wohnsitz im Kanton Zürich

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L11	Kinder und Jugendliche mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte	A1	6563	6900	6667	-233	-3.4
L12	Erziehungs-/Familienberatungsaufträge	A2	4190	2000	4450	2450	122.5
L13	Kinder mit Mütter- und Väterberatung	A3	9122	12000	9681	-2319	-19.3
L14	Fälle Alimentenhilfe	A4	5533	5700	5413	-287	-5.0
L15	Finanzierte sonderpädagogische Massnahmen	A5	5844	5400	6008	608	11.3
L19	Finanzierte Aufenthaltstage Heimpflege	A8	512941	576000	515028	-60972	-10.6
L20	Finanzierte Aufenthaltstage Familienpflege	A8	140487	177000	185157	8157	4.6
B11	Kosten pro Kind/Jugendliche(n) mit Kinderschutzmassnahmen im Auftrag der KESB und Gerichte pro Jahr, in Fr.	A1	3101	3194	3291	97	3.0
B12	Kosten pro Erziehungs-/Familienberatung pro Jahr, in Fr.	A2	1026	1041	1004	-37	-3.6
B13	Kosten pro Kind mit Mütter- und Väterberatung pro Jahr, in Fr.	A3	621	467	602	135	28.9
B14	Kosten sonderpädagogische Massnahmen pro Kind und Jahr, in Fr.	A5	6152	6098	6498	400	6.6
B19	Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «betreutes Wohnen», in Fr.	A8	442	345	429	84	24.3
B20	Kosten pro Aufenthaltstag Heimpflege «begleitetes Wohnen», in Fr.	A8	206	185	203	18	9.7
B21	Kosten pro Aufenthaltstag Familienpflege, inkl. Dienstleistungsangebote Familienpflege, in Fr.	A8	147	130	154	24	18.5
W11	Anteil der Neugeborenen, mit deren Eltern eine Kontaktaufnahme erfolgte (Erreichungsgrad Mütter- und Väterberatung), in %	A3	83	95	90	-5	
W12	Inkassoquote Unterhaltsbeiträge (bevorschusste und nicht bevorschusste), in %	A4	43	40	41	1	

Bemerkungen

- L12, B12 Die Anzahl Beratungsaufträge (Ist-Wert) übertraf den Planwert um 122.5%. Dank einer Reihe von betrieblichen Massnahmen (Anpassung der Beratungsprozesse, Triage, verbessertes Onboarding, Einsatz von Aushilfen) konnte die Anzahl der Beratungen auf dem Niveau der Vorjahre gehalten werden. Die Kosten je Beratungsauftrag (B12) entsprechen dem Budgetwert und den Werten der Vorjahre.
- L13, B13, W11 Die anhaltend tiefe Geburtenrate führte zu einer weiteren Unterschreitung des Planwerts, obwohl die Anzahl an Mütter- und Väterberatungen gegenüber dem Vorjahr leicht angestiegen ist; somit entsprechen auch die Kosten pro Kind (B13) dem Ist-Wert des Vorjahres. Für die Berechnung von W11 werden die Geburtszahlen des Vorjahres verwendet. Die provisorischen Geburtszahlen rechnen mit einem weiteren Rückgang der Geburtenrate; der tatsächliche Erreichungsgrad liegt deshalb höher und entspricht dem prognostizierten Wert.
- L14, W12 Der leichte Rückgang der Fallzahlen hat sich im Berichtsjahr fortgesetzt. Aufgrund des Betreuungsunterhalts für Kinder sowie der neuen Rechtsprechung des Bundesgerichts zum Anspruch auf nachehelichen Unterhalt wird seltener Ehegattenunterhalt zugesprochen. Entsprechend sinkt die Anzahl Gesuche um Inkassohilfe für Ehegattenunterhalt. Vermutlich führt die gute wirtschaftliche Lage dazu, dass mehr Unterhaltspflichtige ihren Verpflichtungen nachkommen können und weniger staatliche Inkassohilfe notwendig wird. Die Inkassoquote (W12) von 41% liegt im erwarteten Bereich.
- L15, B14 Im Vergleich zu den Vorjahren wird ein weniger starker Anstieg an Massnahmen verzeichnet. Der leichte Anstieg der Massnahmenkosten (B14) ist auf die gesetzlich vorgeschriebene Tarifanpassung an die Teuerung zurückzuführen.
- L19, B19, B20 Trotz leichtem Ausbau des Angebots wurde die geschätzte Anzahl Aufenthaltstage unterschritten. Unter anderem gelang es den Trägerschaften aufgrund des anhaltenden Fachkräftemangels nicht, das vereinbarte Platzangebot in der Heimpflege vollumfänglich bereitzustellen. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Kosten pro Aufenthaltstag (B19 und B20) im Berichtsjahr im betreuten und begleiteten Wohnen gesunken, liegen jedoch über den Planwerten. Die Kosten stabilisieren sich, da die Bestellmengen den tatsächlichen Auslastungen entsprechen und die Nutzung durch Drittfinanzierende steigt, während die Inanspruchnahme von ausserkantonalen Heimpflegeangeboten stabil bleibt.
- L20, B21 Die Anzahl Aufenthaltstage in der Familienpflege konnte unter anderem aufgrund der kantonalen Kampagne zur Gewinnung von geeigneten Pflegefamilien im Vergleich zum Vorjahr gesteigert werden und übertraf den budgetierten Wert. Die Nachfrage nach Pflegefamilien ist nach wie vor hoch. Die Kosten pro Aufenthaltstag in der Familienpflege (B21) sind leicht angestiegen, aufgrund der Zunahme von Fachpflegeverhältnissen sowie aufgrund der gestiegenen Inanspruchnahme von Dienstleistungen in der Familienpflege (DAF), insbesondere fachliche Begleitung und Unterstützung von Pflegeverhältnissen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 2a Kinder und Familien mit besonderem Förderbedarf identifizieren und mit Blick auf einen guten Start in die Volksschule gezielt unterstützen.

Die Vernehmlassung der Gesetzesvorlage Frühe Kindheit des Kinder- und Jugendhilfegesetzes wurde 2022 durchgeführt. Die Vorlage wurde im Berichtsjahr überarbeitet. Abgeschlossen 2023

7501 2a «Startklar». Frühkindliche Gesundheitsprävention und -beratung (einschliesslich Schaffung der gesetzlichen Grundlage)

Die im Vorjahr durchgeführte Vernehmlassung wurde ausgewertet und die Vorlage überarbeitet. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	499.8	519.0	522.1	3.1	0.6

Bemerkungen R23 zu B23

3.1 Personalmutationen führten zu einer höheren durchschnittlichen Anzahl Beschäftigter.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	257.5	179.9	0.0	0.0	179.9	278.3	98.3	54.6
- Durchlaufende Beiträge	15.0	10.0	0.0	0.0	10.0	19.7	9.7	97.0
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	10.6	9.9	0.0	0.0	9.9	11.8	1.9	19.5
Aufwand	-803.5	-333.8	0.0	0.0	-333.8	-552.0	-218.2	-65.4
- Eigene Beiträge	-639.6	-174.5	0.0	0.0	-174.5	-373.5	-199.0	-114.0
- Durchlaufende Beiträge	-15.0	-10.0	0.0	0.0	-10.0	-19.7	-9.7	-97.0
- Leistungsaufträge Gemeinden / Dritte	-10.2	-9.9	0.0	0.0	-9.9	-11.8	-2.0	-19.9
Saldo	-546.0	-153.9	0.0	0.0	-153.9	-273.8	-119.9	-77.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen		0.0	0.0	0.0	0.0	0.4	0.4	0.0
Ausgaben	-0.3	-10.8	0.0	-3.5	-14.3	-0.2	14.1	98.8
Saldo	-0.3	-10.8	0.0	-3.5	-14.3	0.2	14.5	101.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-119.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
79.2	A8	- Höhere Gemeindebeiträge infolge höherer Inanspruchnahme und Kosten der ergänzenden Hilfen zur Erziehung
4.8	A8	- Weniger ausgerichtete Subventionen nach § 21 des Kinder- und Jugendheimgesetzes (KJG) infolge kleinerer Nachfrage
1.9	A2	- Die erbrachten Leistungen für Gemeinden und Dritte konnten insbesondere im Bereich der Schulsozialarbeit ausgebaut werden.
1.3	A1, A2, A3	- Geringerer Sach- und übriger Betriebsaufwand, insbesondere in den Bereichen Softwarenutzung und -unterhalt, Beschaffung von Mobiliar, Drucksachen sowie tiefere Reisekosten und Spesen.
1.2	A1, A2, A3, A5	- Höhere Gemeindebeiträge an die Kosten der Jugendhilfestellen
0.8		- Geringere Inanspruchnahme von Subventionen nach § 40 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (KJHG)
0.7	A1, A2, A3	- Tieferer Staatsbeitrag an die Stadt Zürich
0.3	A5	- Höhere Beiträge der Stadt Zürich an sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich sowie an Mineurs non-accompagnés
-0.2	A8	- Höherer Verwaltungsaufwand im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung infolge höherer Inanspruchnahme der Leistungen
-0.4	A8	- Höherer Personalaufwand aufgrund von befristeten Anstellungen in den Bereichen Mineurs non-accompagnés und ergänzenden Hilfen zur Erziehung
-4.2	A5	- Mehrkosten infolge höherer Inanspruchnahme von sonderpädagogischen Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich
-73.4		- Erhöhung der Rückstellungen zur Rückabwicklung der Versorgertaxen an die Gemeinden aufgrund erwarteter höherer Eingaben der Gemeinden
-131.7	A8	- Höhere Kosten bei den ergänzenden Hilfen zur Erziehung infolge nicht erfolgter bidirektionaler Mittelverschiebungen sowie anteilmässig höherer Kosten für die Begleitung und Vermittlung von Dienstleistungen in der Familienpflege als erwartet
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.4	0.4	
- Rückzahlung des Investitionsbeitrages	0.0	0.4	0.4	- Rückzahlung des Investitionsbeitrags durch das Landheim Brüttisellen infolge Änderung der Zweckbindung
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-14.3	-0.2	14.1	
- Investitionszusicherung Kinderheim Pilgerbrunnen (P23 +8.0 Mio.) infolge des Verwaltungsgerichtsurteils vom 3. Februar 2022 (VB.2021.00688)	-13.6	-0.1	13.5	- Die Minderausgaben bei den Investitionsbeiträgen an Kinder- und Jugendheime von 13.5 Mio. Franken sind auf Bau- und Projektverzögerungen zurückzuführen.
- Softwareentwicklungen	-0.5	-0.1	0.4	- Projektverzögerungen führen zu geringeren Softwareinvestitionen.
- Übrige	-0.2	0.0	0.2	

7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge

Seit März ist das neue Studienwahl-Portal online, das angehenden Studierenden, Eltern und Lehrpersonen umfassende Informationen zu rund 300 Bachelorstudiengängen im Grossraum Zürich bietet. Mit Suchfiltern kann diese Vielfalt nach persönlichen Interessen eingegrenzt werden. Die Bildungsdirektion reagiert mit diesem auf Mittelschülerinnen und Mittelschüler zugeschnittenen und niederschweligen Portal auf einen durch steigende Schülerzahlen erhöhten Bedarf nach einer verlässlichen, gebündelten und zeitgemässen Quelle zur Selbstinformation.

Das Studienwahl-Portal wird zur Begleitung junger Erwachsener in Maturitätsschulen und in der Studienberatung genutzt. Insgesamt nutzten seit der Aufschaltung bereits über 33000 Personen das Portal.

Die Schaffung einer Ad-hoc-Abteilung mit befristetem Personal im Bereich der Ausbildungsbeiträge zeigt seit Frühjahr des Berichtsjahres Wirkung. Die Prozesse zur Gesuchsbearbeitung im Rahmen des kontinuierlichen Verbesserungsprozesses wurden optimiert und die Ad-hoc-Abteilung arbeitete nach einer kurzen Einarbeitungsphase effizient. So konnten der Pendenzenüberhang reduziert und seit Mitte 2023 die Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen innerhalb von 50 Tagen abgeschlossen werden (siehe Indikator B15). Weitere Vereinfachungen in der Abwicklung der Gesuche werden erarbeitet.

Aufgaben

- A1 Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung von Jugendlichen und Erwachsenen
- A2 Information von Jugendlichen und Erwachsenen bei der Berufs- und Studienwahl, der Weiterbildung und der Laufbahngestaltung
- A3 Ausrichten von Ausbildungsbeiträgen an Personen in Ausbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L11	Beratene Personen im biz	A1	13608	17300	14262	-3038	-17.6
L12	Beratene Schülerinnen/Schüler der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden	A1	11845	12500	13877	1377	11.0
L13	Seminare und Veranstaltungen	A2	1512	1550	1471	-79	-5.1
L14	Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II	A3	4431	7400	5376	-2024	-27.4
L15	Unterstützte Personen in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär	A3	1293	4000	1651	-2349	-58.7
B11	Kosten pro beratene Person, in Fr.	A1	628	552	632	80	14.5
B12	Kosten pro beratene/n Schüler/in der Sekundarschule im Rahmen von Schulhaussprechstunden, in Fr.	A1	174	164	155	-9	-5.5
B13	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Sek II, in Fr.	A3	10139	9000	10051	1051	11.7
B14	Stipendienbetrag pro unterstützte Person in Ausbildung, Bildungsstufe Tertiär, in Fr.	A3	10170	10500	9804	-696	-6.6
B15	Durchlaufzeit der Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen, in Tg.	A3	139	90	75	-15	-16.7
W11	Anteil Schüler/innen im 2. Schuljahr der Sekundarschule, der eine Veranstaltung besucht hat, in %	A2	99	98	98	0	

Bemerkungen

- L11, B11 Die Anzahl Personen, die im Berichtsjahr eine Beratung in einem Berufsinformationszentrum (biz) in Anspruch genommen haben, ist gegenüber dem Vorjahr angestiegen, liegt jedoch unter dem Planwert. Insbesondere liegen die Beratungen im Auftrag der regionalen Arbeitsvermittlungszentren aufgrund der tiefen Arbeitslosenzahlen deutlich unter den Erwartungen. Auch die Nachfrage nach allgemeinen Laufbahnberatungen für Erwachsene ist zurückgegangen, was ebenfalls auf die gute Wirtschaftslage und die derzeit arbeitnehmerfreundliche Situation auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen ist. Gut entwickelt haben sich die «viamia»-Beratungen, die den Fokus auf die persönlichen Chancen im Arbeitsmarkt legen und Ratsuchende darin bestärken, ihre Arbeitsmarktfähigkeit zu erhalten oder zu verbessern. Da die Anzahl in einem biz beratenen Personen tiefer ausgefallen ist als budgetiert, fallen die Kosten pro beratene Person (B11) höher aus.
- L12, B12 Die Anzahl Schülerinnen und Schüler, die im Berichtsjahr eine Kurzberatung im Schulhaus in Anspruch genommen haben, ist nach dem Einbruch in den Jahren 2020/2021 erneut angestiegen, wobei der Anstieg sogar etwas höher ausgefallen ist als erwartet. Mit dem Bevölkerungswachstum steigt die Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Aus Kapazitätsgründen wurde ein Teil der Kurzberatungen auf digitalen Kanäle, insbesondere Chat und Berufswahl-Portal verlagert. Da die Anzahl der Schülerinnen und Schüler, die eine Kurzberatung im Schulhaus beansprucht haben, höher ausgefallen ist, fallen die Kosten pro Schülerin und Schüler (B12) tiefer aus.

- L13, W11 Die Anzahl der Veranstaltungen hat gegenüber dem Vorjahr leicht abgenommen und den budgetierten Wert nicht ganz erreicht. Gleichzeitig hat sich jedoch die Anzahl der Teilnehmenden und somit die Reichweite erhöht. Dies ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass durch Online-Durchführung der biz-Veranstaltungen mehr Teilnehmende angesprochen werden konnten. Der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Klassenorientierung im biz besuchen, (W11) schwankt von Jahr zu Jahr leicht.
- L14, L15, B13, B14, B15 Im Berichtsjahr erhielten deutlich mehr Personen Ausbildungsbeiträge als im Vorjahr. Der Planwert wurde jedoch nicht erreicht. Aufgrund der Massnahmen zum Abbau des Pendenzenüberhangs wurden 1.5-mal mehr Entscheide gefällt als im Vorjahr, wobei die Abweisungsrate im Umfang von 27% deutlich höher ausfiel. Der durchschnittliche Beitrag pro Person in Ausbildung (B14 und B15) ist leicht gesunken, bewegt sich jedoch auf Vorjahresniveau.
- B15 Die ergriffenen Massnahmen zum Abbau des Pendenzenüberhangs zeigten Wirkung und die Durchlaufzeit konnte deutlich gesenkt werden. Seit Mitte des Berichtsjahrs werden die Stipendien- und Darlehensgesuche nach Vorliegen der vollständigen Unterlagen innerhalb von 50 Tagen abgeschlossen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

7502 2b Digitalisierungsbestrebungen in den kantonale Berufsinformationszentren (biz) im Rahmen des Projekts biz 2.0

Alle Berufsinformationszentren wurden im Rahmen des 2021 bereits abgeschlossenen Projekts biz 2.0 umgestaltet und werden nach dem Konzept neu betrieben. Abgeschlossen 2023

7502 2c Übergang Volksschule–Berufsbildung (VSBB) optimieren: Rahmenkonzept Zusammenarbeit Berufsberatung–Schulen sowie weiterer Beteiligten erlassen (Teilprojekt)

Unter Einbezug aller wichtigen Akteure am Übergang von der Volksschule in die Berufsbildung wurde das Konzept für die Zusammenarbeit zwischen Schule und Berufsberatung fertiggestellt. Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	156.4	197.2	168.9	-28.3	-14.4

Bemerkungen R23 zu B23

-28.3 Neben verzögerten Stellenbesetzungen infolge von Personalwechselln führte insbesondere die nicht vollständige Besetzung der geplanten Stellen im temporären Team zum Abbau der Pendenzen im Bereich der Ausbildungsbeiträge zu Abweichungen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	25.5	25.7	0.0	0.0	25.7	27.0	1.4	5.3
Aufwand	-98.4	-109.2	0.0	0.0	-109.2	-110.0	-0.8	-0.7
- Eigene Beiträge	-58.4	-63.4	0.0	0.0	-63.4	-66.7	-3.4	-5.3
Saldo	-73.0	-83.5	0.0	0.0	-83.5	-82.9	0.6	0.7
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0	1.0	0.0	0.0	1.0	0.3	-0.7	-74.4
Ausgaben	-2.1	-6.3	0.0	0.0	-6.3	-0.2	6.1	97.6
Saldo	-2.1	-5.3	0.0	0.0	-5.3	0.1	5.4	102.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.3	A1, A2, A3	- Personalfluktuationen, verzögerte Anstellungen sowie die nicht vollständige Besetzung aller geplanten Stellen führten zu geringeren Personalkosten.
0.9	A1	- Höherer Bundesbeitrag für «viamia» infolge Ausbaus und Verstärkung des Angebots
0.1	A1	- Höherer Beitrag des Staatssekretariats für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) für Ausbildungsbeiträge
-0.3	A3	- Geringere Rückzahlungen von altrechtlichen Darlehen führen zu tieferen Wertberichtigungen
-0.8	A1, A2, A3	- Infolge der Digitalisierungsbestrebungen steigen auch die Unterhalts- und Supportkosten für die eingesetzten Applikationen.
-3.4	A3	- Durch die ergriffenen Massnahmen zum Abbau der Pendenzen bei der Ausrichtung von Ausbildungsbeiträgen konnten im Berichtsjahr mehr Beiträge ausbezahlt werden als ursprünglich geplant. Zudem werden durch die Wahlfreiheit bei den Ausbildungsbeiträgen grossmehrheitlich Stipendien beansprucht.
-0.2		- Übrige Abweichungen

Bildungsdirektion
Leistungsgruppe 7502

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	1.0	0.3	-0.7	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	1.0	0.3	-0.7	- Weniger Darlehensrückzahlungen als erwartet, sie stehen in Abhängigkeit zu den ausbezahlten Darlehen.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-6.3	-0.2	6.1	
- Ausbildungsdarlehen gemäss Stipendienreform	-6.0	-0.1	5.9	- Weniger ausgerichtete Darlehen als erwartet, bei der Wahlfreiheit der Ausbildungsbeiträge werden mehrheitlich Stipendien beansprucht.
- Projekte und Softwareentwicklungen	-0.3	-0.1	0.2	- Projektverzögerungen führen zu geringeren Investitionsausgaben.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

7930 Berufsbildungsfonds

Der Berufsbildungsfonds war Ende 2022 sehr gut dotiert. Dies ermöglichte es, allen aktiven Lehrbetrieben einen Ausbildungsbeitrag auszuzahlen, um ihren Einsatz bei der Ausbildung von Lernenden anzuerkennen. Stichtag für die Berechnungen war der 1. Januar 2023. Diejenigen Lehrbetriebe, die zu diesem Zeitpunkt Lernende ausbildeten, haben je nach Anzahl Lernender einen Ausbildungsbeitrag zwischen Fr. 750 (1 bis 5 Lernende) und Fr. 60'000 Franken bei 351 und mehr Lernenden zugut. Im Berichtsjahr konnten die Leistungen für die überbetrieblichen Kurse, die Kurse für Berufsbildnerinnen und Berufsbildner sowie die Kosten für die zentralen und dezentralen Qualifikationsverfahren im selben Umfang wie in den Vorjahren erbracht werden.

Es wurden wieder über 90% der Mittel eingesetzt, um die Ausbildungskosten der Lehrbetriebe zu senken. Wie jedes Jahr unterstützte der Berufsbildungsfonds die Berufsmesse Zürich, den «Lehrlingswettbewerb Züri-Oberland» und weitere Veranstaltungen wie die Wanderausstellung «Achtung, Technik, Los» oder verschiedene Lehrstellenmärkte. Auch die Projekte «Betriebe fördern Talente», «Integrationsvorlehre», «rent-a-stift», «Steigerung der Erfolgsquote im Qualifikationsverfahren», «Vermeidung von Lehrabbrüchen» und «CoBe Gastro» wurden weiterhin mitfinanziert. Insgesamt wurden 16 Beitragsgesuche geprüft: 14 wurden unterstützt, eines wurde abgelehnt, da es nicht dem Fondszweck entsprach, und eines zurückgestellt.

Aufgaben

- A1 Senkung der Ausbildungskosten von einzelnen Ausbildungsbetrieben durch die Beteiligung aller Betriebe des Kantons
A2 Unterstützung von Betrieben, die Lernende ausbilden

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2	Durchschnittlich erbrachte Leistung pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	617	600	854	254	42.3
B1	Durchschnittlicher Verwaltungsaufwand pro Lernende/n, in Fr.	A1, A2	17	20	21	1	5.0

Bemerkungen

- L2 Aufgrund des hohen Fondsbestandes Ende 2022 bewilligte die Berufsbildungskommission die Ausschüttung eines einmaligen Ausbildungsbeitrags an die Lehrbetriebe in der Höhe von 9 Mio. Franken, wodurch die Leistungen pro Lernende und Lernenden einmalig höher ausfallen.
L2, B1 Diese Indikatoren beziehen sich ausschliesslich auf die Zürcher Lernenden.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-19.4	-18.1	-13.3	4.8	26.7
Finanzierung	19.4	18.1	13.3	-4.8	-26.5

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	25.1	22.3	0.0	0.0	22.3	31.5	9.2	41.5
- Zahlungen von beitragspflichtigen Betrieben	25.1	21.0	0.0	0.0	21.0	25.4	4.4	21.0
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.3	0.0	0.0	1.3	6.1	4.8	373.4
- Kalkulatorischer Zinsertrag		0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Aufwand	-25.1	-22.3	0.0	0.0	-22.3	-31.5	-9.2	-41.5
- Zahlungen an Lehrbetriebe	-22.0	-21.6	0.0	0.0	-21.6	-30.8	-9.2	-42.8
- Einlagen in Bestandeskonto	-2.5	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
- Vergütung an Betriebs- und Verwaltungskosten	-0.6	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.7	-0.0	-4.4
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bildungsdirektion

Leistungsgruppe 7930

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.8	A1, A2	- Höhere Entnahme aus dem Bestandeskonto aufgrund nachfolgend genannter Abweichungen
4.4	A1, A2	- Aufgrund der Einnahmen 2021 und der unsicheren wirtschaftlichen Prognosen infolge der Coronapandemie wurde das Budget 2023 im Frühjahr 2022 vorsichtig von 19.8 Mio. Franken auf 21 Mio. Franken korrigiert. Die wirtschaftliche Situation war besser als erwartet und die Lohnsummen der beitragspflichtigen Betriebe stiegen im Vergleich zum Vorjahr sogar um 1.2% an.
-9.2	A1, A2	- Aufgrund des hohen Fondsbestandes Ende 2022 bewilligte die Berufsbildungskommission die Ausschüttung eines einmaligen Ausbildungsbeitrags an die Lehrbetriebe in der Höhe von 9 Mio. Franken.
0.0		- Übrige Abweichungen

08

Baudirektion

Überblick	210
Legislaturziele	212
Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)	212
Verkehr (Politikbereich 6)	212
Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)	212
Volkswirtschaft (Politikbereich 8)	214
Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)	214
Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)	214
Finanzierung	215
Übersicht	215
Bemerkungen zur Erfolgsrechnung	215
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	215
Personal- und Lohnstatistik	216
Beschäftigungsumfang	216
Lohnaufwand	216
Anstellungsverhältnisse	216
Parlamentarische Vorstösse	216
Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen	216
Unerledigte Vorstösse und Initiativen	218
Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)	219
Leistungsgruppen	220
8000 Generalsekretariat	220
8100 Hochbauamt	222
8300 Amt für Raumentwicklung	225
8400 Tiefbauamt	230
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	234
8510 Altlasten	239
8700 Immobilienamt	240
8710 Liegenschaften Finanzvermögen	243
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen	245
8800 Amt für Landschaft und Natur	249
8910 Natur- und Heimatschutzfonds	254
8930 Mehrwertausgleichsfonds	256
8940 Denkmalpflegefonds	257
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen	258
8960 Deponiefonds	259
8970 Kantonaler Waldfonds	260
8980 Wildschadenfonds	261

Überblick

Die Baudirektion trägt in vielfältiger Weise dazu bei, dass der Kanton ein nachhaltig attraktiver Standort ist und bleibt. Sie plant und koordiniert die gesamträumliche Entwicklung, erstellt öffentliche Infrastrukturen wie Hoch- und Mittelschulen, Spitäler, Bauten für die Sicherheit, die Justiz sowie die Verwaltung und Verkehrswege. Sie engagiert sich für die Zürcher Land- und Forstwirtschaft, gestaltet den Zürcher Lebens- und Wirtschaftsraum und sichert das kulturelle Erbe. Sie setzt sich ein für Landschaft und Natur, für Wälder und eine hohe Biodiversität, für Hochwasserschutz, saubere Flüsse, Seen und Luft sowie für eine effiziente und klimagerechte Energienutzung.

Planungs- und Bautätigkeit

In der kantonalen Richtplanung hat der Kantonsrat im Berichtsjahr den letzten Teil der Teilrevision 2018 festgesetzt (Vorlage 5598a). Die Richtplanteilrevision 2020 wurde von den zuständigen Kommissionen des Kantonsrates beraten und in zwei separaten Vorlagen zur Festsetzung an den Kantonsrat überwiesen (Vorlagen 5870 und 5871). Schliesslich wurde die Teilrevision 2022 in die Anhörung und öffentliche Auflage gegeben (RRB Nr. 1285/2023).

Im Berichtsjahr wurde der kantonale Gestaltungsplan «Kiesabbaugebiet Rafzerfeld Ost (Wil II/2)» festgesetzt. Weitere Kies- und Deponie-Gestaltungspläne befinden sich in der Erarbeitung. Zudem wurden für Bauten und Anlagen, die im kantonalen Richtplan eingetragen sind, kantonale Gestaltungspläne festgesetzt (Campus T der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur, RehaZentrum in Wald, Teilrevision Universitätsspital-Kernareal Ost).

Das Einlaufbauwerk im Sihltal und das Auslaufbauwerk am Zürichsee befinden sich seit Juni 2022 im Bau. Die beiden Baugruben konnten weitgehend erstellt und Teile der Bauwerke realisiert werden. Der Tunnelbau im Sihltal startete im September und der Gegenvortrieb in Thalwil im November des Berichtsjahres.

Entlang der Stadtgrenze zwischen Zürich und Wallisellen wurde im Altried die begradigte Glatt zwischen dem Steg bei der Abwasserreinigungsanlage Neuguet und der Alten Brücke Winterthurerstrasse auf 700 m aufgewertet. Der Uferverbau wurde entfernt und zwei Mäander erstellt. Es wurde mehr Raum für eine dynamische Glatt und einen neuen Uferweg (Fil bleu) geschaffen.

Im Berichtsjahr überprüfte die Baudirektion die Eignung der im Vorjahr identifizierten Potenzialgebiete für Windenergie in Zusammenarbeit mit Gemeinden, Natur- und Landschaftsschutzverbänden, der Bundesverwaltung sowie der Windenergiebranche.

Seit Februar des Berichtsjahres nutzt der Kantonsrat die Bullingerkirche und das Kirchengemeindehaus Hard für den Ratsbetrieb und den politischen Austausch in den Fraktionen. Mit dem Umbau hat das Hochbauamt eine breite Palette an zeitgemässen Räumen geschaffen.

In der Strategiephase des Projekts Walche Zürich zur Erneuerung der engeren Zentralverwaltung wurden strategische Abklärungen zu den Themen Gebäude, Bau und Betrieb vorgenommen, mit denen Potenzial eruiert und Entwicklungsszenarien untersucht werden konnten. Zudem wurde ein Entwurf der Terminplanung für das Gesamtprojekt erarbeitet sowie unter Einbezug der Direktionen ein Konzept für Neue Arbeitswelten entwickelt.

Am 3. Juni des Berichtsjahres wurde der Autobahnzubringer zur A4 Obfelden-Ottenbach in Betrieb genommen. Erstellt wurden 5,2 km neue Strassen mit 3 Knoten bzw. Kreiseln, ein Tagbautunnel mit 250 m Überdeckung, 2 km Radwege, 1,7 km Lärmschutzwände, 15 Kleintierdurchlässe, 3 Wildquerungen, 6000 m² regenerierte Moorfläche, 32 ha Magerwiese, verschiedene Reptilienstrukturen und astatische Tümpel. Von den Projektkosten von rund 80 Mio. Franken übernahm der Bund 25 Mio. Franken.

Schutz und Erhaltung

Die Natur- und Landschaftsschutzverordnung «Unteres Töss-tal» wurde im Dialog mit den verschiedenen Interessenskreisen fertiggestellt und öffentlich aufgelegt. Die Bearbeitung des Auftrags des Bundes an die Kantone, die wertvollen Naturstandorte im Sinne einer «ökologischen Infrastruktur» besser zu vernetzen, wurde gestartet. Die Arbeiten zum Waldentwicklungsplan «WEP2025+» schreiten planmässig voran.

Ein Massnahmenplan Ammoniak zur Reduktion der Treibhausgasemissionen aus der Landwirtschaft wurde erarbeitet und ist bereit für die Vernehmlassung.

In Zusammenarbeit mit dem Bund, den kommunalen Behörden und der Bevölkerung von Kloten wurde das erstmalige Auftreten des Japankäfers auf der Alpennordseite bekämpft und eine Ausbreitung vorderhand verhindert.

Auf dem Areal des Universitätsspitals Zürich wurde im Bereich des ehemaligen Spitalfriedhofs eine umfangreiche Rettungsgrabung durchgeführt. In der Kiesgrube Niedermarthalen wurde die siebte Etappe der Rettungsgrabung abgeschlossen. Die Sanierung des Südtrakts des Zürcher Hauptbahnhofs wurde nach fünf Jahren intensiver Bau- und Beratungstätigkeit erfolgreich abgeschlossen. Am Hirschengraben in Zürich wurde das Haus zum Kiel umgebaut und instand gesetzt.

Mit der Vergabe der Arbeiten für die Schutzverordnung Albiskette wurde ein wichtiger erster Schritt für die Umsetzung dieses Landschaftsschutzobjekts erreicht. Für die Schutzverordnung «Unteres Töss-tal» wurde die öffentliche Auflage gestartet. Schliesslich wurde mit der Landschaftscharakteristik eine wichtige Vorarbeit für die kantonale Landschaftskonzeption abgeschlossen.

Bei der Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars hat bei 18 Gemeinden eine Anhörung stattgefunden, worauf die Ortsbilder dieser Gemeinden neu festgesetzt wurden. Mit sieben weiteren Gemeinden wurden Gemeindeggespräche zur Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars durchgeführt. Für die Stadt Zürich wurde erstmals das kantonale Ortsbildinventar erarbeitet.

Die neuen Beschaffungsrichtlinien geben Auskunft darüber, wie ökologische und soziale Aspekte bei Beschaffungen berücksichtigt werden können. Sie enthalten Empfehlungen und Ausschreibungskriterien für Bauten, Kleider, Fahrzeuge, Nahrungsmittel und Weiteres mehr und richten sich an alle beschaffenden Stellen des Kantons.

Neue Verfahren und technische Innovation

Der Kantonsrat hat im Februar des Berichtsjahres einen Rahmenkredit von 50 Mio. Franken für die Förderung von CO₂-neutralen Antrieben in der Mobilität bewilligt. Mit dem gemeinsamen Förderprogramm der Volkswirtschaftsdirektion

und der Baudirektion wird insbesondere der Ausbau von Lademöglichkeiten für Elektrofahrzeuge unterstützt. Im Mai hat der Kantonsrat einen neuen Rahmenkredit für das Förderprogramm Energie von 84 Mio. Franken für 2023–2026 bewilligt (Vorlage 5842).

Im Berichtsjahr hat der Regierungsrat den neuen Standard Büro mit Vorgaben für Flächen, Ausbau und Ausstattung festgelegt (RRB Nr. 650/2023). Dieser gilt für Neubauten, Umbauten und Bestandsimmobilien im Mietermodell. Er berücksichtigt neu Teilzeitpensen und Abwesenheiten vom Arbeitsplatz. Die neuen Zielvorgaben für Flächen werden mittels Verdichtung im Bestand sowie eines Stopps von neuen Anmieten erreicht.

Die bislang von elf dezentral stationierten Werkhöfen aus geleiteten Winterdienst-Einsätze sollen neu zentral geleitet werden. In der Saison 2023/2024 wird die Einsatzleitung erstmals für vier Pilot-Werkhöfe mit rund 25 Winterdienst-Routen erstmals zentral geleitet. Die Voraussetzungen dafür sind eine verstärkte datenbasierte Arbeitsweise und die Ausrüstung der Strasseninfrastruktur sowie der Winterdienst-Fahrzeugflotte mit Messtechnik, die an eine moderne Informatikinfrastruktur anknüpft.

Per 1. Januar des Berichtsjahres wurde der kantonale Spielraum zugunsten des Meldeverfahrens für Solaranlagen, Wärmepumpen, Fernwärmeanschlüsse und E-Ladestationen maximal ausgenutzt. Die grosse Zunahme an Gesuchen für diese Anlagen konnte durch einfachere Abläufe bei den Gemeinden und dem Kanton aufgefangen werden. Die Erfahrungen sind durchwegs positiv und die Zusammenarbeit zwischen den Beteiligten funktioniert sehr gut.

Rechtsetzung

Die Totalrevision des Landwirtschaftsgesetzes von 1979 ist mit der Genehmigung des Projektauftrags gestartet.

Mit einer Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes sowie weiteren Rechtserlassen sollen die Grundlagen für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung geschaffen werden. In einer weiteren Teilrevision sollen Anpassungen zu Einzelthemen wie der Durchstossung des Nichtsiedlungsgebiets, der befristeten Zwischennutzung oder der Definition des massgebenden Terrains erfolgen. Die Vorlagen wurden vom Regierungsrat beschlossen und dem Kantonsrat überwiesen (RRB Nr. 271/2023, Vorlagen 5860 und 5889).

Die heutige Zonierung im Kanton widerspricht teilweise dem Bundesrecht, gemäss dem Weiler nur als Nichtbauzonen zoniert werden dürfen. Deshalb muss der Richtplan angepasst und eine spezielle Weilerzone im Planungs- und Baugesetz geschaffen werden. Bis zum Erlass dieser Anpassungen

und ihrer Umsetzung auf kommunaler Stufe hat der Regierungsrat eine Übergangsverordnung erlassen (RRB Nr. 274/2023). Aufgrund von Rechtsmittelverfahren konnte diese jedoch noch nicht in Kraft gesetzt werden.

Das kantonale Ordnungsrecht im Wasserbereich ist derzeit auf fünf verschiedene Erlasse aufgeteilt. Das neue Wassergesetz vom 12. Dezember 2022 bietet die Möglichkeit, diese Erlasse in einer einzigen Verordnung zu konzentrieren und dabei gleichzeitig zu aktualisieren. Die Wasserverordnung wurde öffentlich vernehmlasset. Sie soll zusammen mit dem Wassergesetz im ersten Quartal 2025 in Kraft treten.

Das Gesetz über die Nutzung des Untergrundes und die dazugehörige Verordnung sind am 1. Juli des Berichtsjahres in Kraft getreten. Darin werden unter anderem die Zuständigkeiten für die tiefe Geothermie ab 1000 m geregelt. Die neue Gesetzesgrundlage ermöglicht die Koordination zwischen konkurrierenden Nutzungen und somit eine vorausschauende Planung. Durch Gesetz sind Rechts- und Investitionssicherheit für die Nutzung des Untergrundes geschaffen worden. Weiter regelt das Gesetz die Verwendung und Herausgabe von erdwissenschaftlichen Daten.

Der Beitritt zur überarbeiteten Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen erforderte verschiedene Vorbereitungsarbeiten und eine umfassende Information der Gemeinden, weiterer Behörden und der Marktteilnehmenden.

Interne Reorganisation und Entwicklung

Verschiedene Projekte zur Digitalisierung wurden bearbeitet oder abgeschlossen wie ein Dokumentenmanagementsystem, die elektronische Geschäftskontrolle, das Konzept Building Information Modeling, die eArchivierung und die Anpassung der Organisationsvorschriften.

Nach der Lancierung und Weiterentwicklung der Führungsinstrumente «DO!», Spotcoaching und Teilzeitarbeit stehen den Führungskräften Instrumente zur Verfügung, um die Führungskultur mit Einbezug der nächsten Führungsstufe weiterzuentwickeln. Die Führungskräfte können jederzeit einfach auf Experimente und Inspirationen aus der ExperimentierBar im Sharepoint zugreifen und ausprobieren.

Die bisherige, klassische Mitarbeitendenumfrage wurde abgelöst durch eine neue Lösung. Diese setzt auf den Einbezug der Mitarbeitenden, auf die Massnahmenerarbeitung in den einzelnen Teams und auf weitgehende Transparenz. Aus dieser ersten Durchführung konnten verschiedene Erkenntnisse gezogen werden, die in zukünftigen Umfragen umgesetzt werden können.

Legislaturziele

Öffentliche Sicherheit (Politikbereich 1)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
BD 1.1	Den Schutz der Bevölkerung und der Sachwerte vor Hochwasser in den Gebieten mit dem höchsten Schadenpotenzial (Risiko) erhöhen		
BD 1.1a	Der «Entlastungsstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist im Bau.	8500	2023
BD 1.1b	Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahnen abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.	8500	2023
BD 1.1c	Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren	8800	2023

Verkehr (Politikbereich 6)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 6	Die steigende Nachfrage nach Mobilität bewältigen.		
RRZ 6a	Den in den regionalen Richtplänen verankerten Velonetzplan mit speziellem Fokus auf die urbanen Räume und einen effizienten Mitteleinsatz umsetzen.	8400	2023
RRZ 6e	Siedlungsverträglichkeit der Staatsstrassen in Ortszentren verbessern mit Fokus auf Geschwindigkeit, Trennwirkung, Sicherheit, Velo- und Fussverkehr sowie Aufenthaltsqualität.	8400	2023

Umwelt und Raumordnung (Politikbereich 7)

Legislaturziele des Regierungsrates und Massnahmen

		LG	bis
RRZ 7	Die Belastung von Raum, Umwelt und Infrastruktur reduzieren, einen Beitrag zum Klimaschutz leisten und die Auswirkungen des Wachstums von Bevölkerung und Mobilität bewältigen.		
RRZ 7a	Eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung definieren.	8500	2023
RRZ 7b	Die Massnahmenpläne «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» überprüfen und aktualisieren.	8500	2023
RRZ 7c	Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität verstärken.	8800	2023
RRZ 7d	Geeignete Instrumente entwickeln, um Wohnen, Erholung und Arbeit näher zusammenzubringen.	8300	2023
RRZ 7e	Die Siedlungsentwicklung im Umfeld der leistungsfähigen Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs verstärken sowie die Siedlungsentwicklung nach innen ermöglichen.	8300	2023

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen

		LG	bis
BD 7.1	Qualitätsvolle Siedlungsentwicklung nach innen umsetzen		
BD 7.1a	Gemeinden beim Einsatz von Planungsinstrumenten unterstützen, um das gesellschaftliche Verständnis und die Akzeptanz zu fördern.	8300	2023
BD 7.1b	Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.	8500	2024
BD 7.1c	Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 117 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Furttal, Knonaueramt, Limmattal, Unterland, Glattal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümerinnen und Eigentümer sind informiert.	8300	2025
BD 7.2	Die Folgen des Klimawandels bewältigen und Treibhausgase vermindern		
BD 7.2a	Raumplanerische Massnahmen betreffend Umgang mit dem Klimawandel sind in überkommunalen Richtplänen und in planungs- und baurechtlichen Vorgaben verankert.	8300	2023
BD 7.2b	Die Strategie «Sturmvorsorge im Wald» wird umgesetzt.	8800	2023
BD 7.2c	Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.	8800	2023
BD 7.2d	Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNI (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A-)Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard gemäss RRB Nr. 601/2021).	8100	2023
BD 7.2e	Der Standard für die Beschaffung von CO ₂ -freien Nutzfahrzeugen gemäss RRB Nr. 949/2021 ist in der Praxis etabliert.	8400	2023
BD 7.2f	Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und die Erarbeitung des Waldentwicklungsplans WEP2025+ ist gestartet.	8800	2023
BD 7.2g	Die Revision des Energiegesetzes betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») liegt dem Kantonsrat zum Beschluss vor, einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020.	8500	2023

BD 7.2h	Umsetzung der Projektaufträge des Immobilienamtes betreffend «Ersatz fossiler Energieträger bis 2030» und «Installation von Photovoltaikanlagen auf kantonseigenen Gebäuden bis spätestens 2030».	8100	2030
BD 7.2i	Die langfristige Ersatzplanung zum «Ersatz fossiler Energieträger bis 2030» ist erstellt.	8700	2023
BD 7.2j	Massnahmenplan «Installation von Photovoltaikanlagen auf kantonseigenen Gebäuden bis spätestens 2030» ist erarbeitet.	8700	2023
BD 7.2k	Gesamtschau und Umsetzungskonzept Ladestationen sind erstellt.	8750	2023
BD 7.2l	Mögliche Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen sind angestossen (z.B. Einsatz von CO ₂ -armen Baumaterialien, Re-Use von Bauteilen, LowTec).	8100	2023
BD 7.2m	Inwieweit rechtliche Grundlagen für die Energiegewinnung auf grossen brachliegenden Dachflächen geschaffen werden können, ist geprüft.	8500	2023
BD 7.2n	Massnahmen zur Reduktion von Lebensmittelverlusten gemäss «Aktionsplan nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.	8500	2025
BD 7.2o	Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.	8800	2023
BD 7.3	Der Schutz der Bevölkerung, Umwelt und Natur durch lästige und schädliche Einwirkungen wird gestärkt.		
BD 7.3a	Abschluss der Lärmsanierungen an den Staatsstrassen; sämtliche Lärmschutzprojekte sind aufgelegt.	8400	2024
BD 7.3b	Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.	8500	2024
BD 7.3c	Eine Standortbestimmung und Weiterentwicklung des Massnahmenplans Luftreinhaltung (Teilrevision) sind erfolgt.	8500	2023
BD 7.3d	Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.	8500	2027
BD 7.3e	Der Gewässerraum an den Fliessgewässern im Siedlungsgebiet ist festgelegt.	8500	2024
BD 7.3g	Das Verfahren zur Ausscheidung von Zuströmbereichen um Grundwasserfassungen ist mittels einer Simulation überprüft.	8500	2023
BD 7.3h	Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.	8500	2023
BD 7.3i	Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung lichtarmer Gebiete sind erarbeitet.	8500	2023
BD 7.3j	Der neue Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes (SP FFF 2020) ist im Kanton Zürich umgesetzt, und die FFF als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft sind langfristig gesichert.	8800	2023
BD 7.4	Die Interessen des Kantons bezüglich Bau der geologischen Tiefenlager wahren		
BD 7.4a	Die sicherheitstechnischen Fragen des geologischen Tiefenlagers bezüglich der Gewährleistung der Trinkwasserreserven, Bautechnik und Erosionen sind geklärt. Die fachliche Unterstützung der Regionalkonferenzen und betroffenen Zürcher Gemeinden ist sichergestellt.	8500	2026
BD 7.5	Die kantonale Energiestrategie ist aktualisiert.		
BD 7.5d	Der Ausbau der Photovoltaik wird mit der Schaffung eines Stromfonds (Anpassung des Energiegesetzes in Erfüllung der Motion KR-Nr. 227/2018) beschleunigt.	8500	2023
BD 7.5e	Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.	8500	2026
BD 7.5f	Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.	8500	2026
BD 7.6	Naturschutzgebiete und -potenzialräume sowie wertvolle Landschaften in Qualität und Quantität bei wachsendem Druck und fortschreitendem Klimawandel erhalten		
BD 7.6a	Planungen im Landschaftsraum werden ermöglicht und aktiv gefördert.	8300	2023
BD 7.6c	Die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts ist in Berücksichtigung des Gegenvorschlags des Kantonsrates zur «Natur-Initiative» voranzutreiben.	8800	2023
BD 7.6d	Die Erarbeitung einer kantonalen Biodiversitätsstrategie (als Ablösung des NSGK) für 2025 ist gestartet.	8800	2023
BD 7.6e	Die Potenzialflächen für Moorregenerationen sind erhalten; eine kantonale Potenzialflächenkarte ist festgesetzt und ein Koordinationshinweis im kantonalen Richtplan verankert.	8800	2023
BD 7.6f	Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet.	8800	2023

Baudirektion Legislaturziele

BD 7.7	Stoffliche Ressourcen werden geschont und Stoffkreisläufe in der Abfall- und Bauwirtschaft konsequent geschlossen.		
BD 7.7a	Der Kanton nimmt die Vorbildfunktion hinsichtlich des prioritären Einsatzes von Rückbaumaterialien im Tiefbau wahr. Die dafür erforderlichen Massnahmen werden durch das Tiefbauamt auf der Plattform «Kies für Generationen» entwickelt und umgesetzt.	8400	2023
BD 7.7b	Urban Mining wird als strategisches Werkzeug zur Weiterentwicklung der Abfall- und Ressourcenwirtschaft mit dem Ziel, Stoffkreisläufe konsequent zu schliessen, eingesetzt, indem Potenziale abgeklärt, Innovationen unterstützt und Prioritäten festgelegt werden.	8500	2023
BD 7.7c	Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Deponien, Kiesgrubenauffüllung und landwirtschaftliche Bodenverbesserungen festgelegt.	8800	2023
BD 7.7d	Die Deponieplanung ist umfassend erneuert und im kantonalen Richtplan verankert (Teilrevision 2024).	8500	2024
BD 7.7e	Das Konzept für die Umsetzung des neuen Artikels 106a der Kantonsverfassung «Stoffkreisläufe» ist verabschiedet und Massnahmen dazu sind formuliert.	8500	2023

Volkswirtschaft (Politikbereich 8)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 8.1	Koordination von Schlüsselprojekten der Raumentwicklung im Interesse der Standortentwicklung gewährleisten		
BD 8.1a	Verstetigung des Gebietsmanagements im Sinne einer Daueraufgabe der Vorhabenträger und/oder der Gemeinden	8300	2023
BD 8.2	Zürcher Landwirtschaft bei der Bewältigung der ökonomischen Herausforderungen (Globalisierung) und ökologischen Rahmenbedingungen wirksam unterstützen		
BD 8.2a	Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonalen Strategien (u.a. Klimastrategie), der Umweltziele Landwirtschaft (UZL) und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaft weiterentwickelt.	8800	2023
BD 8.2b	Die Revision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes ist gestartet, und Möglichkeiten zur Förderung von innovativen Massnahmen für nachhaltige Produktionssysteme werden geschaffen.	8800	2023
BD 8.2c	Ein neues Leitbild für die Zürcher Landwirtschaft ist definiert («standortgerechter / klimaverträglicher / Hilfsstoff-minimiert / tierfreundlicher»).	8800	2023

Finanzen und Steuern (Politikbereich 9)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 9.1	Steigerung der Kostentransparenz und Präzision in der Planung und Realisierung von kantonalen Bauvorhaben		
BD 9.1a	Die Massnahmen des Regierungsrates zur Steigerung der Kostentransparenz in der Planung und Realisierung von kantonalen Bauvorhaben sind umgesetzt: Eine Baukostendatenbank mit Baukostenkennzahlen steht zur Verfügung.	8100	2023
BD 9.1d	Die Lebenszykluskosten-Betrachtung als Grundlage für Investitionsentscheide ist etabliert. Erste Massnahmen aus dem Projekt «Wirtschaftliche Nachhaltigkeit Hochbau» sind umgesetzt.	8700	2023
BD 9.1e	Die Treibhausgasreduktion (Ziel Netto Null) wird als Standardkriterium und als Investition in die Zukunft in die Wettbewerbsprogramme aufgenommen.	8100	2025

Allgemeine Verwaltung (Politikbereich 10)

Legislaturziele der Direktion und Massnahmen		LG	bis
BD 10.1	Die Chancen der Digitalisierung nutzen (und die Gefahren abwehren)		
BD 10.1b	ObjektwesenZH: Integration des öffentlichen Grundbuchs in die Plattform «ObjektwesenZH»; Schnittstellenerweiterung der Plattform für die Gebäudeversicherung Kanton Zürich und das kantonale Steueramt; Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten durch Schaffung und Anpassung von Rechtsgrundlagen	8300	2023
BD 10.1c	Die Grundlagen zur Nutzung räumlicher Daten in Augmented- oder Virtual-Reality-Anwendungen sind geschaffen und das Potenzial der neuen Technologie aufgezeigt. Die Realisation eines Pilotprojekts ist abgeschlossen.	8300	2023
BD 10.1d	eBaugesucheZH - Volldigital: Ausbauen der Plattform und der Rechtsgrundlagen für vollständig digitalen Ablauf ohne Papierdossiers	8300	2023
BD 10.1g	Die Einführung des neuen digitalen Arbeitsplatzes (DAP) wird durch flankierende Massnahmen unterstützt. (Koordinierter Einsatz der neuen Tools für die ämterübergreifende Zusammenarbeit)	8000	2023

BD 10.1i	Erfahrungen mit der Bewirtschaftungssoftware FMzh (Facility Management Zürich) sind ausgewertet.	8750	2023
BD 10.1j	Das Konzept der Baudirektion für Building Information Modeling (BIM) ist beschlossen.	8000	2023
BD 10.2	Das Projekt WIM abschliessen und das neue Immobilienmanagement überprüfen sowie einen kontinuierlichen Verbesserungsprozess (KVP) einleiten		
BD 10.2a	Die Erfahrungen im Mietermodell auswerten und in erfolgskritischen Bereichen adjustieren	8700	2023
BD 10.2b	Die Erfahrungen im Delegationsmodell Universität Zürich (UZH) auswerten und in erfolgskritischen Bereichen adjustieren.	8100	2024

Finanzierung

Übersicht

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1 184.2	1 199.4	0.0	0.0	1 199.4	1 334.3	134.9	11.3
Aufwand	-1 420.4	-1 482.6	0.0	-11.4	-1 494.0	-1 531.8	-37.9	-2.5
Saldo	-236.1	-283.2	0.0	-11.4	-294.6	-197.5	97.1	33.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	84.9	91.2	0.0	0.0	91.2	95.8	4.6	5.1
Ausgaben	-536.8	-491.8	-27.0	-92.3	-611.1	-544.5	66.5	10.9
Saldo	-451.8	-400.6	-27.0	-92.3	-519.9	-448.7	71.2	13.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	LG	Begründungen
97.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
74.5	8710	- Hauptsächlich Nettoaufwertungen von Liegenschaften im Finanzvermögen
12.4	8500	- Hauptsächlich Kreditrest der ZKB-Jubiläumdividende (Kreditübertragung) sowie geringere Kapitalfolgekosten
6.9	8910	- Hauptsächlich geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts
3.9	8510	- Nettoauflösung von Rückstellungen für Ausfallkosten belasteter Standorte
3.9	8800	- Hauptsächlich geringere Staatsbeiträge in den Bereichen Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft sowie ausserordentliche Erträge aus der Auflösung des Fonds Familienzulage Landwirtschaft
-6.4	8750	- Höhere Deckungsdifferenz, v.a. infolge höherer nicht verrechenbarer Planungskosten, höherer Kapitalfolgekosten sowie Leerständen
1.9		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

Bedeutende Investitionsprojekte (in Mio. Franken)	R23	Total bewilligte Ausgaben	Total getätigte Ausgaben	Noch zulässige Ausgaben
Ausgaben	-544.5			
- Velohauptverbindung/-schnellroute parallel Brüttenertunnel (84D-50083)	-1.0	-48.5	-2.2	-46.3
- Wallisellen, Veloschnellroute SBB Bahnweg (84D-50075)	-1.0	-23.2	-1.9	-21.3
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-1.5	-67.1	-43.1	-24.0
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-8.2	-94.5	-15.9	-78.6
- Sihl, Thalwil, Entlastungstollen (85W-745)	-39.9	-183.1	-64.2	-118.9
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-2.7	-28.8	-5.6	-23.2
- BI, Uetikon am See, Neubau Kantonsschule inkl. Bildungsreserve (Chance Uetikon) (13216)	-4.5	-23.3	-5.4	-17.9
- BI, Kasernenareal, Militärkasernen ZH Gesamtsanierung BiZE (13666)	-8.8	-122.3	-21.0	-101.3
- BI, Wädenswil, ZHAW, Reidbach, Gebäude D, Neubau (27602)	-8.4	-39.9	-33.0	-6.9
- BI, ZHAW WIN CT TL Neubau und Ersatzneubau (27669)	-4.5	-46.1	-30.9	-15.2
- BI, KWI FHo, KS Wiedikon Filiale Hohlstrasse, Provisorium (45479)	-18.1	-45.5	-20.8	-24.7
- BI, Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Erweiterung mit Ersatzneubau und Turnhalle (72021)	-24.8	-84.2	-52.2	-32.0
- BI, Zürich, Kantonsschulen Schulraumprovisorium Irchel (72127)	-15.0	-42.5	-24.6	-17.9
- BI, Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungspereimeter II, Ersatzneubau Baugewerbliche Berufsschule (77049)	-7.0	-49.3	-17.9	-31.4
- BI, Wetzikon, Gewerbliche Berufsschule, Gesamtsanierung (77088)	-16.6	-47.0	-23.1	-23.9

Baudirektion Finanzierung, Personal- und Lohnstatistik, Parlamentarische Vorstösse

- BD, Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-40.6	-91.2	-87.0	-4.2
- BD, engere Zentralverwaltung Sanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (13723)	-11.5	-122.6	-85.1	-37.5
- DS, Neu-Rheinau, Gebäude 86-88, Wohnheim Tilia Gesamt-erneuerung (20524)	-14.5	-24.1	-21.0	-3.1
- Übrige	-315.9			

Personal- und Lohnstatistik

Beschäftigungsumfang

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	1579.0	1674.2	1629.3	-44.8	-2.7

Δ abs.	LG	Begründungen
-44.8		Abweichungen total R23 zu B23
4.5	8300	- Verschiedenen neue Stellen im Bereich Geoinformation sowie befristete Stellen im Bereich Denkmalpflege
-8.4	8800	- Neue bewilligte Stellen in verschiedenen Bereichen konnten nicht zeitgerecht besetzt werden sowie verzögerte Besetzung von vakanten Stellen infolge Fachkräftemangels
-11.4	8700	- Verzögerte Besetzung von vakanten Stellen infolge Fachkräftemangels
-29.2	8400	- Verzögerte Besetzung von vakanten Stellen infolge Fachkräftemangels
-0.3		- Übrige Abweichungen

Lohnaufwand (Fr. 1000)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
8000 Generalsekretariat	10104	10700	11138	438	4.1
8100 Hochbauamt	16933	17528	18017	489	2.8
8300 Amt für Raumentwicklung	18230	19046	20123	1077	5.7
8400 Tiefbauamt	48718	50918	50046	-872	-1.7
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	29947	30577	31621	1044	3.4
8700 Immobilienamt	17675	20997	20209	-788	-3.8
8800 Amt für Landschaft und Natur	43175	44567	45573	1006	2.3
Total	184782	194333	196727		

Anstellungsverhältnisse (per 31.12.2023)

	Angestellte	Frauen	Männer	Vollzeit	Teilzeit
8000 Generalsekretariat	100	56	44	54	46
8100 Hochbauamt	147	65	82	99	48
8300 Amt für Raumentwicklung	202	101	101	82	120
8400 Tiefbauamt	492	59	433	424	68
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	300	116	184	150	150
8700 Immobilienamt	196	67	129	144	52
8800 Amt für Landschaft und Natur	609	297	312	183	426
Total	2046	761	1285	1136	910

Parlamentarische Vorstösse

Durch den Regierungsrat erledigte Vorstösse und Initiativen

Vorstoss Nr.	Titel	Bericht und Antrag des Regierungsrates	Überweisungsdatum
354/2018	Erleichterung von befristeten Zwischennutzung (Motion Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Pierre Dalcher, Schlieren, und Josef Wiederkehr, Dietikon)	Vorlage 5889 vom 07.03.2023	04.03.2019
225/2018	Klimaverträglichkeitsabschätzung der gesetzlichen Grundlagen (Motion Silvia Rigoni, Beat Bloch und Kathy Steiner, Zürich)	Vorlage 5921 vom 28.06.2023	29.06.2020
228/2018	Klimaschutz: Masterplan Dekarbonisierung – Ausstieg aus den fossilen Energien (Motion Martin Neukom, Winterthur, und Thomas Forrer, Erlenbach)	Vorlage 5921 vom 28.06.2023	29.06.2020
10/2021	Solaranlagen auf den Flachdächern (Postulat Martin Huber, Neftenbach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 10a/2021 vom 07.03.2023	19.04.2021
40/2021	Kreislaufwirtschaft fördern: Einsatz von Beton- und Mischabbruch (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, Alex Gantner, Maur, und Christian Müller, Steinmaur)	Vorlage 40a/2021 vom 07.03.2023	31.05.2021
135/2018	Rettet die Bienen – zum Zweiten (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, und Barbara Schaffner, Otelfingen)	Vorlage 135a/2018 vom 17.03.2023	07.06.2021

Baudirektion
Parlamentarische Vorstösse

66/2019	Ökologische Kleinwohnformen fördern statt verhindern (Postulat Nathalie Aeschbacher, Zürich, Jonas Erni, Wädenswil, und Cornelia Keller, Gossau)	Vorlage 66a/2019 vom 14.06.2023	30.08.2021
92/2019	Klimaschutz durch Moorschutz (Postulat Thomas Wirth, Hombrechtikon, Robert Brunner, Steinmaur, und Ruedi Lais, Wallisellen)	Vorlage 92a/2019 vom 07.06.2023	30.08.2021
282/2021	Kantonale Massnahmen und Vorbereitung gegen Strommangellagen (Postulat Tobias Weidmann, Hettlingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 282a/2021 vom 05.07.2023	27.09.2021
212/2019	Nachhaltigkeit als Kriterium für das öffentliche Beschaffungswesen (Postulat Bettina Balmer-Schiltknecht, Ruth Ackermann, Zürich, und Sonja Gehrig, Urdorf)	Vorlage 212a/2019 vom 20.09.2023	17.01.2022
233/2019	Befreiung von Elektrofahrzeug-Ladestationen an bestehenden Parkplätzen von der Baubewilligungspflicht (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	Vorlage 233a/2019 vom 04.10.2023	17.01.2022
369/2019	Den Mangel an ökologisch wertvollen Magerwiesen beheben (Postulat Beat Monhart, Gossau, David Galeuchet, Bülach, und Andreas Hasler, Illnau-Effretikon)	Vorlage 369a/2019 vom 25.10.2023	31.01.2022
381/2019	Überhöhte Stickstoffeinträge reduzieren (Postulat Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 381a/2019 vom 23.08.2023	31.01.2022
393/2019	Ungenügende ökologische Infrastruktur sanieren (Postulat Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, Theres Agosti Monn, Turbenthal, und Thomas Forrer, Erlenbach)	Vorlage 393a/2019 vom 25.10.2023	31.01.2022
412/2019	Präventionsmassnahmen gegen invasive Neophyten auf kantonseigenen Flächen (Postulat Daniel Wäfler, Gossau, Jonas Erni, Wädenswil, und Thomas Honegger, Greifensee)	Vorlage 412a/2019 vom 15.11.2023	31.01.2022
2/2020	Zielgerichtetes Umweltmanagement für die kantonale Verwaltung (Postulat Stefanie Huber, Dübendorf, Sonja Gehrig, Urdorf, und Daniel Sommer, Affoltern a.A.)	Vorlage 2a/2020 vom 25.10.2023	31.01.2022
10/2020	Lärmsanierung durch Temporeduktionen auf Staatsstrassen (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 10a/2020 vom 12.12.2023	31.01.2022
20/2020	Lärmschutz in Kombination mit Komfortlüftungsanlagen (Postulat Stephan Weber, Wetzikon, Christian Lucek, Dänikon, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	Vorlage 20a/2020 vom 07.12.2023	31.01.2022
385/2021	Wasserstoffstrategie für den Kanton Zürich (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 385a/2021 vom 06.12.2023	21.02.2022
412/2021	Bewirtschaftungskonzept für Renaturierungen (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Konrad Langhart, Stammheim)	Vorlage 412a/2021 vom 06.12.2023	21.02.2022
413/2021	Kreislaufwirtschaft am Bau (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Ann Barbara Franzen, Niederweningen, und Christian Schucan, Uetikon a.S.)	Vorlage 413a/2021 vom 25.10.2023	21.02.2022
89/2020	Solaroffensive I: Bau von Photovoltaikanlagen auf kantonalen Gebäuden, insbesondere Schulhäusern (Motion Sonja Gehrig, Urdorf, Melissa Näf, Bassersdorf, und Christa Stünzi, Horgen)	Vorlage 5921 vom 28.06.2023	28.02.2022
86/2022	Kein Schnellschuss bei der Deponie Tägernauerholz (dringliches Postulat Thomas Honegger, Greifensee, Elisabeth Pflugshaupt, Gossau, und Markus Bärtschiger, Schlieren)	Vorlage 86a/2022 vom 23.03.2023	09.05.2022
122/2020	Lärmsanierung durch Flüsterbeläge auf Staatsstrassen (Postulat Thomas Lamprecht, Bassersdorf, Sandra Bossert, Wädenswil, und Ann Barbara Franzen, Niederweningen)	Vorlage 122a/2020 vom 12.12.2023	20.06.2022
210/2022	Tiefenlager für radioaktive Abfälle: Unabhängige wissenschaftliche Begleitung zur Gewährleistung der Sicherheit und zur Unterstützung der Bevölkerung (dringliches Postulat Wilma Willi, Stadel, Thomas Forrer, Erlenbach, und Sibylle Jüttner, Andelfingen)	Vorlage 210a/2022 vom 21.06.2023	29.08.2022
315/2022	Nachhaltige Datencenter (dringliches Postulat Michael Zeugin, Winterthur, Markus Bärtschiger, Schlieren, und Michael Bänninger, Winterthur)	Vorlage 315a/2022 vom 27.09.2023	31.10.2022
330/2022	Strategische Kontrolle über die AXPO stärken (dringliches Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 330a/2022 vom 04.10.2023	31.10.2022
331/2022	AXPO und EKZ: Versorgung durch erneuerbare Produktion der AXPO (dringliches Postulat Rosmarie Joss, Dietikon, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 331a/2022 vom 04.10.2023	31.10.2022

**Baudirektion
Parlamentarische Vorstösse**

332/2022	AXPO: Versorgung der Eignerkantone stärker gewichten (dringliches Postulat Sandra Bossert, Wädenswil, Rosmarie Joss, Dietikon, und Manuel Sahli, Winterthur)	Vorlage 332a/2022 vom 04.10.2023	31.10.2022
366/2020	Standards für Veloinfrastruktur (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, Sonja Gehrig, Urdorf, Manuel Sahli, Winterthur, und Daniel Sommer, Affoltern a.A.)	Vorlage 366a/2020 vom 10.05.2023	05.12.2022
451/2022	Arbeitsplatzfläche pro Person (Leistungsgruppe Nr. 8700) (Motion Finanzkommission)	Vorlage 5930a vom 27.09.2023	13.12.2022
36/2023	Vorwärts machen mit Umfahrung statt Geldverschleuderung, Schädigung des Gewerbes und Stauverschlechterung (dringliches Postulat Romaine Rogenmoser, Bülach, und Mitunterzeichnende)	Vorlage 36a/2023 vom 19.04.2023	20.03.2023

Unerledigte Vorstösse und Initiativen (Bericht und Antrag in Vorbereitung)

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
351/2019	Raumentwicklung und Nacht (Motion Theres Agosti Monn, Turbenthal, Yvonne Bürgin, Rüti, und Monica Sanesi Muri, Zürich)	31.01.2022
414/2021	Digitalstrategie für die Kreislaufwirtschaft (Postulat Ann Barbara Franzen, Niederweningen, Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, und Christian Schucan, Uetikon a.S.)	21.02.2022
91/2020	Solaroffensive II: Auf jedes Dach eine Photovoltaik-Anlage (Postulat Sonja Gehrig, Urdorf, Franziska Barmettler, Zürich, und Christoph Ziegler, Elgg)	28.02.2022
27/2022	Förderung von Gewächshäusern für eine ökologische Produktion regionaler Lebensmittel (Postulat Martin Farnet-Brandenberger, Stammheim, und Mitunterzeichnende)	25.04.2022
29/2022	Denkmal- und Heimatschutz kontra Klimaschutz (Postulat Erich Vontobel, Bubikon, Hans Egli, Steinmaur, und Thomas Lamprecht, Bassersdorf)	25.04.2022
238/2022	Inland vor Ausland beim Ausbau von erneuerbaren Energienerzeugungsanlagen (Postulat Christin Lucek, Dänikon, und Mitunterzeichnende)	26.09.2022
153/2020	Wir brauchen ein zukunftsgerichtetes Denkmalschutzgesetz (Motion Pierre Dalcher, Schlieren, und Mitunterzeichnende)	03.10.2022
167/2020	Internationale Anbindung des Wirtschaftsraumes Zürich durch direkte Zugverbindungen (Motion Thomas Schweizer, Hedingen, Felix Hösch, Zürich, und Thomas Wirth, Hombrechtikon)	24.10.2022
267/2020	Das Potenzial einheimischer Solarenergie besser nutzen (Motion David Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	24.10.2022
268/2020	Ausbau und Förderung der dezentralen Stromspeicherinfrastruktur (Motion Nicola Siegrist, Franziska Barmettler, Zürich, und Mitunterzeichnende)	05.12.2022
271/2020	Kanton soll möglichst klimaneutral bauen (Postulat Thomas Wirth, Hombrechtikon, Thomas Honegger, Greifensee, und Andrew Katumba, Zürich)	05.12.2022
411/2022	Einführung Standards (Holz-)Modulbauten für Bildungsprovisorien (Postulat Peter Schick, Zürich, und Mitunterzeichnende)	16.01.2023
423/2022	Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen entlang von Staatsstrassen (Postulat Barbara Franzen, Niederweningen, Marc Bourgeois, Zürich, und Alex Gantner, Maur)	16.01.2023
433/2022	Bau von nichtgebäudegebundenen Photovoltaikanlagen im Raum der Trassees des öffentlichen Verkehrs (Postulat Alex Gantner, Maur, Marc Bourgeois, Zürich, und Barbara Franzen, Niederweningen)	16.01.2023
33/2021	Nutzung von Holz als nachhaltiges Baumaterial (Postulat Kommission für Wirtschaft und Abgaben [WAK])	27.02.2023
147/2021	Tiefengeothermie, ein unerschöpfliches Potenzial nutzen (Postulat Christian Lucek, Dänikon, und Mitunterzeichnende)	27.02.2023
154/2021	Biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton (Postulat Jasmin Pokerschnig, Zürich, und Mitunterzeichnende)	27.02.2023
181/2021	Zonenkonforme Nutzungsänderungen im Anzeigeverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	27.02.2023
182/2021	Verkürzte Fristen im Baubewilligungsverfahren (Motion Stephan Weber, Wetzikon, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Domenik Ledergerber, Herrliberg)	27.02.2023
238/2021	Mehr Biodiversität entlang von Velowegen, Strassenbegleitflächen und Lärmschutzwänden (Postulat Hans Egli, Steinmaur, und Mitunterzeichnende)	27.02.2023
129/2023	Brückensanierung Eglisau – Alternativmassnahmen (dringliches Postulat Romaine Rogenmoser, Bülach, und Mitunterzeichnende)	05.06.2023
461/2022	Eine Velo-Schnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen (Postulat Thomas Forrer, Erlenbach, und Mitunterzeichnende)	26.06.2023
286/2023	Ausgleichs- und Ersatzmassnahmen bei den Pistenverlängerungen ohne unnötige Opferung von Fruchtfolgefächern (dringliches Postulat Martin Hübscher, Wiesendangen, Barbara Franzen, Niederweningen, und Ruth Ackermann, Zürich)	25.09.2023

423/2021	Standard Nachhaltigkeit Hochbau für alle Gebäude im Einflussbereich des Kantons (Postulat Thomas Schweizer, Hedingen, und Mitunterzeichnende)	23.10.2023
104/2022	Interessensgebiete für Windenergieanlagen im Richtplan festlegen (Motion David John Galeuchet, Bülach, und Mitunterzeichnende)	23.10.2023
239/2022	Kühle kluge Köpfe in kantonalen Schulen: Massnahmen zur Aufenthaltsqualität mit Energieeffizienz (Postulat Daniela Sun-Güller, Zürich, und Mitunterzeichnende)	30.10.2023
344/2022	Kreislaufwirtschaft – Grünabfall für Biogas und Kompost (Postulat Florian Heer, Winterthur, Manuel Kampus, Schlieren, und Florian Meier, Winterthur)	30.10.2023
226/2023	Mehr Tempo bei Baubewilligungen (Postulat Sonja Rueff-Frenkel, Zürich, Mario Senn, Adliswil, und Simon Vlk, Uster)	04.12.2023
287/2023	Mehr Flexibilität für kirchliche Bauten (Postulat Tobias Langenegger, Zürich, und Mitunterzeichnende)	04.12.2023
345/2022	Kreislaufwirtschaft: Graue Emissionen bei Neubauten senken (Postulat Florian Meier, Florian Heer, Winterthur, und Benjamin Walder, Wetzikon)	04.12.2023
346/2022	Kreislaufwirtschaft: Wiederverwendung von Bauteilen und -materialien (Postulat Silvia Rigoni, Zürich, Florian Heer und Florian Meier, Winterthur)	04.12.2023
347/2022	Kreislaufwirtschaft: Auslegeordnung zu den nötigen gesetzlichen Änderungen (Postulat Karin Fehr Thoma, Uster, Silvia Rigoni, Zürich, und Edith Häusler, Kilchberg)	04.12.2023

Abschreibungen über diesen Geschäftsbericht (Antrag an den Kantonsrat)

Gestützt auf § 45 Abs. 3 KRG beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, folgende Motion mit diesem Geschäftsbericht abzuschreiben.

Vorstoss Nr.	Titel	Überweisungsdatum
9/2020	Umsetzung des Postulats 340/2011: Verbesserung der Sicherheit und Reduktion der Umweltbelastung auf dem Kantonsstrassennetz (Motion Thomas Schweizer, Hedingen, Jonas Erni, Wädenswil, Andreas Hasler, Illnau-Effretikon, und Farid Zeroual, Adliswil)	06.09.2021

Die Motion fordert den Regierungsrat auf, dem Kantonsrat einen Rahmenkredit von mindestens 5 Mio. Franken zuzulasten des Strassenfonds zu unterbreiten. Damit sollen Strecken, bei denen eine Temporeduktion zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit oder zur Reduktion der Umweltbelastung auf dem Kantonsstrassennetz führt, in Absprache mit den Gemeinden baulich angepasst und umsignalisiert werden. Dabei sind insbesondere die im Bericht zum Postulat KR-Nr. 340/2011 «Temporeduktionen innerorts vom 3. Dezember 2015» 20 aufgeführten Strecken einzubeziehen.

Für die Anordnung der zulässigen Höchstgeschwindigkeiten ist die Kantonspolizei zuständig, die sich vorgängig mit dem Tiefbauamt abstimmt. Seit der Einreichung der Motion konnten bei allen kantonalen Strassenprojekten Massnahmen zur Temporeduktion oder Verkehrsberuhigung umgesetzt wer-

den. Von den im Motionstext aufgeführten Streckenabschnitten sind auf 15 Abschnitten Vorabklärungen oder Projekte über die (teilweise) Einführung von Tempo 30 am Laufen, für zwei wurde eine Temporeduktion umgesetzt, für einen Abschnitt ist der Bund zuständig. Bei drei kantonalen Streckenabschnitten ist zurzeit kein Sanierungsprojekt hängig, entweder ist die Erstlärmsanierung abgeschlossen oder es sind keine Strassenprojekte in Planung. Lärm- und sicherheitsrelevante Massnahmen müssen nicht aufgrund unzureichender Mittel aufgeschoben werden. Die Finanzierung aus den ordentlichen Objektkrediten ist etabliert, während ein zusätzlicher Rahmenkredit weder das Tempo der Lärmsanierung erhöht noch die Verkehrssicherheit verbessert. Die Motion KR-Nr. 9/2020 ist daher als erledigt abzuschreiben.

8000 Generalsekretariat

Die Einführung des Dokumentenmanagementsystems (d.3ecm) wurde im Berichtsjahr abgeschlossen. Das System steht allen Mitarbeitenden der Baudirektion zur Verfügung. Der hauptsächliche Nutzen des Systems liegt in einer zentralen Ablage mit effizienten Suchmöglichkeiten, der Versionierung der Dokumente, der Zugriffsregelung sowie der Archivierung von geschäftsrelevanten Dokumenten. Weitere wesentliche Funktionalitäten sind Schnittstellen zu anderen Systemen, wie beispielsweise zu den Systemen der Geschäftskontrolle.

Die in Zusammenarbeit mit internen und externen Fachpersonen erarbeiteten Beschaffungsleitlinien geben Auskunft darüber, wie ökologische und soziale Aspekte bei der Beschaffung berücksichtigt werden können. Sie enthalten Empfehlun-

gen und Ausschreibungskriterien für Bauten, Kleider, Fahrzeuge, Nahrungsmittel und Weiteres und richten sich an alle beschaffenden Stellen des Kantons. Auch Gemeinden können mit ihrer Beschaffungspolitik viel erreichen, indem sie sich an den kantonalen Beschaffungsleitlinien orientieren. Handlungsspielraum für eine nachhaltige Entwicklung hat der Kanton besonders bei den eigenen Tätigkeiten. Hier soll die Umweltbelastung minimiert werden. Umweltkennzahlen und weitere Bestrebungen, die Umweltauswirkungen kantonaler Tätigkeiten zu reduzieren, werden auf der neuen Webseite Umweltkennzahlen und Engagement publiziert.

Die Erfahrungen aus dem Krisenwinter wurden im Rahmen einer Krisenübung mit dem Szenario Stromausfall vertieft.

Aufgaben

- A1 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen in den Bereichen Politik und Recht, Finanzen und Controlling, Organisationsentwicklung und Kommunikation
- A2 Führungsunterstützung für die Baudirektion und ihre Leistungsgruppen im Bereich Personalentwicklung, Personalberatung und Personaladministration
- A3 Informatikunterstützung: Koordination Informatikarbeitsplätze und Fachapplikationen
- A4 Leitung Bewilligungsverfahren und Querschnittaufgaben im Bereich Umwelt

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Bearbeitete Direktionsgeschäfte	A1	893	1 000	815	-185	-18.5
L2 Betreute Anstellungsverhältnisse	A2	1 965	2 055	2 046	-9	-0.4
L3 Koordinierte Informatikarbeitsplätze	A3	1 643	1 790			
L4 Bearbeitete Baugesuche	A4	4 574	4 500	4 195	-305	-6.8
B1 Betreute Anstellungsverhältnisse pro HR-Stelle (ganze Baudirektion)	A2	128	147	134	-13	-8.8
W4 Fristgerecht erledigte Baubewilligungsverfahren, in %	A4	88	80	88	8	

Bemerkungen

- L1 Die tendenziell abnehmende Anzahl Direktionsgeschäfte ist im Zusammenhang mit der Förderung einer zeitgemässen Unternehmenskultur in der Baudirektion zu sehen mit der Stärkung der Eigenverantwortung. Aufgaben werden im zulässigen Rahmen verstärkt an die Ämter und das Generalsekretariat delegiert.
- L3 Der Indikator wird seit dem Berichtsjahr nicht mehr erhoben. Mit der Einführung des digitalen Arbeitsplatzes hat das Amt für Informatik die Verwaltung und Betreuung der IKT-Arbeitsplätze vollumfänglich übernommen und verrechnet diese direkt an die Leistungsbezüger.
- L4 Die Anzahl Baugesuche hat abgenommen, vor allem weil seit Anfang des Berichtsjahres mit der angepassten Bauverfahrensverordnung in verschiedenen Bereichen das vereinfachte Meldeverfahren zur Anwendung kommt.
- B1 Zur Entlastung des Personalwesens konnten im Berichtsjahr befristete Stellen besetzt werden, was zu einer Reduktion der Anstellungen pro HR-Stelle geführt hat.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1g Die Einführung des neuen digitalen Arbeitsplatzes (DAP) wird durch flankierende Massnahmen unterstützt. (Koordinierter Einsatz der neuen Tools für die ämterübergreifende Zusammenarbeit)

Die ämterübergreifenden Tools wurden definiert und durch die Geschäftsleitung der Baudirektion abgenommen. Stand bis
 Abgeschlossen 2023

BD 10.1j Das Konzept der Baudirektion für Building Information Modeling (BIM) ist beschlossen.

Das Vorgehenskonzept und die benötigten Ressourcen wurden Ende 2022 durch den Regierungsrat genehmigt (RRB Nrn. 1642/2022 und 1331/2022). Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	76.4	81.7	82.4	0.7	0.9

Bemerkungen R23 zu B23

- 1.7 Verschiedene neue Stellen im IT-Bereich gemäss RRB Nr. 1331/2022
- 1.0 Hauptsächlich vorübergehende Vakanzen infolge Stellenwechsel

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	21.9	13.6	0.0	0.0	13.6	14.9	1.2	9.0
Aufwand	-69.8	-68.4	0.0	0.0	-68.4	-70.0	-1.6	-2.4
- Übertrag in den NHS-Fonds (8910)	-34.0	-40.0	0.0	0.0	-40.0	-40.0	0.0	0.0
Saldo	-47.9	-54.8	0.0	0.0	-54.8	-55.2	-0.4	-0.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.9	-3.1	0.0	-1.5	-4.6	-1.0	3.6	78.7
Saldo	-0.9	-3.1	0.0	-1.5	-4.6	-1.0	3.6	78.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.5	A3	- Höhere Erträge aus Verrechnung von Informatikdienstleistungen (saldoneutral)
-0.4		- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 sowie aufgrund höheren Beschäftigungsumfangs
-1.5	A3	- Höherer Informatikaufwand, vor allem infolge höheren Informatik-Nutzungsaufwands für Fachapplikationen sowie höherer Verrechnungen des Amtes für Informatik für Serverdienstleistungen und Speicherkapazitäten für die Fachapplikationen der Baudirektion (saldoneutral)
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-328446	7524	0	-320922	7524

8100 Hochbauamt

Das Hochbauamt war im Berichtsjahr für das Projektmanagement von rund 620 laufenden Bauvorhaben verantwortlich, davon 17 Grossprojekte über 100 Mio. Franken. Das Jahr war geprägt von der Einweihung mehrerer kleinerer und mittelgrosser Bauvorhaben wie beispielsweise dem Neubau des Asylzentrums Adliswil, der provisorischen Sporthallen der Kantonschulen Freudenberg und Enge Zürich, der Instandsetzung des Bodmerhauses für die Universität Zürich oder dem Neubau des Laborgebäudes für die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Wädenswil. Mit den 131 Vollzeitstellen konnten bisher neben den kleinen und mittelgrossen Projekten auch die anstehenden Projektierungsarbeiten der Grossprojekte bearbeitet werden. Für die 17 Grossprojekte wie zum Beispiel das Forum UZH, die neue Kantonschule Uetikon am See oder die Gesamtinstandsetzung

der engeren Zentralverwaltung folgen nun die Phasen Ausschreibung und Realisierung, die personalintensiver sind und weitere Stellen benötigen werden. Die Anforderungen an die Projektorganisationen steigen mit der Komplexität der Projekte und des Umfeldes. Dieser Entwicklung begegnete das Hochbauamt im Berichtsjahr mit der Einführung der Projektablaufbahn, einem Förder- und Entwicklungsplan für Mitarbeitende. Verschiedene Profile wie Projektleitung, Multi-, Gesamt- und Grossprojektleitung spiegeln zum einen die geforderten Kompetenzen, zum anderen zeigen sie transparent die Entwicklungsmöglichkeiten für die Mitarbeitenden auf. Das einzigartige Projektportfolio wird so zur Chance für Mitarbeitende und hilft dabei, Fachkräfte zu gewinnen und langfristig zu halten.

Aufgaben

- A1 Planung und Realisierung von Neu- und Umbauten, Erneuerungen sowie Instandhaltung und Instandsetzung im Auftrag des Immobilienamtes, der Universität und der Spitäler
- A2 Beurteilung staatsbeitragsberechtigter Vorhaben im Auftrag der Fachdirektionen und Ämter
- A3 Betreuung Kunstsammlung Kanton Zürich: Kuratorium, Registratur, Artothek und Vermittlung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Neue Projekte	A1	186	160	102	-58	-36.3
L2 Abgeschlossene Projekte	A1	138	160	155	-5	-3.1
L3 Projekte in Bearbeitung	A1	654	650	601	-49	-7.5
L6 Instandhaltungsmandate	A1	54	50	60	10	20.0
L7 Planerwahl/Wettbewerbe	A1	7	10	8	-2	-20.0
L8 Gutachten	A2	140	120	160	40	33.3
L9 Kunstgestaltungsprojekte	A3	27	30	22	-8	-26.7
L11 Bezahlte Rechnungen zulasten Baukredite	A1	17778	16000	16992	992	6.2
L12 Anteil der fristgerechten Erstellung der Bauabrechnungen nach Nutzungsbeginn innerhalb von 18 Monaten (Objektkredit < 3 Mio.) bzw. von 36 Monaten (Objektkredit > 3 Mio.; Zielwert)	A1		70	66.9	-3.1	-4.4
B1 Aufwand HBA-Projektmanagementleistungen im Verhältnis zu Baukosten abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	4.1	4.5	4.8	0.3	
B7 Unterschreitung (negative Zahl) / Überschreitung (positive Zahl) der Baukosten im Vergleich zur Kreditsumme abgeschlossener Projekte der letzten 4 Jahre, in %	A1	-13.6	-9	-12.7	-3.7	
B9 Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in %	A1	91.5	95	90.6	-4.4	
W4 Betreutes Investitionsvolumen mit HBA-Projektmanagementleistungen, in Mio. Franken	A1	11870	9500	11675	2175	22.9
W6 Betreutes Fremdinvestitionsvolumen in Mietobjekten, in Mio. Franken	A1	113	200	60	-140	-70.0
W8 Bezahlte Rechnungen, in Mio. Franken	A1	445	500	405	-95	-19.0
W12 Umweltmanagement: Anteil Bauprojekte im Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz (SNBS) und Minergie (P/A/Eco), in %	A1	75.3	63	80.5	17.5	

Bemerkungen

- L1 Rückgang der Anzahl neuer Projekte, dafür mehr mittlere und grosse Projekte
- W6 Rückgang Fremdinvestitionsvolumen in Mietobjekten aufgrund Projektfertigstellung ZHAW Winterthur Halle 141

Entwicklungsschwerpunkte

BD 7.2d Planung und Realisierung von kantonseigenen Bauvorhaben gemäss den Kriterien des SNBS (Standard Nachhaltiges Bauen Schweiz) bzw. SGNi (Schweizer Gesellschaft für Nachhaltige Immobilienwirtschaft) und im Minergie-(P/A)-Eco-Standard (vgl. kantonaler Nachhaltigkeitsstandard gemäss RRB Nr. 601/2021).

Die Bauvorhaben werden gemäss den Vorgaben in RRB Nr. 601/2021 umgesetzt. Ein Nachhaltigkeitsreporting für die Anzahl Projekte im Minergie-Standard und im SNBS bzw. SGNi zeigt laufend den Stand der Realisierung auf.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

BD 7.2h Umsetzung der Projektaufträge des Immobilienamtes betreffend «Ersatz fossiler Energieträger bis 2030» und «Installation von Photovoltaikanlagen auf kantonseigenen Gebäuden bis spätestens 2030».

Die Erhebung der Liegenschaften, die mit fossiler Energie geheizt werden, und die Priorisierung der Umsetzung ist abgeschlossen. Wegen fehlender personeller Ressourcen können die Massnahmenpläne und somit der Ersatz der fossilen Energieträger nicht wie geplant vorangetrieben werden. Gleiches gilt für die Installation von Photovoltaikanlagen auf den bestehenden kantonseigenen Gebäuden.

Verzögert 2030

BD 7.2i Mögliche Pilot- und Leuchtturmprojekte im Bereich Nachhaltiges Bauen sind angestossen (z.B. Einsatz von CO₂-armen Baumaterialien, Re-Use von Bauteilen, Low-Tec).

Zahlreiche Bauvorhaben werden mit CO₂-armen Baumaterialien, insbesondere Holz, geplant und realisiert. In einigen Projekten werden Bauteile von abzureissenden Gebäuden versuchsmässig wiederverwendet, wobei rechtliche Aspekte wie Gewährleistungsgarantien in Zukunft abgeklärt werden müssen. Dafür wurde eine Online-Bauteil-Plattform entwickelt, die vorerst verwaltungsintern genutzt wird.

Abgeschlossen 2023

BD 9.1a Die Massnahmen des Regierungsrates zur Steigerung der Kostentransparenz in der Planung und Realisierung von kantonalen Bauvorhaben sind umgesetzt: Eine Baukostendatenbank mit Baukostenkennzahlen steht zur Verfügung.

Die Programmierung der Baukostendatenbank ist abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurden in der Datenbank Projektdaten eingelesen, und die Konferenz der Kantonsbaumeister/Innen und Kantonsarchitekt/Innen hat einen Verein gegründet, der die Schirmherrschaft über die Baukostendatenbank übernommen hat. Mehrere Kantone und grosse Städte sind dem Verein bereits beigetreten.

Abgeschlossen 2023

BD 9.1e Die Treibhausgasreduktion (Ziel Netto Null) wird als Standardkriterium und als Investition in die Zukunft in die Wettbewerbsprogramme aufgenommen.

Nachdem jahrzehntelang die Treibhausgasemissionen des Betriebs dank Minergie und dem Einsatz von erneuerbarer Energie reduziert worden sind, rückt in Zukunft die Reduktion der Treibhausgase bei der Erstellung der Bauten in den Vordergrund. Es ist geplant, den externen Planerinnen und Planern Zielwerte (kg CO₂ pro m²) vorzugeben, um dem Ziel Netto Null näher zu kommen.

Planmässig 2025

BD 10.2b Die Erfahrungen im Delegationsmodell Universität Zürich (UZH) auswerten und in erfolgskritischen Bereichen adjustieren.

Die Erfahrungen mit dem Delegationsmodell der Universität Zürich werden 2024 ausgewertet.

Planmässig 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	126.1	130.0	128.3	-1.7	-1.3

Bemerkungen R23 zu B23

-1.7 Vorübergehende Vakanzen aufgrund Verzögerungen bei der Wiederbesetzung von Stellen

Finanzierung

	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.9	0.4	0.0	0.0	0.4	0.5	0.1	14.0
Aufwand	-27.3	-27.6	0.0	0.0	-27.6	-28.3	-0.7	-2.5
Saldo	-26.4	-27.2	0.0	0.0	-27.2	-27.8	-0.6	-2.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
-0.7		- Höherer Personalaufwand, hauptsächlich aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
0.1		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022
plus Bildung 2022
-200449

Verwendung
2023
0

Antrag Bildung 2023
(verbucht 2024)
0

Bestand 31.12.2023
plus Bildung 2023
-200449

Veränderung Bestand
0

8300 Amt für Raumentwicklung

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche kommunale Richt- und Nutzungspläne vorgeprüft und genehmigt. Die Anzahl bearbeiteter Baugesuche ausserhalb Bauzonen, im Landschaftsschutz und im Ortsbildschutz war weiterhin hoch. Die Arbeiten an zwei kantonalen Landschaftsschutzverordnungen wurden fortgesetzt. Die intensive Bautätigkeit führte zu einer grossen Zahl an Baubegleitungen, Dokumentationen und Rettungsgrabungen durch die Abteilung Archäologie und Denkmalpflege. Sehr personalintensiv war die Rettungsgrabung auf dem ehemaligen Spitalfriedhof beim Spitalneubau Universitätsspital Campus MITTE1|2. Abgeschlossen wurde die Auswertung «Silizitversorgung vom 5. bis 3. Jahrtausend

v. Chr. Werkstofftechnologie und Kommunikationsnetze in Zürcher Feuchtbodensiedlungen».

Seit der Inbetriebnahme des kantonalen Leitungskatasters werden die Leitungskatasterinformationen über ein zentrales Portal zur Verfügung gestellt. Im Berichtsjahr wurde das Auskunftsportal für Leitungseigentümer, die bereits Daten geliefert haben, geöffnet. Bis zum Ende des Berichtsjahrs sind 58% der erwarteten Datenlieferungen eingetroffen. Mit dem GIS-Browser 3 wurde ein neues Auskunftssystem für alle relevanten Geoinformationen geschaffen und zu Testzwecken den kantonalen Fachstellen und den Gemeinden zur Verfügung gestellt.

Aufgaben

- A1 Raumplanung: Erarbeitung von Grundlagen; Planen; Genehmigung von Richt- und Nutzungsplänen; Bauwesen im Ortsbild und ausserhalb der Bauzonen
- A2 Denkmalpflege: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von Baudenkmalern
- A3 Archäologie: Erhaltung, Pflege und Dokumentation von archäologischen Denkmälern
- A4 Geoinformation: entscheidungsrelevante, verlässliche raumbezogene Informationen zur Verfügung stellen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne im urbanen Raum	A1	150	160	122	-38	-23.8
L2 Vorgeprüfte und genehmigte kommunale Richt- und Nutzungspläne ausserhalb des urbanen Raums	A1	96	90	90	0	0.0
L3 Bearbeitete Baugesuche zum Bauen ausserhalb der Bauzonen und zum Ortsbildschutz	A1	2192	2300	1996	-304	-13.2
L4 Gebietsplanungen in Bearbeitung	A1	3	2	2	0	0.0
L5 Gebietsplanungen in Umsetzung	A1	11	8	8	0	0.0
L6 Bearbeitete Baugesuche Denkmalpflege	A2	501	500	481	-19	-3.8
L7 Bearbeitete Baugesuche Archäologie	A3	414	500	441	-59	-11.8
L8 Archäologische Interventionen	A3	164	140	171	31	22.1
L10 Erfüllte Leistungskriterien gemäss Service-Level-Agreement-Verträgen DatenlogistikZH, in % (Zielwert)	A4	99.2	98	99.8	1.8	
L11 Verfügbarkeit der Geodaten-Infrastruktur während Servicezeiten, in % (Zielwert)	A4	99.5	98	99.5	1.5	
L12 Technische Verfügbarkeit der Plattform «ObjektwesenZH», in % (Zielwert)	A4	99.2	98	99.8	1.8	
W1 Beanspruchte Bauzone pro Person, in m ²	A1	101	100	99	-1	-1.0
W2 Saldo von Ein- und Auszonungen, in ha	A1	-3.9	10	0	-10	-100.0
W3 Anteil erstelltes Gebäudevolumen in Gebieten, die aus landschaftlicher Sicht einen besonderen Schutz verdienen, in % des gesamten Gebäudevolumens	A1	0.5	0.2	0.1	-0.1	
W4 Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von beitragsberechtigten Bauvorhaben, in %	A2	100		-		
W5 Anteil öffentlich zugänglicher Dokumentationen von begleiteten Bauvorhaben, in %	A3	100	100	100	0	
W8 Unüberbaute Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	477.6	480	443.6	-36.4	-7.6
W9 Umzonungen von überbauten Industrie-/Gewerbezone, in ha	A1	6.15	7.5	10.5	3.0	40.0
W10 Anzahl verfügbarer Geodatensätze (gemäss Anhang kantonalen Geoinformationsverordnung [KGeolV])	A4	165	160	174	14	8.8

Bemerkungen

- L1 Im Unterschied zu den ländlichen Gemeinden hat der Grossteil der Gemeinden im urbanen Raum den Mehrwertausgleich rasch festgesetzt. Dadurch hat in diesen Gemeinden die Planungsdynamik abgenommen.
- L3 Grundsätzlich scheint sich der Wert auf hohem Niveau zu stabilisieren. Der Rückgang gegenüber dem Vorjahreswert kann zum einen auf das derzeitiger weniger attraktive Marktumfeld für Bautätigkeiten, zum anderen auf die Umstellung des Meldeverfahrens für Solaranlagen und Wärmepumpen zurückgeführt werden.
- L7 Im Berichtsjahr fielen weniger Baugesuche an, die eine Stellungnahme der Archäologie erforderten.
- L8 Die Zahl ist vor allem abhängig von den im Berichtsjahr ausgeführten Bauvorhaben, bei denen archäologische Interventionen in den Auflagen vorgesehen waren. Gegenüber dem Vorjahr war eine leichte Zunahme an Interventionen zu verzeichnen.
- W2 Der Saldo von Ein- und Auszonungen war im Berichtsjahr ausgeglichen (jeweils 5.06 ha). Im Sinne der haushälterischen Bodennutzung werden hohe Anforderungen an Einzonungen gestellt. Diese betreffen vor allem Infrastrukturvorhaben und Arbeitszonen.
- W3 Bei einer jährlichen Anzahl von durchschnittlich fünf Gebäuden sind erhebliche Schwankungen bei diesem Indikator nicht aussergewöhnlich.
- W4 Dieser Indikator wird mangels Aussagekraft nicht mehr weitergeführt und wurde deshalb im Berichtsjahr nicht mehr erhoben.
- W9 Stärkere Schwankungen bei diesem Indikator sind jeweils zu erwarten, weil die Dynamik der Umzonungen von überbauten Industrie- und Gewerbebezonen unberechenbar ist und sich aus Einzelfällen ergibt. Die Abweichung vom Budgetwert kann dennoch als moderat bezeichnet werden.
- W10 Das Datenangebot auf der Plattform GIS wurde im Berichtsjahr fortlaufend verbessert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 7d Geeignete Instrumente entwickeln, um Wohnen, Erholung und Arbeit näher zusammenzubringen.

Die Massnahme fand in der Legislatur Beachtung in den Planungsinstrumenten, insbesondere in den regionalen Richtplänen und deren Teilrevisionen. Die Baudirektion sorgt für ein Zusammenspiel zwischen den formellen und informellen Instrumenten. Übergeordnet wurde die Abstimmung von Wohnen, Erholung und Arbeit über das Raumordnungskonzept des kantonalen Richtplans angestrebt. Das Ziel «kurzer Wege» war regelmässig Thema in den Beratungsgesprächen mit den Gemeinden und den regionalen Planungsverbänden.

Abgeschlossen 2023

RRZ 7e Die Siedlungsentwicklung im Umfeld der leistungsfähigen Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs verstärken sowie die Siedlungsentwicklung nach innen ermöglichen.

Die Siedlungsentwicklung im Umfeld der leistungsfähigen Haltepunkte des öffentlichen Verkehrs wurde in der Richt- und Nutzungsplanung konsequent gestärkt, namentlich bei der Entwicklung der Bahnhofumfelder in allen Gemeinden sowie insbesondere in den Zentrumsgebieten gemäss kantonalem Richtplan. Die zwölf Zentrumsgebiete von kantonalen Bedeutung sind durch direkte S-Bahn-Verbindungen an den öffentlichen Verkehr angebunden und weisen bereits heute überdurchschnittlich hohe Nutzungsdichten auf. Ihre Weiterentwicklung ist ein wichtiges Ziel in der Abstimmung zwischen kommunalen und kantonalen Vorhaben.

Abgeschlossen 2023

BD 7.1a Gemeinden beim Einsatz von Planungsinstrumenten unterstützen, um das gesellschaftliche Verständnis und die Akzeptanz zu fördern.

Im Berichtsjahr wurden zahlreiche Ortsplanungsgespräche und Beratungen von Gemeinden durchgeführt und der Erfahrungsaustausch zwischen den Gemeinden über verschiedene Anlässe gefördert. So wurde auch die Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Baudirektion in Planungs- und Baubewilligungsverfahren im Rahmen einer Veranstaltungsreihe thematisiert.

Abgeschlossen 2023

BD 7.1c Die Aktualisierung des kantonalen Ortsbildinventars ist für die 117 betroffenen Ortsbilder abgeschlossen. Das Denkmalpflege-Inventar ist für die Regionen Furtal, Knonaueramt, Limmattal, Unterland, Glattal, Winterthur und Umgebung, Oberland nachgeführt und an die aktuellen inhaltlichen und technischen Anforderungen angepasst. Die Eigentümerinnen und Eigentümer sind informiert.

Im Berichtsjahr konnten 23 weitere Ortsbilder von überkommunaler Bedeutung aktualisiert werden. Zudem wurde erstmals für die Stadt Zürich die Ortsbildaufnahme in enger Zusammenarbeit mit der Stadt durchgeführt. Die Anhörung zur Stadtaufnahme erfolgt 2024. Ebenso ist die Anhörung und Festsetzung der verbliebenen Ortsbildaufnahmen im nächsten Jahr geplant. Die Anhörung zur vorgesehenen Inventarfestsetzung für die Region Glattal ist erfolgt.

Planmässig 2025

BD 7.2a Raumplanerische Massnahmen betreffend Umgang mit dem Klimawandel sind in überkommunalen Richtplänen und in planungs- und baurechtlichen Vorgaben verankert.

Im Herbst 2022 hat der Regierungsrat mit der Teilrevision 2020 des kantonalen Richtplans sowie einer Änderung des Planungs- und Baugesetzes zwei Vorlagen für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung zuhanden des Kantonsrates verabschiedet. Im Berichtjahr fand die Beratung der zuständigen Kommission für Planung und Bau statt. Abgeschlossen 2023

BD 7.6a Planungen im Landschaftsraum werden ermöglicht und aktiv gefördert.

Die Planungen auf Stufe Kanton wurden weitergeführt (z.B. Tösstal). Die Koordination von Schutz- und Nutzungsinteressen ist dabei ein zentrales Anliegen. Abgeschlossen 2023

BD 8.1a Verstetigung des Gebietsmanagements im Sinne einer Daueraufgabe der Vorhabenträger und/oder der Gemeinden

Das Gebietsmanagement Lengg und das Gebietsmanagement im Raum Bassersdorf–Dietlikon–Wangen-Brüttisellen sind etabliert und die Arbeiten kommen planmässig voran. Zudem wurde die Gebietsplanung zur Erweiterung des Hochschulstandorts der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Winterthur abgeschlossen und dem kantonalen Immobilienamt für das Gebietsmanagement übergeben. Abgeschlossen 2023

BD 10.1b ObjektwesenZH: Integration des öffentlichen Grundbuchs in die Plattform «ObjektwesenZH»; Schnittstellenerweiterung der Plattform für die Gebäudeversicherung Kanton Zürich und das kantonale Steueramt; Optimierung der Nutzungsmöglichkeiten durch Schaffung und Anpassung von Rechtsgrundlagen

Der «Go-live» der «Öffentlichen Eigentümerabfrage», welche die elektronische Eigentumsabfrage zu einzelnen Grundstücken über den kantonalen GIS-Browser erlaubt, wurde erfolgreich durchgeführt. Das Amt für Raumentwicklung betreibt dafür die technische Infrastruktur. Fachlich ist das Notariatsinspektorat des Kantons zuständig. Die Konzeptphase für die Schnittstellenerweiterung zur Gebäudeversicherung wurde erfolgreich abgeschlossen. Im Weiteren wurde mit der Realisierungsphase der neuen Schnittstelle gestartet. Verzögert 2023

Es gab jedoch Verzögerungen bei der Schaffung der gesetzlichen Grundlage aufgrund von Ressourcenengpässen und verlängerten Prüfungsphasen.

BD 10.1c Die Grundlagen zur Nutzung räumlicher Daten in Augmented- oder Virtual-Reality-Anwendungen sind geschaffen und das Potenzial der neuen Technologie aufgezeigt. Die Realisation eines Pilotprojekts ist abgeschlossen.

Die Massnahme wurde bereits 2022 abgeschlossen. Abgeschlossen 2023

BD 10.1d eBaugesucheZH - Volldigital: Ausbauen der Plattform und der Rechtsgrundlagen für vollständig digitalen Ablauf ohne Papierdossiers

Der Ausbau der Plattform eBaugesucheZH ist aufgrund der verspäteten Schaffung der gesetzlichen Grundlage und der daraus resultierenden neuen Anforderungen verzögert. Im Weiteren hat die Beratung der gesetzlichen Grundlage im Kantonsrat länger gedauert als veranschlagt. Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	143.6	148.1	152.6	4.5	3.0

Bemerkungen R23 zu B23

4.5 Neue Stellen gemäss RRB Nr. 1331/2022 in der Geoinformation und befristete Stellen in der Denkmalpflege

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	7.4	14.7	0.0	0.0	14.7	7.9	-6.8	-46.1
Aufwand	-36.0	-45.7	0.0	-0.6	-46.3	-38.4	7.8	17.0
- Abschreibungen und Zinsen	-1.3	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-1.4	0.1	5.6
- Staatsbeiträge	-0.1	-6.3	0.0	0.0	-6.3	-0.1	6.2	98.8
Saldo	-28.6	-31.0	0.0	-0.6	-31.6	-30.5	1.1	3.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.0	-55.9
Ausgaben	-1.3	-2.0	0.0	-1.2	-3.2	-0.8	2.4	75.5
Saldo	-1.3	-1.9	0.0	-1.2	-3.2	-0.8	2.4	75.7

Baudirektion Leistungsgruppe 8300

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
6.0	A2	- Geringerer Aufwand Denkmalpflege, da infolge von Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds benötigt wurden (saldoneutral)
2.6	A4	- Tiefere Dienstleistungen Dritter, insbesondere bei der Amtlichen Vermessung durch Verzögerung bei der Umsetzung der Massnahmen aus der Programmvereinbarung mit dem Bund 2020–2023 und beim Projekt Aufbau Leitungskataster
0.7		- Tieferer interner Aufwand für Informatik- und Raumkosten
0.2	A4	- Tiefere Beiträge der Amtlichen Vermessung an Gemeinden
-0.9	A4	- Weniger Beiträge vom Bund durch die Verzögerung bei den Projekten der Amtlichen Vermessung
-1.4	A2, A4	- Höherer Personalaufwand infolge höheren Beschäftigungsumfangs sowie aufgrund der Teuerungslage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-6.0	A2	- Geringerer Ertrag Denkmalpflege, da infolge von Verzögerungen im Projekt Wasserkraftwerk Aabach keine durchlaufenden Beiträge aus dem Gemeinnützigen Fonds benötigt wurden (saldoneutral)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-3.2	-0.8	2.4	
- Kantonales Geoinformationsgesetz; Kantonale Geodatenprodukte, GIS-ZH Luftbildpunkte 2023-2025 (A4)	-0.5	0.0	0.5	- Im Berichtsjahr konnte in den zur Verfügung stehenden Zeitfenstern aufgrund schlechter Wetterbedingungen nicht geflogen werden.
- eBaugesucheZH - Volldigital (BD 10.1d, A4)	-0.7	-0.4	0.3	- Die Verspätung im Bereich der Rechtsentwicklung (Anpassung PBG und BVV) und die daraus resultierenden offenen Fragestellungen bezüglich der technischen Umsetzung haben zu einer signifikanten Verspätung der technischen Spezifikationen geführt. Die budgetierten Mittel konnten deshalb nicht vollumfänglich ausgeschöpft werden.
- ObjektwesenZH (BD 10.1b, A4)	-0.8	-0.1	0.7	- Die konzeptionelle Ausarbeitung der neuen eCH-Schnittstelle zwischen der Gebäudeversicherung (Datenherr/ Domäne) und der Applikation «ObjektwesenZH» hat mehr Workshops benötigt als gedacht. Es mussten verschiedene neue fachliche und technische Abhängigkeiten geklärt und diskutiert werden, die sich aufgrund der neuen Infrastruktur ergeben werden. Die budgetierten Mittel konnten deshalb nicht ausgeschöpft werden.
- GIS-ZH 2020	-0.7	0.0	0.7	- Die Realisation der Projekte für das Geodaten-Portal «GIS-Browser 3» hat sich aufgrund eines erhöhten Entwicklungs- und Implementierungsaufwands gegenüber dem Zeitplan verschoben. Der Aufbau der Basisinstallation der neuen Betriebsplattform «ArcGIS Enterprise» konnte erst nach Bereitstellung der technischen Cloud-Plattform «Microsoft Azure» erfolgen. Der Aufbau der Kollaborationsplattform für den Daten- und Informationsaustausch von raumbezogenen Daten erfolgt erst im Folgejahr 2024. Die budgetierten Mittel konnten deshalb nicht verwendet werden.

Baudirektion
Leistungsgruppe 8300

- Kantonales Geoinformationsgesetz; 3D-Bild ZH (BD 10.1c, A4)	-0.2	0.0	0.2	- Das Projekt ist abgeschlossen, es fielen keine Kosten in der Investitionsrechnung an.
- Übrige	-0.3	-0.3	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -293625	Verwendung 2023 17904	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -275721	Veränderung Bestand 17904
--	-----------------------------	---	--	------------------------------

Bemerkungen
 Verwendung für Personalzwecke

8400 Tiefbauamt

Der Autobahnanschluss A4 in Obfelden-Ottenbach wurde im Juni des Berichtsjahres eröffnet. Die Rheinbrücke in Flaach ist seit Mitte September ersetzt und in Betrieb. Im Hardwald bei Bülach können die Hauptarbeiten zum Ausbau der A51 auf vier Spuren gestartet werden. Die Projektierungsarbeiten für die Strassenverlegung aus dem Neeracherried sowie die Umfahrungen Eglisau und Grüningen sind im Gang. Weiter wurden im ganzen Kanton Schwachstellen und Ergänzungen des Velonetzes entlang und abseits der Kantonsstrassen laufend in die Projektierungsphase überführt.

Im Berichtsjahr wurde damit begonnen, vermehrt Massnahmen mit geringen Kosten aber grosser Verbesserung der Velosicherheit auf bestehenden Strassen umzusetzen. So wurden Velostreifen verbreitert, Velorampen baulich verbessert, Kreuzungssituationen zwischen motorisiertem Indivi-

dualverkehr und Velo klarer gestaltet und die erste Innenringmarkierung zur besseren optischen Führung sowie Geschwindigkeitsreduktion im Kreisel umgesetzt. Viele weitere Massnahmen wurden in laufende Bauprojekte integriert und werden die nächsten Jahre umgesetzt. Ebenso wurde ein Konzept für die optimierte Gestaltung von vortrittsberechtigten Radwegen über Einmündungen erarbeitet.

Die für den Nationalstrassenunterhalt zuständige Gebietseinheit VII konnte die an sie gestellten Anforderungen im betrieblichen Unterhalt vollumfänglich erfüllen. Die anhaltend grosse Bautätigkeit des Bundesamtes für Strassen belastete die Organisation stark. Trotz der hohen Intensität konnten alle Arbeiten termingerecht und zur vollen Zufriedenheit ausgeführt werden.

Aufgaben

- A1 Bau und baulicher Unterhalt: Planung, Projektierung und Bauausführung von Staatsstrassenneu-, -unterhalts- und -ausbauten, einschliesslich Kunstbauten
- A2 Betrieb: Staats- und Nationalstrassen (Auftrag Bund), einschliesslich Tragkonstruktionen und Verkehrseinrichtungen
- A3 Hoheitliche Aufgaben: Konzessionen, Bewilligungen für Werkleitungen
- A4 Querschnittaufgaben: Verkehrszählungen, Lärmschutzsanierungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Instand gesetzte und neu gebaute Strassen, in km	A1	67.694	70	143.548	73.548	105.069
L2	Unterhaltene Staatsstrassen, in km	A2	1310.4	1310.3	1308.4	-1.9	-0.1
L3	Unterhaltene kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen, in km	A2	49.4	49.4	49.4	0.0	0.0
L4	Durch Strasseninspektorat koordinierte Baustellen	A1, A2	141	150	121	-29	-19.3
L5	Erteilte Konzessionen/Bewilligungen für Werkleitungen	A3	745	750	654	-96	-12.8
L6	Beurteilte Baugesuche bezüglich Lärmschutz	A4	763	750	715	-35	-4.7
B1	Kosten pro km Strassenbau und -instandsetzung im Durchschnitt der letzten 5 Jahre, in Fr. (ER und IR)	A1	2190679	2000000	2113954	113954	5.7
B2	Betriebliche Unterhaltskosten pro km der Staatsstrassen (ohne kantonale Autobahnen und Hochleistungsstrassen), in Fr. (ER)	A2	32304	35000	33000	-2000	-5.7
B3	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfristen, in % (ER und IR)	A1, A2, A3, A4	96.6	95	96.0	1.0	
W3	Zustand Kunstbauten, Anteil in schlechtem Zustand, in %	A1	0.9	1.5	1.0	-0.5	
W4	Zustandsindex Fahrbahnoberflächen Staatsstrassen, Anteil in ausreichendem bis gutem Zustand (Erhebung mind. alle 5 Jahre), in %	A1	-	96	89.2	-6.8	
W5	Anteil der instand gesetzten und neu gebauten Strassen am Total der Staatsstrassen, in %	A1	4.98	5	10.57	5.57	
W6	Investitionsvolumen zur Vervollständigung des Radwegnetzes (in Mio. Franken, inkl. Land)	A1	19.4	20	26.5	6.5	32.5

Bemerkungen

- L1 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- L2 Abklassierung der neuen Meilenerstrasse in Egg von einer Staats- zu einer Gemeindestrasse und Abklassierung und Anpassung der Achsen bei der Umfahrung Obfelden-Ottenbach.
- B1 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- B2 Die Kosten für den Winterdienst des Berichtsjahres fielen tiefer aus als angenommen.
- W4 Tendenziell sind in allen Zustandsklassen leichte Verschlechterungen eingetreten. Durch vermehrte Betriebs- und Gestaltungskonzepte anstelle von reinen Instandsetzungen gibt es pro eingesetzten Franken weniger Wirkung in der Instandsetzung zugunsten der Gestaltung und des Ausbaus der Infrastruktur (Velo, Hitzeminderung, Lärm, Gestaltung). Dadurch wird ein grösserer Nutzen für die Gesellschaft erzielt. Der Fahrbahnzustand ist aber weiterhin auf einem guten Niveau.
- W5 Projektbezogene Abweichung, da jedes Projekt nur einmal (im Abschlussjahr) erfasst wird.
- W6 Projektbezogene Abweichung

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 6a Den in den regionalen Richtplänen verankerten Velonetzplan mit speziellem Fokus auf die urbanen Räume und einen effizienten Mitteleinsatz umsetzen.

Im Glattal wurden eine Veloschnellroute und eine -hauptverbindung geplant, die mit dem SBB-Grossprojekt MehrSpur Zürich–Winterthur umgesetzt werden. Dieses Projekt befindet sich in der Plangenehmigungsphase. Zusammen mit der Verlängerung der Glattalbahn Richtung Bassersdorf wurde die Velohauptverbindung in Kloten geplant. Auch dieses Projekt befindet sich in der Plangenehmigungsphase. Im Limmattal ist eine Veloschnellroute geplant. Die Umsetzung erfolgt in verschiedenen Teilprojekten durch den Kanton und die Städte Dietikon und Schlieren. Die Umsetzung der Veloinfrastruktur gestaltet sich in urbanen Räumen aufgrund der Umverteilung des Strassenraums als herausfordernd. Die Erarbeitung der Standards Veloverkehr wurde im Berichtsjahr abgeschlossen und veröffentlicht. Sie sind für alle kantonalen Veloprojekte anzuwenden. Damit wird die Situation für Velofahrende verbessert.

Abgeschlossen 2023

RRZ 6e Siedlungsverträglichkeit der Staatsstrassen in Ortszentren verbessern mit Fokus auf Geschwindigkeit, Trennwirkung, Sicherheit, Velo- und Fussverkehr sowie Aufenthaltsqualität.

Seit 2022 arbeitet das Amt nach den Standards Staatsstrassen. Diese entsprechen einem Paradigmenwechsel. Sie legen den Fokus auf eine siedlungsorientierte und ganzheitliche Strassenraumplanung. Mit den neuen Standards Veloverkehr und der Wegleitung Hitzeminderung bei Strassenprojekten werden auch diese Themen stärker gewichtet. Im Rahmen von Betriebs- und Gestaltungskonzepten werden in kooperativer Zusammenarbeit mit den betroffenen Gemeinden ortsspezifische und ganzheitliche Strassenraumgestaltungen erarbeitet. Weiter können mit lärmarmen Belägen und mit Temporeduktionen mittels fallbezogener Betrachtung durch Verkehrsgutachten Lärmreduktionen und ein Schutz der betroffenen Bevölkerung erreicht werden.

Abgeschlossen 2023

BD 7.2e Der Standard für die Beschaffung von CO₂-freien Nutzfahrzeugen gemäss RRB Nr. 949/2021 ist in der Praxis etabliert.

Der Standard für die Beschaffung von CO₂-freien Nutzfahrzeugen gemäss RRB Nr. 949/2021 ist etabliert. Der Markt kann jedoch viele Fahrzeuge noch nicht zur Verfügung stellen.

Abgeschlossen 2023

BD 7.3a Abschluss der Lärmsanierungen an den Staatsstrassen; sämtliche Lärmschutzprojekte sind aufgelegt.

Die Arbeiten zur Erstsanierung entlang der Staatsstrassen sind weit fortgeschritten. Voraussichtlich sind bis Ende 2024 sämtliche Lärmsanierungsprojekte aufgelegt. Unter Berücksichtigung der technischen Machbarkeit wurden auf zahlreichen Strecken hochwirksame mikroporige Beläge oder lärmarme Standardbeläge eingebaut. Da vielerorts weiterhin Grenzwertüberschreitungen auftreten, sind auf verkehrstechnisch geeigneten Abschnitten in verschiedenen Strassenbauprojekten zusätzlich Temporeduktionen aus Lärmschutzgründen eingeplant. Die Lärmsanierung bleibt nach Abschluss der ersten flächendeckenden Sanierungsrunde eine Daueraufgabe.

Planmässig 2024

BD 7.7a Der Kanton nimmt die Vorbildfunktion hinsichtlich des prioritären Einsatzes von Rückbaumaterialien im Tiefbau wahr. Die dafür erforderlichen Massnahmen werden durch das Tiefbauamt auf der Plattform «Kies für Generationen» entwickelt und umgesetzt.

Die Recyclingquote für die Verwertung des Ausbauasphalts bei den bituminösen Schichten ist weiter gestiegen und beträgt bereits 55% (Ausgangswert 33%). Der Recyclinganteil in den bituminösen Schichten wird seit dem Berichtsjahr als Zuschlagskriterium verwendet. Im Sommer des Berichtsjahres ist die Arbeit an zwei weiteren Projekten von Kies für Generationen gestartet. Es geht einerseits um Performance-orientierte Prüfmethode bei der Verwendung von Ausbau- oder Niedertemperaturasphalt, andererseits wird ein einheitliches Verfahren für die Darstellung der Ökobilanz definiert. Bei den ungebundenen Fundationsschichten steht die Verwertung vor Ort im Vordergrund.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	476.4	500.6	471.4	-29.2	-5.8

Bemerkungen R23 zu B23

-29.2 Die Besetzung von offenen Stellen verzögerte sich infolge Fachkräftemangels.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	290.0	299.6	0.0	0.0	299.6	304.8	5.2	1.7
- Entschädigungen und Beiträge vom Bund	38.9	44.5	0.0	0.0	44.5	40.3	-4.2	-9.4
- Übertrag aus Strassenfonds	209.0	221.2	0.0	0.0	221.2	227.0	5.7	2.6
- Übrige Erträge	42.2	33.8	0.0	0.0	33.8	37.5	3.6	10.8
Aufwand	-290.0	-299.6	0.0	0.0	-299.6	-304.8	-5.2	-1.7
- Abschreibungen und Zinsen	-85.2	-83.1	0.0	0.0	-83.1	-82.6	0.5	0.0
- Betriebsaufwand	-204.9	-216.5	0.0	0.0	-216.5	-222.2	-5.7	-0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	28.7	12.8	0.0	0.0	12.8	14.7	1.9	14.7
Ausgaben	-127.4	-120.9	0.0	0.0	-120.9	-128.9	-8.1	-6.7
Saldo	-98.7	-108.1	0.0	0.0	-108.1	-114.3	-6.2	-5.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
5.7		- Höherer Übertrag aus dem Strassenfonds (VD)
3.2	A2	- Geringerer betrieblicher Staatsstrassenunterhalt
2.2	A2	- Höhere Rückerstattungen Nationalstrassen
2.0	A1	- Tieferer Planungsaufwand Dritter
1.2		- Geringere Personalkosten infolge geringeren Beschäftigungsumfangs
1.1	A2	- Geringerer Unterhalt für Hochbauten und Mobilien
0.6	A2	- Geringere Abschreibungen auf Hochbauten und Mobilien infolge geringerer Investitionen
0.5	A1	- Geringerer projektbedingter baulicher Nationalstrassenunterhalt
0.5	A2	- Höhere Einnahmen aus Konzessionen
-0.7	A2	- Höherer betrieblicher Nationalstrassenunterhalt
-0.9		- Höhere Dienstleistungen Dritter
-0.9		- Höherer übriger Sachaufwand
-1.1	A1	- Tiefere Eigenleistungen auf Sachanlagen und angefangenen Arbeiten
-1.7	A1	- Tiefere Auflösung von planmässigen und ausserplanmässigen passivierten Investitionsbeiträgen
-11.6	A1	- Höherer projektbedingter baulicher Staatsstrassenunterhalt
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	12.8	14.7	1.9	
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	0.0	0.1	0.1	- Nicht budgetierter Kostenbeitrag der Gemeinde Eglisau an Trinkwasserleitung
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	0.0	7.6	7.6	- Der Kostenbeitrag des ASTRA erfolgte im Berichtsjahr bei Inbetriebnahme des Autobahnzubringers Obfelden-Ottenbach anstatt nach der Schlussabrechnung mit dem Generalunternehmer (GU+-Modell).
- Übrige	12.8	7.0	-5.8	
Ausgaben total	-120.9	-128.9	-8.1	
- Velohauptverbindung/-schnellroute parallel Brüttenertunnel (84D-50083)	-0.6	-1.0	-0.4	- Mehraufwand im Planungsverfahren
- Wallisellen, Veloschnellroute SBB Bahnweg (84D-50075)	-0.2	-1.0	-0.8	- Mehraufwand im Planungsverfahren
- Umfahrung Obfelden-Ottenbach (84L-00001)	-4.1	-9.1	-5.0	- Verschiebung aus Zahlungsplan, Nachträge und Mehrausmass zum Werkvertrag sowie Teuerung Unternehmer
- Bülach/Eglisau, Ausbau Schaffhauserstrasse (Hardwald) (84L-10104)	-8.6	-8.2	0.4	- Verzögerter Start der Hauptarbeiten infolge Submissionsbeschwerde
- Sanierung Umfahrung Glattfelden (84L-10122)	-0.2	-0.2	0.0	

Baudirektion
Leistungsgruppe 8400

- Schlieren, Engstringerknoten/Kreisel (84S-81022)	-0.3	-0.1	0.2	- Verzögerung infolge Einsprachen
- Weiningen, Niederholz-/Überlandstrasse (84S-81149)	-0.1	-0.1	0.0	
- Schwerzenbach-Volketswil, Betriebs- und Gestaltungskonzept Industriestrasse (84S-81219)	-0.1	-0.2	-0.1	- Es wurden zusätzlich Belagsuntersuchungen und Kanal-TV-Aufnahmen durchgeführt.
- Eglisau, Betriebs- und Gestaltungskonzept Ortsdurchfahrt (84S-82064)	-0.5	-0.7	-0.2	- Zusätzliche Behandlung von Einwendungen, Begehren und dringlichen Postulaten
- Übrige	-106.2	-108.3	-2.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -473000	Verwendung 2023 57000	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -416000	Veränderung Bestand 57000
--	-----------------------------	---	--	------------------------------

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft

Im Berichtsjahr wurde der Massnahmenplan Abfall- und Ressourcenwirtschaft überarbeitet. Bestandteil davon war die Gesamtschau der Deponien sowie Massnahmen zur Abfallvermeidung und die Weiterentwicklung der schadstoffarmen Kreisläufe bei der Kunststoffverwertung. Im November des Berichtsjahres haben 13 Betriebe die ÖKOPROFIT-Auszeichnung erhalten, ein praxisorientiertes Einstiegsprogramm zur Verbesserung der Ressourceneffizienz in Betrieben. Die Massnahmenplanung zur Umsetzung der Klimastrategie wurde aktualisiert und ist neu auf einer dynamischen Webseite aufgeschaltet, auf der sie regelmässig angepasst und-

ergänzt wird. Im Bereich Energie wurden die Anwendungspotenziale von Photovoltaik auf Infrastrukturanlagen untersucht und in einer Studie publiziert. Das aus der ZKB-Jubiläumsdividende finanzierte Projekt #hallowasser schafft neue Erholungs- und Verweilplätze an den Zürcher Flüssen und Bächen. Die Analysenverfahren für die Untersuchung der Schadstoffe PFAS, TFA wurden weiterentwickelt sowie Messungen von Grundwasser und Oberflächengewässern zur Einschätzung der Umweltauswirkungen im Kanton durchgeführt.

Aufgaben

- A1 Die Hochwassersicherheit wird durch gezielte bauliche Schutzmassnahmen, Gewässerrevitalisierung und den Gewässerunterhalt verbessert.
- A2 Ein effizienter Umweltschutzvollzug wird sichergestellt.
- A3 Die Bevölkerung wird in Innenräumen und im Freien vor übermässiger Luftverschmutzung und Strahlung geschützt.
- A4 Die Abfälle werden umweltgerecht entsorgt und so weit wie möglich als Ressourcen genutzt.
- A5 Eine sichere und nutzeroptimierte Energieversorgung wird sichergestellt.
- A6 Treibhausgase werden durch die Förderung der Energieeffizienz und der erneuerbaren Energien vermindert.
- A7 Es wird eine sichere, ausreichende und wirtschaftliche Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung gewährleistet.
- A8 Die Gewässer werden überwacht, vor schädlichen Einwirkungen geschützt und ihre ökologischen Funktionen werden erhalten oder wiederhergestellt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Realisierte kantonale Hochwasserschutzprojekte (Zielwert)	A1	1	1	0	-1	-100.0
L2	Einsätze Schadenfallpikett	A2	198	200	174	-26	-13.0
L3	Bewilligungen und Kontrollen im betrieblichen Umweltschutz	A2	1853	1800	2088	288	16.0
L4	Kontrollen bei Mobilfunkanlagen	A3	364	450	404	-46	-10.2
L7	Unterhaltene Gewässergebiete, in ha	A1	1739	1726	1745	19	1.1
L8	Revitalisierte Gewässer, in km	A8	3.02	5	2.78	-2.22	-44.40
B6	Anteil der bezahlten Kreditorenrechnungen innerhalb der kantonalen Zahlungsfrist, in %	A1	95.5	95	97	2	
W4	Anteil übermässig belasteter Bevölkerung bezüglich NO ₂ , in %	A3	0.1	1	0.1	-0.9	
W9	Verwertung mineralischer Rückbaustoffe in gebundener Form, in %	A4	63				
W10	Durchschnittliche Dauer der ungeplanten Stromunterbrechungen pro Endverbraucher, in Min.	A5	4	15	6.5	-8.5	-56.7
W11	CO ₂ -Ausstoss pro Kopf, in t	A6	3.8	3.9	3.6	-0.3	-7.7
W12	Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtverbrauch (ohne Mobilität), in %	A6	21				
W13	Anteil der Bevölkerung mit aktueller Wasserversorgungsplanung, in %	A7	93.2	95	95.2	0.2	
W14	Anteil Wasserproben, welche die Qualitätsanforderungen erfüllen, in %	A8	82				
W18	Verwertungsquote mineralischer Rückbaustoffe, in %	A4	93	100	92.4	-7.6	-7.6
W19	Anteil erneuerbare Energie und Abwärme an der Wärmeversorgung, in %	A6		32.5	32.0	-0.5	-1.5
W20	Anteil im Kanton erzeugter erneuerbarer Strom am Gesamtstromverbrauch, in %	A6		18	17	-1	-5.6
W21	Anteil Wasserproben aus Fliessgewässern mit Erfüllung der stoffspezifischen Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2035 = 90%), in %	A8		34	30	-4	-11.8

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
W22 Anteil Grundwasserfassungen mit Erfüllung der Anforderungen für Mikroverunreinigungen (Ziel 2030 = 98%), in %	A8		95	94	-1	-1.1

Bemerkungen

- L1 Im Berichtsjahr wurden keine Projekte abgeschlossen, es erfolgten jedoch umfangreiche Ergänzungsbauten bei zwei Hochwasserrückhaltebecken, und das Grossprojekt Entlastungsstollen Thalwil ist im Bau.
- L3 Neu werden auch die Kontrollen und Bewilligungen der Sektion Abfallwirtschaft mitberücksichtigt (rund 200). Die Budgetvorgabe für L3 wird in den Folgejahren entsprechend auf 2000 angehoben.
- L4 Weniger Baugesuche und weniger nicht bewilligungspflichtige, aber zu kontrollierende Änderungen als prognostiziert. Dies schlägt sich in der Anzahl der Kontrollen nieder.
- L7 Es sind Flächen neu dazugekommen bzw. es waren noch nicht alle als Unterhaltsflächen im GIS klassiert.
- L8 Zusammen mit dem Projekt «Vielfältige Zürcher Gewässer» (1.2 km) und mit durch Strukturelemente aufgewertete Strecken (1.04 km) ergibt sich mit den Revitalisierungen eine Gesamtstrecke von 5.02 km.
- W9 Der Indikator wurde ersetzt durch W18.
- W11 Die Anzahl Heizgradtage am Standort Zürich Fluntern war in den letzten Jahren infolge der sehr warmen Winter sehr niedrig.
- W12 Der Indikator wurde ersetzt durch W19 und W20.
- W14 Der Indikator wurde ersetzt durch W21 und W22.
- W18 Bereits ergriffene Massnahmen zur Erhöhung der Verwertungsquoten benötigen mehr Zeit bis sie messbar greifen. Die beiden zusätzlichen Massnahmen «Behandlungsregel» und «Positivliste» werden 2024 eingeführt.
- W21 Es handelt sich um einen neuen Indikator. Die Abweichung liegt im Bereich der erwarteten Streuung.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

RRZ 7a Eine langfristige Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung definieren.

Die Massnahmenplanung und das Monitoring zur Umsetzung der langfristigen Klimastrategie wurden erstellt und auf der kantonalen Webseite aufgeschaltet. Abgeschlossen 2023

RRZ 7b Die Massnahmenpläne «Verminderung der Treibhausgase» und «Anpassung an den Klimawandel» überprüfen und aktualisieren.

Die Massnahmenpläne wurden aktualisiert und in einer neuen Massnahmenplanung zusammengeführt. Die Massnahmenplanung wurde neu in die dynamische Form einer Webseite überführt. Abgeschlossen 2023

BD 1.1a Der «Entlastungsstollen Thalwil», der Hochwasser von der Sihl oberhalb von Langnau a.A. in den Zürichsee bei Thalwil leitet, ist im Bau.

Der Bau des Entlastungsstollen Thalwil wurde Ende 2022 erfolgreich gestartet. Der Entlastungsstollen wird voraussichtlich 2026 fertiggestellt und in Betrieb genommen. Abgeschlossen 2023

BD 1.1b Die Projektierungsphase für den Hochwasserschutz «Altbach, Hochwasserschutz Kloten» ist zusammen mit dem Verlängerungsprojekt der Glattalbahn abgeschlossen (Plangenehmigung durch das BAV) und ein Baukredit (Kantonsratsbeschluss) liegt vor.

Das Plangenehmigungsgesuch wurde am 5. Oktober des Berichtsjahres dem Bundesamt für Verkehr eingereicht. Die Vorlage liegt im Entwurf vor und wird nach dem Beschluss der Revision der Bau- und Zonenverordnung der Stadt Kloten an den Kantonsrat überwiesen. Die Verzögerung des Baukredits hat keinen Einfluss auf den Terminplan des Gesamtprojekts. Verzögert 2023

BD 7.1b Die gesetzlichen Grundlagen der Störfallvorsorge sind überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Planungs- und Baubehörden sind informiert.

Die Entwicklung der Störfallrisiken bei Ausnützung der bestehenden Baumöglichkeiten nach Bau- und Zonenordnungen wurde untersucht, der tatsächliche Handlungsbedarf überprüft und die Anpassung der Rechtsgrundlage weiter vorangetrieben. Die Umsetzung der Massnahme ist aufgrund vorübergehender Ressourcenengpässe leicht verzögert. Verzögert 2024

BD 7.2g Die Revision des Energiegesetzes betreffend Klimaziele und Massnahmen («Klimarevision Energiegesetz») liegt dem Kantonsrat zum Beschluss vor, einschliesslich Umsetzung der Solaroffensive gemäss Motion KR-Nr. 89/2020.

Die Revision des Energiegesetzes wurde im Berichtsjahr durch den Regierungsrat beschlossen und zuhänden des Kantonsrates verabschiedet (RRB Nr. 825/2023). Abgeschlossen 2023

BD 7.2m Inwieweit rechtliche Grundlagen für die Energiegewinnung auf grossen brachliegenden Dachflächen geschaffen werden können, ist geprüft.

Die Prüfung wird zusammengelegt mit der Bearbeitung der überwiesenen Motion KR-Nr. 267/2020 und der Beratung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 334/2022. Verzögert 2023

BD 7.2n Massnahmen zur Reduktion von Lebensmittelverlusten gemäss «Aktionsplan nachhaltige Ernährung» sind umgesetzt.

Verschiedene Projekte wie der Food Day, eine Richtlinie Gastrobetriebe, der CO₂-Quick-Check und eine Wanderausstellung zu Food Waste wurden umgesetzt.

Planmässig 2025

BD 7.3b Das neue Wassergesetz und die dazugehörige Verordnung sind in Kraft und die Vollzugsgrundlagen liegen vor.

Die Wasserverordnung wurde erarbeitet, intern vernehmlasst und die externe Vernehmlassung gestartet. Die Erarbeitung der Vollzugsgrundlagen schreitet voran.

Verzögert 2024

BD 7.3c Eine Standortbestimmung und Weiterentwicklung des Massnahmenplans Luftreinhaltung (Teilrevision) sind erfolgt.

Die Standortbestimmung wurde abgeschlossen und auf der Webseite aufgeschaltet. Die Weiterentwicklung erfolgt im Massnahmenplan Ammoniak (siehe BD 7.3h).

Abgeschlossen 2023

BD 7.3d Die Sanierung von Altlasten bei sanierungsbedürftigen Standorten wird entsprechend der Gefährdung priorisiert und vorangetrieben, insbesondere auch bei den Altlasten im Zürichsee.

Die Planungen der Sanierungen vor Horgen und Richterswil wurden vorangetrieben. Die Seegrundsa- nierung vor Uetikon wurde bis auf den Bereich der bestrittenen Projektänderung abgeschlossen.

Planmässig 2027

BD 7.3e Der Gewässerraum an den Fliessgewässern im Siedlungsgebiet ist festgelegt.

Es gab Verzögerung aufgrund von Gesprächen mit Fachstellen, Verbänden und den grossen Städten im Hinblick auf eine stärkere Interessenabwägung. Ende 2025 wird der Gewässerraum im Siedlungs- gebiet mehrheitlich festgelegt sein.

Verzögert 2024

BD 7.3g Das Verfahren zur Ausscheidung von Zuströmbereichen um Grundwasserfas- sungen ist mittels einer Simulation überprüft.

Diese Massnahme wurde zugunsten einer Mitwirkung in der Arbeitsgruppe des Bundesamtes für Umwelt aufgegeben. Durch die Mitarbeit können die Ziele deutlich besser erreicht werden.

Verzicht 2023

BD 7.3h Der Massnahmenplan Ammoniak ist auf Stufe Regierungsrat festgesetzt.

Das Projekt ist aufgrund unterschiedlicher Interessen der zahlreichen Anspruchsgruppen sowie des angestrebten Reduktionsziels, die einschneidende Massnahmen umfassen, anspruchsvoll und dadurch leicht verzögert.

Verzögert 2023

BD 7.3i Massnahmen zur Reduktion der Lichtverschmutzung und zur Schaffung licht- armer Gebiete sind erarbeitet.

Beide parlamentarische Geschäfte werden gemeinsam mit der Richtplanrevision 2024 bei allen Gemeinden und weiteren Anspruchsgruppen vernehmlasst. Im Berichtsjahr liefen Vorbereitungsarbei- ten für die beiden Geschäfte. Die zeitliche Abstimmung der Vernehmlassungen der beiden Geschäfte mit der Richtplanrevision 2024 hat zur Verzögerung geführt.

Verzögert 2023

BD 7.4a Die sicherheitstechnischen Fragen des geologischen Tiefenlagers bezüglich der Gewährleistung der Trinkwasserreserven, Bautechnik und Erosionen sind geklärt. Die fachliche Unterstützung der Regionalkonferenzen und betroffenen Zürcher Gemeinden ist sichergestellt.

Das Projekt für das geologische Tiefenlager wurde kritisch und konstruktiv begleitet. Der Kanton unterstützte die betroffenen Gemeinden in Fachfragen und im Austausch mit anderen Verfahrensbe- teiligten.

Planmässig 2026

BD 7.5d Der Ausbau der Photovoltaik wird mit der Schaffung eines Stromfonds (Anpas- sung des Energiegesetzes in Erfüllung der Motion KR-Nr. 227/2018) beschleunigt.

Bereits im Vorjahr wurden auf Bundesebene starke Massnahmen zur Beschleunigung des Ausbaus der Solarenergie ergriffen. Zudem überstieg die Nachfrage nach Solarinstallationen das Angebot an Material und Fachkräften. Die Motion KR-Nr. 227/2018 wurde daher mit dem Geschäftsbericht 2022 des Regierungsrates als erledigt beschrieben.

Abgeschlossen 2023

BD 7.5e Der Bericht Energiestrategie und -planung 2026 ist verabschiedet und die Umsetzung der Massnahmen läuft.

Mit den Vorbereitungsarbeiten wird 2024 begonnen.

Planmässig 2026

BD 7.5f Die Massnahmen zur Beschleunigung des Umstiegs von fossiler auf erneuer- bare Wärmeversorgung sowie zur Erhöhung der Sanierungsrate im Gebäudebereich werden gut aufeinander abgestimmt fortgeführt.

Die Massnahmen in den Bereichen Vorschriften, Förderung, Beratung und Rahmenbedingungen wur- den fortgeführt. Seit Anfang des Berichtsjahres braucht es bei Wärmepumpen in Standardfällen nur noch eine Meldung und keine Bewilligung mehr (Änderung der Bauverfahrensverordnung).

Planmässig 2026

BD 7.7b Urban Mining wird als strategisches Werkzeug zur Weiterentwicklung der Abfall- und Ressourcenwirtschaft mit dem Ziel, Stoffkreisläufe konsequent zu schliessen, eingesetzt, indem Potenziale abgeklärt, Innovationen unterstützt und Prioritäten festgelegt werden.

Verschiedene Massnahmen wurden vorangetrieben. So wurde beispielsweise eine Studie durchgeführt zur Abschätzung des Potenzials von Materialien des Marktkehrichts, die statt thermisch stofflich verwertet werden könnten. Abgeschlossen 2023

BD 7.7d Die Deponieplanung ist umfassend erneuert und im kantonalen Richtplan verankert (Teilrevision 2024).

Die Facharbeiten zur Gesamtschau Deponien wurden abgeschlossen; die Arbeiten für die Revision des kantonalen Richtplans gestartet. Planmässig 2024

BD 7.7e Das Konzept für die Umsetzung des neuen Artikels 106a der Kantonsverfassung «Stoffkreisläufe» ist verabschiedet und Massnahmen dazu sind formuliert.

Die Erarbeitung der Strategie zur Kreislaufwirtschaft im Kanton wurde auf Fachebene abgeschlossen und die politische Diskussion vorbereitet. Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	238.4	249.0	249.6	0.7	0.3

Bemerkungen R23 zu B23

0.7 Überlappende Besetzung von Stellen bei Wiederbesetzungen

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	32.5	32.9	0.0	0.0	32.9	33.7	0.8	2.4
Aufwand	-96.8	-104.9	0.0	-10.8	-115.7	-104.1	11.6	10.0
- Abschreibungen und Zinsen	-27.4	-31.8	0.0	-1.8	-33.6	-29.1	4.5	13.5
Saldo	-64.3	-72.0	0.0	-10.8	-82.8	-70.5	12.4	14.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	43.9	64.2	0.0	0.0	64.2	73.5	9.3	14.4
Ausgaben	-71.0	-111.9	0.0	-88.1	-200.0	-111.5	88.5	44.3
Saldo	-27.1	-47.7	0.0	-88.1	-135.8	-38.0	97.8	72.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
12.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
9.2		- Hauptsächlich bisher nicht verwendeter Nachtragskredit der ZKB-Jubiläumsdividende. Dieser wurde am 15. November 2021 vom Kantonsrat bewilligt und wird über eine Laufzeit von rund zehn Jahren genutzt. Kreditreste diese Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.
2.4	A1	- Tiefere Abschreibungen infolge verzögerter Investitionen im Wasserbau (übriger Tiefbau)
2.3	A6	- Interne Erträge aus dem nicht budgetierten Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
2.0	A1, A6	- Tiefere Beiträge an Gemeinden hauptsächlich Wasserbau (insbesondere aus Natur- und Heimatschutzfonds)
1.9	A6	- Tiefere Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen im Energiebereich infolge zeitlicher Verschiebung von Zusicherung zu Leistung
1.0	A1, A8	- Höhere Bundesbeiträge hauptsächlich für Revitalisierungs- und Wasserbauprojekte
-0.5		- Höherer Aufwand für Informatik
-0.7	A1	- Tiefere Auflösung passivierter Investitionsbeiträge des Bundes für kantonale Wasserbauprojekte
-1.6		- Mehraufwand aufgrund Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022, nicht budgetierbarer Stellen aus ZKB-Jubiläumsdividende und Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
-1.8		- Tiefere interne Erträge aus dem Natur- und Heimatschutzfonds (in LG 8500 saldoneutral)
-1.9	A6	- Nicht budgetierte Beiträge an private Haushalte aus dem Förderprogramm «Infrastruktur für eine CO ₂ -arme Mobilität» (in LG 8500 saldoneutral)
0.1		- Übrige Abweichungen

Baudirektion Leistungsgruppe 8500

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	64.2	73.5	9.3	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	0.0	5.0	5.0	- Beitrag der Stadt Zürich
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	14.0	14.9	0.9	- Bundesbeitrag
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	0.0	2.0	2.0	- Bundesbeitrag
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	49.9	51.4	1.5	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen.
- Übrige	0.3	0.2	-0.1	
Ausgaben total	-200.0	-111.5	88.5	
- Sihl, Thalwil, Entlastungsstollen (85W-745)	-83.1	-39.9	43.2	- Verfahrensbedingte Verzögerung durch Einsprachen zu Beginn des Projekts, die nicht aufgeholt werden konnte.
- Investitionsbeiträge für Fördermassnahmen im Energiebereich zusätzlich zu den durchlaufenden Bundesbeiträgen	-13.4	-10.1	3.3	- Zusicherungen für Förderbeiträge im Berichtsjahr wie geplant, jedoch ist teilweise die Leistung beim Empfänger noch nicht erfolgt.
- Limmat, Zürich, Platzspitzwehr (85W-778)	-3.7	-2.7	1.0	
- Altbach, Kloten, HWS, Verlängerung Glattalbahn (85W-807)	-1.1	-0.7	0.4	
- Glatt, Rümlang, Umlegung (85W-713)	0.0	0.0	0.0	
- Reppisch, Dietikon (85W-849)	-0.1	-0.2	-0.1	
- Limmat, Schlieren, Zelgli-Betschenrohr (85W-723)	-0.2	-0.5	-0.3	
- ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «WasserErLeben» (KRB vom 15. November 2021)	-35.8	-0.2	35.6	- Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.
- Investitionsbeiträge an Wasserversorgungsanlagen, Abwasserreinigungsanlagen, Kanalisationen und Sonderbauwerke	-2.0	-3.7	-1.7	
- Investitionsbeiträge an Hochwasserschutzbauten	-0.9	-0.0	0.9	
- Durchlaufende Investitionsbeiträge	-56.5	-51.4	5.1	- Durchlaufende Bundesbeiträge für Energie, Wasserbau und Abwasseranlagen.
- Übrige	-3.2	-2.1	1.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-296340	20643	0	-275697	20643

Bemerkungen

Verwendung für Personalzwecke

8510 Altlasten

Im Rahmen des Altlastenprogramms werden gemäss den gesetzlichen Grundlagen Realleistungen, Ersatzvornahmen und Ausfallkosten finanziert. Die Kostensituation wurde laufend überprüft und die notwendigen Rückstellungen gebildet. Die vertieften Untersuchungen von belasteten Standorten im

Zürichsee wurden vorangetrieben. Die Sanierungsarbeiten der Seegrundbelastungen vor dem Areal der CU Uetikon wurden weitergeführt. Bei der Sondermülldeponie Kölliken läuft die Nachsorgephase.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Verpflichtungen des Kantons Zürich im Zusammenhang mit der Untersuchung, Überwachung und Sanierung von belasteten Standorten gemäss Umweltschutzgesetz (USG)

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	5.3	0.6	0.0	0.0	0.6	5.9	5.3	949.2
Aufwand	-6.5	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-3.0	-1.4	-85.6
Saldo	-1.1	-1.0	0.0	0.0	-1.0	2.9	3.9	376.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
5.7	A1	- Auflösung von nicht mehr benötigten Rückstellungen für Ausfallkosten belasteter Standorte aufgrund Berücksichtigung von Zusicherungen des Bundes und Neueinschätzung der Gesamtsanierungskosten
-2.2	A1	- Bildung von neu benötigten Rückstellungen für Ausfallkosten belasteter Standorte
0.4		- Übrige Abweichungen

8700 Immobilienamt

Seit Einführung des Baurechtsmodells für die kantonalen Spitäler 2019 blieb offen, zu welchen Konditionen künftige Baurechte abgeschlossen werden. Mit RRB Nr. 491/2023 wurde nun festgelegt, dass die kantonalen Spitäler gegenüber Dritten Vorrang haben (kein Bieterwettbewerb); die Baurechte sollen aber den Marktkonditionen entsprechen.

Im Berichtsjahr wurden die Richtlinie «Naturnahe Pflege der Grün- und Freiflächen» und Hilfsmittel für die praktische Umsetzung erarbeitet. Sie definieren, wie die Umgebung der Immobilien nach ökologischen Grundsätzen unterhalten wird und wird ab 2024 in den Bewirtschaftungsverträgen verankert.

Zur Entwicklung und Pilotierung einer zeitgemässen und effizienten Bürobewirtschaftung für die neuen Arbeitswelten des

Kantons wurde das Projekt Pilot FM Zoll- und Zeughausstrasse initialisiert und konzeptionelle Grundlagen bezüglich Leistungskatalog, ICT, Ausstattung, Verrechnung und Weiteres erarbeitet.

Die Liegenschaften- und Mieterdossiers wurden im Rahmen der Einführung eines Dokumentenmanagementsystems unter Einhaltung der IT-Security- und Datenschutzvorgaben in eine elektronische und revisionssichere Ablage überführt.

Die angebotenen Umzugsdienstleistungen wurden um das Umzugsmanagement, Verkabelung von EDV und Mobiliar, Reinigung, Räumungen und Verwertung erweitert. Neu können die Leistungen auf einer Umzugsplattform online bestellt werden.

Aufgaben

- A1 Steuerung des Immobilienportfolios durch Umsetzung der Immobilienstrategie, Erarbeitung von Teilportfoliostrategien, Fällen von Investitions- bzw. Devestitionsentscheiden und Beauftragung entsprechender Immobilienprojekte sowie die damit verbundene Planung und das Controlling der Hochbauinvestitionen
- A2 Kauf und Verkauf von Grundstücken, Baurechte, allgemeine Grundbuchgeschäfte, Eintragungen von Dienstbarkeiten und Enteignungen
- A3 Nutzungsgerechte Flächenbereitstellung für den öffentlichen Auftrag, Zentrale Facility-Management-Steuerung über den gesamten Lebenszyklus der Immobilien, koordinierte Beschaffung von Dienstleistungen und Gütern für die Bewirtschaftung
- A4 Sicherstellen einer optimalen Bewirtschaftung der an Externe vermieteten Objekte des Verwaltungs- und Finanzvermögens zu Marktkonditionen und unter Berücksichtigung der Teilportfoliovorgaben. Abschluss und Bewirtschaftung sämtlicher Mietverträge mit Dritten (Fremdmieten) für die kantonale Verwaltung
- A5 Zentraler Betreiber für gemischt genutzte Bauten: Betriebsführung, Instandhaltung von Gebäuden und technischen Anlagen, infrastrukturelle Dienstleistungen
- A6 Sicherstellen der Immobilienstammdaten einschliesslich Qualitätsmanagement und Führen der Immobilien- sowie Anlagenbuchhaltungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Betreute Mietverhältnisse in zugemieteten Liegenschaften	A1	749	770	725	-45	-5.8
L2	Vom Immobilienamt bewirtschaftete Gebäudeflächen, in m ²	A3	218791	250000	218377	-31623	-12.6
L3	Umsatz Mobiliar, in Mio. Franken	A3	4.3	7.5	3.8	-3.7	-49.3
L4	Hängige Abtretungsverträge	A2	1694	1700	1659	-41	-2.4
L5	Gebäudeflächen im Mietermodell, in m ²	A3	1180799	1250000	1193993	-56007	-4.5
L8	Anteil der fristgerechten Erstellung der Kreditabrechnungen innerhalb von 10 Monaten nach Vorliegen der Bauabrechnung, in % (Zielwert)	A6		90	90	0	
B2	Durchschnittlich von einer/einem Mitarbeitenden bewirtschaftete Fläche, in m ²	A5	6357	6700	6186	-514	-7.7
W1	Grad der Kundenzufriedenheit Bewirtschaftung, in %	A3	0	85	86	1	
W3	Verwertungsquote engere Zentralverwaltung, in %	A3	73	70	73	3	
W5	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich engere Zentralverwaltung, in m ²	A5	15	16.5	14.1	-2.4	-14.5
W6	Durchschnittlicher Flächenbedarf/Arbeitsplatz im Bürobereich übrige Zentralverwaltung, in m ²	A3	15.1	14.5	15.4	0.9	6.2

Bemerkungen

- L1 Kurzfristige Kündigungen von beispielsweise Parkplätzen sowie Zusammenführung von mehreren Mietverträgen führten zu diesem Rückgang.
- L2 Gegenüber dem Vorjahr gab es keine relevanten Veränderungen. Aufgrund der guten Datengrundlage und Effizienz/Auslastung der Gebäude und Flächen mussten keine zusätzlichen Flächen angemietet werden.
- L3 Da die Direktionen und Ämter über das Mobiliarbudget verfügen (Eigentümergebiet), kann das Immobilienamt den Umsatz nicht aktiv steuern.
- L5 Der Flächenaufbau war weniger stark als prognostiziert, da mitunter die Büroflächen verdichtet wurden.

- B2 Vakante Stellen konnten gegenüber dem Vorjahr besetzt werden. Dies bei gleichzeitig praktisch unveränderter Fläche.
W5 Dank verschiedener Massnahmen zur besseren Nutzung der Arbeitsflächen konnten die Arbeitsplätze zusätzlicher Mitarbeitender in die bestehenden Flächen integriert werden.
W6 Der Personalbedarf für Aufgaben des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) im Amt für Wirtschaft und Arbeit ist entsprechend der Arbeitslosenquote volatil und aktuell tief bei gleichbleibender Fläche, was sich auf den Indikator auswirkt.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 7.2i Die langfristige Ersatzplanung zum «Ersatz fossiler Energieträger bis 2030» ist erstellt.

Stand bis

Die Offensive zum Ersatz fossiler Heizungen in kantonalen Liegenschaften wurde weitergeführt. Die relevanten Wärmeerzeuger und das Einsparpotenzial wurden identifiziert und die Arbeiten an einer konkreten Umsetzungsstrategie mit Priorisierung und CO₂-Absenkpfad sind abgeschlossen. Die weitere Umsetzung ist mangels Ressourcen (auch aufgrund der Bewältigung der Energiemangellage 2023) in Verzug.

Verzögert 2023

BD 7.2j Massnahmenplan «Installation von Photovoltaikanlagen auf kantonseigenen Gebäuden bis spätestens 2030» ist erarbeitet.

Die Offensive zum Ausbau von Photovoltaik für Bestandsliegenschaften wurde im Berichtsjahr fortgesetzt. Eine Verzögerung erfolgte aufgrund der Energiemangellage. Die Offensive wurden durch das Postulat KR-Nr. 91/2020 Solaroffensive II, auf jedes Dach eine PV-Anlage sowie die Motion KR-Nr. 89/2020 Solaroffensive I, Bau von PV-Anlagen auf kantonalen Gebäuden und insbesondere auf Schulhäusern, unterstützt. Die Potenzialprüfung ist abgeschlossen und ein Massnahmenplan mit Fokus auf die Betriebsphase in Arbeit. Parallel dazu wurden bei kantonalen Hochbauprojekten systematisch Photovoltaikanlagen ungesetzt, was zu einem markanten Anstieg an aus erneuerbaren Energien erzeugtem Eigenstrom geführt hat.

Verzögert 2023

BD 9.1d Die Lebenszykluskosten-Betrachtung als Grundlage für Investitionsentscheide ist etabliert. Erste Massnahmen aus dem Projekt «Wirtschaftliche Nachhaltigkeit Hochbau» sind umgesetzt.

Das Hochbauamt und das Immobilienamt haben eine gemeinsame Vorstellung zur phasengerechten Anwendung der Lebenszyklusbetrachtung formuliert. In drei Teilprojekten sind die Erkenntnisse aus dem Projekt «Wirtschaftliche Nachhaltigkeit Hochbau» im Alltag pilotiert worden. Das Anforderungsmanagement und die Zusammenarbeit der beteiligten Rollen konnten in frühen Phasen mittels agilerer Prozesse verbessert werden. Hilfsmittel zu einer einheitlichen Bauprojektkommunikation wurden getestet. Das Projekt wird Anfang 2024 abgeschlossen.

Verzögert 2023

BD 10.2a Die Erfahrungen im Mietermodell auswerten und in erfolgskritischen Bereichen adjustieren

Zentrales Instrument zur Zusammenarbeit im Mietermodell ist das Immobilienhandbuch. 2022 wurde gemeinsam mit den nutzenden Direktionen festgestellt, dass kein dringender bzw. grundsätzlicher Aktualisierungsbedarf vorliegt. Ausgenommen ist die Erhöhung der besonderen Kompetenz Betreiber gemäss § 15 der Immobilienverordnung von Fr. 150 000 auf Fr. 300 000, die im Berichtsjahr vom Kantonsrat beschlossen wurde, sowie kleine Formulierungsanpassungen. Die Reflexion wird in einen periodischen Prozess überführt, denn mit Beschluss der massgeblichen Instrumente wurde jeweils der Überprüfungsrythmus definiert.

Abgeschlossen 2023

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	156.2	182.0	170.6	-11.4	-6.3

Bemerkungen R23 zu B23

-11.4 Die Besetzung der vakanten Stellen ist aufgrund des Fachkräftemangels schwierig. (Ende Dezember lag der Endbestand bei 177.7 Vollzeitäquivalenten.)

Finanzierung

	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	25.0	29.9	0.0	0.0	29.9	27.8	-2.1	-6.9
Aufwand	-45.0	-52.1	0.0	0.0	-52.1	-48.4	3.8	7.3
Saldo	-20.1	-22.3	0.0	0.0	-22.3	-20.5	1.7	7.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben		-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.2	0.3	54.2
Saldo		-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.2	0.3	54.2

Baudirektion

Leistungsgruppe 8700

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.4	A2, A4, A5, A6, BD 7.2i, BD 7.2j	- Geringere Planungen, Honorare und Dienstleistungen Dritter, da verschiedene Projekte aufgrund knapper Personalressourcen nicht umgesetzt werden konnten.
0.6		- Geringerer Personalaufwand v.a. infolge des geringeren Beschäftigungsumfangs
0.1	A3	- Erbringung von Dienstleistungen im Bereich Anmietung für das Notariatsinspektorat
0.1	A4, A5	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Facility Services aufgrund höherer verrechneter Tarife als budgetiert
0.1	A2	- Höherer Ertrag aus Verrechnung Leistungen für Strassenfonds (Amt für Mobilität)
-0.2	A1, A3, A4, A5, A6	- Höhere Informatikkosten
-0.5	A3	- Geringe Erträge aus Verkauf von Altmobilien
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.5	-0.2	0.3	
- Verdichtung aufgrund fehlender Arbeitsplätze	-0.2	-0.2	0.0	- Leichter Umbau von Büros und Ersatz Mobiliar für Einführung Desk-Sharing
- Übrige	-0.3	0.0	0.3	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-86076	0	0	-86076	0

8710 Liegenschaften Finanzvermögen

Gemäss Immobilienstrategie werden die kantonalen Immobilien grundsätzlich im Eigentum gehalten. Das Immobilienamt wurde mit RRB Nr. 243/2023 beauftragt, frühzeitig strategische Flächen auch ohne konkreten Bedarf zu sichern. So wurde in Wädenswil an zentraler Lage ein Objekt im Rahmen eines Bieterverfahrens erworben.

In der Stadt Zürich verfügt der Kanton zurzeit über drei wertvolle Areale: Das Areal Hohlstrasse bietet zusätzlich zum Polizei- und Justizzentrum weiteres Ausnutzungspotenzial von 70000 m² Geschossfläche. Es werden eine Mittelschule und weitere kantonale Nutzungen geplant. Im Berichtsjahr erfolgte der Baustart für ein Schulraumprovisorium für 650 Schülerinnen und Schüler ab dem Schuljahr 2024/2025. Mit Wegzug des Kinderspitals kann ab 2025 in Hottingen mit der Umset-

zung eines grossen Bauvorhabens für die Universität gestartet werden. Die Eignung der Restfläche für weitere Nutzungen wurde analysiert. Es zeigte sich, dass die denkmalgeschützten Bestandesbauten dafür ungeeignet sind. Gemäss RRB Nr. 444/2023 soll daher ein Teilgrundstück an die Stadt Zürich veräussert werden, die eine zur Zone Öffentlicher Bauten konforme Wohnnutzung ermöglichen kann. Im Gebiet am Max-Frisch-Platz in Oerlikon entsteht für den Kanton ein Bau- feld an hervorragend erschlossener Lage. Voraussetzung für die Bebaubarkeit ist eine Neuparzellierung mit Landabtausch. RRB Nr. 1340/2023 ermächtigt zum Abschluss eines Tausch- vertrags und dieser die Planung eines kantonalen Neubaus mit über 13000 m² Geschossfläche.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Finanzvermögen und Vermietung zu Marktkonditionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Bilanzwert Liegenschaften FV, in Mio. Franken	A1	1073.9	1034	1171	137	13.2
B1	Aufwand für Bewirtschaftung von Liegenschaften des FV, in % des Ertrags (Benchmark private Treuhänder 5%)	A1	5.59	4.1	5.4	1.3	
W1	Nettorendite aller Liegenschaften des FV, in %	A1	0.79	0.7	0.8	0.1	
W3	Baulicher Zustandswert Finanzvermögen	A1	0.70	0.72	0.70	-0.02	-2.78
W4	Nettorendite der Wohn- und Geschäftsliegenschaften des FV, in %	A1	2.32	2.4	2.4	0.0	

Bemerkungen

- L1 Aufgrund eines höheren Werts in der Rechnung des Vorjahres sowie eines Zugangs von zwei grösseren Objekten ist der Buchwert Ende des Berichtsjahres höher als der Planwert.
- B1 Aufgrund steigender Bewirtschaftungsaufwände liegt die Kennzahl über dem Planwert.
- W1 Leicht höhere Rendite aufgrund der tieferen Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten sowie weniger baulicher Massnahmen als budgetiert
- W3 Der Zustandswert ist leicht tiefer, vor allem nachdem ein technischer Fehler in der Berechnungsweise der Portfolio- management-Software behoben wurde.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	46.7	26.7	0.0	0.0	26.7	120.5	93.7	350.5
- Mietzinsertrag inkl. Baurechtzinsen	21.2	26.7	0.0	0.0	26.7	24.7	-2.0	-7.6
Aufwand	-4.5	-27.2	0.0	0.0	-27.2	-46.4	-19.3	-70.8
- Kalkulatorischer Zinsaufwand	-7.9	-8.4	0.0	0.0	-8.4	-8.4	0.0	0.1
Saldo	42.3	-0.5	0.0	0.0	-0.5	74.0	74.5	16503.8
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Baudirektion

Leistungsgruppe 8710

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
74.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
74.0	A1	- Nettoaufwertungen von Liegenschaften Finanzvermögen
6.4	A1	- Nettobuchgewinne aus Verkäufen von Liegenschaften des Finanzvermögens
3.2	A1	- Geringere bauliche Unterhaltmassnahmen
1.1	A1	- Geringere Bewirtschaftungs- und Instandhaltungskosten für extern vermietete Liegenschaften
0.3	A1	- Geringere Planungen, Honorare und Dienstleistungen Dritter
-2.0	A1	- Geringere Mieterträge, v.a. infolge Verkäufen oder Überträgen von Liegenschaften in das Verwaltungsvermögen sowie Leerständen während Sanierungen
-8.7	A1	- Erhöhung der Rückstellungen für die latenten Grundstückgewinnsteuern
0.2		- Übrige Abweichungen

8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen

Das kantonale Immobilienportfolio wächst weiter: Es umfasst rund 2200 Objekte in verschiedenen Teilportfolios, davon 1700 im Eigentum. Es besteht vielfach dringender Instandsetzungsbedarf. Der Anteil angemieteter Fläche liegt bei etwa einem Drittel. Zur Erfüllung der öffentlichen Kernaufgaben wurde die Entwicklung des Portfolios im Berichtsjahr unter Berücksichtigung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und ökologischer Aspekte weiter vorangetrieben. Der Investitionsbedarf in den kommenden zwölf Jahren ist hoch, ein Grossteil entfällt auf Bildungsbauten.

Der Hochschulstandort Winterthur soll in Abstimmung zur Stadtentwicklung räumlich erweitert werden. Für diesen längerfristigen Prozess wurde ein Gebietsmanagement eingesetzt und mit RRB Nr. 556/2023 ein Vorstudienkredit bewilligt.

In den kommenden Jahren sollen die planungs- und baurechtlichen Instrumente geschaffen sowie eine Umsetzungsagenda implementiert werden. Zur Führung des Gebietsmanagements wurde auf strategischer Ebene ein Projektdelegierter mandatiert und ein erfahrenes Raumplanungsbüro mit der operativen Umsetzung beauftragt.

Im Zentrum von Uster soll beim heutigen Bezirksgericht eine neue Bezirksanlage entstehen, in der vielfältige kantonale Nutzungen wie Polizei, Justiz, Beratungsangebote im Bildungsbereich und das Gericht zusammengezogen werden. Im Glattal und im Knonauer Amt sollen je eine zusätzliche Kantonsschule entstehen. An beiden Standorten sind vorab Schulraumprovisorien zu erstellen.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Liegenschaften im Verwaltungsvermögen und langfristig kostendeckende Weiterverrechnung an die kantonalen Nutzer (Investition/Amortisation, Verzinsung, Unterhalt und Bewirtschaftung)

Indikatoren

Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
B1	Anteil werterhaltender Investitionen im Verhältnis zum Anschaffungswert, in %	A1	3.08	2	3.4	1.4	
W1	Baulicher Zustandswert, in %	A1	0.73	0.77	0.71	-0.06	-7.79
W2	Werterhaltungsindex, in % (Werterhaltungsinvestitionen Hochbau : Gesamtinvestitionen Hochbau)	A1	62.9	50	78.8	28.8	

Bemerkungen

B1, W2 Da es im Berichtsjahr keine grossen Neubauprojekte gab, konnte vermehrt in werterhaltende Massnahmen investiert werden.

W1 Der Zustandswert ist gesunken, vor allem nachdem ein technischer Fehler in der Berechnungsweise der Portfolio-management-Software behoben wurde.

Entwicklungsschwerpunkte

BD 10.1i Erfahrungen mit der Bewirtschaftungssoftware FMzh (Facility Management Zürich) sind ausgewertet.

Die Auswertung der mit der Bewirtschaftungssoftware FMzh gemachten Erfahrungen wurde planmässig abgeschlossen. Die Erkenntnisse flossen im Berichtsjahr in die Zielformulierung eines neuen Projekts zur Beschaffung und Einführung einer ergänzenden CAFM-Standardsoftware für den Betrieb und das strategische Flächenmanagement ein.

Stand bis

Abgeschlossen 2023

BD 7.2k Gesamtschau und Umsetzungskonzept Ladestationen sind erstellt.

Rund 85% der kantonalen Fahrzeugflotte werden durch die Kantonspolizei und das Tiefbauamt gestellt, weshalb der Fokus der Gesamtschau auf die fünf grossen Verkehrsstützpunkte sowie das Polizei- und Justizzentrum gelegt wurde. Als Haupttreiber für die benötigte Ladeinfrastruktur wurden die Krisenszenarien der Kantonspolizei sowie der Winterdienst des Tiefbauamtes identifiziert. Die benötigten Leistungsmengen einer vollelektrifizierten Fahrzeugflotte sind beachtlich und bedingen eine weitere integrale Planung. Bis Ende des Berichtsjahres konnten rund 200 Ladestationen in Betrieb genommen werden. Die benötigten finanziellen Mittel für den weiteren Ausbau der Grundinfrastruktur wurden im KEF 2024–2027 eingestellt. Die weitere Umsetzung erfolgt im Rahmen standortspezifischer Planungen.

Abgeschlossen 2023

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	473.9	489.9	0.0	0.0	489.9	510.1	20.2	4.1
Aufwand	-508.2	-501.7	0.0	0.0	-501.7	-528.3	-26.6	-5.3
Saldo	-34.3	-11.8	0.0	0.0	-11.8	-18.2	-6.4	-54.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	7.2	8.2	0.0	0.0	8.2	3.8	-4.4	-54.3
Ausgaben	-313.3	-223.0	-27.0	0.0	-250.0	-283.0	-33.0	-13.2
Saldo	-306.2	-214.8	-27.0	0.0	-241.8	-279.3	-37.5	-15.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-6.4		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
28.1	A1	- Geringere Anmietkosten infolge neuer Mietabschlüsse und Objektrückgaben (Raumkosten)
-3.0	A1	- Unterdeckung der Nebenkostenabrechnung infolge von Leerständen sowie nicht gedeckter Kostenabweichungen im vierten Quartal (Abrechnungsperiode Oktober bis September)
-3.6	A1	- Höhere nicht verrechenbare Planungskosten
-12.7	A1	- Höhere Nettokapitalfolgekosten (Raumkosten), v.a. infolge höherer Investitionsausgaben sowohl im Vorjahr als auch im Berichtsjahr, Anpassung der Nutzungsdauer von Sicherheits- und technischen Anlagen sowie ausserordentlichen Abschreibungen aufgrund des Umbaus an der Zollstrasse (-5.2 Mio.)
-15.2	A1	- Übrige Deckungsdifferenz in den Raumkosten setzt sich aus nicht verrechenbaren Leistungen (Denkmäler, Ruinen und Repräsentationsbauten) und Leerständen zusammen
0.0	-	- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	8.2	3.8	-4.4	
- BI, übrige Hochbauprojekte	0.0	3.1	3.1	
- JI, übrige Hochbauprojekte	8.2	0.5	-7.7	
- BD, übrige Hochbauprojekte	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	
Ausgaben total	-250.0	-283.0	-33.0	
- JI, Umbau und Erweiterung Vollzugszentrum Bachtel (13103)	0.0	-0.1	-0.1	- Letzte Rechnungen eingetroffen. Bauabrechnung in Arbeit.
- JI, Zürich Bezirksanlage Gefängnis Ersatzneubau (13236)	-0.5	0.0	0.5	- Erst Vorstudie genehmigt.
- JI, Regensdorf, JVA Pöschwies (14021)	0.0	0.0	0.0	
- JI, Pfäffikon Umbau-Erweiterung Sicherheitsabteilung Gefängnis + Instandsetzung Bezirksanlage (45016)	-8.0	-3.0	5.0	
- JI, JVA PÖW JVA+ (+120 Plätze) (45283)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Horgen, Bildungszentrum Zürichsee Horgen, Gesamtanierung Altbau mit Erweiterung (10982)	0.0	-0.4	-0.4	- Letzte Rechnungen eingetroffen; Bauabrechnung kann in Kürze erfolgen.
- BI, KZU, Gesamtinstandsetzung Klassentrakt (12326)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Wetzikon, Gewerbliche Berufsschule, Gesamtanierung (12725)	-6.5	-2.4	4.1	- Reserveposition nicht vollumfänglich abgerufen.
- BI, Winterthur, Kantonsschule Rychenberg, Sanierung Hauptgebäude (inkl. Prov.) (13177)	-1.0	-0.1	0.9	
- BI, Uetikon am See, Neubau Kantonsschule inkl. Bildungsreserve (Chance Uetikon) (13216)	-7.5	-4.5	3.0	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, Wädenswil, Neubau Kantonsschule Zimmerberg (13324)	-0.5	0.0	0.5	- Erst Vorstudie genehmigt.
- BI, Kasernenareal, Militärkasernen ZH Gesamtanierung BIZE (13666)	-14.0	-8.8	5.2	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, Wädenswil, ZHAW, Reidbach, Gebäude D, Neubau (27602)	-4.9	-8.4	-3.5	- Abweichung aufgrund vorgezogener Leistungen. Objektkredit wird eingehalten.

Baudirektion
Leistungsgruppe 8750

- BI, ZHAW WIN CT TL Neubau und Ersatzneubau (27669)	-26.8	-4.5	22.3	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, ZHAW WIN CT TE Instandsetzung/Erweiterung (27684)	-0.3	0.0	0.3	
- BI, ZHAW WÄD, Reidbach Shedhalle (Gesamtnutzung) (27700)	-2.5	-0.9	1.6	- Objektkredit erst 2024 im Kantonsrat.
- BI, Zürich, Kantonsschulen Freudenberg und Enge, Gesamtinstandsetzung (45134)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Wädenswil ZHAW, Neubau Grüental (45175)	-0.8	0.0	0.8	- Erst Vorstudie genehmigt.
- BI, Glattal, Neubau Kantonsschule, Standortevaluation (45251)	0.0	0.0	0.0	
- BI, DHZ, Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (45259)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BBW, Zustandscheck + Gesamtinstandsetzung (45268)	0.0	0.0	0.0	
- BI, BSB, Erweiterung und Instandsetzung (45368)	-0.6	0.0	0.6	- Erst Vorstudie genehmigt.
- BI, pKKA, Kantonsschule Knonaueramt Provisorium (45371)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KFR/KEN, Instandhaltung Stammareal (45440)	-4.0	-1.2	2.8	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, KST FDü, KS Glattal Filiale Dübendorf, Provisorium (45455)	-2.0	-0.4	1.6	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, KAS, KS Aussersihl, Neubau - inkl. Übertrag Grundstück (45456)	0.0	0.0	0.0	
- BI, KWI FHo, KS Wiedikon Filiale Hohlstrasse, Provisorium (45479)	-19.5	-18.1	1.4	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, KZN, Gesamtinstandsetzung (72010)	-5.0	-2.7	2.3	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, Urdorf, Kantonsschule Limmattal, Erweiterung mit Ersatzneubau und Turnhalle (72021)	-29.5	-24.8	4.7	- Leistungsstand aktualisiert. Inbetriebnahme geplant im dritten Quartal 2024.
- BI, Winterthur, Kantonsschule Im Lee, Gesamtinstandsetzung/Dachausbau (72031)	0.0	0.1	0.1	- Rückvergütung GVZ-Subvention.
- BI, Wetzikon, Kantonsschule Zürcher Oberland, Sanierung Grosser Spezialtrakt (72034)	0.0	-3.0	-3.0	- Rückbau Provisorium ist erfolgt. Bauabrechnung folgt.
- BI, Zürich, Kantonsschule Rämibühl, Instandsetzung Gesamtanlage (72039)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Winterthur, Kantonsschulen Rychenberg und Im Lee, Mittelschulerweiterung (72101)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Zürich, Kantonsschulen Schulraumprovisorium Irchel (72127)	-17.4	-15.0	2.4	- Restliche Leistungen sowie Inbetriebnahme folgen 2024.
- BI, Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter I, Etappe 1: Neubau SfGZ (77046)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter I, Etappe 2: Neubau BMZ und Sport (77047)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Bildungsmeile, Entwicklungssperimeter I, Et. 3: Instandsetzung AU90 und AU100 (77048)	0.0	0.0	0.0	
- BI, Zürich, «Bildungsmeile», Entwicklungssperimeter II, Ersatzneubau Baugewerbliche Berufsschule (77049)	-19.7	-7.0	12.7	- In Verzug aufgrund verzögerter Stahlträgerlieferung.
- BI, Dietikon, Bildungszentrum Limmattal, Instandsetzung Gesamtgebäude (77071)	-2.0	-1.6	0.4	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BI, Wetzikon, Gewerbliche Berufsschule, Gesamtsanierung (77088)	-12.3	-16.6	-4.3	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BD, Erneuerung und Gesamtinstandsetzung Schloss Laufen (10046)	0.0	0.0	0.0	
- BD, Zürich, Neubau Polizei- und Justizzentrum (11900)	0.0	2.8	2.8	- Umbuchungen Kosten; Bauabrechnung erfolgt 2024.

Baudirektion
Leistungsgruppe 8750

- BD, Bezirksverwaltung Winterthur, inkl. Gefängnis, Erweiterung und Sanierung (13156)	-35.0	-40.6	-5.6	- Im Berichtsjahr mehr Leistungen abgerufen; Projektbudget wird eingehalten.
- BD, Rathaus Zürich, Instandsetzung und Provisorium (13700)	-0.8	-0.1	0.7	- Kosten und Terminplanung aktualisiert.
- BD, engere Zentralverwaltung Sanierung/Umbau Zollstrasse 20/36 (13723)	-27.0	-11.5	15.5	- Jährliche Leistungsplanung aktualisiert.
- BD, Kirche Grossmünster, Instandsetzung + Optimierung (13785)	-2.5	-1.4	1.1	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BD, Zürich, Gesamtsanierung/Umbau Ausstellungsstrasse 80/88 (13934)	-44.4	-0.6	43.8	- Leistungsplanung pro Jahr aktualisiert.
- BD, Kasernenareal, Zeughäuser, Beitrag Kanton für Instandsetzung Stadt Zürich (45065)	0.0	0.0	0.0	
- BD, Uster, Gerichtsplatz-Areal (45157)	-0.8	0.0	0.8	- Erst Vorstudie genehmigt.
- BD, eZV BD, Erneuerung und Gesamtinstandsetzung (45362)	0.0	0.0	0.0	
- DS, Kapo Oberrieden, Seepolizei Gesamtinstandsetzung (13043)	-1.0	0.0	1.0	- Erst Vorstudie genehmigt.
- DS, Neu-Rheinau, Gebäude 86-88, Wohnheim Tilia Gesamterneuerung (20524)	-10.6	-14.5	-3.9	- Jährliche Leistungsplanung aktualisiert. Nur noch 2024 Leistungen erwartet.
- DS, Zürich, StVA, Zustands- und Potenzialanalyse und Gesamtsanierung inkl. Ersatz Wärme / H ₂ -Tankstelle (45028)	-0.5	0.0	0.5	- Erst Vorstudie genehmigt.
- DS, Andelfingen Abbruch und Neubau Gebäude B+D / GVZ (45083)	-0.5	0.0	0.5	- Erst Vorstudie genehmigt.
- BI, übrige Hochbauprojekte (10005)	-59.7	-62.0	-2.3	
- DS, übrige Hochbauprojekte (10007)	-8.6	-10.7	-2.1	
- JI, übrige Hochbauprojekte (10004)	-12.8	-7.0	5.8	
- Betreiberprojekte	-7.0	-3.9	3.1	- Seit dem dritten Quartal 2023 dürfen Betreiber Projekte bis höchstens Fr. 300 000 Franken selber freigeben. Die Auswirkungen auf die Kostenentwicklung ist noch nicht abschätzbar.
- Pauschalkorrektur Hochbauten	220.6			
- Übrige	-74.1	-10.1	64.0	

8800 Amt für Landschaft und Natur

Die Fachplanung «ökologische Infrastruktur» ist gestartet und ein erster Dialog mit der externen Begleitgruppe hat stattgefunden. Die Arbeiten zur Schutzverordnung Zimmerberg / Knonauer Amt kommen planmässig voran. Gemeinsam mit dem Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft wurde ein Massnahmenplan Ammoniak zur Reduktion der Luftbelastung durch die Landwirtschaft erarbeitet. Als Vorbereitung für die Gesamtrevision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes wurde ein Leitbild für die kantonale Agrarpolitik entworfen. Eine Situationsanalyse der Stoffflüsse für Boden liegt vor und ist Grundlage für 2024 zu erarbeitende Massnahmen zur Lenkung der Bodenverwertung. Die Handlungsschwerpunkte für einen revidierten Massnahmenplan Bodenschutz stehen fest. Die neue Jagdverordnung und die Richtlinien für die Ent-

schädigung von Wildschäden wurden ab 1. Januar im Standardvollzug umgesetzt. Die Erarbeitung des kantonalen Waldentwicklungsplans WEP 2025 schreitet planmässig voran. Am Strickhof wurde zusammen mit dem Immobilienamt die Planung für erforderliche Infrastrukturen unter anderem für zusätzlichen Schulraum (Teilportfoliostrategie Strickhof) vorangetrieben, womit 2024 eine Bestellung ausgelöst werden kann. Der Strickhof setzt in Bildung und Beratung aktiv das «Leitbild Nachhaltige Ernährung» des Regierungsrates um. Verschiedene IT-Schlüsselapplikationen zur Sicherstellung eines effizienten Vollzugs wurden weiterentwickelt, teilweise in Zusammenarbeit mit anderen Kantonen. Die Einführung des digitalen Arbeitsplatzes wurde erfolgreich abgeschlossen.

Aufgaben

- A1 Fördern und erhalten einer konkurrenzfähigen, multifunktionalen Landwirtschaft
- A2 Nutzen, pflegen und schützen des Waldes als nachhaltige Rohstoffquelle und naturnahe Lebensgemeinschaft mit Erholungsraum
- A3 Schützen und fördern der einheimischen Tier- und Pflanzenwelt und ihrer Lebensräume (Biodiversität) sowie angemessene Nutzung der Wildtier- und Fischbestände
- A4 Schutz des Bodens: Überwachung und Gefährdungsabschätzung; Gefahrenabwehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Strickhof: Schülertage (Grundausbildung)	A1	125053	130000	125867	-4133	-3.2
L2	Strickhof: Kursteilnehmerstunden (Weiterbildung)	A1	39067	40000	34331	-5669	-14.2
L3	Naturschutz: Fläche der durch Schutzmassnahmen gesicherten Lebensräume, in ha (Zielwert)	A3	3260	3350	3264	-86	-2.6
L4	Naturschutz: Bewirtschafteter Naturschutzflächen	A3	1627	1710	1626	-84	-4.9
L5	Bodenschutz: Erfasste Verschiebungen von schadstoffbelastetem Boden, in % (Zielwert)	A4	74	75	74	-1	
L6	Fischerei/Jagd: Ausgestellte Fischereipatente	A3	12797	11500	12751	1251	10.9
L9	Landwirtschaft: Bearbeitete Direktzahlungskategorien-Einheiten pro Vollzeitstelle	A1	63514	62000	51312	-10688	-17.2
L10	Landwirtschaft: Für das ARE geprüfte Bauvorhaben in der Landwirtschaftszone	A1	303	300	274	-26	-8.7
L11	Wald: Gepflegte Waldfläche, in ha (Zielwert)	A2	2739	2050	2686	636	31.0
L12	Bodenschutz: Saldo bewilligter baulich bedingter Verluste und Gewinne an Fruchtfolgeflächen, in ha (Zielwert)	A4	6	0	1	1	
L15	Landwirtschaft: Beurteilte und subventionierte landwirtschaftliche Bauprojekte	A1	33	50	31	-19	-38.0
B3	Fischerei/Jagd: Kostendeckungsgrad, in %	A3	69	66	64	-2	
B4	Wald: Kantonaler Beitrag pro ha mit Fördermitteln unterstützte Waldfläche, in Fr.	A2	1374	2000	1485	-515	-25.8
W2	Landwirtschaft: Anteil gut unterhaltener Meliorationen, in %	A1	88	85	90	5	
W3	Wald: Holznutzung im Privatwald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	130	105	117	12	
W4	Wald: Holznutzung im öffentlichen Wald (vgl. zu Zuwachs), in %	A2	98	95	91	-4	
W7	Fischerei/Jagd: Erhalten ausgewogener Rehwildbestände, Anzahl Rehwild	A3	11125	10500	12052	1552	14.8
W8	Naturschutz: Bestandessicherung bedrohter Arten, in %	A3	49	58	54	-4	
W9	Bodenschutz: Bestand an Fruchtfolgeflächen, in ha	A4	44604	44400	44622	222	0.5
W10	Strickhof: Anteil Betriebsübernahmen durch Betriebsleitende mit Grundbildung oder beruflicher Weiterbildung am Strickhof, in %	A1	61	65	52	-13	

Bemerkungen

- L2 Es konnten weniger Kurse angeboten werden aufgrund knapper personeller Ressourcen, unter anderem wegen des hohen Aufwands bei der Bekämpfung des Japankäfers sowie für den Auftritt des Kantons an der OLMA.
- L6 Die Verkaufszahlen der Patente lagen im Berichtsjahr auf dem Niveau des Vorjahres. Der erwartete Einbruch nach der Pandemie traf nicht ein, das Interesse an der Fischerei blieb hoch.
- L9 Mit der parlamentarischen Initiative 19.475 auf Bundesebene wurden im Berichtsjahr verschiedene Änderungen in der Agrarpolitik eingeführt. Die Umsetzung dieser Massnahmen erforderte zusätzliche Ressourcen, wodurch der Indikatorwert abnahm.
- L10 Die Anzahl der eingegangenen Baugesuche war rückläufig, unter anderem bedingt durch die ansteigende Bauteuerung.
- L11 Die aus Sturmereignissen und Käferschäden der Vorjahre entstandenen Jungwaldflächen mussten neubestockt und gepflegt werden.
- L15 Die Anzahl der eingegangenen landwirtschaftlichen Bauprojekte lag im letzten Jahr wohl auch durch die Bauteuerung und den wirtschaftlichen Druck im Agrarbereich unter den Erwartungen.
- B4 Die zusätzlichen Bundesbeiträge aus der Motion Fässler im Umfang von gut 1 Mio. Franken zur Programmvereinbarung 2020–2024 reduzierten die durchschnittlichen Pflegekosten pro Hektare für den Kanton.
- W3 Die höhere Nachfrage nach Energieholz und die steigenden Holzpreise führten zu einer höheren Nutzung im Privatwald.
- W7 Es liegt eine leicht höhere Anzahl erfasster Rehe vor, unter anderem auch aufgrund günstiger Witterungsverhältnisse.
- W10 Die Bildungswege für Betriebsleitende in der Landwirtschaft sind vielfältig. Die Zahl der Quereinsteigenden bleibt hoch. Im Berichtsjahr war ein weiterer Anstieg von Absolventinnen und Absolventen der landwirtschaftlichen Ausbildung aus anderen Kantonen feststellbar.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
<p>RRZ 7c Massnahmen zur Verbesserung des Zustandes der Biodiversität verstärken.</p> <p>Die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts wurde auf der Grundlage des Gegenvorschlags zur Natur-Initiative verstärkt fortgeführt. Dies umfasste hauptsächlich die Sicherung von schutzwürdigen Lebensräumen mit Schutzverordnungen sowie die Wiederherstellung in artenreichen Feuchtgebieten, trockenen Magerwiesen und lichten Wäldern. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>BD 1.1c Erarbeitung und Umsetzung der kantonalen Gesetzgebung zu den gravitativen Naturgefahren</p> <p>Die Auswertung der externen Vernehmlassung konnte infolge der fehlenden Ressourcen erst Ende des Berichtsjahres abgeschlossen werden. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 fortgeführt.</p>	Verzögert	2023
<p>BD 7.2b Die Strategie «Sturmvorsorge im Wald» wird umgesetzt.</p> <p>Die Sicherung von Lagerplätzen für Sturmholz über die Aufnahme in regionalen Richtplänen wurde weitergeführt. Die Organisation für die Bewältigung eines Sturmereignisses, die zusammen mit der ZürichHolz AG und den kommunalen Forstdiensten aufgebaut wird, konnte aufgrund der knappen Ressourcen nicht innert Frist umgesetzt werden.</p>	Verzögert	2023
<p>BD 7.2c Die Effizienz im Wassermanagement wird mit Bewässerungs- und Speicherinfrastrukturen verbessert.</p> <p>Das Projekt für die Bewässerung der Landwirtschaftsflächen im Furttal ist in Betrieb und hat sich das erste Mal während des Sommers bewährt. Ein weiteres grösseres Bewässerungsprojekt (Aquapool) wurde gestartet und ist in der Bauphase. Im Rahmen der Revision des Landwirtschaftsgesetzes wird geprüft, wie nachhaltige Bewässerungsmethoden unterstützt werden können. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 fortgeführt.</p>	Verzögert	2023
<p>BD 7.2f Die langfristige Waldbaustrategie vor dem Hintergrund des Klimawandels steht fest und die Erarbeitung des Waldentwicklungsplans WEP2025+ ist gestartet.</p> <p>Die Waldbaustrategie wurde im Sinne einer Good-Practice-Hilfe in Form einer Checkliste formuliert. Der Waldentwicklungsplan WEP2025+ konnte inhaltlich bis zum Entwurf von Themenblättern weiterbearbeitet werden. 2024 findet die Vernehmlassung statt. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt.</p>	Abgeschlossen	2023
<p>BD 7.2o Die Überwachungsschwerpunkte der Auswirkungen des Klimawandels auf Zürcher Böden sind geklärt und in einem Monitoringkonzept für die Umsetzung vorbereitet.</p> <p>Das Grobkonzept legte Anfang des Berichtsjahres zwei Stossrichtungen fest: Einbezug der organischen Böden in die Bodenüberwachung sowie die Erfassung der Erosion. Im Verlaufe des Berichtsjahres konnten beide Themen für das weitere Vorgehen detaillierter ausgearbeitet werden. Die Erhebungen im Feld konnten bedingt durch die fehlenden Ressourcen nicht durchgeführt werden. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 fortgeführt.</p>	Verzögert	2023

BD 7.3j Der neue Sachplan Fruchtfolgeflächen des Bundes (SP FFF 2020) ist im Kanton Zürich umgesetzt, und die FFF als Produktionsgrundlage für die Landwirtschaft sind langfristig gesichert.

Die Umsetzung des neuen Sachplans FFF des Bundes ist abgeschlossen. Zur verstärkten Sicherung der Fruchtfolgeflächen ist die Verankerung der Kompensation bei Verlust von Flächen im Planungs- und Baugesetz beantragt. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 7.6c Die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts ist in Berücksichtigung des Gegenvorschlags des Kantonsrates zur «Natur-Initiative» voranzutreiben.

Die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts wurde auf der Grundlage des Gegenvorschlags zur Natur-Initiative fortgeführt. Die genehmigten zusätzlichen Stellen sind weitgehend besetzt. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 7.6d Die Erarbeitung einer kantonalen Biodiversitätsstrategie (als Ablösung des NSGK) für 2025 ist gestartet.

Die kantonale Biodiversitätsstrategie als Weiterentwicklung des Naturschutz-Gesamtkonzepts baut fachlich auf der Fachplanung der ökologischen Infrastruktur auf. Diese wird momentan ausgearbeitet. Die Arbeiten zur kantonalen Biodiversitätsstrategie werden anschliessend starten. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 7.6e Die Potenzialflächen für Moorregenerationen sind erhalten; eine kantonale Potenzialflächenkarte ist festgesetzt und ein Koordinationshinweis im kantonalen Richtplan verankert.

Die Karte der Prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete, eine Fachkarte gestützt auf den kantonalen Richtplan, wird als Beurteilungsgrundlage für kulturtechnische Vorhaben eingesetzt. Da es sich bei den Prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete um ein Schlüsselthema zur Trendumkehr beim Artenschwund handelt, wurde die Kommunikation dazu intensiviert. Die Grundlagenerhebungen im Gesamtplanungsgebiet Gossauerried konnten noch nicht durchgeführt werden, weil aufwendige Abstimmungen erforderlich sind. Abgeschlossen 2023

BD 7.6f Die Umsetzung der «Sanierungsplanung Wildtierkorridore» mittels grossräumiger Vernetzungsprojekte ist gestartet.

Die genehmigten Stellen konnten besetzt werden. Die Arbeiten am Konzept wurden in Angriff genommen. Erste kleinere Sanierungsprojekte für die Wildtierkorridore wurden gestartet. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 7.7c Die Verwertung für Boden- und Untergrundmaterial im Kanton Zürich wird für die Zielnutzung Deponien, Kiesgrubenauffüllung und landwirtschaftliche Bodenverbesserungen festgelegt.

Verschiedene sich ergänzende Arbeiten vom Amt für Landschaft und Natur, Amt für Raumentwicklung und Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft laufen. Die Lenkung des zu verwertenden Bodenmaterials durch die Fachstelle Bodenschutz verlief im Standardvollzug wie auch im Rahmen eines BD-Jahresziels. Dieses Jahresziel identifiziert die Hemmnisse und formuliert die Massnahmen zur Förderung der Bodenverwertung. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 8.2a Der Strickhof als das Deutschschweizer Kompetenzzentrum für Land- und Ernährungswirtschaft wird unter Berücksichtigung neuer kantonalen Strategien (u.a. Klimastrategie), der Umweltziele Landwirtschaft (UZL) und der Vorgaben für das neue Leitbild für die Zürcher Landwirtschaft weiterentwickelt.

Die Weiterentwicklung des Strickhofs zum breit vernetzten Kompetenzzentrum für Agrar-, Lebensmittel- und Hauswirtschaft schreitet planmässig voran. Im Berichtsjahr wurden im Rahmen des kantonalen Leitbilds «Nachhaltige Ernährungssysteme» einzelne Bildungs- und Beratungsangebote angepasst oder neue lanciert sowie entsprechende Kooperationen mit Institutionen und Partnerorganisationen weiter ausgebaut. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 8.2b Die Revision des kantonalen Landwirtschaftsgesetzes ist gestartet, und Möglichkeiten zur Förderung von innovativen Massnahmen für nachhaltige Produktionssysteme werden geschaffen.

Das Gesetzgebungsprojekt ist gestartet mit der Festlegung des Projektauftrags und der Analyse der Ist-Situation mittels einer Auslegeordnung zu den zu revidierenden Themen. Ein erster Austausch mit verwaltungsinternen und externen Interessengruppen ist vorgesehen und wird 2024 erfolgen. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt. Abgeschlossen 2023

BD 8.2c Ein neues Leitbild für die Zürcher Landwirtschaft ist definiert («standortgerechter / klimaverträglicher / Hilfsstoff-minimiert / tierfreundlicher»).

Das Leitbild nachhaltige Landwirtschaftspolitik ist erarbeitet und den Direktionen zur Stellungnahme Abgeschlossen 2023 zugestellt. Die Verabschiedung des Leitbilds durch den Regierungsrat soll Anfang 2024 erfolgen. Der Entwicklungsschwerpunkt wird in der Legislaturperiode 2024–2027 in angepasster Form fortgeführt.

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	361.9	382.9	374.5	-8.4	-2.2

Bemerkungen R23 zu B23

- 7.4 Die bewilligten Stellen in verschiedenen Bereichen konnten nicht zeitgerecht besetzt werden. Der Fachkräftemangel verzögerte zudem die Wiederbesetzungen.
- 1.0 Es wurden weniger Hauswirtschaftskurse durchgeführt.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	211.7	214.2	0.0	0.0	214.2	217.2	3.0	1.4
- Durchlaufende Beiträge	152.6	152.8	0.0	0.0	152.8	151.2	-1.7	-1.1
Aufwand	-271.4	-277.9	0.0	0.0	-277.9	-276.9	0.9	0.3
- Durchlaufende Beiträge	-152.6	-152.8	0.0	0.0	-152.8	-151.2	1.7	1.1
Saldo	-59.7	-63.6	0.0	0.0	-63.6	-59.7	3.9	6.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	2.8	3.5	0.0	0.0	3.5	3.0	-0.4	-11.9
Ausgaben	-8.3	-13.1	0.0	-1.4	-14.4	-10.1	4.3	29.9
Saldo	-5.5	-9.6	0.0	-1.4	-11.0	-7.1	3.9	35.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.5	A1, A2, A3	- Tieferer Aufwand Staatsbeiträge Landwirtschaft, Naturschutz und Forstwirtschaft, insbesondere für die Prävention und Bekämpfung von Borkenkäferschäden (RRB Nr. 235/2020)
2.4	A1	- Ausserordentliche Einnahmen aus der Auflösung des Fonds Familienzulage Landwirtschaft (Bund)
1.6	A1	- Höhere Einnahmen Verrechnung Hauswirtschaft an Mittelschulen und Universität Zürich
1.1	A2, A3, A4	- Tieferer Aufwand für Dienstleistungen Dritter insbesondere im Bereich Schutzverordnungen, Waldbau und Bodenschutzprojekten
1.0	A1, A2	- Höhere Einnahmen Bund für die Bekämpfung Schadorganismen (Japankäfer, Ralstonia, Jordanvirus) und Programmvereinbarung Waldpflege
0.4	A1, A2	- Geringerer interner Informatikaufwand
0.2	A1, A2	- Tiefere Abschreibungen
-0.4	A1	- Geringere Erträge bei Schul- und Kursgeldern sowie Verkäufen im Bereich Bildung
-1.1	A1	- Höherer Sachaufwand und interne Personalleistungen für die Bekämpfung Schadorganismen
-1.8	A1	- Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 sowie für temporäre Anstellungen
-2.0	A1, A2, A3	- Höhere Nettokosten Liegenschaften (Mietermodell)
0.0		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	3.5	3.0	-0.4	
- Einnahmen Durchlaufende Investitionsbeiträge	2.9	2.1	-0.8	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Einnahmen Investitionsbeiträge für eigene Rechnung	0.5	0.5	0.0	
- Einnahmen aus Rückzahlung eigener Investitionsbeiträge	0.1	0.5	0.4	- Höhere Rückzahlungen
- Übrige	0.0	-0.1	-0.1	

Ausgaben total	-14.4	-10.1	4.3	
- Ausgaben Sachanlagen und immaterielle Anlagen	-3.8	-2.3	1.5	- Verschiedene vorgesehene Anschaffungen und Projekte in den Bereichen Bildung und Forstwirtschaft konnten im Berichtsjahr nicht realisiert werden.
- Ausgaben Sachanlagen und immaterielle Anlagen		-0.6		- Erwerb Kompensationsrechte Jagdschiessanlagen
- Ausgaben Investitionsbeiträge	-6.8	-4.1	2.7	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaft und Forstwirtschaft
- Ausgaben Darlehen	-1.0	-1.1	-0.1	- Vergabe zusätzliches Darlehen Neue Regionalpolitik
- Ausgaben Durchlaufende Investitionsbeiträge	-2.9	-2.1	0.8	- Verzögerung bei mehreren Projekten in den Bereichen Landwirtschaftliche Meliorationen und Landwirtschaftliches Bauen
- Übrige	0.1	0.1	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-271 133	12 868	0	-258 265	12 868

Bemerkungen
Verwendung für Personalanlässe und Teamentwicklung

8910 Natur- und Heimatschutzfonds

Im Bereich Naturschutz wird die Fachplanung Ökologische Infrastruktur erarbeitet. Sie wird voraussichtlich 2024 abgeschlossen und zeigt auf, was die Natur im Kanton braucht, damit die biologische Vielfalt und die wichtigen Ökosystemfunktionen auch in Zukunft erhalten bleiben. Die Erarbeitung der Fachplanung ist Bestandteil der Programmvereinbarung 2020–2024 zwischen Bund und Kanton. Da die prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete ein Schlüsselthema zur Trendumkehr beim Artenschwund sind, wurde die Kommunikation dazu intensiviert. Die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts wurde weitergeführt. Im Rahmen des Förderprogramms Vielfältige Zürcher Gewässer zur Umsetzung des Fondszwecks Renaturierung konnten im zweiten Pilotjahr insgesamt 32 Gesuche bewilligt werden,

16 davon haben ökologische Aufwertungs- oder Pflegemassnahmen zum Gegenstand. Die Aufschaltung der Webseite im Sommer wurde sämtlichen Gemeinden mitgeteilt. Im Bereich Denkmalpflege konnte das landwirtschaftliche Ensemble Menzihaus in Hombrechtikon mit einem innovativen Ökonomiegebäude ergänzt und der bestehende Stall umfassend instand gestellt werden. Weiter wurden zahlreiche archäologische Untersuchungen durchgeführt, unter anderem im Zusammenhang mit dem Kiesabbau in Nidermartel (Gemeinde Marthalen) sowie mit geplanten Renaturierungen und Bodenaufwertungen. Im Bereich Ortsbild-, Landschaftsschutz und Erholung konnte unter anderem das Projekt zur Neugestaltung des Dorfkerns von Richterswil abgeschlossen werden.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Massnahmen zur Unterstützung privater und öffentlicher Natur- und Heimatschutzbestrebungen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Beitragsempfänger Naturschutz	A1	1627	1710	1626	-84	-4.9
L3	Archäologische Projekte	A1	200	210	200	-10	-4.8
L4	Ortsbild- und Landschaftsschutzprojekte	A1	2	5	3	-2	-40.0

Bemerkungen

L4 Im Berichtsjahr wurden weniger Beitragsgesuche eingereicht als prognostiziert.

L1 Die Zahl der Betriebe, die Naturschutzflächen bewirtschaften, hat sich auf dem Niveau des Vorjahres stabilisiert, der prognostizierte Anstieg ist nicht eingetreten.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	9.9	12.9	11.4	-1.5	-11.6
Fondsbestand	-17.5	-18.6	-25.5	-6.9	-37.0
Finanzierung	7.6	5.7	14.1	8.4	147.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	55.4	60.8	0.0	0.0	60.8	63.2	2.5	4.0
- Übertrag vom GS (8000)	34.0	40.0	0.0	0.0	40.0	40.0	0.0	0.0
- Durchlaufende Beiträge	10.5	10.2	0.0	0.0	10.2	10.5	0.3	2.7
- Bundesbeiträge	9.0	8.7	0.0	0.0	8.7	8.6	-0.1	-0.8
Aufwand	-51.7	-59.7	0.0	0.0	-59.7	-55.2	4.4	7.4
- Abschreibungen und Zinsen	-4.7	-3.7	0.0	0.0	-3.7	-2.4	1.3	35.8
- Durchlaufende Beiträge	-10.5	-10.2	0.0	0.0	-10.2	-10.5	-0.3	-2.7
Saldo	3.7	1.1	0.0	0.0	1.1	8.0	6.9	629.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0							
Ausgaben	-7.1	-5.9	0.0	0.0	-5.9	-3.8	2.1	35.0
Saldo	-7.1	-5.9	0.0	0.0	-5.9	-3.8	2.1	35.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
6.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
6.1	A1	- Geringerer Nettoaufwand für die Umsetzung des Naturschutz-Gesamtkonzepts infolge geringerer Beitragszahlungen an Gemeinden und Dritte (weniger Beitragsgesuche als erwartet), geringere Umsetzung von Projekten (vor allem verzögerte Stellenbesetzung in der Fachstelle Naturschutz) sowie geringere Kapitalfolgekosten infolge weniger Erwerbs von Naturschutzflächen (abhängig von Angeboten)
1.8	A1	- Geringere Beiträge zur Renaturierung, da trotz Bekanntmachung weniger Gesuche eingegangen sind als vorgesehen und die Pilot- und Aufbauphase des Programms «Vielfältige Zürcher Gewässer» mehr Zeit in Anspruch nimmt als geplant.

0.5	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Archäologie infolge höherer Rückvergütungen für Rettungsgrabungen (höherer Anteil an Selbstbindungsfällen gemäss Planungs- und Baugesetz)
0.2	A1	- Geringerer Nettoaufwand im Bereich Denkmalpflege, vor allem infolge weniger Kapitalfolgekosten aufgrund geringerer Hochbauinvestitionen
-1.7	A1	- Höherer Nettoaufwand im Bereich Ortsbild- und Landschaftsschutz, vor allem infolge materieller Entschädigung im Rahmen der Revision einer Bau- und Zonenordnung
0.0		- Übrige Abweichungen

8930 Mehrwertausgleichsfonds

Im Berichtsjahr wurden laufend Planungen im Hinblick auf den anfallenden Mehrwertausgleich beurteilt und bei Abgabepflicht die entsprechenden Schritte eingeleitet. Im mehrjährigen Prozess bis zur Fälligkeit einer Abgabe konnten seit Einführung des Mehrwertausgleichs nun erste Einnahmen aus

Einzunungen verbucht werden. Beiträge an Auszonungen und an raumplanerische Massnahmen konnten noch keine finanziert werden, da der Fonds aufgrund der laufenden Kosten noch nicht über entsprechende Mittel verfügt.

Aufgaben

A1 Finanzierung von Entschädigungen bei Auszonungen und Massnahmen der Raumplanung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Bearbeitete Anträge für Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	5	0	-5	-100.0
L2	Bearbeitete Anträge für Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	5	0	-5	-100.0
W1	Summe der ausgerichteten Beiträge an Entschädigungen bei Auszonungen	A1	0	0	0	0	
W2	Summe der ausgerichteten Beiträge für Massnahmen der Raumplanung	A1	0	0	0	0	

Bemerkungen

L1, L2 Da der Fondsbestand negativ ist, wurden im Berichtsjahr keine Anträge bearbeitet und es wurden keine Beiträge ausgerichtet.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0		0.0	0.0	
Fondsbestand	1.3	2.8	1.5	-1.3	-45.4
Finanzierung	-1.3	-2.8	-1.5	1.3	46.4

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.7	1.5	0.0	0.0	1.5	0.8	-0.6	-42.9
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.7	1.5	0.0	0.0	1.5	0.2	-1.3	-86.2
Aufwand	-0.7	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-0.8	0.6	42.9
- Einlage in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.6	A1	- Höhere Einnahmen Mehrwertabgabe
0.4	A1	- Tieferer Sachaufwand, insbesondere Dienstleistungen Dritter für Schätzungen und Fachgutachten
0.2	A1	- Tieferer interner Aufwand, insbesondere Notariatskosten und geringere Informatikkosten
-1.3	A1	- Tiefere Entnahme aus dem Fondsbestand
0.1		- Übrige Abweichungen

8940 Denkmalpflegefonds

Zahlreiche Bauprojekte wurden begleitet und mit Beiträgen unterstützt, unter anderem die Gesamtrestaurierung des Gasthauses Zum Weissen Rössli in Mettmenstetten und der

katholischen Kirche St. Paulus in Dielsdorf. An zehn kulturhistorische Organisationen wurden Betriebsbeiträge ausbezahlt.

Aufgaben

- A1 Finanzierung von Erhaltungs- und Pflegemassnahmen von Denkmalschutzobjekten Privater auf Basis von Beiträgen
A2 Ausrichtung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter kulturhistorischer Organisationen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Zusicherungen von Beiträgen	A1	43	50	82	32	64.0

Bemerkungen

- L1 Aufgrund zusätzlicher befristeter Personalressourcen konnten mehr Beitragsgesuche bearbeitet, Pendenzen abgebaut und die Durchlaufzeiten reduziert werden.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen	0.0	0.0	0.0	0.0	
Fondsbestand	-32.3	-30.7	-36.4	-5.7	-18.7
Finanzierung	32.3	30.7	36.4	5.7	18.6

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	10.3	11.1	0.0	0.0	11.1	10.1	-1.0	-9.1
- Übertrag Swisslos	10.3	9.5	0.0	0.0	9.5	10.1	0.6	6.4
- Entnahme aus Bestandeskonto		1.6	0.0	0.0	1.6		-1.6	-100.0
Aufwand	-10.3	-11.1	0.0	0.0	-11.1	-10.1	1.0	9.1
- Staatsbeiträge	-1.5	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-1.7	0.4	20.0
- Abschreibungen und Zinsen	-5.1	-9.0	0.0	0.0	-9.0	-4.3	4.7	52.2
- Einlage in Bestandeskonto	-3.6					-4.1	-4.1	0.0
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	2.3	2.5	0.0	0.0	2.5	0.9	-1.6	-65.2
Ausgaben	-7.4	-11.5	0.0	0.0	-11.5	-5.2	6.3	55.0
Saldo	-5.1	-9.0	0.0	0.0	-9.0	-4.3	4.7	52.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
4.7	A1	- Geringere Sofortabschreibungen infolge geringerer Investitionsbeiträge an Private für die Sanierung denkmalgeschützter Liegenschaften
0.6		- Höherer Übertrag aus den Einnahmen von Swisslos
0.4	A2	- Geringere Ausrichtung von Betriebsbeiträgen an kulturhistorische Organisationen
-1.6		- Keine Entnahme aus dem Fondsbestand
-4.1		- Einlage in den Fondsbestand
0.0		- Übrige Abweichungen

8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen

Mit dem bestehenden Sammelsystem für Kleinmengen von Sonderabfällen verfügt der Kanton über ein solides und bewährtes System, das von der Bevölkerung geschätzt wird und in der heutigen Form gut akzeptiert ist.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Sammlung und Entsorgung von Kleinmengen von Sonderabfällen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Mobile Sammlungen von Sonderabfällen (Zielwert)		297	295	295	0	0.0
B1 Höhe der Sonderabfallabgabe pro Einwohnerin und Einwohner, in Fr.		0.9	0.9	0.9	0.0	0.0
W1 Gesammelte Menge Sonderabfall, in t		264	340	250	-90	-26.5
W2 Abgeber bei Sonderabfallsammlungen		30719	33500	30000	-3500	-10.4

Bemerkungen

- W1 Die Menge liegt unter dem Budget, jedoch auf ähnlichem Niveau wie in den Vorjahren. Die Menge des Sonderabfalls von Privaten nimmt tendenziell ab, weil Private unbedenklichere Alternativen kaufen können und/oder Produkte für den Privatgebrauch verboten wurden (Pestizide, Farben, Kosmetika, Reinigungsmittel, Medikamente).
- W2 Beim Sonderabfallmobil nahm die Anzahl der Abgebenden gegenüber dem Budget um 10.4% ab. Da weniger Produkte für den Privatgebrauch am Ende ihrer Lebenszeit zu Sonderabfall werden, nimmt neben der Menge in der Tendenz auch die Anzahl der Abgebenden ab.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-2.4	-2.4	-2.4	-0.0	-0.7
Finanzierung	2.4	2.4	2.4	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.4	1.5	0.0	0.0	1.5	1.4	-0.0	-3.4
- Abgaben von Gemeinden	1.4	1.5	0.0	0.0	1.5	1.4	-0.1	-3.5
Aufwand	-1.2	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-1.4	0.1	4.6
- Beiträge an Betriebe	-0.7	-0.8	0.0	0.0	-0.8	-0.7	0.1	6.9
Saldo	0.3	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	63.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8960 Deponiefonds

Am Fonds sind 15 Deponien mit einem Gesamtvolumen von rund 17 Mio. m³ (verfüllt und leer) angeschlossen. Für 5,0 Mio. m³ davon trägt der Deponiefonds das Risiko für die Sanierungspflicht.

Für den Rest liegt das Risiko bei den Deponiebetreibern bis zur Übernahme durch den Fonds. Auf Ende des Berichtsjahres wurden zwei Industrieablagerungen durch den Fonds übernommen.

Aufgaben

A1 Finanzierung der Nachsorge und allfälliger Sanierung von Deponien

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-26.8	-28.3	-41.8	-13.5	-47.5
Finanzierung	26.8	28.3	41.8	13.5	47.7

Bemerkungen R23 zu B23

13.5 Im Berichtsjahr wurden zwei Industrieablagerungen (Lochacker, Schreiber) neu in den Deponienachsofonds übernommen. Hierzu mussten die Inhaber der Industrieablagerung einmalige Abgaben in den Deponiefonds leisten, welche die Abweichung hauptsächlich erklären.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.4	1.6	0.0	0.0	1.6	15.0	13.4	851.2
- Beiträge von Deponiebetreibern	0.4	1.6	0.0	0.0	1.6	15.0	13.4	851.2
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand								
- Entnahme aus Bestandeskonto								
Aufwand	-0.4	-1.6	0.0	0.0	-1.6	-15.0	-13.4	-851.2
- Einlagen in Bestandeskonto	-0.4	-1.5	0.0	0.0	-1.5	-15.0	-13.5	-884.7
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8970 Kantonaler Waldfonds

Im Berichtsjahr fanden im Waldfonds keine Bewegungen statt.

Aufgaben

A1 Walderhaltungsmassnahmen

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-0.9	-0.9	-0.9	0.0	0.0
Finanzierung	0.9	0.9	0.9	0.0	0.0

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9
- Zinsvergütung auf dem Fondsbestand								
- Entnahme aus Bestandeskonto	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.9
Aufwand	-0.0	-0.0	0.0	0.0	-0.0	-0.0	-0.0	-0.9
- Einlage in Bestandeskonto								
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

8980 Wildschadenfonds

Der milde Winter 2022/2023 und die starke Buchen- und Eichenmast im Herbst 2022 liessen die Wildschweinpopulation, entgegen der Entwicklung der vergangenen acht Jahre, nicht übermässig angewachsen. Der Aufwand für die Vergütung der Schäden durch die Wildschweine sank im Berichtsjahr leicht, bedingt durch den Rückgang der Anzahl Wildschweine und der intensiven Bejagung. Die Anzahl der Wild-

schäden sowie die Kosten pro Schadenfall werden jedoch sehr stark durch das Meldeverhalten der Landwirtinnen und Landwirte sowie durch den monetären Wert der Kulturen beeinflusst. Aufgrund der zahlreich beobachteten Frischlinge in den vergangenen Wochen kann angenommen werden, dass der Bestand in den nächsten Jahren wieder anwächst.

Aufgaben

A1 Vergütung von Wildschäden und Verhütungsmassnahmen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Vergütete Wildschadenfälle (inkl. Schäden durch Wildschweine)	A1	414	600	489	-111	-18.5
L2	Bearbeitete Fälle für Wildschaden-Verhütungsmassnahmen	A1	75	40	109	69	172.5
L3	Bearbeitete Gesuche für Projekte zur ökologischen Verbesserung der Lebensräume	A1	14	40	10	-30	-75.0
B2	Kosten pro Wildschadenfall, in Fr.	A1	754	500	587	87	17.4
W1	Aufwand für die Vergütung von Wildschäden, in Fr.	A1	312211	350000	287014	-62986	-18.0

Bemerkungen

- L1 Das neue Jagdgesetz verkürzte die Abrechnungsperiode im Berichtsjahr von Januar bis September.
 L2 Die neue Jagdgesetzgebung führte zu einer Zunahme der Gesuche für Unterhaltsbeiträge.
 L3 Die Zahl der eingereichten Gesuche blieb unter den Erwartungen für das Berichtsjahr.
 B2 Die Kosten der Wildschadenfälle sind von der Art der geschädigten Kulturen abhängig. Im Berichtsjahr war eine Zunahme von Schäden durch Rabenvögel festzustellen, die vollumfänglich durch den Wildschadenfonds entschädigt werden.
 W1 Das neue Jagdgesetz verkürzte die Abrechnungsperiode im Berichtsjahr von Januar bis September und die Zahl der Schäden blieb unter den Erwartungen.

Fonds

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Anlagevermögen				0.0	
Fondsbestand	-1.7	-1.6	-1.6	-0.1	-3.2
Finanzierung	1.7	1.6	1.6	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.6	0.6	0.0	0.0	0.6	0.6	-0.0	-0.6
- Erträge aus Regalien	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	0.0	4.1
- Interne Zinsen und weitere interne Erträge	0.0	0.1	0.0	0.0	0.1	0.0	-0.0	-31.3
- Übertrag aus ALN (8800), Fischerei- und Jagdverwaltung	0.5	0.5	0.0	0.0	0.5	0.5	0.0	0.0
Aufwand	-0.6	-0.7	0.0	0.0	-0.7	-0.6	0.1	7.9
- Beiträge für Wildschäden, Zäune und Sofortmassnahmen	-0.5	-0.5	0.0	0.0	-0.5	-0.5	0.1	10.6
- Übertrag für Verwaltungsentschädigung an ALN (8800)	-0.2	-0.2	0.0	0.0	-0.2	-0.2	-0.0	-1.8
Saldo	-0.1	-0.1	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.1	42.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite
in Franken

	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
Konsolidierungskreis 1 (Direktionen und Staatskanzlei)					
Regierungsrat und Staatskanzlei					
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-26 271 000	-400 000	-26 671 000	-29 823 630	-3 152 630
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 050 000		-2 050 000		2 050 000
Direktion der Justiz und des Innern					
2201 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 403 276	-2 965 000	-19 368 276	-8 187 293	11 180 983
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 399 200	-4 999 000	-12 398 200	-264 511	12 133 689
2204 Staatsanwaltschaft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-97 384 951		-97 384 951	-99 235 297	-1 850 346
Budgetkredit Investitionsrechnung	-700 000		-700 000	-670 815	29 185
2205 Jugendstrafrechtspflege					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-41 087 974		-41 087 974	-38 915 814	2 172 160
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-237 553 600		-237 553 600	-243 928 138	-6 374 538
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 000 000		-1 000 000	-568 835	431 165
2207 Gemeindeamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 891 646	-100 000	-10 991 646	-10 180 365	811 281
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 700 000		-1 700 000	-987 666	712 334
2216 Kantonaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-505 857 500		-505 857 500	-501 540 021	4 317 479
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2217 Abwicklung Investitionsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-575 493		-575 493	-574 003	1 490
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2221 Handelsregisteramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-766 000		-766 000	64 039	830 039
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2223 Statistisches Amt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 085 464		-7 085 464	-7 757 973	-672 509
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2224 Staatsarchiv					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 923 035		-10 923 035	-11 175 692	-252 657
Budgetkredit Investitionsrechnung	-150 000		-150 000	-118 233	31 767
2232 Kantonale Opferhilfestelle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-13 988 864		-13 988 864	-15 635 716	-1 646 852
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2233 Fachstelle Gleichstellung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-765 693		-765 693	-755 257	10 436
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2234 Fachstelle Kultur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-87 116 737	-19 365 000	-106 481 737	-92 119 702	14 362 035
Budgetkredit Investitionsrechnung		-9 426 000	-9 426 000	-562 794	8 863 206
2241 Fachstelle Integration					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 108 768		-9 108 768	-2 784 268	6 324 500
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2251 Bezirksräte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-9 651 965		-9 651 965	-9 935 904	-283 939
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2261 Statthalterämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	7 767 960		7 767 960	6 800 644	-967 316
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2270 Religionsgemeinschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-55 005 200		-55 005 200	-55 005 348	-148
Budgetkredit Investitionsrechnung					
2934 Kulturfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 440 800		-7 440 800	1 606 876	9 047 676
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
Sicherheitsdirektion					
3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzungsaufgaben und Rekursabteilung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 900 000		-3 900 000	-3 197 306	702 694
Budgetkredit Investitionsrechnung	-200 000	-63 000	-263 000	-73 159	189 841
3100 Kantonspolizei					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-461 601 000		-461 601 000	-463 875 930	-2 274 930
Budgetkredit Investitionsrechnung	-38 080 000	-3 040 000	-41 120 000	-29 553 262	11 566 738
3200 Strassenverkehrsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	17 400 000		17 400 000	11 907 114	-5 492 886
Budgetkredit Investitionsrechnung	-7 090 000	-2 647 000	-9 737 000	-2 552 339	7 184 661
3300 Migrationsamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 200 000		-15 200 000	-12 539 029	2 660 971
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 300 000	-400 000	-1 700 000	-784 399	915 601
3400 Amt für Militär und Zivilschutz					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-13 600 000		-13 600 000	-12 275 589	1 324 411
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 695 000		-2 695 000	-1 398 717	1 296 283
3500 Sozialamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-963 200 000		-963 200 000	-940 479 407	22 720 593
Budgetkredit Investitionsrechnung	-23 440 000	-1 075 000	-24 515 000	-22 696 732	1 818 268
3700 Sportamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-3 430 000		-3 430 000	-3 512 159	-82 159
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3910 Sportfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 446 000		-2 446 000	-4 322 101	-1 876 101
Budgetkredit Investitionsrechnung	-250 000	-100 000	-350 000	-494 570	-144 570
3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-120 000		-120 000	93 046	213 046
Budgetkredit Investitionsrechnung					
3930 Schutzraumfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 340 000		5 340 000	4 734 494	-605 506
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Finanzdirektion					
4000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 188 744	-392 000	796 744	-2 405 893	-3 202 637
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4100 Finanzverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-10 323 483	-1 260 000	-11 583 483	-10 110 840	1 472 643
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 128 000	-2 302 000	-3 430 000	-1 256 528	2 173 472
4400 Steuern Betriebsteil					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-165 517 078	-4 059 000	-169 576 078	-161 126 095	8 449 983
Budgetkredit Investitionsrechnung	-8 339 000	-6 634 000	-14 973 000	-744 577	14 228 423
4500 Personalamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-19 299 584	-379 000	-19 678 584	-18 529 457	1 149 127
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 228 200	-5 500 000	-7 728 200	-2 265 044	5 463 156
4610 Amt für Informatik					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-30 370 652	-21 236 000	-51 606 652	-51 859 007	-252 355
Budgetkredit Investitionsrechnung	-412 000	-13 601 000	-14 013 000	-6 274 940	7 738 060
4620 IKT-Sicherheitsbeauftragter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-7 470 659	-331 000	-7 801 659	-2 666 895	5 134 763
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4700 Drucksachen und Material					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-126 600		-126 600	374 959	501 559
Budgetkredit Investitionsrechnung	-100 000	-96 000	-196 000	-189 550	6 450
4910 Steuererträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	8 246 875 000		8 246 875 000	8 882 922 274	636 047 274
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4921 Schadenausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 500 000		-2 500 000	-1 686 756	813 244
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4930 Zinsen und Beteiligungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	614 889 088		614 889 088	460 618 095	-154 270 993
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4950 Sammelpositionen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	150 474 059	-3 000 000	147 474 059	-23 382 228	-170 856 287
Budgetkredit Investitionsrechnung	-20 000	-2 000 000	-2 020 000	-1 146 281	873 719
4960 Nationaler Finanzausgleich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-497 163 977		-497 163 977	-497 163 977	
Budgetkredit Investitionsrechnung					
4980 Gemeinnütziger Fonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-29 605 472		-29 605 472	-8 344 517	21 260 955
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
Volkswirtschaftsdirektion					
5000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 303 900		-5 303 900	-5 109 167	194 733
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5205 Amt für Mobilität					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-176 210 700		-176 210 700	-158 832 860	17 377 840
Budgetkredit Investitionsrechnung	-71 462 900		-71 462 900	-47 655 136	23 807 764
5210 Finanzierung öffentlicher Verkehr					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-377 123 433		-377 123 433	-357 448 724	19 674 709
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-57 192 358	-1 528 000	-58 720 358	-52 228 207	6 492 151
Budgetkredit Investitionsrechnung	-16 440 000		-16 440 000	-2 405 091	14 034 909
5920 Verkehrsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 359 816		-8 359 816	-7 433 742	926 074
Budgetkredit Investitionsrechnung	-23 000 000	-23 300 000	-46 300 000	-16 061 389	30 238 611
5921 Flughafenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	360 600		360 600	742 847	382 247
Budgetkredit Investitionsrechnung					
5925 Strassenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	36 166 000		36 166 000	115 457 817	79 291 817
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Gesundheitsdirektion					
6000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-16 130 400		-16 130 400	-15 157 000	973 400
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 050 000	-860 000	-1 910 000	-60 844	1 849 156
6010 Amt für Gesundheit					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-14 268 700		-14 268 700	-12 276 244	1 992 456
Budgetkredit Investitionsrechnung	-131 400	-1 250 000	-1 381 400	-946 827	434 573
6100 Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-23 324 100	-50 000	-23 374 100	-23 630 668	-256 568
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 400 000	-200 000	-1 600 000	-1 776 082	-176 082
6150 Kantonsapotheke					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 053 813		-2 053 813	-8 522 174	-6 468 361
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 205 000	-500 000	-2 705 000	-1 683 181	1 021 819
6200 Prävention und Gesundheitsförderung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 162 000		-8 162 000	-14 001 056	-5 839 056
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6300 Somatische Akutversorgung und Rehabilitation					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 361 780 000		-1 361 780 000	-1 336 333 024	25 446 976
Budgetkredit Investitionsrechnung		-144 702 000	-144 702 000	-90 183 471	54 518 529
6400 Psychiatrische Versorgung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-259 460 000	-3 120 000	-262 580 000	-266 363 130	-3 783 130
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6700 Beiträge an Krankenkassenprämien					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-486 928 100	-10 300 000	-497 228 100	-506 547 602	-9 319 502
Budgetkredit Investitionsrechnung					
6900 Tierseuchenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-132 300		-132 300	-132 263	37
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Bildungsdirektion					
7000 Bildungsverwaltung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-68 381 045	-1 824 000	-70 205 045	-72 317 391	-2 112 346
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 245 000	-519 000	-1 764 000	-660 209	1 103 791
7050 Hochbauinvestitionen Bildungsdirektion					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-522 000		-522 000	-370 536	151 464
Budgetkredit Investitionsrechnung	-106 420 000		-106 420 000	-96 458 685	9 961 315
7100 Lehrmittelverlag					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	5 635 300		5 635 300	4 890 846	-744 454
Budgetkredit Investitionsrechnung	-9 600 000		-9 600 000	-14 604 925	-5 004 925
7200 Volksschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-485 901 000		-485 901 000	-490 434 712	-4 533 712
Budgetkredit Investitionsrechnung	-6 600 000	-1 406 000	-8 006 000	-4 388 824	3 617 176
7301 Mittelschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-424 200 050		-424 200 050	-425 393 434	-1 193 384
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 496 400		-3 496 400	-2 748 377	748 023
7306 Berufsbildung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-373 565 000	-2 345 000	-375 910 000	-383 220 658	-7 310 658
Budgetkredit Investitionsrechnung	-12 474 000	-1 449 000	-13 923 000	-4 560 564	9 362 436

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
7401 Universität (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-708 491 700	-18 628 000	-727 119 700	-731 086 794	-3 967 094
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7402 Sonstige universitäre Leistungen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-70 087 500		-70 087 500	-73 119 835	-3 032 335
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 766 400		-3 766 400	-1 231 676	2 534 725
7406 Zürcher Fachhochschule (Beiträge)					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-428 640 000	-12 024 000	-440 664 000	-440 067 261	596 739
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7407 Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-76 687 400		-76 687 400	-83 393 565	-6 706 165
Budgetkredit Investitionsrechnung					
7501 Kinder- und Jugendhilfe					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-153 872 800		-153 872 800	-273 760 265	-119 887 465
Budgetkredit Investitionsrechnung	-10 800 000	-3 506 000	-14 306 000	-178 721	14 127 279
7502 Berufsberatung und Ausbildungsbeiträge					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-83 482 000		-83 482 000	-82 913 201	568 799
Budgetkredit Investitionsrechnung	-6 300 000		-6 300 000	-150 254	6 149 746
7930 Berufsbildungsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 291 000		-1 291 000	-6 111 949	-4 820 949
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Baudirektion					
8000 Generalsekretariat					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-54 780 639		-54 780 639	-55 165 010	-384 371
Budgetkredit Investitionsrechnung	-3 100 000	-1 529 000	-4 629 000	-985 759	3 643 241
8100 Hochbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-27 182 200		-27 182 200	-27 812 708	-630 508
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8300 Amt für Raumentwicklung					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-31 010 800	-584 000	-31 594 800	-30 507 008	1 087 792
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 961 000	-1 240 000	-3 201 000	-785 682	2 415 318
8400 Tiefbauamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-221 239 300		-221 239 300	-226 961 909	-5 722 609
Budgetkredit Investitionsrechnung	-120 880 000		-120 880 000	-128 949 160	-8 069 160
8500 Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-71 970 722	-10 834 000	-82 804 722	-70 454 641	12 350 081
Budgetkredit Investitionsrechnung	-111 871 000	-88 128 000	-199 999 000	-111 453 921	88 545 079
8510 Altlasten					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 045 600		-1 045 600	2 895 673	3 941 273
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8700 Immobilienamt					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-22 278 800		-22 278 800	-20 541 368	1 737 432
Budgetkredit Investitionsrechnung	-500 000		-500 000	-229 216	270 784
8710 Liegenschaften Finanzvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-451 249		-451 249	74 022 184	74 473 433
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8750 Liegenschaften Verwaltungsvermögen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-11 793 688		-11 793 688	-18 175 233	-6 381 545
Budgetkredit Investitionsrechnung	-223 000 000	-27 000 000	-250 000 000	-283 001 044	-33 001 044
8800 Amt für Landschaft und Natur					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-63 647 100		-63 647 100	-59 715 421	3 931 679
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 067 800	-1 378 000	-14 445 800	-10 127 213	4 318 587
8910 Natur- und Heimatschutzfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 093 800		1 093 800	7 976 907	6 883 107
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 905 000		-5 905 000	-3 837 933	2 067 067
8930 Mehrwertausgleichsfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 452 700		-1 452 700	-200 505	1 252 195
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8940 Denkmalpflegefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 615 000		-1 615 000	4 111 793	5 726 793
Budgetkredit Investitionsrechnung	-11 500 000		-11 500 000	-5 173 702	6 326 298
8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	27 900		27 900	45 527	17 627
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8960 Deponiefonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	1 522 500		1 522 500	14 991 431	13 468 931
Budgetkredit Investitionsrechnung					
8970 Kantonaler Waldfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 200		-5 200	-5 247	-47
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
8980 Wildschadenfonds					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-122 500		-122 500	-70 965	51 535
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 2 (Behörden und Rechtspflege)					
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 844 900	-191 000	-16 035 900	-14 882 436	1 153 464
Budgetkredit Investitionsrechnung		-750 000	-750 000	-123 504	626 496
9020 Finanzkontrolle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-5 124 200		-5 124 200	-4 966 373	157 827
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9030 Obergericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-42 547 000		-42 547 000	-46 571 936	-4 024 936
Budgetkredit Investitionsrechnung	-13 095 000		-13 095 000	-8 097 364	4 997 636
9040 Bezirksgerichte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-130 446 800		-130 446 800	-135 310 608	-4 863 808
Budgetkredit Investitionsrechnung	-17 841 000	-9 722 000	-27 563 000	-12 575 056	14 987 944
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	15 611 700		15 611 700	15 055 337	-556 363
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 100 000		-2 100 000	-738 485	1 361 515
9063 Verwaltungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-8 749 000		-8 749 000	-8 346 948	402 052
Budgetkredit Investitionsrechnung	-300 000		-300 000	7 868	307 868
9064 Sozialversicherungsgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-15 266 800		-15 266 800	-14 504 355	762 445
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 250 000	-1 086 000	-3 336 000	-2 504 628	831 372
9065 Baurekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 079 500		-4 079 500	-3 962 434	117 066
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9066 Steuerrekursgericht					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 332 900		-2 332 900	-2 116 179	216 721
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9070 Ombudsstelle					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-1 374 143		-1 374 143	-1 177 497	196 646
Budgetkredit Investitionsrechnung					
9071 Datenschutzbeauftragte					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-2 962 500		-2 962 500	-2 893 746	68 754
Budgetkredit Investitionsrechnung					
Konsolidierungskreis 3 (zu konsolidierende Organisationen)					
9300 Zürcher Verkehrsverbund					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-211 860 000		-211 860 000	-191 620 757	20 239 243
Budgetkredit Investitionsrechnung	-791 000		-791 000		791 000
9350 Forensisches Institut Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-25 638 000		-25 638 000	-25 175 176	462 824
Budgetkredit Investitionsrechnung	-1 490 000	-486 000	-1 976 000	-1 755 284	220 716
9600 Universität Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-706 852 000	-8 276 000	-715 128 000	-730 516 535	-15 388 535
Budgetkredit Investitionsrechnung	-60 050 000		-60 050 000	-61 871 219	-1 821 219
9690 Zentralbibliothek					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-31 828 000		-31 828 000	-31 931 470	-103 470
Budgetkredit Investitionsrechnung	-4 708 000		-4 708 000	-2 061 340	2 646 660
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-202 018 000	-12 024 000	-214 042 000	-211 257 674	2 784 326
Budgetkredit Investitionsrechnung	-24 000 000	-3 739 000	-27 739 000	-15 645 320	12 093 680
9720 Zürcher Hochschule der Künste					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-111 713 500		-111 713 500	-120 745 755	-9 032 255
Budgetkredit Investitionsrechnung	-5 000 000		-5 000 000	-6 037 856	-1 037 856
9740 Pädagogische Hochschule Zürich					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-116 211 000		-116 211 000	-118 242 821	-2 031 821
Budgetkredit Investitionsrechnung	-2 400 000		-2 400 000	-270 924	2 129 076
9510 Universitätsspital Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	11 995 971		11 995 971	-34 956 785	-46 952 756
geplante Investitionsausgaben	-181 268 099		-181 268 099	-122 981 357	58 286 742
9520 Kantonsspital Winterthur					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	-18 323 500		-18 323 500	-41 442 658	-23 119 158
geplante Investitionsausgaben	-43 513 000		-43 513 000	-37 567 247	5 945 753
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	2 006 852		2 006 852	7 408 599	5 401 747
geplante Investitionsausgaben	-17 354 000		-17 354 000	-9 753 749	7 600 251

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Abrechnung Budgetkredite

Abrechnung Budgetkredite in Franken	Budget 2023 Kantonsrat (13.12.2022)	Veränderungen Nachtragskredite und Kreditüber- tragungen	Budget ^{plus} 2023	Rechnung 2023	Abweichung +besser, -schlechter
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland					
geplanter Gewinn (+) / Verlust (-)	300 000		300 000	1 526 848	1 226 848
geplante Investitionsausgaben	-11 243 000		-11 243 000	-9 765 275	1 477 725
9800 Legate					
Budgetkredit Erfolgsrechnung	-4 479 000		-4 479 000	-946 219	3 532 781
Budgetkredit Investitionsrechnung					
 Übrige Organisationen (nicht zu konsolidierende Anstalten)					
9200 Arbeitslosenkasse					
Budgetkredit Erfolgsrechnung				5 407 444	5 407 444
Budgetkredit Investitionsrechnung					

Legende:

Budgetkredit Erfolgsrechnung: Saldo ohne Einlagen in Fonds, Entnahmen aus Fonds sowie kantonale Erträge zum Ausgleich der Erfolgsrechnung

Budgetkredit Investitionsrechnung: Investitionsausgaben

Rücklagen und Gewinnverwendung

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat die Bildung von Rücklagen von Fr. 1 000 000 zulasten der Rechnung 2023. Für das Jahr 2022 beantragte der Regierungsrat dem Kantonsrat Rücklagen von Fr. 880 000. Der Kantonsrat hat am 10. Juli des Berichtsjahres mit dem Geschäftsbericht 2022 Rücklagen von Fr. 880 000 genehmigt.

Rücklagen können beantragt werden, wenn eine Leistungsgruppe aufgrund effizienter Leistungserbringung besser abschliesst als budgetiert (vgl. § 23 Abs. 1 CRG). Gemäss § 16 Abs. 1 Finanzcontrollingverordnung (FCV) darf die Bildung neuer Rücklagen jährlich 2% des Lohnaufwands einer Leistungsgruppe nicht übersteigen und Rücklagen dürfen bis höchstens 5% des Lohnaufwands gebildet werden.

in Franken

Leistungsgruppe		Bildung von Rücklagen 2022	Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand (-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total		-880 000	-40 201 934	2 214 148	-1 000 000	-38 987 786	1 214 148
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei	-100 000	-320 169	56 284		-263 885	56 284
2201	Generalsekretariat		-317 321	92 707		-224 614	92 707
2204	Staatsanwaltschaft		-1 701 216			-1 701 216	
2205	Jugendstrafrechtspflege		-94 531			-94 531	
2206	Justizvollzug und Wiedereingliederung		-729 532	321 787		-407 745	321 787
2221	Handelsregisteramt		-323 737			-323 737	
2223	Statistisches Amt		-124 172	44 870		-79 302	44 870
2224	Staatsarchiv		-156 982	156 982			156 982
2232	Kantonale Opferhilfestelle		-4 210	3 015		-1 195	3 015
2233	Fachstelle Gleichstellung		-7 178	1 486		-5 692	1 486
2234	Fachstelle Kultur		-6 836			-6 836	
2241	Fachstelle Integration		-2 149	2 149			2 149
2251	Bezirksräte		-47 953	17 625		-30 328	17 625
2261	Statthalterämter		-154 482	38 684		-115 798	38 684
3000	Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung		-4 351			-4 351	
3100	Kantonspolizei		-1 245 916	27 591		-1 218 325	27 591
3200	Strassenverkehrsamt		-56 802	56 802			56 802
3500	Sozialamt	-50 000	-226 127	42 929		-183 198	42 929
4000	Generalsekretariat		-23 536			-23 536	
4100	Finanzverwaltung	-48 000	-326 346	30 726		-295 620	30 726
4400	Steuern Betriebsteil	-250 000	-1 914 312	99 538	-250 000	-2 064 774	-150 462
4500	Personalamt		-326 682			-326 682	
4610	Amt für Informatik		-55 829			-55 829	
4700	Drucksachen und Material		-410 613			-410 613	
5000	Generalsekretariat		-37 965	6 191	-30 000	-61 774	-23 809
5205	Amt für Mobilität		-28 800	25 874	-60 000	-62 926	-34 126
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit		-599 846	221 595	-300 000	-678 251	-78 405
6000	Generalsekretariat	-90 000	-97 256		-100 000	-197 256	-100 000
6010	Amt für Gesundheit	-150 000	-157 886		-130 000	-287 886	-130 000
6100	Kantonale Heilmittelkontrolle, Kantonales Labor, Veterinäramt	-10 000	-665 007	24 123		-640 884	24 123
6150	Kantonsapotheke		-221			-221	
7000	Bildungsverwaltung		-734 472			-734 472	
7301	Mittelschulen		-6 988 556			-6 988 556	
7306	Berufsbildung		-11 000 000			-11 000 000	
7406	Fachhochschulen (Beiträge)		-4 000 000			-4 000 000	
8000	Generalsekretariat		-328 446	7 524		-320 922	7 524
8100	Hochbauamt		-200 449			-200 449	
8300	Amt für Raumentwicklung		-293 625	17 904		-275 721	17 904
8400	Tiefbauamt		-473 000	57 000		-416 000	57 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft		-296 340	20 643		-275 697	20 643
8700	Immobilienamt		-86 076			-86 076	
8800	Amt für Landschaft und Natur		-271 133	12 868		-258 265	12 868
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste		-22 719			-22 719	
9020	Finanzkontrolle		-84 200			-84 200	
9030	Obergericht		-953 929	252 888		-701 041	252 888
9040	Bezirksgerichte		-2 370 075	321 198		-2 048 877	321 198
9060	Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	-150 000	-1 120 548	177 000		-943 548	177 000
9063	Verwaltungsgericht		-245 938	50 200	-65 000	-260 738	-14 800
9065	Baurekursgericht	-32 000	-182 492	9 403	-25 000	-198 089	-15 597
9066	Steuerrekursgericht		-31 857	16 562	-30 000	-45 295	-13 438
9070	Ombudsstelle		-13 039			-13 039	
9071	Datenschutzbeauftragte		-69 370		-10 000	-79 370	-10 000

Grundlagen für die Anträge an den Kantonsrat

Rücklagen und Gewinnverwendung

in Franken

Leistungsgruppe	Bildung von Rücklagen 2022	Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand (-Zunahme/+Abnahme gegenüber Vorjahr)
Total Unselbstständige Anstalten		-267 707			-267 707	
9300 Zürcher Verkehrsverbund		-267 707			-267 707	

Die in der Tabelle aufgeführten Beträge sind auf Franken gerundet. Totalisierungen können deshalb von der Summe der einzelnen Werte abweichen. Die Werte in den Spalten «Bildung von Rücklagen 2022», «Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022» und «Verwendung 2023» sind mit den verbuchten Beträgen abgestimmt.

Die beantragte Bildung der Rücklagen im Betrag von Fr. 1 000 000 wird nach der Genehmigung durch den Kantonsrat verbucht.

Im Berichtsjahr wurden Rücklagen von 2,2 Mio. Franken verwendet und unmittelbar aufgelöst. Gesamthaft fällt der Rücklagenbestand per 31. Dezember 2023 einschliesslich der beantragten Bildung um 1,2 Mio. Franken auf 39 Mio. Franken.

Folgende Leistungsgruppen nahmen aus verwendeten Rücklagen Sachaufwendungen für Vorhaben von mehr als Fr. 50 000 vor:

Leistungsgruppe	Verwendungszweck	Betrag
1000 Regierungsrat und Staatskanzlei	Personalanlässe	56 284
2206 Justizvollzug und Wiedereingliederung	Finanzierung von Personalaufwand für befristete Stellen	321 787
5300 Amt für Wirtschaft und Arbeit	Verwendung insbesondere für Mitarbeitendengesamtanlass	221 595
8400 Tiefbauamt	Verwendung für Personalzwecke	57 000
9030 Obergericht	Personalförderungsmassnahmen	252 888
9040 Bezirksgerichte	Personalförderungsmassnahmen	321 198
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	Personalförderungsmassnahmen	177 000
9063 Verwaltungsgericht	Personalförderungsmassnahmen	50 200

Gewinnverwendung der selbstständigen Anstalten

Im Rahmen der Gewinnverwendung können Mittel den Reserven zugewiesen oder an den Kanton ausgeschüttet werden. Verluste werden durch Entnahmen aus den Reserven gedeckt. Die Verwendung der Gewinne bzw. Deckung der Verluste 2023 wird erst nach der Genehmigung des Kantonsrates verbucht.

Die folgenden Tabellen zeigen die Anträge für die selbstständigen Anstalten. Sie sind in den jeweiligen Leistungsgruppenrechnungen begründet.

in Franken
Leistungsgruppe

Leistungsgruppe	Antrag auf Zuweisung zu den Reserven im Rahmen der Gewinnverwendung
Total Zuweisung zu den Reserven	16 004 874.03
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	7 408 599.00
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	3 414 252.98
9600 Universität Zürich	4 492 671.39
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	689 350.66

in Franken
Leistungsgruppe

Leistungsgruppe	Antrag auf Entnahme aus den Reserven im Rahmen der Verlustdeckung
Total Entnahme aus den Reserven	112 916 116.99
9510 Universitätsspital Zürich	51 957 785.00
9520 Kantonsspital Winterthur	49 517 479.00
9600 Universität Zürich	3 530 773.70
9720 Zürcher Hochschule der Künste	6 918 148.63
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	991 930.66

Anhang

Behörden	273
Übersicht Finanzierung	273
9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste	274
9020 Finanzkontrolle	276
9070 Ombudsstelle	277
9071 Datenschutzbeauftragte	278
Rechtspflege	279
Übersicht Finanzierung	279
9030 Obergericht	280
9040 Bezirksgerichte	283
9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter	286
9063 Verwaltungsgericht	289
9064 Sozialversicherungsgericht	292
9065 Baurekursgericht	294
9066 Steuerrekursgericht	296
Zu konsolidierende Organisationen	298
Übersicht Finanzierung	298
9300 Zürcher Verkehrsverbund	299
9350 Forensisches Institut Zürich	302
9600 Universität Zürich	305
9690 Zentralbibliothek	311
9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	314
9720 Zürcher Hochschule der Künste	320
9740 Pädagogische Hochschule Zürich	324
9800 Legate	328
Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)	330
Übersicht Finanzierung	330
9510 Universitätsspital Zürich	331
9520 Kantonsspital Winterthur	333
9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich	335
9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland	337
Andere Organisationen	339
9200 Arbeitslosenkasse	339
Kreditübertragungen	341
Bewilligte Kreditüberschreitungen	352
Definitionen und Konventionen	354

Behörden

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	30.1	1.4	0.0	0.0	1.4	1.5	0.2	11.2
Aufwand	-213.1	-26.7	0.0	-0.2	-26.8	-25.4	1.4	5.3
Saldo	-183.0	-25.3	0.0	-0.2	-25.5	-23.9	1.6	6.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben				-0.8	-0.8	-0.1	0.6	83.5
Saldo				-0.8	-0.8	-0.1	0.6	83.5

9000 Kantonsrat und Parlamentsdienste

Aufgaben

- A1 Der Kantonsrat (KR) bildet als gewählte Volksvertretung das politische Forum, in dem alle Bevölkerungsteile ihre Interessen in geordnetem Rahmen artikulieren können. Er ist gemäss Kantonsverfassung zuständig für die Verfassungs- und Gesetzgebung, übt Finanzkompetenzen und die Kontrolle über Exekutive und Judikative aus und nimmt Wahlen und Begnadigungen vor.
- A2 Die Kommissionen (K) sind zuständig für die Vorberatung der Geschäfte.
- A3 Die Parlamentsdienste (PD) unterstützen Kantonsrat und Kommissionen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	KR: Behandelte Vorlagen	A1	120	100	96	-4	-4.0
L2	KR: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A1	0.77	1.07	0.9	-0.17	-15.89
L3	KR: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A1	166	220	151	-69	-31.4
L4	K: Behandelte Vorlagen	A2	102	99	91	-8	-8.1
L5	K: Durchschnittliche Gesamtverweildauer, in Tg.	A2	210	240	176	-64	-26.7
L6	K: Durchschnittliche Beratungsdauer, in Std.	A2	3.22	2.99	3.32	0.33	11.04
L7	K: Pendente Geschäfte am 31. Dezember	A2	128	125	116	-9	-7.2
L8	PD: Protokolle	A3	382	370	361	-9	-2.4
B1	PD: Durchschnittliche Kosten je Ratsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	2101	2666	1983	-683	-25.6
B2	PD: Durchschnittliche Kosten je Kommissionsprotokoll einschliesslich Sitzung	A3	1446	1465	1287	-178	-12.2

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	18.7	18.8	19.1	0.3	1.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.5	0.1	0.0	0.0	0.1	0.2	0.1	148.1
Aufwand	-14.5	-15.9	0.0	-0.2	-16.1	-15.0	1.1	6.6
Saldo	-14.1	-15.8	0.0	-0.2	-16.0	-14.9	1.2	7.2

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben				-0.8	-0.8	-0.1	0.6	83.5
Saldo				-0.8	-0.8	-0.1	0.6	83.5

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.5	A1	- Im Februar des Berichtsjahres konnte der Kantonsrat das Rathaus Hard pünktlich beziehen. Die anfallenden Kosten für das Verbrauchs- und Betriebsmaterial waren dadurch bedeutend tiefer (im Frühling 2022 wurde noch der Aufwand für die Halle 9 budgetiert, da zum damaligen Zeitpunkt nicht klar war, ob das Rathaus Hard rechtzeitig bezogen werden konnte). Tiefer als budgetiert fielen zudem die Kosten für die Ausstattung des Rathauses Hard aus.
0.3	A1, A2	- Tiefere Sitzungsgelder als budgetiert
0.1	A1	- Die Kreditübertragung aus dem Vorjahr (ZKB-Jubiläumsdividende) wurde nicht vollumfänglich verwendet.
0.1	A1, A2, A3	- Der Aufwand im Bereich IT war geringer als erwartet (insbesondere Informatik-Nutzungsaufwand und Softwareunterhalt).
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.8	-0.1	0.6	
- Weg der Demokratie in Uster	-0.8	-0.1	0.7	- Die Kreditübertragung aus dem Vorjahr (ZKB-Jubiläumsdividende) wurde nicht vollumfänglich verwendet.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022
plus Bildung 2022
-22719

Verwendung	Antrag Bildung 2023
2023	(verbucht 2024)
0	0

Bestand 31.12.2023
plus Bildung 2023
-22719

Veränderung Bestand
0

9020 Finanzkontrolle

Aufgaben

A1 Die Finanzkontrolle nimmt die Aufgaben der Abschlussprüfung und der Finanzaufsicht gemäss Finanzkontrollgesetz (FKG) wahr. Sie unterstützt den Kantonsrat bei der Ausübung der Oberaufsicht und den Regierungsrat und seine Direktionen bei der Ausübung der Aufsicht. Die Finanzaufsicht der Finanzkontrolle umfasst die Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit sowie der Wirtschaftlichkeit im Rahmen der Haushaltsführung.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L2	Revisionen pro Jahr	A1	136	135	137	2	1.5
B1	Verhältnis eingesetzte Arbeitszeit für Auftrag gemäss FKG, in % zur verfügbaren Präsenzzeit	A1	80	80	81	1	
W1	Anteil der von den Geprüften akzeptierten Feststellungen, in % (aufgrund Stellungnahmen)	A1	94	92	93	1	

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	27.3	29.0	27.7	-1.3	-4.6

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1.2	1.2	0.0	0.0	1.2	1.2	0.0	0.7
Aufwand	-5.9	-6.3	0.0	0.0	-6.3	-6.2	0.1	2.4
Saldo	-4.8	-5.1	0.0	0.0	-5.1	-5.0	0.2	3.1
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-84200	0	0	-84200	0

9070 Ombudsstelle

Aufgaben

A1 Die Ombudsperson nimmt Beschwerden von Bürgerinnen und Bürgern gegen Behörden und Amtsstellen entgegen, prüft sie und bemüht sich durch Vermittlung um eine einvernehmliche Lösung. Die Rechtsgrundlagen für die Institution Ombudsstelle finden sich in Art. 81 der Kantonsverfassung und in den §§ 87ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Eingegangene Geschäfte	A1	817	830	835	5	0.6
L2	Erliedigte Geschäfte	A1	778	770	578	-192	-24.9
L3	Angeschlossene Gemeinden	A1	22	22	22	0	0.0
L4	Eingegangene Geschäfte aus angeschlossenen Gemeinden	A1	61	22	67	45	204.5

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	4.3	4.3	4.3	0.0	0.0

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.1	0.1	259.9
Aufwand	-1.2	-1.4	0.0	0.0	-1.4	-1.2	0.1	10.4
Saldo	-1.2	-1.4	0.0	0.0	-1.4	-1.2	0.2	14.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-13039	0	0	-13039	0

9071 Datenschutzbeauftragte

Die ausführliche Berichterstattung der Datenschutzbeauftragten ist dem Tätigkeitsbericht 2023 zu entnehmen. Dieser wird im Juni 2024 publiziert und auf der Webseite der Datenschutzbeauftragten (www.datenschutz.ch) verfügbar sein.

Aufgaben

- A1 Die Datenschutzbeauftragte beaufsichtigt die Datenbearbeitungen der kantonalen Verwaltung, der Gemeinden und der übrigen Behörden und öffentlichen Einrichtungen im Kanton, um die Privatsphäre der Einwohnerinnen und Einwohner sicherzustellen.
- A2 Sie berät die öffentlichen Organe, beurteilt die datenschutzrelevanten Vorhaben (Vorabkontrollen) und nimmt Stellung zu Erlassen. Sie bietet Aus- und Weiterbildungen in den Bereichen Datenschutz und Informationssicherheit an.
- A3 Bei öffentlichen Organen überprüft sie mit Kontrollen (Datenschutz-Reviews), ob die Anforderungen des Datenschutzes in rechtlicher, organisatorischer und sicherheitstechnischer Hinsicht eingehalten sind. Öffentliche Organe sind verpflichtet, Datenschutzvorfälle zu melden. Die Datenschutzbeauftragte kann die Umsetzung von Massnahmen verfügen.
- A4 Die Datenschutzbeauftragte berät Privatpersonen über ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche und vermittelt in Konfliktfällen zwischen Privatpersonen und öffentlichen Organen. Sie informiert die Öffentlichkeit über die Anliegen des Datenschutzes und der Informationssicherheit.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Beratungen	A4	569	750	793	43	5.7
L2	Vernehmlassungen und Mitberichte	A2	16	18	16	-2	-11.1
L3	Weiterbildungsangebote für öffentliche Organe	A2	29	20	27	7	35.0
L4	Kontrollen	A3	24	60	60	0	0.0
W1	Anteil umgesetzter Empfehlungen bei Datenschutz-Reviews, in %	A3	69	80	89	9	
W2	Besuche auf Webseiten	A4	49585	45000	74567	29567	65.7

Entwicklungsschwerpunkte

9071 10b Risiken der digitalen Datenbearbeitung aufzeigen und Eigenverantwortung stärken

Stand bis
Abgeschlossen 2023

9071 10c Gewährleisten einer regelmässigen und nachhaltigen Kontrolle der Datenbearbeitungen

Das Kontrollkonzept wurde überarbeitet und die Umsetzung der Massnahmen erfolgreich gestartet. Verzögert 2024

9071 10d Neue Instrumente des IDG in der Praxis etablieren

Abgeschlossen 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	12.0	12.2	13.0	0.8	6.3

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	0.1	0.1	0.0	0.0	0.1	0.1	-0.0	-0.7
Aufwand	-3.1	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-3.0	0.1	2.3
Saldo	-3.1	-3.0	0.0	0.0	-3.0	-2.9	0.1	2.3

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung 2023	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-69370	0	-10000	-79370	-10000

Bemerkungen

Endogen zu begründende Ergebnisverbesserung aufgrund von Mehrleistungen der Mitarbeitenden

Rechtspflege

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	186.6	172.4	0.0	0.0	172.4	181.4	9.0	5.2
Aufwand	-355.6	-360.2	0.0	0.0	-360.2	-377.2	-17.0	-4.7
Saldo	-168.9	-187.8	0.0	0.0	-187.8	-195.8	-7.9	-4.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.0							
Ausgaben	-17.5	-35.6	0.0	-10.8	-46.4	-23.9	22.5	48.5
Saldo	-17.5	-35.6	0.0	-10.8	-46.4	-23.9	22.5	48.5

9030 Obergericht

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen erst- und zweitinstanzlichen Verfahren gemäss geltendem Recht
A2 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von erstinstanzlichen Verfahren	A1	347	400	442	42	10.5
L2	Erledigung von Berufungen	A1	1103	1000	1141	141	14.1
L3	Erledigung von Beschwerden	A1	2050	2000	2118	118	5.9
L4	Erledigung von anderen Verfahren	A1	1304	1300	1412	112	8.6
L5	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren absolut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	10093	9000	9835	835	9.3
L6	Eingänge	A1	9775	9000	9842	842	9.4
L7	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	2885	2600	2877	277	10.7
L8	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	1.03	1	1	0	0.0
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	4484	4727	4735	8	0.2
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	140580	138647	145734	7087	5.1
W1	Erledigte Berufungsverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	57.5	72	53.8	-18.2	
W2	Erledigte Beschwerdeverfahren innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	76.0	92	76.6	-15.4	
W3	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	2.1	1.9	2.6	0.7	36.8
W4	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsvertretungen, in Mio. Franken	A1	1.0	0.7	0.9	0.2	28.6
W5	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Parteien, in Mio. Franken	A1	1.8	1	1.0	0.0	0.0

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2017–2021 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Im Berichtsjahr sind sowohl die Anzahl eingegangener Verfahren als auch die Erledigungen angestiegen.
- L2, L3, Aufgrund der hohen Eingänge in den vergangenen Jahren liegen die Erledigungen über dem Prognosewert. Besonders L4 hervorzuheben sind die anhaltend hohen Eingangszahlen bei den Berufungsstrafkammern sowie der Beschwerdestrafkammer, die auch im Berichtsjahr über dem Fünfjahresschnitt liegen.
- L5, L6 Die hohen Werte bei den Erledigungen und Eingängen absolut (einschliesslich der Verfahren der Justizverwaltung) sind hauptsächlich auf die Zunahme bei den Strafverfahren zurückzuführen, während die Geschäfte der obergerichtlichen Kommissionen rückläufig waren.
- L7 Trotz der hohen Eingänge im Rechtsprechungsbereich konnten die Pendenzen stabilisiert werden.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft ist gegenüber der Prognose und dem Vorjahr aufgrund der höheren Kosten im Rechtsprechungsbereich sowie der zur Bewältigung der hohen Geschäftslast notwendigen Mehrstellen angestiegen.
- B2 Zur Bewältigung der hohen Geschäftslast bzw. Vermeidung von Verzögerungen hat die Verwaltungskommission des Obergerichts den befristeten Einsatz von Ersatzmitgliedern sowie juristischem und kaufmännischem Personal bewilligt. Die zusätzlichen Stellen sind teilweise über der durchschnittlichen Lohnsumme eingereicht. Zusammen mit dem gewährten, aber zentral bei der Finanzdirektion eingestellten Teuerungsausgleich von 3,5% führte dies zu einer angestiegenen durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W3–W5 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates wurden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2017–2021 erstellt.
- W1, W2 Der Anteil von innert sechs Monaten erledigten Berufungsverfahren nahm aufgrund der gestiegenen Geschäftslast bei den Berufungskammern sowie wegen zahlreicher komplexer und aufwendiger Verfahren erneut ab. Bei den Beschwerdeverfahren ist bei anhaltend hohen Eingängen eine leichte Steigerung der Erledigungen gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen.

- W3, Bei den Zahlungen des Staates für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und
W4, Parteientschädigungen) ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Insbesondere bei den amtlichen Verteidigungen in
W5 Strafsachen kam es wiederum zu einer deutlichen Kostenzunahme, wobei diese auf mehr fakturierte Fälle zurückzuführen ist. Die Ausgaben pro Fall haben nur marginal zugenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9030 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Gerichte und Kammern. Abgeschlossen 2023

9030 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafrechtspflege

Die im Jahr 2017 verabschiedete Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt und vielfach abgeschlossen werden. Ab September fanden am Obergericht und an den Bezirksgerichten Kick-off-Veranstaltungen zur Umsetzung der ersten Massnahmen statt. Der Prozess der Strategieumsetzung ist damit aber noch nicht beendet, da in einzelnen Arbeitspaketen nach wie vor Massnahmen entwickelt werden. Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	274.7	270.2	284.6	14.4	5.3

Bemerkungen R23 zu B23

- 14.4 Die Verwaltungskommission des Obergerichts bewilligte den befristeten Einsatz von diversen Ersatzmitgliedern (+4.9 Stellen), juristischem Personal (+5.7 Stellen) und administrativem und technischem Personal (+3.8 Stellen), um die Geschäftslast zu bewältigen bzw. Verzögerungen zu vermeiden. Des Weiteren waren Stellen krankheitsbedingt doppelt zu besetzen.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	35.3	32.8	0.0	0.0	32.8	35.4	2.6	7.9
Aufwand	-79.1	-75.3	0.0	0.0	-75.3	-82.0	-6.6	-8.8
Saldo	-43.8	-42.5	0.0	0.0	-42.5	-46.6	-4.0	-9.5
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-9.0	-13.1	0.0	0.0	-13.1	-8.1	5.0	38.2
Saldo	-9.0	-13.1	0.0	0.0	-13.1	-8.1	5.0	38.2

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.		A/E	Begründungen
-4.0			Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
1.8	A1	-	Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung an das Obergericht.
1.6	A1	-	Erfolgreiche Bemühungen im Rahmen des Nachinkassos. Da mittlerweile sämtliche Rückstände in der Bearbeitung aufgeholt wurden, ist für die kommenden Jahre mit tieferen Erträgen zu rechnen.
-0.9	A1	-	Höhere Kosten für externe Projektleitungs- und Wartungsdienstleistungen hauptsächlich im IT-Bereich
-1.0	A1	-	Insbesondere die Auslagen für amtliche Verteidigungen in Strafverfahren stiegen im Berichtsjahr an.
-1.7	A1	-	Es konnten nur vereinzelt Entscheide mit hohen Gebühren fakturiert werden.
-3.9	A1	-	Höherer Lohnaufwand aufgrund der Bewilligung von 14.4 Mehrstellen. Davon 11.4 Stellen im Bereich der Rechtsprechung und 3 Stellen in den Supportabteilungen. Der gewährte Teuerungsausgleich von 3,5% war zentral bei der Finanzdirektion budgetiert.
0.1		-	Übrige Abweichungen

Rechtspflege Leistungsgruppe 9030

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-13.1	-8.1	5.0	
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Software (Anpassungen an den Geschäftsapplikationen)	-5.2	-6.1	-0.9	- Im Notariatsbereich fielen Mehrausgaben für das elektronische Grundbuch an.
- Informatikinvestitionen für die Gerichte und Notariate-Hardware (Realisierung Projektportfolio; Lifecycle Management)	-2.7	-1.3	1.4	- Die Beschaffung von Hardware (Bildschirme) verzögerte sich aufgrund von Lieferschwierigkeiten.
- Übertragung in das Verwaltungsvermögen der Gerichte und Gesamtinstandsetzung der Liegenschaft Florhofgasse 2	-2.1	0.0	2.1	- Der Übertrag der Liegenschaft Florhof ins Verwaltungsvermögen des Obergerichts hat stattgefunden. Die Planung der Instandsetzung verzögert sich allerdings.
- Dachausbau Liegenschaft Hirschengraben 13	-1.0	-0.0	1.0	- Das Projekt wurde aufgrund dringlicherer Vorhaben sistiert und wird für 2027 neu geplant.
- Ersatz Alarmserverlösung	-0.6	0.0	0.6	- Die Alarmserverlösung kann erst 2024 umgesetzt werden.
- Notnetz EWZ	-0.4	-0.2	0.2	- Das Projekt konnte noch nicht abgeschlossen werden.
- Ersatz C-Lever (Schliesssystem)	-0.3	-0.2	0.1	- Das Projekt konnte noch nicht abgeschlossen werden.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar	-0.1	-0.3	-0.2	- In der Liegenschaft Florhof wurden Arbeitsplätze möbliert, die im Budget nicht eingestellt waren. Für die zusätzlichen Ersatzmitglieder wurde ebenfalls Mobiliar beschafft.
- Verschiedene bauliche Massnahmen (Optimierung Heizungsanlage Liegenschaft Hirschengraben 13/15, Nutzung Abwärme des Rechenzentrums und weitere bauliche Massnahmen)	-0.7	-0.0	0.7	- Die Projekte konnten noch nicht abgeschlossen werden.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -953929	Verwendung 2023 252888	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -701041	Veränderung Bestand 252888

Bemerkungen

Das Obergericht verwendet Rücklagen für Personalförderungsmassnahmen.

9040 Bezirksgerichte

Aufgaben

- A1 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren gemäss geltendem Recht
 A2 Ausbildung junger Juristinnen und Juristen am Gericht (Auditorinnen und Auditoren sowie Gerichtsschreiberinnen und Gerichtsschreiber)
 A3 Personalförderungsmassnahmen sowie Aus- und Weiterbildung auf allen Stufen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigung von summarischen Verfahren	A1	37900	36600	38790	2190	6.0
L2	Erledigung von Zivilprozessen	A1	6671	7500	6808	-692	-9.2
L3	Erledigung von Strafprozessen	A1	2702	2200	2509	309	14.0
L4	Erledigung von Haftrichtersachen	A1	2999	2900	3220	320	11.0
L5	Erledigung von Mietschlichtungen	A1	3674	4400	8621	4221	95.9
L6	Erledigung der hängigen Prozesse und Verfahren abso- lut (inkl. Verfahren der Justizverwaltung)	A1	57253	56400	62935	6535	11.6
L7	Eingänge	A1	57559	56400	65844	9444	16.7
L8	Hängige Verfahren Ende Jahr (Höchstwert)	A1	10662	10100	13531	3431	34.0
L9	Verhältnis Erledigungen : Eingänge (Zielwert)	A1	0.99	1	0.96	-0.04	-4.00
L10	Verhältnis Auditoren : Gerichtsschreiber (Zielwert)	A2	0.7	0.8	0.7	-0.1	-12.5
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	2085	2313	1897	-416	-18.0
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1	105095	104959	108815	3856	3.7
W1	Erledigte Zivil- und Strafprozesse innert 6 Monaten unter Berücksichtigung der Qualität, in %, gemessen an der Gesamtverfahrensdauer der erledigten Geschäfte (Mindestwert)	A1	74	75	73	-2	
W2	Zahlungen des Staates für amtliche Verteidigungen, in Mio. Franken	A1	18.2	14.5	20.5	6.0	41.4
W3	Zahlungen des Staates für unentgeltliche Rechtsbei- stände, in Mio. Franken	A1	15.3	14.8	16.3	1.5	10.1
W4	Zahlungen des Staates für Entschädigungen an Par- teien, in Mio. Franken	A1	1.7	1.6	2.4	0.8	50.0

Bemerkungen

- Allg. Die Budgetwerte der Leistungsindikatoren wurden aufgrund der Eingänge und Erledigungen der Jahre 2017–2021 erstellt. Das Erreichen der Budgetwerte ist von der Zahl eingehender Verfahren und deren Komplexität abhängig.
- L1 Der Anstieg der Eingänge führte zu einer Zunahme bei den Erledigungen, die deutlich über dem Fünfjahresschnitt liegen.
- L2 Die Erledigungen entsprechen den Eingängen, sodass die Pendenzenlast stabil blieb.
- L3, L4 Ein erheblicher Teil der Mehreingänge im Strafbereich ist eine direkte Folge des Ausbaus der Stellenpläne bei den Strafverfolgungsbehörden. Es konnten im Berichtsjahr mehr Strafverfahren erledigt werden, als eingegangen sind.
- L5 Aufgrund der Anpassung des Referenzzinssatzes sind aussergewöhnlich viele Verfahren im Bereich der Mietschlichtungen eingegangen. Ein erheblicher Anteil dieser Verfahren konnte bereits im Berichtsjahr erledigt werden.
- L6, L7, L8 Die Geschäftslast bei den Bezirksgerichten (insbesondere Mietschlichtungen) liegt erneut deutlich über dem Fünfjahresschnitt, was zu einem Anstieg der Pendenzen führte.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft ist trotz des Anstiegs bei den Kosten der Rechtsprechung gesunken. Dies ist auf die hohen Erledigungszahlen zurückzuführen.
- B2 Aufgrund von Rekrutierungsproblemen bei tiefer eingereichten Stellen (Auditorinnen und Auditoren sowie kaufmännisches Personal) kam es zu Vakanzen. Zusammen mit dem gewährten, aber zentral bei der Finanzdirektion eingestellten Teuerungsausgleich von 3,5% führte dies zu einem Anstieg der durchschnittlichen Lohnsumme.
- Allg. Die Indikatoren W2–W4 sind nicht beeinflussbar und können deshalb nicht verlässlich budgetiert werden. Die Prognosen für die Zahlungen des Staates werden deshalb auf der Grundlage des Durchschnittswerts der Vorjahre 2017–2021 erstellt.
- W2, W3, W4 Bei den Zahlungen des Staates für amtliche Mandate (amtliche Verteidigungen, unentgeltliche Rechtsvertretungen und Parteientschädigungen) ist ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Insbesondere bei den amtlichen Verteidigungen in Strafsachen kam es wiederum zu einer starken Kostenzunahme, wobei dieser auf mehr fakturierte Fälle zurückzuführen ist. Die Ausgaben pro Fall haben nur marginal zugenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9040 10a Laufende Überprüfung der Ressourcen und Abläufe vor dem Hintergrund von Gesetzesänderungen

Die Überprüfung von Ressourcen und Abläufen erfolgt im Rahmen der jährlichen Berichterstattung der Bezirksgerichte. Abgeschlossen 2023

9040 10d Umsetzung der Dachstrategie der Zürcher Zivil- und Strafrechtspflege

Die 2017 verabschiedete Dachstrategie gibt die allgemeine strategische Stossrichtung für die nächsten Jahre vor. Gestützt darauf werden die Umsetzungsmassnahmen in den identifizierten Handlungsfeldern von sieben breit abgestützten Projekt- bzw. Arbeitsgruppen gestaffelt erarbeitet. Im Berichtsjahr konnten die Arbeiten in den verschiedenen Projektgruppen weitergeführt und vielfach abgeschlossen werden. Ab September fanden am Obergericht und an den Bezirksgerichten Kick-off-Veranstaltungen zur Umsetzung der ersten Massnahmen statt. Der Prozess der Strategieumsetzung ist damit aber noch nicht beendet, da in einzelnen Arbeitspaketen nach wie vor Massnahmen entwickelt werden. Verzögert 2023

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	734.1	786.2	772.8	-13.4	-1.7

Bemerkungen R23 zu B23

-13.4 Aufgrund von Rekrutierungsproblemen konnten die neu geschaffenen Stellen noch nicht vollständig besetzt werden. Vakanzen bestanden hauptsächlich bei Auditorinnen und Auditoren sowie im kaufmännischen Bereich.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	41.1	37.7	0.0	0.0	37.7	41.4	3.7	9.7
Aufwand	-160.4	-168.2	0.0	0.0	-168.2	-176.7	-8.5	-5.1
Saldo	-119.4	-130.4	0.0	0.0	-130.4	-135.3	-4.9	-3.7

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-6.2	-17.8	0.0	-9.7	-27.6	-12.6	15.0	54.4
Saldo	-6.2	-17.8	0.0	-9.7	-27.6	-12.6	15.0	54.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-4.9		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
3.0	A1	- Der Gebührenertrag fiel höher aus als budgetiert. Es konnten rund 850 Verfahren mehr fakturiert werden als im Vorjahr.
1.1	A1	- Die für die Mehrstellen eingestellten Strukturkosten mussten im Bereich der Miete nicht vollumfänglich beansprucht werden.
0.8	A1	- Aufgrund der Verzögerung beim Bauprojekt in Zürich (Wengistrasse 30) wurden weniger Abschreibungen verbucht.
0.6	A1	- Entlastungen aufgrund der Zurückhaltung beim innerkantonalen Material- und Mobiliarbezug. Aufgrund der Verzögerung der Inbetriebnahme des neuen Gerichtsgebäudes in Meilen wurden eingestellte Mehrkosten für IC-Miete nicht beansprucht.
-1.0	A1	- Die Mehrerträge aus den vergangenen Jahren führten zu höheren Forderungsverlusten.
-1.4	A1	- Der gewährte Teuerungsausgleich von 3,5% war zentral bei der Finanzdirektion budgetiert.
-8.2	A1	- Die Kosten für amtliche Mandate sind anhaltend hoch. Insbesondere bei den amtlichen Verteidigungen in Strafsachen ist wiederum ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen.
0.2		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-27.6	-12.6	15.0	
- Gesamtinstandsetzung Liegenschaft Wengistrasse 30 (Bezirksgericht Zürich)	-17.5	-5.0	12.5	- Verzögerungen im Bauprojekt. Der nicht beanspruchte Kredit wird in das neue Rechnungsjahr übertragen.
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar am Bezirksgericht Zürich	-0.2	-0.1	0.1	
- Neubau Bezirksgericht Hinwil	-3.5	-2.0	1.5	- Verzögerungen im Bauprojekt. Der nicht beanspruchte Kredit wird in das neue Rechnungsjahr übertragen.
- Umbau/Erweiterungsbauten (Gerichtssäle) am Bezirksgericht Andelfingen	-0.6	-0.1	0.5	- Das Projekt wird nicht mehr weiterverfolgt.

Rechtspflege
Leistungsgruppe 9040

- PV-Anlage und EVAK-/Brandmeldeanlage Bezirksgericht Bülach	-0.4	-0.2	0.2	
- Erstausrüstung Neubau Bezirksgericht Meilen	-0.3	-0.1	0.2	- Inbetriebnahme Gerichtsgebäude wurde in das Jahr 2024 verschoben.
- Verschiedene bauliche Vorhaben am Bezirksgericht Zürich (EVAK-Anlage, Ersatz Schleusen, Ersatz Schliessanlage, Videoanlage Wengistrasse 28, bauliche Anpassungen im Haftbereich usw.)	-1.0	-1.0	0.0	
- Anpassungsarbeiten an der städtischen Liegenschaft (Sicherheitsaspekte für den Gerichtsbetrieb und feuerpolizeiliche Auflagen)	-4.0	-3.3	0.7	- Verzögerungen im Bauprojekt
- Mieterausbau Liegenschaft Roter Turm (Bezirksgericht Winterthur)	0.0	-0.8	-0.8	- Bauliche Massnahmen und Mobiliar im Zusammenhang mit Mehrstellen
- Übrige	-0.1	-0.0	0.1	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-2370075	321 198	0	-2048877	321 198

Bemerkungen

Die Bezirksgerichte verwenden Rücklagen für Personalförderungsmaßnahmen.

9060 Notariate, Grundbuch- und Konkursämter

Aufgaben

- A1 Fristgerechte Erledigung der Notariats-, Grundbuch- und Konkursgeschäfte
- A2 Errichtung öffentlicher Urkunden, Vornahme amtlicher Beglaubigungen, Aufbewahrung von Verfügungen von Todes wegen, Mitwirkung in erbrechtlichen Angelegenheiten und Erledigung von weiteren, dem Notariat übertragenen, Aufgaben im Rahmen des eidgenössischen und kantonalen Rechts
- A3 Führen der Grundbucheinrichtungen und Anlegung des eidgenössischen Grundbuchs nach den Vorgaben des eidgenössischen und kantonalen Rechts
- A4 Erledigung der dem Konkursamt durch das eidgenössische Recht übertragenen Aufgaben

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Rationelle Erledigung der Geschäfte unter Berücksichtigung des qualitativen Aspekts im Notariats- und Grundbuchbereich: Die im Leitbild als Standardgeschäfte definierten Geschäftsfälle sind erledigt, in % (Zielwert)	A2, A3	90	90	90	0	
L2 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 4 Mt., in % (Zielwert)	A3	89.9	90	92.5	2.5	
L3 Reduktion der Rückstände in der Grundbuchnachführung: Erledigungsquote innert 6 Mt., in % (Zielwert)	A3	95.8	95	96.3	1.3	
L4 Förderung der Grundbucheinführungsverfahren: abgeschlossene Verfahren (Zielwert)	A3	0	2	0	-2	-100.0
L5 Beurkundungen	A2	54399	60800	52649	-8151	-13.4
L6 Grundbuchgeschäfte (Tagebuchnummern)	A3	75872	81300	74926	-6374	-7.8
L7 Konkurserledigungen	A4	2260	2100	2510	410	19.5
L8 Erledigte Erbschaftssachen	A2	213	240	246	6	2.5
L9 Beglaubigungen	A2	124926	122800	121333	-1467	-1.2
L10 Grundbuchauszüge	A3	87326	79800	86586	6786	8.5
L11 Erledigte Geschäfte	A1	344996	347100	338250	-8850	-2.5
B1 Deckungsgrad, in % (Aufwand/Ertrag)	A1	128	120	118	-2	
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro Personalstelle, in Fr.	A1, A2, A3, A4	99687	99013	103210	4197	4.2
B3 Durchschnittlicher Aufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	236	229	245	16	7.0
W1 Kundenorientierte Erbringung von Dienstleistungen in den Bereichen Notariat, Grundbuch und Konkurs unter Berücksichtigung der Qualität: Kundenzufriedenheit, in %	A1	90	90	90	0	
W2 Erledigung des Konkursverfahrens innerhalb eines Jahres, in % (Mindestwert)	A4	90	65	95	30	

Bemerkungen

- L4 Im Berichtsjahr konnte für keine weitere Gemeinde das eidgenössische Grundbuch in Kraft gesetzt werden. Die Priorisierung in den Tätigkeiten lag bei der Erfüllung des ordentlichen Tagesgeschäfts und bei der Digitalisierung der Grundbuchdaten.
- L5 Bei den Beurkundungen ist im Gesellschaftsrecht (+5.6%) sowie im Familien- und Erbrecht (+2.6%) eine Zunahme und bei den Beurkundungen über Rechte an Grundstücken ein Rückgang (-7.3%) zu verzeichnen.
- L6 Die Anzahl der Grundbuchgeschäfte ist gestiegen. Diese Steigerung wirkte sich jedoch nicht auf die Tagebuchnummern aus, da unter einer Tagebuchnummer auch mehrere Grundbuchgeschäfte erfasst werden können.
- L7 Die Zahl der Konkursöffnungen entspricht etwa dem Vorjahr. Dank der mobilen Equipe Konkurs konnten deutlich mehr Konkursverfahren erledigt werden.
- B1 Der Deckungsgrad ist im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahreswert gesunken. Die Abnahme von Beurkundungen im Grundstücksbereich sowie der Rückgang von Handänderungen und Begründungen von Grundpfandrechten im Grundbuchbereich haben zu weniger Ertrag geführt. Auf der Aufwandseite führten insbesondere der Teuerungsausgleich von 3,5% sowie gestiegene IT-Kosten zu Mehrausgaben.
- B2, B3 Der gewährte Teuerungsausgleich von 3,5% war im Budget zentral bei der Finanzdirektion eingestellt und führt sowohl zu einer höheren durchschnittlichen Lohnsumme als auch zu einem höheren durchschnittlichen Aufwand pro erledigtes Geschäft.

Entwicklungsschwerpunkte

9060 10a Evaluation, Integration, Schulung und Einführung einer neuen Geschäftsapplikation für die Konkursämter

Die Geschäftsapplikation wurde im Berichtsjahr bei allen Konkursämtern erfolgreich eingeführt. Stand bis
Abgeschlossen 2023

9060 10b Vollständige Umstellung auf das elektronische Grundbuch

Seit Ende 2017 steht allen Grundbuchämtern die Software für die elektronische Grundbuchführung zur Verfügung. Seither überführen die Mitarbeitenden der Grundbuchämter die Daten vom Papier- ins Informatikgrundbuch. Für diese anspruchsvolle, zeitintensive und verantwortungsvolle Arbeit sind den Notariaten 15 befristete Projektstellen bewilligt worden. Das Verifizieren liegt in der Verantwortung erfahrener, hochqualifizierter Fachkräfte. Ende Berichtsjahr waren 79% (Vorjahr 71%) der insgesamt rund 700 000 Grundstücke in das elektronische Grundbuch überführt. Verzögert 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	446.0	445.3	445.9	0.6	0.1

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Den 44 Notariaten und dem Notariatsinspektorat standen neben den ordentlichen Stellen 15 befristete Projektstellen für das Informatikgrundbuch eGBZH, 13 Stellen für die konkursamtliche Unterstützungseinheit (Mobile Equipe Konkurs), sowie 6 befristete Stellen für den Ausbildungspilot «Quereinstieg» zur Verfügung. Der durchschnittliche Beschäftigungsumfang betrug im Berichtsjahr 445,9 Vollzeitstellen. Darin enthalten sind auch die Lehrabgehenden aus den Jahren 2022 und 2023. Gemäss langjähriger Praxis werden Lehrabgehende auf ein Jahr befristet ausserhalb des Stellenplans angestellt (2023: 20 Lehrabgehende), sofern ihnen nicht unmittelbar beim Lehrabschluss eine freie Stelle angeboten werden kann (2023: 4 Lehrabgehende). Ebenfalls ausserhalb des Stellenplans waren rund 30 Studierende des Notariatsprogramms UZH (mit wechselnden Beschäftigungsgraden) angestellt. Aus beiden Gruppen gewinnen die Notariate die dringend gesuchten Fachkräfte für die Zukunft, Fachkräfte, die nicht auf dem freien Arbeitsmarkt rekrutiert werden können.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	104.0	94.9	0.0	0.0	94.9	98.1	3.1	3.3
Aufwand	-81.4	-79.3	0.0	0.0	-79.3	-83.0	-3.7	-4.7
Saldo	22.6	15.6	0.0	0.0	15.6	15.1	-0.6	-3.6

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-0.7	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-0.7	1.4	64.8
Saldo	-0.7	-2.1	0.0	0.0	-2.1	-0.7	1.4	64.8

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.6		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.5	A2, A3, A4	- Aufgrund der gestiegenen Immobilienpreise haben die Gebühren für Handänderungen zugenommen. Durch den Anstieg der Konkursverfahren konnten mehr Gebührenerträge verbucht werden.
0.6		- Aus einem Umbauprojekt erfolgte eine ausserordentliche, einmalige Rückvergütung bereits bezahlter Kosten durch den Vermieter. Dieser Beitrag wurde als Rückerstattung verbucht.
-0.3	A1, A4	- Die Zahl der erledigten Konkurse liegt deutlich über dem Durchschnittswert der letzten fünf Jahre und auch über dem Vorjahreswert. Das führte zu höheren Forderungsverlusten bei Verfahren ohne Kostenvorschuss (Nachlasskonkurse und Konkursverfahren nach Art. 731b OR).
-1.5	A3, A4	- Der gewährte Teuerenausgleich von 3,5% war zentral bei der Finanzdirektion budgetiert.
-1.8		- Der Anstieg bei den Projektkosten und den Kosten für den IT-Betrieb der Notariate führte zu einer höheren Vergütung an das Obergericht.
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.1	-0.7	1.4	
- Bauliche Investitionen (Renovationsbedarf bei verschiedenen Notariaten, Umbauten)	-1.2	-0.7	0.5	- Verzögerungen bei den Abrechnungen von zwei Bauprojekten
- Ersatzbeschaffung von Mobiliar für verschiedene Notariate	-0.9	-0.0	0.9	- Zurückhaltung bei den Mobiliarinvestitionen führte zu einer Entlastung.
- Übrige	-0.0	0.0	0.0	

Rechtspflege
Leistungsgruppe 9060

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-1 120 548	177 000	0	-943 548	177 000

Bemerkungen

Die Notariate verwenden Rücklagen für Personalförderungsmaßnahmen.

9063 Verwaltungsgericht

Das Verwaltungsgericht konstituierte sich im Berichtsjahr zweimal neu. Per 1. August wählte das Gericht Dr. Tamara Nüssle zur Gesamtgerichtspräsidentin. Als Ersatz für den altershalber zurückgetretenen Dr. Lukas Widmer teilte das Plenum des Gerichts im Dezember Dr. Josua Raster als neues Mitglied der 1. Abteilung zu.

Im Berichtsjahr gingen 981 Fälle am Verwaltungsgericht ein, 119 Fälle weniger als budgetiert. Bei den eingegangenen Beschwerden ist eine Verlagerung von migrationsrechtlichen Fällen hin zu bau- und planungsrechtlichen, steuerrechtlichen, bildungsrechtlichen und personalrechtlichen Fällen festzustellen.

Das Gericht erledigte im Berichtsjahr 903 Fälle. Mit 502 Pendenzen wurde der budgetierte Wert (520) unterschritten. Die durchschnittliche Verfahrensdauer der Beschwerden beträgt 5,3 Monate und liegt um 0,7 Monate tiefer als der Budgetwert (6 Monate). Die Fallkosten betragen Fr. 9243 und sind aufgrund der tieferen Anzahl Erledigungen (-197 Fälle) höher als budgetiert (Fr. 7954).

Konkrete Vertragsverhandlungen für eine neue Liegenschaft als Ersatz für die bisherige sanierungsbedürftige Liegenschaft des Verwaltungsgerichts wurden aufgenommen. Neben der Bearbeitung der Rechtsmittel beschäftigte sich das Gericht zudem mit Justizverwaltungsgeschäften und Vorbereitungen für eine digitale Justiz sowie mit Anforderungen an eine neue Geschäftsverwaltungssoftware.

Aufgaben

- A1 Das Verwaltungsgericht ist oberste kantonale Gerichtsstanz im Bereich des Verwaltungsrechts. Es hat sowohl kantonales Recht als auch grosse Teile des Bundesverwaltungsrechts anzuwenden. Grundlage ist das Verwaltungsrechtspflegegesetz vom 24. Mai 1959.
- A2 Schutz der Bürgerinnen und Bürger vor rechtswidrigem Verwaltungshandeln
- A3 Gewährleistung rechtmässigen Verwaltungshandelns auch unter Berücksichtigung öffentlicher Interessen
- A4 Erledigung verwaltungsrechtlicher Streitigkeiten als oberste kantonale Instanz auf der Grundlage des Verwaltungsrechtspflegegesetzes vom 24. Mai 1959

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A4	1021	1100	903	-197	-17.9
L2	Eingänge	A4	979	1100	981	-119	-10.8
L3	Pendenzen	A4	428	520	507	-13	-2.5
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A4	5.5	6	5.3	-0.7	-11.7
B1	Durchschnittlicher Lohnaufwand pro Personalstelle, in Fr.	A4	162430	164600	171090	6490	3.9
B2	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A4	7833	7954	9243	1289	16.2
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A4	680	790	622	-168	-21.3
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A4	275	250	208	-42	-16.8
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A4	63	50	63	13	26.0
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A4	3	10	10	0	0.0
W11	Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsbeistände, in Fr.	A4	124300	210000	93400	-116600	-55.5

Bemerkungen

- L1 Bei den Erledigungen wurde der budgetierte Wert um 17.9% unterschritten. Die Komplexität der zu bearbeitenden Fälle hat deutlich zugenommen. Die weniger anspruchsvollen Verfahren sind zurückgegangen.
- L2 Die Eingänge sind schwierig zu prognostizieren, da sie von exogenen Faktoren abhängen. Die Annahme, die Eingänge würden im Berichtsjahr wieder steigen, hat sich nicht realisiert. Mit 981 Eingängen liegt der Wert 10.8% unter dem budgetierten Wert.
- L3 Das Gericht konnte seine Pendenzen unter dem budgetierten Wert halten. Die 507 Pendenzen liegen 2.5% tiefer als der budgetierte Wert von 520.
- L4 Die Nettoverfahrensdauer konnte aufgrund der tieferen Eingänge etwas verkürzt und unter dem budgetierten Wert gehalten werden.
- B1 Dieser Indikator umfasst als Dividend die Grundlöhne der Richterinnen und Richter einschliesslich Funktionszulagen sowie die Grundlöhne des Personals einschliesslich Zulagen, jedoch ohne Dienstaltersgeschenke und Ersatzrichterentschädigungen und als Divisor den Beschäftigungsumfang von 38.6 Stellen. Der durchschnittliche Lohnaufwand pro Personalstelle liegt mit Fr. 171 090 knapp 4% über dem budgetierten Wert, dies lässt sich zum einen mit der gewährten Teuerung von 3.5% erklären, die im Budget nicht vollumfänglich eingestellt war, und zum anderen mit dem tieferen Beschäftigungsumfang (-1.7 Stellen), der als Divisor eine entsprechende Hebelwirkung entfaltet.
- B2 Dieser Indikator lag aufgrund der tieferen Anzahl erledigter Prozesse mit Fr. 9243 um 16% über dem budgetierten Wert.

Rechtspflege Leistungsgruppe 9063

- W1, W2, W3, W4 Die abgeschlossenen Prozesse innert sechs Monaten nahmen gegenüber dem budgetierten Wert ab. Der Grund für diese Entwicklung liegt in den längerdauernden Schriftenwechseln und den aufwendigeren Verfahren, sodass sich die abgeschlossenen Prozesse in die Bereiche von 12 bis 24 Monaten (W3–W4) verlagern. Die weniger anspruchsvollen Beschwerdeverfahren sind zurückgegangen, zugenommen haben Fälle in anspruchsvolleren Rechtsgebieten, die auch mehrere Schriftenwechsel und Stellungnahmen der Parteien nach sich ziehen. So werden beispielsweise die Bau-rechtsverfahren von den Parteien aufwendiger geführt.
- W11 Die unentgeltliche Rechtsverbeiständung kam in weniger Fällen als für die Budgetierung angenommen zum Zuge. Die Höhe der Zahlungen betrug nur knapp die Hälfte der budgetierten Kosten.

Entwicklungsschwerpunkte

9063 10a Laufende Überprüfung der Personalressourcen und Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Regelmässige Überprüfung der Pendenzenlast über die vier Abteilungen findet statt und die Unterstützung von anderen Abteilungen wird gewährleistet.

Stand bis

Planmässig 2026

9063 10c Versuch der Bewältigung der Geschäftslast unter Einhaltung der Budgetvorgaben sowie unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität und Speditivität

Diese Vorgaben werden immer wieder geprüft und eingehalten.

Planmässig 2026

9063 10d Gesamterneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten und Aufbau einer Digitalisierungsinfrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte DigiLex, Helium und Justitia 4.0 findet in Zusammenarbeit mit den unterstellten Gerichten, der Staatskanzlei sowie der Direktion der Justiz und des Innern statt.

Verzögert 2026

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	38.7	40.3	38.6	-1.7	-4.3

Bemerkungen R23 zu B23

-1.7 Verzögerte Nachbesetzung von Personalabgängen im IT-Bereich sowie bei den Gerichtsschreibenden

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	2.5	2.8	0.0	0.0	2.8	2.4	-0.4	-14.6
Aufwand	-10.5	-11.6	0.0	0.0	-11.6	-10.7	0.8	7.0
Saldo	-8.0	-8.7	0.0	0.0	-8.7	-8.3	0.4	4.6
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen	0.0							
Ausgaben	-0.2	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.3	102.6
Saldo	-0.2	-0.3	0.0	0.0	-0.3	0.0	0.3	102.6

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

	Δ abs.		A/E	Begründungen
	0.4			Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
	0.5			- Fr. 492 000 tieferer Sachaufwand (Minderaufwand von Fr. 140 000 für Dienstleistungen Dritter, Fr. 200 000 für Wertberichtigungen und tatsächliche Forderungsverluste, Fr. 117 000 für Honorare externer Expertinnen und Experten und Entschädigungen an unentgeltliche Rechtsbeistände und Fr. 35 000 für übrigen Sachaufwand)
	0.2			- Fr. 156 000 weniger interne Verrechnungen (Minderaufwand von Fr. 130 000 für Vergütungen für Informationsdienstleistungen und Fr. 26 000 für übrige interne Verrechnungen)
	0.1			- Fr. 127 000 tieferer Personalaufwand
	0.0			- Fr. 36 000 weniger Abschreibungen
	-0.4			- Fr. 409 000 Minderertrag
	0.0			- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-0.3	0.0	0.3	
- Vorprojekt mit Kostenschätzung für eine neue Liegenschaft	-0.3	0.0	0.3	- Die Mittel wurden im Berichtsjahr nicht benötigt, da sich der Start des Projekts in das Jahr 2024 verschoben hat.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-245938	50200	-65000	-260738	-14800

Bemerkungen

Es wurden Rücklagen von Fr. 50 200 im Rahmen der von der Verwaltungskommission des Verwaltungsgerichts bewilligten Massnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung und Teambildung verwendet.

Da das Verwaltungsgericht im Jahresergebnis besser abschliesst als budgetiert, können im Berichtsjahr neue Rücklagen von Fr. 65 000 gebildet werden (§§ 23 und 24 CRG sowie §§ 15–19 FCV). Die effiziente Leistungserbringung beruht auf der verzögerten Rekrutierung von Gerichtsschreibenden und IT-Fachkräften. Diese Vakanzen wurden durch das bestehende Personal abgefangen. Zudem wurden Dienstaltersgeschenke des Personals mehrheitlich in Ferien bezogen.

9064 Sozialversicherungsgericht

Die ausführliche Berichterstattung ist dem Rechenschaftsbericht des Sozialversicherungsgerichts zu entnehmen, der voraussichtlich im April 2024 veröffentlicht werden wird.

Aufgaben

A1 Beförderliche und qualitativ einwandfreie Erledigung der kantonalen Verfahren im Bereich des Sozialversicherungsrechts (Grundlage: Gesetz über das Sozialversicherungsgericht und die einschlägigen Bundesgesetze)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigungen	A1	2092	2205	1768	-437	-19.8
L2 Eingänge	A1	1791	2100	1695	-405	-19.3
L3 Pendenzen	A1	1195	1306	1122	-184	-14.1
L4 Verhältnis Erledigungen : Eingänge = 1:1	A1	1.17	1.05	1.04	-0.01	-0.95
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigtes Geschäft, in Fr.	A1	6861	6924	8204	1280	18.5
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A1	153627	151669	159427	7758	5.1
W1 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen innert 6 Monaten, in %	A1	39.3	38	47.3	9.3	
W2 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 6 und 12 Monaten, in %	A1	39.2	37	37.2	0.2	
W3 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen zwischen 12 und 24 Monaten, in %	A1	19.3	23	12.6	-10.4	
W4 Gesamtverfahrensdauer: Anteil Erledigungen über 24 Monate, in %	A1	2.2	2	2.9	0.9	
W5 Zahlungen des Staates an unentgeltliche Rechtsvertreter (URV)	A1	286991	320000	227703	-92297	-28.8
W6 Zahlungen des Staates an Parteien	A1	2800	4000	3800	-200	-5.0

Bemerkungen

- L1 Die Erledigungen nahmen im Vergleich zur Rechnung 2022 um 324 Fälle ab.
- L2 Die Eingänge gingen im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 96 Fälle zurück. Der Rückgang der Eingänge im Bereich der Sozialversicherungen ist im Moment ein Phänomen, das in der ganzen Schweiz beobachtet werden kann.
- L3 Die Pendenzen konnten gegenüber dem Vorjahr erneut abgebaut werden.
- L4 Die Erledigungen übertrafen die Eingänge um 73 Fälle.
- B1 Infolge der Teuerung, des gestiegenen Aufwands im Hinblick auf die Digitalisierung und der Abnahme der Erledigungen bei teilweisen Fixkosten nahm dieser Wert stärker zu als im Budget geplant.
- B2 Infolge des Teuerungsausgleichs sowie kleiner Rotationsgewinne bei geringer Fluktuation stieg dieser Wert an.
- W1 Wegen der gesunkenen Pendenzenlast können die Prozesse generell früher erledigt werden.
- W2 Der geplante Budgetwert wurde erreicht.
- W3 Der Rückgang bei diesem Indikator zeigt auf, dass die Verfahrensdauer gegenüber dem Vorjahr und dem Budget nochmals deutlich verkürzt werden konnte.
- W4 Dieser Wert erhöhte sich gegenüber dem Budget marginal.
- W5 Aufgrund des sinkenden Fallvolumens gab es weniger Zahlungen an unentgeltliche Rechtsvertretende.
- W6 Die Zahlungen an Parteien aufgrund von Bundesgerichtsentscheiden sind auf tiefem Niveau stabil.

Entwicklungsschwerpunkte

9064 1a Die Zahl der Pendenzen beträgt weniger als 1200.

Das Ziel wurde erreicht (Pendenzenstand Ende 2023: 1122).

Stand bis
Abgeschlossen 2025

9064 1b Der Anteil der Erledigungen innert 6 Monaten beträgt rund 30%.

Das Ziel wurde übertroffen (47,3% der Fälle konnten innert 6 Monaten erledigt werden).

Abgeschlossen 2023

9064 1c Der Anteil der Erledigungen, die über ein Jahr beanspruchen, beträgt höchstens 22%.

Das Ziel wurde erreicht (nur 15,5% der Fälle beanspruchten über ein Jahr).

Abgeschlossen 2026

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	64.9	67.1	64.5	-2.6	-3.9

Bemerkungen R23 zu B23

Allg. Im Berichtsjahr war der Beschäftigungsumfang mit 64.51 um 2.6 Stellen geringer als im Budget 2023 vorgesehen.
Zusätzlich wurde juristisches Personal im Umfang einer 60%-Jahresstelle an andere Gerichte ausgeliehen.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.7	0.7	0.0	0.0	0.7	0.8	0.1	10.8
Aufwand	-15.1	-15.9	0.0	0.0	-15.9	-15.3	0.7	4.3
Saldo	-14.4	-15.3	0.0	0.0	-15.3	-14.5	0.8	5.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben	-1.3	-2.3	0.0	-1.1	-3.3	-2.5	0.8	24.9
Saldo	-1.3	-2.3	0.0	-1.1	-3.3	-2.5	0.8	24.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.8		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.2	A1	- Weniger unentgeltliche Rechtsvertretungen und Gutachten
0.2	A1	- Weniger Softwareunterhalt
0.2	A1	- Mehr Rückerstattungen von Gutachten
0.1	A1	- Verkleinerung der Rückstellung «Mehrleistung des Personals»
0.1	A1	- Erstattungen von Löhnen (UV-Taggelder sowie Ausleihe von Personal)
0.1	A1	- Weniger Abschreibungen von Gerichtskosten / Weniger unentgeltliche Prozessführungen
-0.1	A1	- Löhne: Teuerung
-0.1	A1	- Weniger Gerichtsgebühren (sinkendes Fallvolumen)
0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-3.3	-2.5	0.8	
- Neubauprojekt	-3.0	-2.5	0.5	- Verzögerungen beim Neubauprojekt
- IT-Investitionen (Hardware)	-0.3	0.0	0.3	- Ersatz Server: Verschoben
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

9065 Baurekursgericht

Die Anzahl der neu eingegangenen Rekurse sank im Berichtsjahr gegenüber dem Vorjahr leicht von 1012 auf 982 Eingänge (2021: 984; 2020: 956; 2019: 815; 2018: 789). Erledigt wurden rekordhohe 1015 Rekursverfahren (Vorjahr: 939). Die Pendenzen sanken infolge der hohen Anzahl Erledigungen um 4,1% auf 773 Geschäfte (Vorjahr: 806; 2021: 733). Die durchschnittliche Verfahrensdauer (unter Berücksichtigung der Sistierungszeiten) belief sich im Berichtsjahr auf 4,3 Monate (Vorjahr: 4,2 Monate). Innert der gesetzlichen Ordnungsfrist von 6 Monaten konnten 81% der Verfahren erledigt werden (Vorjahr: 83%).

Am 26. Juni führte der Kantonsrat die Gesamterneuerungen für die Amtsdauer 2023 – 2029 durch. Gabriele Kisker (bisheriges Ersatzmitglied) wurde zur neuen Abteilungspräsidentin und Claude Reinhardt (bisheriger Vizepräsident der 1. Abteilung) bzw. Frank Kessler (bisheriges Ersatzmitglied) zu neuen Abteilungspräsidenten gewählt, Michaela Burch und Peter Heierle zu neuen ordentlichen Mitgliedern

sowie Marco Hirzel, Marcel Isenring, Daniel Keller, Andreas Madianos und Caspar Wellmann zu neuen Ersatzmitgliedern. Das Baurekursgericht konstituierte sich mit Plenarbeschluss vom 29. Juni neu. Am 25. September wählte der Kantonsrat als Ersatz für die per 10. Juni bzw. 30. September zurückgetretenen Alexander Seiler bzw. Urs Hany Thomas Regli und Roland Keller als neue ordentliche Mitglieder. Am 20. November wählte der Kantonsrat sodann Corina Gatzsch-Flury zur Ersatzrichterin für die zur Abteilungspräsidentin gewählte Gabriele Kisker.

Im juristischen Sekretariat erfolgten ein Austritt und zwei Eintritte. Im Verwaltungssekretariat waren im Berichtsjahr zwei Aus- sowie drei Eintritte zu verzeichnen.

Auf der Webseite des Baurekursgerichts (www.baurekursgericht-zh.ch) stehen der Öffentlichkeit neben allgemeinen Informationen aktuelle Entscheide und eine Entscheidungsdatenbank mit Urteilen ab 1990 zur Einsicht offen.

Aufgaben

- A1 Erstinstanzliche gerichtliche Beurteilung von bau-, planungs- und umweltschutzrechtlichen Anordnungen der Gemeinden sowie von kantonalen Amtsstellen und Bezirksräten (Lex Koller), von Entscheiden der Gebäudeversicherung Kanton Zürich und von landwirtschaftlichen Streitigkeiten im Klageverfahren. Seit dem 1. Juli 2014 ist das Baurekursgericht auch zuständig für Anordnungen, die in Anwendung des Gewässerschutzgesetzes, des Abfallgesetzes, des Strassengesetzes (teilweise), des Wasserwirtschaftsgesetzes, des Energiegesetzes (teilweise) und des Waldgesetzes ergehen. Seit dem 1. Januar 2021 können überdies auf das Mehrwertausgleichsgesetz gestützte Regelungen beim Baurekursgericht angefochten werden.
- A2 Qualitativ gute Rechtsprechung
- A3 Fristgerechte Erledigung der Rekursverfahren (§ 339a PBG)
- A4 Für die Rechtsuchenden wohlfeile Behandlung und Erledigung der Rekursverfahren (Art. 18 KV)
- A5 Sicherstellung einer einheitlichen Rechtsanwendung auf dem ganzen Kantonsgebiet
- A6 Festsetzung von Gebühren zur Gewährleistung eines angemessenen Kostendeckungsgrades

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Erledigte Prozesse	A1, A2	939	950	1015	65	6.8
L2 Eingänge	A1	1012	950	982	32	3.4
L3 Pendenzen	A1, A3	806	600	773	173	28.8
L4 Durchschnittliche Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A1, A3	4.2	5	4.3	-0.7	-14.0
B2 Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.		127780	129840	130010	170	0.1
B1 Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A1	3725	4295	3905	-390	-9.1
W1 Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A1, A3	781	760	821	61	8.0
W2 Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A1, A3	124	142	158	16	11.3
W3 Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A1, A3	33	48	36	-12	-25.0
W4 Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A1, A3	1	0	0	0	

Bemerkungen

- Allg. Positiv hervorzuheben ist, dass im Berichtsjahr mehr Rekurse erledigt wurden als eingingen bzw. budgetiert waren (982 Eingänge, 1015 Erledigungen) und die Pendenzen leicht gesenkt werden konnten.

Entwicklungsschwerpunkte

9065 10a Laufende Überprüfung der Personalressourcen und der Geschäftsabläufe unter Berücksichtigung der Pendenzenlast

Die Überprüfung fand im Berichtsjahr laufend statt. Im Fokus stand die weiterhin hohe Anzahl an Rekurseingängen.

Stand bis

Planmässig 2026

9065 10b Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Aufbau einer Digitalisierungsinfrastruktur gemäss den Anforderungen der Projekte Justitia 4.0 (Bund) und DigiLex (Kanton Zürich)

Die Umsetzung der Digitalisierungsprojekte DigiLex, Helium und Justitia 4.0 findet in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht statt.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	26.9	28.5	28.1	-0.4	-1.5

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	2.2	2.2	0.0	0.0	2.2	2.1	-0.1	-5.5
Aufwand	-5.7	-6.3	0.0	0.0	-6.3	-6.1	0.2	3.8
Saldo	-3.5	-4.1	0.0	0.0	-4.1	-4.0	0.1	2.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.2		- Einsparungen von Fr. 178 100 durch verzögerte Stellenwiederbesetzungen/-veränderungen, Vakanzen und Rotationsgewinne
0.2		- Einsparungen beim übrigen Aufwand von Fr. 164 500, die sich hauptsächlich durch gemäss Vorgaben zu hoch budgetierten, internen Verrechnung der IT-Kosten (Fr. 103 000), durch Minderausgaben für Gutachten (Fr. 40 000), durch einen sparsamen Umgang bzw. geringeren allgemeinen Bedarf (Fr. 21 500) ergeben.
0.1		- Weitere Einsparungen beim Personalaufwand von Fr. 137 600 hauptsächlich durch Bezug von Dienstatersgeschenken in Urlaubstagen (Fr. 35 600), unbezahlte Urlaube (Fr. 31 300), durch Lohnrückerstattungen aus Versicherungsleistungen (Fr. 19 400), Minderausgaben bezüglich Überbrückungszuschüsse (Fr. 14 800) sowie durch übrige, sich aus verschiedenen Positionen zusammensetzende, personalbezogene Minderausgaben (Fr. 36 500)
-0.1		- Die Ertragsabweichung von insgesamt Fr. -123 400 resultiert im Wesentlichen daraus, dass die budgetierten Gebühreneinnahmen aus den in Rechtskraft erwachsenen Rekurs erledigungen im Berichtsjahr nicht vollständig erreicht werden konnten. Sie fielen aber verglichen mit dem Vorjahr nur noch um 6% statt um 9% tiefer aus (Fr. -134 800). Mehreinnahmen von Fr. 11 400 wurden hauptsächlich bei den Gebühren für Rechtskraftbescheinigungen verzeichnet.
-0.1		- Rundungsdifferenz
-0.2		- Mehrausgaben von Fr. -239 700 ergeben sich hauptsächlich durch die Teuerungszulage 2023 (Fr. -150 000), erhöhte Entschädigungszahlungen an die Mitglieder (Fr. -34 000), Zunahme der Rückstellungen bezüglich der Mehrleistungen des Personals (Fr. -26 100) sowie durch übrige personalbezogene Mehrausgaben (Fr. -29 600)
-0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022	Verwendung	Antrag Bildung 2023	Bestand 31.12.2023	
plus Bildung 2022	2023	(verbucht 2024)	plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
-182 492	9 403	-25 000	-198 089	-15 597

Bemerkungen

Auflösung von Rücklagen:

Massnahmen zur Förderung der Unternehmenskultur

Antrag zur Bildung von Rücklagen:

Trotz der sehr hohen Anzahl an Rekurseingängen konnten deutlich mehr Fälle als budgetiert und als eingegangen erledigt, die Pendenzen leicht gesenkt und die Behandlungsdauer in 81% der Fälle eingehalten werden.

9066 Steuerrekursgericht

Die Anzahl an Geschäftseingängen und Erledigungen entsprach im Berichtsjahr praktisch exakt den Vorjahreswerten und lag nur moderat unter den Planungswerten. Der angestrebten Anzahl an Geschäftserledigungen standen der Abbau von Ferien- und Gleitzeitguthaben sowie ein verminderter Erledigungsbeitrag der Ersatzrichterschaft infolge Einarbeitung der sechs im Berichtsjahr erstmalig gewählten Ersatzrichtenden entgegen. Da die Anzahl an Geschäftserledigungen weitestgehend der Anzahl an Eingängen entsprach, konnte die Pendenzenlast im Rahmen des Planungswerts stabil gehalten werden. In finanzieller Hinsicht konnte ein besseres Ergebnis erzielt werden als geplant, da aufwandseitig insbesondere bei den Sachaufwendungen und internen Verrechnungen Einsparungen möglich waren und auch der Gebührenertrag infolge von Rechtskraft und Abrechnung von

mehr Geschäften mit einem höheren durchschnittlichen Streitwert über den Erwartungen lag. Das Projekt Helium für die Einführung einer neuen Geschäftsverwaltungssoftware steht kurz vor dem Submissionsverfahren. Zur Sicherstellung des digitalen Rechtsverkehrs gemäss den voraussichtlich ab 2025 geltenden kantonrechtlichen Vorgaben (DigiLex) wurden weitere Abklärungen betreffend Scanning und Kommunikationskanäle durchgeführt.

Die ausführliche Berichterstattung des Steuerrekursgerichts ist Bestandteil des Rechenschaftsberichts des Verwaltungsgerichts über das Berichtsjahr. Dieser wird voraussichtlich im April 2024 veröffentlicht. Gleichzeitig wird der das Steuerrekursgericht betreffende Teil auf der Webseite www.strgzh.ch abrufbar sein.

Aufgaben

- A1 Schutz der Steuerpflichtigen vor rechtswidrigen Veranlagungen im gesetzlich vorgegebenen Rahmen
- A2 Sicherung des Bestands rechtmässiger Veranlagungen
- A3 Beförderliche Erledigung der hängigen Verfahren unter Beachtung der notwendigen Qualität

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Erledigte Prozesse	A3	521	560	521	-39	-7.0
L2	Eingänge	A3	526	560	528	-32	-5.7
L3	Pendenzen	A3	362	360	369	9	2.5
L4	Nettoverfahrensdauer, in Mt.	A3	7.6	8.5	8.4	-0.1	-1.2
B2	Durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle, in Fr.	A3	138370	139134	143893	4759	3.4
B1	Durchschnittlicher Nettoaufwand pro erledigten Prozess, in Fr.	A3	4704	4166	4062	-104	-2.5
W1	Abgeschlossene Prozesse innert 6 Monaten	A3	286	290	260	-30	-10.3
W2	Abgeschlossene Prozesse zwischen 7 und 12 Monaten	A3	138	150	141	-9	-6.0
W3	Abgeschlossene Prozesse zwischen 13 und 24 Monaten	A3	77	90	93	3	3.3
W4	Abgeschlossene Prozesse über 24 Monate	A3	20	30	27	-3	-10.0

Bemerkungen

- L2 Die Anzahl der im Berichtsjahr eingegangenen Geschäfte entspricht weitestgehend dem Vorjahreswert (528 anstatt 526) und liegt moderat unter dem Planungswert von 560 Geschäften.
- L1 Die 521 Erledigungen des Berichtsjahres entsprechen exakt dem Vorjahreswert und liegen moderat unter dem Planungswert (560 Erledigungen). Ein nur minimal über der Planung liegender Beschäftigungsumfang von 15.8 anstatt 15.7 Stellen verbunden mit dem Abbau von Ferien- und Gleitzeitsaldi sowie ein vermindertes Erledigungsvolumen der Ersatzrichterschaft als Folge der Einarbeitung der sechs im Juni des Berichtsjahres erstmalig gewählten Ersatzrichtenden standen einer höheren Anzahl der Erledigungen entgegen.
- L3, L4 Da die Anzahl erledigter Geschäfte der Anzahl eingegangener Geschäfte fast entsprach, hat sich die Pendenzenlast nur leicht von 362 auf 369 Geschäfte erhöht und entspricht weitgehend dem Planungswert (360 Pendenzen). Die Nettoverfahrensdauer von 8.4 Monaten lag wieder etwas höher als im Vorjahr, entsprach indessen weitestgehend dem Planungswert (8.5 Monate).
- B2 Die durchschnittliche Lohnsumme pro 100%-Stelle ist deutlich angestiegen. Begründet ist dieser Anstieg durch den hohen Teuerungsausgleich sowie durch in der Planung nicht vorgesehene Funktionswechsel zweier bewährter Gerichtsschreiber zu Gerichtsschreibern mbA per 1. Januar des Berichtsjahres im Anschluss an die Bewilligung dieser Funktionen durch das Verwaltungsgericht. Ein Rotationsgewinn in der Richterschaft sowie die Wiederbesetzung einer länger offenen Teilzeitvakanz bei den Gerichtsschreibenden mit einer im Vergleich zur Richterschaft tieferen Einreihung führten nur zu einer geringfügigen Kompensation.
- W1 Die Anzahl der Erledigungen innert 6 Monaten ging nominal wie auch prozentual leicht zurück.
- B1 Der durchschnittliche Nettoaufwand pro erledigten Prozess liegt deutlich unter dem Vorjahres- sowie moderat unter dem Planungswert. Zwar stieg im Vergleich zum Vorjahr der Aufwand vor allem im Personalbereich um rund Fr. 134 000. Dieser wurde indessen durch Mehrerträge im Umfang von rund Fr. 468 000 sehr deutlich überkompensiert. Im Vergleich zur Planung lag der Aufwand vor allem beim Sachaufwand rund Fr. 143 000 tiefer sowie der Ertrag um rund Fr. 73 000 höher. Der Mehrertrag ist auf die Rechtskraft und Abrechnung einer höheren Anzahl Geschäfte mit einem deutlich höhere durchschnittlichen Streitwert zurückzuführen.

Entwicklungsschwerpunkte

9066 1a Stabilisierung der Pendenzenlast unter Beibehaltung einer konstant hohen Qualität

Stand bis

Die Stabilisierung der Anzahl Pendenzen wurde weitestgehend erreicht (2023: 369; 2022: 362; Planung: 360).

Planmässig 2026

9066 10a Erneuerung der Geschäftsverwaltungssoftware in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsgericht und Unterstützung des Digitalisierungsprojekts in der Justiz (Projekt «Justitia 4.0» von Bund und Kantonen)

Während die rudimentäre Umsetzung der Digitalisierungsvorgaben (insbesondere Scanning) gemäss dem kantonalen Recht (DigiLex) noch unter Verwendung von Juris bis 2025 als erreichbar erscheint, wird es bei den übrigen Projekten (Helium/Justitia 4.0) zu weiteren Verzögerungen kommen.

Verzögert 2025

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	15.6	15.7	15.8	0.1	0.8

Bemerkungen R23 zu B23

R23 zu B23 Erhöhend: In der Planung nicht vorgesehene Wiederbesetzung Teilzeitvakanz bei den Gerichtsschreibenden. Vermindernd: Kurzvakanz in der Richterschaft, unbez. Prüfungsvorbereitungsurlaub Gerichtsschreiberin, Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	0.8	1.2	0.0	0.0	1.2	1.3	0.1	6.0
Aufwand	-3.3	-3.6	0.0	0.0	-3.6	-3.4	0.1	4.0
Saldo	-2.5	-2.3	0.0	0.0	-2.3	-2.1	0.2	9.3
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen								
Ausgaben		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0
Saldo		0.0	0.0	0.0	0.0		0.0	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.2		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.1	A1, A2, A3	- Geringerer Sachaufwand und interne Verrechnungen (Verringerung Delkredere [0.088], geringe fallbezogene sowie keine IT-bezogene Gutachterkosten [0.074]; geringere Informatikkosten infolge später Einführung DAP [0.040]; höhere tatsächliche Forderungsverluste [-0.031])
0.1	A1, A2, A3	- Höherer Ertrag (höhere Gebühren infolge Rechtskraft und Abrechnung von mehr Geschäften mit höheren durchschnittlichen Streitwerten [0.102]; geringeres Rückerstattungsvolumen Gutachterkosten [inkl. Rückerstattungszahlung durch einen Gutachter selbst] wegen stark unterdurchschnittlicher Anzahl Gutachten [-0.033])
-0.0	A1, A2, A3	- Höhere Personalkosten (höhere Lohnsumme infolge hohen Teuerungsausgleichs, Funktionswechsel zweier Gerichtsschreiber zu Gerichtsschreibern mbA, ausserplanmässiger Behebung Vakanz eines Teilpensums bei den Gerichtsschreibenden, nur teilweise kompensiert durch Kurzvakanz und Rotationsgewinn in der Richterschaft, unbezahlten Urlaubs Gerichtsschreiberin und Nichtnutzung Pensumsreserve Leitender Gerichtsschreiber [-0.89]; geringes Honorarvolumen Ersatzrichterschaft [0.053]; Abbau Rückstellungen Ferien- und Gleitzeitguthaben sowie keine Barbezüge DAG [0.023])
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

	Verwendung	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024)	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023	Veränderung Bestand
Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -31857	2023 16562	-30000	-45295	-13438

Bemerkungen

Während die grössten Aufwandeinsparungen (Verringerung Wertberichtigungsbedarf nach Abschreibung von Gerichtsgebühren eines einzigen Geschäfts infolge Konkurses, geringerer Honoraraufwand aufgrund geringerer Anzahl an Geschäften mit Gutachtenbedarf und mangels Digitalisierungsgutachten sowie geringere IT-Kosten infolge Verzögerung Einführung des neuen digitalen Arbeitsplatzes) weitestgehend exogener Natur waren, konnte der prognostizierte hohe Gebührenertrag 2023 übertroffen werden. Zurückzuführen ist dies auf die Rechtskraft und Abrechnung von mehr Geschäften mit einem deutlich höheren durchschnittlichen Streitwert, die das Steuerrekursgericht in aufwendigen Verfahren im Berichtsjahr und in den Vorjahren erledigen konnte (auch endogener Anteil) sowie durch das Erwirken einer Teilrückzahlung von Gutachterkosten durch den Gutachter selbst, dessen Gutachten vom Verwaltungsgericht als untauglich qualifiziert worden war.

Zu konsolidierende Organisationen

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	3611.5	3709.6	0.0	20.3	3729.9	3752.9	23.1	0.6
Aufwand	-3607.3	-3709.6	0.0	-20.3	-3729.9	-3759.3	-29.4	-0.8
Saldo	4.3	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.4	-6.4	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	3.0	10.5	0.0	0.0	10.5	2.3	-8.2	-77.8
Ausgaben	-69.6	-98.4	0.0	-4.2	-102.7	-87.6	15.0	14.6
Saldo	-66.7	-87.9	0.0	-4.2	-92.1	-85.3	6.8	7.4

9300 Zürcher Verkehrsverbund

Nachdem im Berichtsjahr keine Massnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie mehr in Kraft waren, haben sich die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr weitestgehend erholt.

Im Juli des Berichtsjahres verabschiedete der Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates die ZVV-Strategie für den Zeitraum 2025–2029 (RRB Nr. 750/2023). Diese besagt, dass der öffentliche Verkehr seine wichtige Rolle in der Bewältigung der künftigen Mobilität stärken soll. Dafür sollen das Verkehrsangebot weiterentwickelt und die Digitalisierung und die Dekarbonisierung konsequent vorangetrieben werden.

Ende des Berichtsjahres ist die Umsetzungsfrist des Behindertengleichstellungsgesetzes abgelaufen. Für noch nicht

umgebauten Haltestellen, die keine selbstständige Nutzung für Menschen mit Behinderung zulassen, organisierte der ZVV einen vierjährigen Pilotbetrieb eines Ersatzfahrdienstes. Der Regierungsrat hat zu diesem Zweck im April des Berichtsjahres beschlossen, jährlich zusätzlich 4 Mio. Franken in die entsprechenden Rahmenkredite des ZVV einzustellen (RRB Nr. 509/2023).

Im September hat der Regierungsrat eine Anpassung des ZVV-Tarifs um durchschnittlich 3,4% per Dezember des Berichtsjahres genehmigt. Es ist die erste Tarifierhöhung seit 2016. Damit wird ein Teil der aufgelaufenen Teuerung an die Fahrgäste weitergegeben.

Aufgaben

- A1 Sorgt für ein koordiniertes, auf wirtschaftliche Grundsätze ausgerichtetes, freizügig benutzbares öffentliches Verkehrsangebot mit einheitlicher Tarifstruktur
- A2 Interessenwahrung des Kantons Zürich im nationalen und internationalen öffentlichen Verkehr

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Zugskilometer S-Bahn, in Mio.	A1	25.1	25	25.3	0.3	1.2
L2	Zugskilometer Tram, in Mio.	A1	13.0	13.1	13.0	-0.1	-0.8
L3	Wagenkilometer Bus, in Mio.	A1	52.8	53.7	53.3	-0.4	-0.7
L4	Kilometer Schiffe und Bergbahnen, in Mio.	A1	0.7	0.7	0.7	0.0	0.0
B1	Kostenunterdeckung pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	4.31	4.58	4.15	-0.43	-9.39
B2	Kostenunterdeckung Verbund, in Mio. Fr.	A1	395.2	423.7	383.2	-40.5	-9.6
B3	Gesamtkosten pro Zugs- bzw. Wagenkilometer, in Fr.	A1	11.48	12.09	12.0	-0.09	-0.74
B4	Kostendeckungsgrad, in %	A1	62.4	62.1	65.3	3.2	
W1	Personenkilometer, in Mio.	A1	3539	3685	n.a.		
W2	Kundenzufriedenheit (Messung nur in geraden Jahren), Indexpunkte	A1	78	76	77	1	

Bemerkungen

- L1, L2, Die genauen Zugs- und Wagenkilometer lassen sich jeweils erst aus dem endgültigen Fahrplan ermitteln. Das Budget
- L3 wird aufgrund des Fahrplankonzepts erstellt.
- B1, B2, Die geringere Kostenunterdeckung ist primär auf den höheren Verkehrsertrag zurückzuführen, der für das Budget des
- B4 Berichtsjahres noch im Frühling 2022 unter dem Eindruck der letzten Pandemieschutzmassnahmen (Aufhebung der Maskenpflicht im öffentlichen Verkehr per 1. April 2022) geplant wurde. Der Aufwand liegt tiefer, da es u.a. bei einigen Verkehrsunternehmen zu ungeplanten Angebotsreduktionen infolge Personalmangels gekommen ist.
- W1 Die effektiven Personenkilometer für das Berichtsjahr lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Die Ermittlung dauert jeweils bis ins Frühjahr.

Entwicklungsschwerpunkte

9300 6a Die aufgrund der Bevölkerungs-, der Arbeitsplatz- und der Mobilitätsentwicklung erwartete zusätzliche Nachfrage bis 2027 (Grundlage 2019) im öffentlichen Orts- und Regionalverkehr soll abgestimmt auf die angestrebte räumliche Entwicklung und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit abgedeckt werden.

Nach einem historischen Einbruch der Fahrgastzahlen aufgrund der Coronapandemie haben sich die Kennzahlen weitgehend erholt. Es wird erwartet, dass mittel- bis langfristig wieder ein Nachfragewachstum verzeichnet werden kann. Das Angebot wird angepasst, wo Optimierungen nötig sind sowie dort, wo der öffentliche Verkehr Marktpotenzial aufweist.

Stand bis

Planmässig 2027

9300 6b Das Angebot wird mit dem Ziel, den Modal Split deutlich zu verbessern, dort angepasst, wo Marktpotenzial oder Kapazitätsengpässe bestehen. Die Ausgestaltung des Angebots trägt zum Dekarbonisierungsziel des Kantons bei.

Die Angebotsplanung erfolgt im zweijährigen Fahrplanverfahren. Auf Anordnung des Bundesamtes für Verkehr wurde ausnahmsweise ein eigenes Fahrplanverfahren für ein Jahr (2024) durchgeführt, um Fristen und Perioden verschiedener Planungs- und Finanzierungsgefässe zu harmonisieren. Das Verfahren für diese nächste Fahrplanperiode 2025/26 wurde gestartet.

Planmässig 2027

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9300

9300 6c Die Kundenzufriedenheit soll in der Messung Servicequalität des ZVV auf dem Niveau von mindestens 76 Punkten gehalten werden.

Bisherige Messungen belegen, dass die Kundenzufriedenheit auf dem gewünschten hohen Niveau gehalten werden konnte. Mit 77 von 100 möglichen Punkten übertraf die Gesamtzufriedenheit im Berichtsjahr weiterhin den in der ZVV-Strategie definierten Zielwert.

Planmässig 2027

9300 6d Die Kostenunterdeckung wird nach Abflauen der Coronapandemie schrittweise wieder gesenkt. Der Kostendeckungsgrad soll demgegenüber wieder erhöht werden.

In den ersten beiden Jahren nach Pandemieende konnte die Kostenunterdeckung des ZVV signifikant reduziert und der Kostendeckungsgrad markant erhöht werden. Für die kommenden Jahre zeichnet sich eine Erhöhung der Kostenunterdeckung ab, insbesondere wegen des höheren Preis- und Zinsniveaus sowie gestiegener Energiekosten trotz wieder regelmässig eingeplanter Tarifmassnahmen. Der Kostendeckungsgrad soll trotzdem über 60% gehalten werden.

Sistiert 2027

9300 6e Die Verkehrsleistungen werden klimafreundlich und energieeffizienter als heute erbracht unter Berücksichtigung eines angemessenen Kosten-Nutzen-Verhältnisses.

Die technischen Möglichkeiten werden bei den Neubeschaffungen von Flugzeugen konsequent genutzt, soweit sie sich wirtschaftlich vertreten lassen.

Planmässig 2027

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	34.5	38.0	34.2	-3.8	-10.1

Bemerkungen R23 zu B23

3.5 Aufgrund von Unterbrüchen bei Personalwechseln und von Restanteilen diverser Teilzeitanstellungen wurde das Budget nicht vollständig ausgeschöpft.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1051.4	1117.6	0.0	0.0	1117.6	1103.7	-14.0	-1.2
- Staatsbeitrag der Volkswirtschaftsdirektion	197.6	211.9	0.0	0.0	211.9	191.6	-20.2	-9.6
Aufwand	-1051.4	-1117.6	0.0	0.0	-1117.6	-1103.7	14.0	1.2
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben		-0.8	0.0	0.0	-0.8		0.8	100.0
Saldo		-0.8	0.0	0.0	-0.8		0.8	100.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.0	A1	- Dank höherer Verkehrserträge sowie geringerer Entschädigungen an die Verkehrsunternehmen konnte die geplante Kostenunterdeckung um 40.5 Mio. Franken unterschritten werden. Dies führt zu einem um 20.2 Mio. Franken geringeren Staatsbeitrag an den ZVV.
0.0		- Übrige Abweichungen

Rücklagen

Bestand 31.12.2022 plus Bildung 2022 -267707	Verwendung 2023 0	Antrag Bildung 2023 (verbucht 2024) 0	Bestand 31.12.2023 plus Bildung 2023 -267707	Veränderung Bestand 0
--	-------------------------	---	--	--------------------------

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9300

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	295.4	332.7	37.3	12.6
Finanzvermögen¹⁾	295.4	332.7	37.3	12.6
Flüssige Mittel	12.4	4.5	-7.9	-63.7
Forderungen	114.8	306.2	191.4	> 100.0
Kurzfristige Finanzanlagen	146.4	0.0	-146.4	-100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	21.7	22.0	0.3	1.2
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	1.1	0.7	-0.4	-39.9
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	1.1	0.7	-0.4	-39.9
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen	1.1	0.7	-0.4	-39.9
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	296.6	333.4	36.8	12.4
Fremdkapital	-296.3	-333.1	-36.8	-12.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-261.9	-303.7	-41.8	-16.0
Laufende Verbindlichkeiten	-17.5	-41.1	-23.7	> 100.0
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-25.9	-46.1	-20.2	-78.3
Passive Rechnungsabgrenzung	-207.9	-206.2	1.7	0.8
Kurzfristige Rückstellungen	-10.6	-10.2	0.4	4.1
Langfristiges Fremdkapital	-34.4	-29.4	5.0	14.5
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-25.9	-20.2	5.6	21.7
Langfristige Rückstellungen	-8.6	-9.2	-0.6	-7.5
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen	-0.3	-0.3	0.0	0.0
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-296.6	-333.4	-36.8	-12.4
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	295.4	332.7	37.3	12.6

9350 Forensisches Institut Zürich

Das Forensische Institut Zürich hat den Status einer kantonalen Polizeibehörde und ist als Spurenpolizei seit dem 1. Januar 2022 eine selbstständig öffentlich-rechtliche Anstalt, betrieben durch den Kanton und die Stadt Zürich.

Das Institut ist für polizeiwissenschaftliche und forensisch-kriminaltechnische Belange zuständig. Das Institutspersonal setzt sich aus zivilen Angestellten sowie Angehörigen der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich zusammen.

Aufgaben

- A1 Kriminaltechnisch-forensische Grundversorgung mit Spurensicherung und Spurenauswertung, dem sogenannten Sachbeweis, für Polizei und Strafuntersuchungsbehörden im Kanton Zürich sowie kriminaltechnisch-forensische und unfalltechnische Spezialversorgung im Kanton Zürich, für andere Kantone sowie den Bund
- A2 Gefahrenabwehr wie Chemiefachberatung am Ereignisort und Entschärfung (Unschädlichmachung) von unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtungen im Auftrag der Kantone als einer von drei nationalen Entschärfungstützpunkten
- A3 Wissenstransfer in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten für eigene Fachkräfte und Partner
- A4 Angewandte Forschung und Entwicklung in kriminaltechnisch-forensischen sowie unfall- und sprengstofftechnischen Fachgebieten zwecks Erkennung von Trends und Weiterentwicklung zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Forensischen Instituts Zürich (FOR); auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)	Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1 Spurensicherungen am Ereignisort	A1	3462	3500	3596	96	2.7
L2 Kriminal- und unfalltechnische Spurenauswertungen	A1	15420	17000	17178	178	1.0
L3 Erkennungsdienstliche Erfassungen	A1	9683	9500	9908	408	4.3
L4 Einsätze Zürcher Entschärfungsdienst	A2	136	100	100	0	0.0
L5 Stunden für Instruktionen/Ausbildung	A3	22900	12000	17614	5614	46.8
B1 Aufträge pro Vollzeitstelle (inkl. abkommandierter Korpsangehöriger der Kantonspolizei und der Stadtpolizei Zürich)	A1	187	175	199	24	13.7
W1 Fingerabdruck-Treffer	A1	1870	900	2130	1230	136.7
W2 DNA-Treffer	A1	997	900	1275	375	41.7
W3 Anteil Zufriedenheit Kursteilnehmende mindestens «gut», in %	A3	92.2	90	92	2	2.2
W4 Laufende Projekte angewandte Forschung und Entwicklung	A4	19	20	25	5	25.0

Bemerkungen

- L5 Bessere Datenqualität
- B1 Zunahme erkennungsdienstlicher Erfassungen und kriminaltechnische Aufträge
- W1 Technische Anpassungen und Verbesserungen

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
9350 1a Konsolidierung des verselbstständigten Instituts Die Konsolidierung ist nach zwei Jahren Selbstständigkeit abgeschlossen.	Abgeschlossen	2023
9350 1b Ausbau von 3D-Technologie sowie Augmented Reality und Virtual Reality für forensische Anwendungen Kollaborationen zwecks Nutzung von Synergien	Planmässig	2025
9350 1c Digitalisierung und Weiterentwicklung der Auswertung von digitalen Spuren Integration von zusätzlichem Fachwissen Informatik/Digitalisierung	Planmässig	2025

Personal

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
Personal (Beschäftigungsumfang)	65.9	70.1	70.5	0.5	0.6

Bemerkungen R23 zu B23

- 0.4 Aushilfen für wissenschaftliche Projekte

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9350

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	39.9	43.2	0.0	0.0	43.2	43.2	-0.0	-0.1
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	21.9	25.6	0.0	0.0	25.6	25.2	-0.5	-1.8
Aufwand	-39.9	-43.2	0.0	0.0	-43.2	-43.2	0.0	0.1
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben	-1.1	-1.5	0.0	-0.5	-2.0	-1.8	0.2	11.2
Saldo	-1.1	-1.5	0.0	-0.5	-2.0	-1.8	0.2	11.2
Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen				
Ausgaben total	-2.0	-1.8	0.2					
- Sachinvestitionen (Geräte und Fahrzeuge)	-2.0	-1.8	0.2	- Lieferverzögerungen bei Geräten und Fahrzeugen				
- Übrige	0.0	0.0	0.0					

Ausgeglichene Rechnung ohne Antrag auf Gewinnverwendung/Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Rechnung des Forensischen Instituts Zürich soll mittelfristig ausgeglichen sein. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Kostenbeiträge des Kantons Zürich und der Stadt Zürich

so berechnet, dass der jährliche Aufwand kostendeckend finanziert werden kann.

Im Berichtsjahr konnte eine kostendeckende Finanzierung innerhalb des Budgets mit ausgeglichener Rechnung gewährleistet werden. Damit entfällt ein Antrag auf Gewinnverwendung bzw. Verlustdeckung.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9350

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	4.3	3.9	-0.4	-8.4
Finanzvermögen¹⁾	4.3	3.9	-0.4	-8.4
Flüssige Mittel				
Forderungen	3.7	3.2	-0.5	-12.6
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.5	0.6	0.1	25.5
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.1	0.1	-0.0	-14.0
Anlagevermögen	3.7	4.7	1.0	25.7
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	3.7	4.7	1.0	25.7
Sachanlagen	3.7	4.7	1.0	25.7
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	8.0	8.6	0.6	7.5
Fremdkapital	-8.0	-8.6	-0.6	-7.5
Kurzfristiges Fremdkapital	-7.8	-8.4	-0.5	-6.9
Laufende Verbindlichkeiten	-7.3	-8.1	-0.8	-10.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.3	-0.1	0.2	69.2
Kurzfristige Rückstellungen	-0.3	-0.2	0.0	13.7
Langfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.2	-0.1	-42.2
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.2	-0.1	-42.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital				
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-8.0	-8.6	-0.6	-7.5
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	4.3	3.9	-0.4	-8.4

9600 Universität Zürich

Die Anzahl Studierender bewegt sich mit rund 28000 auf konstant hohem Niveau, bleibt aber unter dem auf Daten des Bundesamtes für Statistik gestützten Prognosewert.

Veterinärmedizin, Humanmedizin und Naturwissenschaften haben das erste universitäre One Health Institute Europas gegründet. Gemeinsam erforschen sie, wie die Gesundheit von Mensch, Tier und Umwelt zusammenhängt. Inhaltlich fokussiert das Institut in seiner Anfangsphase auf die drei Schwerpunktthemen Zoonosen, Arzneimittelresistenzen und Stoffwechselerkrankungen.

Das translationale Forschungszentrum The LOOP Zurich schafft eine zentrale biomedizinische Informatikplattform für den Austausch von Gesundheitsdaten zwischen Universität, ETH Zürich und den vier universitären Spitalern.

Historikerinnen und Historiker der Universität wiesen in einer Studie zahlreiche Missbrauchsfälle durch Würdenträger und Angestellte der katholischen Kirche in der Schweiz nach. Erstmals wurde einem unabhängigen Forschungsteam ermöglicht, in kirchlichen Archiven Akten über sexuellen Missbrauch einzusehen. Die Studie löste ein weltweites Echo aus.

Die Universität hat eine Digitalstrategie lanciert, um Forschung, Studium, Lehre und Dienstleistungen flexibler, effizienter und nutzungsorientierter zu organisieren und die digitalen Kompetenzen zu fördern. Sie gewährleistet eine gesamtgesellschaftliche Entwicklungsperspektive um verstärkt auf eine qualitativ hochwertige Datenhaltung und ein koordiniertes Datenmanagement hinzuarbeiten.

Aufgaben

- A1 Lehre auf den Gebieten der Theologie und Religionswissenschaft, Rechtswissenschaft, Wirtschaftswissenschaften, Medizin, Veterinärmedizin, Geistes- und Sozialwissenschaften sowie Mathematik und Naturwissenschaften auf hohem Qualitätsniveau einschliesslich nationaler und internationaler Zusammenarbeit
- A2 Wissenschaftliche Forschung, insbesondere Grundlagenforschung, und weitere Leistungen in den oben genannten Fachgebieten unter Einbezug nationaler und internationaler Kooperationen
- A3 Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L9	Studierende gesamt	A1	27895	28400	27958	-442	-1.6
L5	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	14353	14720	14382	-338	-2.3
L6	Studierende in Masterstudiengängen	A1	7430	7400	7557	157	2.1
L7	Studierende Lehramt	A1	494	480	576	96	20.0
L8	Studierende in Doktoratsstudiengängen	A2, A3	5618	5800	5443	-357	-6.2
L2	Habilitationen	A2, A3	59	80	136	56	70.0
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	24252	24765	26071	1306	5.3
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der Universität, in %	A1, A2	43.1	45	44.9	-0.1	
B6	Anteil Drittmittel am Gesamtumsatz der Universität, in %	A2, A3	23.2	22	21.7	-0.3	
B3	Hauptfachstudierende pro Professur Rechtswissenschaft (inkl. Doktorierende)	A1	77.4	69	73.6	4.6	6.7
B5	Hauptfachstudierende pro Professur Philosophische Fakultät (inkl. Doktorierende)	A1	52.8	61	55.7	-5.3	-8.7
W8	Abschlüsse gesamt	A1	5740	5905	6250	345	5.8
W9	Bachelorabschlüsse	A1	2589	2600	2776	176	6.8
W10	Masterabschlüsse	A1	2177	2300	2429	129	5.6
W11	Abschlüsse Lehramt	A1	226	205	174	-31	-15.1
W15	Verliehene Doktorate	A1, A2, A3	748	800	871	71	8.9
W2	Laufende SNF-Projekte	A2	548	520	553	33	6.3
W3	Laufende EU-Projekte	A2	188	180	174	-6	-3.3
W6	Beschäftigung im ersten Jahr nach dem Abschluss, in %		98	96	98	2	

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

Bemerkungen

- L9, L8, Die Zahl der Studierenden zeigt einen Anstieg, insbesondere in den Masterstudiengängen und im Lehramt, während sie bei den Doktorierenden leicht rückläufig ist. Der Rückgang bei den eingeschriebenen Doktorierenden ist hauptsächlich auf Prozessoptimierungen zurückzuführen. Auf Anregung des Bundesamtes für Statistik erfolgt an der Universität nun eine schnellere Exmatrikulation von Studierenden nach dem Abschluss, insbesondere in der Medizinischen Fakultät. Auch können Studierende an der Philosophischen Fakultät durch die Möglichkeit einer Online-Publikation der Dissertation einen schnelleren Studienabschluss erzielen. Letzteres widerspiegelt sich in einer deutlich höheren Anzahl an verliehenen Doktoraten im Berichtsjahr. Die Anzahl Bewerbungen für das Doktoratsstudium bleibt auf unverändert hohem Niveau, was die anhaltende Attraktivität der Doktoratsstudiengänge signalisiert.
- L2 Nach einem ausserordentlichen Rückgang der Anzahl Habilitationen im Jahr 2022 infolge einer vorhergehenden Anpassung der Habilitationsordnung, ist die Anzahl Habilitationen im Berichtsjahr wieder angestiegen.
- L7 Gegenüber dem Vorjahr ist ein Zuwachs bei der Anzahl Studierenden zu verzeichnen, die sich nach einem Masterstudium für ein Lehrdiplomstudium einschreiben. Zusätzlich verfolgen 281 Studierende ein Lehrdiplomstudium parallel zum Masterstudium oder zum Doktorat. Diese sind in der Statistik in den Masterstudiengängen bzw. verliehenen Doktoraten berücksichtigt, um Doppelzählungen zu vermeiden. Die effektive Anzahl an Studierenden im Lehrdiplomstudium beträgt insgesamt 857 (Vorjahr: 792).
- B1, B2, In den Kennzahlen R23 ist der zusätzliche Kantonsbeitrag für den teilweisen Ausgleich der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 enthalten. Indikator B1 bezieht sich ausschliesslich auf den Kostenbeitrag der Bildungsdirektion. In Indikator B2 ist auch der Kostenbeitrag der Gesundheitsdirektion enthalten.
- W8 Das ausserordentliche Studierendenwachstum in den Pandemie Jahren widerspiegelt sich in den Abschlusszahlen, die neue Höchststände erreichen.
- W11 Der Rückgang der Lehrdiplom-Abschlüsse steht in Bezug zur Anzahl der Studierenden im Lehrdiplom der Vorjahre. Das derzeitige Wachstum der Studierendenzahl im Lehrdiplom wird sich erst in den kommenden Jahren in den Abschlüssen widerspiegeln.
- W2 Gezählt werden alle laufenden SNF-Zusprachen im Bereich Projektförderung an der Universität. Im Berichtsjahr wurden die Erwartungen und die Erfolge des Vorjahres übertroffen.
- W3 Die Zahl der EU-Projekte lässt sich nur schwer voraussagen und unterliegt Schwankungen. Da die meisten Ausschreibungen nicht themenoffen sind, hängt der Erfolg bei der Einwerbung von EU-Projekten stark von den jeweiligen, jährlich wechselnden Ausschreibungsthemen ab. Die Universität verfügt nicht bei allen Themen über die gleiche Expertise.
- W6 Die Veröffentlichung der Resultate der Erhebung des Berichtsjahres ist noch ausstehend. Daher wurde der Indikatorwert R22 übernommen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9600 2a Unterstützung der klinischen Forschung und Nachwuchsförderung im Bereich der Medizin

Im Berichtsjahr führten die zwölf geförderten Projekte der klinischen Forschungsschwerpunkte erfolgreich ihre Forschungstätigkeiten in breiten Themenbereichen weiter voran. Die Themenbereiche umfassen zum Beispiel die Erforschung von chronischen Schmerzen, Bluthochdruck, Krebstherapien, Trauma oder die Behandlung von Schlaganfällen. Neben der Forschung in strategisch relevanten medizinischen Themenbereichen ist auch die Förderung des akademischen Nachwuchses ein wichtiger Teil der klinischen Forschungsschwerpunkte. In der Periode 2022–2023 wurde durch die Laufbahnförderung «Filling the Gap» die Forschung von insgesamt 19 jungen Klinikerinnen und Klinikern gefördert, wobei die Verlängerung der Förderung von neun von ihnen bereits für die Periode 2023–2024 bestätigt wurde.

Abgeschlossen 2023

9600 2b Förderung und Ausbau bestehender und Schaffung neuer Kompetenzzentren

Im Berichtsjahr wurden 23 bestehende Kompetenzzentren weitergeführt, wovon vier erfolgreich einen erneuten Anerkennungsprozess durchliefen. Zudem wurde mit dem «Center for Human Immunology» ein neues Kompetenzzentrum gegründet. Das «Zurich Center for Experimental and Clinical Imaging Technologies» und das «Center for the Interdisciplinary Study of Language Evolution» haben sich im Berichtsjahr aufgelöst und werden ihre Aktivitäten in anderer Form weiterverfolgen. Letzteres möchte sich im Zusammenhang mit dem Nationalen Forschungsschwerpunkt «Evolving Language» (siehe 9600 2c) langfristig zu einer nationalen Struktur erweitern.

Abgeschlossen 2023

9600 2c Weiterführung der Nationalen Forschungsschwerpunkte, Aufbau und Weiterentwicklung der Universitären Forschungsschwerpunkte (UFSP)

Im Berichtsjahr waren die Forschungsaktivitäten der fünf Universitären Forschungsschwerpunkte der dritten Serie planmässig in vollem Gange, zudem haben sie mit der Erarbeitung ihrer Entwicklungspläne für die zweite Phase begonnen. Bis 2024 werden die Universitären Forschungsschwerpunkte mit durchschnittlich je 1,2 Mio. Franken pro Jahr gefördert, ab 2025 können sie substanzielle Mehrmittel beantragen. Abgeschlossen 2023

Auch für den von der Universität geleiteten Nationalen Forschungsschwerpunkt «Evolving Language» stand im Berichtsjahr die Planung der nächsten Phase an. Der Nationale Forschungsschwerpunkt vereint Forschungsgruppen aus der Linguistik, der Informatik und den Sozial- und Naturwissenschaften an mehreren Schweizer Hochschulen.

Die acht Ende 2024 auslaufenden Universitären Forschungsschwerpunkte der zweiten Serie konkretisierten ihre Bemühungen, die aufgebauten Forschungskapazitäten und -strukturen langfristig weiterzuführen.

9600 2d Weitere Erhöhung der Drittmittel

Im Berichtsjahr haben sich die Drittmittelerlöse nach kontinuierlichem Wachstum in den Vorjahren auf einem hohen Niveau stabilisiert. Die Diversifizierung der Finanzierungsbasis der Universität mittels konsequenter Einwerbung kompetitiver Drittmittel und Stärkung der UZH Foundation entspricht der Strategie der Universität und wird auch in den nächsten Jahren so weiterverfolgt. Abgeschlossen 2023

9600 2e Weitere Verbesserung der Betreuungsverhältnisse in stark nachgefragten Fächern

Das Betreuungsverhältnis hat sich in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät gegenüber dem Vorjahr verbessert. In der Philosophischen Fakultät hat sich das Verhältnis aufgrund von Besetzungsverzögerungen bei Professuren leicht verschlechtert. Über alle Fachbereiche hinweg bleibt die Betreuungssituation gegenüber dem Vorjahr konstant bei rund 40,2 Studierende pro Professur. Abgeschlossen 2023

9600 2f Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien in der Lehre (E-Learning/E-Assessment)

Die Expertise im Bereich Digital Education wurde nachhaltig verankert und das «Digital Education Board» wurde etabliert. Es unterstützt die Universität beratend in allen Fragen und Herausforderungen betreffend Bildungstechnologien an Hochschulen. Weiter wurden Grundsätze zum Umgang mit der generativen künstlichen Intelligenz in der Lehre publiziert, die Orientierungs- und Handlungssicherheit stiften. Momentan werden fakultätsweit Erfahrungen mit einer neuen Prüfungssoftware gesammelt, die Mitte 2024 evaluiert wird. Abgeschlossen 2023

9600 2g Entwicklung spezialisierter Masterprogramme; Förderung der Doktoratsstufe; Nachwuchsförderung

Die Universität fördert den akademischen Nachwuchs durch zentrale Eigenmittel wie die UZH Candoc/Postdoc Grants (135 Zusprachen im Berichtsjahr), interuniversitäre Mobilitäts- und Doktoratsprogramme sowie spezifisch auf Postdocs ausgerichtete Fördermittel. Dies schlägt sich in zahlreichen Auszeichnungen und Erfolgen (Awards und Grants) nieder. Abgeschlossen 2023

Im Berichtsjahr implementierte die Universität die neuen Anstellungsbedingungen für Qualifikationsstellen auf Stufe Doktorat, um Promovierenden mehr Zeit für die eigene Forschung zu sichern.

9600 2h Zusammenarbeit mit der ETH: Doppelprofessuren, Studiengänge, Projekte usw.

Die Scientifica-Wissenschaftstage der Universität und der ETH Zürich gewährten der Öffentlichkeit einen Einblick in die Forschung zum Thema «Was die Welt zusammenhält». Bis zu 30 000 Besuchende tauschten sich mit rund 1000 Forschenden aus, die ihre Arbeit an Ausstellungsständen, in Kurzvorlesungen, Workshops und Laborführungen präsentierten. Abgeschlossen 2023

Das 25-Jahr-Jubiläum des Kompetenzzentrums für Pflanzenwissenschaften der Universitäten Zürich und Basel sowie der ETH Zürich wurde mit dem Symposium «Moments of Discovery» gefeiert. Zwölf Forschungsgruppen präsentierten ihre wichtigsten Entdeckungen in einer Online-Ausstellung.

Die Universität und die ETH bieten gemeinsam verschiedene Service-Einheiten für Studierende an, darunter Zimmer- und Wohnungsvermittlung, Sprachenzentrum und psychologische Beratungsstelle. Zu Letzterem prüft ein Entwicklungsprojekt, ob zukünftig verstärkt skalierbare Unterstützungsformate angeboten werden können, um der wachsenden Nachfrage gerecht zu werden.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

9600 2i Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie

Der anerkannte langfristige Investitionsbedarf von teuerungsbereinigt jährlich rund 220 Mio. Franken wurde in die Finanzplanung eingebracht. Damit steigt der Bedarf an Mitteln zur Refinanzierung. Zusätzliche Risiken bestehen aufgrund steigender Zinsen. Die Ausschöpfung der Investitionsmittel liegt bei 92% aufgrund verschiedener Projektverschiebungen. Der Abschluss der Leistungsgruppe Nr. 7050 liegt auf dem regelmässig mit dem Kanton abgestimmten Niveau. Die Schlüsselprojekte FORUM UZH, Zentrum für Zahnmedizin / Comprehensive Cancer Center und PORTAL UZH laufen planmässig. Die «Langfristige Strategische Immobilienplanung UZH» (LSI UZH) erwies sich erneut als robustes Planungsinstrument.

Planmässig 2030

9600 2j Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523)

Von den in den Vorjahren gesprochenen 15 DIZH-cofinanzierten Professuren konnten im Berichtsjahr vier besetzt werden (Vorjahr: 2). Die zweite Kohorte des DSI PhD Excellence Program schloss im Sommer ab, 14 Doktorierende haben begonnen. 14 «DSI Infrastrukturen & Labs» laufen (Vorjahr: 10). Zwei neue Communities wurden gegründet, sodass sich insgesamt 14 interdisziplinäre Communities an der Universität mit der Digitalisierung beschäftigen. Im Bereich Bildungsförderung nehmen mehr als 1000 Bachelorstudierende an Teilen des Studiums Digitale teil. Das Minor-Masterstudienprogramm «Digital Skills» wurde pilotiert und wird 2024 im regulären Studienprogramm angeboten. Im Berichtsjahr arbeiteten Forschende der Universität in 25 teilweise hochschulübergreifenden Projekten des DIZH-Innovationsprogramms (Vorjahr: 17).

Planmässig 2029

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	5040.7	5285.0	5142.9	-142.1	-2.7

Bemerkungen R23 zu B23

-142.1 Im B23 ist der maximal mögliche Soll-Beschäftigungsumfang angegeben, der für sich noch keinen Anspruch auf Finanzierung begründet. Die tatsächlich besetzten Stellen (R23) liegen tiefer. Mit erfolgreichen Berufungen und einer wieder entspannteren Lage bezüglich Mobilität konnte erforderliches wissenschaftliches Personal rekrutiert werden, um die Herausforderungen im Zusammenhang der in den letzten Jahren stark gestiegenen Anzahl Studierender zu bewältigen. Gezielte Stellenbesetzungen erfolgten auch beim administrativ-technischen Personal.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1576.7	1585.8	0.0	8.3	1594.1	1630.3	36.2	2.3
- Beiträge Bund	147.3	149.0	0.0	0.0	149.0	149.4	0.4	0.3
- Beiträge anderer Kantone	161.4	161.4	0.0	0.0	161.4	151.9	-9.5	-5.9
- Kostenbeitrag des Kantons Zürich	678.8	706.9	0.0	8.3	715.1	731.5	16.4	2.3
Aufwand	-1571.4	-1585.8	0.0	-8.3	-1594.1	-1629.3	-35.3	-2.2
Saldo	5.3	0.0	0.0	0.0	0.0	1.0	1.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.4	5.8	0.0	0.0	5.8	0.2	-5.6	-96.7
Ausgaben	-48.7	-60.1	0.0	0.0	-60.1	-61.9	-1.8	-3.0
Saldo	-48.3	-54.2	0.0	0.0	-54.2	-61.7	-7.4	-13.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
1.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
16.6	A1, A2, A3	- Mehrerträge aus Dienstleistungen (hauptsächlich medizinische)
16.5	A1, A2, A3	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons Zürich: Teilweiser Ausgleich der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 (23.0), kompetitiv erworbene Zusprachen aus dem DIZH-Innovationsprogramm (1.0). Demgegenüber steht die Kreditübertragung DIZH (-5.7) sowie der tiefere Kostenbeitrag der Gesundheitsdirektion (-0.3).
11.3	A1, A2, A3	- Minderaufwendungen wegen geringeren Bedarfs an Betriebsmaterial und Bezug von externen Dienstleistungen
4.5	A2, A3	- Besseres Ergebnis aus Drittmittel-Projekten: Höherem Aufwand (-7.7) stehen höhere Projektbeiträge (+12.2) gegenüber.
0.4	A1, A2, A3	- Leicht höhere Grundbeiträge des Bundes gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG)
-3.1	A1, A2, A3	- Höhere Abschreibungen Mobilien sowie Finanzaufwand
-3.5	A1, A2, A3	- Höherer Immobilienaufwand/Gebäudenutzungskosten
-8.1	A1, A2, A3	- Höherer Aufwand für Energie, dabei vor allem Strom

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

- 9.5 A1, A2, A3 - Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen (Interkantonale Universitätsvereinbarung [IUV]) aufgrund der reduzierten Tarife gemäss der IUV-Revision sowie geringerer Anzahl Studierender als budgetiert.
- 24.1 A1, A2, A3 - Höherer Personalaufwand verursacht durch die vom Regierungsrat festgesetzte Teuerung von 2.9% (RRB Nr. 1259/2022)
- 0.0 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	5.8	0.2	-5.6	
- Projekte zur Erneuerung und Entwicklung der Grundausstattung an mobilen Geräten und (Erst-)Ausstattung bei Immobilienvorhaben (Einzelvorhaben < 20 Mio. Franken). Investitionen 2025 und 2026 gemäss Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen.	5.8	0.2	-5.6	- Die Investitionsbeträge für zwei Projekte verschieben sich ins kommende Geschäftsjahr.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	
Ausgaben total	-60.1	-61.9	-1.8	
- Projekte zur Erneuerung und Entwicklung der Grundausstattung an mobilen Geräten und (Erst-)Ausstattung bei Immobilienvorhaben (Einzelvorhaben < 20 Mio. Franken). Investitionen 2025 und 2026 gemäss Schweizer Roadmap für Forschungsinfrastrukturen.	-60.1	-61.9	-1.8	- Die durchgeführten Investitionen liegen leicht über Budget. Hauptgrund war die nicht budgetierte Beschaffung des Dinosaurierskeletts «Arapahoe».
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlustes vor.

Die Jahresrechnung 2023 der Universität Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 961 897.69 (Vorjahr: Gewinn von Fr. 5 255 259.01).

Der Universitätsrat beantragt, den Gewinn von Fr. 961 897.69 dem Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zuzuführen:

- Entnahme von Fr. 3 291 309.23 aus der freien Reserve
- Entnahme von Fr. 239 464.47 aus der zweckbestimmten Reserve
- Einlage von Fr. 4 492 671.39 in die Reserve der Separaten Rechnung

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9600

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	457.0	419.1	-37.9	-8.3
Finanzvermögen¹⁾	457.0	419.1	-37.9	-8.3
Flüssige Mittel	5.3	4.8	-0.5	-8.6
Forderungen ²⁾	412.2	374.5	-37.6	-9.1
Kurzfristige Finanzanlagen	0.2	0.1	-0.1	-52.8
Aktive Rechnungsabgrenzung	38.0	38.0	0.1	0.2
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.4	1.6	0.2	13.0
Anlagevermögen	178.9	215.1	36.2	20.2
Finanzvermögen¹⁾	0.0	24.3	24.3	> 100.0
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel ²⁾		24.3	24.3	n.a.
Verwaltungsvermögen	178.9	190.8	11.9	6.7
Sachanlagen	164.8	175.3	10.4	6.3
Immaterielle Anlagen	11.2	12.2	1.0	8.8
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.6	0.5	-0.1	-20.3
Beteiligungen	0.6	0.6	0.0	1.6
Investitionsbeiträge	1.5	2.1	0.6	39.4
Total Aktiven	635.9	634.2	-1.7	-0.3
Fremdkapital	-537.5	-534.8	2.7	0.5
Kurzfristiges Fremdkapital	-162.0	-166.6	-4.6	-2.8
Laufende Verbindlichkeiten	-67.8	-66.0	1.8	2.7
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-75.0	-81.7	-6.7	-9.0
Kurzfristige Rückstellungen	-19.2	-18.9	0.3	1.5
Langfristiges Fremdkapital	-375.5	-368.2	7.3	1.9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-5.7	-4.9	0.8	13.8
Langfristige Rückstellungen	-24.0	-23.0	1.0	4.3
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-345.8	-340.3	5.5	1.6
Eigenkapital	-98.4	-99.4	-1.0	-1.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-93.1	-98.4	-5.3	-5.6
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-5.3	-1.0	4.3	81.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-635.9	-634.2	1.7	0.3
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	457.0	443.3	-13.6	-3.0

²⁾ Forderungen gegen zweckgebundene Fremdmittel werden im Berichtsjahr im Anlagevermögen ausgewiesen. Im Vorjahr waren diese in den Forderungen im Umlaufvermögen enthalten.

9690 Zentralbibliothek

Im Berichtsjahr wurde neben dem umfangreichen Tagesgeschäft der Zentralbibliothek die Zusammenarbeit mit der Universitätsbibliothek Zürich weiter aufgegleist und vertieft. Insbesondere wurde eine gemeinsame Strategie der beiden Institutionen 2024–2027 erstellt und von den beiden Trägerschaften abgenommen. Darin wurden unter anderem fünf gemeinsame Stossrichtungen definiert: Open Science unterstützen, Digitale Kompetenzen fördern, Wissenschaft und Gesellschaft vernetzen, Räume neu denken und Mitarbeitende und Strukturen entwickeln. Weitere gemeinsame Arbeiten mit der Universitätsbibliothek erfolgten insbesondere in den Themenfeldern Printerwerbung, Zeitschriftenangebot,

Innovationsvorhaben, Open Science Services, Kundenservice und Kundenkommunikation, Liaison Librarians und gemeinsamer Webauftritt.

Weiter wurden ein hausübergreifender Forschungsservice etabliert, ein Projekt zum Records Managements interner digitaler Daten aufgegleist, die Arbeiten am Kulturleitbild weitergeführt und ein Kundenzirkel eingeführt. Die Bauarbeiten im Rahmen der Renovation des Altbaus einschliesslich Teile des Neubaus und des Predigerchors wurden unter laufendem Betrieb schrittweise an die Hand genommen. Der Jahresbericht der Zentralbibliothek erscheint in der ersten Jahreshälfte 2024 nach Abnahme durch den Stiftungsrat.

Aufgaben

- A1 Die Zentralbibliothek Zürich (ZB) ist die zentrale öffentliche wissenschaftliche Allgemeinbibliothek für Kanton, Stadt und Universität Zürich. Als solche erbringt sie Informationsdienstleistungen für die Bedürfnisse von Lehre und Forschung sowie für die Öffentlichkeit. Sie sorgt für die möglichst vollständige Dokumentation und Archivierung publizierter und unpublizierter zürcherischer Informationsträger und ist Ausbildungsbibliothek für den beruflichen und akademischen Nachwuchs.
- A2 Sie sammelt, erschliesst und vermittelt Material zu Information, Ausbildung, Forschung, Berufstätigkeit und Bildung und bewahrt es für die Zukunft. Sie stimmt sich dabei mit anderen zürcherischen und schweizerischen Bibliotheken ab.
- A3 Sie erweitert die Kenntnis über ihre Sammlungen und fördert die Nutzung ihrer Dienste. Sie pflegt ihre Beziehungen zur Öffentlichkeit und unterstützt – auch in Zusammenarbeit mit anderen Institutionen – wissenschaftliche und kulturelle Bestrebungen.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Ausleihen	A1	243618	315000	266467	-48533	-15.4
L2	Gesamtzuwachs Medien	A2	83369	91200	79550	-11650	-12.8
L3	Führungs- und Schulungsteilnehmende	A3	10285	8500	11551	3051	35.9
B1	Ausleihen pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3					
B2	Besucher pro Vollzeitstelle	A1, A2, A3	4264	3158	5164	2006	63.5
B3	Nutzung E-Medien inkl. Eigendigitalisate pro Vollzeitstelle	A1	76079	66538	30771	-35767	-53.8
W1	ZB-Webseitenzugriffe	A1					
W2	Nutzung Eigendigitalisate, in Mio.	A1	8.43	6.42	1.03	-5.39	-83.96
W3	Nutzung E-Medien, in Mio.	A1	5.03	5.61	4.53	-1.08	-19.25

Bemerkungen

- L1 Die Zahl der Ausleihen wächst langsamer als budgetiert, aber mit steigender Tendenz im Vergleich zu den Vorjahren.
 - L2 Der geringere Zuwachs lässt sich vor allem auf den rückläufigen Erwerb von Printmedien zugunsten von elektronischen Medien zurückführen.
 - L3 Im Berichtsjahr wurde ein grösseres Angebot an Kulturveranstaltungen, Kursen und Beratungen bereitgestellt.
 - B2 Höhere Besucherzahl aufgrund des zentralen Standorts und attraktiver Infrastruktur für Studierende und Lernende
 - B3 Siehe Begründung zu W2 und W3
 - W2 Infolge eines erneuten Wechsels des Tools zur Erhebung der Nutzungszahlen durch den technischen Host der nationalen Kooperationsplattformen (ETH-Bibliothek: e-rara und e-manuscripta) erfolgte ein Statistikbruch. Durch den doppelten Statistikbruch ist keine Überleitung bzw. Schätzung des R23-Wertes nach bisheriger Zählweise möglich.
 - W3 Eine neue Zählweise bei der E-Medien-Nutzung führt zu einem Statistikbruch. Eine Anpassung der erwarteten Nutzung erfolgt erst ab 2024. Es ist keine Überleitung bzw. Schätzung des R23-Wertes nach bisheriger Zählweise möglich.
- B1, W1 Mit dem KEF 2022–2025 wurden diese Indikatoren aufgehoben.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9690

Entwicklungsschwerpunkte

9690 2a Weiterer Ausbau des E-Medien-Angebots mit Schwerpunkt in den Geistes- und Sozialwissenschaften; unter Beachtung von 9690 2b nachfolgend

Die Ziele für das Berichtsjahr wurden erreicht. Es zeigt sich indessen, dass dieser Entwicklungsschwerpunkt auch für die Folgejahre massgeblich bleibt. Stand bis

Abgeschlossen 2023

9690 2b Ausbau der Zusammenarbeit mit der Universität Zürich: Infrastrukturen und Services für Forschungsdatenmanagement, Mitwirkung im Rahmen der Open-Access-Strategie auf dem Hochschulplatz Zürich, Etablierung eines kooperativen Systems für die Literaturbereitstellung

Da die neue Open-Access-Strategie von Swissuniversities erst dieses Jahr neu gefasst wird und auch die Infrastrukturen und Services für das Forschungsdatenmanagement weiterhin ausbaubar bleiben müssen, war die Planung zu optimistisch gefasst.

Verzögert 2023

9690 2c Planung und Realisierung einer umfassenden Sanierung des Altbaus sowie weiterer Gebäudeteile der Zentralbibliothek

Die Umbauarbeiten betreffend Chor und Digitalisierungszentrum sind nahezu abgeschlossen. Die weiteren Arbeiten verlaufen programmgemäss.

Planmässig 2026

9690 2d Umsetzung der ZB-Strategie 2021–2024: Stärkung der digitalen Kompetenzen der Nutzenden, bessere Orientierung in der Informationsfülle und Vereinfachung des Zugangs zu den Informationsangeboten, Ausbau der Rolle der ZB als Partnerin der Forschung; unter Beachtung von 2b vorstehend

Es wurden entsprechende Schulungen durchgeführt und eine interne Matrixorganisation zu den Forschungsservices etabliert.

Planmässig 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	176.9	180.8	180.7	-0.1	-0.1

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	44.8	44.7	0.0	0.0	44.7	45.9	1.2	2.7
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	31.1	31.8	0.0	0.0	31.8	31.8	0.0	0.0
Aufwand	-44.4	-44.7	0.0	0.0	-44.7	-46.0	-1.3	-2.9
Saldo	0.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.1	-0.1	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	1.5	4.7	0.0	0.0	4.7	1.7	-3.1	-64.8
Ausgaben	-0.4	-4.7	0.0	0.0	-4.7	-2.1	2.6	56.2
Saldo	1.1	0.0	0.0	0.0	0.0	-0.4	-0.4	0.0

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-0.1		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
0.4	A1, A2, A3	- Minderaufwand für Dienstleistungen Dritter
0.3	A1, A2, A3	- Nicht realisierter Finanzertrag von Wertschriften
0.3	A1, A2, A3	- Weniger Anschaffungen von Mobilien
0.2	A1, A2, A3	- Mehrertrag durch Weiterverrechnung von Lohnaufwand
-0.4	A1, A2, A3	- Mehrabschreibungen Mobilien (eigenfinanziert)
-0.8	A1, A2, A3	- Mehraufwand für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 (im Budget nicht enthalten)
-0.1		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	4.7	1.7	-3.1	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratsbeschluss	4.6	1.5	-3.1	- Die Verzögerung des Bauprojekts Sanierung Altbau führt zu geringeren Investitionsbeiträgen.
- Dachsanierung mit Photovoltaikanlage	0.1	0.0	-0.1	- Die Verzögerung des Bauprojekts Dachsanierung mit Photovoltaikanlage führt zu geringeren Investitionsbeiträgen.
- Rückzahlung Darlehen der Swiss Library Plattform (SLSP)	0.0	0.1	0.1	- Nicht budgetierte Darlehensrückzahlung
- Übrige	0.0	0.1	0.1	

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9690

Ausgaben total	-4.7	-2.1	2.6	
- Sanierung Altbau ZB gemäss Regierungs- und Stadtratsbeschluss	-4.6	-1.5	3.1	- Verzögerung beim Bauprojekt Sanierung Altbau
- Dachsanierung mit Photovoltaikanlage	-0.1	-0.0	0.1	- Verzögerung beim Bauprojekt Dachsanierung mit Photovoltaikanlage
- Ersatz Aussenstoren	-0.0	-0.1	-0.1	- Nicht budgetierte Anschaffungen von Aussenstoren
- Anschaffungen von Grossgeräten	-0.0	-0.4	-0.4	- Nicht budgetierte Anschaffungen von Scannern und IT-Geräten
- Übrige	-0.0	-0.1	-0.1	

9710 Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Während die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften im Berichtsjahr in der Lehre lediglich ein geringes, unter Budget liegendes Studierendenwachstum verzeichnete, konnten die Drittmittel um 5% gesteigert werden. Zu dieser Steigerung haben vor allem die Forschung und die Weiterbildung beigetragen. Erwähnenswert ist insbesondere, dass es gelungen ist, mehr kompetitiv vergebene Mittel einzuwerben. Die Hochschule nutzte ihre Position als Mehrspartenhochschule und lancierte mit den Studienangeboten MSc Circular Economy Management und BSc Medizininformatik erfolgreich zwei neue interdisziplinäre Programme. Seit Januar ist sie Mitglied der europäischen Hochschulallianz EELISA. Diese bietet die Möglichkeit mit hochrangigen Hochschulen aus der EU zusammenzuarbeiten und Partnerschaften zu stärken.

Die Hochschule hat ihre Digitalisierungsbestrebungen sowie verschiedene Bauvorhaben weiter vorangetrieben. Ein Höhepunkt bildete dabei die Eröffnung des Campus Future of Food. Zudem wurde der erste hochschulweite Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht. Damit zeigt die Hochschule auf, wie nachhaltige Entwicklung in der Governance, der Forschung und der Bildung verankert ist. Weiter gibt der Bericht mit Daten zum Energie-, Mobilitäts- und Ressourcenbedarf einen transparenten Einblick in den Hochschulbetrieb. Nicht zuletzt stand das Berichtsjahr auch stark im Zeichen der Umsetzung der neuen Personalverordnung als Grundstein für eine erfolgreiche Inkraftsetzung per Studienjahr 2024.

Aufgaben

- A1 Die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) bietet praxisorientierte Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Wirtschaft, Technik, Architektur/Bau-/Planungswesen, Life Sciences, Gesundheit, Angewandte Linguistik, Soziale Arbeit und Angewandte Psychologie auf Hochschulniveau an, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen.
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität der Lehre sowie Weiterbildung auf Hochschulniveau

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	13806	14790	13866	-924	-6.2
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	11466	12300	11456	-844	-6.9
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	2340	2490	2411	-79	-3.2
L4	Anteil erweiterten Leistungsauftrags gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	44.8	43.7	45.1	1.4	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	10.2	10.6	10.1	-0.5	
L6	Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	31.2	29.9	31.9	2.0	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	3.4	3.2	3.1	-0.1	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	13949	13659	15285	1626	11.9
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHAW, in %	A1, A2	35.0	35.7	36.7	1.0	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	31.1	31.7	29.9	-1.8	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	80.2	80.3	78.3	-2.0	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	2660	2803	2710	-93	-3.3
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	815	803	819	16	2.0
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	2334	2498	2348	-150	-6.0

Bemerkungen

- L1, L2, Die Anzahl Studierender liegt auf Stufe Bachelor 6.9% und auf Stufe Master 3.2% unter dem Budget. Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl Studierender insgesamt gestiegen, wobei die Anzahl der Studierenden (Jahresmittel) im Bachelorstudium um 10 oder 0.1% zurückgegangen ist und im Masterstudium um 71 oder 3% zugenommen hat. Die höchsten Wachstumsraten auf Masterstufe sind im Bereich Chemie und Life Sciences (+44/+13.4%) und der Angewandten Psychologie (+41/+14.1%) zu verzeichnen. Auf Bachelorstufe ist im Vergleich zum Vorjahr das grösste Wachstum im Bereich Gesundheit (+67/+4.0%) und der grösste Rückgang an Studierenden im Bereich Wirtschaft und Dienstleistungen (-104/-2.6%) zu verzeichnen. Bei der Planung wurde von den Wachstumsraten der Jahre 2019–2021 ausgegangen. Das langsamere Wachstum ist auf höhere Anmeldezahlen während der Pandemiejahre 2020/2021 sowie einen ausgetrockneten Arbeitsmarkt zurückzuführen, der kurzfristig lukrative Jobalternativen zu einem Studium bietet.
- L3
- L4 Der Kostenanteil in der Weiterbildung, der anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung und bei den Dienstleistungen ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gewachsen und liegt deutlich über dem Budget. Dies ist primär auf die angewandte Forschung & Entwicklung zurückzuführen. Erfreulicherweise konnte in allen Leistungsbereichen des erweiterten Leistungsauftrags ein Drittmittelwachstum gegenüber dem Budget und dem Vorjahr erzielt werden.
- L5 Der Anteil der Weiterbildung am gesamten Leistungsauftrag liegt marginal unter dem Wert des Vorjahres und deutlich unter dem Budget, da weniger Kosten angefallen sind als geplant. Erfreulicherweise sind gleichzeitig die Erlöse Dritter 1.4% höher als geplant.
- L6 Der Anteil der anwendungsorientierten Forschung & Entwicklung am gesamten Leistungsauftrag hat im Vergleich zum Budget und Vorjahr deutlich zugenommen, wobei ein Drittmittelwachstum von (+5.3 Mio. Franken, +7.7%) gegenüber dem Budget erzielt wurde.
- L7 Der Anteil der Dienstleistungen am gesamten Leistungsauftrag hat im Vergleich zum Budget und zum Vorjahr leicht abgenommen, wobei ein Drittmittelwachstum von (+0.5 Mio. Franken, +3.6%) gegenüber dem Vorjahr erzielt wurde.
- B1 Der Kostenbeitrag des Kantons pro Studierende und Studierenden liegt 11.9% über dem Budget und 9.6% über dem Wert des Vorjahres. Die Gründe für die Budgetabweichung sind der teilweise Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022, das Wachstum in der Forschung sowie die tieferen Studierendenzahlen (vgl. L1).
- W1 Die Zahl der Bachelordiplomabschlüsse liegt unter dem Budget (-3.3%), aber über dem Wert des Vorjahres (+1.9%). Das höchste Wachstum liegt im Bereich der Sozialen Arbeit mit einem Zuwachs von 36 Bachelordiplomabschlüssen. Der höchste Rückgang liegt im Bereich Gesundheit mit 24 Bachelordiplomabschlüssen weniger als im Vorjahr.
- W2 Die Masterdiplomabschlüsse liegen über dem Budget (+2.0%) und dem Wert des Vorjahres (+0.5%). Das höchste Wachstum liegt im Bereich Chemie und Life Sciences mit einem Zuwachs von 22 Masterdiplomabschlüssen. Der höchste Rückgang liegt im Bereich Wirtschaft und Dienstleistungen mit 51 Masterdiplomabschlüssen weniger als im Vorjahr.
- W3 Im Vergleich zum Vorjahr hat die Anzahl der Projekte in Forschung & Entwicklung mit 0.6% leicht, in Bezug auf die durchschnittlich pro Projekt akquirierten Drittmittel mit 6.4% deutlich zugenommen.

Entwicklungsschwerpunkte

	Stand	bis
9710 2a Entwicklung Standort Wädenswil (Gebäude RD)		
Am Standort Wädenswil besteht seit Jahren ein Erneuerungs- und Erweiterungsbedarf. Das vom Kantonsrat 2018 genehmigte Laborgebäude wurde im Berichtsjahr planmässig in Betrieb genommen.	Abgeschlossen	2023
9710 2b Teilnahme an Doktoratsprogrammen im Rahmen eines von Bund/Swissuniversities geförderten Programms		
In Zusammenhang mit der Entwicklung des dritten Zyklus an Fachhochschulen bekennt sich die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften zum Kooperationsmodell mit universitären Hochschulen und baut konsequent solche Kooperationsprogramme auf. Im Rahmen des Programms von Swissuniversities (P1-Doktoratsprogramme) werden während der BFI-Periode 2021–2024 PhD-Programme auf- und ausgebaut.	Planmässig	2024
9710 2c Die 2019 von der Hochschulleitung verabschiedete Nachhaltigkeitsstrategie wird umgesetzt		
Im November des Berichtsjahres wurde der erste Nachhaltigkeitsbericht veröffentlicht, in dem die Leistungen in den Bereichen Governance, Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Hochschulbetrieb für die Nachhaltigkeit seit 2017 dargestellt werden. Der Bericht zeigt eine gute Ausgangsposition und erste positive Trends. Konkrete Massnahmen evaluiert die Hochschulleitung im Detail, insbesondere im Bereich der Flugemissionen mit der Festlegung eines Reduktionspfades. Energiesparmassnahmen werden ebenso umgesetzt wie ein neues Verpflegungsangebot im Kontext des Caterer-Wechsels. Das projektbezogene Nachhaltigkeitsengagement von Studierenden und Mitarbeitenden (z.B. Sustainable Impact Program) nimmt zu, ebenso die Mitwirkung beim Zurich Knowledge Center for Sustainable Development.	Planmässig	2025

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

9710 2d Entwicklung und Umsetzung der strategischen Initiative «ZHAW Entrepreneurship»

Im Zentrum stand im Betriebsjahr ein Innovationswettbewerb mit gemischten Teams von Mitarbeitenden und Studierenden, woraus sechs Projekte zur Förderung des Entrepreneurial Mindsets entstanden sind. Um an Entrepreneurship Interessierte zusammenzubringen, wurden verschiedene Events mit Inspirationen von Serial Entrepreneurs, einem Homecoming Day für Alumni Startup Entrepreneurs oder Workshops für die Teams durchgeführt. Die Entrepreneurial Community konnte deutlich vergrößert werden, Kommunikationskanäle wurden geschaffen und die Umsetzung der Innovationsprojekte wird durch ZHAW Entrepreneurship begleitet.

Planmässig 2026

9710 2e Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich «gesellschaftliche Integration»

Die etablierten Netzwerke sind im täglichen Forschungsbetrieb präsent und in den Alltagsbetrieb übergegangen. Die Stärkung der Positionierung im breiten Themenbereich «gesellschaftliche Integration» erfolgt somit.

Planmässig 2025

9710 2g Umsetzung der Qualitätsstrategie

Der Schweizerische Akkreditierungsrat hat mit Entscheid und Schreiben vom 24. März bescheinigt, dass die Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften die Auflage zur Umsetzung der Policy Studentische Mitwirkung erfüllt und bestätigt die Akkreditierung bis 2027.

Die Überarbeitung der Qualitätsstrategie wurde im Berichtsjahr durchgeführt, die Verabschiedung durch die Hochschulleitung ist für das erste Quartal 2024 vorgesehen. In den Departementen wurden verschiedene Peer-Review- und andere Qualitätsverfahren und -prozesse durchgeführt. So wurden Programmakkreditierungen durchgeführt, Massnahmenumsetzungen weitergeführt und überprüft, Evaluationsprozesse überarbeitet und Studiengangrevisionen und -anpassungen in Angriff genommen oder weitergeführt. Die Review der Qualitätsstrategie ist eingeleitet.

Planmässig 2024

9710 2h Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 1)

Eine erste Teilverlagerung des Campus Technikumstrasse in die Eulachpassage für die Umsetzung der ersten Etappe, der bis in die 2040er-Jahre dauernden Sanierung und Erweiterung des Campus Technikumstrasse, ist erfolgt. Der Baubeginn für das erste der beiden neuen Laborgebäude ist ab Frühjahr 2024 vorgesehen, vorausgesetzt, dass die erwartete Baubewilligung Anfang 2024 erteilt wird.

Verzögert 2028

9710 2i Stärkung der Positionierung der ZHAW im Bereich Energie

Das ZHAW Energy Research Board war im Berichtsjahr weiterhin die Koordinationsstelle für alle Kompetenzen im Bereich der angewandten Energieforschung und -entwicklung. Auch im Berichtsjahr hat sich die Hochschule sehr erfolgreich bei den «SWEET»- und «SOUR»-Programmen des Bundesamtes für Energie eingebracht und Drittmittel eingeworben.

Die interne Finanzierung läuft Ende des Berichtsjahres aus und diese Expertengruppe wird sich voraussichtlich «ZHAW sustainable» anschliessen.

Abgeschlossen 2025

9710 2j Entwicklung Standort Wädenswil (Campus Reidbach und Campus Grüental)

Die Projektierungsarbeiten für eine erweiterte Nutzung der Shedhalle im Campus Reidbach sind abgeschlossen und der Baubeginn auf Sommer 2024 vorgesehen. Der Bezug ist für Mitte 2027 geplant. Während des vorgesehenen Umbaus der Shedhalle benötigt die Hochschule in Wädenswil Rochadeflächen. Im Campus Grüental werden bis 2024 verschiedene Instandsetzungsarbeiten im Bereich Gebäudetechnik und Mensa ausgeführt. 2024 wird das durch den Regierungsrat vorübergehend sistierte Varianzverfahren wieder aufgenommen, um den Raumbedarf am Standort mittel- und langfristig zu entwickeln und sicherzustellen. Zwischenzeitlich sind provisorische Erweiterungsflächen notwendig, um das fortschreitende Wachstum abzudecken.

Verzögert 2030

9710 2k Umsetzung der Strategie 2015–2025

Die Umsetzung der Strategie 2015–2025 wird mittels Jahres- und Mehrjahreszielen konkretisiert. Die Strategie wurde 2020 einer Review unterzogen, leicht angepasst und hat Gültigkeit. Die Arbeiten für die neue Strategieperiode wurden aufgenommen.

Planmässig 2025

9710 2l Strategische Initiative ZHAW digital (Umsetzung Strategie Bildung und digitale Transformation) sowie Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH)

Die strategische Initiative ZHAW digital fördert gemäss ihrem Auftrag die Bereiche Forschung und Bildung sowie die digitale Transformation an der Hochschule selbst. Dazu wurden an geeigneten Stellen der Hochschule Projekte finanziert, um diesen Wandel aktiv und mit bestehenden Strukturen voranzutreiben, sodass die Effekte nachhaltig überdauern können. Darüber hinaus vergibt ZHAW digital Mittel, um Personen und kleinere Vorhaben zu fördern, die einen übergeordneten Nutzen für die Gesellschaft oder die Hochschule stiften oder an relevanten Innovationen im Bereich der digitalen Transformation tätig sind. In Zusammenarbeit mit der DIZH werden Kooperationen mit anderen kantonalen Hochschulen ausdrücklich gefördert.

Planmässig 2029

9710 2m Entwicklung Campus Technikumstrasse Winterthur (Etappe 2)

In einer gemeinsamen Strategieentwicklung des Kantons, der Stadt Winterthur und der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften wurde eine Vision Wissensquartier Winterthur entwickelt, an der sich die einzelnen Hochschulentwicklungsprojekte orientieren. Die ZHAW/School of Engineering soll sich vom Kernareal Campus Technikumstrasse in Richtung Teuchelweiherplatz und in einer späteren Entwicklungsphase allenfalls auch weiter Richtung Süden entwickeln. Die Realisierung findet in verschiedenen, noch festzulegenden Etappen statt.

Verzögert 2030

9710 2n Entwicklungen im Rahmen von Open Science sowie Teilnahme an entsprechenden Initiativen und Programmen

Unter dem Begriff «Open Science» laufen schweizweit verschiedene Entwicklungen, bei denen sich die Hochschule aktiv einbringt. Sie treibt die Umsetzung der nationalen Open-Access- und Open-Research-Data-Strategie voran, bringt sich bei verschiedenen Projekten mit projektgebundene Beiträgen als Projektpartnerin oder -leiterin ein und engagiert sich auch bei Bestrebungen zu Open Innovation und Open Educational Resources. Die Hochschule ist in nationalen und internationalen Gremien im Bereich Open Science vertreten oder hat an einschlägigen nationalen und internationalen Konferenzen und Tagungen mit Fachbeiträgen teilgenommen.

Planmässig 2025

9710 2o Einführung Änderung der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschule (PVF) und Umsetzung des Personalentwicklungskonzepts einschliesslich Förderung von Frauen in Führungspositionen

Im Berichtsjahr wurden auf der Basis eines Umsetzungskonzepts für die Überführung der Mitarbeitenden mit transparenten Grundlagen 2650 Funktionen neu eingereiht. Die Kommunikation der alten und neuen Einreihung wurde im Dezember des Berichtsjahres abgeschlossen. Zudem wurden verschiedene Konzepte für die kostenneutrale Umsetzung zum Beispiel zu Funktionsbeschreibungen, Pauschalen sowie Weiterbildungs- und Forschungssemestern verabschiedet.

Planmässig 2024

9710 2p Konsolidierung und Ausbau der Studien- und Weiterbildungsangebote

Mit dem Re-Design für Anhangsgenehmigungen und Genehmigungen von Studienordnung in der Weiterbildung, wurden mit den Departementen die curriculare Weiterentwicklung (Individualisierung und Flexibilisierung), Zulassungsfragen und Kooperation durch Öffnung der Module über Departementsgrenzen hinweg, konkret angegangen.

Planmässig 2025

9710 2q Umsetzung der Lifelong-Learning-(LLL-)Strategie

Die Themen Micro Credentials und Open Digital Badges (Zertifizierung) wurden aufgegriffen und in der Hochschule diskutiert sowie pilotiert. Die Curricula wurden in zahlreichen Studiengängen durch selbstorganisiertes Lernen und transdisziplinäre Kompetenzen ergänzt. Die im Departement Angewandte Psychologie angesiedelte Lernakademie arbeitet an der individuellen Weiterbildung und durch die Hochschulallianz EELISA (European Engineering Learning Innovation & Science Alliance) werden all diese Anstrengungen europäisch vernetzt.

Planmässig 2028

9710 2r Räumliche Entwicklung Standort Zürich

In mehreren Schritten wurde ein Entwicklungskonzept erarbeitet, das mehrere Standortvarianten geprüft und bewertet hat. Die Angebote sollen sich künftig am Standort Hohlstrasse, in direkter Nähe zum Bahnhof Hardbrücke, sowie an der Lagerstrasse befinden.

Verzögert 2030

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	2660.6	2730.0	2737.2	7.2	0.3

Bemerkungen R23 zu B23

7.2 Der gewichtete Personalbestand liegt über Budget (+0.3%) sowie über Vorjahr (+2.9%). Die angespannte Personalsituation hat sich verbessert. Neben dem Nachholbedarf ist der Anstieg im Personalbestand auch dem Wachstum im Bereich anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung geschuldet. Die weitere Entwicklung ist abhängig vom Verlauf bei den Studierendenzahlen.

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9710

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	549.9	566.6	0.0	12.0	578.6	577.5	-1.1	-0.2
- Beiträge Bund	95.7	101.5	0.0	0.0	101.5	96.9	-4.6	-4.6
- Beiträge anderer Kantone	87.4	94.0	0.0	0.0	94.0	87.1	-6.9	-7.3
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	192.6	202.0	0.0	12.0	214.0	211.9	-2.1	-1.0
Aufwand	-549.9	-566.6	0.0	-12.0	-578.6	-576.8	1.8	0.3
Saldo	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.7	0.7	0.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.9					0.4	0.4	0.0
Ausgaben	-12.6	-24.0	0.0	-3.7	-27.7	-15.6	12.1	43.6
Saldo	-11.7	-24.0	0.0	-3.7	-27.7	-15.3	12.5	44.9

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
0.7		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
9.2	A1, A2	- Die durch die ZHAW kompetitiv erworbenen Projektbeiträge vom Bund liegen deutlich über Budget (+21.6%) und über Vorjahr (+7.4%). Gegenüber Vorjahr konnten vor allem die Beiträge der EU gesteigert werden (+3.1 Mio. Franken).
5.8	A1, A2	- Der Sachaufwand liegt über Vorjahr (3.0%) und unter Budget (-4.1%). Die Abweichung gegenüber Budget ist hauptsächlich auf die um 2.6 Mio. Franken niedrigeren Abschreibungen und der um 2.6 Mio. Franken niedrigeren Honorare externer Expertinnen und Experten zurückzuführen.
2.8	A1, A2	- Die Erträge aus internen Verrechnungen (Aus- und Weiterbildung, übrige Dienstleistungen usw.) von 16.8 Mio. Franken waren insgesamt zu tief budgetiert. Die Differenz zum Budget kommt vornehmlich aus einem höheren Auftragsvolumen mit kantonalen Einheiten.
-2.1	A1, A2	- Tieferer Kantonsbeitrag an die ZHAW hauptsächlich infolge der Veränderungen bei den Kreditübertragungen und der Finanzierung der Infrastruktur.
-4.0	A1, A2	- Der Personalaufwand lag um 0.9% über Budget und 5.5% über Vorjahr. Der Grund ist neben dem Personalwachstum vor allem die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022.
-4.6	A1, A2	- Die Beiträge des Bundes lagen unter Budget (-4.6%) und leicht über Vorjahr (+1.2%); Der Grund dafür ist, dass die Studierendenzahlen weniger stark gewachsen sind als geplant.
-6.9	A1, A2	- Die Beiträge anderer Kantone auf der Grundlage der Interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV) lagen unter Budget (-7.3%) und leicht unter Vorjahr (-0.4%). Der Grund dafür ist, dass die Studierendenzahlen weniger stark gewachsen sind als geplant und sich der Anteil der Zürcher Studierenden um 0.9 Prozentpunkte erhöht hat.
0.5		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.4	0.4	
- Übrige	0.0	0.4	0.4	
Ausgaben total	-27.7	-15.6	12.1	
- Die Ausgaben in der Investitionsrechnung ab dem Planjahr 2023 stehen im Zusammenhang mit der Entwicklung des Campus Technikumstrasse (Departement School of Engineering), der Entwicklung des Campus Wädenswil (Departement Life Sciences und Facility Management) sowie der räumlichen Entwicklung am Standort Zürich; vgl. Entwicklungsschwerpunkte 9710 2a, 2h, 2j, 2m, 2r. Es sind keine Einzelprojekte mit einem Gesamtvolumen von mehr als 20 Mio. Franken enthalten.			12.1	- Verzögerungen bei IT-Infrastrukturprojekten (Lieferverzögerungen bei Hardware-komponenten) und Bauprojekten (Ressourcenengpässe und exogene Faktoren). Für 2.5 Mio. Franken wurde eine Kreditübertragung beantragt.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung des Berichtsjahres der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften schliesst mit einem Ergebnis von Fr. 689'350.66 (Vorjahr Fr. 409'315.53) ab.

Das Kostenvolumen liegt im Berichtsjahr bei rund 577 Mio. Franken und damit 27 Mio. Franken (+4,9%) über dem Vorjahr. Der Rektor der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften beantragt den Gewinn dem Eigenkapital zuzuführen (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV): Einlage in die Forschungsreserve: Fr. 689'350.66

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9710

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	156.4	156.2	-0.2	-0.1
Finanzvermögen¹⁾	156.4	156.2	-0.2	-0.1
Flüssige Mittel	0.5	1.8	1.3	> 100.0
Forderungen	144.1	141.2	-2.8	-2.0
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	11.6	13.0	1.4	12.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.2	0.2	-0.0	-14.6
Anlagevermögen	44.5	45.8	1.3	2.9
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	44.5	45.8	1.3	2.9
Sachanlagen	41.7	43.6	1.8	4.4
Immaterielle Anlagen	2.1	1.6	-0.4	-21.0
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.6	0.5	-0.1	-20.3
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	200.9	202.0	1.1	0.6
Fremdkapital	-140.4	-140.8	-0.4	-0.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-138.4	-139.1	-0.7	-0.5
Laufende Verbindlichkeiten	-36.9	-35.1	1.8	4.8
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-78.3	-81.5	-3.2	-4.1
Kurzfristige Rückstellungen	-23.3	-22.6	0.7	3.0
Langfristiges Fremdkapital	-2.0	-1.7	0.3	14.8
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-1.5	-1.2	0.3	18.5
Langfristige Rückstellungen	-0.5	-0.5	0.0	2.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-60.5	-61.2	-0.7	-1.1
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-60.5	-60.5	-0.0	-0.1
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	-0.0	-0.7	-0.6	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-200.9	-202.0	-1.1	-0.6
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	156.4	156.2	-0.2	-0.1

9720 Zürcher Hochschule der Künste

Anfang des Berichtsjahres lancierte die Hochschulleitung den Strategiezyklus 2024ff. Unter Einbezug aller Anspruchsgruppen wurden Ziele, Stossrichtungen, Ambitionen, Werte und Handlungsfelder erarbeitet und verabschiedet. Die Leitlinien wurden im Dezember vom Fachhochschulrat genehmigt. Die über alle Abteilungen hinweg entstandene Expertise zum Thema künstliche Intelligenz prägte eine Reihe von Veranstaltungen. Ein Positionspapier und Merkblatt mit rechtlichen Vorgaben wurde vom Digitalrat in Zusammenarbeit mit allen Departementen und Organisationseinheiten entwickelt. Im Herbst nahmen 702 Studierende ihr Studium auf, davon 347 im neuen Major-Minor-Studienmodell, das etappenweise eingeführt wird. Das Bachelorstudium startete diesen Herbst, das Masterstudium folgt 2024. Durch diese Umstellung

muss die Hochschule Ressourcen einschliesslich Personal modularer und flexibler planen. Diese Veränderungen werden mit einem Sozialplan begleitet, der im Dezember vom Fachhochschulrat genehmigt wurde.

Die Administrativuntersuchung der Ballettausbildung an der Tanz Akademie Zürich wurde abgeschlossen. Die Aufsichtskommission und die Bildungsdirektion wurden im Dezember informiert. Die offizielle Kommunikation erfolgte am 9. Januar 2024 mit der Publikation des vollständigen Berichts. Ein im November von der Hochschulleitung erlassenes Evaluationsreglement regelt die Verfahren und Zyklen zur Lehr-evaluation in einem verbindlichen Qualitätskonzept und erfüllt eine Auflage des Schweizerischen Akkreditierungsrates.

Aufgaben

- A1 Diplomstudiengänge in den Fachbereichen Design, Musik, Theater und andere Künste auf Hochschulniveau, die dem Bundesrecht und dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung
- A3 Angebote im Nicht-Fachhochschulbereich (Museum, Künstlerische Vorbildungen Musik und Gestaltung [Propädeutikum] und Tanzakademie)

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	2095	2197	2099	-98	-4.5
L2	Studierende in Bachelorstudiengängen	A1	1159	1219	1176	-43	-3.5
L3	Studierende in Masterstudiengängen	A1	936	978	923	-55	-5.6
L4	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	23.9	22.8	16.9	-5.9	
L5	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	5.2	5.1	3.8	-1.3	
L6	Anteil anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	18.7	17.5	12.9	-4.6	
L7	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	0	0.2	0.2	0.0	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	43842	42015	44726	2711	6.5
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der ZHdK, in %	A1, A2	59.6	59.9	61.2	1.3	
B3	Beitrag des Bundes an die Kosten der Diplombildung (ohne Infrastruktur), in %	A1, A2	23.6	24.3	22.0	-2.3	
B4	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	58.6	61.7	55.7	-6.0	
W1	Bachelordiplomabschlüsse	A1	318	322	343	21	6.5
W2	Masterdiplomabschlüsse	A1	353	347	358	11	3.2
W3	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	57	60	43	-17	-28.3

Bemerkungen

L1, L2, Der Rückgang der Anzahl Studierender ist vor allem auf weniger Langzeitstudierende zurückzuführen.

L3

W3 Die Anzahl der Forschungsprojekte war stark rückläufig, dafür nimmt das Projektvolumen zu.

L4, L5, Der Anteil des erweiterten Leistungsauftrags ist gesunken infolge weniger Forschungsprojekte und aufgrund der höheren Initialisierungskosten im Diplombereich für die Einführung des Major-Minor-Studienmodells.

B2, B3 Durch den tieferen Beitrag des Bundes an die Diplombildung steigt der Anteil des Kostenbeitrags des Kantons.

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9720

- B4 Der Anteil der Kostendeckung ist gesunken durch die geplante Auflösung von Reserven für die Einführung des Major-Minor-Studienmodells (ausserordentliche Projektkosten, vgl. unter «Finanzierung»).
- B1 Die Kosten pro Studierende/n sind aufgrund des Rückgangs der Anzahl Studierender angestiegen.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9720 2b Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH; gemeinsam mit LG 7401 UZH, 7406 ZFH, 9600 UZH, 9710 ZHAW, 9740 PHZH)

Die DIZH-Aktivitäten der Hochschule waren durchgängig erfolgreich, insbesondere im Forschungscluster mit den Bereichen «Immersive Arts» und «Creative Economies», die sich national und international etabliert haben. Die DIZH-Brückenprofessur «Digital Cultures & Arts» wurde besetzt. Im Innovationsprogramm wurden Projekte erfolgreich abgeschlossen und neue gestartet, während das Programm Digital Skills & Spaces digitale Kompetenzen fördert. Die Kooperation mit Partnerhochschulen stärkt das hochschulübergreifende Netzwerk im Digitalbereich.

Planmässig 2029

9720 2d Konzeption und Einführung von einer Major-Minor-Struktur im Lehrangebot

Die Implementierung der Major-Minor-Struktur ist mit dem Start des ersten Jahrgangs im Bachelorstudiengang im Herbstsemester planmässig erfolgt. Im Herbstsemester 2024/2025 starten der erste Masterstudiengang sowie die Minor-Angebote.

Abgeschlossen 2023

9720 2e Umsetzung der Änderung der Personalverordnung der Zürcher Fachhochschulen (PVF)

Die Umsetzung neuer Personalverordnung für die Zürcher Fachhochschulen bis am 1. August 2024 erfolgt planmässig.

Planmässig 2024

9720 2f Umsetzung der Strategie zur Integration von Forschung und Lehre entlang eines neuen Professorenstellenmodells, einer angepassten Organisationsstruktur und entsprechender Mittelallokationsprozesse

Das Konzept AP4 Forschungsfinanzierung für die zukünftige Gestaltung und Steuerung von Forschungsstrukturen wurde am 21. Juni des Berichtsjahres genehmigt. Das entsprechende Modell Forschungsfinanzierung befindet sich 2024 im Prozess der Entwicklung und in Umsetzung.

Verzögert 2023

9720 2j Umsetzung der Digitalisierungsstrategie für die Leistungsbereiche Lehre und Forschung sowie die Verwaltung

Alle Ziele der Teilstrategie Digitalisierung sind mit Massnahmen hinterlegt und werden planmässig umgesetzt. Das Programm Digitales Arbeiten führte eine hochschulweite Cloud-Lösung als Kollaborationsumgebung ein. Das Programm Digital Skills & Spaces setzte massgeschneiderte Angebote zur Kompetenzentwicklung um. Der Digitalrat bot Workshops zum Zukunftsdenken und neu ein aktives KI-Scouting an, um die rasanten Entwicklungen in diesem Bereich aktiv zu erproben und zu reflektieren. Die nationale und internationale Vernetzung wurde aktiv gepflegt.

Abgeschlossen 2023

9720 2k Integration der durch projektgebundene Beiträge des Bundes (PgB) mitfinanzierten Doktoratsprogramme

Die Programme werden in Nachfolgeformaten fortgeführt und weiterentwickelt, nachhaltige Strukturen für das «PhD Center ZHdK» werden gefestigt. Die Finanzierung wird in den Entwicklungsschwerpunkt 9720 2f «Umsetzung der Strategie zur Integration von Forschung und Lehre» integriert.

Planmässig 2024

9720 2l Implementierung neuer Strategiezyklus 2024–2028

Anfang des Berichtsjahres lancierte die Hochschulleitung die Erarbeitung eines neuen Strategiezyklus 2024ff. Unter Einbezug aller Anspruchsgruppen wurden Ziele, Stossrichtungen, Ambitionen, Werte und Handlungsfelder erarbeitet und verabschiedet. Die Leitlinien zur Strategie wurden im Dezember vom Fachhochschulrat genehmigt. 2024 werden Handlungsfelder formuliert, Ziele für Organisationseinheiten festgelegt und Arbeitspakete definiert.

Planmässig 2024

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
758.1	775.0	780.2	5.2	0.7

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9720

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	186.9	186.4	0.0	0.0	186.4	186.0	-0.4	-0.2
- Beiträge Bund	24.8	25.2	0.0	0.0	25.2	24.6	-0.6	-2.4
- Beiträge anderer Kantone	19.3	21.0	0.0	0.0	21.0	18.9	-2.1	-9.9
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion	111.5	111.7	0.0	0.0	111.7	113.8	2.1	1.9
Aufwand	-188.3	-186.4	0.0	0.0	-186.4	-192.9	-6.5	-3.5
Saldo	-1.4	0.0	0.0	0.0	0.0	-6.9	-6.9	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.1					0.1	0.1	0.0
Ausgaben	-4.7	-5.0	0.0	0.0	-5.0	-6.0	-1.0	-20.8
Saldo	-4.6	-5.0	0.0	0.0	-5.0	-5.9	-0.9	-18.4

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

-6.9 Abweichungen total R23 zu B23^{plus}

- 3.3 A1, A2, A3 - Tiefere Raumkosten (interne Verrechnung im Rahmen des Mietermodells) infolge nachträglicher Gut-schriften
- 2.1 A2, A3 - Höhere Einnahmen aus Drittmitteln für Forschung, Kursgelder Weiterbildung sowie Museumseintritte und -shop
- 2.1 A1, A2 - Höherer Kostenbeitrag des Kantons: Hauptsächlich Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszu-lage gemäss RRB Nr. 1259/2022 (+3.6), Berücksichtigung der Abweichungen im Rahmen des Mieter-modells (-1.9)
- 0.5 A1, A2, A3 - Tiefere Abschreibungen aufgrund zeitlich verzögerter Beschaffungen
- 0.6 A1, A2 - Tiefere Einnahmen vom Bund (geringere Anzahl Studierende)
- 1.1 A1, A2, A3 - Höhere Sachkosten und übriger Betriebsaufwand: Insbesondere IT Security und allgemeine IT, Admi-nistrativuntersuchung taZ
- 1.8 A1, A2, A3 - Höhere Instandhaltungskosten und Mietnebenkosten
- 2.1 A1 - Tiefere Einnahmen von anderen Kantonen im Rahmen der Interkantonalen Fachhochschulvereinba-rung (weniger ausserkantonale Studierende)
- 4.0 A1, A2, A3 - Höhere Personalkosten, hauptsächlich infolge Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
- 5.4 A1, A2, A3 - Ausserordentliche Projektkosten: Vor allem Projektaufwand und Sozialplan für das Major-Minor-Stu-dienmodell, DIZH, digitaler Arbeitsplatz, neue Personalverordnung
- 0.1 - Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Einnahmen total	0.0	0.1	0.1	
- Übrige	0.0	0.1	0.1	
Ausgaben total	-5.0	-6.0	-1.0	
- Übrige	-5.0	-5.0	0.0	

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbstständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder zur Deckung des Verlusts vor. Die Jahresrechnung der Zürcher Hochschule der Künste schliesst mit einem Verlust von Fr. 6918 148.63 (Vorjahr Verlust Fr. 1 405 662.12).

Das Jahresergebnis wirkt sich wie folgt auf die Reserven der ZHdK aus:

Entnahme für von der Rektorin bewilligte Projekte zulasten des Eigenkapitals Fr. 3353323: Projekt «Major-Minor», Forschungscluster DIZH, Bildungsförderung DIZH, Innovationsprojekte DIZH und digitaler Arbeitsplatz DAP, neue Forschungsfinanzierung, SER Projekte nPVF, Aurora). Entnahme für den vom FHR bewilligten Sozialplan Fr. 2036000. Entnahme für die Deckung des operativen Jahresverlustes Fr. 1 528 825.

Die Rektorin der Zürcher Hochschule der Künste beantragt, den Verlust von Fr. 6918148.63 dem Eigenkapital (einbehaltenene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV) zu belasten:

- Entnahme allgemeine Reserven Fr. 6068914.20
- Entnahme strategische Reserven Fr. 849234.43

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9720

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	25.7	18.6	-7.1	-27.5
Finanzvermögen¹⁾	25.7	18.6	-7.1	-27.5
Flüssige Mittel	0.2	0.1	-0.0	-17.4
Forderungen	21.9	15.1	-6.8	-31.2
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	3.6	3.4	-0.2	-5.6
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	25.1	26.8	1.7	6.6
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	25.1	26.8	1.7	6.6
Sachanlagen	24.2	25.9	1.7	7.1
Immaterielle Anlagen	0.2	0.3	0.1	36.7
Kurzfristige Darlehen	0.1	0.1	0.0	0.0
Langfristige Darlehen	0.6	0.5	-0.1	-20.3
Beteiligungen	0.0	0.0	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	50.8	45.4	-5.4	-10.7
Fremdkapital	-28.5	-30.0	-1.5	-5.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-25.6	-27.6	-1.9	-7.5
Laufende Verbindlichkeiten	-15.0	-13.9	1.1	7.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-6.0	-6.7	-0.7	-11.4
Kurzfristige Rückstellungen	-4.7	-7.0	-2.3	-49.2
Langfristiges Fremdkapital	-2.9	-2.4	0.4	14.9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-2.8	-2.4	0.4	14.0
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.0	0.0	44.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-22.3	-15.4	6.9	31.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-23.7	-22.3	1.4	5.9
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	1.4	6.9	5.5	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-50.8	-45.4	5.4	10.7
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	25.7	18.6	-7.1	-27.5

9740 Pädagogische Hochschule Zürich

Der Wunsch nach einem früheren Berufseinstieg prägte das Berichtsjahr der Pädagogischen Hochschule Zürich und damit verbunden die Weiterentwicklung ihrer Studienangebote. Im Teilzeitstudiengang Kindergarten- und Unterstufe können Studierende seit dem Berichtsjahr bereits nach abgeschlossenem Basisjahr offiziell in Teilzeit unterrichten. Studierende, die noch nicht in einer eigenen Klasse unterrichten möchten, profitieren fortan von einer intensivierten berufspraktischen Ausbildung.

Die Zahl der Studierenden blieb auf hohem Niveau nahezu unverändert, wenn auch die ambitionierten Ziele nicht ganz erreicht werden. Die Nachfrage nach Weiterbildungen und Beratungen fiel im Berichtsjahr mit rund 24500 Teilnehmenden 15% höher aus als im Vorjahr.

Die voranschreitende Digitalisierung und insbesondere die Künstliche Intelligenz prägten im Berichtsjahr die Diskussion rund um das Lehren und Lernen im gesamten Bildungsbereich. Entsprechend wurde das Thema auch bei den Weiterbildungsangeboten vorangetrieben und vertieft. Ebenso wurden die Weiterbildungsangebote dem Trend folgend weiter modularisiert und flexibilisiert. Mit aktuellen gesellschaftlichen Themen wie Künstliche Intelligenz, Bildungsgerechtigkeit, integrative Förderung oder Personen ohne Lehrdiplom setzten sich auch die Forschenden auseinander. Rund 100 Projekte und zahlreiche Forschungsveranstaltungen leisteten im Berichtsjahr einen wesentlichen Beitrag zu einer evidenzorientierten Weiterentwicklung der Lehrerinnen- und Lehrerbildung und zu einem zukunftsgerichteten Diskurs über Bildung, Schule und Unterricht.

Aufgaben

- A1 Praxisorientierte Diplomstudiengänge für die Lehrpersonenausbildung auf Hochschulniveau, die dem kantonalen Recht unterstehen
- A2 Anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung und weitere Dienstleistungsangebote mit dem Wissenstransfer zur Lehre zur Sicherstellung der Qualität sowie Weiterbildung

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ%
L1	Studierende gesamt	A1	3910	4092	3820	-272	-6.6
L2	Studierende Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	432	492	412	-80	-16.3
L10	Studierende Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterung)	A1	1723	1723	1729	6	0.3
L3	Studierende Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	963	1085	926	-159	-14.7
L4	Studierende Sekundarstufe II	A1	378	350	402	52	14.9
L12	Studierende Fachdidaktik (Master)	A1	132	150	133	-17	-11.3
L13	Studierende Facherweiterung	A1	271	292	219	-73	-25.0
L5	Studierende in den kantonalen Studiengängen (Fach-erweiterung kantonal, Zulassungsprogramm Fachdidaktikstudiengänge)	A1	12				
L6	Anteil erweiterter Leistungsauftrag gesamt (Weiterbildung, anwendungsorientierte Forschung & Entwicklung, Dienstleistungen) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	33.5	33.3	34.6	1.3	
L7	Anteil Weiterbildung (CAS, DAS, MAS) an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	9.1	8.7	9.9	1.2	
L8	Anteil anwendungsorientierter Forschung & Entwicklung an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	13.4	12.9	14.9	2.0	
L9	Anteil Dienstleistungen an den Gesamtkosten (ohne Infrastruktur), in %	A2	11.0	11.7	9.8	-1.9	
B1	Kostenbeitrag Kanton Zürich für Lehre, Forschung, Dienstleistung und Infrastruktur pro Studierende/n, in Fr.	A1, A2	28999	28400	30683	2283	8.0
B2	Anteil Kostenbeitrag Kanton Zürich am Gesamtumsatz der PHZH, in %	A1, A2	70.0	70.3	70.0	-0.3	
B3	Kostendeckung durch leistungsbezogene Einnahmen von Bund, Kantonen (FHV-Studiengeldern) und Privaten, in %	A1, A2	56.4	59.7	56.0	-3.7	
W10	Studienabschlüsse gesamt	A1		1220	1205	-15	-1.2
W11	Studienabschlüsse Eingangsstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1		190	164	-26	-13.7
W12	Studienabschlüsse Primarstufe (Bachelor, Stufenerweiterungsdiplom)	A1		430	361	-69	-16.0
W1	Lehrdiplomabschlüsse Eingangsstufe und Primarstufe	A1	551				
W2	Studienabschlüsse Sekundarstufe I (Bachelor, Master)	A1	181	300	292	-8	-2.7
W3	Studienabschlüsse Sekundarstufe II (Lehrdiplom)	A1	255	120	233	113	94.2

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9740

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
W6	Studienabschlüsse Fachdidaktik (Master)	A1	11	16	12	-4	-25.0
W8	Studienabschlüsse Facherweiterung (Facherweiterungsdiplom)	A1	140	164	143	-21	-12.8
W4	Zürcher Lehrdiplomabschlüsse (siehe L5 oben)	A1	5				
W5	Projekte Forschung und Entwicklung	A2	89	65	94	29	44.6

Bemerkungen

L5 Mit dem KEF 2023-2026 wurde der Indikator aufgehoben bzw. in L3 und L13 integriert.

Entwicklungsschwerpunkte

Stand bis

9740 2a Weiterentwicklung der Studiengänge Eingangsstufe, Primarstufe und Sekundarstufe I und Aufnahme von Veränderungen in der Gesellschaft und im Schulfeld. Alle Studiengänge sollen zu einem von der EDK anerkannten Lehrdiplom führen.

Die EDK-Anerkennung ist bei allen Studiengängen abgeschlossen und wurde in den Regelbetrieb überführt.

Planmässig 2024

9740 2c Aufbau und Weiterentwicklung der fachdidaktischen Kompetenzen als ein Schwerpunkt in der Lehre und Forschung. Weiterführung und Ausbau der Masterstudiengänge Fachdidaktik und der angewandten Forschung in den Fachdidaktiken mit Unterstützung des Bundes (projektgebundene Beiträge gemäss Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz [HFKG]).

Die Projekte laufen planmässig und die Ergebnisse werden laufend adaptiert.

Planmässig 2025

9740 2d Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH, Vorlage 5523)

Die einzelnen Projekte, insbesondere der Aufbau des Zentrums für Bildung und Digitalität schreiten planmässig voran. Die budgetierten Mittel wurden im Berichtsjahr vollständig ausgeschöpft.

Planmässig 2029

9740 2e Bereitstellung von zusätzlicher Infrastruktur (u.a. zusätzlicher Raum)

In Zusammenarbeit mit dem kantonalen Immobilienamt konnte zusätzlicher Raum in Zürich Oerlikon angemietet werden.

Planmässig 2027

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)

R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
621.0	650.6	633.0	-17.6	-2.7

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)		R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag		162.0	165.3	0.0	0.0	165.3	166.4	1.2	0.7
- Beiträge anderer Kantone		18.9	20.6	0.0	0.0	20.6	18.8	-1.8	-8.9
- Kostenbeitrag der Bildungsdirektion		113.6	116.2	0.0	0.0	116.2	117.3	1.0	0.9
Aufwand		-162.0	-165.3	0.0	0.0	-165.3	-167.4	-2.2	-1.3
Saldo		-0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	-1.0	-1.0	0.0
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)		R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen									
Ausgaben		-2.2	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-0.3	2.1	88.7
Saldo		-2.2	-2.4	0.0	0.0	-2.4	-0.3	2.1	88.7

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
-1.0		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.4	A1, A2	- Tiefere interne Verrechnungen im Rahmen des Mietermodells (Raumkosten und Nebenkosten)
1.0	A1, A2	- Höherer Kostenbeitrag des Kantons vor allem zum Ausgleich des Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-1.8	A1, A2	- Tieferer Beitrag im Rahmen der FHV aufgrund weniger Studierenden als budgetiert
-2.2	A1, A2	- Mehraufwand für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022
-0.4		- Übrige Abweichungen

Bemerkungen zur Investitionsrechnung

	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Begründungen
Ausgaben total	-2.4	-0.3	2.1	
- Ausstattung	-2.4	-0.3	2.1	- Der Bezug des neuen Standorts Leutschentower verzögert sich auf 2024.
- Übrige	0.0	0.0	0.0	

Zu konsolidierende Organisationen

Leistungsgruppe 9740

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 50 Abs. 3 FCV legen die selbständigen Anstalten dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht einen Antrag zur Verwendung des Gewinns oder Deckung des Verlusts vor.

Die Jahresrechnung 2023 der Pädagogischen Hochschule Zürich schliesst mit einem Verlust von Fr. 991 930.66 (Vorjahr: Verlust von Fr. 41 267.62).

Der Rektor beantragt, den Verlust von Fr. 991 930.66 den allgemeinen Reserven im Eigenkapital (einbehaltene Gewinne gemäss § 50 FCV) zu belasten.

- Entnahme allgemeine Reserve Fr. 991 930.66

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9740

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	29.7	29.8	0.1	0.3
Finanzvermögen¹⁾	29.7	29.8	0.1	0.3
Flüssige Mittel	0.7	0.1	-0.6	-89.1
Forderungen	26.6	26.7	0.1	0.3
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung	2.0	2.6	0.6	29.3
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.3	0.4	0.0	3.1
Anlagevermögen	3.9	3.1	-0.8	-20.8
Finanzvermögen¹⁾				
Finanzanlagen				
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	3.9	3.1	-0.8	-20.8
Sachanlagen	3.4	2.5	-0.9	-27.6
Immaterielle Anlagen	0.4	0.6	0.1	32.6
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	33.5	32.8	-0.7	-2.2
Fremdkapital	-19.8	-20.1	-0.3	-1.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-19.7	-20.0	-0.3	-1.3
Laufende Verbindlichkeiten	-5.7	-6.3	-0.6	-11.2
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-10.0	-9.6	0.4	3.8
Kurzfristige Rückstellungen	-4.1	-4.1	-0.0	-0.2
Langfristiges Fremdkapital	-0.1	-0.1	-0.0	-12.6
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen	-0.1	-0.1	-0.0	-12.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-13.7	-12.7	1.0	7.2
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-13.8	-13.7	0.0	0.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis	0.0	1.0	1.0	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-33.5	-32.8	0.7	2.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	29.7	29.8	0.1	0.3

9800 Legate

Aufgaben

A1 Vermächnisse Dritter zugunsten des Kantons oder seiner Anstalten. Die Verwendung der Mittel ist in der Regel vorgegeben, die bedachte Institution kann nur im Rahmen dieser Vorgaben darüber verfügen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	6.0	1.3	0.0	0.0	1.3	3.6	2.4	188.3
Aufwand	-7.7	-5.7	0.0	0.0	-5.7	-4.6	1.2	20.3
Saldo	-1.7	-4.5	0.0	0.0	-4.5	-0.9	3.5	78.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs.	A/E	Begründungen
3.5		Abweichungen total R23 zu B23^{plus}
2.4	A1	- Tiefere Übertragungen aus Legaten
1.0	A1	- Höhere Entnahmen aus Legaten
0.6	A1	- Wertsteigerung Wertschriften
0.5	A1	- Wertsteigerung Liegenschaften
0.3	A1	- Höhere Finanzerträge
-0.4	A1	- Höhere Wertberichtigungen Beteiligungen
-0.8	A1	- Höhere Beiträge an Gemeinwesen und Dritte
-0.1		- Übrige Abweichungen

Zu konsolidierende Organisationen Leistungsgruppe 9800

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	55.0	61.4	6.5	11.8
Finanzvermögen¹⁾	55.0	61.4	6.5	11.8
Flüssige Mittel	28.9	32.6	3.7	12.8
Forderungen	20.5	19.0	-1.5	-7.4
Kurzfristige Finanzanlagen	5.5	9.9	4.3	78.1
Aktive Rechnungsabgrenzung	0.1	0.1	-0.0	-30.4
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	36.3	28.7	-7.6	-20.9
Finanzvermögen¹⁾	36.3	28.7	-7.6	-20.9
Finanzanlagen	30.9	22.9	-8.0	-25.9
Sachanlagen	5.4	5.8	0.4	7.4
Forderungen gegenüber Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	91.3	90.1	-1.1	-1.2
Fremdkapital	-54.2	-54.0	0.2	0.3
Kurzfristiges Fremdkapital	-0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Laufende Verbindlichkeiten		-0.0	-0.0	
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.0	-0.0	-0.0	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen				
Langfristiges Fremdkapital	-54.2	-54.0	0.2	0.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-54.2	-54.0	0.2	0.3
Eigenkapital	-37.1	-36.1	0.9	2.6
Fonds im Eigenkapital	-37.1	-36.1	0.9	2.6
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-91.3	-90.1	1.1	1.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	91.3	90.1	-1.1	-1.2

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite)

Übersicht Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	2489.8	2518.9	0.0	0.0	2518.9	2656.6	137.7	5.5
Aufwand	-2537.5	-2527.4	0.0	0.0	-2527.4	-2725.1	-197.6	-7.8
Saldo	-47.7	-8.5	0.0	0.0	-8.5	-68.4	-59.9	-704.9
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	-1.5					3.5	3.5	0.0
Ausgaben	-182.9	-253.4	0.0	0.0	-253.4	-180.1	73.3	28.9
Saldo	-184.3	-253.4	0.0	0.0	-253.4	-176.6	76.8	30.3

9510 Universitätsspital Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Universitätsspital Zürich (USZG) verfolgt das Universitätsspital folgenden Zweck: Das Universitätsspital dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	1522.1	1570.1	0.0	0.0	1570.1	1633.6	63.4	4.0
Aufwand	-1550.4	-1558.1	0.0	0.0	-1558.1	-1668.5	-110.4	-7.1
Saldo	-28.3	12.0	0.0	0.0	12.0	-35.0	-47.0	-391.4
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Einnahmen	0.4					0.6	0.6	0.0
Ausgaben	-107.8	-181.3	0.0	0.0	-181.3	-123.0	58.3	32.2
Saldo	-107.4	-181.3	0.0	0.0	-181.3	-122.4	58.9	32.5

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 11 Abs. 3 Ziff. 5 des Gesetzes über das Universitätsspital Zürich (USZG, LS 813.15) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet nach § 9 Ziff. 6 USZG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2023 des Universitätsspitals Zürich (USZ) schliesst mit einem Verlust von Fr. 51 957 785 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 34 956 785.

Der Spitalrat des USZ hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2023 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das USZ dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom USZ bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9510

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	478.2	513.7	35.5	7.4
Finanzvermögen¹⁾	478.2	513.7	35.5	7.4
Flüssige Mittel	22.3	33.5	11.2	50.3
Forderungen	292.9	294.8	1.9	0.7
Kurzfristige Finanzanlagen	0.4	0.2	-0.2	-47.1
Aktive Rechnungsabgrenzung	156.4	179.5	23.1	14.7
Vorräte und angefangene Arbeiten	6.2	5.6	-0.5	-8.8
Anlagevermögen	932.2	990.0	57.8	6.2
Finanzvermögen¹⁾	70.5	87.3	16.8	23.9
Finanzanlagen	70.5	87.3	16.8	23.9
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	861.7	902.7	41.0	4.8
Sachanlagen	853.5	895.8	42.3	5.0
Immaterielle Anlagen	7.9	6.7	-1.2	-15.1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge	0.4	0.2	-0.2	-42.9
Total Aktiven	1410.4	1503.7	93.2	6.6
Fremdkapital	-609.2	-737.4	-128.2	-21.0
Kurzfristiges Fremdkapital	-391.2	-560.1	-168.9	-43.2
Laufende Verbindlichkeiten	-153.8	-171.4	-17.6	-11.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-151.9	-244.5	-92.6	-61.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-42.9	-60.6	-17.7	-41.2
Kurzfristige Rückstellungen	-42.6	-83.7	-41.1	-96.4
Langfristiges Fremdkapital	-218.0	-177.3	40.7	18.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-160.0	-160.0	0.0	0.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-7.8	-5.9	1.9	24.0
Langfristige Rückstellungen	-49.0	-0.6	48.4	98.8
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-1.2	-10.8	-9.6	> 100.0
Eigenkapital	-801.2	-766.3	35.0	4.4
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-316.9	-288.6	28.3	8.9
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-512.6	-512.6	0.0	0.0
Jahresergebnis	28.3	35.0	6.7	23.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-1410.4	-1503.7	-93.2	-6.6
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	548.7	601.0	52.3	9.5

9520 Kantonsspital Winterthur

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über das Kantonsspital Winterthur (KSWG) verfolgt das Kantonsspital Winterthur folgenden Zweck: Das KSW dient a) der überregionalen medizinischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23		
						Δ abs.	Δ %	
Ertrag	577.3	568.8	0.0	0.0	568.8	615.8	47.0	8.3
Aufwand	-601.4	-587.1	0.0	0.0	-587.1	-657.2	-70.1	-11.9
Saldo	-24.1	-18.3	0.0	0.0	-18.3	-41.4	-23.1	-126.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23		
						Δ abs.	Δ %	
Einnahmen	-1.9							
Ausgaben	-51.2	-43.5	0.0	0.0	-43.5	-37.6	5.9	13.7
Saldo	-53.1	-43.5	0.0	0.0	-43.5	-37.6	5.9	13.7

Antrag Verlustdeckung

Gemäss § 10 Abs. 3 Ziff. 5 des Gesetzes über das Kantonsspital Winterthur (KSWG, LS 813.16) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 Ziff. 6 KSWG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2023 des Kantonsspitals Winterthur (KSW) schliesst mit einem Verlust von Fr. 49 517 479 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Verlust nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 41 442 658.

Der Spitalrat des KSW hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresverlust 2023 dem Eigenkapital zu belasten. Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Verlust durch die freien Reserven (Eigenkapital) zu decken.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für das KSW dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen vom KSW bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9520

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	194.9	182.6	-12.3	-6.3
Finanzvermögen¹⁾	194.9	182.6	-12.3	-6.3
Flüssige Mittel	14.8	25.9	11.1	74.5
Forderungen	92.4	58.1	-34.3	-37.1
Kurzfristige Finanzanlagen	0.8	0.3	-0.5	-67.1
Aktive Rechnungsabgrenzung	79.0	89.7	10.7	13.5
Vorräte und angefangene Arbeiten	7.9	8.6	0.7	9.2
Anlagevermögen	495.7	506.8	11.2	2.3
Finanzvermögen¹⁾	24.3	32.4	8.1	33.3
Finanzanlagen	24.3	32.4	8.1	33.3
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	471.3	474.4	3.1	0.7
Sachanlagen	464.3	462.2	-2.1	-0.4
Immaterielle Anlagen	7.0	12.2	5.1	73.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen	0.1	0.1	0.0	0.0
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	690.6	689.5	-1.2	-0.2
Fremdkapital	-301.0	-341.3	-40.3	-13.4
Kurzfristiges Fremdkapital	-68.5	-94.1	-25.6	-37.4
Laufende Verbindlichkeiten	-36.7	-56.9	-20.2	-55.1
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.1	-0.1	-0.0	-4.1
Passive Rechnungsabgrenzung	-12.2	-7.8	4.4	36.0
Kurzfristige Rückstellungen	-19.4	-29.2	-9.8	-50.4
Langfristiges Fremdkapital	-232.5	-247.2	-14.7	-6.3
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-227.9	-242.8	-14.9	-6.5
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.9	-0.8	0.1	9.0
Langfristige Rückstellungen	-0.3	-0.2	0.1	19.6
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-3.5	-3.4	0.1	1.7
Eigenkapital	-389.6	-348.2	41.4	10.6
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-213.7	-189.6	24.1	11.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital	-200.1	-200.1	0.0	0.0
Jahresergebnis	24.1	41.4	17.3	72.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-690.6	-689.5	1.2	0.2
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	219.3	215.1	-4.2	-1.9

9530 Psychiatrische Universitätsklinik Zürich

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG) verfolgt die Psychiatrische Universitätsklinik folgenden Zweck: Die Psychiatrische Universitätsklinik dient a) der regionalen und überregionalen medizinisch-psychiatrischen Versorgung, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)								
Ertrag	277.4	267.7	0.0	0.0	267.7	290.6	22.9	8.6
Aufwand	-273.8	-265.6	0.0	0.0	-265.6	-283.2	-17.5	-6.6
Saldo	3.6	2.0	0.0	0.0	2.0	7.4	5.4	269.2
Investitionsrechnung (in Mio. Franken)								
Einnahmen						2.8	2.8	0.0
Ausgaben	-9.9	-17.4	0.0	0.0	-17.4	-9.8	7.6	43.8
Saldo	-9.9	-17.4	0.0	0.0	-17.4	-6.9	10.4	60.2

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 15 des Gesetzes über die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUKG, LS 813.17) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 8 lit. b PUKG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2023 der Psychiatrischen Universitätsklinik Zürich schliesst mit einem Gewinn von Fr. 7 408 599 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich ebenfalls auf Fr. 7 408 599.

Der Spitalrat der Psychiatrischen Universitätsklinik hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2023 vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die Psychiatrischen Universitätsklinik dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von der Psychiatrischen Universitätsklinik bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9530

Bilanz

Mio. Franken

	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	84.5	66.5	-18.0	-21.3
Finanzvermögen¹⁾	84.5	66.5	-18.0	-21.3
Flüssige Mittel	1.9	1.8	-0.1	-3.4
Forderungen	44.8	38.0	-6.8	-15.2
Kurzfristige Finanzanlagen	0.0	0.2	0.2	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	36.7	25.5	-11.2	-30.4
Vorräte und angefangene Arbeiten	1.2	1.0	-0.1	-11.5
Anlagevermögen	151.9	147.3	-4.6	-3.0
Finanzvermögen¹⁾	1.2	1.3	0.1	4.7
Finanzanlagen	1.2	1.3	0.1	4.7
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	150.7	146.1	-4.7	-3.1
Sachanlagen	147.1	142.7	-4.4	-3.0
Immaterielle Anlagen	3.6	3.4	-0.2	-6.2
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	236.5	213.9	-22.6	-9.5
Fremdkapital	-112.3	-82.3	30.0	26.7
Kurzfristiges Fremdkapital	-60.3	-33.9	26.4	43.7
Laufende Verbindlichkeiten	-48.0	-21.8	26.1	54.5
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-0.2	-0.2	-0.0	-3.0
Passive Rechnungsabgrenzung	-2.5	-1.5	0.9	38.0
Kurzfristige Rückstellungen	-9.7	-10.4	-0.7	-7.2
Langfristiges Fremdkapital	-52.0	-48.4	3.6	6.9
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-31.7	-31.5	0.2	0.7
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-8.8	-10.5	-1.7	-19.5
Langfristige Rückstellungen	-7.7	-0.2	7.5	97.2
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel	-3.8	-6.2	-2.4	-63.3
Eigenkapital	-124.2	-131.6	-7.4	-6.0
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	2.1	-1.5	-3.6	> 100.0
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-122.7	-122.7	0.0	0.0
Jahresergebnis	-3.6	-7.4	-3.8	> 100.0
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-236.5	-213.9	22.6	9.5
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	85.8	67.8	-17.9	-20.9

9540 Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland

Aufgaben

A1 Gemäss dem Gesetz über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG) verfolgt die Integrierte Psychiatrie folgenden Zweck: Die ipw dient a) der integrierten psychiatrischen Versorgung, insbesondere für die Regionen Winterthur und Zürcher Unterland, unterstützt b) die Forschung und Lehre der Hochschulen und unterstützt c) die Aus-, Weiter- und Fortbildung in Berufen des Gesundheitswesens.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Ertrag	107.1	111.1	0.0	0.0	111.1	113.1	2.0
Aufwand	-104.2	-110.8	0.0	0.0	-110.8	-111.6	-0.8	-0.7
Saldo	2.9	0.3	0.0	0.0	0.3	1.5	1.2	408.9

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtrags- kredite	Kreditüber- tragungen	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
	Einnahmen							
Ausgaben	-13.9	-11.2	0.0	0.0	-11.2	-9.8	1.5	13.1
Saldo	-13.9	-11.2	0.0	0.0	-11.2	-9.8	1.5	13.1

Antrag Gewinnverwendung

Gemäss § 14 des Gesetzes über die Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipwG, LS 813.18) verabschiedet der Spitalrat den Antrag zur Verwendung des Gewinns (bzw. Verlusts) zuhanden des Regierungsrates. Der Regierungsrat verabschiedet gemäss § 7 lit. b ipwG den Antrag zur Verwendung des Gewinns bzw. zur Deckung des Verlusts zuhanden des Kantonsrates.

Die Jahresrechnung 2023 der Integrierten Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland (ipw) schliesst mit einem Gewinn von Fr. 3414252.98 ab (Einzelabschluss nach Swiss GAAP FER). Der Gewinn nach den Rechnungslegungsvorschriften des Kantons (Handbuch für Rechnungslegung) beläuft sich auf Fr. 1526848.

Der Spitalrat der ipw hat zuhanden des Regierungsrates beantragt, den Jahresgewinn 2023 vollumfänglich dem Eigenkapital zuzuweisen.

Für die Deckung des zukünftigen Investitionsbedarfs ist der Aufbau von Reserven wesentlich.

Gestützt auf den Antrag des Spitalrates beantragt der Regierungsrat, den Gewinn gemäss § 50 Abs. 3 FCV in vollem Umfang dem Eigenkapital zuzuweisen.

Die Grundsätze zur Gewinnverwendung, wie sie in der Eigentümerstrategie für die ipw dargelegt sind, behalten für die kommenden Jahre ihre Gültigkeit und sollen von der ipw bei der Budgetierung berücksichtigt werden.

Zu konsolidierende Organisationen (ohne Budgetkredite) Leistungsgruppe 9540

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23 Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	65.8	51.0	-14.8	-22.5
Finanzvermögen¹⁾	65.8	51.0	-14.8	-22.5
Flüssige Mittel	25.9	2.2	-23.7	-91.3
Forderungen	16.5	23.3	6.9	41.7
Kurzfristige Finanzanlagen	0.1	4.2	4.1	> 100.0
Aktive Rechnungsabgrenzung	22.8	20.7	-2.0	-9.0
Vorräte und angefangene Arbeiten	0.5	0.5	-0.0	-6.1
Anlagevermögen	70.2	74.8	4.6	6.5
Finanzvermögen¹⁾	0.2	0.2	-0.2	-100.0
Finanzanlagen	0.2	0.2	-0.2	-100.0
Sachanlagen				
Forderungen gegen Fonds im Fremdmittel und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen	70.0	74.8	4.8	6.9
Sachanlagen	69.6	74.6	5.0	7.2
Immaterielle Anlagen	0.4	0.3	-0.2	-41.1
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	136.0	125.8	-10.2	-7.5
Fremdkapital	-74.1	-62.4	11.7	15.8
Kurzfristiges Fremdkapital	-22.1	-12.4	9.8	44.1
Laufende Verbindlichkeiten	-15.8	-5.1	10.6	67.4
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten				
Passive Rechnungsabgrenzung	-0.6	-1.3	-0.7	> 100.0
Kurzfristige Rückstellungen	-5.7	-5.9	-0.1	-2.4
Langfristiges Fremdkapital	-52.0	-50.0	1.9	3.7
Langfristige Finanzverbindlichkeiten	-49.1	-49.1	0.0	0.0
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	-0.9	-0.8	0.0	3.5
Langfristige Rückstellungen	-2.0	-0.1	1.9	94.9
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-61.9	-63.4	-1.5	-2.5
Fonds im Eigenkapital				
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV	-12.8	-15.7	-2.9	-22.3
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital und Reserven	-46.2	-46.2	0.0	0.0
Jahresergebnis	-2.9	-1.5	1.3	46.7
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-136.0	-125.8	10.2	7.5
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	66.0	51.0	-15.0	-22.7

Andere Organisationen

9200 Arbeitslosenkasse

Die Arbeitslosenkasse des Kantons Zürich zahlt neben den privaten Kassen die Leistungen der Arbeitslosenversicherung aus. Von der Arbeitslosenkasse werden Arbeitslosen-, Kurzarbeits-,

Schlechtwetter- und Insolvenzenschädigungen sowie kollektive und individuelle Arbeitsmarktmassnahmen (u. a. Ausbildungszuschüsse, Kursauslagen, Einarbeitungszuschüsse) ausbezahlt.

Indikatoren

Leistungsindikatoren (L), Wirtschaftlichkeitsindikatoren (B) und Wirkungsindikatoren (W)		Aufgabe	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
L1	Anzahl Abrechnungen Arbeitslosenentschädigung		109 797	220 000	82 321	-137 679	-62.6
B1	Verhältnis Verwaltungskosten / ausbezahlte Leistungen		3.0	4.0	4.2	0.2	5

Bemerkungen

L1 Aufgrund der viel tieferen Arbeitslosenquote sind die Zahlen der Abrechnungen viel stärker gesunken als zum Zeitpunkt der Budgetierung angenommen.

Personal

Personal (Beschäftigungsumfang)	R22	B23	R23	Δ abs.	Δ %
	151.7	150.0	123.1	-26.9	-17.9

Bemerkungen B23 zu R23

Aufgrund der Entspannung in der Abwicklung der Kurzarbeitsentschädigungen sowie der tieferen Arbeitslosenquote wurden weniger Personalressourcen benötigt als geplant. Der Abbau erfolgte im personalrechtlichen Rahmen.

Finanzierung

Erfolgsrechnung (in Mio. Franken)	R22	B23	Nachtragskredite	Kreditübertragung	B23 ^{plus}	R23	Δ abs.	Δ %
Ertrag	665.5	550.0	0.0	0.0	550.0	660.0	110.0	20.0
Aufwand	-652.1	-550.0	0.0	0.0	-550.0	654.5	104.5	19.0
Saldo	13.4	0.0	0.0	0.0	-0.0	-5.5	-5.5	-00.0

Investitionsrechnung (in Mio. Franken)	R21	B22	Nachtragskredite	Kreditübertragung	B22 ^{plus}	R22	Δ abs.	Δ %
Einnahmen								
Ausgaben								
Saldo								

Bemerkungen zur Erfolgsrechnung

Δ abs. A/E Begründungen

5.5 Abweichungen total R23 zu B23plus

– Vorschuss des Bundes ist höher als die effektive Abrechnung. Ausgleich erfolgt 2024.

Andere Organisationen 9200 Arbeitslosenkasse

Bilanz

Mio. Franken	per 31.12.2022	per 31.12.2023	Differenz R 22/23	
			Δ abs.	Δ %
Umlaufvermögen	27.0	32.8	5.8	21.5
Finanzvermögen¹⁾	27.0	32.8	5.8	21.5
Flüssige Mittel	5.1	4.0	-1.1	-21.6
Forderungen	21.9	28.8	6.9	31.5
Kurzfristige Finanzanlagen				
Aktive Rechnungsabgrenzung				
Vorräte und angefangene Arbeiten				
Anlagevermögen	0.2	0.1	-0.1	-50.0
Finanzvermögen¹⁾	0.2	0.1	-0.1	-50.0
Finanzanlagen				
Sachanlagen	0.2	0.1	-0.1	-50.0
Forderungen gegen Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Verwaltungsvermögen				
Sachanlagen				
Immaterielle Anlagen				
Kurzfristige Darlehen				
Langfristige Darlehen				
Beteiligungen				
Investitionsbeiträge				
Total Aktiven	27.2	32.9	5.7	21.0
Fremdkapital	-1.7	-2.0	-0.3	-17.6
Kurzfristiges Fremdkapital	-1.7	-2.0	-0.3	-17.6
Laufende Verbindlichkeiten		-0.4	-0.4	
Kurzfristige Finanzverbindlichkeiten	-1.0	-0.7	0.3	30.0
Passive Rechnungsabgrenzung				
Kurzfristige Rückstellungen	-0.7	-0.9	-0.2	-28.6
Langfristiges Fremdkapital				
Langfristige Finanzverbindlichkeiten				
Übrige langfristige Verbindlichkeiten				
Langfristige Rückstellungen				
Fonds im Fremdkapital und zweckgebundene Fremdmittel				
Eigenkapital	-25.5	-30.9	-5.4	-21.2
Fonds im Eigenkapital	-25.5	-30.9	-5.4	-21.2
Rücklagen				
Einbehaltene Gewinne gemäss § 50 Abs. 3 FCV				
Reserven aus Absicherungsgeschäften				
Dotationskapital				
Jahresergebnis				
Kumulierte Ergebnisse der Vorjahre				
Total Passiven	-27.2	-32.9	-5.7	-21.0
¹⁾ Total Finanzvermögen (FV)	27.2	32.9	5.7	21.0

Kreditübertragungen

Die Tabelle zeigt die Kreditübertragungen für verzögerte Vorhaben, die dem Kantonsrat mit dem Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht werden. Kann ein Vorhaben innerhalb der Rechnungsperiode nicht abgeschlossen werden, können die im Budgetkredit eingestellten, noch nicht beanspruchten Mittel auf die neue Rechnung übertragen werden (§ 25 Abs. 1 CRG).

- Eine Kreditübertragung ist höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budgetkredit einschliesslich Nachtragskrediten im Berichtsjahr und Kreditübertragungen aus dem Vorjahr sowie Rechnung der Leistungsgruppe zulässig (§ 20 Abs. 1 FCV).
- Die Vorgabe «Kreditübertragung höchstens im Umfang der Differenz zwischen Budget und Rechnung» gilt nicht nur für die Leistungsgruppe, sondern auch für das einzelne Vorhaben.

- Kreditübertragungen unterhalb von Fr. 50 000 je Vorhaben sind nur in Leistungsgruppen zulässig, deren Budgetkredit des Folgejahres nicht höher als Fr. 100 000 ist (§ 20 Abs. 2 FCV).
- Kreditübertragungen erhöhen das Budget des Folgejahres (§ 21 Abs. 3 FCV).

Insgesamt wurden 156 Kreditübertragungen (Vorjahr: 204) bewilligt, davon 36 in der Erfolgsrechnung mit insgesamt 38,8 Mio. Franken (Vorjahr: 84 Kreditübertragungen über 101,5 Mio. Franken) und 120 in der Investitionsrechnung mit insgesamt 280,8 Mio. Franken (Vorjahr: 120 Kreditübertragungen über 337,6 Mio. Franken).

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)
Leistungsgruppe

Total Erfolgsrechnung

2201 Generalsekretariat

Vorhaben: Ursache Verzögerung und Notwendigkeit der Übertragung

Kreditübertragung

-38 798 000

-1 000 000

Digitalisierungsprojekte: Abhängig von der Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie, verzögerte Einführung DAP (Digitaler Arbeitsplatz) und Migration Datacenter JI. Die mit Budgetbeschluss 2023 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Die benötigten Mittel für die Digitalisierungsprojekte wurden neu beurteilt und ein Teil der nicht ausgeschöpften Mittel wird als Kreditübertragung benötigt. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2024 bzw. müssten mittels Nachtragskredit beantragt werden.

ELEKTRA (elektronische Krankenakte): Verschiebung des Einführungstermins in der Pilotinstitution und damit verzögerter Rollout in weitere Institutionen. Die mit Budgetbeschluss 2023 bewilligten Mittel (0,8 Mio. Franken) wurden erst teilweise beansprucht. Sie wurden für 2024 nicht zusätzlich zu den budgetierten Mitteln gemäss RRB Nr. 762/2022 geplant.

-600 000

2241 Fachstelle Integration

Integrationsförderung Personen mit Status S: Die Integrationsförderung für die Geflüchteten aus der Ukraine setzte erst im dritten Quartal 2022 ein. Die Sozialdienste der Gemeinden mussten zuerst die nötigen Kapazitäten aufbauen, um die grosse Zahl Geflüchteter adäquat im Integrationsprozess begleiten zu können. Die mit Nachtrag zum Budget 2023 bewilligten kantonalen Mittel mussten bislang nicht beansprucht werden. Da sich die Kriegssituation noch nicht entspannt hat und für 2024 keine Mittel budgetiert wurden, wird die Kreditübertragung vorgenommen.

-6 324 000

3000 Generalsekretariat / Zentrale Vollzugsaufgaben und Rekursabteilung

Ablösung Fachapplikation (DS GeKo): Die Einführung des digitalen Arbeitsplatzes (DAP), der durch das Amt für Informatik (AFI) auf Sommer 2024 verschoben wurde, erfordert personelle Mittel, die für die Ablösung der Fachapplikation fehlten. Die Fachapplikation wird heute auf der HCL-Notes-Plattform betrieben, die mit Entscheid des AFI im Rahmen der Einführung des DAP abgelöst wird. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine finanziellen Mittel eingestellt.

-150 000

4100 Finanzverwaltung

Planungs- und Budgetierungstool (RRB Nr. 432/2023): Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Aufwandverschiebung. Das Projekt ist in der Realisierungsphase. Funktionalitäten, die im Berichtsjahr geplant waren, konnten nicht umfänglich realisiert werden. Im Budget 2024 sind nur Mittel für neue Funktionalitäten enthalten.

-711 000

Projekt eVorhaben (RRB Nr. 920/2023): Covid-19-Härtefallprogramm führte zu Aufwandverschiebung. Das Projekt ist in der Realisierungsphase. Funktionalitäten, die im Berichtsjahr geplant waren, konnten nicht umfänglich realisiert werden. Im Budget 2024 sind nur Mittel für neue Funktionalitäten enthalten.

-148 000

4400 Steuern Betriebsteil

Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungs- und Konzeptphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, das vorsieht, die Grobanforderungen zu identifizieren und die Grundlagen für die Vorhabenziele zu schaffen. Dies betrifft folgende Funktionalitäten: 1. Papierlose Erhebung von Steuern; 2. Integration der Gemeinden im Steuerverfahren; 3. Gemeinsames Register für alle Gemeinden und das kantonale Steueramt; 4. Anwendung intelligenter, digitaler Technologien. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten. Die Kreditübertragung ist für kurz- und mittelfristig für Digitalisierungsprojekte notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.

-1 657 000

Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, das vorsieht, die Grobanforderungen zu identifizieren und die Grundlagen für die Vorhabenziele zu schaffen. Dies betrifft folgende Funktionalitäten: 1. Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen; 2. Digitale Transformation, welche die Effizienz unserer Verwaltungsprozesse und die Qualität unserer Dienstleistungen erhöht. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.

-2 990 000

Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgese-

-1 030 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		hen, das vorsieht, die Grobanforderungen zu identifizieren und die Grundlagen für die Vorhabenziele zu schaffen. Dies betrifft die Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten.	
		Zusammenführung der Datenhaltungen des Kantons und der Gemeinden im Steuerbereich: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, das vorsieht, die Grobanforderungen zu identifizieren und die Grundlagen für die Vorhabenziele zu schaffen. Dies betrifft die Harmonisierung grosser Datenhaltungen im Steuerbereich. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten.	-818 000
		Projektierung, Initialisierungsphase Ersatzbeschaffung Online-Steuerklärung: Verzögerung wegen Repriorisierung in Richtung Zürikonto. Die Mittel waren für die Initialisierung des Vorhabens vorgesehen, das vorsieht, die Grobanforderungen zu identifizieren und die Grundlagen für die Vorhabenziele zu schaffen. Dieses Vorhaben wurde nicht gestartet und die benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten.	-360 000
4500	Personalamt	Einführung SAP-HCM-Standardlösung (Planwerte 2023 auf IA 450029320001/PC 450003000): Projektverlängerung aufgrund zusätzlicher Anforderungen und der hohen Komplexität sowie der damit verbundenen Einführung in zwei Wellen zu Beginn und im dritten Quartal 2025. Arbeiten des externen Beratungsunternehmens zur Entwicklung der neuen HCM-Plattform konnten im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden und müssen daher 2024 erfolgen. Im Budget 2024 sind keine Mittel dafür eingestellt.	-1 149 000
4620	IKT-Sicherheitsbeauftragter	Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie (RRB Nr. 676/2022): Aufgrund verzögerter Anstellungen infolge des Fachkräftemangels im Bereich der IT-Sicherheit konnten die Aufgaben erst verspätet begonnen werden. Die im Budget 2023 für die Umsetzung der Cybersicherheitsstrategie vorgesehenen Mittel konnten nur zu einem kleinen Teil verwendet werden. Diese Mittel sollen 2024 eingesetzt werden. Für diese Funktionen sind keine Mittel im Budget 2024 eingestellt.	-4 091 000
		Expertenpool für Umsetzung der Besonderen Informatiksicherheitsrichtlinie (BISR) in den Direktionen und der Staatskanzlei (RRB Nr. 1193/2020): Aufgrund verzögerter Anstellungen der Informationssicherheitsbeauftragten der Direktionen konnte mit den jeweiligen Umsetzungen erst verspätet begonnen werden. Die im Budget 2023 enthaltenen Informatiksicherheitsprüfungen in den Direktionen konnten nur zu einem kleinen Teil umgesetzt werden. Sie erfolgen 2024. Im Budget 2024 sind allerdings nur Mittel für weitere Direktionen vorgesehen.	-651 000
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Innovationspark Zürich Teilgebiet A und B: Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen führen zu verzögerter Umsetzung des Projekts. Der aus der Verzögerung entstehende Finanzbedarf für 2024 ist dort nicht budgetiert und kann nicht kompensiert werden.	-1 065 000
		Planung Innovationspark Zürich: Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen führen zu verzögerter Umsetzung des Projekts. Der aus der Verzögerung entstehende Finanzbedarf für 2024 ist dort nicht budgetiert und kann nicht kompensiert werden.	-1 410 000
		Einführung Customer-Relationship-Management-System: Das Projekt wurde Anfang 2023 priorisiert und die Finanzierung durch interne Budgetkompensation sichergestellt. Die Konzeptphase konnte mit einer internen Projektleitung durchgeführt werden. Die Realisierung verschiebt sich auf 2024, abhängig von der Beschaffung von Microsoft Dynamics durch das AFI. 2024 ist keine Budgetkompensation möglich. Ohne Mittel für die Realisierung im Jahr 2024 kann das Projekt nicht weitergeführt werden.	-650 000
		ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a), Laptops für Stellensuchende: Aufgrund sehr tiefer Arbeitslosigkeit ist die Anzahl Stellensuchender so tief wie seit 20 Jahren nicht mehr. Es konnten nicht so viele Laptops wie erwartet abgegeben werden. 2024 sind keine Mittel eingestellt und die Aufwendungen können im kantonsfinanzierten Teil der Leistungsgruppe Nr. 5300, Amt für Wirtschaft und Arbeit, nicht kompensiert werden.	-451 000
6000	Generalsekretariat	Totalrevision Gesundheitsgesetz: Die Totalrevision des Gesundheitsgesetzes war bereits eine Massnahme unter den Legislaturzielen 2019–2023. Aufgrund der Bewältigung der Coronapandemie musste die Revision zurückgestellt werden; sie wird in der neuen Legislaturperiode in Angriff genommen. Im Budget 2024 sind keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Eine Kompensation ist nicht möglich.	-356 000
6010	Amt für Gesundheit	Elektronische Bewilligungsprozesse gemäss RRB Nr. 462/2022 (eBeGe; Projekt aus dem Impulsprogramm Digitalisierung): Im Berichtsjahr wurde das Projekt plangemäss vorangetrieben, allerdings konnte der Rückstand aus dem Vorjahr (Verzögerung bei der Vergabe und Vakanz Projektleitung) nicht vollständig aufgeholt werden. Die Mittel werden für einen erfolgreichen Projektabschluss benötigt. Es handelt sich um Kosten für die Migration und Einführung, für die im Budget 2024 keine Mittel mehr eingestellt sind.	-350 000
7406	Zürcher Fachhochschule (Beiträge)	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW), Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH), Bildungsförderung: Das Competence Development Framework ist ein umfangreiches Vorhaben der ZHAW mit mehreren Einzelmassnahmen. Verzögert ist das Kernstück, die Entwicklung einer Lernplattform für personalisiertes Lernen einschliesslich Zertifizierung, die intern wie extern zugänglich ist. Insbesondere die Suche nach einer adäquaten technischen Lösung ist zeitaufwendiger als angenommen. Die aufgelaufenen Budgetmittel werden für den Aufbau des Competence Development Framework der ZHAW benötigt, um den Auftrag gemäss Vorlage 5523 zu erfüllen. Sie sind im Budget 2024 nicht eingestellt.	-50 000
		ZHAW, Sonderprojekte Lehre: Neben infrastrukturellen Projekten im Leistungsbereich Lehre wie beispielsweise Digitale Prüfungen, Moodle (Kursmanagementsystem und Lernplattform) oder das digitale Modulwahltool gibt es Projekte zur Weiterentwicklung des Angebots. Am Departement Gesundheit wird der Bachelorstudiengang Physician Associate aufgebaut, am Departement Linguistik stehen Curriculumsentwicklungen und Konzepte zu hybriden Lehrformen an und am Departement Life Sciences und Facility Management verzögern sich Projekte zur Stunden-/Raumplanung und Reorganisationsprojekte in der Lehre. Im Folgejahr sind keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		ZHAW, Sonderprojekte Infrastruktur & Systeme: Infrastrukturelle Themen erfordern den Grossteil der Kreditüberträge. Einerseits sind dies Projekte im Zusammenhang mit baulichen Vorhaben, die sich verzögern, namentlich Campus Reidsbach, Wädenswil, und Campus Technikumstrasse, Winterthur,	-396 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		oder auch übergeordnete, konzeptionelle Projekte wie Immobilienmanagement oder Umzugsplanungen. Andererseits sind viele IT-Projekte verzögert oder mussten zurückgestellt werden, beispielsweise Weiterentwicklungen von Evento (Schulverwaltungssoftware), HR-/Finanzsysteme und Nebentätigkeiten-Tool, Einführung von elektronischen Workflows/Digitalisierung von Prozessen (z.B. Ereignishandbuch oder im Bereich Hochschulbibliothek), der Ausbau strategischer IT-Services, IT-Sicherheit und Identity-/Access-Management, Application Centric Infrastructure oder Ablösung vom Tool HR-Zeugnis. Im Sinne einer kontinuierlichen Verbesserung sind verschiedene Projekte geplant, deren Umsetzung sich verzögern, beispielsweise die Serviceentwicklung im Bereich Finanzen & Services und Human Resources oder für verschiedene IT-Innovations-Vorhaben. Im Folgejahr sind keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		ZHAW, Sonderprojekte Forschung & Entwicklung: Im Leistungsbereich Forschung und Entwicklung sind verschiedene Projekte zeitlich verzögert und müssen 2024 fortgesetzt werden, darunter Projekte für Open Access / Research, EU-Projekte oder das Mandat «Leading House South Asia and Iran», aber auch Projekte zur übergeordneten Stärkung des Leistungsbereiches. Weiter ist das Projekt Cypher (Kompetenznetzwerk – Child and Youth Public Health Research) vom Departement Gesundheit zwar gut fortgeschritten, der Projektabschluss erfolgt aber erst 2024. Im Folgejahr sind keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		ZHAW, Sonderprojekte Strategie/Kundendienstleistungen/Compliance: Folgende übergeordnete strategische oder der Marktpositionierende dienende Projekte werden 2024 weiterverfolgt: Sonderthemen Kontext Digitalisierung, Diversity-/Gender Equality Management, Cloud Due Diligence, Mitarbeitende für die Zukunft / Einführung neue Personalverordnung, Servicemanagement Finanzen & Services, Risikoinformationssystem, Relaunch Corporate Identity und Design, Informationsmaterialbeschaffung Customer Relationship Management, Imagebroschüre ZHAW, Records-/Prozessmanagement, Personalmarketing und Querschnittprojekte. Weiter verzögern sich am Departement Soziale Arbeit die Projekte im Bereich Personalentwicklung und Optimierung von Prozessmanagement. Am Departement Architektur und Bauingenieurwesen verschieben sich Massnahmen im Rahmen der Organisation vom Departement ins Folgejahr. An der School of Engineering wird das Projekt zur Stärkung von strategischen Departmentsthemen 2024 weiterverfolgt. Am Departement Gesundheit verzögern sich Massnahmen im Bereich Programmstruktur in der Lehre und einer Marketingkampagne Pflege. Im Folgejahr sind keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
8300	Amt für Raumentwicklung	eBaugesucheZH – Volligital: Die Verspätung im Bereich der Rechtswicklung (Anpassung Planungs- und Baugesetz sowie Bauverfahrensverordnung) und die daraus resultierenden offenen Fragestellungen bezüglich der technischen Umsetzung haben zu einer deutlichen Verspätung bei den technischen Spezifikationen geführt. Die geplanten finanziellen Mittel konnten daher nur begrenzt ausgeschöpft werden. 2024 sind Fr. 50 000 budgetiert. Dieser Betrag reicht nicht aus, um die bereits vergebenen externen Aufträge zu decken, die für eine vollständige Digitalisierung und damit die erfolgreiche Umsetzung des Projekts notwendig sind.	-154 000
		Programm GIS-ZH 2020: Die Realisation der Projekte für das Geodaten-Portal «GIS-Browser 3» hat sich aufgrund eines erhöhten Entwicklung- und Implementierungsaufwands gegenüber dem Zeitplan verschoben. Die im Budget berücksichtigten Mittel in der Erfolgsrechnung konnten im Berichtsjahr deshalb nicht vollständig verwendet werden. 2024 sind in der Erfolgsrechnung Fr. 150 000 budgetiert. Dieser Betrag deckt die bestehenden Verpflichtungen gegenüber Lieferanten nicht ab, weshalb eine Kreditübertragung notwendig ist.	-68 000
		Aufbau Kantonaler Leitungskataster: Die budgetierten Mittel konnten aufgrund von Lieferverzögerungen bei Softwarekomponenten, der Neubeurteilung aufgrund der geänderten Sicherheitslage und weiterer Projektscheidungen im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft werden. Die im Berichtsjahr aktualisierte Projektplanung sieht für 2024 einen erhöhten Mittelbedarf bei der externen Geschäftsstelle und bei der eingesetzten Portalsoftware vor. Die für 2024 budgetierten Mittel von Fr. 255 000 reichen dafür nicht aus und erfordern eine Kreditübertragung.	-80 000
		Kantonales Geoinformationsgesetz: Kantonale Geodatenprodukte, GIS-ZH Luftbildpunkte 2023–2025: Die Befliegungen konnten aufgrund eingeschränkter Flugbewilligungen und schlechter Wetterverhältnisse nicht durchgeführt werden. Die im Budget und Projektplan eingestellten Mittel für die Bedürfnisabklärungen und Erstellung von Prototypen wurden deshalb nicht verwendet. Im Budget 2024 sind in der Erfolgsrechnung keine Mittel für dieses Projekt mehr vorgesehen. Die Verpflichtungen gegenüber den Lieferanten bleiben aber bestehen. Zur Deckung der Verbindlichkeiten im Jahr 2024 ist eine Kreditübertragung notwendig.	-118 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Abschreibungen auf Investitionsbeiträgen aus dem Förderprogramm Energie: Zeitlicher Versatz von Zusicherung zu Ausrichtung führt zu späterem Zeitpunkt des Abschreibungsbeginns. 2024 sind Fr. 7 925 717 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die Abschreibungen aus den bereits zugesicherten und geplanten Investitionsbeiträge abzudecken.	-1 902 000
		Offene Zusicherungen für Revitalisierung 2013–2019: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung und Ausrichtung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). 2024 sind Fr. 200 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die bereits zugesicherten und geplanten Beiträge auszurichten. Die Verpflichtungen gegenüber den Beitragsempfängern bleiben bestehen, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-329 000
		Festlegung Gewässerraum im Siedlungsgebiet (RRB Nr. 977/2016): Laufende Rechtsmittelverfahren. 2024 sind Fr. 1 100 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die mit dem Dienstleister eingegangenen geplanten Verpflichtungen abzudecken. Für eine erfolgreiche Weiterführung und Umsetzung des Projekts ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-678 000
		ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «Zugang zum Wasser» (Vorlage 5694a): Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Kreditreste diese Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen. Würde dieser Übertrag nicht stattfinden, fällt die Finanzierung dieses Projekts weg und das Projekt müsste umgehend abgebrochen werden.	-8 410 000

Kreditübertragungen

in Franken (- Aufwand/Investitionsausgaben) 8800	Amt für Landschaft und Natur	Überprüfung Bodenkarte im Gossauerried bezüglich prioritärer Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF): Verzögerung bei der Ausarbeitung der Submissionsunterlagen aufgrund zusätzlicher fachlicher Abklärung und Koordination mit Interessenvertretungen. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Aufgrund veralteter Karten muss das Bodenkartieren neu vorgenommen werden, hauptsächlich um den tatsächlichen Stand der Fruchtfolgeflächen (FFF) und prioritären Potenzialflächen für Feuchtgebiete (PPF) zu ermitteln sowie um aktuelle Planungsgrundlagen für die Gesamtplanungsgebiete beizustellen. Für die Umsetzung dieses Projekts ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-300 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Im November 2021 bewilligter Nachtragskredit, der über mehrere Jahre für Projekte im Bereich der Politikvermittlung verwendet wird. Die Umsetzung erfolgt mit den bestehenden Personalressourcen der Parlamentsdienste. Die Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.	-147 000
9071	Datenschutzbeauftragte	Informations- und Sensibilisierungsmassnahmen Datenschutz: Das Projekt wurde im Berichtsjahr tiefer priorisiert. Es sind im Folgejahr keine Mittel für das Projekt eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-55 000
Total	Investitionsrechnung		-280 841 000
1000	Regierungsrat und Staatskanzlei	Erneuerung KEF- und GB-Tools: Verschiebung des Projekts aufgrund zusätzlicher fachlicher Abklärungen. Der Projektstart ist für 2024 geplant. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurde im Budget 2024 nichts eingestellt.	-200 000
		Projekt Erneuerung ZHservices: Projektverzögerung im Berichtsjahr aufgrund Komplexität und zusätzlicher Funktionalitäten in den Basisfunktionen. Die Mittel werden für einen erfolgreichen Projektabschluss benötigt. Es handelt sich um Kosten für die zusätzlichen Funktionen. Die benötigten Mittel wurden im KEF 2024–2027 nicht eingestellt.	-500 000
2201	Generalsekretariat	Digitalisierungsprojekte: Abhängig von der Umsetzung der kantonalen IKT-Strategie, verzögerte Einführung DAP (Digitaler Arbeitsplatz) und Migration Datacenter J1. Die mit Budgetbeschluss 2023 bewilligten Mittel wurden nicht ausgeschöpft. Die benötigten Mittel für die Digitalisierungsprojekte wurden neu beurteilt und ein Teil der nicht ausgeschöpften Mittel wird als Kreditübertragung benötigt. Wird die Kreditübertragung nicht gewährt, fehlen die entsprechenden Mittel für die Arbeiten 2024 bzw. müssten mittels Nachtragskredit beantragt werden.	-1 000 000
		CR Business (Ersatz HR-Inkasso): Realisierung, Einführung SAP-Modul und Schnittstelle zu Fachapplikation, Ablösung des bisherigen Systems (End of Life): Konzept zur Anbindung der Fachapplikation an Kantonsapplikation SAP ist umfassender, die Realisierung ist verzögert gestartet. Die mit Budgetbeschluss 2023 bewilligten Mittel wurden 2024 nicht erneut budgetiert. Die Kreditübertragung ist notwendig, weil sonst die Mittel für die Arbeiten 2024 fehlen.	-300 000
2234	Fachstelle Kultur	Opernhaus Zürich AG, Bauvorhaben: Verzögerung Gesamtplanung infolge Einbezug der Bevölkerung im Dialogverfahren; Realisierung Überbrückungs-bau in spielfreier Zeit (Sommer 2024). Durch die Kreditübertragung können die Bauvorhaben finanziert werden. Im Budget 2024 sind keine Mittel geplant.	-8 863 000
3100	Kantonspolizei	Ersatzbeschaffung von Motorfahrzeugen: Aufgrund von Lieferschwierigkeiten verzögerte sich die Auslieferung der Motorfahrzeuge. Wegen intensiver Nutzung ist aus Sicherheitsgründen ein Ersatz unabdingbar. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-750 000
		Weiterentwicklung spezifischer ICT-Anwendungen im Polizei- und Justizzentrum (PJZ): Einzelne Weiterentwicklungen mussten aus Prioritätsgründen verschoben werden. Weiterentwicklung aufgrund der ausgewiesenen Bedürfnissen der Nutzenden im PJZ. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden im Budget 2024 keine Mittel dafür eingestellt.	-630 000
		Ersatzbeschaffung von zwei Wasserwerfern: Aufgrund des aufwendigen Produktionsverlaufs verzögern sich die Auslieferungen der beiden Wasserwerfer. Die seit rund 24 Jahren im Einsatz stehenden beiden Wasserwerfer müssen alters- und zustandsbedingt ersetzt werden. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-3 700 000
		Ersatzbeschaffung von in Motorfahrzeugen verbauten Geschwindigkeitsmessenanlagen (ESAT Speed): Die Ersatzbeschaffung dieses Spezialproduktes verzögert sich aufgrund der noch nicht vorhandenen zertifizierten Nachfolgeprodukte (Zertifizierung BAZL). Die heute eingesetzten Geschwindigkeitsmessenanlagen sind älter als zehn Jahre, der Unterhalt ist dadurch aufwendig und Ersatzteile sind teilweise nicht mehr erhältlich. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-2 000 000
		Ersatzbeschaffung von Schutzanzügen, Schutzhelmen und Ordnungsdienst-Ausrüstung: Die Ersatzbeschaffungen mussten aus Prioritätsgründen verschoben werden. Die Ersatzbeschaffungen sind einerseits für zusätzlich auszurüstende Front-Funktionäre und andererseits für Sicherheitsausrüstungen zwingend, deren vom Hersteller garantierter Schutz terminlich abläuft. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-850 000
		Ersatzbeschaffung des Personaleinsatzplanungssystems (PEP): Wegen Lieferschwierigkeiten verzögerte sich der Projektabschluss. Das Projekt ist zu wesentlichen Teilen umgesetzt. Der Projektabschluss erfolgt 2024. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-815 000
		Ersatzbeschaffung der mobilen Konferenz-ausrüstung bei der Kriminalpolizei: Die Ersatzbeschaffung musste aus Prioritätsgründen verschoben werden. Die heute eingesetzten Kommunikationsmittel sind technologisch veraltet und die Funktionalität kann mittelfristig nicht mehr sichergestellt werden. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-300 000
		Ersatzbeschaffung von Zubehör für Waffentragende: umfangreichere Vorbereitungsarbeiten (vor allem im Rahmen der gemeinsamen Ausschreibung mit der Stadt Zürich) als geplant. Die Ersatzbeschaffung des Zubehörs ist Grundlage für weitere Beschaffungen. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-950 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		Beschaffung SimLab («Virtuelle Realität» für die Ausbildung von Front-Funktionären): Wegen teilweise noch weiter zu konkretisierender Spezifikationen verzögert sich die Ausschreibung und damit auch die Beschaffung. Koordiniertes Beschaffungsverfahren zwischen der Kantonspolizei, der Stadtpolizei Zürich, dem Forensischen Institut Zürich (FOR) und der Zürcher Polizeischule (ZHPS) gemäss abgeschlossener Kooperationsvereinbarung für die Nutzung «Virtuelle Realität». In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-385 000
3200	Strassenverkehrsamt	Ablösung Kerngeschäftsfallapplikation «VIACAR» durch «CARI»: Die Softwareanpassungen bei der neuen Kerngeschäftsfallapplikation «CARI» durch den Lieferanten erfordern mehr Zeit als geplant und verzögern die Betriebsaufnahme. Die Zahlungen an den Lieferanten der neuen Kerngeschäftsfallapplikation «CARI» werden erst nach Vorliegen der erbrachten Leistungen und dem Erreichen der Meilensteine geleistet. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-7 080 000
3300	Migrationsamt	Erneuerung Fachapplikationen und Digitalisierung Bewilligungsverfahren: Umfangreichere Vorbereitungsarbeiten (vor allem im Rahmen der Ausschreibung) als geplant. Die Zahlungen an die Lieferanten für die Erneuerung der Fachapplikationen und die Digitalisierung der Bewilligungsverfahren werden erst nach Vorliegen der erbrachten Leistungen und dem Erreichen der Meilensteine geleistet. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-915 000
3500	Sozialamt	Mobiliar- und Kleinbeschaffungen, Winterthur: Die baulichen Verzögerungen an der Liegenschaft führten auch zu Verzögerungen bei den Beschaffungen. Im Rahmen der Gesamtsanierung sind auch Mobiliar- und Kleinbeschaffungen erforderlich. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine finanziellen Mittel eingestellt.	-170 000
		Ersatz der Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen: Der Ersatz der Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen (Abteilung Öffentliche Sozialhilfe) konnte wegen der starken Belastung im Bereich Asylwesen (vor allem hohe Zuwanderung, Ausschreibung Dienstleistungsverträge) nicht wie geplant umgesetzt werden. Die Fachapplikation Melde- und Abrechnungswesen ist altersbedingt zu ersetzen. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-500 000
		Verschiedene Weiterentwicklungen, insbesondere Fachapplikation für Zusatzleistungen sowie Abrechnungssoftware für Betriebsbeiträge im Behintertenbereich (ASBB): Die Einführung des digitalen Arbeitsplatzes (DAP), der durch das AFI auf Sommer 2024 verschoben wurde, erfordert personelle Ressourcen, die für die Ablösung der Fachapplikation für Zusatzleistungen (u.a. für Studie) fehlten. Aufgrund des personellen Ressourceneinsatzes im Rahmen des Selbstbestimmungsgesetzes fehlten diese bei der Umsetzung für die Aktualisierung der ASBB. Die Fachapplikation für Zusatzleistungen wird heute auf der HCL-Notes-Plattform betrieben, die mit Entscheid des AFI im Rahmen der Einführung des DAP abgelöst wird. Der Betrieb der Fachapplikation ASBB ist weiterhin sicherzustellen. In der Annahme, diese Projekte im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-180 000
		Ersatz und Weiterentwicklung Fachapplikation Tutoris: Der Ersatz der Fachapplikation Tutoris (Abteilung Asylkoordination) konnte wegen der starken Belastung im Bereich Asylwesen (vor allem hohe Zuwanderung, Ausschreibung Dienstleistungsverträge) nicht wie geplant umgesetzt werden. Die Fachapplikation Tutoris ist altersbedingt zu ersetzen. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden dafür im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-250 000
4100	Finanzverwaltung	Ablösung DipsIN (RRB Nr. 1128/2019): Aufgrund technischer Herausforderungen langsamere Einführung. MaxFlow ist weitgehend eingeführt. Nacharbeiten waren bereits im Budget 2023 enthalten, konnten aber nicht mehr umgesetzt werden. Im Budget 2024 sind dafür keine Mittel vorgesehen.	-280 000
		Investitionsprojekte des kantonalen Rechnungswesens: Die Projekte wurden im Berichtsjahr tiefer priorisiert. In der Annahme, diese Projekte im Berichtsjahr abzuschliessen, wurde im Budget 2024 nichts eingestellt.	-100 000
		Projekt Finanzierungsleasing: Das Projekt wurde im Berichtsjahr tiefer priorisiert. In der Annahme, die Studie zum Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurde im Budget 2024 nichts eingestellt.	-100 000
		Projekt E-Sachkonto-Eröffnung: Das Projekt wurde im Berichtsjahr tiefer priorisiert. In der Annahme, dieses Projekt im Berichtsjahr abzuschliessen, wurden im Budget 2024 keine Mittel eingestellt.	-50 000
4400	Steuern Betriebsteil	Neuausrichtung Verfahren und Hilfsmittel im Steuerbereich: Verzögerte Initialisierungs- und Konzeptphase aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die 2023 nicht umgesetzt werden konnten: Dies betrifft: 1. Papierlose Erhebung von Steuern natürlicher Personen; 2. Integration der Gemeinden im Steuerverfahren mit juristischen Personen; 3. Förderung von Anwendungen intelligenter, digitaler Technologien in FD-Amtsstellen in Pilotprojekten. Die Mittel dafür sind nicht im Budget 2024 enthalten. Die Kreditübertragung ist notwendig, um den Auswirkungen auf die Personalkosten infolge des (Bevölkerungs-)Wachstums und fehlender Effizienzmassnahmen entgegenzuwirken.	-8 353 000
		Laufender Ausbau der digitalen Arbeitsweise bei allen Beteiligten: Verzögerung beim Start des Vorhabens aufgrund von Abhängigkeiten von anderen strategischen Massnahmen des Kantons (insbesondere Zürikonto und ZHservices). Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die 2023 nicht umgesetzt werden konnten. Dies betrifft die Ablösung konventioneller Papierwege und Schnittstellen auf Basis von Erfahrungen in ZüriPrimo, wie beispielsweise Online-Steuererklärung, Workflowsysteme, Quellensteuerprozess, Gemeinderegister. Die Mittel dafür sind nicht im Budget 2024 enthalten. Die Kreditübertragung ist für die Erfüllung der Digitalstrategie notwendig.	-4 160 000
		Anpassung der Prozesse und Organisationen im Steuerbereich: Verzögerungen von Vorhaben aufgrund von Abhängigkeiten wesentlicher Entwicklungen im Umfeld der nachhaltigen und langfristigen Ausrichtung auf die Digitalisierung der Gesellschaft, diese abgeschlossen sind und nutzbare Grundlagen bekannt sind. Die Kreditübertragungen erfolgen für Funktionalitäten, die 2023 nicht umgesetzt werden konnten. Diese betreffen: 1. Digitale ID; 2. Kantonale Einwohnerplattform; 3. Zürikonto. Die dafür benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten.	-560 000
		Diverse Ersatzbeschaffungen Hard- und Software: Lieferverzögerungen bei Hard- und Software. Die Kreditübertragungen erfolgen aufgrund von	-140 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		Lieferverzögerungen bei Netzwerkkomponenten. Die für die Beschaffungen benötigten Mittel sind nicht im Budget 2024 enthalten.	
4610	Amt für Informatik	Redesign SAP-Systeme Finanzen- und Rechnungswesen/zusätzliche Nutzung SAP-Systeme, Lizenzzukauf, Nachlizenzierung: Die Lizenzbereinigung mit der SAP (Schweiz) AG wurde im gegenseitigen Einvernehmen aufgrund der Einführung der neuen SAP HCM-Lösung auf 2024 und der damit verbundenen Lizenzmigration verschoben. Ausgehend von der aktuellen und geplanten SAP-Nutzung waren im Berichtsjahr zusätzliche Lizenzen eingeplant, aber noch nicht beschafft. Diese werden im Folgejahr benötigt, sind aber nicht im Budget 2024 enthalten.	-1 175 000
		IKT-Programm (Digitaler Arbeitsplatz [DAP], Unified Communication and Collaboration [UCC], Plattformen & Rechenzentren [PRZ]): Verzögerungen im Rollout führen dazu, dass sich die Investitionsausgaben für verschiedene Hard- und Software im Zusammenhang mit der zentralen IKT-Grundversorgung verzögern. Umsetzung IKT-Programm/-Strategie. Im Budget 2023 war der Rollout für die Direktion der Justiz und des Innern vorgesehen. Dieser konnte allerdings nur teilweise umgesetzt werden. Die Kosten dieses Rollouts sind deshalb in der Rechnung 2023 nicht vollumfänglich angefallen. Für den Rollout der verbleibenden Arbeitsplätze sind allerdings keine Mittel im Budget 2024 vorgesehen.	-5 712 000
		Benutzer- und Berechtigungsverwaltung (IAM: E-Gov) und Elektronischer Identifikationsnachweis (E-ID): Verschiebung aufgrund der Aufgabenanpassung im ZH-Projekt für den Elektronischen Identitätsnachweis (Verwendung des Behörden-Logins des Bundes [AGOV]). Einführung einer elektronischen Identität für Bürgerinnen und Bürger sowie Nutzende, die auf digitale Angebote vom Kanton zugreifen. Verschiedene im Budget 2023 enthaltene Funktionalitäten konnten nicht realisiert werden. Diese sind im Budget 2024 nicht enthalten.	-850 000
5300	Amt für Wirtschaft und Arbeit	Darlehen Wohnbauförderung: Der Zeitpunkt der Auszahlung hängt vom Projektfortschritt der Bauherren ab. Zwei verzögerte Auszahlungen im Umfang von rund 4,7 Mio. Franken fallen 2024 an und können nicht kompensiert werden.	-4 470 000
		Darlehen an den Innovationspark Zürich: Verzögerungen bei den Vertragsverhandlungen führten zu verzögerter Umsetzung des Projekts. Der zusätzliche Bedarf an Darlehen im Jahr 2024 aufgrund der Verzögerung der Vertragsverhandlungen kann im Budgetjahr 2024 nicht kompensiert werden.	-2 000 000
5920	Verkehrsfonds	Limmattalbahnhof: Kreditabrechnung erfolgt nach Projektabschluss. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-3 800 000
		Tram Affoltern (Planungsmittel): Projektierung verzögert sich leicht, Plangenehmigung des Bundes steht noch aus. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-4 500 000
		Verkehrsbetriebe Glattal, Stadtbahnverlängerung Flughafen – Kloten Industrie (Planungsmittel): Projektierung verzögert sich leicht, Plangenehmigung des Bundes steht noch aus. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-6 100 000
		Investitionen im Zubringerhaltestellen (Bushöfe): Projektierungen bei mehreren Gemeinden noch nicht so weit fortgeschritten wie erwartet. Aufgrund der auslaufenden Umsetzungsfrist des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) werden 2024 zahlreiche kommunale Projekte erwartet.	-2 000 000
		Verkehrsbetriebe Zürich, Trolleybuslinie 69: Plangenehmigungsverfahren des Bundes verzögert sich. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-500 000
		Verkehrsbetriebe Zürich, Trolleybuslinie 80: Plangenehmigungsverfahren des Bundes verzögert sich. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-1 100 000
		Verkehrsbetriebe Zürich, Trolleybuslinie 89: Projektierung wurde noch nicht ausgelöst. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-200 000
		Verkehrsbetriebe Zürich, Wendeschleife Rehalp: Erteilung des Leistungsauftrags ist noch nicht erfolgt. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-300 000
		Stadtbus Winterthur, Elektrifizierung Linien 5 und 7: Arbeiten im Rahmen der Ausführung verzögern sich gegenüber dem ursprünglichen Terminplan. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-7 100 000
		Aargau Verkehr AG, Doppelspurausbau: Plangenehmigungsverfahren des Bundes verzögert sich. Die im Berichtsjahr nicht ausgeschöpften Budgetmittel werden im Folgejahr benötigt, um den Projektfortschritt zu gewährleisten. Eine Kompensation mit bestehenden Budgetmitteln aus dem Jahr 2024 ist nicht möglich.	-700 000
6000	Generalsekretariat	Elektronische Bewilligungsprozesse gemäss RRB Nr. 462/2022 (eBeGe; Projekt aus dem Impulsprogramm Digitalisierung): Im Berichtsjahr wurde das Projekt plangemäss vorangetrieben, allerdings konnte der Rückstand aus dem Vorjahr (Verzögerung bei der Vergabe und Vakanz Projektleitung) nicht vollständig aufgeholt werden. Arbeiten an Umsystemen (insbesondere SAP und Geschäftsverwaltungssoftware) sind im Digitalisierungsportfolio der Gesundheitsdirektion zentral budgetiert worden. Da das Projekt eBeGe im Amt für Gesundheit eingeführt wird, sind die nicht verwendeten Budgetmittel zugunsten der Leistungsgruppe Nr. 6010, Amt für Gesundheit, zu übertragen. Die Mittel sind für die erfolgreiche Fertigstellung des Projekts unabdingbar. Im Budget 2024 sind in der Leistungsgruppe Nr. 6010, Amt für Gesundheit, keine Investitionsausgaben für Arbeiten an den Umsystemen eingestellt.	-590 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)
6010 Amt für Gesundheit

		Elektronische Bewilligungsprozesse gemäss RRB Nr. 462/2022 (eBeGe; Projekt aus dem Impulsprogramm Digitalisierung): Im Berichtsjahr wurde das Projekt plangemäss vorangetrieben, allerdings konnte der Rückstand aus dem Vorjahr (Verzögerung bei der Vergabe und Vakanz Projektleitung) nicht vollständig aufgeholt werden. Die Mittel werden für einen erfolgreichen Projektabschluss benötigt. Eine Kompensation mit den im Budget 2024 eingestellten Investitionsausgaben ist nicht möglich.	-256 000
		EFAS (einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen), Umstellung Rechnungskontrolle: Die Vorlage zu EFAS wurde erst Ende 2023 durch die eidgenössischen Räte verabschiedet. Das Vorprojekt zur Umsetzung der Vorlage wurde für 2024 lanciert. Im Budget 2024 sind lediglich Fr. 50 000 für das Vorhaben eingestellt. Die zusätzlichen Mittel aus dem Jahr 2023 sind für die erforderlichen Arbeiten nötig.	-178 000
6300	Somatische Akutversorgung und Rehabilitation	Darlehen für Neubau Kinderspital gemäss RRB Nr. 1185/2015: Aufgrund von Bauverzögerungen wurde noch nicht die gesamte Darlehenssumme abgerufen. Die restliche Darlehenssumme wird bis zum Bezug des Neubaus Ende 2024 abgerufen. Im Budget 2024 sind keine Investitionsausgaben eingestellt.	-54 518 000
7000	Bildungsverwaltung	Einführung der Bauprojektmanagement-Softwarelösung PROVIS in der Abteilung Bauten: Ressourcenknappheit führte zur Verzögerung bei der Softwareeinführung, weshalb die Kosten im Folgejahr anfallen werden. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2024 nicht erneut budgetiert.	-123 000
		Suppportunterstützung im Rahmen E-Vikariatsrapport (Volksschulamt): Der Pilot wurde auf einen ganzen Bezirk ausgeweitet, weil umfassende Erkenntnisse nötig sind, um den elektronischen Vikariatsrapport flächengreifend einzuführen. Verzögerung bei der Einführung des elektronischen Vikariatsrapports, weshalb die Kosten im Folgejahr anfallen werden. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2024 nicht erneut budgetiert.	-100 000
		Projekt neue Fachanwendungen der Fachstelle für Schulbeurteilung, Ablösung Dokumentenmanagementsystem (DocM) und Planungssystem (Plato): Die Studie des Projekts verzögerte sich aufgrund der Marktklärung und wurde erst Ende 2023 abgeschlossen. Verzögerung bei der Einführung der neuen Fachanwendung, weshalb die Kosten im Folgejahr anfallen werden. Das genehmigte Investitionsprojekt wurde 2024 nicht erneut budgetiert.	-200 000
7200	Volksschulen	Investitionsbeitrag Stiftung Kind & Autismus, Urdorf, Fahrzeuge: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung durch die beitragsberechtigte Sonderschule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-61 000
		Investitionsbeitrag Tanne, Schweiz. Stiftung für Taubblinde, Langnau a.A., Um-/Neubau: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung durch die beitragsberechtigte Sonderschule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-780 000
		Investitionsbeitrag Stiftung Schloss Regensberg, Regensberg, Ersatz Fensterläden / Sanierung Stützmauer: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung durch die beitragsberechtigte Sonderschule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-237 000
		Investitionsbeitrag Ilgenhalde, Fehraltorf, Ersatz Server: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung durch die beitragsberechtigte Sonderschule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-74 000
		Investitionsbeitrag Tanne, Schweiz. Stiftung für Taubblinde, Langnau a.A., Erneuerung Softwaresystem ERP (Enterprise Resource Planning): Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung durch die beitragsberechtigte Sonderschule und Ausrichtung des Investitionsbeitrags nach Prüfung der Abrechnung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-71 000
7306	Berufsbildung	Mittelschul- und Berufsbildungsamt, Ablösung der Schulverwaltungslösung für die Schulen der Sekundarstufe II (RRB Nr. 694/2022): 2021 wurde eine einheitliche Schulverwaltungslösung extern ausgeschrieben, der Zuschlag erteilt und die Arbeit aufgenommen. 2022 musste die Zusammenarbeit abgebrochen werden, die Ausstiegsverhandlungen laufen noch. Das Projektbudget wurde 2023 deutlich unterschritten, da noch keine neue Lieferantin gefunden ist. Die Neuausschreibung ist für Mitte 2024 geplant. Im Budget 2024 sind diese Kredite so nicht eingeplant und müssen daher zwingend übertragen werden.	-5 310 000
		Technische Berufsfachschule Zürich, Erneuerung audiovisuelle Infrastruktur (RRB Nr. 215/2023): Die budgetierten Mittel konnten aufgrund von Lieferverzögerungen bei audiovisuellen Medien im Berichtsjahr nicht ausgeschöpft werden. Es sind im Folgejahr keine Mittel für die Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-1 085 000
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Sanierung Altbau (RRB Nr. 45/2022): Lieferschwierigkeiten von Glaswaren und Haustechnikkomponenten, Einsprachen im Submissionsverfahren. Die Mittel sind zur Umsetzung des Vorhabens notwendig. Sie sind weder im Budget 2024 noch im KEF 2024–2027 enthalten.	-2 117 000
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Kinderheim Pilgerbrunnen (Neubau): Die Erteilung der Baubewilligung erfolgte erst im Berichtsjahr. Mit den entsprechenden Planungsarbeiten wurden begonnen und es wird mit einem Baubeginn 2024 gerechnet. Im Folgejahr sind keine Mittel für dieses Vorhaben eingestellt und eine Kompensation der Mittel ist nicht möglich. Ohne die Übertragung der Mittel kann der Investitionsbeitrag nicht erbracht und somit auch dem Urteil des Verwaltungsgerichts vom 3. Februar 2022 (VB.2021.00688) nicht gefolgt werden.	-11 008 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		Kinderheim Entlisberg (Instandsetzung): Am 24. Oktober 2023 wurden erste Unterlagen betreffend die Schlussrechnung eingereicht, die aber noch nicht vollständig sind. Das Gutachten des Hochbauamtes lag noch nicht vor, weshalb die Schlusszahlung nicht mehr im Berichtsjahr erfolgen konnte. Ein Abschluss im ersten Quartal 2024 wird angestrebt. Im Folgejahr sind keine Mittel für dieses Vorhaben eingestellt und eine Kompensation der Mittel ist nicht möglich. Ohne die Übertragung der Mittel kann der Investitionsbeitrag nicht geleistet werden.	-507 000
8000	Generalsekretariat	Ablösung der Lotus-Notes-Applikation «Geschäftskontrolle Bewilligungen»: Das Vorhaben steht in Abhängigkeit zur Realisierung des Projekts «eGeko Postlauf», das seinerseits verzögert war und statt im Sommer des Berichtsjahres erst Anfang 2024 eingeführt werden konnte. Im Budget 2024 sind keine Mittel für dieses Projekt eingestellt, weil sich die Verzögerung erst nach der Erstellung des KEF 2024–2027 abzeichnete.	-200 000
8300	Amt für Raumentwicklung	ObjektwesenZH: Die konzeptionelle Ausarbeitung der neuen eCH-Schnittstelle zwischen der Gebäudeversicherung (Datenherr/Domäne) und der Applikation «ObjektwesenZH» hat mehr Workshops benötigt als gedacht. Es mussten verschiedene neue fachliche und technische Abhängigkeiten geklärt und diskutiert werden, die sich aufgrund der neuen Infrastruktur ergeben werden. Die für 2024 budgetierten Fr. 300 000 decken die bereits vergebenen Aufträge zur Entwicklung der neuen eCH-Schnittstelle nicht ab. Da eine starke Abhängigkeit zu weiteren Schnittstellenerweiterungen besteht, ist eine Kreditübertragung notwendig, um den Ausbau der Plattform erfolgreich abschliessen zu können.	-668 000
		eBaugesucheZH – Volldigital: Die Verspätung im Bereich der Rechtsentwicklung (Anpassung Planungs- und Baugesetz sowie Bauverfahrensverordnung) und die daraus resultierenden offenen Fragestellungen bezüglich der technischen Umsetzung haben zu einer deutlichen Verspätung bei den technischen Spezifikationen geführt. Zudem gab es einen Wechsel im Bereich des Softwarelieferanten, um die operationellen Risiken innerhalb des Projekts zu minimieren. Die geplanten finanziellen Mittel konnten daher nur begrenzt ausgeschöpft werden. 2024 sind Fr. 400 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die bereits für 2024 vergebenen Aufträge zu decken, die notwendig sind, um alle technischen Anforderungen an die vollständige Digitalisierung erfüllen zu können. Die Kreditübertragung ist notwendig, um die Projektziele erfüllen zu können und die neuen rechtlichen Grundlagen einzuhalten.	-293 000
		Programm GIS-ZH 2020: Die Realisation der Projekte für das Geodaten-Portal «GIS-Browser 3» hat sich aufgrund eines erhöhten Entwicklungs- und Implementierungsaufwands gegenüber dem Zeitplan verschoben. Die im Budget berücksichtigten Mittel in der Investitionsrechnung konnten im Berichtsjahr deshalb nicht verwendet werden. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Die Verpflichtungen gegenüber Lieferanten bleiben bestehen, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-600 000
		Kantonales Geoinformationsgesetz: Kantonale Geodatenprodukte, GIS-ZH Luftbildpunkte 2023–2025: Die Befliegungen konnten aufgrund eingeschränkter Flugbewilligungen und schlechter Wetterverhältnisse nicht durchgeführt werden. Die im Budget und Projektplan eingestellten Mittel für die Befliegungen konnten deshalb nicht verwendet werden. 2024 sind Fr. 530 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die mit den Lieferanten eingegangenen Verpflichtungen, die für 2024 geplant sind, abzudecken. Für eine erfolgreiche Umsetzung des Projekts ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-480 000
8500	Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft	Entlastungsstollen Thalwil: Verfahrensbedingte Bauverzögerung durch Einsparungen. 2024 sind Fr. 28 700 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die mit dem Dienstleister eingegangenen geplanten Verpflichtungen abzudecken. Für eine erfolgreiche Weiterführung und Umsetzung des Projekts ist eine Übertragung der Mittel notwendig. Das Bauobjekt ist im Bau. Ein Baustopp würde Mehrkosten verursachen.	-42 000 000
		Beiträge im Zusammenhang mit dem kantonalen Förderprogramm Energie: Offene Zusicherungen für die im Berichtsjahr noch keine Leistung beim Empfänger erfolgt ist (Verschiebung Zusicherung bis Leistungserbringung dauert mehrere Monate bis drei Jahre). 2024 sind Fr. 14 500 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die bereits zugesicherten und geplanten Beiträge auszurichten. Die Verpflichtungen gegenüber den Beitragsempfängern bleiben bestehen, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-3 197 000
		Durchlaufende Investitionsbeiträge Abwasseranlagen: Projektverzögerungen bei den Beitragsempfängern (Abwasserreinigungsanlagen). 2024 sind Fr. 10 000 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die bereits zugesicherten und geplanten Beiträge auszurichten. Die Verpflichtungen gegenüber den Beitragsempfängern bleiben bestehen, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert. Es handelt sich um zugesicherte Bundessubventionen (Ausbau Abwasserreinigungsanlagen, Eliminationsstufe von Mikroverunreinigungen).	-6 328 000
		Offene Zusicherungen Revitalisierung und Hochwasserschutz 2013–2019: Zeitliche Unsicherheit zwischen Zusicherung, Realisierung und Ausrichtung führt zu zeitlichen Verschiebungen (Abhängigkeit von Dritten). 2024 sind Fr. 900 000 budgetiert. Diese Mittel reichen nicht aus, um die bereits zugesicherten und geplanten Beiträge auszurichten. Die Verpflichtungen gegenüber den Beitragsempfängern bleiben bestehen, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-864 000
		ZKB-Jubiläumsdividende zugunsten des Projekts «Zugang zum Wasser» (Vorlage 5694a): Nachtragskredit bewilligt im November 2021, der über rund zehn Jahre bis 2031 genutzt wird. Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen. Würde diese Übertragung nicht stattfinden, fällt die Finanzierung dieses Projekts weg und das Projekt müsste abgebrochen werden.	-35 640 000
8800	Amt für Landschaft und Natur	Mischwagen Frübüel: Lieferschwierigkeiten, erst 2024 lieferbar. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Der bestehende Mischwagen ist nur noch mit hohem Reparaturaufwand zu betreiben, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-50 000
		Ersatz Hühnerstall (Mobilen): Mobilen im Hühnerstall können erst nach Fertigstellung des Materialisierungskonzepts bestellt werden. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Der bestehende Stall ist nur noch mit Ausnahmegewilligung vom Veterinäramt in Betrieb mit Frist bis Ende 2024. Um die nötigen Auflagen zu erfüllen, ist eine Kreditübertragung in das Budget 2024 notwendig.	-150 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		Remontierung Reben: Lieferung des bestellten Pflanzmaterials verzögert sich. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Die bestehende Anlage ist veraltet und am Ende ihrer Lebenserwartung. Für die Umsetzung des Projekts ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-113 000
		Teleskopklader Frübüel: Maschinen- und Einzelkomponenten im Berichtsjahr nicht verfügbar. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Das vorhandene Modell hat seine Lebensdauer überschritten und verursacht nun hohe Reparaturkosten und die tägliche Einsatzsicherheit ist nicht mehr gewährleistet, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-140 000
		LKW MAN mit Holzladeaufbau und Anhänger: Engpass bei Zulieferteilen und aufwendige Fahrzeugkonfiguration. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Der vorhandene LKW ist nur noch mit hohem Reparaturaufwand zu betreiben, was eine Kreditübertragung in das Budget 2024 erfordert.	-480 000
		KI-Software: Aufgrund der vielfältigen Einsatzmöglichkeiten neuer Software wurden mehr Optionen als geplant vorgängig genau geprüft, um eine optimale und zukunftsgerichtete Nutzung zu ermöglichen. 2024 sind keine Mittel eingestellt. Es soll eine Verbesserung der Lernumgebung der Schulen durch einen KI-basierten Wissens-Coach, ein Werkzeug für Lehrpersonen und Lernende zugleich, um den Wissensstand gemäss Bildungsplan gewinnbringend aufzuzeigen, eingeführt werden. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist eine Übertragung der Mittel notwendig.	-200 000
8910	Natur- und Heimatschutzfonds	Instandsetzung Werkhof Pfäffikon: Der Kostenvoranschlag konnte infolge Verzögerung beim Planungsbüro nicht planmässig freigegeben werden, weshalb weiterführende Planungsarbeiten und Submission nicht durchgeführt werden konnten. Mittlerweile ist die Freigabe erfolgt und die weiteren Planungsschritte können nun aufgenommen werden. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen.	-675 000
9000	Kantonsrat und Parlamentsdienste	Verwendung der ZKB-Jubiläumsdividende (Vorlage 5694a): Im November 2021 bewilligter Nachtragskredit, der für das mehrjährige Projekt «Weg der Demokratie in Uster, Winterthur und Zürich» verwendet wird. Die Projektbearbeitung erfolgt mit den bestehenden Personalressourcen der Parlamentsdienste. Die Kreditreste dieses Nachtragskredits werden jährlich auf das Folgejahr übertragen.	-626 000
9030	Obergericht	Informatikinvestitionen für die Gerichte- und Notariate-Hardware (Realisierung Projektportfolio; Lifecycle Management): Lieferverzögerungen bei Hardware (Bildschirme). Der Restkredit wird 2024 benötigt, da die Lieferung mittlerweile erfolgt ist und im Budget 2024 keine entsprechenden Mittel eingestellt wurden.	-1 438 000
		Übertragung in das Verwaltungsvermögen der Gerichte und Gesamtinstandsetzung der Liegenschaft Florhofgasse 2: Der Liegenschaftsübertrag hat stattgefunden. Da die umzubauenden Büroräume infolge bewilligter Mehrstellen dringend benötigt werden, muss ein Provisorium bereitgestellt werden. Dies hat wiederum Abhängigkeiten zum Projekt Wengistrasse 30 vom Bezirksgericht Zürich. Im Projekt kommt es deshalb zu Verzögerungen. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Ein Teil des Restkredits wird daher benötigt.	-1 240 000
		Ersatz Alarmserverlösung: Aufgrund anderer Projekte standen beim Obergericht, Hochbauamt und Elektroplaner zu wenig Ressourcen zur Verfügung. Das Projekt verzögert sich daher. Der Restkredit wird 2024 benötigt, da die Arbeiten mittlerweile gestartet sind und im Budget 2024 keine entsprechenden Mittel eingestellt wurden.	-600 000
		Ersatz C-Lever (Schliesssystem): Es müssen 2024 weitere Komponenten für das Schliesssystem beschafft werden, das Projekt ist daher noch nicht abgeschlossen. Im Budget 2024 sind keine Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-85 000
		Verschiedene bauliche Massnahmen (Optimierung Heizungsanlage Liegenschaft Hirschengraben 13/15, Nutzung Abwärme Rechenzentrum und weitere bauliche Massnahmen): Verzögerungen aufgrund von Ressourcenengpässen bei Hochbauamt und Fächplanern. Die bereits durchgeführten Arbeiten sind ausserdem teilweise noch nicht zufriedenstellend, weshalb es Nachbesserungen braucht. Die Arbeiten werden 2024 weitergeführt, wobei im Budget nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt wurden, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Ein Teil des Restkredits wird daher benötigt.	-485 000
		Notnetz Elektrizitätswerke des Kantons Zürich: Ein Teil der Arbeiten muss mit einem anderen Unterhaltsprojekt koordiniert werden. Dies hat Auswirkungen auf die Terminfindung mit den jeweiligen Handwerkbetrieben. Die letzten Arbeiten fallen 2024 an, wofür noch Rechnungen eingehen. Im Budget 2024 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Ein Teil des Restkredits wird daher benötigt.	-90 000
9040	Bezirksgerichte	Gesamtinstandsetzung Liegenschaft Wengistrasse 30 (Bezirksgericht Zürich): Auf der Baustelle ist es zu Verzögerungen gekommen, da unerwartet zusätzliche Schadstoffe im Dach und an der Fassade gefunden wurden, die vor Beginn der Abbrucharbeiten saniert werden mussten. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-12 516 000
		Neubau Bezirksgericht Hinwil: Verzögerungen in der Behandlung aufgrund hoher Pendenzenlast in der beratenden Kommission für Planung und Bau des Kantonsrates. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Ein Teil des Restkredits wird daher benötigt.	-1 298 000
		PV-Anlage und EVAK-/Brandmeldeanlage Bezirksgericht Bülach: Die EVAK-/Brandmeldeanlage wurde installiert, jedoch folgen noch letzte Arbeiten und Rechnungen. Aufgrund anderer Projekte standen bei Gericht, Hochbauamt und Elektroplaner zu wenig Ressourcen zur Verfügung, und die Photovoltaikanlage konnte noch nicht fertiggestellt werden, wobei die Arbeiten gestartet sind. Das Projekt verzögert sich daher. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Ein Teil des Restkredits wird daher benötigt.	-165 000
		Erstaussstattung Neubau Bezirksgericht Meilen: Im Bauprojekt, das parallel beim Immobilienamt läuft (Mietermodell), kam es zu Verzögerungen. Die Möblierung verzögert sich daher ebenfalls. Im Budget 2024 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-222 000
		Anpassungsarbeiten an der städtischen Liegenschaft (Sicherheitsaspekte für den Gerichtsbetrieb und feuerpolizeiliche Auflagen): Ein Teil des	-640 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

		Mieterausbau konnte bereits umgesetzt und in Betrieb genommen werden. Die Arbeiten in einem weiteren Stockwerk dauern jedoch noch an. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	
		Möbelbeschaffung Bezirksgericht Horgen: Im Bauprojekt, das parallel beim Immobilienamt läuft (Mietermodell), kam es zu Verzögerungen. Die Möblierung verzögert sich daher ebenfalls. Im Budget 2024 sind für dieses Projekt keine Mittel eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-86 000
		Verschiedene bauliche Vorhaben am Bezirksgericht Zürich (EVAK-Anlage, Ersatz Schleusen, Ersatz Schliessanlage, Videoanlage Wengistrasse 28, bauliche Anpassungen im Haftbereich usw.): Die Arbeiten verzögern sich teilweise, weil sie mit der Gesamtinstandsetzung der Wengistrasse 28 koordiniert werden müssen, da die beiden Gebäude gemeinsam betrieben werden. Die Arbeiten dauern an. Im Budget 2024 sind nicht genügend Mittel für dieses Projekt eingestellt, um die Kostenverschiebung aufzufangen. Der Restkredit wird daher benötigt.	-60 000
9064	Sozialversicherungsgericht	Beschaffung Server: Wegen des Umzugs des Rechenzentrums des Sozialversicherungsgerichts (SVGer) infolge der Strommangellage musste dieses Projekt aus Kapazitätsgründen zurückgestellt werden. Um den Betrieb auch in Zukunft sicherzustellen, muss der Server nun definitiv 2024 ersetzt werden. Die Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel in das Jahr 2024 ist aus betrieblichen Gründen notgedrungen.	-130 000
		Planung Neubau SVGer: Der Planungsprozess verlängert sich infolge der Einsprachen gegen die Baubewilligung und infolge der Verzögerung bei der Beratung des Geschäfts in der Kommission für Planung und Bau aufgrund ihrer hohen Geschäftslast. Der Kantonsratsbeschluss wird neu voraussichtlich im Herbst 2024 erwartet. Um die Planungsphase trotzdem fortzusetzen und abschliessen zu können, musste der Planungskredit im Februar 2024 durch das SVGer bereits um 1 Mio. Franken erhöht werden. Auch mit der Übertragung der Fr. 580 000 wird es finanziell sehr knapp werden. Für die Fortsetzung und den Abschluss der Planungsphase ist die Übertragung somit unerlässlich.	-580 000
9350	Forensisches Institut Zürich	Ersatzbeschaffung Einsatzfahrzeuge: Zulieferprobleme beim Lieferanten führen zu verspäteten Fahrzeugauslieferungen trotz frühzeitiger Bestellung. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-170 000
		Fräsmaschine: Maschine und Einzelkomponenten sind im Berichtsjahr noch nicht vollständig verfügbar. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
9690	Zentralbibliothek	Sanierung Altbau (RRB Nr. 45/2022): Zeitliche Verzögerung aufgrund von Lieferschwierigkeiten von Glaswaren und Haustechnikkomponenten sowie Einsprachen im Submissionsverfahren. Die Mittel sind notwendig zur Umsetzung des Vorhabens. Sie sind im Budget 2024 nicht enthalten.	-2 646 000
9710	Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften	Ersatz und Ausbau IT-Infrastruktur (Serversysteme): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Hardwarekomponenten in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-200 000
		Human Resources; Ablösung HR-Zeugnis: Projektverzögerung aufgrund Projektrepriorisierungen im Kontext der verfügbaren ICT-Ressourcen für die Umsetzung. Das Beschaffungsgeschäft musste deshalb aus Ressourcen-gründen in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-75 000
		Human Resources; Ablösung Multiposting: Projektverzögerung aufgrund Projektrepriorisierungen im Kontext der verfügbaren ICT-Ressourcen für die Umsetzung. Das Beschaffungsgeschäft musste deshalb aus Ressourcen-gründen in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-75 000
		Hochschulbibliothek; E-Campus: Projektverzögerung aufgrund Projektrepriorisierungen im Kontext der verfügbaren ICT-Ressourcen für die Umsetzung. Das Beschaffungsgeschäft musste deshalb aus Ressourcen-gründen in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-60 000
		Facility Management; Entwicklung Campus Grüntal: Projektverzögerung bei der Nachnutzung der Laborflächen / Rochade von zwei Instituten des Departements Life Sciences and Facility Management. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-50 000
		ICT; Sommerausbauten Netzbereich: Projektverschiebung aufgrund zwingend notwendiger Projektrepriorisierung im Berichtsjahr (personelle Ressourcen, Projektrepriorisierung wegen Engpass bei den ICT-Umsatzkapazitäten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-150 000
		ICT; Beschaffungen Hardware (Data and Voice Communication/Netz): Lieferverzögerung beim Lieferanten. Die Geräte können erst im Frühling/Sommer 2024 geliefert werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-900 000
		Facility Management; Entwicklung Campus Reidbach: Der Bezug vom Laborgebäude RD hat im Berichtsjahr stattgefunden. Für 2024 stehen verschiedene nachträgliche Investitionen im Sinne von Nachbesserungen und Ergänzungen an. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-350 000
		Facility Management; Serviceentwicklung in Bezug auf Digitalisierung und Nachhaltigkeit: Aufgrund von Ressourcenengpässen und Abhängigkeiten	-250 000

Kreditübertragungen

in Franken
(- Aufwand/Investitionsausgaben)

zur ICT verzögert sich die Umsetzung von diesem Projekt. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	
Facility Management; Zusammenführung Campuscards: Aufgrund von Ressourcenengpässen und Abhängigkeiten zur ICT verzögert sich die Umsetzung von diesem Projekt. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-200 000
Umbau Toni-Areal / Neubezug Flächen Förlibuckstrasse: Projektverzögerung infolge Evaluationsprozess Neufächen. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-150 000
Hobelmaschine (Departement Architektur, Gestalten und Bauingenieurwesen): Aufgrund von nicht überbrückbaren Ressourcenengpässen im Departement Architektur, Gestalten und Bauingenieurwesen hat sich die Umsetzung zeitlich verzögert und musste in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-55 000
Umnutzung Kursraum (Departement Angewandte Linguistik): Aufgrund von nicht überbrückbaren Ressourcenengpässen im Departement Angewandte Linguistik hat sich die Umsetzung zeitlich verzögert und musste in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-121 000
Erweiterung High Performance Computing Data Center (Departement Life Sciences and Facility Management): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Hardwarekomponenten in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-124 000
Ersatz Geräte Lehre Zentrifuge (Departement Life Sciences and Facility Management): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Laborgeräte in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-72 000
Kaffeemaschinen (Departement Life Sciences and Facility Management): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Geräte in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-62 000
Grundausrüstung Biobasierte Rohstoffe (Departement Life Sciences and Facility Management): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Laborkomponenten in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-99 000
Pflanzenvitalität Monitoring mit Bodendaten/Tensiometer (Departement Life Sciences and Facility Management): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung der Messgeräte in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-150 000
Agri-PV-Anlage Grüental: Projektverzögerung aufgrund von umfangreichen baulichen Abklärungen zeitlich verzögert. Die Submission für die Photovoltaikanlage wurde 2023 durch das Departement Life Sciences und Facility Management erfolgreich abgeschlossen. Die Beschaffung kann aber erst erfolgen, wenn der Bau der Zuleitungen durch den Kanton bestätigt ist. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-120 000
Pilot Lernwelt (Departement Angewandte Psychologie): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Beschaffung der Spezialkomponenten für die Bürolernwelt im Departement Angewandte Psychologie. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-73 000
Aufbau Labor (School of Engineering): Projektverzögerung aufgrund von personellen Ausfällen im Studiengang. Das Beschaffungsgeschäft musste deshalb aus Ressourcengründen in das Jahr 2024 verschoben werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-62 000
Brennstoffaufbereitung (School of Engineering): Projektverzögerung aufgrund Verzögerung bei der Baubewilligung. Mit Ablauf der Rekursfrist im Frühling 2024 kann das Beschaffungsgeschäft im Jahr 2024 ausgelöst werden. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-81 000
Umstellung Arbeitsplatzkonzept (School of Management and Law): Wegen Lieferverzögerungen beim Lieferanten verschiebt sich die Lieferung des Mobiliars beim Departement School of Management and Law in den Frühling/Sommer 2024. Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-54 000
Information & Communication Technology-(ICT-)Sicherheitsprojekte: Projektverschiebung aufgrund zwingend notwendiger Projektpriorisierung im Berichtsjahr (personelle Ressourcen, Projektpriorisierung wegen Engpass bei den ICT-Umsetzungskapazitäten). Das Vorhaben hätte im Berichtsjahr abgeschlossen werden sollen. Es sind daher im Folgejahr keine Mittel für das Vorhaben eingestellt. Aus diesem Grund ist eine Kreditübertragung unerlässlich.	-300 000

Bewilligte Kreditüberschreitungen

Bewilligte Kreditüberschreitungen werden dem Kantonsrat im Geschäftsbericht zur Kenntnis gebracht (vgl. § 22 Abs. 3 CRG). Die Direktionen haben im laufenden Jahr zwölf Kreditüberschreitungen in der Erfolgsrechnung im Betrag von 178,0 Mio. Franken bewilligt. In der Investitionsrechnung wurden zwei Kreditüberschreitungen im Betrag von 41,1 Mio. Franken bewilligt.

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2023
Total	Bewilligte Kreditüberschreitungen		-219 066 474	
Total	Erfolgsrechnung		-177 997 314	
6200	Prävention und Gesundheitsförderung	Im Budget 2023 wurden aufgrund der schwierigen Planbarkeit keine Kosten für die Coronapandemie eingestellt. Der Kanton ist gestützt auf Art. 71 Bst. a des Epidemiengesetzes verpflichtet, die Massnahmen gegenüber der Bevölkerung oder einzelnen Personen zu tragen. Aufgrund der Bundesvorgabe wurde eine Kreditüberschreitung gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich. Weil die Impffzahlen tiefer als geplant ausfielen, musste die bewilligte Kreditüberschreitung nicht vollständig beansprucht werden.	-9 050 000	-5 839 056
6400	Psychiatrische Versorgung	Der Kanton trägt gemäss Art. 49a des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung 55% der Kosten für stationäre Hospitalisationen seiner Einwohnerinnen und Einwohner. Aufgrund des grossen Bedarfs mussten in der psychiatrischen Versorgung die Kapazitäten ausgebaut werden. Folglich zeichneten sich mehr stationäre Aufenthalte und damit höhere Kosten für den Kanton ab. Für die psychiatrische Versorgung wurde deshalb eine Kreditüberschreitung gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich. Aufgrund einer zu hohen Abgrenzung im Vorjahr wurde die Rechnung im Berichtsjahr entlastet und die bewilligte Kreditüberschreitung musste nicht vollständig beansprucht werden.	-8 100 000	-3 783 130
7000	Bildungsverwaltung	Mehraufwand aufgrund der Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022 und höhere Beiträge an Projekte und Organisationen der Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren (EDK) gemäss Budgetbeschlüssen der EDK-Ost vom 3. Juni 2022 und der Kommission der Departementssekretäre (DSK) vom 21. April 2022. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-2 112 346	-2 112 346
7200	Volksschulen	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-4 533 712	-4 533 712
7301	Mittelschulen	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-1 193 384	-1 193 384
7306	Berufsbildung	Mehraufwand aufgrund der im Budget nicht enthaltenen Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-7 310 658	-7 310 658
7401	Universität (Beiträge)	Der Beitrag an die UZH liegt um 16,28 Mio. Franken über Budget infolge nicht kompensierbaren Mehraufwands für die Teuerungszulage gemäss RRB Nr. 1259/2022. Dieser ist nicht im Budgetkredit der Leistungsgruppe enthalten. Die Beiträge für das Innovationsprogramm der Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen (DIZH) liegen um 10,58 Mio. Franken unter Budget. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-3 967 094	-3 967 094
7402	Sonstige universitäre Leistungen	Höherer Beitrag für Zürcher Studierende an ausserkantonalen Universitäten gemäss Interkantonaler Universitätsvereinbarung (IUV): Höherer Pro-Kopf-Beitrag und mehr Studierende. Die IUV schreibt die Abgeltung zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-3 032 335	-3 032 335
7407	Ausserkantonale Fachhochschulen und Höhere Fachschulen	Höherer Pro-Kopf-Beitrag und mehr Zürcher Studierende an ausserkantonalen FH und PH gemäss Interkantonaler Fachhochschulvereinbarung (FHV). Mehr Studierende an der Hochschule für Heilpädagogik (HfH). Die FHV bzw. das HfH-Konkordat schreiben die Abgeltungen zwingend vor. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. b CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-6 706 165	-6 706 165

Bewilligte Kreditüberschreitungen

in Franken; Abweichung: + besser / - schlechter Leistungsgruppe		Begründung	Bewilligte Kredit- überschreitung	Abweichung Rechnung vom Budgetkredit 2023
7501	Kinder- und Jugendhilfe	Die Kreditüberschreitung begründet sich insbesondere aus nachfolgenden zwei Sachverhalten: 1. Im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung fiel die Erhöhung von Rückstellungen im Zusammenhang mit der Kostentragung bei Platzierungen in Kinder- und Jugendheimen und der damit verbundenen Übernahme der Versorgertaxen durch den Kanton für inner- und ausserkantonale Platzierungen in beitragsberechtigten und in von der Interkantonalen Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) anerkannten Jugendheimen an: Rückforderungszeitraum 2006–2016 gestützt auf die Verwaltungsgerichtsurteile VB.2021.00365 und VB.2021.00376 vom 28. März 2022, Rückforderungszeitraum 2018–2021 gestützt auf das Verwaltungsgerichtsurteil VB.2020.00161 vom 1. Juli 2021. 2. Die zu erbringenden Leistungen im Bereich der ergänzenden Hilfen zur Erziehung gestützt auf das Kinder- und Jugendheimgesetz (KJG) führten zu Mehrkosten gegenüber dem bewilligten Budget. Zum einen infolge nicht erfolgter interdirektionaler Verschiebungen von Budgetmitteln, zum anderen infolge höherer Inanspruchnahme von Leistungen für sozialpädagogische Familienhilfen als erwartet. Detaillierte Werte sind aus dem Leistungsgruppenblatt zur Leistungsgruppe Nr. 7501, Kinder- und Jugendhilfe, ersichtlich. Die Kreditüberschreitung wurde gestützt auf § 22 Abs. 1 lit. a (Sachverhalt 2) und lit. c (Sachverhalt 1) CRG in Verbindung mit § 14 Abs. 2 FCV durch die Bildungsdirektion bewilligt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich (§ 22 Abs. 2 CRG).	-119 887 465	-119 887 465
8400	Tiefbauamt	Projektbezogene Mehrkosten in Strassenbauprojekten (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Ein Baustopp hätte zu massiven Mehrkosten geführt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich.	-5 722 609	-5 722 609
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Die Kreditüberschreitung ist auf die höheren Abschreibungen zurückzuführen (§ 22 Abs. 1 lit. e CRG). Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich.	-6 381 545	-6 381 545
Total	Investitionsrechnung (Investitionsausgaben)		-41 069 160	
8400	Tiefbauamt	Projektbezogene Mehrkosten in Strassenbauprojekten (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Ein Baustopp hätte zu massiven Mehrkosten geführt. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich.	-8 069 160	-8 069 160
8750	Liegenschaften Verwaltungsvermögen	Aufgrund von Leistungsabgrenzungen per Ende des Berichtsjahres bei Hochbauprojekten wurde der Budgetkredit überschritten (§ 22 Abs. 1 lit. a CRG). Eine Verzögerung von Bauprojekten wäre aber nicht infrage gekommen, weil das für den Kanton nachteilige Folgen gehabt und zu einer Verteuerung der Vorhaben geführt hätte. Eine Kompensation innerhalb der Leistungsgruppe war nicht möglich.	-33 000 000	-33 001 044

Definitionen und Konventionen

Der vorliegende Geschäftsbericht beruht auf den nachfolgend aufgeführten Definitionen und Konventionen.

Rechtsgrundlage	Grundlagen für den Geschäftsbericht bilden das Gesetz über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (OG RR, LS 172.1) und die Verordnung über die Organisation des Regierungsrates und der kantonalen Verwaltung (VOG RR, LS 172.11) sowie das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung (CRG, LS 611) und seine Ausführungserlasse Rechnungslegungsverordnung (RLV, LS 611.1) und Finanzcontrollingverordnung (FCV, LS 611.2). Als Regelwerk für die Rechnungslegung bestimmt § 3 RLV die International Public Sector Accounting Standards (IPSAS). Die Grundlage für den Beteiligungsbericht in der Beilage zum Geschäftsbericht Teil III bildet § 107 des Kantonsratsgesetzes (KRG, LS 171.1).
Politikbereiche	Alle Ziele werden in zehn Politikbereiche gegliedert: 1 Öffentliche Sicherheit, 2 Bildung, 3 Kultur, Sport und Freizeit, 4 Gesundheit, 5 Gesellschaft und soziale Sicherheit, 6 Verkehr, 7 Umwelt und Raumordnung, 8 Volkswirtschaft, 9 Finanzen und Steuern, 10 Allgemeine Verwaltung.
Leistungsgruppen	Der Regierungsrat teilt die vom Kanton erbrachten Leistungen in Leistungsgruppen ein (§ 11 Abs. 1 CRG). Er berücksichtigt dabei den Zusammenhang und den Umfang der einzelnen Leistungen sowie den organisatorischen Aufbau der Verwaltung (§ 11 Abs. 2 CRG).
Richtlinien der Regierungspolitik	Zu Beginn der Amtsdauer erstellt der Regierungsrat die Richtlinien der Regierungspolitik und bringt sie dem Kantonsrat zur Kenntnis. Die Richtlinien der Regierungspolitik geben Auskunft über die langfristigen Ziele des Kantons, die Legislaturziele des Regierungsrates und die Massnahmen zu deren Umsetzung (§ 1 Abs. 1 VOG RR). Sie sind in der Broschüre «Richtlinien der Regierungspolitik» veröffentlicht (siehe zh.ch/de/politik-staat/gesetze-beschluesse/richtlinien-der-regierungspolitik-2023-2027.html).
Langfristige Ziele	Die langfristigen Ziele ergeben sich aus der Verfassung und dem Gesetz (§ 1 Abs. 2 VOG RR). Sie gelten unbegrenzt und bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab. Sie werden mittels Aufgaben in den Leistungsgruppen umgesetzt.
Legislaturziele des Regierungsrates	Die Legislaturziele des Regierungsrates bilden die strategischen Schwerpunkte und Prioritäten des Regierungsrates für die laufende Legislaturperiode. Sie sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt aufgrund der von den Direktionen vorgeschlagenen neuen Legislaturziele und der Lagebeurteilung (§ 5 VOG RR). Die Direktionen setzen die Legislaturziele des Regierungsrates, die ihre Zuständigkeit betreffen, in ihren Zielen um (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele des Regierungsrates werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer des Politikbereichs, z. B. RRZ 6 für ein Legislaturziel des Regierungsrates im Politikbereich 6 Verkehr.
Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates sind Bestandteil der Richtlinien der Regierungspolitik (§ 1 Abs. 1 VOG RR) und werden damit vom Regierungsrat zu Beginn der Amtsdauer festgelegt. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates müssen handlungsorientiert sein (§ 5 Abs. 1 VOG RR). Für jede Massnahme gibt es eine oder mehrere zuständige Leistungsgruppen, die diese Massnahmen als Entwicklungsschwerpunkte umsetzen. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung RRZ und der Nummer für den Politikbereich, z.B. RRZ 8c für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 8 des Regierungsrates im Politikbereich 8 Volkswirtschaft.
Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Nachdem der Regierungsrat die Richtlinien seiner Regierungspolitik beschlossen hat, legen die Direktionen ihre Ziele für die Amtsdauer des Regierungsrates fest (§ 7 Abs. 1 VOG RR). Die Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden ebenfalls im Konsolidierten Entwicklungs- und Finanzplan (KEF) eingestellt (§ 7 Abs. 3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Legislaturziele der Direktionen werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. DS 1.2 für ein Legislaturziel der Sicherheitsdirektion im Politikbereich 1 Öffentliche Sicherheit.

Definitionen und Konventionen

Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei	Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen und der Staatskanzlei werden im KEF dargestellt (§ 7 Abs.3 VOG RR), somit wird auch im Geschäftsbericht darüber Bericht erstattet. Die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele der Direktionen werden von den zuständigen Leistungsgruppen als Entwicklungsschwerpunkte geführt. Sie werden nummeriert beginnend mit der Abkürzung der entsprechenden Direktion und der Nummer des Politikbereichs, z.B. BI 2.1b für eine Massnahme zur Umsetzung des Legislaturziels 2.1 der Bildungsdirektion im Politikbereich 2 Bildung.
Entwicklungsschwerpunkte	Für jede Leistungsgruppe werden die Entwicklungsschwerpunkte dargestellt (§ 12 Abs. 1 lit. d CRG). Entwicklungsschwerpunkte sind zeitlich befristete Vorhaben, die von den Leistungsgruppen umgesetzt werden. Darunter fallen sowohl die Massnahmen zur Umsetzung der Legislaturziele des Regierungsrates und der Direktion als auch eigene Vorhaben der Leistungsgruppen. Die Entwicklungsschwerpunkte werden immer mit einer Jahreszahl versehen, bis wann sie zu erledigen sind.
Aufgaben	In der Rubrik Aufgaben werden die unbefristeten Aufgaben pro Leistungsgruppe abgebildet, die sich aus den gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Grundlagen ergeben. Sie dienen der Umsetzung der langfristigen Ziele. Die Aufgaben bilden die gesamte kantonale Tätigkeit ab.
Indikatoren	Für die wichtigsten Aufgaben einer Leistungsgruppe werden Indikatoren bestimmt (§ 7 Abs. 1 FCV). Die Indikatoren sind Beurteilungskriterien zu den angestrebten Wirkungen und Leistungen (§ 12 Abs. 1 lit. b CRG). Es gibt drei Kategorien von Indikatoren: <ul style="list-style-type: none">– Leistungsindikatoren zeigen die Menge der im Rahmen der Aufgabenerfüllung zu erbringenden Leistungen. Dabei ist für jeden Indikator anzugeben, ob es sich um einen Zielwert oder eine Prognose handelt (§ 7 Abs. 2 FCV). Leistungsindikatoren mit Zielwerten werden dem Kantonsrat zusammen mit den Budgetkrediten unterbreitet (§ 9 Abs. 2 FCV).– Wirtschaftlichkeitsindikatoren setzen die Leistungen in Bezug zum Aufwand (§ 34 Abs. 1 OG RR, §§ 2 Abs. 2 lit. c und 28 Abs. 2 CRG).– Wirkungsindikatoren zeigen die angestrebten Wirkungen auf die Zielgruppe der Leistungen auf (Impact).
Personalstellen (Beschäftigungsumfang)	Bei den Personalstellen ist die geplante bzw. tatsächliche Beschäftigung während des Berichtsjahres aufgeführt. Der Wert 1.0 entspricht einem Beschäftigungsumfang von 100%.
Fonds	Die Fonds werden als Leistungsgruppen geführt und entweder dem Fremdkapital oder dem Eigenkapital zugerechnet. Fonds werden dem Fremdkapital zugerechnet, wenn sie ihren Ursprung im Bundesrecht haben, die Mittel treuhänderisch zur Verfügung stehen oder sie gebildet wurden, um in der Vergangenheit begründete Schäden zu decken (§ 15 Abs. 1 RLV). Alle anderen Fonds werden dem Eigenkapital zugerechnet (§ 15 Abs. 2 RLV). Fonds im Fremdkapital: <ul style="list-style-type: none">– 2934 Kulturfonds– 3910 Sportfonds– 3920 Fonds zur Bekämpfung des Alkoholismus und der Spielsucht– 3930 Schutzraumfonds– 4980 Gemeinnütziger Fonds– 7930 Berufsbildungsfonds– 8930 Mehrwertausgleichsfonds– 8940 Denkmalspflegefonds– 8960 Deponiefonds– 8970 Kantonaler Waldfonds Fonds im Eigenkapital: <ul style="list-style-type: none">– 5920 Verkehrsfonds– 5921 Flughafenfonds– 5925 Strassenfonds– 6900 Tierseuchenfonds– 8910 Natur- und Heimatschutzfonds– 8950 Fonds für die Entsorgung von Kleinmengen an Sonderabfällen– 8980 Wildschadenfonds Die Erfolgsrechnung von Fonds im Fremdkapital wird gemäss § 15 Abs. 3 RLV mit Einlagen und Entnahmen ausgeglichen, sodass sich immer ein Saldo von null ergibt und die konsolidierte Erfolgsrechnung insgesamt nicht beeinflusst wird. Das gilt als Ausnahme von IPSAS auch für den Verkehrsfonds als Fonds im Eigenkapital. Die Fonds im Eigenkapital weisen in der Regel einen Saldo auf, der nicht null ist und die konsolidierte Erfolgsrechnung beeinflusst.

Definitionen und Konventionen

Konsolidierung

§ 54 CRG verlangt eine Konsolidierung. Die konsolidierte Planung umfasst die Planungen der folgenden Organisationen gemäss § 54 Abs. 1 und 2 CRG:

- Direktionen des Regierungsrates und Staatskanzlei mit ihren nachgeordneten Verwaltungseinheiten im ersten Konsolidierungskreis
- Kantonsrat und Parlamentsdienste, Finanzkontrolle, Ombudsstelle, Datenschutzbeauftragte, Obergericht, Bezirksgerichte, Notariate, Grundbuch- und Konkursämter, Verwaltungsgericht, Sozialversicherungsgericht, Baurekursgericht und Steuerrekursgericht im zweiten Konsolidierungskreis
- Zürcher Verkehrsverbund (Verbundorganisation), Forensisches Institut Zürich, Universität Zürich, Zentralbibliothek, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften, Zürcher Hochschule der Künste und Pädagogische Hochschule Zürich, Universitätsspital Zürich, Kantonsspital Winterthur, Psychiatrische Universitätsklinik Zürich, Integrierte Psychiatrie Winterthur
- Zürcher Unterland und Legate im dritten Konsolidierungskreis

Die Konsolidierung erfolgt nach dem Prinzip der Vollkonsolidierung (§ 29 RLV). Dies bedeutet, dass die Positionen der Bilanz, der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der zu konsolidierenden Einheiten vollständig in die konsolidierte Rechnung integriert werden, bereinigt um Innenbeziehungen (gegenseitige Forderungen, Verbindlichkeiten, Aufwand, Ertrag usw. der konsolidierten Einheiten). In der Planung werden die Erfolgs- und die Investitionsrechnung konsolidiert, aber keine konsolidierte Planbilanz erstellt.

Vorzeichenregelung

Erfolgsrechnung:

- positives Vorzeichen: Ertrag, positiver Saldo (Überschuss), Ertragszunahme, Aufwandabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Aufwand, negativer Saldo (Defizit), Aufwandszunahme, Ertragsabnahme, Saldoverschlechterung

Investitionsrechnung, Finanzierungsrechnung:

- positives Vorzeichen: Einnahmen, positiver Saldo (Überschuss), Einnahmезunahme, Ausgabenabnahme, Saldoverbesserung
- negatives Vorzeichen: Ausgaben, Geldabfluss, negativer Saldo (Defizit), Ausgabезunahme, Einnahmenabnahme, Saldoverschlechterung

Bilanzgrössen:

- positives Vorzeichen: Aktiven (insbesondere Anlagevermögen Fonds), negativer Fondsbestand, Finanzierung Fonds bei Guthaben gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Aktiven, Abnahme Passiven
- negatives Vorzeichen: Passiven (insbesondere positiver Fondsbestand), Finanzierung Fonds bei Verpflichtung gegenüber dem Staatshaushalt, Zunahme Passiven, Abnahme Aktiven

Kennzahlen (insbesondere Eigenkapital, Nettoschulden I, Selbstfinanzierungsgrad):

- keine Vorzeichen

Personal (Beschäftigungsumfang):

- positives Vorzeichen: absolute Personalstellen (Beschäftigungsumfang), Zunahme
- negatives Vorzeichen: Abnahme

Rundung

Die in den Tabellen aufgeführten Beträge sind gerundet. Das Total kann deshalb jeweils von der Summe der einzelnen Werte abweichen.

Impressum

Herausgeberin

Staatskanzlei des Kantons Zürich, 8090 Zürich

Fotos Umschlag

Salvatore Vinci, Zürich

Druck

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)

Auflage

435 Expl.

Internet

zh.ch/gb

Weitere Informationen

info@sk.zh.ch

Bezugsquelle

Kantonale Drucksachen- und Materialzentrale (kdmz)
Art.-Nr. 690496

ISSN-Nummer

ISSN 1663-2885

